

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 14

Chronik von November 2017 bis 2018



Inhaltsverzeichnis	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von November bis Dezember 2017	5-103
2018	103-322
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	323-324

Danksagung und Widmung

Gott hat uns keine ruhige Reise verheißen, aber sehr wohl eine sichere Ankunft.

Francois VI. Duc de La Rochefoucauld (1613-1680, französischer Dichter)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hamed Abdel-Samad, Thomas Assheuer, Bruno Bandulet, Peter Bartels, Josephine Barthel, Federico Bischoff, Ellen Brown, Oliver Busch, John Coleman, Marc Dassen, Wolfgang Eggert, Jürgen Elsässer, F. William Engdahl, David Engels, Peter Feist, Alexej Fenenko, Daniele Ganser, Raphael-Maria Grünwald, Hans Heckel, Thorsten Hinz, Rolf Hochhuth, Leif-Erik Holm, Anne-Dominique Kaufmann, Malte Kaufmann, Werner Kirstein, Dimitrios Kisoudis, Manfred Kleine-Hartlage, Horst Koch, Maximilian Krah, Josef Kraus, Heinz Kruse, Ryszard Legutko, Lisa Lehmann, Rüdiger Lenhoff, Michael Limburg, Silke Looden, Herbert Ludwig, Heinrich Lummer, Klaus-Rüdiger Mai, Iris N. Masson, Milosz Matuschek, Rainer Mausfeld, Nancy McDonnell, Karel Meissner, Konstantin Meyl, Martin Müller-Mertens, Craig Murray, Bela Mutschler, Giancarlo Nuzzi, Viktor Orban, Ron Paul, Daniell Pföhringer, Hermann Ploppa, Dirk Pohlmann, Walter Rominger, Christian Rudolf, Rainer Rupp, Karl Albrecht Schachtschneider, Tanjev Schultz, Gunther Sosna, Erika Steinbach, Inge M. Thürkauf, Amelie Winther, Gerhard Wisnewski, Katja Wolters, Hans-Jürgen Wünschel, Marianne Wüthrich und Alfred Maurice de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Der Westen hat Christus verloren; daran muß er zugrunde gehen.

Fjodor Michailowitsch Dostojewski (1821-1881, russischer Dichter)

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "auserwählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gna-

denlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Wenn das christliche Ethos schwindet, sind Staaten nur mehr organisierte Räuberbanden.
Aurelius Augustinus (354-430, italienischer Kirchenlehrer und Philosoph)

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von November 2017 bis 2018

01.11.2017

BRD: "ZEIT ONLINE" berichtet am 1. November 2017: >>>**Sowjetunion: Feindschaft voraus**

Demokratie oder Bolschewismus? Mit der Oktoberrevolution beginnt der Konflikt zwischen Ost und West, der das 20. Jahrhundert prägen wird.

Die Russische Revolution im Oktober 1917 weckt weltweit große Erwartungen, aber auch große Befürchtungen. Die einen hoffen auf die völlige Beseitigung gesellschaftlicher Unterdrückung. Die anderen fürchten Chaos und Anarchie. Globalgeschichtlich betrachtet, verleiht die Revolution dem bereits seit dem 19. Jahrhundert immer wieder betonten Ost-West-Gegensatz eine dezidiert ideologische Komponente. Mit ihr weitet sich der bis dahin machtpolitische Konflikt in der Wahrnehmung der Zeit zum ideologischen "Weltbürgerkrieg" - es beginnt das "Jahrhundert der Ideologen".

Welche politische Wucht von Petrograd ausging, zeigte sich unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als sich 1919 unter anderem in Deutschland, Österreich, Ungarn und der Slowakei, aber auch im Iran Räterepubliken nach russischem Vorbild etablierten. In Deutschland entstanden sie infolge der Novemberrevolution im Machtvakuum nach dem Ende der Monarchie und riefen von Beginn an den erbitterten Widerstand ihrer konservativen Gegner hervor.

In München etwa ermordete ein völkisch-nationaler Attentäter am 21. Februar 1919, drei Monate nach Ausrufung eines bayerischen Freistaats, den von einem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zum Ministerpräsidenten gewählten USPD-Politiker Kurt Eisner.

Danach bildeten Kommunisten, Anarchisten und Pazifisten eine Räteregierung, die am 2. Mai 1919 durch antikommunistische "Weiße Truppen", also von der Reichsregierung unterstützte rechte Freikorpsverbände, gestürzt wurde. Das Führungspersonal der Räterepublik wurde entweder ermordet oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In der Wahrnehmung der Antibolschewisten erschien Bayern nun als "Ordnungszelle" und Vorbild für Deutschland: Hier seien Revolution, Räterepublik und Chaos erfolgreich abgewehrt worden, ein Kampf, der im übrigen Reich fortgeführt werden müsse. Nicht zufällig entstand zum selben Zeitpunkt in München der Vorläufer der NSDAP.

Auch in den USA löste das bolschewistische Rußland jetzt Deutschland als bevorzugtes Feindbild ab. Die "Diktatur des Proletariats" galt als Gegenbild zur amerikanischen Demokratie. Für die Zeit des Krieges war mit Mühe ein innenpolitischer Burgfrieden erreicht worden: Die Gewerkschaften trugen den Krieg weitgehend mit, pazifistische Gruppen wurden zurückgedrängt.

Nach 1918 jedoch zerbrach dieser gesellschaftliche Konsens, der Umsturz von links schien möglich. Die wichtigste Arbeitnehmervertretung, die mächtige American Federation of Labor, rief zu Streiks auf, da die Steuererhöhungen während des Krieges gerade die unteren und mittleren Einkommenschichten stark belastet hatten. "Red Scare" wurde zum Schlagwort für die Jahre bis 1920, als eine Streikwelle, Rassenunruhen und Bombenanschläge anarchistischer Gruppen hysterische Reaktionen auslösten und Tausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten verhaftet wurden.

Ein von Präsident Woodrow Wilson 1920 abgezeichnetes Memorandum beschrieb die Oktoberrevolution als die "Negation aller Prinzipien von Ehre und gutem Glauben", und auch sein Friedensplan für die Beendigung des Weltkrieges, die "14 Punkte" vom Januar 1918, lassen sich bereits als Konzept gegen die Bolschewiki deuten.

Wilson's Nachfolger übernahmen diese Sichtweise. Parteiübergreifend vertraten die US-Präsidenten die Ansicht, daß die Bolschewiki - wie alle Regierungen, denen die Legitimation demokratischer Wahlen fehlte - nicht den Willen der Bevölkerung spiegelten und damit im Grunde genommen schwach seien. Dahinter stand die in der US-Geschichte tief verwurzelte und in der Amerikanischen Revolution intensiv diskutierte Idee, daß sich die Menschen früher oder später gegen Despoten erheben würden.

Washington verweigerte den Bolschewiki bis 1933 nicht nur jede diplomatische Anerkennung, die US-Regierung schickte auch Truppen in den bis 1921 andauernden Russischen Bürgerkrieg, um auf der Seite der antikommunistischen "Weißen" zu kämpfen. Schon 1918 landeten 35.000 US-Soldaten in Wladiwostok; auch britische, japanische und tschechoslowakische Einheiten beteiligten sich auf Seiten der "Weißen" am Bürgerkrieg.

Zur selben Zeit begannen westliche Geheimdienstoperationen gegen die Bolschewiki. Britische Nachrichtendienste standen 1918 hinter einer Reihe von Attentaten und Putschversuchen. Am bekanntesten wurde das sogenannte Lettische Komplott, bei dem das britische Außenministerium und der Geheimdienst MI 6 im August 1918 den Versuch unternahm, mit Hilfe ihrer lettischen Wachmannschaften die Revolutionsführer Lenin und Trotzki zu ermorden.

Einen kaum zu überschätzenden Einfluß auf das Bild der UdSSR in den USA und darüber hinaus hatte seit ihrer Einrichtung im Jahr 1922 die amerikanische Gesandtschaft in Riga, die regelmäßig über die Sowjetunion berichtete. Seit 1931 arbeitete hier George F. Kennan als Botschaftssekretär, dessen Meldungen nach dem Zweiten Weltkrieg zur Grundlage der "Eindämmungspolitik" werden sollten.

Kennan hielt die Kommunisten im Kreml für ebenso expansiv wie die Zaren, die für die USA spätestens seit der Präsidentschaft James Monroes von 1817 bis 1825 als zentrale Bedrohung gegolten hatten. Die Sowjetunion hatte in Kennans Augen das imperiale Erbe des ehemals zur Heiligen Allianz gehörenden Zarenreiches angetreten.

Antikommunistische Grundstimmung

Die amerikanischen Sorgen wurden auch nicht dadurch abgemildert, daß die sowjetische Regierung seit Beginn der zwanziger Jahre zwischen revolutionärem Anspruch und pragmatischer Diplomatie lavierte. Moskau bemühte sich in dieser Zeit um Kontakt zu den europäischen Mächten. Während die Annäherungsversuche mit London und Paris mißlingen, konnte die russische Führung 1922 mit Deutschland den Vertrag von Rapallo schließen. Das Abkommen sah die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor und führte schließlich sogar zur geheimen Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Schwarzer Reichswehr - illegalen militärischen Einheiten, die in der Weimarer Republik unter Umgehung des Versailler Vertrages entstanden waren.

Aber nicht nur die Kooperation zwischen den beiden großen Außenseitern der Zwischenkriegszeit verstärkte die Distanz der übrigen Mächte gegenüber der Sowjetunion. Zum tiefen Mißtrauen gegenüber Moskau trug auch die von Lenins Nachfolger Stalin öffentlich immer wieder betonte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution bei. Denn parallel zu den Versuchen, die Beziehungen zu Europa zu normalisieren, machte der sowjetische Diktator auch in den zwanziger Jahren unmißverständlich deutlich, daß die UdSSR alles tun werde, um die "gesetzmäßigen Widersprüche des Kapitalismus" zu ihren Gunsten zu verstärken, also die Weltrevolution voranzutreiben.

Zur Strategie der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) gehörte es unter anderem, Streiks in westlichen Staaten zu unterstützen. Für die englischen Bergleute etwa, die am 1. Mai 1926 in einen langen Ausstand traten, organisierte die Komintern eine umfangreiche Spendensammlung, was in der britischen Regierung für große Verärgerung sorgte.

Auch in den dreißiger Jahren blieb die antikommunistische Grundstimmung in den Vereinigten Staaten virulent, obwohl sich seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 einige bedeutende Intellektuelle wie Ernest Hemingway für sozialistische Ideen begeisterten. In der antikommunistischen Denktradition lag begründet, daß die Innen- und Wirtschaftspolitik, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 als "New Deal" ankündigte, von seinen Gegnern zeitweilig erfolgreich als kommunistisch diffamiert werden konnte.

Während Roosevelt im Nationalsozialismus die größere Gefahr sah, wandten amerikanische Gerichte die Bestimmungen des Smith Act - eines 1940 geschaffenen Gesetzes, das die Anstiftung zum Sturz der Regierung unter Strafe stellte - häufiger gegen "Kommunisten" als gegen NS-Sympathisanten in den USA an. Tatsächlich hielt das 1941 geschlossene Bündnis zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen Demokratie und Diktatur, auch nur bis zur Kapitulation Deutschlands 1945. Es mündete unmittelbar in den Kalten Krieg - die Schlußrunde des Konfliktes der Ideologien.

Nachdem sich die großen Sieger des Zweiten Weltkriegs nicht über eine gemeinsame Nachkriegsordnung einigen konnten, standen sie sich in bis an die Zähne atomar bewaffneten "Blöcken" gegenüber - die allerdings aus genau diesem Grund auch keinen "heißen" Weltkrieg gegeneinander führten. Statt dessen wurde die Auseinandersetzung zwischen den beiden konkurrierenden Gesellschaftsentwürfen - staatssozialistische "Volksdemokratie" gegen liberal-kapitalistische parlamentarische Demokratie - in einem permanenten "Nichtfrieden" auf Ersatzfeldern ausgefochten: politisch-ideologisch, ökonomisch, technologisch-wissenschaftlich, sozial und kulturell.

Auswirkungen zeigten sich bis in den Alltag. Nur in der Dritten Welt kam es auch zu konventionellen "kleinen Kriegen", die tatsächlich Millionen von Toten hinterließen. Gemessen an der Zahl der Toten im Verhältnis zur Einwohnerzahl, wurde dabei Kambodscha zum größten Opfer des Kalten Krieges.

Der Kalte Krieg endete schließlich 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion. Lenins ... Vorstellung von der UdSSR als ideologischem Wegbereiter der "Weltrevolution", so lautet eine der Thesen zu den Ursachen des Untergangs, sei niemals zu erfüllen gewesen. Stalin habe daher auf Gewalt gesetzt und damit die Widerstände hervorgerufen, die zum Zerfall der UdSSR führten. Andere meinen, die Sowjetunion sei durch die ungleich größere wirtschaftliche Macht des Westens "totgerüstet" worden.

Eine dritte Erklärung sieht in dem durch den Westen forcierten "Wandel durch Annäherung" den Grund dafür, daß sich die UdSSR von innen aufgelöst habe. Die Verknüpfung aller drei Thesen kommt der historischen Wahrheit wahrscheinlich am nächsten.

Die Sowjetunion und mit ihr der Ostblock standen in den achtziger Jahren innen- wie außenpolitisch vor enormen Herausforderungen. Die Versprechen der Oktoberrevolution waren schon lange verblaßt oder widerlegt. Zu den Verstärkern der Krise gehörten neben dem Druck aus dem Ausland insbesondere die wachsenden Konsumansprüche der Bevölkerung, forciert durch die westlichen Medien. Mit diesen Ansprüchen verband sich schließlich die Forderung nach mehr persönlicher Freiheit und politischer Selbstbestimmung.

Wenn man so will, endete im Jahr 1991 mit dem Untergang der Sowjetunion das in der historischen Forschung so bezeichnete "kurze 20. Jahrhundert", das 1917 begonnen hatte. Der mit der russischen Oktoberrevolution entstandene Ost-West-Konflikt war Geschichte.

Weiterlesen: Bernd Stöver: "Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991". C.H. Beck Paperback, München 2017.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 1. November 2017: >>**Die Ausbreitung der Barbarei**

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken' ..., das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vor-

handenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält" (Ernst Nolte).

Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"

Realität mußte zurechtgestutzt werden

In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror. Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.

Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesellschaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.

Orientierungslose Linke ist Claqueur der globalisierten Wirtschaft

Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindustrie herabgesunken.

Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.

Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke" nur noch ein bösesartiges und destruktives Phänomen.<<

02.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. November 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Oktober geht an: Maybrit Illner

So richtig prickelnd war es ja noch nie, was die ZDF-Moderatorin in ihrer Donnerstags-Schwatzrunde so serviert hat: Wohlfühl-Konsenssoße mit den üblichen Verdächtigen aus dem etablierten Parteien-Personal als Hauptzutat, gerne mit Figuren aus der zweiten Reihe und nur ganz selten gewürzt mit echten Oppositionspolitikern, die dann sicherheitshalber - wie neulich AfD-Vize Beatrix von Storch - schon mal separiert von den anderen am Katzentisch stehen müssen.

Seit der Bundestagswahl kennt die Ödnis allerdings keine Obergrenze mehr. "Maybrit Illner" ist zur Dauerwerbesendung für die "Jamaika-Koalition" mutiert, in der Schwarze, Grüne und Gelbe schon mal das Regierungskuscheln üben und die Bürger darauf einstimmen dürfen, welche Wahlversprechen sie in die Tonne treten würden, damit Mutti weiter regieren kann und die ausgehungerten Vorturner der Besserverdienerparteien FDP und Grüne auch mal an

die Fleischtöpfe kommen.

In jeder zweiten Sendung sitzt Lindner-Vize Wolfgang Kubicki dabei, der seine Großmutter und das FDP-Wahlprogramm sowieso für einen Ministersessel verkaufen würde; für die Grünen waren von Kirchentags-Katrin Göring-Eckardt bis K-Gruppen-Jürgen Trittin auch schon alle da, und von CDU und CSU findet sich immer einer, der beteuert, daß das mit der "offenen rechten Flanke" schon nicht so gemeint ist und alle im Grunde doch dasselbe wollen: "Sozial" und "gerecht" sein sowieso, auch wenn die bockige SPD das gern für sich gepachtet hätte, das "Klima" retten bitte auch, und irgendwie "Ordnung" soll bei der Einwanderung schon herrschen, auch wenn weiter jeder rein darf.

Für diese Bürgereinschläferung in Endlosschleife ist Maybrit Illner die Idealbesetzung. Daß die Ost-Berlinerin mal SED-Mitglied war und das Fernseh-Handwerk im "Roten Kloster" gelernt hat, stand ihrer Nach-Wende-Karriere nicht im Wege. Warum auch; wer unter direkter Aufsicht der Abteilung Agitprop des ZK der SED die Rotlichtbestrahlung an der "Sektion Journalistik" der Leipziger Karl-Marx-Uni durchlaufen hat, der zentralen Journalisten-Kaderschmiede der "DDR", weiß schließlich, wie es die Mächtigen gerne haben. Besonders, wenn sogar die Kanzlerin selbst mal Agitprop-Sekretärin war. Gelernt ist eben gelernt; und willige Hoftrompeter werden bekanntlich immer gebraucht.<<

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>... Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<

08.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. November 2017: >>Die gescheiterte ideologische Energiewende

Kosten steigen und steigen. Immer mehr Verbrauchern wird der Strom abgeklemmt

"Höchste Strompreise, keine CO2-Einsparung, wachsende Konflikte mit dem Naturschutz, Gefahren für die Versorgungssicherheit. Die Zwischenbilanz der Energiewende ernüchert", erklärte der Energiewende-Experte Holger Douglas in der vergangenen Woche in einer Pressemitteilung des Bundes für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein:

Die Energiewende ist krachend gescheitert

Diejenigen, die den Wahnsinn Energiewende in die Welt gesetzt haben, wissen offenbar nicht mehr weiter. Die Kosten steigen und steigen. Der Stromverbraucher muß für jenen "grünen" Strom zahlen, der gar nicht erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr paßt oder weil noch keine Leitungen gebaut sind, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern sind 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. ...

Diese EEG-Förderung war der Anreiz, Windanlagen zu bauen und Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu setzen. Ein Mensch, der noch bei Trost ist, würde das niemals tun, denn es rechnet sich nicht - es sei denn, er wird mit einem Haufen Geld gelockt.

Also entstanden zuerst an den Küsten unüberschaubare Wälder von Windanlagen, Bauern bastelten sich Photovoltaikanlagen auf ihre großflächigen Stalldächer, und grüne Lehrer und Zahnärzte quetschten noch auf den letzten Dachziegel Photozellen. Und alle pumpen nun Strom in die Netze.

Da lacht das Herz des Energiewendegewinners, das des Stromverbrauchers bekommt Rhythmusstörungen, weil die Kosten in astronomische Höhen klettern.

Jede Fortschreibung des EEG löst weitere Kostenlawinen aus. Insgesamt sollen die deutschen Stromverbraucher im kommenden Jahr die wahnsinnige Summe von 29,5 Milliarden Euro für "Ökostrom" bezahlen, hat die Bundesnetzagentur prognostiziert. So hoch dürften die An-

sprüche aller Photovoltaik- und Windstromerzeuger auf Vergütung ausfallen.

Dem würden voraussichtlich, so die Agentur weiter, Einnahmen aus dem Verkauf des Stromes von 4,7 Milliarden Euro gegenüberstehen. Eine ordentliche Differenz, die bezahlt werden muß. ...

Die Mechanismen der EEG-Umlage sind reichlich verworren und schwer durchschaubar. Fest steht, daß dabei auch der Staat über diverse Steueranteile kräftig mitverdient.

Aber immerhin: Die "grünen" Stromerzeuger haben etwas in der Geschichte Einmaliges vollbracht: Der Stromverbraucher muß für etwas bezahlen, das es nicht gibt, nämlich für jenen "grünen" Strom, der gar nicht erst erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr hineinpaßt oder - noch besser - weil noch keine Leitungen gebaut wurden, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern dieser Anlagen wurden 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. Da werden sogar die albanischen Hütchenspieler neidisch.

Immer mehr Verbraucher können nun ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. So wurden im Jahr 2015 von den Stromversorgern über 6 Millionen Sperr-Androhungen verschickt. Rund 418.000 Haushalten wurde der Strom abgeklemmt. Hinzu kommen 58.000 Gasabschaltungen. Die Stromversorgung ist ein soziales Recht und eine Grundvoraussetzung für ein gesundes menschenwürdiges Wohnen. Stromsperrungen durch die Energieversorger aufgrund von Zahlungsunfähigkeit ihrer Kunden sind vom Gesetzgeber zu verbieten.

Autor dieses gekürzten Beitrags ist der aus dem Fachbereich Wissenschaft und Technik bekannte Journalist Holger Douglas.<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schreibt am 8. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Kein Familiennachzug sondern Rückkehr zur Familie**

In Deutschland gibt es eine lebhaftige Debatte über den Familiennachzug für temporär aufgenommene Flüchtlinge. Wer könnte nicht verstehen, daß Menschen Sehnsucht nach ihrer Familie haben. Zumal, wenn sie unter teils dramatischen oder schmerzlichen Umständen von ihr getrennt wurden.

Viele der in Deutschland aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlinge wünschen sich, daß ihre Familien hierher nach Deutschland kommen dürfen. So verständlich dieser Wunsch ist, so verkehrt wäre es, dem nachzugeben.

Es ist deutlich erkennbar, daß sowohl im Irak als auch in Syrien weite Teile inzwischen vom Terror befreit worden sind. Der UNHCR hat bereits im Juni registriert, daß immer mehr Syrer in ihre Heimat zurückkehren.

Seit 2015 sind bereits rund 250.000 syrische Flüchtlinge, überwiegend aus der Türkei, nach Syrien zurückgekehrt. Auch eine stattliche Anzahl von Irakern hat den Weg in die Heimat gefunden.

Die Gefahren für Leib und Leben sind deutlich geringer geworden. Auch die politischen Verfolgungen gibt es offenbar in dem Umfang nicht mehr. Wenn selbst Asylberechtigte gehäuft Urlaub in der Heimat machen und dort sogar ihre Hochzeit feiern, so ist das mehr als ein Indiz dafür, daß auch Bürgerkriegsflüchtlinge gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Für die Herkunftsländer ist es elementar, daß die Flüchtlinge weitgehend zurückkommen.

Nur mit deren Hilfe lassen sich zerstörte Länder schnell wieder aufbauen.

Das ist offenbar auch dem Syrischen Präsidenten Assad sehr bewußt. Bereits im Mai rief er seine geflüchteten Landsleute auf, in die Heimat zurückzukehren. "Die Regierung wird ihr Möglichstes tun, um die Heimkehr von Flüchtlingen zu befördern", warb er in einem Interview.

Vor diesem Hintergrund wäre es eine grundfalsche Entscheidung der Bundesregierung, einen Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge einzuleiten. Noch dazu ohne jede rechtliche Verpflichtung. Vielmehr sollte dafür geworben werden, zur Familie in die Heimat zurückzu-

kehren. Das gilt insbesondere für unbegleitete minderjährige Jugendliche. Es macht keinen Sinn, heute die Familien nach Deutschland zu holen und bei einer endgültigen Befriedung der Herkunftsländer diese Familien dann wieder dorthin zurückzuschicken.

Hinzu kommt, daß es in Deutschland einen zunehmend prekären Wohnungsmarkt gibt. Bereits heute erhalten deutsche Wohnungssuchende, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung finanziell nicht leisten können, seitens des geförderten Wohnungsbaus gehäuft eine Absage mit dem Hinweis, daß jede freie Wohnung an Flüchtlinge vergeben wird.

Dem inneren Frieden in Deutschland dient das mit Sicherheit nicht.<<

10.11.2017

BRD: Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schreibt am 10. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Skandalurteil**

Jeder gesunde Mensch verfügt über zwei Chromosomen. Bei Frauen sind das zwei X-Chromosomen, bei Männern ein X- und ein Y-Chromosom. In seltenen Fällen kommt es bei der Befruchtung dazu, daß ein Chromosom fehlt. Die Folge in über 99 Prozent der Fälle ist ein Spontanabort, also eine Fehlgeburt im frühen Stadium.

Mädchen, die nur mit einem X-Chromosom geboren werden, sind unfruchtbar und weisen oft eine Reihe von Symptomen auf, die aber mit Hormontherapie behandelt werden können. Sie sind intelligenzmäßig oder die Lebenserwartung betreffend nicht zurückgesetzt. Auch äußerlich sind die Betroffenen klar dem weiblichen Geschlecht zuordenbar. Der medizinische Fachbegriff lautet "Turner-Syndrom".

In Zeiten, in denen an deutschen Universitäten mehr Lehrstühle für die Fake-Wissenschaft "Gender Studies" existieren als für die Zukunftswissenschaft Informatik, sind Frauen mit "Turner-Syndrom" plötzlich ein Politikum. Gender-Wahnsinnige behaupten nämlich, daß diese geschlechtslos sind. An sich könnte man diesen Unsinn achselzuckend beiseite schieben, wäre ihm nicht das Bundesverfassungsgericht beigesprungen.

Mit Beschluß vom 10. Oktober hat das Bundesverfassungsgericht (Aktenzeichen: 1 BvR 2019/16) nunmehr entschieden, daß es dem Persönlichkeitsrecht einer Frau mit Turner-Syndrom widerspricht, als Frau im Register eingetragen zu sein. Der Gesetzgeber müsse ein "drittes Geschlecht" vorsehen.

Abgesehen davon, daß mit dieser Entscheidung das Bundesverfassungsgericht jede Seriosität verloren hat, sind die in der Gerichtsentscheidung zitierten Stellungnahmen beteiligter Verbände lesenswert. Daß die Deutsche Gesellschaft für Psychologie, der Lesben- und Schwulenverband oder die rot-rote Thüringer Landesregierung vom dritten Geschlecht überzeugt sind, verwundert kaum. Die schwammige Antwort der Bundesärztekammer ist schon irritierend. Aber den Vogel schießt - wie so oft - die Evangelische Kirche ab, hier ein ominöses "Studienzentrum für Genderfragen und Theologie":

"Das institutionell und kulturell dominierende Ordnungsprinzip der Zweigeschlechtlichkeit stellt für Menschen jenseits der binären Zweigeschlechtlichkeit einen erheblichen Eingriff in ihr Selbstbild und die Lebbarkeit gemäß diesem Selbstbild dar."

Die Bibel liest sich da anders: "Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau." (1 Mose 1, 27 - Luthertext).<<

13.11.2017

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 13. November 2017 (x1.000/...): >>**Der Teile- und Herrsche-Trick im Sozialismus**

Vor 100 Jahren beendete die Oktoberrevolution in Rußland das Zarentum und läutete den Kommunismus ein. ...

Am 25.10.2017 jährte sich die kommunistische Oktoberrevolution in Rußland zum hundertsten Mal. Wir erinnern uns: Das russische Zarentum wurde gestürzt und der Kommunismus eingeführt. Der Klassenkampf, ein Hauptgedanke der sozialistischen/kommunistischen Idee,

brachte in der Folgezeit nicht nur mehrere Zigmillionen Tote mit sich.

Die sozialistische/kommunistische Idee hat sich in der Praxis nie wirklich bewährt. Doch warum nicht? Vier junge Studenten brachten in einer einfachen Befragung von Studenten der Michigan Universität einen grundlegenden Knackpunkt im sozialistischen/kommunistischen Gedankengut sehr anschaulich ins Bewußtsein. Sie warben unter Studenten um Unterschriften für eine bestimmte Petition an die Universitätsleitung. Es sollte eine vermeintlich "gerechtere" Notenverteilung eingeführt werden.

Dabei sollten die guten Studenten einige Punkte ihrer Benotungen an die weniger guten abgeben, damit auch diese den Abschluß schaffen. Bei der Befragung brachten fast alle guten Studenten zum Ausdruck, daß sie diese Idee überhaupt nicht gut fanden. Denn schließlich hätten sie für ihre guten Noten hart gearbeitet. Demgegenüber trugen sich beinahe alle Studenten mit einem schlechten Notendurchschnitt spontan in die Petitionsliste ein. Sie gaben dabei offen zu, daß sie es deshalb machten, weil sie dadurch von den guten Studenten profitierten. Im Klartext heißt das, daß durch diese soziale Petition die Studentenschaft in zwei Lager gespalten wird.

Auf der einen Seite in das Lager der guten Studenten, die sich ihre guten Noten zumeist hart erarbeiten müssen, nun aber quasi besteuert werden sollen, wogegen sie sich aber mit Händen und Füßen wehren. Und auf der anderen Seite in das Lager der eher schlechten Studenten, die das Studium zumeist etwas zu locker nehmen, die aber nun ihre einmalige Chance wittern, durch den Notenaustausch vom Fleiß der guten Studenten zu profitieren.

Auf diese Weise stecken die Studenten, geteilt in zwei Lager, quasi mitten in einem "Klassenkampf", geschürt durch die vermeintlich soziale Idee der Petition. Zugegebenermaßen hinkt dieses Beispiel etwas, weil es nicht alle Aspekte und Sonderfälle des Studentenlebens berücksichtigt. Und doch bringt es einen schwerwiegenden, hoch explosiven Pferdefuß des sozialistischen/kommunistischen Gedankenguts trefflich auf den Punkt. Der Hang des Menschen zum Eigennutz wird nicht aufgehoben, sondern instrumentalisiert!!! Denn genau dieser Hang zum Eigennutz spaltet die Menschen letztlich voneinander.

Sind die Menschen aber erst einmal in verschiedene Interessenlager aufgespalten, lassen sie sich leicht immer wieder gegeneinander aufhetzen. Der Vorteil des einen ist der Nachteil des anderen, wie dieses einfache Beispiel der Notenausgleichspetition aufzeigt. Durch den Mangel an Einheit werden aber sogar ganze Völker leichter beherrschbar. Denn gegen einengende Führungsmaßnahmen kann sich kein allgemeiner Widerstand entwickeln, weil der Schluß fehlt.

Die sozialistische/kommunistische Idee verbirgt in sich letztendlich eine listige Teile & Herrsche-Strategie, welche die menschliche Neigung zum Eigennutz für sich instrumentalisiert. Damit soll nun aber keinesfalls eine Lanze für das kapitalistische System gebrochen werden, das mit seinen ausbeuterischen Auswüchsen massives Leid über die ganze Welt brachte und hinsichtlich des menschlichen Eigennutzes keinen Deut besser ist.

Vielmehr soll anläßlich des hundertsten Jahrestages der Oktoberrevolution zum nüchternen Mitdenken angeregt werden, denn es wurde seinerzeit keine Alternative zum Kapitalismus geschaffen. Mit der kommunistischen Idee: "Alles, was Dein ist, ist Mein" ging es gesamtheitlich spürbar nicht aufwärts.

Die Weltgemeinschaft hat in ihrer Gesamtheit hinsichtlich Gerechtigkeit und Frieden für alle also ganz offensichtlich noch einen Entwicklungsweg vor sich. Dieser darf sicher nicht abermals in Klassenkampfmanier von außen zwanghaft aufgedrückt werden. Es muß vielmehr von innen kommen, als der Herzenswunsch: "Alles, was Mein ist, ist auch Dein". Ein freiwilliges Geschenk, weil man den anderen als Teil von sich selber erkennt. ...<<

15.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. November 2017: >>"**Die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau!**"

Berlin, Hauptstadt des organisierten Verbrechens: Kriminelle Familienclans aus dem Nahen Osten beherrschen ganze Stadtviertel im Westteil. Mehr als ein Dutzend libanesischer Großfamilien sind auf Drogenhandel, Zuhälterei und Eigentumsdelikte spezialisiert. Spektakuläre Kaufhaus-Einbrüche (KaDeWe) und der Goldraub im Bode-Museum gehen auf ihr Konto.

Vor diesem Hintergrund müssen alle Alarmglocken schrillen: Ein Ausbilder der Berliner Polizeiakademie lancierte anonym eine Audiodatei in die Öffentlichkeit. An deren Echtheit besteht kein Zweifel. Der Beamte berichtet über skandalöse Zustände an der Berliner Polizeischule. Er beklagt Haß, Lernverweigerung und Gewalt in einer Klasse, in der viele Polizeischüler mit Migrationshintergrund sitzen. Er schildert Details:

"Ich hab Unterricht gehalten an der Polizeischule. Ich hab noch nie so was erlebt, der Klassenraum sah aus wie Sau, die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau. Dumm. Konnten sich nicht artikulieren."

Der Ausbilder erzählt von deutschen Polizeischülern, denen von Migranten "Schläge angedroht" worden seien. Auch er selbst habe "wirklich Angst vor denen".

Die Anklage des Beamten gipfelt in der Warnung: "Das wird 'ne Zwei-Klassen-Polizei, die korrupt nur sein wird. Das sind keine Kollegen, das ist der Feind. Das ist der Feind in unseren Reihen."

Spinnereien? Hetze gar eines "rechten" Ausbilders? Mitnichten!

Polizeigewerkschafter sind alarmiert. Sie sehen "deutliche Hinweise" auf eine Strategie zur Unterwanderung der Polizei. Arabische Großfamilien versuchen nach Darstellung der Deutschen Polizeigewerkschaft, gezielt Angehörige in die Sicherheitsbehörden einzuschleusen. Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, beschreibt das Vorgehen so: "Sie versuchen bestimmte Familienangehörige von Straftaten frei zu halten, um sie dann im öffentlichen Dienst unterbringen zu können. Die haben natürlich ein ganz vitales Interesse daran, genau zu wissen, wo und wie Staat funktioniert, wie Polizei tickt, wann Durchsuchungen stattfinden."

Der politisch verantwortliche Innensenator Andreas Geisel (SPD) wiegelt ab. In einer Sonder-sitzung des Innenausschusses des Abgeordnetenhauses (Landesparlament) spielte er die Zustände bei der Berliner Polizei herunter: Er sei "verwundert über die Resonanz" auf anonyme Mitteilungen über "Migranten in der Polizei". Die Sprachnachricht sei in einem "rassistischen Tonfall" gehalten, sie bediene "fremdenfeindliche Ressentiments". Wenn der anonyme Ausbilder beklage, daß "diese Polizei" nicht mehr die sei, in die er vor über 30 Jahren eingetreten sei, dann sei das zutreffend, auch Berlin habe sich in diesen Jahrzehnten verändert und "mit der Stadt auch die Polizei."

In der Tat: Inzwischen hat jeder dritte (!) Polizeischüler an der Spree einen sogenannten Migrationshintergrund.

Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis arabisch- und türkischstämmige Cops in der Berliner Polizei den Ton angeben. Polizei-Präsident Klaus Klandt ist sogar "stolz" auf diese Entwicklung.

Der Skandal an der Berliner Polizeischule ist offenbar aber nur die Spitze eines Eisberges. Die Berliner Polizei hat bereits den nächsten Ärger im Zusammenhang mit einer möglichen Unterwanderung durch kriminelle arabische Clans. Diesmal geht es um Geheimnisverrat einer arabisch-stämmigen Studentin, die als Praktikantin bei der Berliner Polizei unterkam. Sie soll Fahndungsbilder aus dem internen Netzwerk der Ermittler abfotografiert und anschließend per WhatsApp verschickt haben.

Und auch aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mehren sich Hin-

weise auf eine systematische Unterwanderung der Polizei. Dazu muß man wissen: Migranten werden im schwarz-gelben NRW gezielt als Polizisten angeworben, u.a. mit Flyern in fremdländischen Sprachen. Auf der Internetseite der 'Deutschen Welle' wird zu Bewerbungen regelrecht eingeladen: "In Nordrhein-Westfalen etwa kann man auch dann Beamter werden, wenn man kein EU-Bürger ist - sofern man Türke ist oder einer anderen großen Einwanderergruppe angehört."

Der Ausbilder einer westfälischen Polizeischule resigniert: "Die Türken gehen hier wie mit Rasierklingen unter den Armen durch die Gänge, sie rempeln absichtlich deutsche Polizeischüler an und verbreiten eine aggressive Stimmung. Nur intern wird darüber unter vorgehaltener Hand gesprochen. Niemand will hier auffallen und zwangsversetzt werden."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. November 2017: >>**Berlin hat fertig - nun auch die Polizei!**

Im Februar ist wieder Berlinale. Dann spielt Berlin ein bißchen Hollywood. Aber so lange will die Stadt diesmal nicht warten. Daher übt sie sich gerade im Nachstellen eines großen Hollywood-Erfolges: Des Kinohits "Police-Academy - dümmel als die Polizei erlaubt".

"Police Academy" war eine Klamotte des eher rauhen Humors. Aber absolut prophetisch. Das Drehbuch entspricht genau dem, was Grüne, Sozen und Christdemokraten in den letzten Jahrzehnten an der Berliner Polizei-Akademie umsetzten: Wie im Film senkte man die Aufnahmeanforderungen gegen null - und hat jetzt die Ergebnisse. Polizeischüler, die kein Deutsch können; oder nicht schwimmen; oder im Unterricht schlafen; oder sich weigern, Frauen die Hand zu geben; oder offen rassistisch sind, weil sie als Muslime Deutsche verachten.

Ein Ausbilder der Akademie sprach sich den Frust von der Seele. "Das wird 'ne Zwei-Klassen-Polizei, die nur korrupt sein wird. Das sind keine Kollegen, das ist der Feind. Das ist der Feind in unseren Reihen." Das klingt dann nicht mehr so komisch.

Gleichzeitig meldete 'Focus', daß kriminelle Clans die Berliner Polizei unterwandern. Einer der Anwälte dieser Clans vertritt, ganz zufällig, ausgerechnet die Vizepräsidentin der Polizei, Margarete Koppers. Sie gilt als Liebling der Grünen und scheint den Ehrgeiz zu haben, so viele Skandale mit ihrem Namen zu verbinden wie Berliner Clanmitglieder Straftaten. Zeugnisse soll sie manipuliert, Feuerwehrleute um die Bezahlung von Überstunden geprellt, von der schleichenden Vergiftung von Polizisten durch ungenügende Belüftung der Übungsschießanlage gewußt haben. Und auch die Senkung der Ausbildungsanforderungen geht auf ihr Konto.

Diese Senkung hat rein ideologische Gründe. Berlin will zeigen, wie bunt und multikulti es ist. Daher bildet die Stadt auch potentiell korrupte Schläger und Volltrottel an der Waffe aus. Wenn die Migranten zu doof sind, muß man ihnen halt entgegenkommen.

Für den rot-rot-grünen Senat Grund genug, Frau Koppers zu befördern. Sie soll Generalstaatsanwältin werden. Wie zu erwarten, ging es auch bei dieser Beförderung nicht mit rechten Dingen zu.

Die Zustände an der Polizei-Akademie sind ein Skandal. Aber der eigentliche Skandal liegt bei denjenigen, die diese Zustände ermöglicht haben. Der Fisch stinkt vom Kopfe her. Und wie jeder faulige Fisch schillert er rot und grün und schwarz.<<

16.11.2017

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. Ein Verteidigungsexperte der SPD sieht die Verantwortung bei Ursula von der Leyen.

Mehr als die Hälfte der Kampfpanzer "Leopard 2" der Bundeswehr sind derzeit nicht einsatzbereit. Das geht aus einer Übersicht des Verteidigungsministeriums hervor, die den Zeitungen

der Funke Mediengruppe vorliegt.

Von den 244 Kampfpanzern des Typs seien lediglich 95 bereit für den Einsatz, heißt es. 53 Fahrzeuge werden gerade umgerüstet, 7 stehen bei Industrie und Prüfstellen, weitere 89 seien "nutzungsbedingt ausgefallen", wie es in den Unterlagen aus dem Ministerium heißt. Die reparaturbedürftigen Kampfpanzer können offenbar nicht zügig instand gesetzt werden, weil Ersatzteile fehlen. Wörtlich heißt es in dem Bericht, in vielen Fällen würde sich "die Nichtverfügbarkeit der benötigten Ersatzteile nachteilig" auswirken.

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfassbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt."

Die Soldaten seien es jedenfalls nicht, betonte Hellmich. Sie seien darauf angewiesen, daß ihnen das nötige Material funktionstüchtig auf den Hof gestellt werde. "Es ist und bleibt eine Frage der Leitung des Verteidigungsministeriums, die für die Sicherheit unseres Landes verantwortlich ist", betonte der SPD-Politiker.

Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern.

Exportschlager mit Ketten und Kanone

Für die deutsche Rüstungsindustrie ist der Leopard 2 ein wichtiges Exportprodukt. Seit 1979 haben sich bereits Streitkräfte in 16 Ländern für den deutschen Hauptkampfpanzer entschieden. Das ursprüngliche Modell wurde über die Jahre in mehreren Stufen weiterentwickelt. Die neueste Version vermarktet Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) als "Leopard 2 A7+". Insgesamt konnte KMW mit seinen Partnern Rheinmetall und MTU bereits mehr als 3.500 Stück dieser Spezialfahrzeuge an Abnehmer in aller Welt ausliefern.

Die speziell an den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr angepaßten Leopards in der Version "A7+" bieten zum Beispiel einen "passiven Rundumschutz für die Besatzung gegen Bedrohungen wie Sprengfallen, Minen oder Panzerfaustbeschuß", verbesserte Nachtsicht-Fähigkeiten, eine "Außenbordsprechstelle" und leistungsstarke Klimaanlage für Turm und Fahrgestell.<<

18.11.2017

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/11462" berichtet am 18. November 2017 (x1.085/...): >>**Zur UN-Klimakonferenz: Fakten gegen Hysterie (COMPACT-Spezialausgabe)**

Die 23. UN-Klimakonferenz in Bonn verfolgte weiter das Hauptziel, den durch den Menschen verursachten Anstieg der Erderwärmung um zwei Grad Celsius zu reduzieren. Doch dieser Annahme widersprechen weltweit tausende Wissenschaftler und Klimatologen. Sehen Sie dazu eine Vorststellung der neuesten COMPACT-Spezialausgabe 15/2017, die unter dem Titel: "Klimawandel - Fakten gegen Hysterie" das Thema Klimaerwärmung wissenschaftlich beleuchtet.

Vom 6. bis zum 17. November 2017 tagte in Bonn die 23. UN-Klimakonferenz. Ein zentraler Punkt dieser Tagung war, wie das Pariser Klimaabkommen von 2015 weiter praktisch umzusetzen sei. Das Hauptziel ist, den angeblich durch den Menschen verursachten Anstieg der

Erderwärmung um zwei Grad Celsius zu reduzieren. Von den 197 Staaten der UN-Klimakonferenz haben bereits rund 170 Staaten das Abkommen als für sich rechtlich verbindlich anerkannt.

Was bei der aktuellen Klimakonferenz in Bonn einmal mehr völlig ausgeblendet wurde, ist die Tatsache, daß es tausende Wissenschaftler und Klimatologen in aller Welt gibt, die dem angeblich menschengemachten Klimawandel vehement und mit klarer Beweisführung widersprechen. Denn die geplante Klimapolitik hat weitreichende finanzielle und auch sonstige Konsequenzen. Man geht mittlerweile sogar schon so weit, offen über Bevölkerungskontrolle bis hin zur Bevölkerungsreduzierung zu sprechen. Darum ist es umso wichtiger, sich mit den Gegenstimmen zu dieser von allen Seiten propagierten Klimaagenda zu konfrontieren und abzuwägen.

Weil aber Mainstream-Medien es den Lesern und Zuschauern konsequent nicht ermöglichen, sich mit anderen Stimmen zu konfrontieren, lassen immer mehr Menschen ihre Meinungsbildung von jenen freien Medien fit machen, die keinen Interessenkonflikten unterworfen sind. Unser heutiger "Blick über den Zaun" ermöglicht Ihnen einen Einblick in solch ein freies Medium:

Der langjährige und erfahrene deutsche Journalist und Publizist Jürgen Elsässer ist seit 2010 Chefredakteur des Magazins COMPACT. Er zeigt sich als unermüdlicher Frontmann in der alternativen Informationsarbeit und scheut sich nicht, Sichtweisen aufzuzeigen, die nicht der politischen Korrektheit, wie man heute sagt, entsprechen.

Der Titel der neusten COMPACT-Spezialausgabe Nr. 15/2017 lautet: "Klimawandel - Fakten gegen Hysterie". Sie erschien gerade zu der 23. UN-Klimakonferenz. ... Dabei werden nach Darstellung der COMPACT-Redakteure vor allem wissenschaftliche Themen und Fakten des Klimawandels aufgearbeitet, aber auch ideologische, Macht ausübende Konstrukte bestimmter Eliten.

Jürgen Elsässer im Gespräch mit Marc Dassen und Peter Feist

Jürgen Elsässer, Chefredakteur COMPACT: Ja, meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich begrüßen zur Vorstellung unserer neuen COMPACT-Spezialausgabe "Klimawandel - Fakten gegen Hysterie."

Mit mir im Studio: Marc Dassen, der die Ausgabe wesentlich zusammengestellt hat und Peter Feist.

Peter - du sozusagen ein bißchen mit dem Blick auch von außen - wie würdest du die Ausgabe beurteilen?

Peter Feist, Philosoph: Also, das Heft hat meine Erwartungen übertroffen. Es ist genau das, was wir brauchen: eine gute, durchargumentierte Argumentationshilfe mit sehr vielen Fakten, mit sehr vielen unterschiedlichen Herangehensweisen an das Problem - das Einzige, was mir nicht gefällt, ist der Titel. Wir hatten ihn angekündigt mit "Klimalüge?" Ihr habt das abgeschwächt - gibt es einen bestimmten Grund dafür?

Jürgen Elsässer: Wir wollten einen Titel wählen, der uns nicht in die Spinnerecke rückt. Der Klimawandel wird ja von uns nicht abgestritten - sondern natürlich gibt es einen Klimawandel. Aber die Hauptfrage ist natürlich: Ist er menschengemacht oder hat er andere Ursachen? Ist es der Klimawandel oder ist es ein Klimawandel, wie es ihn im Laufe der Jahrhunderte, der Jahrtausende immer wieder gibt? Und da wollten wir so ein bißchen ein neutraleres Herangehen, um auch die Wissenschaftlichkeit der Spezialausgabe zu unterstreichen.

Peter Feist: Gut, das kommt ja in dem Untertitel zum Ausdruck: "Fakten gegen die Hysterie!" Es ist ja ein hysterisches Geschrei, was da existiert in bestimmten Teilen der Öffentlichkeit. Und ich kann nur sagen nach gründlichem Lesen: Es ist genau das, was die meisten Leute draußen brauchen. Ich mache ja viele Seminare zu politischen Themen und immer wieder kriege ich die Frage: Ja, wo gibt es mal zusammengefaßt wichtige Informationen zu dieser

Klimadiskussion? Und jetzt kann man sagen: Es gibt jetzt was! Was kein dickes Buch ist, kein Fachbuch, sondern was für jedermann aufbereitet ist.

Mark Dassen, Redakteur COMPACT-Magazin:

Ja - aus meiner Sicht auch ein sehr wichtiges Kompendium (kurz gefaßtes Lehrbuch oder Nachschlagewerk) - am Kiosk jetzt demnächst zu haben. Und wir haben ja - der eine oder andere mag sich ja vielleicht noch erinnern: Es ist ja 1986 schon passiert, daß der Spiegel den Kölner Dom unter Wasser gesetzt hat. Meeresspiegelanstieg war damals die Argumentation. "Klimakatastrophe" war der Titel!

Und es ist also schon über 20 Jahre her, daß eben diese Klimahysterie - gegen die wir jetzt auch in diesem Heft ein bißchen Fakten bringen wollen - in die deutsche Öffentlichkeit einwirken konnte... Und wir haben jetzt ganz viele - nicht nur Prominente - gegen Panikmache, die also noch mal diesen Klimakonsens, der ja angeblich existieren soll, wirklich sehr stark hinterfragen ... Wir haben die wissenschaftliche Diskussion, wo wir alle wissenschaftlichen Fakten, alle wissenschaftlichen Themen so aufbereitet haben, daß sie auch der Laie versteht, was natürlich nur sinnvoll ist.

Wir haben die Frage nach der Energiewende - wer bezahlt das eigentlich alles?

(Einblendung: Bild von Mann, der sich in leere Hosentasche greift)

Wir haben die Frage: wer profitiert von diesem Klimahype? Und ich sag mal, was das Thema Klimawandel angeht, was den Titel angeht: Mir war das eigentlich ganz recht, daß wir da so ein bißchen niederschwellig und auch ein bißchen sachlich auf dem Titel geblieben sind. Weil - wir haben so namhafte Experten im Heft drin, wie z.B. Herr Dr. Horst Malberg, der über 40 Jahre Meteorologe war hier in Berlin, der auch ganz klar gesagt hat:

"Der Klimawandel ist die Normalität!" Unser Klima - das wandelt sich stetig. Wir haben das ja über die Jahrhunderte, über die Jahrtausende ja durch die Forschung, die wir eben haben, nachvollziehen können. Und das sozusagen als Schlagwort für eine krisenhafte Entwicklung hinzustellen - das ist eigentlich das Abnorme an der Diskussion, die wir jetzt haben.

Jürgen Elsässer: Da mach ich aber mal den "Advocatus diaboli" (derjenige, der in einer Diskussion Gegenargumente einbringt): Wir hatten einen beschissenen Sommer. Wir hatten zum Teil wochenlang Regen. Zum ersten Mal in meinem Leben bin ich vier oder fünf Tage nachts jede Stunde aufgestanden und habe den Keller ausgepumpt. Also ok - das ist für mich was Neues! Und jetzt hatten wir den Sturm Xavier - da gab es auch entsprechend Schadensmeldungen - viele Leute erfahren am eigenen Leben etwas Neues und sagen dann: "Moment mal - offensichtlich passiert da wirklich eine Katastrophe!"

Peter Feist: Das Problem ist doch ganz einfach: Natürlich gibt es klimatische Veränderungen. Das bestreitet niemand. Die hat es aber in diesem Jahrhundert mehrfach gegeben. Das wird ja auch in diesem Heft genau dokumentiert, wann dazwischen eine Warmzeit, eine Kaltzeit - eine kältere Zeit - war und dann wieder eine wärmere Zeit ... hat alleine im 20. Jahrhundert mehrfach gewechselt. Das ist nicht das Thema.

Das Thema ist, daß die Klimaideologen behaupten, dieses Ganze läge an einem einzigen Stoff in der Atmosphäre, nämlich an CO₂. Und CO₂ wäre also für diese Klimaveränderung verantwortlich. Da gibt es einen Beitrag von einem Meteorologen namens Thüne - den finde ich persönlich als Besten in dem Heft - der ganz klar noch mal darauf hinweist, daß ein so komplexes Geschehen wie das Klima durch eine einzige Ursache erklären zu wollen, ist wissenschaftlicher Unsinn.

Er sagt, das wäre hübsch. Er sagt, wir können für 3 Tage das Wetter voraussagen und dann sind die Aussagen schon völlig ungenau und dann wagen wir über so ein viel komplexeres Gebilde, wie die durchschnittlichen Wetterereignisse, die wir Klima nennen, über Jahrzehnte eine Vorhersage zu machen.

Ich erinnere nur mal daran, daß der Club of Rome (weltweiter Zusammenschluß verschieden-

ster elitärer Kreise seit 1968) und andere schon mehrfach katastrophistische Voraussagen gemacht haben, die nicht eingetreten sind. Und die haben wenigstens noch verschiedene Ursachen angesetzt. Aber hier setzt eine bestimmte Gruppe von Wissenschaftlern alles auf einen einzigen Wirkstoff - CO₂ - der noch dazu nur zu 4 – 5 % ...

Marc Dassen: Knapp 4 %.

Peter Feist: ... vom Menschen entlassen wird. Der Rest sind natürliche Quellen. Jeder Vulkanausbruch eines großen Vulkans bringt mehr CO₂ in die Atmosphäre als sämtliche, im Augenblick geplanten Klimaschutzprogramme jemals erbringen könnten.

Das System - sage ich jetzt mal als Philosoph - ein so komplexes System wie Wetter und Klima linear erklären zu wollen, ist wissenschaftlich nicht machbar. Und das ist unsere Kritik oder auch die Kritik der vielen Autoren in diesem Heft, daß sie sagen: "Hier wird ein Popanz (eine nicht ernst zu nehmende Bedrohlichkeit) aufgebaut, der mit der realen Entwicklung nichts zu tun hat. Wir befinden uns am Beginn einer neuen Erwärmungsperiode. Das ist unbestreitbar. Das führt zu Wetterveränderungen und zu Wetterkataklysmen (Wetterkapriolen, unerwartete heftige Änderung des Wetters) und vielleicht auch zu nachhaltigen klimatischen Veränderungen.

Aber wir wissen ja auch durch den 'Climategate-Skandal' (Bezeichnung der Affäre gefälschter E-Mails von Klimaforschern), daß diese Leute, die diese Prognosen aufstellen, ja mehrfach schon die Daten gefälscht haben, damit sie zu ihren Prognosen passen. Also, wir machen nicht Front gegen tatsächliche Naturereignisse - das wäre ja Blödsinn - sondern wir sagen: "Es gibt eine einseitige, eine lineare Extrapolation eines einzelnen Vorgangs, und daraus wird eine Theorie abgeleitet, die wissenschaftlich nicht haltbar ist."

Marc Dassen: Also da steckt ja jetzt schon ganz schön viel drin, was Du sagst. Da sind jetzt auch schon ganz viele Themenbereiche aus dem Heft angeschnitten. Ich will noch mal auf die ganz extremen Wetterphänomene zurückkommen. Wir hatten ja auch die extremen Hurrikans z.B. in den USA Harvey und Irma, wo dann auch eine ganze Reihe - es passiert ja auch immer wieder, wenn es solche extremen Wetterereignisse gibt - daß also eine ganze Reihe sogenannter internationaler Klimaforscher diese Phänomene als eigentlich einen Beweis für ihre Klimathese sehen.

Die wenigen Klimaforscher, die sich an der Stelle gerade machen, gehen dann aber in Pressekonferenzen ans Mikro und sagen: "Nein, so funktioniert die Klimawissenschaft nicht. Das sind viel zu kurzfristige Ereignisse. Das sind eben Wetterphänomene. Und Wetter und Klima sind zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe." Klimaforscher, die ehrlich sind, sagen: "Ein Klimaforscher braucht mindestens eine Periode von 30 Jahren, um dann im Durchschnitt die Ereignisse abschätzen zu können."

Wir haben sehr viele Informationen zum Thema Extremwetter drin, wo deutlich gemacht wird, daß die Hurrikanstärke und die Hurrikanwahrscheinlichkeit und -häufigkeit abnimmt - über lange Meßreihen.

Jürgen Elsässer: Ich fand auch gut... Du hast ja den Artikel geschrieben über die populären Mythen. Sterben die Eisbären aus? Ein beliebtes Thema.

Und wir hatten jetzt ja im Sommer...

Marc Dassen: Lange widerlegt. Ja.

Jürgen Elsässer: ... und die Titelseite der Bildzeitung "Bricht der Südpol auseinander?", weil da mal ein Eisberg abgesplittert ist, eine größere Masse. Vielleicht kannst Du 1-2 dieser Mythen noch mal kurz darstellen.

Marc Dassen: Ja natürlich, klar. Also zunächst einmal: Das mit den Eisbären ist natürlich ein sehr populärer Mythos. Wir haben eine sehr schöne Bilderstrecke drin, wonach z.B. gezeigt wird wie natürlich Umweltorganisationen, wie der WWF oder Greenpeace auch - ich sag mal - Klimapropaganda machen mit den süßen Eisbären.

Fakt ist natürlich, daß - und das schreiben wir hier auch - das wird dann auch wieder von Experten noch mal, die ich hier alle aufführe im Text, hier noch mal dargestellt, daß die Zahl der Eisbären von etwa 1960 bis heute sich verfünffacht hat. Wir haben ungefähr 25.000 bis 30.000 - es ist relativ schwer, die zu zählen, logischerweise - also ungefähr 25.000 bis 30.000 dieser Tiere in ihren natürlichen Lebensräumen, und die Zahl ist dramatisch, vor allen Dingen dann dramatisch gestiegen, als man etwa seit den 1970er Jahren die Jagd verboten hat - und diese Population sich dann wieder entsprechend entwickeln konnte.

Und da haben wir ein lustiges Zitat, was das entsprechend noch mal auf den Punkt bringt, wo man sagt: "Der Eisbär lebt nicht vom Eislutschen." Das heißt: Das Eis kann auch in den Sommermonaten - die durchaus auch mal wärmer sein können - da geht das Eis um mehrere Quadratkilometer zurück. Das macht den Eisbären überhaupt nichts. Solange sie Robben zum Essen haben, haben die mehr als genug Platz um sich auszubreiten. Und die Populationszahlen bestätigen dies ja alles, daß diese Hysterie totaler Quatsch ist.

Das gleiche ist Wüstenausdehnung, Gletscherschmelzen: All solche populären Märchen - Meeresspiegelanstieg - die man immer wieder hört, sind eben durch Messungen widerlegt. Und da kann man nur sagen: Mittlerweile ist es so, daß, wenn solche Gegenbeweise dann kommen und wenn solche Thesen als falsch widerlegt werden, daß dann die sogenannte Klimaforschung auch sehr kleinlaut wird.

Peter Feist: Lieblingsbeispiel von mir ist: Ich erinnere mich noch im vorherigen Jahr im Sommer an die Meldung, daß die Polareismassen wachsen. Was ja bei einer Totalerwärmung des sogenannten Weltklimas - was es ja sowieso nicht gibt, wir haben Klimazonen und da können Wetterentwicklungen stattfinden - aber Weltklima im kurzen Zeitraum, hast du (Marc Dassen) ja schon gesagt, ist völliger Unsinn. Ich glaube man muß auch mal deutlich machen, wer hier gegen wen steht. Also wir zitieren die NASA, internationale Institute, Universitätsinstitute, das EIKE in Jena, zum Beispiel...

Marc Dassen: ... und ehemalige Wissenschaftler des IPCC selber..

Peter Feist: Genau. Und dagegen steht eine Nichtregierungsorganisation: das IPCC, also das sich immer aufspielt als Weltklimarat - so wird es in der deutschen Presse auch genannt - obwohl es nicht mal so heißt. Also wie so eine Art Weltorganisation für die Klimaretung, das ist eine NGO. Eine Nichtregierungsorganisation, die sich Rechte anmaßt, bis hin in die Nationalstaaten hineinzuregieren.

Da sind privat finanzierte Nichtregierungsorganisationen, die sie unterstützen. Das heißt, es wird der Schein erzeugt, hier wäre also die Creme der Wissenschaft auf Weltniveau vereinigt und würde jetzt die ganzen Wissenschaftsapparate in Stellung bringen, um das Problem zu lösen. Wenn man dahinter guckt ist das eine Interessenlobby von einzelnen Leuten.

Jürgen Elsässer: Ja, wobei, was mich zwischendrin auch mal verunsichert hat: China - als eine relativ autonome Macht, die eine sehr zügige Industrialisierung mit großen Wachstumsraten zustande bringt. Warum unterstützen die Chinesen diesen Weltklimarat und wenden sich jetzt auch noch gegen Trump, der ja ein paar wichtige Einwände vorgetragen hat?

Peter Feist: Also die Chinesen haben tatsächlich wirkliche Umweltprobleme - was ja nichts mit dem Klimaproblem an sich zu tun hat. Und ich glaube, das hängt mit einer bestimmten ideologischen Richtung zusammen. Man will sich sozusagen in die Weltgemeinschaft einfügen, will nicht draußen bleiben und es gibt einen ungeheuren Druck von den interessierten Lobbys - wer ausschert, wird als Paria behandelt.

Wir sehen es ja am Beispiel Trump, der wird ja jetzt dann von den da Leuten verurteilt und gehaßt, dafür daß er ein paar Fakten in Anschlag bringt, die die nicht hören wollen. Also ich glaube, daß ist einfach ein so sich anbietern an diesen Trend. Und es gibt ja mehrere führende Wissenschaftler, die sagen das ist gar keine Klimaforschung, das ist eine Religion mit Priestern und einer eigenen Kirche usw.

Marc Dassen: ...mit ihrem eigenen Evangelium..

Peter Feist: Und offensichtlich hat die chinesische Führung es außenpolitisch opportun gefunden, sich dem anzuschließen. Also verständlich ist mir das auch nicht. Sie müßten eigentlich, da aus dem Kommunismus kommend, also kritische Rationalisten sein, die Frage ernsthafter stellen, aber sie wollen wahrscheinlich nicht auffallen.

Marc Dassen: Würde doch kurz noch zwei Aspekte dazu beisteuern, nämlich das erste, wenn man das sozusagen auf einer großen wirtschaftspolitischen Dimension sieht - diese Klimapolitik, die gemacht wird, die schadet natürlich der industrialisierten westlichen Welt. Weil das erklärte Ziel ja ist, und da zitiere ich mal den Herrn Maurice Strong, den ersten Präsidenten der United Nations Environmental Programme (also der UNEP), der gesagt hat: "Es ist, es liegt in unserer Verantwortung die industrialisierte Zivilisation zum Scheitern zu bringen."

Ja, also er hat gesagt, im Grunde genommen ist es auch im Sinne des Klimas unsere Verantwortung, daß wir diese industrielle Welt zerstören, weil sie eben angeblich den Planeten zerstört. - Und wenn eine westliche Welt sich sozusagen unter einer Klimareligion diesen Dogmen fügt und unsere Industrie damit zugrunde richtet, dann kann das aus so einem wirtschaftspolitischen Kalkül heraus für ein China, die sowieso Weltmarktführer in allen möglichen Bereichen sind, nur positiv sein - jetzt mal rein vom Profit her gedacht.

Wenn wir jetzt innenpolitisch denken - und das ist eigentlich einer der entscheidenden Punkte - ja, die Klimapolitik ist ja auch dazu da, wie du schon gesagt hast, von irgendeinem NGO-Privatgremium aus in die intimsten, tiefsten Bereiche der nationalen Ökonomie und Politik hineinzuregieren. Und China wird sozusagen auch von diesen Klimapriestern, von denen wir hier einige im Heft haben, als das Erfolgsmodell gesehen, weil sie sagen: Über diese Klimasideologie kannst du sehr, sehr viel Kontrolle ausüben über deine Bürger. Du kannst denen sagen, wann die Strom verbrauchen dürfen, du kannst ihnen sagen, dürfen die ein eigenes Auto fahren, ja oder nein.

Ja, und der Kollektivismus, der natürlich in China eine extrem große Rolle spielt: Wenn du den unter dem Banner des Klimaschutzes einführst, dann ist das eine optimale Sache. Insofern kann ich das gut verstehen, daß China da mitzieht.

Peter Feist: Und ich meine, das Stichwort, was diese Leute gebrauchen, das ist ja "Dekarbonisierung" - also "Kohlen-Entstoffung".

Marc Dassen: Ein Irrsinn.

Peter Feist: Und es gibt ein sehr guten Artikel von Frau Barthel, wenn ich mich richtig erinnere, die mal durchgespielt hat, was das eigentlich bedeutet - nämlich ein Rückfall ins Mittelalter. Wir können alle unsere Weltprobleme nicht lösen, wenn wir auf die kohlenstoffbasierte Industrie verzichten. Wir müßten den Hunger ausdehnen, wir müßten die medizinische Versorgung einschränken. Und sie geht dann sogar so weit und sagt: "Das ist eigentlich der Plan bestimmter Leute im Sinne der 'New World Order': Die Bevölkerungsreduktion voranzutreiben". Das ist ja nämlich das Gefährliche.

Es geht ja einfach nicht nur darum, zu sagen: "Ok, da haben ein paar Leute eine spinnerte Theorie und die versuchen sie der Welt einzureden" sondern dahinter verbergen sich ja konkrete Konzepte und ideologische Konstrukte, um die Menschheit zu unterdrücken. Denn wenn man sagt: "Eine Verzichts-ideologie wird hier gepredigt", dann muß man ja auch mal die Frage stellen: "Wollen die Leute überhaupt verzichten?" Und weil sie das in der Regel nicht wollen - das wissen wir aus der ganzen Menschheitsgeschichte - wenn man was konnte, hat man's auch gemacht - kann man also diese Verzichts-ideologie nur mit Gewalt durchsetzen.

Und das wird in mehreren Texten herausgearbeitet, daß das Ganze auch ein Unterdrückungsmechanismus ist. Mit der Klimareligion kann Entdemokratisierung, Einschränkung von Freiheitsrechten, Einschränkung von Bewegungsfreiheit usw. legitimiert werden. Und das scheint Teil des Programms zu sein. Das ist der Teil, wo es jetzt 'COMPACT-isch' wird - wir haben

einen großen naturwissenschaftlichen Teil drin, aber wir haben praktisch auch eine politisch-ideologische Analyse. Und das ist genau das, wo COMPACT jetzt seinen Finger drauf legt und sagt: "Es steckt mehr dahinter, als nur eine wissenschaftliche Theorie".

Marc Dassen: Das ist der Grund, warum das so super spannend war, auch an diesem Heft zu arbeiten. Weil, du siehst eben - und da kommt eben also die Machtergreifung von Global Governments, wie man das immer nennt, der "Globalregierung", die versucht, die Nationalstaaten weiter unter Kontrolle zu bringen - eben unter der Überschrift "Klimaschutz"! Und du hast es jetzt gesagt: "Westliche Industrien richten sich damit selber zu Grunde."

Und du hast das Thema "Bevölkerungsreduktion" angesprochen: Was ja wirklich auch in Josefina Barthels Artikel "Schellnhubers Masterplan" nochmal ganz deutlich wird, ist, daß diese Klimaschutzpolitik eine verdamnte Katastrophe wird, vor allen Dingen für die Länder, die noch nicht entwickelt sind, die noch nicht industrialisiert sind. Also, dem ganzen afrikanischen Kontinent wird ja jetzt unter solchen Klimaschutzzielen gar nicht mehr erlaubt, sich zu industrialisieren, Kohlekraftwerke zu bauen, damit die Leute da wenigstens mal auf einen mittleren Stand von Wohlstand auch kommen können.

Peter Feist: Das hat ja der Václav Klaus wunderbar rausgearbeitet, der hat ja gesagt: "Wir haben einen Rückgang der Kohlenstoff-Emissionen in Osteuropa nach 1990, also nach dem Zusammenbruch des Real-Sozialismus gehabt, weil die Industrien niedergefahren sind. Gleichzeitig hatten wir in den nachholenden Entwicklungsländern in Europa, wie Spanien und Portugal eine Zunahme der Emissionen, weil die ihre Entwicklung nachgeholt haben. Da wollen wir jetzt die Ost-Europäer dazu verdammen, ewig auf ihrem schlechten Level zu bleiben, nur weil sie keinen Kohlenstoff ausstoßen dürfen. Also, das hat eine unmittelbare praktische Dimension."

Jürgen Elsässer: Ok - was hat Euch in dieser Ausgabe am meisten überrascht?

Peter Feist: Also zwei Sachen: Erstens - was ich wirklich nicht wußte, ist: Ich habe auch immer geglaubt, diese Klimadaten haben eine ganz wissenschaftliche Basis, nämlich die Eisbohrkerne aus den Polar-Regionen, wo man über Jahrtausende messen kann, wie die Luftzusammensetzung war und wieviel Kohlendioxid in der Luft war. Jetzt haben wir da einen Subtext, wo drinsteht: "Ja, diese Methode ist völlig unwissenschaftlich, also nicht sicher, weil es Aufschmelzungen gibt, weil es Veränderungen in den Bohrkernen gibt.

Die Daten sind gar nicht so sicher." Das hat mich sehr verwundert, weil damit jetzt viele dieser Meßreihen ganz anders dastehen. Das zweite, was mich gewundert hat, war, daß es eine Gesellschaft gibt für den Kampf zur Erhaltung der Warmzeit im Mittelalter. Also, es gibt ja eine statistische Tatsache, daß es im Hochmittelalter, also zwischen dem 11. und dem 14. Jahrhundert, eine Warmperiode gegeben hat und die ist aus den Statistiken verschwunden. Um eine Idealanstiegskurve in Form eines Hockeyschlägers zu konstruieren, mit dem man eine Klimaerwärmung nachweisen kann.

Und weil die da gestört hätte als Ausfall nach oben ... oder: Es gab auch eine Kaltzeit am Beginn der frühen Neuzeit - die ist auch verschwunden aus der Statistik ... Es gibt sogar eine Gruppe, die dafür kämpft, die Warmzeit zu retten. Das ist fast sozusagen eine spaßige Form, wie der Widerstand gegen Datenmanipulation gemacht wird. Und daß solche massiven Manipulationen notwendig sind, damit die Prognosen am Ende wieder katastrophistisch werden - das hat ja das Climategate oder Klimagate gezeigt. Die haben ja offen zugeben müssen in den E-mails, daß sie da die Daten anpassen müssen, damit ihre Prognosen stimmen.

Marc Dassen: Ja, also klar, wir haben ja eine ganze Reihe von Fakten zu solchen Wissenschaftsmanipulationen einfach mal aufgelistet, um mal zu zeigen: Es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens, daß der Mensch für die Klimaveränderung verantwortlich ist. Es gibt keinen Grund zur Panik, keinen Grund zur Hysterie. Und die wissenschaftlichen Fakten sprechen eben eine ganz andere Sprache. Aber was mich am allermeisten überrascht hat, ist: Wenn

man mal ein bißchen tiefer gräbt, wenn man mal unter die wissenschaftlichen Diskussionen schaut, wenn man mal schaut: Wer treibt das Ganze politisch an?

Welche Kräfte stehen dahinter? Welche ideologischen Kräfte stehen auch dahinter? Dann ist auch mein Artikel, den ich über den Club of Rome geschrieben hab und der auch mir Spaß gemacht hat bei der Recherche ... Da hatte ich unheimlich Adrenalin im Blut, weil es einfach eine wahnsinnig spannende Geschichte ist, wie dieser Eliten-Zirkel, der sich eigentlich von seiner Schlagkraft nur noch mit den Bilderbergern oder der Trilateralen Kommission (eine 1973 von David Rockefeller gegründete, private, politikberatende Denkfabrik) vergleichen läßt - wie der eigentlich schon 1972 in den "Grenzen des Wachstums" - seinem berühmten Buch - eigentlich schon die Grundlagen für diese Öko-Ideologie gelegt hat und wie wirklich ... Die nehmen ja kein Blatt vor den Mund, diese Herren.

Wenn sie ganz deutlich sagen, daß sie ihre Aufgabe darin sehen, die industrielle westliche Welt zu zerstören. Warum wollen sie das? Weil sie nicht nur irgendeiner völlig irren Öko-Ideologie anhängen, sondern weil sie damit die Kontrolle über die Menschen in die Hand bekommen wollen. Das sagen sie ganz offen und ehrlich. Wer sich deren Texte anguckt - das ist wirklich was aus dem Irrenhaus. Und ich hab da die entscheidenden Personen, die entscheidenden Texte und die ideologischen Ideen einfach mal vorgestellt und auch gezeigt, wie sie sozusagen am Anfang der Klimahysterie, der Klimadebatte stehen. Ist, glaube ich ganz interessant und ist auch so noch nirgendwo vorgekommen, soweit ich weiß.

Peter Feist: Auch noch eine Stärke des Heftes: es werden sowohl die Täter genannt, die dafür zuständig sind, daß das alles passiert ...

Marc Dassen: Und durch die Energiewende werden ja noch ganz andere Kosten auf uns zukommen.

Peter Feist: Täter und Opfer werden klar benannt und jeder kann dann sehen, wo er steht.

Jürgen Elsässer: Ja, meine Damen und Herren, das war die Vorstellungsrunde von COMPACT-Spezial "Klimawandel. Fakten gegen Hysterie". Wir können nicht alle Punkte jetzt in dieser Zeit verhandeln. Aber im Heft finden Sie das alles sehr ausführlich, wissenschaftlich hieb- und stichfest niedergelegt. ... <<

20.11.2017

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 20. November 2017 (x1.000/...): >>**Weltklimapolitik - unbeachtete Auslöser der Eisschmelze**

... Am 10.10.2017 gab der Atmosphärenphysiker Kent Moore, Professor des Mississauga Campus an der University of Toronto, bekannt, daß sich Berichten zufolge im Packeis der beim Südpol gelegenen Antarktis ein riesiges Loch aufgetan habe. Bei seiner größten Ausdehnung umfaßt das Naturphänomen 80.000 qkm, was in etwa der Größe Österreichs entspricht. "Dieses (Loch) liegt Hunderte von Kilometern von der Eiskante entfernt.

Wenn wir keine Satelliten hätten, wüßten wir nicht, daß es da ist", sagte Moore. Laut des Atmosphärenphysikers werden Gebiete offener Gewässer, die von Eis umgeben sind, als Polynjas bezeichnet. In Küstenregionen der Antarktis seien sie durchaus üblich. Für die Wissenschaftler ist es noch rätselhaft, wie diese anfangs erwähnte Polynja entstehen konnte, welche "tief im Packeis" liegt.

Im Zusammenhang mit diesem Aufsehen erregenden Loch im antarktischen Packeis ist eine weitere Meldung von Arktiswissenschaftlern erwähnenswert: Die britische Tageszeitung "The Guardian" berichtete im August 2017, daß sich gemäß einer Sonderpublikation der Londoner Geologischen Gesellschaft insgesamt 91 bislang unbekannte aktive Vulkane unter dem gewaltigen Eispanzer der Antarktis befinden. Diese kommen zu den bereits vorher bekannten 47 Vulkanen dazu. Weiterhin entdeckte die NASA einen alten Supervulkan unter dem Eis, der nach längerer Ruheperiode nun wieder gewaltige Lavaströme produziere, so Hélène Seroussi vom Jet Propulsion Laboratory (JPL) der NASA in Pasadena, Kalifornien.

Die Ausbrüche der antarktischen Vulkane schaffen es angesichts der immensen Eismasse zwar nicht bis an die Oberfläche. Sie sorgen aber dafür, daß enorme Eismassen wegschmelzen und so auch der antarktische Eispanzer destabilisiert wird. Die NASA-Wissenschaftler haben die unter dem Eismantel der Antarktis verlaufenden Flüsse, die vor allem infolge vulkanischer Aktivitäten entstanden sind, in einer Graphik dargestellt. Vor allem die Westantarktis gelte hierbei als besonders vulkanisch aktiv.

Doch der Verlust des Drucks der Eismassen infolge des Wegschmelzens könne laut den Vulkanologen Maximilian Van Wyk de Vries und Robert Bingham von der University of Edinburgh dazu führen, daß die Vulkane dadurch noch aktiver werden. Das wiederum würde den Schmelzvorgang beim antarktischen Eispanzer weiter beschleunigen. Im Klartext heißt das aber auch: Laut dem Weltklimarat, der nebenbei bemerkt durch private Sponsoren ins Leben gerufen und so benannt wurde, sei vor allem der menschengemachte Klimawandel für eine Eisschmelze in der Antarktis verantwortlich.

Dieser Behauptung entgegen dürften jedoch die vielen Vulkane eine nicht unerhebliche Rolle bei der Eisschmelze spielen - und ebenso für das Abbrechen von Eisbergen sorgen. Gemäß Klimatologen befindet sich das Weltklima ohnehin in einem beständigen Wandel. Warm- und Kaltzeiten wiederholen sich ohne jeden menschlichen Einfluß in zyklischen Wechselspielen. Von sehr erstaunlichen Warmperioden zeugen z.B. Berichte aus dem frühen Mittelalter über die florierende Landwirtschaft auf Grönland, was auch der deutsche Klima-Experte Prof. Dr. Fritz Vahrenholt stichhaltig belegt und mit der Sonnenaktivität erklärt.

Im Zusammenhang mit Warmperioden sind auch die legendären und viel diskutierten Karten von Piri Reis erwähnenswert. Piri Reis lebte von 1465 bis 1554, war exzellenter Seefahrer und Kartograph bzw. Kartenhersteller. Die berühmte "Weltkarte des Piri Reis" von 1513 mit der Darstellung der eisfreien Antarktis wurde erst vier Jahrhunderte später (1929) bei Aufräumarbeiten im Topkapi Palast in Istanbul wiederentdeckt. Charles Hapgood, ein Gelehrter vom Keene College (USA), war der Erste, der sich mit der Karte gründlich befaßte. Ende 1959 stieß er in der Washingtoner Kongreßbibliothek auf eine Karte von Oronteus Phynius aus dem Jahr 1531, die die Antarktis ebenfalls eisfrei darstellt.

Der Forscher Hapgood ließ die Karte des Piri Reis von der US Airforce beurteilen. Gemäß Bericht der Westover Airforce Base in Massachusetts von 1960 zeigt die Karte nicht nur die genauen Küstenlinien und Umrisse aller Kontinente, sondern verzeichnet auch noch ganz exakt die jeweiligen topographischen Merkmale der jeweiligen Länder wie Berggipfel, Gebirgsketten, Inseln, Hochebenen und Flüsse.

Auch die exakte Landmasse der Antarktis, die in heutiger Zeit mit mehreren Kilometern dicken Eis überdeckt ist, ist dargestellt wie gesagt eisfrei. Dies ist ein weiterer Hinweis dafür, daß es Warmzeiten gab, die nicht von Menschen ausgelöst waren. Auch ist bekannt, daß es im 13. Jahrhundert im Schweizer Kanton Wallis keine Gletscher gab. Die Gletscher sind erst wieder mit der mittelalterlichen Kleinen Eiszeit von 1400 bis 1850 gewachsen. (www.kla.tv/10903) Überdies verstand es die Menschheit, diese Warmzeiten demnach auch bestens zu überleben und zu ihren Gunsten zu nutzen.

So gelang laut Klimatologen und Historikern z.B. Venedig, zwischen dem 9. und 12. Jahrhundert, trotz Warmperiode und Eisschmelze der Aufstieg zu einem Stadtstaat und einer wichtigen Seemacht - anstatt im Schmelzwasser unterzugehen. Vor diesen genannten Hintergründen bleibt die panikmäßig vorangetriebene Klimapolitik mitsamt Klimagipfeln wegen ihrer einseitigen Betrachtung äußerst fragwürdig und dringend erneuerungsbedürftig.

Es stellt sich die Frage, ob die Menschheit derzeit nicht regelrecht und gezielt hinters Licht geführt wird. Ist es doch erst durch die Panikmache vor einem angeblich menschverschuldeten Klimawandel möglich gemacht worden, mittels Gesetzen und Steuern die Bevölkerung zu bevormunden und finanziell auszubluten und sogar zu reduzieren. ...<<

22.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. November 2017: >>**Der Staat verliert die Kontrolle über seine Gewalt**

Dimitrios Kisoudis

Der Staat ist Gewaltmonopolist. Recht und Soziales sind nur seine Nebenfunktionen. Deshalb trifft der Polizeiskandal in der Hauptstadt den Staat in seiner Substanz. In ethnisch-religiösen Konflikten droht die staatliche Ordnung zu zerreiben.

Der Staat, wie wir ihn kennen, entsteht nach den Religionskriegen der frühen Neuzeit. Seine Wiege ist der Westfälische Friede von 1648. Die Fürsten der vom Krieg verheerten Länder treffen sich in Münster, um Frieden zu schließen, ihre Völkerrechtler arbeiten die weltliche Ordnung aus. Der Einfluß der Religion auf die Politik wird zurückgedrängt. Ob Krieg oder Frieden, das beeinflussen künftig nicht mehr die Kirchen, sondern das entscheiden die Fürsten.

Die Bürger händigen dem Staat ihre Gewalt aus, dafür verspricht der Staat ihnen Schutz. Er allein hat nun rechtmäßig Gewalt inne, er hat auf sie ein Monopol.

Das Militär und die Polizei sind die wichtigsten Organe des Gewaltmonopolisten. Zwar gehören auch Verwaltung, Gerichte und Parlamente zum modernen Staat, doch ob dieser sein Gewaltmonopol auch geltend machen kann, hängt letztlich an Einrichtungen, die Waffen tragen und Gewalt wortwörtlich ausüben. Militär, das ist Gewalt nach außen. Polizei, Gewalt nach innen. Beide sichern den Frieden. Erst im 19. Jahrhundert fordert das selbstbewußte Bürgertum, der Staat müsse außerdem Rechtsstaat sein. Die Vorstellung, daß der Staat das soziale Zusammenleben seiner Bürger durch Umverteilung und Rechtsgestaltung zu regulieren habe, kommt erst nach 1949 auf.

Inzwischen haben sich beide Vorstellungen, Rechtsstaat und Sozialstaat, in unseren Köpfen so stark festgesetzt, daß wir vergessen haben: Der Staat ist wesentlich Ordnungsstaat. Wenn Clans, Gangs oder Terrorgruppen neben ihm Gewalt ausüben, dann wird der Staat auch bald die Gerichte, Krankenkassen und auch die Polizei nicht mehr bereitstellen. Der Skandal um die Berliner Polizei zeigt: Wir befinden uns auf dem geraden Weg in solche Zustände. Der Polizeiskandal geht weit über die Dimensionen einer Polizeischule hinaus und sprengt sogar den Rahmen der Hauptstadt. Hier liegt eine Störung vor, die das Gewaltmonopol gleichzeitig in Besitz nimmt und in Frage stellt.

Arabische Clans, die sich über Herkunft und Religion definieren, unterwandern die Polizei, wie der oberste Berliner Polizeigewerkschafter bestätigt hat.

Um manche Söhne in den Polizeidienst einzuschleusen, halten sie diese von Straftaten fern. Gelingt die Unterwanderung, hat das zwei Folgen. Erstens können diese Clans Straftaten ausüben, ohne von der Staatsgewalt verfolgt zu werden, weil ihr Nachwuchs im Polizeidienst die Strafverfolgung behindert oder vereitelt. Zweitens können die Clans, wenn die Unterwanderung erst einmal fortgeschritten ist, selbst Staatsgewalt ausüben - natürlich im Eigeninteresse und nicht zum Schutz des Gemeinwohls.

Ermöglicht wurde diese Zersetzung des Gewaltmonopols durch eine fehlgeleitete Integrationspolitik. Es waren beim Kanzleramt angesiedelte Integrationsbeauftragte, Maria Böhmer und Aydan Özoguz, die forderten, die Polizei müsse mehr Migranten beschäftigen. In Berlin wurde diese Forderung 2010 in ein Gesetz gegossen, das auf den harmlosen Namen "Integrations- und Partizipationsgesetz" hört. Seither hat sich der Anteil muslimischer Migranten in der Polizei verzehnfacht.

Diese Entwicklung steht auch anderen Ländern bevor. Baden-Württemberg hat ein solches Gesetz 2015 verabschiedet. Und auf Bundesebene ist ein Integrationsgesetz dieses Jahr in Kraft getreten. Die Polizei wird von den berüchtigten Clans ebenso unterwandert wie die Hells Angels. Wo auch immer Gewalt im Spiel ist, mischen die Clans mit, in der organisierten

Kriminalität wie im Staat. Wenn sie gewinnen, dann ist der Staat allerdings kein Staat mehr. Um diesen Sieg zu verhindern, muß man jede Bevorzugung von Migranten in der Polizeiausbildung stoppen. Zu bezweifeln ist, ob dieses bloße Unterlassen reicht. Womöglich braucht es neue Gesetze, um die Wirkung jener Desintegrationsgesetze ungeschehen zu machen. Dimitrios Kisoudis war neun Jahre lang als Regisseur und Autor für den Rundfunk tätig. Jetzt arbeitet er als Referent für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 22. November 2017: >>**Erinnern unerwünscht**

Da liegen sie, die Gedanken, die Tränen, der Schmerz und die Trauer - zusammengekehrt auf einen Haufen - wie Dreck. Die zwei weißen Kreuze sind schon verschwunden. Ebenso wie die beiden Buchsbäume, die früher die kleine ganz inoffizielle, aber eben um so wahrhaftigere Gedenkstätte für die Ermordeten des Breitscheidplatz flankierten.

Wie praktisch, daß die ewigen Lichter neben einen großen Müllcontainer zusammengefeigt wurden. Als ob er nur darauf wartet sich das Erinnern an die Toten einzuverleiben.

So sieht heute Erinnerungskultur in Deutschland aus - nicht einmal ein Jahr nach dem islamistischen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt, bei dem zwölf Menschen ihr Leben verloren und 55 verletzt wurden.

Berlins Politik will kein Innehalten

Berlins Verwaltung und Politik wollen, so scheint es, dieses selbstverständliche kurze Innehalten nicht. Diese Stille an dem Ort zu Füßen der Gedächtniskirche. Die Betroffenheit der Umstehenden, die oft nur kurz verweilten, um dann mit ernsten Gesichtern weiterzugehen. Und manchmal war auch Wut zu hören - leise zwar, aber vernehmbar.

Vorbei. Nach vorne schauen. Da stören doch nur diese Kerzen, die beiden Kreuze und die Buchsbäume. Man darf auch das Gefahrenpotential, das von ihnen ausgeht, nicht unterschätzen: Besucher und Passanten des Weihnachtsmarktes könnten über dieses Sammelsurium an Trauer stolpern und sich verletzen. Deshalb ist der Vorweihnachtszauber in diesem Jahr auch hinter tonnenschweren Betonpollern zu genießen.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schreibt am 22. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Alle Jahre wieder**

"Alle Jahre wieder kommt das Christuskind" beginnt ein bekanntes Kinder-Weihnachtslied. In den Schulen der DDR wurde es etwas anders gesungen: "Alle Jahre wieder kommt der Weihnachtsmann". In der Sowjetunion wurde Weihnachten ganz abgeschafft und statt dessen das "Tannenfest" eingeführt.

Die DDR erlebt zu haben, führt im aktuellen, bunten und vielfältigen Deutschland zu zahlreichen déjà-vus. Der Schriftsteller Michael Klonovsky formuliert es so: "Ich stamme aus der Zukunft".

So erleben die DDR-Erfahrenen erneut und die Westdeutschen erstmalig, wie eine wild gewordene linke Mafia in Politik und Verwaltung Weihnachten den Kampf ansagt. Da werden aus Weihnachtsmärkten "Lichtermärkte", um die muslimischen "Geflüchteten" nicht zu irritieren, das alles mit passendem dunkelhäutigen Lichterkind statt reaktionärer Christkindfigur.

Eine INSA-Umfrage ergab zwar, daß nur 15 Prozent der Deutschen derlei Kulturrevolution begrüßen, aber was schert das die Bessermenschen in den Kulturämtern der Städte?

Und zu Recht: Wenn die 85 Prozent Normalen nicht endlich aufwachen und sich gegen ihre Umerziehung und Umvolkung wehren, haben die Bösen freie Bahn.

Weihnachten ist eben nicht nur Konsum, sondern auch Besinnung - hoffentlich bald!<<

23.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. November 2017: >>**Staatskunst**

Was das "Zentrum für politische Schönheit" vor dem Wohnhaus des Thüringer AfD-Politikers

veranstaltet, ist eine konzertierte politische Aktion. Die großen Medien berichteten in Echtzeit und verlinkten Livestreams. Auch die Radionachrichten hielten die Sache für erwähnenswert, und noch am selben Abend widmete die Sendung "Kulturzeit" auf 3Sat sich der sogenannten Kunstaktion.

Die Initiatoren haben nicht nur Betonstelen aus Pappmaché aufgestellt. Angeblich haben sie auch Höcke und seine Familie monatelang mit Kameras observiert und sogar den Hausmüll nach belastendem Material durchsucht. "Wir wissen alles", sagt Philipp Ruch, der Leiter des Zentrums. "Wann Höcke sein Holz hackt, welche Verlage ihm Broschüren schicken, wie er auf Reisen mit seinen Anzügen umgeht, wie es seinen Schafen geht, wo er gerne urlaubt."

Vollstrecker einer Staatsräsion

Kunst ist hier zum Vorwand für Spitzelei, für Erpressung, zu einer Form des Psycho- und molekularen Bürgerkriegs gegen Andersdenkende verkommen. Die Frage nach Stasi-Methoden beantwortet Ruch mit dem Satz: "Gegen Nazis wenden wir nur Nazimethoden an."

Falls Höcke aber "vor dem Denkmal auf die Knie fällt und für die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg um Vergebung bittet, wollen wir der Ernsthaftigkeit seiner Läuterung glauben. Dann lösen wir den Zivilgesellschaftlichen Verfassungsschutz vorerst wieder auf und veröffentlichen keine pikanten Details aus seinem Leben." Er nennt sein Vorgehen "einen aggressiven Humanismus". Solche Sätze kennt man aus den Romanen Alexander Solschenizyns. Geäußert werden sie von den Vollzugsbeamten des stalinistischen Terrors.

Die sich hier als künstlerische Tabubrecher in Szene setzen, sind ebenfalls Vollstrecker einer Staatsräsion. Der im Holocaust-Mahnmal zementierte Schuldskult dient ihnen als Quelle totaler Selbstermächtigung. Das ist kein Zufall, denn in einer Gesellschaft, in der die masochistische Moral gemeinschaftsbildend wirkt, findet das aufgestaute innere Elend den Ausweg im Sadismus. Subversiv sind die politischen Schönheitsaktivisten in ganz anderer Weise: Mit der Miniaturausgabe haben sie das Denkmal auf eine Witzvorlage reduziert, was seine Gegner als Bestätigung und Bestärkung verbuchen können.

Verräterische Schadenfreude

Die Mitinitiatorin des Berliner Holocaust-Mahnmals, Lea Rosh, hat den Nachbau als "eine wunderbare Idee" bezeichnet. Die Aktion so kurz vor der Weihnachtszeit sei eine "herrliche Bestrafung" für Höcke. So müsse er vor seinem Haus den Nachbau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas erdulden. Roshs Schadenfreude ist verräterisch. Wenn schon die Miniaturausgabe eine zu erdulden Strafe ist, was ist dann erst das Original?

Auch der bekannte Kunsthistoriker Beat Wyss ist dem Zentrum zur Seite gesprungen. Die Frage, ob ein massiver Eingriff in die Privatsphäre des AfD-Politikers, die eine monatelange Überwachung darstelle, sich durch eine Kunstaktion legitimieren ließe, bejahte er klar. "Die Kunst darf alles, wenn sie zum Lachen führt." Auch "weil sie quasi als fünfte Gewalt in der Gesellschaft mit Machtlosigkeit geschlagen ist". Philipp Ruch sei deshalb auch "der legitime Erbe von Till Eulenspiegel", denn Kunst habe die Aufgabe, "ein Fürsten-Spiegel zu sein".

Dazu zwei abschließende Bemerkungen. Erstens: Es gibt - siehe oben - auch das Lachen des subalternen Büttels, dem Macht über die Machtlosen verliehen wurde; es gibt das Lachen des Sadisten, des Folterknechts, sogar das des Lustmörders, vor dem sogar Alfred Hitchcock sich fürchtete. Zweitens: Eulenspiegel hat die Machtverhältnisse verspottet, sie situativ zum Tanzen gebracht.

Fürstenknecht statt Fürstenspiegel

Ruch hingegen ist Teil der Verhältnisse und reproduziert sie. Er installiert keinen Fürstenspiegel, er ist ein Fürstenknecht! Die Aktion ist ein Sonderprojekt im Rahmen des dritten Berliner Herbstsalons des Maxim-Gorki-Theaters in Berlin, der auch hinter den Dschihad-Bussen am Brandenburger Tor steckt. Also, Staatskunst vom Feinsten!

Fazit: Wir haben Staatskünstler, Staatsmedien, Staatsintellektuelle. Sie bilden einen Überbau,

der ästhetisch, moralisch und geistig nur noch destruktiv wirkt und zur Käseglocke geworden ist.

Ein Vorschlag zur Güte: Philipp Ruch zeigt tätige Reue über seine Gemeinheit und seinen Kniefall vor der Staatsräson, indem er sich auf einem Weihnachtsmarkt seiner Wahl bis zu den Knien in einen der Betonpoller einmauern läßt, die zum Schutz gegen islamistische Anschläge aufgestellt werden. Im Gegenzug versorgt Björn Höcke ihn allabendlich mit Glühwein und Bratwurst und stärkt ihm moralisch den Rücken.

Die "Kulturzeit-Redakteure" müßten die Versöhnungsszenen mit Kamera und Mikrofon begleiten. Das wäre tabubrechend, grenzüberschreitend, das wäre tapfer, das wäre politisch und auf eine unaggressive Weise human. Das wäre Schönheit, übersetzt in Politik!<<

25.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 25. November 2017: >>Gemeinschaft von Gläubigen

Was ist los an deutschen Universitäten? Als die Politikwissenschaftlerin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet an der Universität Würzburg darum bat, diesen Ort als säkularen Freiraum zu akzeptieren und Kopfbedeckungen abzulegen, verweigerte dies eine moslemische Studentin, trotz persönlicher Aufforderung.

Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung los, erregte Studenten zwangen die Professorin öffentlich zur Entschuldigung, gedeckt von einer verschüchterten Universitätsleitung. Ein Vorfall, der in Variationen längst universitärer Alltag ist.

Nichtigkeiten reichen aus

Vergangenes Jahr wollte der Berliner Geschichtswissenschaftler Jörg Baberowski an der Universität Bremen ein Buch vorstellen. Der Studentenausschuß beschimpfte ihn öffentlich, drohte mit Protesten. Erfolgreich, der Veranstalter mußte umziehen. Baberowskis Buchtitel: "Räume der Angst".

Derweil ... (protestierten) Studenten der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, da ein Liebesgedicht des Lyrikers Eugen Gomringer an der Fassade angeblich eine "patriarchale Kunsttradition" ausdrücke. Es erinnere "unangenehm an sexuelle Belästigung, der Frauen alltäglich ausgesetzt sind". Das Gedicht wird übermalt.

Nichtigkeiten reichen aus, daß eine Studentenschaft in Erregungsmodus fällt, gegen mißliebige Dozenten vorgeht, Veranstaltungen sprengt, Arbeitsräume verwüstet und es nicht nur bei verbaler Gewalt beläßt. Toleriert, wenn nicht gar ermuntert, von einer Universitätsleitung, die alles will, nur nicht sich selbst den Protesten aussetzen.

Wohl eher die Freiheit des Mobs

Nachdem der Kasseler Biologieprofessor Ulrich Kutschera in einem Interview homosexuelle Partnerschaften als "sterile Erotik-Duos ohne Reproduktionspotential" bezeichnete, prüft die Universität ernsthaft disziplinarrechtliche Schritte. Freiheit von Forschung und Lehre? Wohl eher die Freiheit des Mobs, zu bestimmen, was gelehrt wird.

Wie ist das zu werten? Ist nun mit fünfzig Jahren Verspätung die maoistische Kulturrevolution auch bei uns angekommen? Ernten die Alt-68er jetzt mit ihrer Emeritierung die Früchte eines Marsches durch die Institutionen? Um das zu klären, müssen wir in die Tiefen der europäischen Aufklärung hinabsteigen.

Das mittelalterliche Weltbild war eine geschlossene Angelegenheit. Christliche Klöster, als Horte der Gelehrsamkeit, verstanden sich eigentlich nicht als Produktionsstätten neuen Wissens, sondern als Pfleger und Bewahrer bereits vorhandenen, vermeintlich endlichen Wissens. Die Lehrmeinung von Autoritäten wurde lediglich immer neu kommentiert und interpretiert.

"Fromme Lügen" waren sittliches Gebot

Im Übergang zur Neuzeit fand dann ein Paradigmenwechsel statt, für den Nikolaus von Kues (1401-1464) gleichsam sinnbildlich als letzter großer Kirchenlehrer wie zugleich erster Hu-

manist steht. Mit seiner Schrift "Über die belehrte Unwissenheit" prägte er die Vorstellung eines menschlichen Geistes, der sich durch Selbsttätigkeit immer neues Wissen über eine sich ins Unendliche ausbreitende Welt aneignet. Das aber hat zwei erhebliche Konsequenzen, die Nikolaus selbst auch gezogen hat.

Zum einen galt es in der mittelalterlichen Klosterwelt als selbstverständlich, archiviertes Wissen eigenen Absichten anzupassen. "Fromme Lügen" waren unter der Bedingung eines geschlossenen Weltbildes ganz einfach sittliches Gebot. Der Mönch, der die "Konstantinische Schenkung" in die Archive schmuggelte, war kein Betrüger, sondern er korrigierte lediglich Fehler der Wirklichkeit.

Indem Nikolaus aber die äußere Gewißheit destruierte, brauchte er eine innere Gewißheit. Eine Gewißheit, die er über seine persönlichen Interessen stellte. So entlarvte Nikolaus als erster die "Konstantinische Schenkung" als Fälschung.

Hier protestieren keine Studenten, sondern Gläubige

Zum anderen benötigte Nikolaus dafür eine neue Methode, die sich nicht auf die Autorität von Lehrmeinungen beruft, sondern bei der ein selbsttätiges Denken Fakten überprüft und bewertet, die jederzeit von anderen überprüft und bewertet werden können. Es ist diese Trias aus Fortschritt, Wissenschaft und individuellem Denkvermögen, die an der Krippe der europäischen Aufklärung steht. Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, wird später Immanuel Kant sagen. Ein europäisches Projekt, das offenkundig zu Ende gegangen ist.

In Wirklichkeit sind es keine Studenten, die hier protestieren. Denn Studenten haben Fragen. Das hier aber sind Gläubige. Nicht prinzipiell anders als ein mittelalterlicher Klosterschüler schlucken sie pseudoreligiöse Lehrmeinungen, bringen diese mit ihren pseudoreligiösen Gefühlen in Einklang und wachen eifersüchtig darüber, daß niemand es wagt, diese pseudoreligiösen Lehrmeinungen in Frage zu stellen, weil dies notwendig eine Verletzung ihrer pseudoreligiösen Gefühle bedeutet. So weit, so unspektakulär. Doch eines ist an Absonderlichkeit nicht zu übertreffen.

Wenn ein geschlossenes Glaubenssystem mit den Werten der Aufklärung im Krieg ist, so haben wir zwei klar erkennbare Kontrahenten, die sich selbst auch als solche sehen. Wenn beispielsweise an einer Universität der islamischen Welt säkular eingestellte Studenten mit ihren religiös eifernden Kommilitonen im Clinch liegen, so ist den Beteiligten klar, daß sie unterschiedliche Werte vertreten.

Aus zeternden Feministinnen werden über Nacht ebenso zeternde Verschleierte.

Hier liegt jedoch das absolute Kuriosum vor, daß sich die pseudoreligiösen Jünger auf die Werte der Aufklärung berufen. Toleranz, Meinungsfreiheit, Fortschritt - das Wutgeheul, mit dem Dozenten aus dem Vorlesungssaal geprügelt werden, es verwendet genau diese Worte.

Was nur ist an dem Projekt der europäischen Aufklärung so furchtbar schiefgelaufen, daß nun eine Karikatur ihrer selbst sich anschickt, die Werte eben dieser Aufklärung gründlich abzuräumen? Eine gesellschaftliche Entwicklung, deren Vorreiterrolle damals wie heute die Universitäten übernehmen?

Nun, aus islamischer Sicht ist der Fall klar. Das Abendland sei an seinen eigenen Widersprüchen zerbrochen und zugrunde gegangen. Es erwarte jetzt die Erlösung aus dem einzig wahren Glauben. Nicht nur aus demographischen Gründen reüssiert der Islam an deutschen Hochschulen, aus zeternden Feministinnen werden über Nacht ebenso zeternde Verschleierte.

Freier Geist auf freien Geist

Doch der Fall liegt anders. Der Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt (1767-1835) war zwar Kind der Aufklärung, kritisierte diese aber dafür, das Wesentlichste übersehen zu haben. Denn Aufklärung ist nicht Fortschritt, ist nicht entfesselte Vernunft allein, sondern sie ist vor allem anderem Ausbildung von Individualität.

Anderes leitet sich hiervon erst ab, führt ohne diese ins Nichts. Humboldts ganzes Reformpro-

jekt ist hierauf abgestimmt. Von einfachen, gleichförmigen Lagen sollte der einzelne in den Elementarschulen rasch aufsteigen zur freien Selbsttätigkeit. In der Universität als krönendem Schlußstein sollte dann nur noch freier Geist auf freien Geist wirken, aus ihrer Polarität zur gegenseitigen Steigerung der Kräfte gelangen.

So wichtig war Humboldt die Freiheit des Geisteslebens, daß er die Universität sogar mit eigenen Domänen ausstatten wollte, damit kein äußerer Einfluß die Lehre bestimmen durfte. Diesen radikalen Schritt hat niemand getan, weder die von Humboldt geprägte deutsche Hochschullandschaft, noch die nach ihrem Vorbild organisierten Universitäten Amerikas.

Wenn der Geist keine Wohnstatt findet, geht er eben woanders hin

Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe bei letzteren zu zeigen, wie durch finanzkräftige Stiftungen Gender Studies von außen in den Lehrplan implementiert wurden. Eindeutig als politischer Auftrag wird diese Pseudowissenschaft in Deutschland betrieben. Alleine das Zentrum für Gender Studies der Universität Marburg darf sich nun über eine Million Euro Steuergelder freuen, um zwei Jahre lang gegen Kritiker vorzugehen.

"Wir möchten Erkenntnisse darüber gewinnen, was genau am Wandel der Geschlechterverhältnisse als krisenhaft empfunden wird, wie anti-feministische Diskurse vor diesem Hintergrund mobilisierend wirken und wie der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder gestärkt werden kann", freut sich Projektleiterin Annette Henninger. Gläubige beim Gebet halt.

Es bleibt die Erkenntnis: Wenn der Geist keine Wohnstatt findet, geht er eben woanders hin. Übrig bleibt dann etwas, das sinnvoll wohl nur noch unter dem Gesichtspunkt klinischen Schwachsinn betrachtet werden kann.<<

28.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. November 2017 (x887/...): >>Blackout-Gefahr steigt

Überlastung der Stromnetze im Winter - Krise in der Schweiz

Erst im Nachhinein ist deutlich geworden, wie groß im vergangenen Winter das Risiko von flächendeckenden Zusammenbrüchen von Stromnetzen war. Klirrende Kälte und die Abschaltung von 23 Kernkraftwerken brachten Frankreichs Stromversorgung im Januar 2017 in eine prekäre Situation. Am Morgen des 20. Januars benötigte Frankreich um 8.45 Uhr deutlich mehr Strom, als es in diesem Moment selber produzieren konnte.

Das befürchtete Ausgehen der Lichter konnte nur durch Stromlieferungen aus den Nachbarländern verhindert werden. Eingesprungen waren spanische, belgische, deutsche und schweizer Netzbetreiber.

Erst im Sommer dieses Jahres wurde bekannt, daß sich mit der angespannten Situation in Frankreich auch die Lage in der Schweiz zugespitzt hatte. Dort brachte die Situation auf dem Strommarkt die eidgenössischen Behörden im Februar ins Schwitzen. Auch hier waren im Januar zwei AKW außer Betrieb, zudem waren durch die Stromknappheit in Frankreich die Preise auf dem europäischen Strommarkt gestiegen.

Schweizer Stromproduzenten nutzten diese Gelegenheit, um ihre Pumpspeicherwerke auf vollen Touren laufen zu lassen, um Strom nach Frankreich zu exportieren. Die Folge war, daß sich die Staubecken vielerorts geleert hatten und nicht mehr für den Strombedarf der Schweiz zur Verfügung standen. Auch hier waren es Rekord-Stromimporte aus dem Ausland und mildes Wetter, die eine Zuspitzung verhinderten.

Der Februar 2017 gilt inzwischen als historischer Monat in der Schweizer Stromgeschichte. Swissgrid, der größte Netzbetreiber des Landes, muß allerdings immer öfter eingreifen, um schwerwiegende Probleme bei der Stromversorgung abzuwenden. Laut Swissgrid waren im Jahr 2011 lediglich zwei Eingriffe nötig.

Im Jahr 2016 wurden bereits 213 Eingriffe gezählt. In diesem Jahr mußte Swissgrid allein bis Ende August schon 274 Mal das Stromnetz der Schweiz stabilisieren. Als Ursachen nennt der

eigenössische Netzbetreiber die Liberalisierung der Strommärkte und den Zuwachs der sogenannten Erneuerbaren Energien.

Die gestiegene Zahl von Windrädern und Solaranlagen macht es schwieriger, eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Bei Swissgrid verweist man auch darauf, daß insbesondere in Deutschland die Stromnetze durch die Energiewende sehr viel schwankender benutzt werden als zu früheren Zeiten.

Der europäische Verbund der Stromnetze hilft zwar, Notfälle wie im letzten Winter in Frankreich oder der Schweiz zu entspannen, allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Auch ein Black-out, ein Zusammenbruch eines regionalen Stromnetzes kann sich europaweit ausbreiten. Laut der "Luzerner Zeitung" wird befürchtet, daß sich, unter anderem auch durch den geplanten Wegfall von Kohle- und Kernkraftwerken in Deutschland, die Zahl kritischer Netzsituationen in der Schweiz noch zunehmen wird.<<

29.11.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. November 2017:
>>**Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!**

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Bei Politikern der Altparteien - abgehalfterten wie amtierenden - gilt das Sprichwort umgekehrt: Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!

Als Mietredner kassieren sie satte, manchmal bis zu fünfstelligen Honorare für einen 45-minütigen Vortrag.

Viel Geld dafür, daß sie tun, was eigentlich ihr Job ist (bzw. war): Politik erklären, sich Diskussionen stellen.

Der "Mercedes" unter den Rednern ist Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD): Einschlägige Agenturen handeln ihn mit Preisen zwischen 50.000 und 75.000 Euro. Allerdings sollen immer weniger Unternehmen/Verbände bereit sein, diese horrenden Summe auch wirklich zu zahlen.

Der grüne Ex-Außenminister Joschka Fischer (das Herz schlägt links, die Zunge schmeckt rechts) wird am Markt mit bis zu 30.000 Euro eingepreist. Er dürfte damit ebenfalls zur Redner-Premiumklasse zählen.

In der gehobenen Mittelklasse dominieren Union und Linksfraktion.

CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn, derzeit (noch) Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, ist begehrt bei Krankenkassen und Klinikverbänden. Für "Informationen aus erster Hand" gibt's hier zwischen 3.500 und 7.000 Euro.

Reger Nachfrage erfreut sich Ex-Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Der Dampfplauderer wird für ein launiges Grußwort auf bis zu 15.000 Euro taxiert.

Ex-CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) soll von einem dubiosen Privatnachrichtendienst regelmäßig fünfstelligen Summen kassiert haben - Insider sagen: bis zu 30.000 Euro. Damit dürfte er in einer Preisklasse wie Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) gespielt haben, der für bis zu 25.000 Euro "gut gewesen" sein soll.

Zur Erinnerung: Die Diäten (Gehalt) eines Bundestagsabgeordneten betragen aktuell 9.541,74 Euro zuzüglich einer steuerfreien Aufwandsentschädigung von 4.318,38 Euro.

Ein Sonderfall ist Ex-Sozialminister Norbert Blüm (CDU). Mit rund 9.000 Euro monatlich ist seine Rente nicht nur ganz besonders sicher - er genießt den Lebensabend mit Frau Marita auf ausgedehnten Kreuzfahrten. Zahlen muß Blüm nicht - er heuert als Polit-Conférencier an und bespaßt die mitreisenden Passagiere.

Manche kriegen den Hals einfach nicht voll!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. November 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat November geht an: Tina Hassel**

Die arme Tina. Im Sommer 2015, kurz vor Angela Merkels "Grenzen auf für alle", wurde Tina Hassel Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios. In ihrer untertägigen Verehrung für die

Willkommenskanzlerin läßt sich die Rotfunckerin vom WDR seither so leicht von niemandem überbieten. Sogar mit andächtig zur Raute gefalteten Händchen hat man sie schon vor der Kamera gesehen. Und jetzt soll alles zu Ende gehen? Nicht mit Tina!

Was hat sie sich in den letzten Wochen nicht ins Zeug gelegt, um die "Jamaika" Schwampel als letzte Chance für die nächste Kanzlerschaft ihres Idols herbeizubeten und herbeizutwitern! Hunderte Kurznachrichten am Tag hat sie auf dem Höhepunkt des Sondierungs-Gewürges aus ihrem weich mit Zwangsgebührengeldern gepolsterten Berliner Chefsessel schon mal abgesetzt.

Pfui über jeden hat sie gegen Fieslinge ausgeschüttet, die was gegen den totalen Familien-nachzug für alle und jeden haben. Denen soll das Wort "Familie" im Halse stecken bleiben, donnert die Tina, jawohl! Für sie ist sogar der "atmende Deckel", den die Grünen aus der "CSU-Obergrenze" für die Aufnahme illegaler Migranten gebastelt haben, ein Geniestreich und jeder ein Schuft, der so einen Unfug nicht schluckt. Jamaika muß her, und "Asyl kennt keine Grenzen". So geht "unabhängiger" öffentlich-rechtlicher Fernsehjournalismus.

Mit ihrer "Jamaika-Begeisterung" steht Tina Hassel ja nicht alleine da. Auch die ZDF-Kollegen dreschen nach Kräften auf die Spielverderber ein, die bei der schwarz-gelb-grünen Schwampel nicht mitmachen wollen. Aber der "ARD-Brennpunkt" am Tag nach dem Platzen der Sondierungsgespräche schießt einsam den Vogel ab.

Den blöden Lindner von der FDP, der der unfehlbaren Kanzlerin die kalte Schulter gezeigt hat, den ollen Sozi-Chef Schulz, der nicht mehr Merkels Mehrheitsbeschaffer spielen will, bürstet Tina Hassel patzig ab, aber mit der "geschäftsführenden Bundeskanzlerin", die es "noch einmal wissen will", führt sie ein andächtiges Verherrlichungsinterview, um ihr das Versprechen zu entlocken, daß sie weitermachen will. Ja, darauf haben wir gewartet. Merkel hat ja nichts falsch gemacht, sie ist nach der "Jamaika-Pleite" sogar noch "gestärkt", schuld sind immer nur die anderen. Honeckers Regierungfernsehen hätte das auch nicht schöner hinbekommen.

Fragt sich bloß: Was will Tina Hassel mit diesem Heldenkult erreichen? Will sie Chef-ideologin der Grünen werden? Oder Merkels nächste Regierungssprecherin? Das könnten recht kurzlebige Jobs werden. Aber die Goldene Hoftrompete, die bleibt. Und wer hätte sie mehr verdient als die treue Tina?<<

30.11.2017

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 30. November 2017 (x893/...): >>Die Macht der Homo-Lobby im Vatikan

Nuzzis neues Buch über die Homo-Lobby im Vatikan und ihre Macht.

(Rom) Das neue Buch von Giancarlo Nuzzi "*Peccato originale*" (Erbsünde), erschienen am 9. November im Mailänder Verlag *Chiarelettere*, liefert "ein erschütterndes Bild über die Macht der Homo-Lobby im Vatikan", wie Emanuele Barbieri in der *Corrispondenza Romana* schrieb.

Nuzzis Enthüllungen

Nuzzi ist kein unbeschriebenes Blatt. Er selbst sieht sich in der Position des Enthüllungsjournalisten, dem Dokumente und Informationen zugetragen werden, die er durch hartnäckige, eigene Recherche vertieft und in Buchform vorlegt. Dies alles, um den Papst bei seinen Reformbemühungen zu unterstützen, wie er 2015 bei der Herausgabe seines Buches "Via Crucis" erklärte. An dieser Darstellung ist viel Wahres, aber nicht alles trifft genau so zu, wie auf dieser Seite bereits geschrieben wurde.

Tatsache ist, daß Nuzzi von der Strafverfolgungsbehörde des Heiligen Stuhl vor Gericht gestellt, aber freigesprochen wurde. Dabei ging es um Dokumentenklaue und Geheimnisverrat. Das neue Buch ist der vierte Band seiner "Enthüllungen" über den Vatikan, über "Geheimkonten, verborgene Wahrheiten, Erpressung". Erneut stellt sich Nuzzi und sein Buch in den

Dienst des Papstes, wenn er nun über "den Machtblock" berichtet, "der die Revolution von Franziskus behindert".

Wir wollen Nuzzis teils zweifelhafte Methoden der Dokumentenbeschaffung und die vielen "Schlagwörter" beiseite lassen, die mehr verkaufsstrategischen Aspekten geschuldet sind, und uns auf das Wesentliche des neuen Buches konzentrieren. Wenn es Anstoß für Verbesserungen ist, sei auch Nuzzis Sensationshascherei mit Geduld ertragen.

Die Ministranten des Papstes

Ausgangspunkt von allem sind Beschwerden eines ehemaligen Studenten eines vatikanischen Vorseminars. Kamil Tadeusz Jarzembowski gibt an, Zeuge von sexuellem Mißbrauch geworden zu sein, der sich innerhalb der Leoninischen Mauern zugetragen hat. Ebenso gibt er an, zahlreiche Sachverhaltsdarstellungen darüber an kirchliche Stellen verschickt zu haben, ohne daß etwas geschehen sei.

Die Einrichtung, um die es geht, wurde von Don Giovanni Folci (1890-1963), einem Priester des Bistums Como, gegründet worden, der als junger Feldkurat am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte. 1926 errichtete Don Folci in Valle Calorina in seinem Heimatbistum, wo er Pfarrer war, Jesus dem Göttlichen Gefangenen (in Anspielung an Jesus als Gefangenen der Liebe im Tabernakel) ein Heiligtum. Neben diesem Heiligtum wollte er ein Institut gründen für Jugendliche, die auf der Suche nach ihrer Berufung sind, und um sie auf den Eintritt in das Priesterseminar vorzubereiten.

Die Gründung erfolgte als diözesane Priestervereinigung, die an das Bistum Como gebunden ist. Das Werk wurde von Papst Pius XII. so geschätzt, daß er ihm 1956 den liturgischen Dienst der Altardiener im Vatikan anvertraute. Papst Paul VI. gewährte 1971 dem Vorseminar den Palazzo San Carlo als Sitz, heute nur wenige Schritte von Santa Marta entfernt.

Das Vorseminar beherbergt Jungs der schulischen Oberstufe, die sich über ihre Berufung zum Priestertum Klarheit verschaffen wollen und in der Regel zwischen 14 und 19 Jahre alt sind. Sie gehen am *Institut Sant' Apollinare* zur Schule, das Teil des Kleinen Römischen Seminars ist, also ein Gymnasium, und leisten gleichzeitig liturgischen Dienst im Petersdom. Deshalb sind sie als "Ministranten des Papstes" bekannt.

Der Gründer Don Folci, der sein ganzes Leben heiligen Priestern und der Heiligung der Laien gewidmet hatte, starb 1963.

"Nie hätte er sich vorstellen können, daß sein Proseminar, das als Pflanzstätte der Heiligkeit entstanden war, eine Brutstätte der moralischen Verkommenheit werden würde", so Barbieri.

Klima der Komplizenschaft und Vertuschung

Noch besorgniserregender als die unappetitlichen Episoden, die nun enthüllt wurden, ist das Klima aus Komplizenschaft und Vertuschung, mit dem bisher alles zugedeckt wurde. Die Verantwortlichkeiten werden zu klären sein.

Die italienische Fernsehshow *Le Iene* (Die Hyänen) befaßte sich nach dem Erscheinen des Nuzzi-Buches in zwei Folgen am 12. und 20. November mit dem Thema. Man könnte es für einen seltsamen Zufall halten, daß die Idee für diese Fernsehshow aus Argentinien stammt. *Le Iene* zeigten mit dem Finger auf den Rektor des Proseminars, Monsignore Eugenio Radice, den emeritierten Bischof von Como, Monsignore Diego Coletti, und auf Kardinal Angelo Comastri, weil dieser als Erzpriester die Verantwortung für den Petersdom trägt.

Der Kardinal widersprach am Tag nach Ausstrahlung der Sendung, am 21. November, energisch mit einer öffentlichen Stellungnahme. Er habe am Ende des Studienjahres 2012/2013 einen anonymen Hinweis auf "schlimme Vorfälle" im Vorseminar erhalten. "Ich habe nichts vertuscht, sondern drei Untersuchungen eingeleitet und weitere Maßnahmen gesetzt." Der Kardinal habe zunächst den zuständigen Rektor um eine Untersuchung und eine Stellungnahme gebeten. Der habe ihm mitgeteilt, daß es sich um Verleumdungen handle. Dann habe er unabhängig davon den Oberen der Priester am Vorseminar um Untersuchungen gebe-

ten, der ihm ebenfalls mitgeteilt habe, daß es sich um Verleumdungen handle. Dann habe er sicherheitshalber den zuständigen Bischof von Como um Untersuchungen gebeten.

Das Ergebnis wurde ihm Anfang 2014 vorgelegt: nur Verleumdungen. Er habe, so der Kardinal, dennoch einen namentlich genannten Schüler aus Rom nach Como zurückschicken lassen, wo seine Reifung genau beobachtet werden sollte. Und schließlich habe er das Führungspersonal am Proseminar austauschen lassen.

Das vatikanische Presseamt

Auch das vatikanische Presseamt meldete sich mit einer Presseerklärung zu Wort, in der festgehalten wurde, daß "die beklagten Fälle einige Gleichaltrige untereinander betroffen" habe. Tatsächlich sind das die konkretesten Dinge, die Nuzzi berichten kann, daß ältere Schüler, sich sexuell an jüngeren Schülern vergingen oder Gleichaltrige homosexuelle Handlungen begingen.

Es geht aber um den Tenor der vatikanischen Presseerklärung, der in etwa so klingt: Es handle sich "nur" um homosexuelle Beziehungen unter Minderjährigen und nicht um Mißbrauch Erwachsener gegen Minderjährige oder gar um Fälle von Pädophilie.

"Die vorherrschende relativistische Mentalität ist leider auch in den Vatikan eingedrungen und scheint sexuelle Überschreitungen zu dulden, solange keine Gewalt oder kein Mißbrauch im Spiel sind", so *Corrispondenza Romana*.

Die moralische Unordnung wurde vom vatikanischen Presseamt nicht verurteilt. Eine solche scheint nur dann zu folgen, wenn damit ein staatliches Gesetz verletzt wird. Das moralische Gesetz ist demnach sekundär. Genau so denkt ja auch ein Großteil der Welt. Da die Homosexualität vom staatlichen Gesetz inzwischen nicht mehr verurteilt wird, sondern vielmehr durch immer neue Gesetze geschützt und gefördert wird, zeigt man sich auch im vatikanischen Presseamt offenbar auch dahingehend "gesetzestreu".

Keine Ruhestörung gefälligst

Was bedeutet das konkret, heute und noch immer? Wenn kirchliche Stellen Kenntnis von unmoralischen Zuständen in einem Seminar, in einem Studentenheim, in einer Pfarrei, in einer Vereinigung oder in einer Diözese erhalten, gehen sie häufig nicht gegen die Verantwortlichen der unmoralische Tat vor, sondern gegen jene, die sie gemeldet haben. Der Grund? Letztere haben die herrschende Ruhe gestört. Ein Skandal verlangt von den Vorgesetzten Handeln und sorgt für Unruhe, möglicherweise für einen Ansehensverlust und könnte die angepeilte Karriere behindern. Und überhaupt ist die unaufgeregte Ruhe für viele eine "heilige Kuh".

So hat es auch den ehemaligen Spiritual des Proseminars getroffen. Ihm hatte sich Jarzebowski anvertraut. Und der Spiritual wurde aktiv, allerdings vergeblich, wie Nuzzi berichtet. Anstatt ihn anzuhören und zu handeln, wurde er von den Vorgesetzten in sein heimatliches Veltlin zurückgeschickt. Der homosexuelle Seminarist wurde hingegen zum Priester geweiht und ist heute im Bistum Como tätig.

Die Macht der Homo-Lobby

Das ist die "Macht der Homo-Lobby" von der Nuzzi in seinem Buch spricht. Eine Lobby, die im Vatikan "seit fast einem halben Jahrhundert existiert und alle hatten immer Kenntnis davon" (S. 279). "Bereits zur Zeit von Paul VI. waren homosexuelle Verhaltensweisen an der Kurie bekannt, aber man sprach nicht darüber" (S. 289). "Gruppen, die in der Lage sind, Ernennungen und Arbeitszuteilungen zu bedingen, die imstande sind, die Personalentscheidungen einiger Purpurträger zu beeinflussen, und fähig sind, zu unangemessener 'Protektion' und zu unrechtmäßigen Privilegien zu gelangen, die ihren Mitgliedern führende Positionen sichern" (S. 280).

Nuzzi verallgemeinert wahrscheinlich zu sehr im Vergleich zu den Beweisen, die er anführen kann. Tatsache ist aber, daß sich eine "Homo-Lobby" gebildet hat und in einem bestimmten Bereich, und sei er noch so klein, Personalentscheidungen beeinflussen, sich gegenseitig

absichern, Ihresgleichen fördern und auch eigene Schandtaten zudecken kann. Allein schon, daß es zu einer solchen Lobbybildung kommen konnte, zeigt, welche Unachtsamkeit in den vergangenen Jahrzehnten zu diesem Thema im Vatikan herrschte und herrscht.

Nuzzi erinnert an die Klagen von Papst Benedikt XVI. und Papst Franziskus über die Existenz einer "Homo-Lobby". Er erinnert auch an die Aussagen des ehemaligen Kommandanten der Schweizergarde, Oberst Theodor Mäder, der von einer "so mächtigen Homo-Lobby sprach", daß sie sogar "für die Sicherheit des Papstes gefährlich" sei.

"Die Mörderkuh" der römischen Homo-Szene

Nuzzi berichtet von Monsignori, von denen die bekannteste Party der römischen Homo-Szene besucht wird, "La mucca assassina" (Die Mörderkuh). Eine Party, die jeden Freitag steigt. Zunächst fand sie in einem aufgelassenen Rotlichtkino in der Nähe des Vatikans statt, inzwischen in der größten Diskothek der Stadt, an der Peripherie von Rom. Nuzzi erinnert auch an die Homo-Feste mit Kokain, die von Monsignore Luigi Capozzi, dem persönlichen Sekretär von Kardinal Francesco Coccopalmerio, in einem Appartement im Palast des ehemaligen Heiligen Offizium gefeiert wurden.

Die Vatikanpolizei setzte ihnen vor wenigen Monaten *in flagranti* ein Ende, indem sie Capozzi in entsprechender Begleitung und bei unangemessenen Handlungen erwischte. Kardinal Coccopalmerio ist seit 2007 Vorsitzender des *Päpstlichen Rates für die Gesetzestexte* und wurde 2012 von Benedikt XVI. in den Kardinalsrang erhoben. Er ist heute ein tatkräftiger Unterstützer der Linie Bergoglio.

Diese Erwähnung ist deshalb notwendig, weil Nuzzi Coccopalmerio unverständlicherweise den "Feinden" von Papst Franziskus zuordnet. Offenbar um seine schwarz-weiße Grundbehauptung aufrechterhalten zu können, daß er an der Seite des Papstes und seiner "Reform" steht, den er vor den Feinden und Beschmutzern des Stuhles Petri schützen will. Dazu zählt er auch die "Homo-Lobby". Doch die Sexualität, vor allem jene auf Abwegen, folgt da wohl ganz anderen Gesetzmäßigkeiten. Und noch etwas, woran Emanuele Barbieri erinnert: "Wer bin ich, um zu urteilen? ist zum Schlüsselwort der *Gay friendly*-Kreise in der Kirche geworden, in- und außerhalb des Vatikans."

Text: Giuseppe Nardi<<

04.12.2017

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 4. Dezember 2017 (x893/...): >>>Schwiegermuttermörder, Dschihadist, Selbstmordattentäter - alles eins

Papst verharmlost erneut islamischen Terrorismus

Päpstlicher Reflex? Wann immer Papst Franziskus auf den islamischen Terrorismus angesprochen wird, reagiert er mit Kritik an Katholiken, die er den Dschihadisten gleichsetzt.

(Rom) Papst Franziskus beharrt darauf: Auch unter Katholiken gibt es "Fundamentalisten", die wie die Dschihadisten und die Terrormiliz *Islamischer Staat* (IS) seien.

Auf dem Rückflug von Bangladesch nach Rom stellte sich das katholische Kirchenoberhaupt am Samstag erneut den Fragen der mitreisenden Journalisten. Auf den Islam und die Gewalt angesprochen, sprach Franziskus über "fundamentalistische Katholiken". Papst Franziskus ist überzeugt, daß es auch innerhalb der Katholizität "Fundamentalisten" gebe, die mit dem *Islamischen Staat* (IS) zu vergleichen seien.

Wird der Papst auf Islam und Gewalt angesprochen, kritisiert er Katholiken

Die Katholikenschelte wurde von Franziskus nicht zum ersten Mal vorgetragen. Bereits auf dem Rückflug vom *Weltjugendtag 2016* in Polen hatte sich bei der fliegenden Pressekonferenz das gleiche Szenario abgespielt. Als ihn ein Journalist auf den islamischen Terrorismus ansprach und wissen wollte, warum der Papst es meidet, den Islam beim Namen zu nennen, sprach Franziskus über "gewalttätige Katholiken" und Schwiegermuttermörder. Der Vergleich

löste Staunen, Enttäuschung und Ärger aus.

Damals hatten gerade IS-Terroristen in einem Ritualmord den Priester Jacques Hamel während der Heiligen Messe am Altar ermordet. Franziskus wurde vom französischen Journalisten Antoine-Marie Izoard von *Media* gefragt, warum er, wenn er von islamischen Gewalttaten spricht, "immer von Terroristen, aber nie vom Islam" spreche:

"Sie benutzen nie das Wort Islam".

Franziskus antwortete mit dem berüchtigten Vergleich von "gewalttätigen" Katholiken, die ihre Verlobte oder die Schwiegermutter umbrächten und daher wie die islamischen Terroristen seien.

Wörtlich sagte der Papst (hier zitiert nach der offiziellen deutschen Übersetzung des Vatikans):

"Es gefällt mir nicht, von islamischer Gewalt zu sprechen, denn jeden Tag, wenn ich die Zeitungen durchblättere, sehe ich Gewalt, hier in Italien: Der eine bringt seine Verlobte um, ein anderer bringt die Schwiegermutter um. ... Und das sind gewalttätige getaufte Katholiken! Es sind gewalttätige Katholiken. ... Wenn ich von islamischer Gewalt spräche, müßte ich auch von katholischer Gewalt sprechen. Nicht alle Muslime sind gewalttätig; nicht alle Katholiken sind gewalttätig. Es ist wie ein Obstsalat, da ist alles drin, es gibt Gewalttäter in diesen Religionen.

Eine Sache ist wahr: Ich glaube, daß es in fast allen Religionen immer eine kleine fundamentalistische Gruppierung gibt. Fundamentalistisch. Bei uns gibt es sie. Und auch wenn der Fundamentalismus so weit geht zu töten - man kann aber mit der Zunge töten, und das sagt der Apostel Jakobus und nicht ich, und auch mit dem Messer - glaube ich, daß es nicht richtig ist, den Islam mit Gewalt gleichzusetzen. Das ist nicht richtig, und es ist nicht wahr!

Ich hatte ein langes Gespräch mit dem Großimam der Al-Azhar-Universität, und ich weiß, was sie denken: Sie suchen den Frieden, die Begegnung. Der Nuntius eines afrikanischen Landes sagte mir, daß es in der Hauptstadt vor der Heiligen Pforte für das Jubiläum immer eine Menschenschlange gibt. Es ist immer voll! Einige gehen in die Beichtstühle, andere beten in den Kirchenbänken. Aber die meisten gehen ganz nach vorn, um am Altar der Gottesmutter zu beten: Es sind Muslime, die das Jubiläum feiern wollen. Es sind Brüder.

Als ich in Zentralafrika war, bin ich zu ihnen gegangen, und der Imam ist sogar auf das Papamobil gestiegen. Man kann gut zusammenleben. Es gibt jedoch kleine Gruppen von Fundamentalisten. Und ich frage mich auch, wie viele junge Menschen - wie viele junge Menschen! -, die wir Europäer ohne Ideale gelassen haben, die keine Arbeit haben, die sich den Drogen, dem Alkohol zuwenden, hingehen und sich den fundamentalistischen Gruppierungen anschließen.

Ja, wir können sagen, daß der sogenannte "IS" ein islamischer Staat ist, der gewalttätig auftritt, denn wenn er uns seine Identität zeigt, dann zeigt er uns, wie er an der libyschen Küste Ägyptern den Hals durchschneidet oder Ähnliches. Aber das ist eine kleine fundamentalistische Gruppierung, die sich IS nennt. Man kann jedoch nicht sagen - ich glaube, das ist nicht wahr und nicht richtig -, daß der Islam terroristisch ist."

Von "gewalttätigen" und "fundamentalistischen Katholiken"

Besonders erstaunt es daher, daß der Papst nun auf dem Rückflug von Bangladesch von sich aus die Terrormiliz *Islamischer Staat* (IS) und die Dschihadisten namentlich erwähnte. Vor allem der Kontext irritiert. Franziskus meidet es bei offiziellen Anlässen penibel im Zusammenhang mit dem islamischen Terrorismus, den Islam oder die Täter, eben den *Islamischen Staat* (IS) oder andere Dschihadisten beim Namen zu nennen. Um aber Kritik an fiktiven oder tatsächlich existierenden, "fundamentalistischen Katholiken" zu üben, hat das Kirchenoberhaupt keine Scheu, die islamischen Gewaltverbrecher zu erwähnen und die von ihm kritisierten Katholiken mit den Dschihadisten auf eine Stufe zu stellen.

Der RAI-Journalist Enzo Romeo fragte den Papst am Samstag zur Krise im birmanischen Staat Rakhaing und nach der Gefahr einer Intervention durch "Dschihad-Gruppen, Al-Qaida, Islamischer Staat (IS)".

Die Antwort von Papst Franziskus:

"Es gab Terrorgruppen, die versucht haben, die Situation der Rohingya, die friedliche Leute sind, auszunützen. Wie in allen Ethnien und allen Religionen gibt es immer auch eine fundamentalistische Gruppe. Auch wir Katholiken haben sie. Die Militärs rechtfertigen ihre Intervention mit diesen Gruppen. Ich habe mich entschieden, nicht mit diesen Leuten zu reden. Ich habe entschieden, mit den Opfern dieser Leute zu sprechen. Die Opfer waren das Volk der Rohingya, das einerseits diese Diskriminierung erlitten, andererseits von den Terroristen verteidigt wurde. Die Armen!

Die Regierung von Bangladesch verfolgt eine sehr starke Kampagne - wie mir die Minister gesagt haben - der Null-Toleranz gegenüber dem Terrorismus, und nicht nur wegen dieser Frage, sondern auch um andere zu verhindern. Jene, die sich in die Reihen des IS eingetreten sind, wenn sie auch Rohingya sind, sind nur ein kleines, extremistisches, fundamentalistisches Grüppchen. Das aber machen die Extremisten: Sie rechtfertigen die Intervention, die Gute und Schlechte vernichtet hat."

Secretum meum mihi schrieb dazu:

"Wenn jemand so freundlich ist, uns Photos/Videos von den angeblichen katholischen Fundamentalisten zu schicken, die gerade Terroraktionen verüben, die mit jenen vergleichbar sind, mit denen der Papst sie vergleicht, würden wir sie gerne veröffentlichen."

Text: Giuseppe Nardi<<

06.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Dezember 2017: >>Familie: Die Charakterschmiede der Gesellschaft

Anne-Dominique Kaufmann

Die Familie ist eine der genialsten Institutionen der Welt! Für Kinder ist die Familie der Ort, wo sie von Geburt an von Trainern begleitet werden, die sie bedingungslos lieben. Sie dürfen in kleinen Schritten mit ständiger Wiederholung die Kompetenzen lernen, die sie fürs Leben erfolgreich machen.

Geübt muß werden: Gehorsam, Respekt, Höflichkeit, Ausdauer, Ehrlichkeit, Genauigkeit, Ordnung, Selbstbeherrschung, Bescheidenheit, Freundlichkeit - bis sie zur Gewohnheit werden! Wer es nicht schafft, wird nicht sofort vom Chef entlassen oder ins Gefängnis gesteckt wie im "echten Leben". Nein, sondern darf aufstehen, sich den "Staub aus den Hosen klopfen" und mit den besten "Trainern" der Welt erneut Anlauf nehmen. "Früh übt sich, wer ein Meister werden will."

Wie sieht denn die Charakterschmiede aus? Sie findet im täglichen Leben statt. Zum Beispiel: Was ausgeräumt wurde, wird wieder eingeräumt, was runterfällt, wird aufgehoben, was kaputt geht, wird repariert, was auf den Tisch kommt, essen wir (nur nicht das Geschirr), wo Probleme sind, werden Lösungen gesucht (nicht immer gleich die Lösung geben; laß mal selber überlegen!), wo Streit ist, wird vergeben, und wer freundliche, weise Worte für andere hat, darf wissen: "Ein Wort geredet zu seiner Zeit ist wie goldene Äpfel auf silbernen Schalen" (Sprüche 25, 11).

Und was ist die Familie für die Eltern? Eigentlich genau das gleiche Charakterübungsfeld wie für die Kinder, nur in der "Oberstufe". Hier übt sich in der Ehe, was man als Kind gelernt hat: Treue und Verbindlichkeit, die Fähigkeit, nachzugeben, Respekt und Höflichkeit füreinander, Akzeptanz und Wertschätzung, Ausdauer und Problemlösung, Vergebung und Liebe. Es ist harte, aber lohnenswerte Arbeit, denn bewährte Beziehungen werden tiefer, schöner, begehrenswerter! Und die Kinder lernen: so geht eine Ehe!

Es gibt für Eltern keine bessere Investition, als am Charakter ihrer Kinder zu "schmieden"! Das Resultat: starke, kompetente, selbstbewußte, junge Leute, die Harmonie und Erfolg im Leben haben und eine echte Bereicherung für die Gesellschaft sind!

Schließlich sollte uns allen klar sein, was früher jeder wußte:

- daß starke Männer und Frauen starke Ehen machen
- daß starke Ehen starke Kinder machen
- daß starke Eltern und Kinder starke Familien machen
- daß starke Familien eine starke Gesellschaft machen und
- daß eine starke Gesellschaft ein starkes Land macht!

Anne-Dominique Kaufmann ist ehemalige Musik-Lehrerin und inzwischen vollzeitige Ehefrau und Mutter von vier Kindern.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Dezember 2017: >>**Raubzüge wie im Mittelalter**

Dr. Malte Kaufmann

Wir kennen die Geschichten von den Raubzügen im Mittelalter. Doch was heute in Deutschland in punkto Einbruchskriminalität passiert, steht dem in nichts nach. Im letzten Jahr wurden sage und schreibe 151.000 Fälle zur Anzeige gebracht. 10 Jahre zuvor waren es noch 106.000, also ein dramatischer Anstieg! Die Aufklärungsquote ist gering, sie liegt bei nur 20 Prozent.

Seit Jahren führt die Politik der offenen Grenzen dazu, daß organisierte Verbrecherbanden in Deutschland reihenweise in Häuser und Wohnungen einsteigen. Jeder, der dies einmal erlebt hat, weiß, daß man ein solches Ereignis ein Leben lang nicht mehr vergißt. Viele Opfer sind regelrecht traumatisiert. Ich selbst habe das als Jugendlicher zweimal erlebt. Damals in den 90er-Jahren waren es rumänische Einbrecherbanden, die sich in den Wäldern versteckten und die Bevölkerung terrorisierten. Und vor wenigen Tagen mußten es auch meine Frau und meine vier Kinder erleben:

Bei der Rückkehr von einem privaten Besuch war unser Haus aufgebrochen! Alle Zimmer waren durchwühlt, auch die der Kinder.

Die Polizisten erzählten uns, daß in unserer Gegend zurzeit Banden aus Georgien (!) ihr Unwesen treiben. Noch schlimmer als der materielle Schaden ist der verstörende Gedanke: Fremde Leute haben in unseren privaten Sachen geschnüffelt. Das empört und man fühlt sich hilflos.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Wie kann es sein, daß Diebesbanden aus Georgien und anderen Ländern ungehindert nach Deutschland kommen können? Wenn der deutsche Staat mit seinen offenen Grenzen nicht seine Kernaufgaben erfüllen kann, dann müssen wir wieder zur Kontrolle der nationalen Grenzen zurück.

Während des G-20-Gipfels in Hamburg hat man es auch so gemacht. Dadurch wurden Hunderte von Straftätern gefaßt. Sind die normalen Bürger etwa weniger wert als die Polit-Elite? Diese Raubzüge müssen endlich entschieden bekämpft werden! Das Vertrauen der Bürger in einen funktionierenden Staat schwindet sonst immer mehr.

Dr. Malte Kaufmann ist Unternehmer und war von 2002 bis 2016 Mitglied der CDU. Im September kandidierte er für die AfD im Wahlkreis Heidelberg/Weinheim.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Dezember 2017: >>**Fast eine Milliarde Mehrkosten für die Steuerzahler!**

Immer mehr Migrant-Kinder sind auf Stütze angewiesen

So viele Kinder wie noch nie sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen! Grund ist vor allem die unkontrollierte Masseneinwanderung.

Nach vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) bezogen zur Jahresmitte 2,05

Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Hartz-IV-Leistungen bzw. lebten in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Das waren rund 100.000 mehr als im Juni 2016 (plus 5 %). Die Mehrkosten für die Steuerzahler betragen 900 Millionen Euro - Tendenz steigend!

Von den 2,05 Millionen bedürftigen Kindern waren allein 584.000 nichtdeutsche Staatsangehörige. Das entspricht einem Anstieg von unglaublichen 41 Prozent!

Für die Zuwanderung in die Sozialsysteme ist allerdings nicht nur die sogenannte Fluchtmigration ursächlich. Auch aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien hält der Zustrom nach "Germoney" an.

Die Zahlen im Einzelnen:

- Mitte 2017 bezogen rund 205.000 syrische Kinder Hartz-IV-Leistungen - mehr als doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.

- Die Zahl afghanischer Kinder in sogenannten Bedarfsgemeinschaften stieg um 25.000 auf 37.000.

- Aus dem Irak stammten 51.000 anspruchsberechtigte Kinder - ein Plus von 26.000. Diese Gruppe erhielt zunächst Unterstützung nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz und dann, nach Anerkennung als Schutzsuchende, Geldzahlungen wie deutsche Langzeitarbeitslose.

Hinzu kommt eine zweite, stark wachsende Gruppe: Für Rumänen und Bulgaren gilt seit Anfang 2014 volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU). Bürger dieser beiden Länder tauchen seither immer häufiger in der Statistik auf. Im Juni 2017 erhielten 30.340 Kinder aus Bulgarien und 27.828 aus Rumänien Hartz-IV-Leistungen zugesprochen. Dabei haben eigentlich nur solche EU-Bürger und deren Kinder Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, die zuvor in Deutschland beschäftigt gewesen waren. Absurderweise reicht jedoch schon ein Mini-Job oder eine "selbstständige" Tätigkeit aus, um abkassieren zu können.

Im Juni 2017 erhielten 30.340 Kinder aus Bulgarien und 27.828 aus Rumänien Hartz-IV-Leistungen zugesprochen.

Der monatliche Hartz-IV-Regelsatz liegt aktuell bei 409 Euro für alleinstehende Erwachsene. Für Kinder und Jugendliche zahlt der Staat bis zu 311 Euro.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Dezember 2017: >>Ökowahnsinn auf Kosten der Bürger

Leif-Erik Holm

Sie stehen an unseren Küsten, in unseren Wäldern, auf unseren Bergen. Windkraftanlagen vermehren sich scheinbar ungebrems, und sie werden immer monströser. Die neueste Generation soll bis zu 200 Meter hoch werden - höher als der Kölner Dom. Wir Bürger erkennen unser Deutschland kaum noch wieder. Jahrhundertalte Kulturlandschaften verschwinden lautlos im Schatten immer neuer Windparks.

Sie stehen symbolisch für die total gescheiterte Energiewende. Sechs Jahre nach dem überhasteten Ausstieg aus der Kernkraft ist die Bilanz verheerend: Jahr für Jahr blechen wir neue Rekordpreise für Strom.

Eine Familie mit zwei Kindern zahlt in diesem Jahr rund 300 Euro EEG-Zwangsumlage.

Kein Wunder, daß der Widerstand gegen diesen energiepolitischen Amoklauf wächst.

Merkels Ökopopulismus löst nicht eines der vermeintlichen Probleme. Weder sinkt der Ausstoß von Kohlendioxid, im Gegenteil, noch können wir auf Strom aus Kernenergie verzichten. Wir schalten zwar die eigenen Kernkraftwerke ab, müssen dann aber bei Flaute und Dunkelheit selbstverständlich Atomstrom aus dem Ausland einkaufen. Welch ein Selbstbetrug!

Natürlich wollen wir saubere Energie. Aber das schaffen wir nicht mit diesem blauäugigen "Wünsch dir was", sondern mit starken Investitionen in die Forschung. Wir brauchen neue grundlastfähige Technologien der Energieerzeugung, und wir brauchen große Energiespeicher.

Solange wir nicht Vernunft in die Energiepolitik einziehen lassen, werden die Strompreise weiter steigen, und gerade die Menschen mit kleinen Einkommen müssen den planwirtschaftlichen Irrsinn der Merkel-Regierung bezahlen. Daß die Bürger davon die Nase voll haben, zeigt ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern. Hier beschloß die Landesregierung ein "Bürgerbeteiligungsgesetz", durch das Anwohner von in der Nähe gelegenen Windparks profitieren sollten. Die Beteiligung liegt bisher bei null. Was die Regierenden offensichtlich unterschätzt haben: Die Bürger wollen nicht an solchen Anlagen verdienen, sie wollen ihre Heimat erhalten.

Leif-Erik Holm ist Sprecher der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion.<<

07.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 7. Dezember 2017: >>>Die Aufgabe der Nation

Der Weg Deutschlands in eine demokratische Republik - ohne die Sozialdemokratie nicht vorstellbar. Die SPD war der Tempomacher für soziale Reformen, die Bismarck nur unter dem Eindruck des Aufstiegs der Arbeiterbewegung durchsetzte. Gleichzeitig zeigte sich die SPD staatstragend, sie widerstand den revolutionären Versuchungen, die sie mit starken Abspaltungen auf ihrem linken Flügel bezahlte. In entscheidenden Momenten der deutschen Geschichte zeigte sie sich resistent gegen totalitäre Versuchungen - ob von links oder rechts -, worauf die SPD zu Recht stolz sein kann; ein Erbe, das sie jedoch immer wieder zu vergessen drohte.

Europaweit befinden sich nun sozialdemokratische Parteien im Sinkflug, in einigen Ländern stürzten sie auf Splitterparteistatus wie zuletzt in Frankreich. Parallel reüssieren populistische Bewegungen, die national oder rechts eingeordnet werden. Offensichtlich hat eine dramatische Entfremdung stattgefunden zwischen der die Sozialdemokratie tragenden politischen Elite von Berufspolitikern aus überwiegend Beamten und Wählermilieus der abhängig beschäftigten Mittelschicht und Arbeiterschaft.

Balance zwischen internationaler Orientierung und nationalem Interesse

Im Spannungsfeld zwischen Globalisierung, Verlagerung politischer Kompetenzen an supranationale Strukturen und den lokal und national erlebten Folgen einer Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte und Öffnung der Grenzen fühlen sich viele Arbeitnehmer und "einfache Leute" allein gelassen und verraten. In meinem engeren familiären Umfeld dominierten Sozialdemokraten. Die einzige Partei, der mein Vater angehörte, war die SPD, der er als Berufssoldat 1968 beitrug - für einige Jahre. Kameraden nannten ihn den "roten Major".

Als eher nationalkonservativ geprägter Soldat setzte er - später enttäuschte - Hoffnungen in eine neue Ostpolitik von Willy Brandt. Mein Großvater mütterlicherseits, Ingenieur, war Baubürgermeister einer Stadt im Schwarzwald. Auch bei ihm verbanden sich patriotische Gesinnung mit Strenge, Gemeinschaftssinn und einer sozialen Verpflichtung.

Die SPD stand immer für eine Politik internationaler Orientierung und Solidarität, gleichzeitig in ihren besten Zeiten dabei stets die Balance haltend zum nationalen Interesse und den eigenen Leuten.

Daß die AfD davorsteht, sich als Volkspartei zu etablieren, und dabei in großer Zahl ehemalige SPD-Wähler einsammelt, hat damit zu tun, daß die Sozialdemokraten sich der Zerstörung des nationalen Sozialstaates unter dem Banner von Euro und EU nicht entgegenstellen. In der Zangenbewegung zwischen global operierenden Konzernen und unkontrollierter Migration schlägt eigentlich die Stunde der Sozialdemokraten - doch sie überlassen die Nation anderen politischen Kräften.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 7. Dezember 2017: >>SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union

Die SPD hat den Weg für Verhandlungen über eine Große Koalition frei gemacht. Eine große Mehrheit der Delegierten stimmte am Donnerstag auf dem Parteitag in Berlin für die Aufnahme von ergebnisoffenen Sondierungsgesprächen mit der Union. Bevor die SPD Koalitionsverhandlungen aufnimmt, müßte ein Sonderparteitag im kommenden Jahr grünes Licht geben. Über einen möglichen Koalitionsvertrag werden nach dem Willen der Parteiführung zusätzlich noch die Mitglieder abstimmen.

Noch am Wahlabend hatte SPD-Chef Martin Schulz diese Option ausgeschlossen und angekündigt, in die Opposition zu gehen. Die Sozialdemokraten fuhren am 24. September mit 20,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis aller Zeiten bei einer Bundestagswahl ein.

Am Abend wurde Schulz mit 81,9 Prozent in seinem Amt als Parteichef bestätigt. Bei seiner Wahl im März hatte er noch 100 Prozent der Stimmen erhalten. In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments.

"Europa ist unsere Lebensversicherung"

Eine europäische Verfassung solle demnach von einem europäischen Verfassungskonvent ausgearbeitet werden, der die Zivilgesellschaft und die Bürger mit einbeziehe. Anschließend soll der Vertrag allen Mitgliedstaaten zur Ratifizierung vorlegen. Länder, die ihre Zustimmung verweigern, müßten nach dem Willen von Schulz in einem solchen Fall automatisch die EU verlassen. "Europa ist unsere Lebensversicherung", betonte er.

Weiter prangerte der Parteivorsitzende in seiner Rede "asoziale Steuerflucht" und Konzerne wie Google und Facebook an, die europäische Regeln nicht akzeptierten. Hart ins Gericht ging Schulz auch mit der vermeintlichen Austeritätspolitik des früheren Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU): "Weitere vier Jahre deutsche Europapolitik à la Wolfgang Schäuble, das kann sich die Europäische Union weiß Gott nicht mehr leisten."

Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

Die Online-Zeitung "EPOCH TIMES Deutschland" berichtet am 7. Dezember 2017: >>Die 45 Ziele des Kommunismus zur Errichtung der Weltherrschaft: Schulen, Medien, Kirche, TV, Kunst... kontrollieren - und die UN fördern

Von Nancy McDonnell

"Erlangen Sie die Kontrolle über die Medien, politische Positionen, Schlüsselpositionen in TV, Radio und Film, über Schulen, Universitäten, die Kirche... und fördern Sie die UNO als einzige Hoffnung für die Menschheit." Das ist nur ein winziger Auszug aus den "45 Zielen", die sich die Kommunisten zur Erlangung der Weltherrschaft ausgedacht haben.

Eine geopolitische Strategie, mit der die marxistisch-leninistische Sowjetunion versuchte, über alle Regierungen der Welt - die nicht Mitglieder des kommunistischen Blocks waren - die Herrschaft zu erlangen und sie schließlich zu kontrollieren, wird in einem Buch von 1958 geschildert.

In Deutschland ist es nur wenig bekannt, da es nie ins Deutsche übersetzt wurde. "The Naked Communist" wurde von dem ehemaligen FBI-Agenten, Autor, Redner und Hochschullehrer W. Cleon Skousen geschrieben und hat sich bis heute über zwei Millionen mal verkauft.

Es hat seinen Weg in die Bibliotheken der CIA, des FBI, des Weißen Hauses und in die Privathaushalte in den Vereinigten Staaten gefunden. "The Naked Communist" erzählt die ge-

samte grafische Geschichte des Kommunismus, seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Wir erinnern uns an Chruschtschows Ausspruch von 1959 dem US-Landwirtschaftsminister Ezra Taft Benson gegenüber, daß seine Enkel im Kommunismus leben würden. Als Benson widersprach, sagte Chruschtschow:

Ihr Amerikaner seid so naiv. Nein, ihr werdet den Kommunismus nicht freiheraus annehmen, aber wir werden euch den Sozialismus immer wieder in kleinen Dosen füttern, bis ihr am Ende aufwacht und feststellt, daß ihr den Kommunismus bereits habt."

Skousen macht in seinem Buch die Umsetzung des perfiden Plans einer zukünftigen kommunistischen Weltherrschaft an "45 Zielen" fest, die vor allem auf die Unterwanderung und Beeinflussung der USA abzielten, die aber, wie heute unschwer zu erkennen ist, fast weltweit adaptiert wurden.

Die fünfziger Jahre waren eine Zeit massiver kommunistischer Bedrohung weltweit, und nachdem Skousen erfolglos nach einer prägnanten Literatur zu diesem Thema gesucht hatte, erkannte er die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Buches über das wahre Gesicht des Kommunismus.

Er benutzte seine FBI-Erfahrung und las mehr als hundert kommunistische Bücher und Abhandlungen. Unter den vielen Fragen, die die Kommunisten beantworten, sind: "Wer gab den Russen die Atomgeheimnisse der Vereinigten Staaten?", "Wie hat das FBI den Kommunismus bekämpft, nachdem er 1918 in den Untergrund gezwungen wurde?", "Warum hat der Westen nach dem Zweiten Weltkrieg 600 Millionen Verbündete verloren?", "Was ist wirklich in Korea passiert?", "Was ist die große Geheimwaffe des Kommunismus?", "Was liegt vor uns?", "Was kann ich tun, um den Kommunismus zu stoppen?" und "Wie können wir den Kommunismus ohne großen Krieg bekämpfen?"

Während der amerikanische Journalist und Publizist Max Blumenthal, dessen Vater der Berater des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton und langjähriger Vertrauter von Hillary Clinton war, das Buch als "rechtshändigen Verschwörungstrakt" verurteilte, lobten die Konservativen Glenn Beck und Ben Carson das Buch als eines, in dem der "gesamte progressive Plan ausgearbeitet" wurde. Es sei unglaublich, "wie schnell er umgesetzt wurde," sagte Letzterer von beiden.

2017 kam eine aktualisierte Ausgabe des Buches heraus, in dem nicht nur die 45 Ziele aufgeführt sind, sondern auch detailliert beschrieben wird, wie 44 dieser Ziele in den USA bereits erreicht wurden.

Die 45 Ziele aus "The Naked Communist" von W. Cleon Skousen:

1. US-Anerkennung der Koexistenz als einzige Alternative zum Atomkrieg.
2. US-Bereitschaft zu kapitulieren, statt Atomkrieg zu führen.
3. Entwickeln Sie die Illusion, daß die totale Abrüstung (durch) die Vereinigten Staaten eine Demonstration moralischer Stärke wäre.
4. Erlauben Sie freien Handel zwischen allen Nationen, unabhängig von der kommunistischen Zugehörigkeit und unabhängig davon, ob Gegenstände für den Krieg verwendet werden können oder nicht.
5. Verlängerung der langfristigen Darlehen an Rußland und sowjetischer Satelliten.
6. Amerikanische Hilfe für alle Nationen, ungeachtet der kommunistischen Herrschaft.
7. Garantiere Anerkennung von Red China. Aufnahme von Rotchina in die UNO.
8. Die Gründung von Ost- und Westdeutschland als getrennte Staaten trotz Chruschtschows Versprechen von 1955, die deutsche Frage durch freie Wahlen unter Aufsicht der UNO zu lösen.
9. Verlängern Sie die Konferenzen, um Atomtests zu verbieten, weil die Vereinigten Staaten zugestimmt haben, die Tests auszusetzen, solange die Verhandlungen laufen.

10. Erlauben Sie allen sowjetischen Satelliten eine individuelle Darstellung in der UNO.
11. Fördern Sie die UNO als einzige Hoffnung für die Menschheit. Wenn die Charta umgeschrieben wird, fordern Sie, daß sie als Eine-Welt-Regierung mit eigenen unabhängigen Streitkräften eingesetzt wird. (Einige kommunistische Führer glauben, daß die Welt von der UNO genauso leicht übernommen werden kann wie von Moskau. Manchmal konkurrieren diese beiden Zentren miteinander, wie sie es jetzt im Kongo tun.)
12. Widerstehen Sie jedem Versuch, die Kommunistische Partei zu ächten.
13. Weg mit allen Treueiden.
14. Rußland weiterhin Zugang zum US-Patentamt gewähren.
15. Unterwandern Sie eine oder beide der politischen Parteien in den Vereinigten Staaten.
16. Verwenden Sie technische Entscheidungen der Gerichte, um grundlegende amerikanische Institutionen zu schwächen, indem Sie behaupten, daß ihre Aktivitäten die Bürgerrechte verletzen.
17. Bekommen Sie die Kontrolle über die Schulen. Benutzen Sie sie als Antriebsriemen für den Sozialismus und die aktuelle kommunistische Propaganda. Den Lehrplan aufweichen. Bekommen Sie die Kontrolle über die Lehrerverbände. Die Parteilinie in Lehrbücher einfügen.
18. Kontrollieren Sie alle Schülerzeitungen.
19. Verwenden Sie Studentenunruhen, um öffentliche Proteste gegen Programme oder Organisationen zu schüren, die unter kommunistischen Angriffen stehen.
20. Infiltrieren Sie die Presse. Erhalten Sie die Kontrolle über Buchbesprechungen, redaktionelle Beiträge und politische Positionen.
21. Kontrollieren Sie Schlüsselpositionen in Radio, TV und Kinofilmen.
22. Fahren Sie damit fort, die amerikanische Kultur zu diskreditieren, indem Sie alle Formen des künstlerischen Ausdrucks herabsetzen. Einer amerikanischen kommunistischen Zelle wurde gesagt, sie soll "alle guten Skulpturen aus Parks und Gebäuden eliminieren, und durch formlose, unbeholfene und bedeutungslose Formen ersetzen".
23. Kontrollieren Sie Kunstkritiker und Direktoren von Kunstmuseen. "Unser Plan ist es, häßliche, abstoßende, bedeutungslose Kunst zu fördern."
24. Beseitigen Sie alle Gesetze, die Obszönität regeln, indem Sie sie als "Zensur" und als Verletzung der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit bezeichnen.
25. Brechen Sie kulturelle Moralstandards auf, indem Sie Pornographie und Obszönität in Büchern, Zeitschriften, Kinofilmen, Radio und Fernsehen fördern.
26. Präsentieren Sie Homosexualität, Degeneration und Promiskuität als "normal, natürlich, gesund".
27. Infiltrieren Sie die Kirchen und ersetzen Sie offenbarte Religion durch "soziale" Religion. Diskreditieren Sie die Bibel und betonen Sie das Bedürfnis nach intellektueller Reife, die keine "religiöse Krücke" braucht.
28. Beseitigen Sie das Gebet oder irgendeine Phase religiösen Ausdrucks in den Schulen mit der Begründung, daß es gegen das Prinzip der "Trennung von Kirche und Staat" verstößt.
29. Diskreditieren Sie die amerikanische Verfassung, indem man sie als unzulänglich, altmodisch, aus dem Takt mit den modernen Bedürfnissen bezeichnet und als Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen den Nationen auf weltweiter Basis.
30. Diskreditieren Sie die Gründerväter Amerikas. Präsentieren Sie sie als selbstsüchtige Aristokraten, die sich nicht um den "einfachen Mann" kümmern.
31. Verunglimpfen Sie alle Formen der amerikanischen Kultur und entmutigen Sie die Lehre der amerikanischen Geschichte mit der Begründung, daß sie nur ein kleiner Teil des "großen Ganzen" sei. Rücken Sie die russische Geschichte seit der Machtübernahme durch die Kommunisten stärker in den Vordergrund.

32. Unterstützen Sie jede sozialistische Bewegung, um zentralisierte Kontrolle über irgendeinen Teil der Kultur zu haben - Bildung, Sozialagenturen, Wohlfahrtsprogramme, Kliniken für psychische Gesundheit, etc.
33. Eliminieren Sie alle Gesetze oder Verfahren, die den Betrieb des kommunistischen Apparates stören.
34. Beseitigen Sie den Hausausschuß für unamerikanische Aktivitäten.
35. Diskreditieren und demontieren Sie schließlich das FBI.
36. Infiltrieren Sie die Gewerkschaften und erlangen Sie Kontrolle darüber.
37. Infiltrieren Sie das Großkapital und gewinnen Sie Kontrolle darüber.
38. Übertragen Sie einige der Verhaftungsbefugnisse von der Polizei auf soziale Einrichtungen. Behandeln Sie alle Verhaltensprobleme als psychiatrische Störungen, die niemand außer Psychiater verstehen (oder behandeln) kann.
39. Beherrschen Sie den psychiatrischen Beruf und nutzen Sie die Gesetze zur psychischen Gesundheit als Mittel zur Erlangung von Zwangskontrolle über diejenigen, die sich kommunistischen Zielen widersetzen.
40. Die Familie als Institution diskreditieren. Ermutigen Sie Promiskuität und leichte Scheidung.
41. Betonen Sie die Notwendigkeit, Kinder von dem negativen Einfluß der Eltern fernzuhalten. Führen Sie Vorurteile, mentale Blockaden und Retardierungen von Kindern auf unterdrückenden Einfluß der Eltern zurück.
42. Schaffen Sie den Eindruck, daß Gewalt und Aufstand legitime Aspekte der amerikanischen Tradition sind, daß Studenten und Interessengruppen aufsteigen und mit vereinten Kräften wirtschaftliche, politische oder soziale Probleme lösen sollten.
43. Stürzen Sie alle Kolonialregierungen, bevor die einheimische Bevölkerung zur Selbstverwaltung bereit ist.
44. Internationalisierung des Panamakanals.
45. Aufhebung des Connally-Vorbehalts, damit die Vereinigten Staaten den Weltgerichtshof nicht daran hindern können, die Gerichtsbarkeit (über innenpolitische Probleme) zu ergreifen. Geben Sie dem Weltgerichtshof die Gerichtsbarkeit über Nationen und Einzelpersonen gleichermaßen.<<<

09.12.2017

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 9. Dezember 2017: >>Martin Schulz will bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa gründen. Die meisten Deutschen sehen die Idee laut einer aktuellen Umfrage kritisch.

Nicht einmal jeder dritte Deutsche ist für die Vereinigten Staaten von Europa. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die "Bild am Sonntag" befürworten nur 30 Prozent der Deutschen den Vorstoß von SPD-Parteichef Martin Schulz. 48 Prozent lehnen es dagegen ab, die EU bis 2025 zu Vereinigten Staaten von Europa umzubauen. 22 Prozent waren sich unsicher oder machten keine Angabe.

Schulz hatte die Idee am Donnerstag auf dem SPD-Parteitag formuliert. Er will erreichen, daß die Europäische Union bis 2025 einen gemeinsamen Verfassungsvertrag formuliert. Die EU-Mitglieder, die dieser föderalen Verfassung nicht zustimmen, müßten dann die EU verlassen. Der Vorstoß war in Berlin mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Kanzlerin Angela Merkel ließ ihre Skepsis durchblicken, bezog aber nicht klar Stellung. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt wies den Vorstoß schroff zurück und nannte den SPD-Chef einen "Euro-paradikalen". "Schulz spaltet damit Europa", sagte er.

Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA gibt es schon weit aus länger als die Europäische Union. Die Sozialdemokraten haben sich bereits 1925 erstmals dafür ausgesprochen. Schulz nennt jetzt aber einen konkreten Zeitpunkt, bis zu dem dieses

Ziel realisiert werden soll: 2025 - genau 100 Jahre nach dem ersten Beschluß der SPD zu diesem Thema.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 9. Dezember 2017 über die geheimen transatlantische Netzwerke (x1.000/...): >>Fassadendemokratie

Vortrag von *Hermann Ploppa*

Vortrag: Der Politologe Hermann Ploppa, ein Kenner der westlichen Demokratie, ist Autor des Buches: "Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern." In einem Vortrag beleuchtet Hermann Ploppa Schein und Sein einer westlichen Fassadendemokratie und wer die treibenden Kräfte für schleichende Veränderungen zu Gunsten multinationaler Konzerne in der Gesellschaft sind.

Ja - schönen guten Abend, vielen Dank für die einleitenden Worte von Herrn Jörg Drews und vielen Dank an die Veranstalterinnen und Veranstalter dieses netten Abends, der hoffentlich nicht nur unterhaltsam ist, sondern auch lehrreich. Ich selber komme aus dem äußersten Norden Deutschlands, aus Flensburg, das sind 2 Kilometer noch bis Skandinavien. Ich freue mich sehr, jetzt sozusagen ganz in den Osten zu kommen, ja - soweit bin ich noch nie gekommen. Das finde ich aber wunderbar, das freut mich sehr. Und das freut mich auch deswegen:

Meine Frau ist in der DDR aufgewachsen, hat in der DDR einen Teil ihres Berufslebens absolviert und wir besuchen jetzt auch hier immer gute Freunde in Thüringen und in Sachsen. Gerade gestern haben wir wieder bei einer guten Freundin übernachtet - heute Nacht in Dresden - und sind jetzt hier rübergekommen und wir beide freuen uns sehr, hier bei Ihnen sein zu dürfen unter diesen netten aufgeschlossenen Menschen.

Ja, was ist jetzt das Thema? Es wurde schon gesagt von Herrn Drews; "Die Macher hinter den Kulissen" heißt mein Buch - ich habe jetzt leider kein Exemplar dabei - mit dem Untertitel "Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern". Das ist ja in sich schon ein Widerspruch: heimlich und Demokratie. Wir alle wissen, daß Demokratie öffentlich ist, es muß alles nachvollziehbar sein.

Alles durchaus in der öffentlichen Diskussion ausgearbeitet und beschlossen und es muß auch nachvollziehbar sein für alle Bürger, wenn es einmal beschlossen ist. Heimlich, das merkt man jetzt an folgendem Tatbestand: daß nämlich immer wieder bei Umfragen herauskommt, daß ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung sich eine Gesellschaftsordnung wünschen, die die Vorteile von Kapitalismus und Sozialismus miteinander vereinbaren und daraus das Beste im Sinne der Menschen machen.

Was passiert tatsächlich? Wir werden immer radikaler in eine immer brutalere Form von Kapitalismus hineingetrieben und irgendwann wird dann wahrscheinlich auch nochmal eine "Atemluftmaut" oder so was eingeführt. Alles wird ökonomisiert. Zum Anderen, was wir auch spüren: zwei Drittel der Bevölkerung sagen immer wieder bei Umfragen: "Wir möchten gerne, daß Deutschland eine unabhängige Außenpolitik führt und Sicherheitspolitik in freundlicher, aber klarer Distanz zu den Mächten dieser Welt: zu China, zu Rußland, zu den USA." Was sehen wir tatsächlich besonders nach der sogenannten Ukrainekrise - die keiner billigen kann - und besonders die Auslandseinsätze in Mali oder Afghanistan?

Dort sind gerade ostdeutsche junge Männer an gefährlichen Fronteinsätzen überproportional beteiligt. Also es ist eine Diskrepanz zwischen dem, was die Menschen möchten, und dem was tatsächlich passiert. Wie kommt denn das?

Das hat vielleicht etwas zu tun mit der Heimlichkeit. Die langjährige Geschäftsführerin der Atlantikbrücke, Frau Beate Lindemann, sagte im Jahre 2003 in kindlicher Offenheit in einer Berliner Zeitung: "Man kann mehr erreichen, wenn man nicht in der Öffentlichkeit arbeitet!"

Das ist es! Dieses heimliche hinter den Kulissen arbeiten, ist eine enorme Erfolgsformel. Wir sehen, daß sich bei uns auch der Stil der Politik ändert. Angeblich sind wir ja in einer repräsentativen Demokratie. Aber immer öfter leuchten die Augen von jungen Milchbärten von

irgendwelchen transatlantischen Seilschafts-Organisationen, wenn das Wort Governance fällt. Governance, das ist die Art, wie wir jetzt regiert werden sollen.

Das heißt: An Runden Tischen sitzen die Meinungsmacher und überhaupt die einflußreichen Menschen aus Medien, Politik, Militär, Geheimdiensten und Wissenschaft zusammen und entscheiden, was für uns gut ist. Das ist Governance und das ist, was in den USA und in England schon seit 150 Jahren gang und gäbe ist. Die Bevölkerung hat das durchzuwinken und zu schlucken, was Lords und andere einflußreiche Leute von Runden Tischen entscheiden. Wir sehen eben nicht nur diese Angleichung.

Wie kommt das? Meine Damen und Herren, ich mache ein kleines Quiz mit Ihnen. Ich nenne jetzt ein paar Namen von Organisationen und sie zeigen mir durch Handzeichen, ob sie die kennen und wenn nicht, dann lassen sie die Hand unten. "Atlantikbrücke": Ja, viele Hände, ein Händewald.

Dann natürlich "Bilderberger": (Anmerkung: auch viele Hände zu sehen). Trilateral Commission: Wird schon weniger. Meine Damen und Herren: "Transatlantic Policy Network" (keiner hebt mehr die Hände, Referent lacht) - hmm, man sieht es. Und schließlich noch "European Roundtable of Industrialists" (keiner hebt die Hand- folglich unbekannt), ja. Sie sehen eine Schere: Je weniger bekannt, desto einflußreicher.

Und deswegen müssen wir uns jetzt mit diesen Gruppierungen auseinandersetzen im Laufe der nächsten Stunde. Weil das jetzt ein Import ist aus den USA muß ich kurz mal erklären, wie die USA funktioniert in der Hinsicht: Seit dem Bürgerkrieg von 1864 bis 1866 herrscht in den USA eine handverlesene Elite von wenigen tausend Männern, den "Chosen Few": den erwählten Wenigen.

Das sind eben tausend, ungefähr tausend Leute, Mächtige, Superreiche an der Nordostküste der USA, die WASPs, die White Anglo Saxon Protestants, also die weißen angelsächsischen Protestanten. Und es gab natürlich immer wieder Leute wie Henry Ford, Carnegie, die da mal durchbrechen konnten. Aber im Prinzip sind die in einem selbstreferenziellen Orbit, im eigenen Planeten sozusagen, abgelöst von der gewöhnlichen Bevölkerung und reproduzieren sich über Generationen.

Sie wissen: Henry Vanderbilt IV. Es geht schon fast zu wie bei Königen. Da gibt es Internate wie Groton, wo selbst mittelmäßig begabte Menschen, wie Georg Bush II., zu Herrenmenschen heran gedrillt werden. Es geht weiter an den ultraexklusiven Universitäten, wo ein Semester so viel kostet wie ein Mittelklassewagen. Zehn Universitäten, Harvard, Princeton, Columbia und so weiter, Yale, die sind üppig ausgestattet, Milliarden schwer an Geld und an Latifundien.

Und innerhalb dieser Universitäten wiederum, wo nur die tausend Reichsten sind, gibt es dann noch diese ultraexklusiven Männerbünde, unseren studentischen Burschenschaften nicht unähnlich. Zum Beispiel Skull and Bones in Yale ist, glaube ich, ziemlich bekannt. Wo immer ein Mitglied der Skull and Bones in der US-Regierung ist und wenn die sich reproduzieren, da gibt's den Drehtüreffekt, Revolving-Door-Effekt.

Das heißt, ein Mensch aus dieser Elite wechselt in Führungspositionen unterschiedlichster Branchen hin und her. Er ist mal Dekan einer Uni, ist dann mal im Geheimdienst, ist dann mal in der US-Regierung und dann vielleicht wieder Manager in einem Konzern oder Banker. Und damit die sich auch schön - wenige Leute - ausbreiten können, gibt es das Interlocking Directory. Das könnte man mit Ämterhäufung beschreiben. Also eine Person häuft unglaublich viele Aufsichtsratsposten um sich herum und wird natürlich im Laufe dieser Anhäufung auch immer wichtiger, immer vernetzter und immer besser bezahlt.

Das Zauberwort ist ein Fremdwort aus dem französischen "Esprit de Corps". Selbst wenn die Leute sich gegenseitig spinnefeind sein sollten, sie werden sich ewige Treue und Loyalität schwören im Kampf um die Futtertröge. In diesem Sinne gab es die Runden Tische in den

USA. Sie wissen ja auch - so manch einer hat es mitbekommen - in England gab es "The Kingdergarten", das waren erlesene Lords - Lord Kitchener und Lloyd George - die dann sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Politik in England bestimmt haben. In den USA gab's das auch.

Und der entscheidende Wendepunkt: 1917 - die US-Banken haben ja bekanntlich England und Frankreich finanziell unterstützt - schon seit August 1914 im Krieg gegen Deutschland. J. P. Morgan war so der Konsortien-Chef dabei. Und die haben natürlich damit gerechnet, daß in einem kurzen Spaziergang Deutschland da niedergerungen wird. Sie wissen alle, 1917 waren dann Frankreich und Großbritannien pleite, weil diese Mega-Kredite aus den USA verbraucht waren. Und jetzt mußten die wieder rausgehauen werden.

Ab dem Zeitpunkt ist die USA selber in den Krieg eingetreten, obwohl sie sich da eigentlich raushalten wollten und erst kommen wollten, wenn es die Beute zu verteilen gab. Und ja, man wußte aber jetzt, wenn man gewinnt - und man muß viele Völkerreiche, wie Österreich-Ungarn oder das Osmanische Reich schön filetieren, in einzelne Mini-Staaten, die man dann beherrschen kann - dann braucht man dafür Experten. Das kann man nicht einfach wie früher aus dem Ärmel schütteln. Da müssen wirklich kluge Leute her.

Das war die Geburtsstunde der Inquiry, der ersten Denkfabrik der Herrschenden in den USA. Und dort waren interdisziplinäre Experten aus Geologen, Geographen, Psychologen, Politologen versammelt, um möglichst fachkompetent Europa zu filetieren. Nach dem ersten Weltkrieg, nachdem das geklappt hatte, dachte man sich: Gut, da kann man die Runden Tische und die Think Tanks zusammenbinden.

Das war die Geburtsstunde des Council on Foreign Relations in New York 1921. Und viele Leute sagen ja, der Council, also der Rat für Auswärtige Politik, sei eine Geheimloge. Das ist nicht der Fall. Sie haben abgestufte Mitteilungen an die Öffentlichkeit. Manchmal ganz geheim, manchmal verbreiten sie ihre Kenntnisse über das ganze Volk, über die ganze Welt. Sie haben zwei Zeitungen, Foreign Affairs und Foreign Politics, in denen sie ihre Meinung kundtun, die jeder lesen kann, jeder. Und, ja, sie sind kein Politbüro, kein Vatikan. An diesen Runden Tischen dürfen, muß, soll jeder seine offene Meinung sagen.

Keiner soll aus seinem Herz eine Mördergrube machen. Man diskutiert und kommt irgendwann zu einem Konsens und der wird dann angenommen. Und das wird dann runter gereicht an Wissenschaftler oder Multiplikatoren von der Presse. Auch die New York Times ist Mitglied beim Council oder Lopit, also auch Konzerne sind körperschaftliche Mitglieder.

Ein Beispiel, wie das funktioniert. (Bin ich zu schnell oder geht's? Es scheint zu gehen ...) 1954 erklärte der damalige neue Außenminister der USA, John Foster Dulles, im Gebäude des Council on Foreign Relations im Fernsehen, USA-weit übertragen, die neue Militär-Doktrin der US-Regierung der massiven Vergeltung.

Sie wissen, daß nach den Konferenzen von Jalta die Welt in Interessensphären aufgeteilt war. Und nun machte man ja den kalten Krieg auf und dann - falls jetzt die Sowjetunion in das Revier der USA oder andere Westmächte einbrechen sollte - würden die USA sofort mit einem militärischen, mit einem nuklearen Erstschlag reagieren und Moskau niederbrennen.

Sie wissen alle, das hat nicht geklappt, weil gute Doppel-Agenten wie Erich Fuchs die Formel der amerikanischen Atombomben sofort an die Sowjetunion weitergegeben haben und Wasserstoff-Bomben und so weiter, und die damit sehr schnell in einer Pattsituation waren - es funktionierte nicht.

Man machte sich jetzt lächerlich, wenn man diese Doktrin weiter aufrechterhalten wollte. Also trennt man sich im Council sehr schnell von dieser Geschichte und hat den jungen Historiker Henry Kissinger von der Harvard Universität beauftragt, eine neue Militär-Doktrin auszuarbeiten. Der hat eine Arbeitsgruppe gebildet. Und um Einzelfragen zu erläutern hat man angeschlossene, befreundete Think Tanks, wie Brookings Institution, Rand Corp. (Rand Corpo-

ration), beauftragt, Einzelfragen zu bearbeiten.

Diese Expertisen gingen wieder hoch an die Arbeitsgruppe von Kissinger. Wurden dann hochgereicht an den Runden Tisch der Superreichen und Turbo-Intellektuellen. Und das wurde irgendwann abgesegnet. 1957 bereits verkündete Henry Kissinger in einem Buch, daß in den USA lanciert wurde, die Strategie der flexiblen Antwort - Flexible Response.

Wenn jetzt also die Sowjetunion in das Revier der Westmächte einbrechen wollte, dann würde man sofort reagieren mit abgestuften Maßnahmen, vielleicht erst mal mit diplomatischem Austausch. Wenn das nicht fruchtet: konventioneller Schlagabtausch, aber auch nuklearer Schlagabtausch war nicht absolut ausgeschlossen.

So funktioniert das. Das ist flexibel und das ist viel schneller und deshalb hat der Council on Foreign Relations die politischen Paradigmen, also die langfristigen Perspektiven der Politik, in einer Weise beeinflußt wie niemand anderes. Weil diese Governance-Institutionen sozusagen schnelle Schnellboote sind, flexible Schnellboote zwischen den schwerfälligen Tankern Diktatur und Demokratie.

Die Diktatur: Da ist ein Diktator, der möchte gerne nur angenehme Nachrichten hören, ein Reformstau staut sich auf bis es platzt und es kommt zum blutigen Putsch. Es ist nicht sehr rationell.

Auf der anderen Seite: Demokratie. Da muß ja auch ein Reformbedarf erst einmal erkannt werden. Der muß durch Parteien hindurch mühsam durch die Gremien laufen bis es dann einen Beschluß gibt, ein Programm. Dann braucht man, wenn man regierungsfähig ist, noch einen Koalitionspartner. Das kann von der Erkennung des Problems bis zur Lösung 10 Jahre dauern.

Ich denke, diese repräsentative Demokratie kann man durchaus schnittiger machen durch direkte demokratische Maßnahmen wie in der Schweiz, wo das Volk 200 mal im Jahr abstimmen kann über ganz bestimmte Sachfragen. Da ist gar nicht erst dieses große "Herumintrigieren" und Getue mit irgendwelchen Gremien und so weiter. (Applaus)

Das wirklich Bestechende daran ist die Softpower. Die Amerikaner unterscheiden zwischen Hardpower und Softpower. Sie bevorzugen die Softpower, weil sie viel rationeller ist. Nämlich die Eliten der Vasallenstaaten, wie es Brzezinski gesagt hat, zu umschmeicheln, für sich zu gewinnen.

Und die Hardpower wird nur eingesetzt, wenn man meinetwegen Olof Palme über'n Haufen schießen muß, wenn es anders nicht geht, oder in ein Land einmarschieren, wenn sogar die Bevölkerung sich quer stellen sollte, ist unbeliebt.

Das Mittel der Wahl ist die Softpower. Schon die Römer hatten damit irrsinnigen Erfolg, mit ihrer indirekten Herrschaft. Die haben gesagt: Hier, es gibt einen Schlagabtausch! Und da zeigt sich gleich, die anderen haben keine Chance.

Dann sagen die: Keine Angst, wir kriegen das schon hin. Ihr könnt so weiter machen wie bisher - sagen sie zu den Eliten - Hauptsache ihr zahlt eure Tribute regelmäßig und haltet eure Bevölkerung für die Pax Romana fest.

Das haben die Engländer gemacht mit ihrer indirect Rule - indirekte Herrschaft. Hunderttausend Soldaten haben Hundert Millionen Inder in Schach gehalten, dadurch daß sie den Maharadscha umworben haben und gesagt haben: Kann alles so bleiben, keine Angst - Hauptsache Tribut!

Das ist unglaublich kostengünstig, das ist immer das Mittel der Wahl. Das könnte aber womöglich demnächst vorbei sein, wenn wir weiter so widerborstig werden. Aber ich denke, wir kriegen das friedlich hin.

Der Council on Foreign Relations hat mittlerweile Filialen, Filialorganisationen in 170 Ländern dieser Erde, wo man auf diese feinnervige Art ganz sanft ein großes Reich schafft, ohne territoriale Annexionen, Eroberungen vorgenommen zu haben. Und auf interkontinentaler

Ebene gibt es eben die Bilderberger, die die Eliten der USA oder Nordamerika und Europa einmal im Jahr in einem Luxushotel zusammenbringt.

Sie werden maßlos überschätzt. Sie sitzen da, engagieren vielleicht Jürgen Trittin mal für ein Referat. Der kommt dann da an und erzählt wie die ökologische Bewegung in Deutschland tickt und fährt mit ein paar tausend Dollar wieder nach Hause. Und er ist deswegen noch lange kein Bilderberger.

Es ist wirklich das A und O bei den angloamerikanischen Eliten: dieses persönliche Kennenlernen, immer noch den Anderen einschätzen zu können über den großen Teich, um zu wissen: der Freund "Soundso" drüben in Amerika tickt so, daß ich den mit einem Telegramm eigentlich so andeuten kann, was wir haben wollen.

Dann gibt es die Trilateral Commission. Im Jahre 1973 nämlich wollten die Japaner auch gerne mitmachen bei den Bilderbergern. Das wollten die aber nicht. Da hat David Rockefeller, der vor kurzem im Alter von 106 Jahren, mit dem glaube ich vierten transplantierten Herz verstorben ist, gesagt: "Kein Problem, wir bilden jetzt einen dreiseitigen Ausschuß."

Das war die Geburtsstunde der Trilateralen Kommission und da sind jetzt die Eliten von Nordamerika, Europa und Ostasien zusammen, treffen sich dort und sind viel fleißiger als die Bilderberger, die sich nur einmal im Jahr treffen.

Die treffen sich viermal im Jahr - nicht immer alle - und besprechen ganz bestimmte Sachthemen. Es ist auch keine Geheimloge. Sie können sie googeln. Sie haben eine eigene Seite: Trilateral Commission - ganz offen.

Sie können dort lesen, wer in Deutschland dazu gehört: nämlich der Chef der DZ Bank, Herr Kirsch, oder eben traditionell ist ein Erbruf bei den Trilateral Commission der Chef der Chemiegewerkschaft von Deutschland. Der ist immer dabei. Das wird immer vererbt. Sie veröffentlichen auch ihre Arbeiten regelmäßig dort - das ist durchaus lesenswert - und auch Bücher, wo sie selber als Herausgeber zeichnen.

Der Sinn all dieser Netzwerkorganisationen von Land zu Land oder interkontinental, wurde von Brzezinski in seinem Buch "The Grand Chessboard", "Die einzige Weltmacht" recht deutlich gemacht und zwar, Zbigniew Brzezinski oder Joseph Nye, oder wie all diese klugen Köpfe heißen, sie sagen ganz offen: Die USA wird irgendwann implodieren wie alle anderen imperialen Mächte der Welt. Dann muß aber das Betriebssystem US-Finanzkapitalismus in den Köpfen der Eliten der Vasallenstaaten so drin sein, daß sie das als ihre eigene Sache betrachten und dann von sich aus weiter führen.

Wir haben jetzt konkret die Situation, wo im Weißen Haus zum ersten Mal ein Präsident sitzt, der nicht zu dieser Netzwerkorganisation gehört. Da mußte sogar neulich der German Marshall Fund of the US aus dem Busch hervorspringen und sich in der Öffentlichkeit zeigen und sagen: "Haltet durch! Unsere Projekte sind nicht aufgegeben. Wir Deutschen müssen das Projekt Amerika jetzt weiterführen, auch gegen den US-Präsidenten."

Da sind wir jetzt an dem Punkt. Das ist doch interessant, meine Damen und Herren, und das ist ja ein richtiger Schnittpunkt! - Wenn wir jetzt mal auf Deutschland kommen:

Atlantikbrücke ist Ihnen allen bekannt, ist in aller Munde, dürfte eigentlich auch schon verbrannt sein - sozusagen fast. Die Atlantikbrücke wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet von Eric Warburg, einem Hamburger Bankier, der - weil er Jude war - bei den Nazis flüchten mußte. Er hat an der Wallstreet in den USA dann viele wertvolle Kontakte geknüpft. Und als er seine Bank dann wieder übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg, wollte er gerne diese Kontakte aufrechterhalten.

Sein Partner - John Mc Cloy - ist der Inbegriff des Drehtürmannes, meine Damen und Herren. Der hatte in den zwanziger Jahren als Wirtschaftsjurist an der Wallstreet angefangen. Er wurde dann von der Anwaltskanzlei Cravath and Partner 1926 an Mussolini ausgeliehen, um für ein Jahr Mussolini zu beraten, wie dieser am gewinnbringendsten mit einem Mega-Kredit der

J. P. Morgan Bank von hundert Millionen Dollar wirtschaften sollte.

Dann finden wir ihn wieder auf der Ehrentribüne bei den Olympischen Sommerspielen 1936, neben Göring sitzend. Angeblich, um einen Rechtsstreit irgendwie mit Deutschland aus dem Ersten Weltkrieg zu bereinigen. Tatsächlich ist aber immer deutlicher, daß die Wallstreet Hitler gefördert hat und daß Hitler viele Vorgaben durchgesetzt hat. Dann finden wir ihn aber auf der anderen Seite - man ist immer als Kriegsgewinner auf der richtigen Seite - im Verteidigungsministerium der USA.

Dort ist er zuständig für die Luftwaffe, also auch für die Bombardierung in Deutschland. Eine kleine Begebenheit: Seine Flugzeuge flogen auf die Zwangsarbeiterplantagen von Auschwitz Monowitz von den IG Farben und haben diese bombardiert. Auf dem Überflug, da sind sie über die Brennkammern geflogen, die Gaskammern und über die Gleise, wo die armen Menschen verschleppt wurden nach Auschwitz. Die Bürgerrechtler in den USA haben gesagt: "Laßt doch da auch mal paar Bömbchen runter!" - "Kill it!"

Er hat total patzig darauf reagiert, warum, ist nicht klar, aber es wird wohl diese Begebenheit sogar auf einer Gedenktafel in Auschwitz erwähnt. Nach dem Krieg ist er dann zunächst der erste Präsident der Weltbank, dann finden wir ihn wieder als obersten Kommandanten der deutschen Besatzungsmacht. Und schließlich ist er dann noch einige Jahre Präsident des Council on Foreign Relations. Also eine richtig klassische Drehtürkarriere. Dann haben die beiden noch den American Council on Germany gegründet, den Amerikanischen Rat über Deutschland in den USA.

Die Atlantikbrücke soll die deutschen Eliten anfreunden mit den amerikanischen Eliten. Der American Council on Germany soll die amerikanischen Eliten anfreunden an die deutschen Eliten. Das alleine ist ja noch nicht die Funktion des Council on Foreign Relations. Dazu kommt ja noch sozusagen der Think-Tank - die Wissensbildung.

Da haben wir in Deutschland die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die 1955 gegründet wurde. Diese heißt im englischsprachigen Raum ganz ungeniert German Council on Foreign Relations. Nur damit der deutsche Michel das nicht merkt, hat es eben im Deutschen diesen Namen Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik erhalten.

Dazu kommt die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Sie sicher aus dem Deutschlandfunk aus Expertendiskussionen usw. schon gut kennen. Die kam eigentlich aus dem Geheimdienstmilieu und ist ja dann mittlerweile immer mehr zu einer eher zivilen Veranstaltung geworden.

Dazu kommt nun seit 1972 der German Marshall Fund of the US. Daran ist aber nur deutsch das Geld und dann das erste Wort da drin: German. 1972 hat Willy Brandt gerade einen Umsturzversuch im Deutschen Bundestag heil überstanden und flog rüber in die USA, um der Gründungsfeier des German Marshall Fund of the US beizuwohnen.

Er hatte als Geschenk für diese Gründung 150 Millionen DM deutsche Steuergelder mitgebracht als Stiftungskapital. Dazu kamen noch einmal 100 Millionen im Laufe der Zeit, und all diese Schenkungen wurden vom Bundestag einstimmig gebilligt.

Der German Marshall Fund of the US ist wichtig. Er ist einerseits eine Denkfabrik, zum anderen aber auch eine Kaderschmiede, d.h. Kader für z.B. den Ostblock. Da hat es eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Also, als der Warschauer Pakt zusammenbrach, hatte man bereits ausgebildete polnische, bulgarische, russische, ukrainische Kader gebildet, die dann in dieses politische Vakuum hinein gestiegen sind. Das ist so der Kern der US-amerikanischen Softpower in Deutschland.

Das gemeinsame daran ist, daß man dort nicht Mitglied werden kann, keinen Mitgliedsantrag stellen kann. Sondern Talentscouts suchen, wo sind Leute, die vielversprechend sind: Die können wir für uns gewinnen. Dann werden die angesprochen und dann werden diese Nachwuchskräfte sicher einsehen, daß die eigene Karriere schneller vorangeht, wenn sie sich dieser

starken Gemeinschaft anschließen. Und zum anderen, sie werden alle aus deutschen Steuergeldern bezahlt, ohne daß der Steuerzahler sie kennt. Ich habe erst 2007 damit angefangen, diese Szene genauer zu beobachten.

Ich habe längst den Überblick verloren über alle diese Metastasen und Tochter-Metastasen und Tochter-Tochter-Metastasen. Nur ein paar Namen mal so schlaglichtartig: Deutsche Atlantische Gesellschaft, Körber-Stiftung, Atlantische Initiative, Aspen Institut, Stiftung Neue Verantwortung, American Academy, American Institut for Contemporary German Studies, Council on Public Policy, Goldman Sachs Foundation, Hertie School of Governance usw.

Kurzer Überblick über die Geschichte: In den 50er Jahren war das noch ein kleines Häuflein und relativ einflußarm. Man zog aber jetzt neue Kräfte heran. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Scheel um nur ein paar Namen zu nennen.

Dann gab es in Deutschland schon den ersten Machtkampf. Und zwar zwischen den Gaullisten und den Transatlantikern. Konrad Adenauer hatte vor, mit den Gaulles - also mit Frankreich zusammen - ein Gegengewicht gegen die US-amerikanische Hegemonie zu bilden. Strauß war ja sein Atom-Minister, zuerst einmal Verteidigungsminister. Man hatte also vor, so eine eigene Atom-Nuklear-Macht zu bauen. Und im Hintergrund durchaus mit der Sowjetunion, mit Chruschtschow.

Ja und dann passierte etwas, was die dann doch sehr schnell völlig lahm geschossen hat. Und zwar war das so üblich, daß der BND (Bundesnachrichtendienst), welcher ja auch eine Filialorganisation der CIA ist und ein eigenes Büro in Hamburg hatte: Also dann haben die mit dem Verbindungsoffizier dort regelmäßig die Chefredaktion des Spiegels besucht. Man hat dann so die inhaltliche Linie des Spiegels diskutiert. Und dann hat der Verbindungsoffizier auch mal ein nicht schmeichelhaftes Protokoll über ein Manöver der Bundeswehr mitgebracht und das wurde dann im Spiegel sofort getitelt: "Bedingt einsatzbereit", "Fallex 62": Bedingt einsatzbereit". War eine große Blamage.

Und das, was man vorausberechnet hatte, passierte: Strauß sah Rot, hat alle rechtsstaatlichen Wege übersehen und hat dann den Herausgeber Rudolph Augstein und Konrad Ahlers, den Chefredakteur ins Gefängnis gebracht. Es gab einen Riesenskandal, die Spiegel-Affäre. Das können Sie nachlesen bei Hans Höhne, Polar intern. Und damit waren die Gaullisten dann eigentlich lahm geschossen. Strauß mußte zurücktreten. Adenauer ging zum Rosen-Züchten nach Rhöndorf und der Transatlantiker Erhardt wurde dann neuer Kanzler.

1969 ist dann der Totaltriumph der Transatlantiker gekommen - so paradox das für uns Ältere klingt, weil wir haben uns ja gefreut über die Entspannung und den Wandel durch Annäherung usw. Tatsächlich aber war ja diese von Brandt und Scheel. Brandt war Mitglied der Atlantikbrücke und Walter Scheel war später 5 Jahre Präsident der Bilderberger. War nichts besonderes, war kein deutscher Sonderweg. Kissinger und Nixon in den USA waren viel öfter in Moskau und Peking als Brandt und Scheel. Ganz einfach:

Der Kapitalismus war so heiß gelaufen, daß man so neue Märkte erschließen mußte oder er wäre zusammen gebrochen. Also hat man die Ostblockstaaten als billige Rohstofflieferanten gewonnen und als Abnehmer von westlichen Fertigprodukten. Und so hat man die Krise dann erst mal vertagt. Dann in den 70er Jahren gab es mal eine Krise in dieser Szene wegen dem Vietnamkrieg. Die Tassen flogen ziemlich tief. Außerdem war die Jugend nicht mehr bereit, diesen Weg mit zu tragen. Und dann haben die eine eigene Subkultur entwickelt und die Transatlantiker drohten irgendwie auszusterben an Überalterung.

Man reagierte darauf flexibel. Die Haare wurden länger im Council und die Bärte wuchsen und sogar Frauen durften nicht nur mitreden, sondern jetzt Vollmitglied sein. Die wichtigste Erneuerung - theoretische Erneuerung - in den 70er Jahren war die Interdependenz-Theorie. Interdependenz heißt: "Alles ist von allem abhängig." Und zwar durch die Weltordnung von Bretton Woods war jetzt sozusagen der Welthandel freigemacht, durch die Organisationen

UNO, IWF, Weltbank und damals GATE, die Welthandelsorganisation, oder heute: WTO heißt das Ding. Und durch diese erleichterten Welthandelsbedingungen, waren jetzt globale Konzerne so mächtig geworden, daß sie mit ihrem Umsatz mit dem Bruttoinlandsprodukt mittlerer Staaten schon konkurrieren konnten.

Die Nichtregierungsorganisationen wie UNO, IWF usw. haben die nationalen Grenzen ignoriert und sich sozusagen völlig in einer globalen Logik bewegt. In dieser Situation hat die Trilateral Commission gesagt: Es muß die Welt neu geordnet werden. Der Wildwuchs muß neu geordnet werden. Neu hierarchisiert werden und es muß an Runden Tischen Governance eingeführt werden. Das heißt: Neben den Nationalstaaten müssen jetzt Konzerne (Globalkonzerne) und Nichtregierungsorganisationen mitregieren. Die Nationalstaaten haben sich zurückzunehmen und in Zukunft sind sie dann nur noch einer von vielen Playern.

Das war so die wesentliche Auffassung. Ich hab in meinem Buch noch geguckt: Sind transatlantische Orientierungen, also die Orientierung konzentrisch um Council on Foreign Relations immer schon marktradikal gewesen, wie es heute ist, oder war es mal anders? Es war mal anders: Unter Kennedy und Johnson war ein keynesianisches Projekt vorherrschend und das wurde auch mitgetragen in Deutschland. Die große Koalition hatte eben auch in dieser Zeit einen starken Staat gefördert, der in die Wirtschaft eingreift und stärkend wirkt und antizyklisch.

Also wenn da Konjunkturdellen sind, wird das durch Staatsausgaben wieder vorangebracht und Geld wieder zurückgezogen aus dem Markt, wenn die Konjunktur zu überhitzen drohte. Aber es entwickelte sich erstens in Deutschland der Neoliberalismus. Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Ehrenwerte Leute, die einfach keine Planwirtschaft für alle Bereiche wollten und die eine gerechte sozialausgewogene Politik wollten. Und das führte nun dazu, daß wir sehr glückliche Zeiten im Westen gehabt haben, wo die soziale Schere nicht so auseinandergeklafft ist, wie heute. Die wurden aber weggemobbt. Wenn wir jetzt von Neoliberalismus reden, ist das völliger Quark.

Den gibt es nicht mehr. Den hat es in Deutschland gegeben. Was jetzt vorherrscht ist der Marktradikalismus. Die österreichische Schule von Friedrich von Hayek und die amerikanische: die Chicago Schule von Milton Friedman. Deren Theorie ist: Jede wirtschaftliche Schwierigkeit in der Wirtschaft kommt von daher, daß der Staat sich eingemischt hat.

Der Staat muß sich aus allem raushalten und muß nur die Sicherheit des Vertrages, die Sicherheit der Verkehrswege aufrechterhalten und sonst sich da raushalten. Die Sicherheit des Eigentums ja, aber ansonsten gestalterisch muß er sich völlig raushalten. Alles andere machen kluge Konzernherren. Milton Friedmann hat seine Theorie gleich sozusagen in die Praxis umgesetzt mit seinen Chicago-Boys.

Das heißt, es wurde schon mal exemplarisch in Ländern der Dritten Welt ein Laborexperiment auf nationaler Ebene gemacht, ob es funktioniert. In Indonesien der Putsch 1965 wo der demokratisch gewählte Präsident Sukarno durch den General Suharto ausgetauscht wurde, wo 500.000 bis 3 Millionen Indonesier ermordet worden sind, die diesem neuen Modell im Wege standen.

Dann ging es weiter, am 11. September 1973 in Chile. Allende wurde gestürzt. 30.000 Gegner des Marktradikalismus wurden ins KZ gesteckt und es kam dann zu der Situation, daß dann die Chicago-Boys, also Milton Friedmans Schüler jetzt ausprobierten: Wie funktioniert dieser Marktradikalismus? Das kam dann noch zusätzlich in Argentinien und in Uruguay zum Tragen. Ende der 70iger Jahre stellt man fest: Aha, der Kollateralschaden ist zwar bedauerlich, aber die Ökonomie existiert weiter. Daraufhin wurde das auf die Weltbühne gehoben.

Ronald Reagan in den USA, Margaret Thatcher in England haben das dann durchgezogen mit entsprechender Kaltschnäuzigkeit und Sicherheit mit diesen Laborexperimenten. In Deutschland 1982 das Lambsdorff-Papier - Sie haben vielleicht neulich nochmal in der Anstalt (An-

merkung: deutsche Satiresendung) davon gehört- forderte eine solche Kurskorrektur auch für Deutschland. Das klappte aber nicht. Und zwar ganz einfach:

Helmut Kohl wäre sicher gerne der deutsche Ronald Reagan geworden, aber das klappte nicht: Weil, wir haben in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, in Skandinavien traditionell eine Dreiteilung der Wirtschaft. Da ist auf der einen Seite die genossenschaftliche Wirtschaft. Dann auf der anderen Seite die öffentlich-rechtlich-staatliche Wirtschaft.

Und nur da, wo Profitwirtschaft nicht allzu viel Schaden anrichtet, war traditionell seit Preußen auch privatwirtschaftliche Tätigkeit erlaubt. Das hielt sich auch, bis dann ein Dammbuch von außen die Sache durcheinander gebracht hat, nämlich der Zusammenbruch des Ostblocks, des Comecon, des Warschauer Paktes, der Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Länder im Osten gerieten in eine Leere, in ein Vakuum hinein.

In dieses Vakuum sind dann die Eliten vom German Marshall Fund of the US und der Soros-Stiftung hinein gekommen und haben dort ein neues marktradikales Modell aufgebaut. Dieses neue Europa brachte das alte Europa total ins Wanken. Die Löhne sind im Westen dann in den Keller gesackt. Die Sozialstandards wurden geschleift. Die DDR war ein Sonderfall. Die DDR fiel nicht in ein Vakuum, sondern sie wurde ja - verpackt in neuen Bundesländern - einverleibt der Bundesrepublik Deutschland.

Und das, meine Damen und Herren, war die Geburtsstunde jenes Elends, an dem wir jetzt heute halbwegs zugrunde gehen. Es war die Stunde einer neuen Kaste von Privatisierungsgewinnern, die heute ihr Unwesen in ganz Deutschland treiben. An einem Beispiel: Kombinate, wie Sie wissen, sind staatliche Betriebe gewesen, die ihre Überschüsse an den Staat DDR überwiesen haben. Das waren größere Einnahmequellen als die Steuern. Da die Kombinate, wie Sie ja wissen, vielfältige Aufgaben hatten: Sozialbereich, Kulturbereich und so weiter, wurde ein Teil dieses Gewinnes zurückgeführt zu den Kombinat.

Das wurde geschleust über DDR-Banken. Aber es waren keine Kredite, sondern eben eine "Rüberschleusung" (im Sinne von Transfer). Aber dummerweise wurden sie in diesen DDR-Banken, die keine Banken im kapitalistischen Sinne waren, als Kredite verbucht. Als jetzt der Zusammenbruch der DDR vor der Tür stand, haben das schlaue Köpfe im Westen mitbekommen und haben sich dann für einen "Apfel und ein Ei" über die "Veruntreuhand" (Anmerkung: Treuhand: Anstalt des Öffentlichen Rechts, die DDR-Betriebe privatisieren sollte) dann diese Banken gekauft und haben dann diese Kredittitel gehabt, diese angeblichen Kredittitel und haben die gefordert auch von kerngesunden Kombinat plus 10 % Zinsen.

Sie haben dann gesagt: "Das wollen wir jetzt sofort zurück haben, ihr schuldet uns das." Obwohl jeder gesagt hat: Quatsch, Blödsinn das sind ja überhaupt gar keine Anleihen. Das sind lediglich Gewinnrückführungen. Klugerweise war im Westen eine Instanz errichtet worden durch das Bundesfinanzministerium: der Erblastentilgungsfond. Das im Schweiß erarbeitete Volksvermögen der DDR war eine Erblast. Bei diesem Erblastentilgungsfond sollten aus Steuermitteln von Ostdeutschen und Westdeutschen die Verluste von Investoren - westlichen Investoren - im Osten ausgeglichen werden.

Jetzt sind die dahingegangen und haben gesagt: "Unser Kombinat hier, wo wir die Kredittitel gekauft haben, ist leider auf Grund dessen Pleite gegangen. Wir wollen jetzt das Geld von euch zurück haben." Auf diese Tour, durch diese angeblichen Kredite, haben die Steuerzahler in Ostdeutschland, in Westdeutschland gleichermaßen diesen Abenteurern, diesen Freibeutern 200 Milliarden DM geschenkt.

Während man in der DDR alle Menschen unter Pauschalverdacht gesteckt hat, sie seien alle Stasi-Spitzel und sie dann aufeinander losgegangen sind und während man die Ostdeutschen dann mit diesem schönen Titel Ossi versehen hat und sie damit sozusagen unfähig machte für die wirkliche Wiedervereinigung von Deutschland, sind die Gangster dann unbemerkt wegelaufen. Das erinnert mich an Komödien aus den 50iger Jahren, wo so ein Markt ist. Da stiehlt

einer etwas von einem Marktstand und dann entsteht auch schon Aufregung. Und dann geht jemand anderes weg und der Dieb ruft dann: "Haltet den Dieb!"

Alle rennen hinter dem "Dieb" her. Und er selber kann dann unbehelligt weglaufen. So sind diese Leute dann weggelaufen, unbehelligt. Andererseits haben ja Absolventen von westdeutschen Universitäten in Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre im Osten Privatisierer gespielt. Sie haben sich pro Stunde 1.000 DM aufschreiben lassen, was unter anderem dann von der Treuhand anstandslos überwiesen wurde.

Sie haben da ihr Unwesen in den Kombinatbüros getrieben und es mußten die Steuerzahler in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen im Jahre 1993 450 Millionen D-Mark an diese Milchbärte bezahlen, meine Damen und Herren. Das war prima. So gestärkt hat man sich gesagt: "Wow, wenn das so völlig ungestört abgeht, dann machen wir das doch in ganz Deutschland." Und das ist die Geburtsstunde dessen, was wir jetzt hier erleiden.

Nämlich eine ganz neue Dimension der Privatisierung und eine Gehirnwäsche, um uns diese Dreiteilung der Wirtschaft vergessen zu machen. Hurra, wieder eine Landesbank aufgelöst, schon wieder was privatisiert. Wir brauchen doch keine Landesbanken! Wir brauchen doch keine Sparkassen! Neue Akteure: hier wurde so viel Geld angehäuft, daß das dann abgelaicht wurde in Stiftungen. Stiftungen sind Steuerbefreiungsmodelle, wo man ein Kapital hat, das ist steuerbefreit und auch die Zinserträge sind steuerbefreit.

Wir hatten im Jahre 2000 10.000 Stiftungen. Heute haben wir rund 22.000 Stiftungen, die schätzungsweise ein Vermögen von 100 Milliarden Euro bei sich horten. Wir haben also jetzt bei uns die Situation, daß Stiftungsherren, wie dereinst Könige oder Fürsten in selbstherrlicher Manier bestimmen, wer in den Genuß von irgendwelchen Wohltaten gerät. Ich nenne das neo-feudale Bakschisch-Wirtschaft. Es ist kein Rechtsanspruch mehr da. Über das Geld stimmt nicht die demokratische Gemeinschaft ab, wer in den Genuß kommen soll, sondern irgendwelche dubiosen Stiftungsherren teilen jetzt aus ihrem Füllhorn aus. "Danke!"

Steuerflucht, Steuerbetrug, Steuervermeidung ist Volkssport. Geschätztes Steuerfluchtgeld: aktuell 190 Milliarden Euro im Jahre 2014. Der Bund nahm damals ungefähr 250 Milliarden Euro ein. Das macht zusammen 440 Milliarden Euro aus. Wir könnten alles finanzieren: zufriedene Beamte, unbestechlich, gut bezahlt, ausgeschlafen; einen guten Sozialbereich; einen guten Kulturbereich. Man bräuchte sich nicht zu profilieren als Politiker, daß man jetzt wieder irgendwo einen Kulturetat gestrichen hat.

Welch ein Staatsvermögen wäre das? Der Staat ist nicht handlungsunfähig. Es ist so als wenn man jemanden ins Bein schießt und sagt dann: "Guck' mal, der kann ja gar nicht gehen, der kann das doch gar nicht machen." Ja, und eine Stiftung ist Staat im Staate Bertelsmann. Das ist die Kraft der zwei Herzen. Das eine Herz ist die Bertelsmann-Stiftung, das andere Herz ist der Medienkonzern Bertelsmann. Sie arbeiten sich prima gegenseitig zu.

Auf der einen Seite, wenn die Bertelsmann-Stiftung irgendwelche Ideen ausgeheckt hat, die dann den Menschen draußen im Lande vermittelt werden sollen, dann macht das eben der Bertelsmann Konzern mit seinen Medien RTL, Spiegel, Stern. Und wenn der Konzern jetzt irgendwie steuerbefreit ein Kostenersparnis-Modell entwickeln lassen will, dann macht das die Stiftung - wunderbare Arbeit! Die sind so wichtig und mächtig, daß Gunter Thielen, der langjährige Präsident der Bertelsmann Stiftung, gesagt hat: "Es ist uns egal wer regiert."

In der Tat, sie haben damals, als Kohl ihre Vorgaben damals nicht schnell genug umgesetzt hat, dann eben Schröder und Fischer eingesetzt, die nicht nur den ersten völkerrechtswidrigen Angriff auf ein anderes Land seit Hitler zustande gebracht haben, nämlich auf Jugoslawien, sondern auch eine beispiellose Enteignungswelle in Deutschland losgetreten haben. Sie arbeiten mit dem Zentrum für Hochschulentwicklung sehr dezent daran, das auch hier zehn Exzellenz-Universitäten mit allen Mitteln ausgestattet sind und alles forschen dürfen und alles denken dürfen.

Darunter tausende von (Anmerkung: eventuell Versprecher: für?) KLIPS-Universitäten, wo dann das Wasser durch die Aula rieselt, so wie es in den USA gang und gäbe ist. Das Projekt Schule & Co. in Nordrhein-Westfalen: Dort sind 250 Schulen. Die werden als betriebswirtschaftlich autonome Einheit geführt, kapitalistisch-profitorientiert. Sie sind natürlich noch nicht an der Börse, aber es ist in Arbeit. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sogar 200 Lehrer neu eingestellt, nicht um den Lehrermangel zu beheben, sondern um für diesen Vorgang staatlich bezahlte Controller zu haben. Für diesen Privatisierungsgang.

Und Sie wissen, kurz vor Ende der letzten Wahlperiode hat die Bundesregierung noch ein Gesetz durchgebracht, das genau diese Sachen möglich macht. Klingt so alles sehr selbstlos: Das Volk, der Staat, der Bund soll die armen Länder unterstützen und die Kommunen. Aber um den Preis, daß jetzt der Bund ganz anders mitarbeiten und mitreden kann. Mit der Möglichkeit, daß auch Konzerne an Schulen mitarbeiten.

Ich lebe ja mit meiner Frau in Marburg, da haben wir hautnah mitbekommen, was es heißt, Krankenhäuser zu privatisieren - auch von Bertelsmann unterstützt. Das Universitätsklinikum Gießen hatte rote Zahlen geschrieben, das Universitätsklinikum Marburg hatte schwarze Zahlen geschrieben. Damit das zusammen, sage ich mal, attraktiv über den Ladentisch gehen kann, wurden die Beiden zwangsfusioniert, ein Riesenunsinn, dann als Nächstes an die Börse gebracht und über den Ladentisch an Rhönklinikum - einer privaten, profitorientierten (ich glaube sogar, es ist eine Aktiengesellschaft, keine Ahnung) und dann an Fresenius-Medical-Care.

Die Leute haben da fürchterlich zu leiden. Menschen haben demonstriert, haben Institute besetzt. Es hat alles nicht interessiert. Auch Verwaltungsakte werden privatisiert. Es gibt den Unterkonzern Arvato. Der arbeitet in England schon nach dem Modell, in Würzburg soll das durchgesetzt werden. Die Gewinnquelle dafür ist die Automatisierung und die Personaleinsparung. Und das ist so die Basis, wie man dann Geld verdienen will.

Dann werden Sie in Zukunft nicht mehr eine Person antreffen, der Sie den Wunsch um Erhöhung des Wohngeldes vortragen und vielleicht noch jemand in die Augen gucken können, sondern Sie werden das alles online machen. Terror des Qualitätsmanagements kommt auch dazu, ist Vorbereitung der Privatisierung. Es geht nicht darum, eine neue Kaste von Schmarotzern zu alimentieren in erster Linie, sondern es geht darum, alles bereit für die Börse zu machen. Um quantitativ vergleichbar zu machen, was eigentlich qualitativ nicht zu vergleichen ist.

Also die Skalpeldrehung eines Herzchirurgen mit der Schlüsseldrehung eines Hausmeisters irgendwie quantitativ vergleichbar zu machen. Auch wenn das Hokusfokus ist, es ist unerlässlich, um das Ganze in Wert zu setzen. Der Dokumentationszwang der Krankenschwestern, das wissen Sie alle, sie sind ja hauptsächlich damit beschäftigt, jeden Furz, der in der Station passiert ist, aufzuschreiben, anstatt sich jetzt noch um die Patienten zu kümmern. Die Automatisierung ist die Grundlage, daß das Ganze rentabel wird und an die Börse kommt. Automatisierung hatten wir nach der industriellen Revolution.

Jetzt haben wir die Automatisierung von so anspruchsvollen Dingen wie Dienstleistungen. Man weiß natürlich auch, auf den Faktor Mensch kann man darin nicht ganz verzichten, aber bitte schön, er soll nichts kosten. Das ist die Stunde des Ehrenamtes, des zivilgesellschaftlichen Engagements. Das Beste im Menschen, seine Hilfsbereitschaft, seine Liebe, seine Empathie, wird hier mißbraucht, um diese Kalkulation der Privatisierung und des gewinnbringenden Geschäftes zu realisieren.

Natürlich muß auch der Sterbende von irgendeinem Menschen betreut werden und wenn die Krankenschwester Dokumentationen schreiben muß, dann muß es eben ein Ehrenamtlicher machen. 23 Millionen Deutsche sind angeblich ehrenamtlich tätig, da ist natürlich auch der Bursche mit drin, der im Squash-Center Klo putzt, um 2 Stunden kostenlos Squash spielen zu

können. Es gibt in jeder größeren Stadt eine Freiwilligenagentur. Da sitzt meistens ein hauptamtlich Beschäftigter. Das ist irgendein lokaler Grüner, der endlich mal regelmäßig Geld verdient. Bundesweit gibt es eben einen Dachverband der Freiwilligenagenturen, dessen Geschäftsführer war bis vor kurzem Michael Kellner, der jetzt für die Grünen die unsäglichen Jamaika-Verhandlungen managt.

Im Vorstand sitzen nicht nur ganz oben die Vertreter der Sozialverbände, der Kirchen, der Kommunalen-, Länder- und Bundesebenen, sondern natürlich an noch exponierterer Stelle privater Banken und Unternehmensberatungsstellen. Das war jedenfalls, als ich das Buch geschrieben habe, aus dem Internet noch eindeutig zu ersehen. Heute haben die sich auch hinter wohltätigen Stiftungen versteckt. Wahrscheinlich aufgrund dessen, daß ich das mal so ein bißchen skandalisiert habe.

Das Ehrenamt ist eben unverzichtbar. Ich hab das hier mal etwas ausführlicher gesagt, weil ich weiß, daß viele von Ihnen in genau diesen Bereichen arbeiten und daß Sie mal sehen, wo der Grund für Ihre Schlaflosigkeit und Ihr Zähneknirschen und Ihre Magengeschwüre herkommt.

Die Außenpolitik wird auch privatisiert, sie werden es kaum glauben. Es gab dieses Papier von der German Marshall Fund of the United States und der Stiftung Wissenschaft und Politik: "Neue Macht und neue Verantwortung" von 2013, daß auch in der Anstalt schon mal skandalisiert wurde im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz.

Ein Aspekt ist da nicht beachtet worden: In diesem Gremium, was das Papier vorbereitet hat, saßen eben auch Ministerialbeamte aus dem Außenministerium und Politiker aus dem Außenministerium aber auch unser lieber Herr Stefan Liebich von der Linkspartei.

Dort heißt es in diesem Papier programmatisch im Originalton, ich hab jetzt nichts hier satirisch überzogen: "Außenministerien haben schon lange kein Monopol mehr über die Definition und Umsetzung der Außenpolitik. Sie werden sich entwickeln müssen zu Impulsgebern und Netzwerkmanagern, die Meinungs- und Entscheidungsprozesse organisieren."

Meine Damen und Herren, die von uns gewählten Außenpolitiker haben jetzt nicht mehr die Aufgabe unseren Willen durchzusetzen, nicht einmal auf dem Papier, wenn das durchkommt, sondern sie müssen dann Entscheidungsprozesse moderieren. Das ist Governance an Runden Tischen von Konzernen, Banken usw. und Politiker sind auch ein Teil davon. Medienmacht, noch ganz kurzes Schlaglicht: Es gibt ja keinen einzigen Top-Journalisten in ganz Deutschland mehr, der seine Karriere nicht dem Transatlantischen Netzwerk verdankt.

Nur ein paar Namen: Theo Koll, Werner Sonne, Tom Buhrow, Gerd Ruge, auch dieser nette Herr Ulrich Wickert, dieser ganz nette Herr Thomas Roth, Ulrich Wilhelm, Rolf Clement, der mit der knarrenden Stimme beim Deutschlandfunk, Peter Frey, Elmar Theveßen, Michael Kolz, Matthias Naß und bei dem letzteren, der jetzt noch kommt, brauch ich dann mit Sicherheit nichts mehr zu erzählen: Claus Kleber, der wurde ja vorhin schon mal erwähnt. (Applaus) Finden Sie das gut? (lacht)

Ich komme jetzt zum Ende meines Vortrages und zwar noch mal kurz zu Europa. Europa, also diese EU meine ich jetzt (Europa ist etwas Großartiges), also die EU, diese europäische Krake namens Europäische Union ist ja nicht, wie behauptet wird, aus dem Wunsch der Völker entstanden, nach dem 1. Weltkrieg sofort zu einem großen Volk zu verschmelzen. Man hatte erst mal andere Probleme: sein Haus wieder aufzubauen, sich etwas zu essen zu holen etc.

Das wußte auch die US-Regierung, deswegen hat sie über den CIA eine Tarnorganisation aufmachen lassen, das American Committee for United Europe (Amerikanisches Komitee für ein Vereinigtes Europa), die dann Geld an scheinbare Massenorganisationen in Europa kanalisiert haben. Der Zweck war zunächst eine geostrategische Flurbereinigung der noch sehr schwächlichen westeuropäischen Staaten, daß die nicht den USA entgleiten und womöglich den Schmeicheleien der Sowjetunion verfallen.

Die Funktion hat sich mittlerweile geändert, die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Mittlerweile geht es darum, ohne demokratisches Mandat marktradikale Diktate durchzudrücken von oben nach unten. Und die entscheidenden Dinge passieren auch nicht in der EU, sondern auch da sind die Macher hinter den Kulissen, die ich ihnen kurz vorstellen möchte:

Da gibt es zum Beispiel den Business Roundtable in den USA, ein aggressiver Verein von CEOs (Chief Executive Officers) - das sind die Konzernlenker, die über die Tagespolitik hinausdenken und gucken, wie sie ihren Megakonzerne langfristig weltweit plazieren können.

Dieser Verein hat seit seiner Gründung 1972 jede vernünftige Maßnahme im Weißen Haus und im Kongreß zu Fall gebracht. Europäischerseits: Business Europe, der Dachverband europäischer Unternehmerverbände. Da sind BDI (Anmerkung: Bundesverband der Deutschen Industrie) und BDA (Anmerkung: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) deutscherseits dabei. Da sind 1.200 Mitarbeiter ständig beschäftigt, hauptamtlich bezahlt, Vorgaben dieser Verbände zu formulieren, zu lobbyieren und zu gucken, wenn sie dann Gesetzeskraft gewonnen haben.

Dann auch noch mal zu überprüfen, ob das korrigiert werden muß. Kann aber nicht so aggressiv auftreten, weil er sehr unterschiedliche Unternehmer vertritt. Und was beachtlich ist, meine Damen und Herren: TTIP, alle sprechen von TTIP. TTIP ist auf der Ebene der Unternehmerverbände bereits Realität.

Seit 2013 gibt es einen Dachverband nordamerikanischer und europäischer Unternehmerverbände. TTIP hat hier schon stattgefunden, er heißt Transatlantic Business Council. Der Andere ist Transatlantic Policy Network. Es gibt ja nebenbei noch, dümpelt ja noch ein Europaparlament im verschlafenen Straßburg im Elsaß vor sich hin. Das spricht schon mal Bände, daß die nicht auch in Brüssel sind. Die Legislative soll ja die Executive, also das Parlament soll ja die Regierung überprüfen. Wie sollen die das denn von Straßburg aus machen?

Dort im Europaparlament gibt es ebenfalls eine transatlantische Organisation, die ihre Kollegen dafür gewinnen sollen, sich dieser transatlantischen Linie anzuschließen. Da sind deutscherseits dabei: Elmar Brok von der CDU aus Gütersloh. Das liegt nahe, denn er ist einer der heftigsten Lobbyisten von Bertelsmann. Dann natürlich unser lieber Freund Reinhard Bütikofer, dessen krauses, graues Haupthaar man neulich betrachten durfte bei den Jamaika-Verhandlungen. Dann haben wir noch Jo Leinen von der SPD.

Aber der wichtigste Vertreter, nach meiner Meinung und auch nach seiner eigenen Einschätzung, ist der European Round Table of Industrialists. Die haben auch eine Webseite, wo er sagt: Wir haben alle wichtigen Vorhaben der EU geschrieben und die wurden dann Eins zu Eins übernommen. Also da treffen sich jedes Jahr 50 handverlesene CEOs aus Europa, immer vier Mal im Jahr in dem Land, das immer gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Um ein Beispiel zu geben, wie es gelaufen ist oder wie es funktioniert:

Im März 2013 zitierte Frau Merkel den damaligen französischen Staatspräsident François Hollande und Herrn Barroso, den damaligen EU-Präsidenten ins Kanzleramt. Dort saßen bereits rein zufällig fünfzehn Herren vom European Round Table of Industrialists. Die hatten einen Wunschkatalog dabei, den sie dann diesen Herrschaften und Damschaften vorgetragen haben, und da entwickelte sich wie ein Pfingstwunder eine Working Group on Competitiveness von deutscher und französischer Regierung.

Also eine Arbeitsgruppe in Wettbewerbsfähigkeit. Ich dachte eigentlich, daß Länder sich solidarisch gegenseitig helfen. Die Ideologie der Marktradikalen geht aber dahin, daß jedes Land das andere kaputt konkurriert. Das sieht man jetzt auch wie Deutschland die südeuropäischen Staaten, bis ihnen nur noch die Augen zum Weinen bleiben, niederdrückt. Diese Competitiveness und das Regierungspapier, was da entstanden ist, das war damals noch im Internet. Jetzt hat man das entfernt, nach Veröffentlichung meines Buches.

Das (Anmerkung: Regierungspapier) fordert: "Die Europäische Union soll davon absehen,

neue Gesetzesvorschläge einzubringen, die für Investitionen schädlich sind. Die Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben muß zu jeder Zeit strenger Überprüfung unterliegen. Das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen muß dem Wettbewerb durch Initiativen und Vorschlägen aus dem Privatsektor ausgesetzt werden. Es muß ein erstrangiges Ziel werden, öffentliche Ausgaben in Frankreich und Deutschland zu verringern."

Ganz einfach mal so, warum wird nicht begründet. "Öffentliche Ausgaben und öffentliche Regulierungen müssen solche Investitionen bevorzugen, die Wachstum erzeugen." Egal, wachst dich zu Tode. "Erweiterung der öffentlich-privaten Partnerschaften kann die Effizienz im Bereich der Verkehrsplanung beträchtlich erweitern." Und jetzt denken Sie mal daran, was gerade mit den Autobahnen in Deutschland so angedacht wird: die Privatisierung. Und was da gerade gesetzlich durchgezogen wurde. Über TTIP müssen wir jetzt im Moment nicht so deutlich sprechen, weil:

Der German Marshall Fund of the United States ist ja aus der Deckung gegangen und hat in einem öffentlich annoncierten Artikel in der "ZEIT" und anderen transatlantischen Kampfblättern geschrieben: Wir müssen leider alle unsere Vorhaben für 4 Jahre auf Eis legen. Zumindest solange wie der Trump regiert, können wir das jetzt nicht durchziehen. Halte durch, wir machen dann weiter. Wir haben jetzt mal eine kleine Pause, in der wir uns darüber Gedanken machen können, was wir dem jetzt entgegen setzen, diesem transatlantischen Druck.

Zum einen möchte ich daran erinnern, und ich möchte, daß Sie das alle auch mit nach Hause nehmen und überall sagen, wir müssen unser Erbe in Ehren halten. Unsere Altvorderen haben sich abgeschuftet unter widrigsten Bedingungen damit es uns einmal besser geht. Aber nicht dafür, daß wir dieses Vermögen an den Roulette-Tischen der Börsen verjuxen. (Beifall der Zuhörer)

Wir müssen öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Wirtschaft und staatliche Wirtschaft in Ehren halten. Sparkassen zum Beispiel, ja, Sparkassen sind wichtig, um Geld, was in der Region erzeugt worden ist, in der Region zu halten und den Menschen wieder zugute zu kommen zu lassen und nicht das irgendwo verjuxen zu lassen, in irgendeinem Staudamm-Projekt von Brasilien.

Und Landesbanken haben auch eine Funktion. Das ist sozusagen ein Schutzwall gegen die feindliche Übernahme von ganzen Regionen durch Globalkonzerne. Und da wird jeden Tag gefeiert: Ah, jetzt haben wir wieder die Landesbank abgeschossen und die Landesbank wird jetzt privatisiert.

Wehren Sie sich mit allen Kräften dagegen, allein im Namen ihrer Vorfahren, die sich abgeschuftet haben. All diese wunderbaren Sachen: Arbeiterbewegung und Bildungsbürgertum gemeinsam auf den Weg zu bringen. Das war eine wunderbare Leistung.

Das kann man verbinden, wir haben gute Chancen, man kann das verbinden mit weltweiten Bewegungen. Schon jetzt arbeiten achthundertmillionen Menschen auf dieser Erde in Genossenschaften, haben sich aus dem Hamsterrad des Marktradikalismus befreit. Damit müssen wir uns kurzschließen.

Und schließlich noch, tut sich auch was, wo ich dachte, ob ich das noch erleben darf. Ja, ich darf es erleben. Es ist wohl eine Götterdämmerung dieses Systems jetzt in Sicht. Nämlich, China und Rußland reichen uns die Hände und sagen, wir können zusammen ein schönes, wohlhabendes Eurasien aufbauen.

Das Seidenstraßen-Projekt ist sehr wichtig und es wird, muß ich Ihnen sagen, intern schon längst in den Banken und so weiter, abgesprochen. Nicht daß wir schon wieder draußen stehen und aus dem Besitz der US-Amerikaner gleich in den Besitz der Chinesen übergehen, sondern wir müssen uns kreativ einbringen.

Wir müssen sagen, was wir dabei haben möchten bei dem Deal. Dazu müssen wir aufgeklärt sein und wissen, worum es geht. Ich wünsche mir, daß wir alle nicht länger aus der Froschper-

spektive gucken, sondern jeder von uns ist jetzt ein Staatsmann und überlegt, wie kann man weltweit das Ganze voranbringen. Es gibt Zukunft und Hoffnung und in diesem Sinne, vielen Dank meine Damen und Herren. (Beifall) ...

Interview und Vortrag mit Hermann Ploppa vom 17.11.2017 in Bautzen.<<

10.12.2017

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Dezember 2017:

>>Was, wenn die Europäer sich vereinigen?

Die "Vereinigten Staaten von Europa" gelten als illusionäre Idee. Aber Vorsicht: Staatenbünde können viele Formen annehmen. Gut möglich, daß am Ende eine tiefere Integration steht.

Die Sache funktionierte nicht richtig, im Grunde war es eine einzige Qual. "Die dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika" hatten zwar schon 1776 ihre Unabhängigkeit vom britischen Mutterland erklärt, ihre Gemeinschaft also über die Abgrenzung von einem äußeren Gegner definiert. Über handlungsfähige politische Institutionen verfügten sie freilich nicht. Die Zentralgewalt oblag einem zerstrittenen "Kontinentalkongreß", der mangels Anwesenheit oft gar nicht beschlußfähig war. Das frisch eingeführte neue Papiergeld, ein "Kontinental-Dollar", geriet bald in die Krise.

Weil es so nicht mehr weiterging, trat 1787 in Philadelphia eine Versammlung zusammen, um über ein paar nötige Reparaturarbeiten für amerikanische Union und Dollarraum zu beraten. Vier Monate lang saßen die Entsandten der Einzelstaaten beisammen, heftige publizistische Fehden wurden geführt. Am Ende stand eine neue Verfassung, die den Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte. Gesetze sollten nur in Kraft treten, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung und der Mitgliedstaaten sie befürworteten, dafür sorgte ein Zweikammerparlament. Sogar ein richtiges Staatsoberhaupt sollte es nun geben, "Präsident" genannt, über ein Gremium von Wahlleuten alle vier Jahre indirekt gewählt.

Schulz' Pläne gelten als illusionär

So etwas mag Martin Schulz vorgeschwebt haben, als er den Sozialdemokraten vergangene Woche die "Vereinigten Staaten von Europa" versprach - ein Schlagwort, das er dem SPD-Programm von 1925 entnahm, auch wenn es seit Adenauer und Churchill eher ein konservatives Projekt wurde. Irgendwie mußte er das Thema noch zuspitzen, mag sich der SPD-Vorsitzende gedacht haben. Daß Europa die Brücke sein würde, über die Deutschlands Sozialdemokraten den selbstgebuddelten Graben zur neuerlichen Regierungsbeteiligung überschreiten würden, war ja seit längerem klar. Aber was wäre das "Projekt"? Den Laden zusammenhalten? Auf den französischen Präsidenten zugehen? Das reichte nicht.

Was Schulz dann aussprach, gilt in Berlin und vielen anderen Hauptstädten allerdings als einigermaßen illusionär: Die große Rhetorik wecke nur neue Widerstände bei Europaskeptikern, bei den Befürwortern werde sie am Ende nur enttäuschte Hoffnungen hinterlassen. Und eine neue Verfassung samt der nötigen Volksabstimmungen gelten ohnehin als zu riskant, spätestens seit dem Brexit - auch wenn es viele durchaus charmant fänden, ökonomische Trittbrettfahrer wie die Regierungen in Warschau oder Budapest endlich zu einem klaren Bekenntnis zu zwingen. Von ihrer Austrittsrhetorik sind viele rechtspopulistische Bewegungen auf dem Kontinent ja schon abgerückt, mangels Rückhalt in der Bevölkerung.

Mehr zum Thema

Dabei sagt der Begriff der "Vereinigten Staaten", wie nicht nur das amerikanische Beispiel zeigt, über die künftige Struktur Europas noch relativ wenig aus. Jedes Mal, wenn sich verschiedene Staaten in der Geschichte zu einer größeren Einheit zusammenschlossen, war das Arrangement ein anderes. Das Deutsche Kaiserreich, ein Fürstenbund, führte einen ganzen Weltkrieg zwar mit gemeinsamem Oberbefehl, aber ohne eigenes Heer. Auf dem Schweizer Großflughafen Zürich ist die Kantonspolizei für die Sicherung der Außengrenze zuständig. Amerika überläßt den Einzelstaaten die Arbeitslosenversicherung, gewährt ihnen aber Hilfs-

kredite bei besonderen wirtschaftlichen Krisen.

Um solche Fragen wird es 2018 auch in Europa gehen: Wie organisiert der Kontinent seine gemeinsame Verteidigung, sichere Außengrenzen (samt Asylregeln und Flüchtlingsverteilung), die Stabilisierung der Währung gegen künftige Krisen? Machen alle mit, wie es Juncker will, oder nur einige, was Macron verfißt? Die Einigkeit über die Ziele ist groß, für die Mittel gilt das schon weniger. Was am Ende dabei herauskommt, mag - wie einst in Philadelphia - durchaus ein Schritt in Richtung auf die "Vereinigten Staaten von Europa" sein. Auch wenn die Mehrzahl der Politiker das Wort vermeiden wird.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 10. Dezember 2017 über die angeblichen deutschen Kriegsverbrechen während des Ersten Weltkrieges: >>Ein Verzicht auf diplomatische Zugeständnisse

Oliver Busch

Diese "grundsolide, detaillierte und farbenreiche Studie über eines der schlimmsten Reizthemen des Ersten Weltkrieges", so bekennt Gerd Krumeich im Vorwort zu Ulrich Kellers Untersuchung über den belgischen Guerillakrieg im August 1914, habe ihn von der ersten bis zur letzten Zeile in den Bann geschlagen.

Ein Lob, das schwer wiegt. Weil es der Düsseldorfer Emeritus, ein Matador in der Arena der WK-I-Forschung, mit einer in seinem Metier unüblichen Selbstkritik verknüpft. Und mit dem noch selteneren Eingeständnis, als Wissenschaftler durch den Zeitgeist korrumpiert worden zu sein. Als nämlich 2001 John Horne und Alan Kramer ihr Werk über die "Deutschen Kriegsgreuel 1914" veröffentlichten, das auch in deutscher, 2004 im Hausverlag von Jan Philipp Reemtsmas Institut für Sozialforschung erschienenen Übersetzung überwiegend "enthusiastische Rezensionen" erntete, habe er die Lektüre als "intellektuelle Befreiung" empfunden.

Weil es ihm die Last des generationstypischen deutschen Schuldgefühls erleichterte. Nicht, indem die Autoren das Vorgehen des kaiserlichen Heeres gegen Belgiens Zivilbevölkerung, das binnen vier Wochen 5.000 Menschenleben forderte, auch nur ansatzweise gerechtfertigt hätten. Vielmehr setzten sie im Gegenteil alles daran, um die "spezifisch deutsche Einzigartigkeit" brutalster militärischer Gewalt zu exponieren, die womöglich im Erbgut der Deutschen ihren wahren Ursprung habe. Trotzdem beruhigten sie Krumeichs schlechtes Gewissen, weil in ihrer Darstellung "so richtig böse niemand mehr war".

Belgischer Widerstand trug Züge eines "Volkskrieges"

So kann man irren. Denn tatsächlich repetierten Horne und Kramer nur neunzig Jahre alte belgische Propagandalügen über brutale deutsche Invasoren, die an der unschuldig-wehrlosen Bevölkerung eines neutralen Kleinstaates unvergleichliche Kriegsverbrechen verübten. Aber im Unterschied zu seinen so schuldstolzen wie leichtgläubigen Kollegen beschlichen den selbstkritischen Krumeich Zweifel, ob die zentrale Botschaft der Iren, belgische Heckenschützen habe es gar nicht gegeben, sie seien von den Deutschen erfunden worden, um Massenerschießungen von Zivilisten zu legitimieren, "ganz stimmen konnte".

Und an diesem Punkt verrät der Emeritus noch etwas Aufschlußreiches über das hierzulande politisch korrekt eingezäunte Milieu der Zeitgeschichtsforschung. Habe er doch beschlossen, den gegen die Stimmigkeit "revoltierenden Details" des Buches "irgendwann einmal nachzugehen". Irgendwann kam dann nie, auch weil "diese Fragestellung äußerst unbequem war und drohte, einen in der internationalen scientific community zu isolieren". Selbst ein so renommierter Historiker wie Gerd Krumeich fürchtet also soziale Isolation, falls er erinnerungspolitisch unerwünschte Themen anzupacken wagt.

Ulrich Keller plagen solche Ängste nicht. Als ein in den USA tätiger Kunsthistoriker ist er in doppeltem Sinne bundesrepublikanischen Zunftzwängen nicht unterworfen und durfte, wie Krumeich neidisch bemerkt, unbeirrbar "auf dem Wege der Revision" voranschreiten. Es sagt viel über unsere geschichtswissenschaftliche Kultur, wenn die Konsensstörung häufig von

außen kommen muß.

Quellenklitterungen und Manipulationen

Wobei im Fall der Belgienlegenden Keller einem anderen Außenseiter, dem pensionierten Studiendirektor Gunter Spraul, den Vortritt lassen mußte. Dessen voluminöse Monographie über den "Franktireurkrieg 1914" erschien 2016 (JF 12/16) und ließ vom Ruf der zum "Standardwerk" hochgelobten "German Atrocities" der irischen Mythennacherzähler nichts übrig. Trotzdem hat Keller, dessen Manuskript der "rückhaltlos kollegiale" Spraul mit "großer militärhistorischer Detailkompetenz durchsah", den Nordpol nicht zum zweiten Mal entdeckt.

Nur im Endresultat stimmen die sonst inhaltlich und methodisch stark divergierenden Studien "komplett" überein: "Der 60 Jahre alte Forschungskonsens von der Fiktivität des belgischen Franktireurkriegs ist unhaltbar, da auf systematischer Ächtung des Großteils der verfügbaren Quellen beruhend."

Anders als Spraul, der sich auf die Auswertung einiger hundert Regimentsgeschichten aus der Zwischenkriegszeit konzentrierte, stützt sich Keller vornehmlich auf eine schon "quantitativ einzigartige" Aktenüberlieferung im Bundesarchiv. Sie bewahrt die 1920 vom Reichsgericht protokollierten Zeugenaussagen deutscher Soldaten und Offiziere, die im Kampf mit belgischen Heckenschützen gestanden hatten.

Ein Fundus, den die vor Quellenklitterungen und Manipulationen jeden Kalibers nicht zurückschreckenden Herren Kramer und Horne zu "98 Prozent" ignorierten! Der Widerstand der belgischen Zivilgesellschaft trug alle Züge eines "Volkskrieges", der Junge und Alte, Männer und Frauen mobilisierte. Er hielt den deutschen Vormarsch nach Nordfrankreich nicht auf, war aber so massiv, daß er ihn verzögerte. Wie es dabei zugeht, dokumentieren unzählige Protokolle über Gefechte in Löwen, Lüttich, Dinant und Andenne, jenen stark zerstörten Städten, die in der Entente-Propaganda die "Vergewaltigung Belgiens" durch "die Hunnen" symbolisierten.

Belgischen Kriegsverbrechen folgten deutsche Exzesse

In jedem von Keller streng anhand der Akten rekonstruierten Fall ging die völkerrechtswidrige Gewalt jedoch von Zivilisten oder von Zivilkleidung tragenden belgischen Soldaten aus. Sie steigerte sich nicht selten bis zur Mißachtung des Roten Kreuzes und bis zu Bestialitäten wie der Verstümmelung getöteter deutscher Soldaten. Etwa in den Gärten der Lütticher Arbeitersiedlung Herstal, wo Frauen ("eine Schar höllischer Furien") "Menschenjagd" auf preußische Grenadiere machten. Die Feuerüberfälle der Einwohnerschaft, aus Fenstern und Dachluken, aus Häusern, unter denen viele zu "Festungen" ausgebaut waren, forderten deswegen deutscherseits einen "erstaunlich hohen Blutzoll".

Schon bei der ersten Stadterkundung eines Bataillons in Dinant fielen zwei Kompaniechefs und sechzehn Mann durch das heftige Feuer gut verschanzter Freischärler, die überdies 116 Soldaten, darunter alle Offiziere, teils schwer verwundeten. Nicht nur alle, primär wallonische Volksschichten beteiligten sich. Auch die frankophone katholische Priesterschaft ließ es bei der Aufputschung der Bevölkerung nicht an fanatischer Militanz fehlen.

Désiré Mercier, Erzbischof von Mecheln, entpuppt sich in Kellers Schilderung geradezu als katholischer Haßprediger. Übrigens keine für das Oberhaupt der belgischen Kirchenhierarchie ungewohnte Rolle, wie sich aus Kellers Hinweis ergibt, er habe das von 1885 bis 1910 währende "grauenhafte Wüten" von König Leopold II. im Kongo, ein "Menschheitsverbrechen mit zehn Millionen Toten" (Adam Hochschild), "wärmstens unterstützt".

Nicht von ungefähr tauchten daher die Handamputationen, mit denen die belgische Kolonialjustiz kongolesische Diebe am Fließband zu bestrafen pflegte, als "abgehackte Hände belgischer Kinder", vermeintliche Untaten des deutschen Heeres, in der alliierten Propaganda wieder auf.

"Ins Reich historischer Tatsachen"

Der kühle Analytiker Keller betont oft, er wolle keine "Aufrechnung" betreiben, wenn er den belgischen Guerillakrieg endlich "ins Reich historischer Tatsachen repatriert". Vor diesem Verdacht bewahren ihn seine peniblen Nachweise deutscher Notwehrexzesse. Am Ende entsteht daher nicht abermals ein moralinhaltiges Schwarz-Weiß-Bild, auf dem diesmal allein Belgier die Täter, Deutsche die Opfer sind, sondern eine der Kriegswirklichkeit entsprechende Geschichte des Handelns und Leidens aller Beteiligten.

Seine quellenkritische Legendenzerstörung ergänzend, setzt sich Keller eingehend mit den in Krumeichs Vorwort angedeuteten volkspädagogischen Restriktionen auseinander, die nach 1945 das Umfeld für die gedankenlose Perpetuierung belgischer Geschichtsklitterungen schufen. Schon im Juli 1930 hätte damit eigentlich Schluß sein können. Damals verhandelte eine deutsch-belgische Delegation über die Franktireur-Kontroverse und einigte sich auf eine Kompromißformel, wonach die belgische Seite nicht länger die Verbrechen der Freischärler verschweigen, die Deutschen zugeben wollten, bei der Sanktion an manchen Orten "über das Ziel hinausgeschossen zu sein".

Doch öffentlich gemacht wurde der Kompromiß nicht, so daß nach 1945 "Neuverhandlungen" anstanden. Es galt, die leidige Franktireur-Frage auf den Stand vor 1930 zurückzusetzen, um Bedenken zu zerstreuen gegen die EWG- und Nato-Integration der mit der NS-Vergangenheit belasteten Bundesrepublik. Deswegen geschichtspolitisch wehrlos, zeigte sich die Bonner Diplomatie unfähig zu Einsprüchen gegen die Kriminalisierung der kaiserlichen Armee, der, wie man auch im Auswärtigen Amt wußte, eben keine "Einsatzgruppen" gefolgt waren.

"Ärgerliches, rechtskonservatives Machwerk"

So entstand 1958 die Auftragsarbeit des Münsteraner Historikers Peter Schöller. Sie vertrat den auf einem Festakt in Löwen abgesegneten, nunmehr offiziellen bundesdeutschen Standpunkt, belgische Heckenschützen habe es nie gegeben. "In der politisch korrekten Geschichtsschreibung kamen Franktireurs hinfert nicht mehr vor." Wie stark solche "eingebettete" Forschungsfreiheit noch die Stunde regiert, belegt die in ihrer dümmlichen Arroganz für den neu-deutschen Status-quo-Byzantinismus typische Abfertigung, die der Potsdamer Militärgeschichtler Michael Epkenhans der Belgien-Monographie Gunter Sprauls in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (7. November 2016) angegedeiht ließ.

Gönnerhaft heißt es dort, Spraul habe "manche neue Quelle erschlossen", die belege, daß Franktireurs "keine reine 'Einbildung'" gewesen seien. Weil jedoch die Basis seiner Arbeit, die Regimentsgeschichten, von Epkenhans, der wie Horne und Kramer durch ignorante "Quellenächtung" unangenehm auffällt, pauschal als "problematisch" bewertet werden und "das Reichsarchiv" in Sachen Franktireurs ebenso wie die Reichsleitung in ihren Weißbüchern ohnehin "fälschte", habe Spraul nur ein "ärgerliches, rechtskonservatives Machwerk" vorgelegt, das offensichtlich die von Horne und Kramer natürlich nur "vermeintlich" beschmutzte nationale Ehre wiederherstellen wolle.

Immerhin schließt der von Ahnungslosigkeit geprägte Verriß mit dem leichte Irritation verrätenden Zugeständnis, nunmehr wolle man "ohne nationale Scheuklappen" alle verfügbaren Akten sine ira et studio lesen. Dazu hat der 1955 geborene Epkenhans in den letzten Jahrzehnten nämlich partout keine Zeit gefunden. Hätte man ja gleich drauf tippen sollen: Zeitmangel und nicht etwa die von Krumeich erwähnte Angst vor sozialer Isolation hinderte die geschmeidige Generation Epkenhans, den Schleier des diplomatischen Agreements von 1958 zu lüften. Mal schauen, ob sich Ulrich Kellers Meisterwerk genauso rotzfrech abbügeln läßt!<<

13.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2017:

>>Meinungszensur in Deutschland

Das Stasi-Gesetz des Heiko Maas

Seit einiger Zeit ist das sogenannte Anti-Haß-Gesetz aus dem Hause des Noch-Justiz-Ministers Heiko Maas (SPD) in Kraft. Das Fazit bisher: Gleichviel Haß, mehr Zensur, weniger Meinungsfreiheit.

Der scheidende Bundesjustizminister Heiko Maas wollte mit seinem Gesetz das "verbale Faustrecht" im Internet beenden und die Meinungsfreiheit schützen. Dafür wurden die Plattformbetreiber für die Inhalte ihrer Nutzer in Haftung genommen. Bis zu 50 Millionen Euro sollen die Unternehmen zahlen, wenn Inhalte nicht "sauber" genug sind.

Das Ergebnis: Facebook und Twitter löschen und sperren, was der Bundesregierung nicht gefallen könnte.

Jetzt hat es den deutsch-ägyptischen Islamkritiker Hamed Abdel-Samad getroffen. Er hatte auf Twitter über einen algerischen Asylbewerber geschrieben, der laut dem Politikwissenschaftler in Algerien wegen Gewalt gegen religiöse Minderheiten verurteilt wurde. Das Ergebnis war die Sperrung von Abdel-Samads Twitter-Konto. Wie genau das US-Unternehmen auswählt, wer blockiert oder gelöscht wird, ist nicht herauszubekommen. Fest steht jedenfalls, daß man sich dort nicht mit der deutschen Regierung anlegen möchte.

Das Ergebnis nennt Abdel-Samad "schleichende Diktatur".

Dank dem neuen Gesetz, entscheiden nicht mehr Gerichte, welche Aussagen in Deutschland erlaubt sind. Es sind US-Firmen wie Facebook und Twitter, die in vorseilendem Gehorsam die Meinungsfreiheit unterdrücken. Sie wollen sich keinem Risiko aussetzen.

Die Merkel-Regierung behält dabei saubere Hände: Sie verbietet keinem direkt den Mund, Kritiker müssen für ihre Meinung nicht ins Gefängnis. Es wird nur dafür gesorgt, daß sie sich nicht mehr öffentlich äußern können. Was die Systemmedien nicht berichten, soll auch keinen Platz im Internet haben.

Eine solche Form der Zensur kennt man normalerweise aus autoritären Staaten wie China. Auch dort beugen sich die Internet-Riesen den Wünschen der Regierung. Gezeigt wird nur, was dem Regime genehm ist.

Daß das Twitter-Konto von Abdel-Samad nach dem Einschalten eines Anwalts wieder freigeschaltet wurde, ist der einzige Lichtblick. Mit Maas' Anti-Haß-Gesetz wird nicht Haß in Deutschland verhindert, sondern Meinungsfreiheit und Demokratie.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2017: >>Werden wir ein Volk von Analphabeten?

An vielen deutschen Schulen kommt bereits jeder zweite Viertklässler aus einer Migranten-Familie. In manchen Stadtteilen sind es sogar 90 Prozent und mehr.

Jetzt übertrifft eine neue repräsentative Studie die schlimmsten Befürchtungen: Jeder fünfte Grundschüler kann nicht oder nicht richtig lesen. Deutschland ist auf dem Weg, ein Volk von Analphabeten zu werden!

Die "Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung" (IGLU) vergleicht alle fünf Jahre in 47 Ländern das Leseverständnis von Schülern der 4. Klasse. Dafür werden aus allen 16 deutschen Bundesländern 4.277 Viertklässler aus 208 Grund- und Förderschulen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Praktisch sieht das so aus: Die Kinder bekommen ein Heft mit einem informativen und einem literarischen Text. Anschließend sollen sie Fragen zu den Texten beantworten. Die Gesamtdauer des Tests beträgt (inkl. Pausen) rund 200 Minuten. Zusätzlich erhalten etwa 3.000 Eltern, 200 Deutschlehrer und 190 Schulleiter einen Fragebogen zur familiären und schulischen Situation.

In den Jahren 2001, 2006 und 2011 schnitten deutsche Grundschüler noch vergleichsweise gut im oberen Drittel der Bestenliste ab. 2001 hatte es Deutschland sogar auf Platz 5 geschafft.

Heute sieht das Ergebnis ernüchternd aus:

Deutschland stürzt auf Platz 26 und landet somit nur noch im hinteren Mittelfeld.

An der Spitze liegen Rußland, Singapur und Hongkong. Schlußlichter sind Iran, Oman und Marokko.

Ähnlich negativ wie in Deutschland hat sich die Leistung der Schüler seither nur in Frankreich und in den Niederlanden entwickelt. Beide Länder sind gleichfalls von einer hohen unkontrollierten Masseneinwanderung betroffen. Noch Fragen?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2017: >>**Die Sexismus-Heuchelei**

Lisa Lehmann

Was 2013 die "Aufschrei-Kampagne" war, ist heute, vier Jahre später, die künstliche "MeToo-Aufregung". Da es auf dieser Welt wohl keine schlimmeren Probleme gibt, werden dabei sogar unangemessene, aber eher harmlose Annäherungsversuche einiger Männer zu "Sexismus" aufgeblasen, anstatt diese ganz locker als lächerlich abzutun.

"MeToo" diente ursprünglich dazu, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz anzuprangern, doch immer mehr Frauen sprangen auf den "Ich-bin-ein-Opfer-von-Sexismus-Zug" auf und verwässern dadurch die Grenze zwischen tatsächlichem Sexismus und schlechter Anmache zum Schaden des ursprünglichen Anliegens.

Kampfbegriffe wie "Sexismus" werden mittlerweile inflationär verwendet und überstrapaziert. Eine Differenzierung findet dabei nicht statt. Mich als Frau regt das auf, denn echte Opfer werden dadurch unglaubwürdig und lächerlich gemacht. Auch die Rollenverteilung scheint dabei von vornherein klar zu sein - Frauen sind hierbei immer die Opfer, Männer die Täter. Als Frau will ich aber nicht in diese Opferrolle gedrängt werden! Ich bin emanzipiert genug, um zwischen echtem Sexismus und schlechter Anmache zu unterscheiden und mich dieser zu erwehren.

Überzogene Kampagnen wie "MeToo" oder "Aufschrei" sorgen letztlich dafür, daß es Männern schon als riskant erscheint, einer Frau die Tür aufzuhalten, ohne dabei in Sexismusverdacht zu geraten.

Vielmehr frage ich mich, wo denn der öffentliche Aufschrei war, als es in der Silvesternacht 2015/16 in Köln und anderen deutschen Großstädten zu unzähligen echten sexuellen Übergriffen auf Hunderte von Frauen durch Gruppen junger ausländischer Männer kam? Und wo bleibt der Aufschrei hinsichtlich der täglichen als "Einzelfälle" deklarierten Sexualstraftaten durch sogenannte Flüchtlinge? Wo war die Courage für die vielen deutschen Frauen, die für Männer mit arabischen Wurzeln offenbar als Freiwild gelten? Da gab es nur den beschämenden Aufruf "eine Armlänge Abstand zu halten".

Mit diesem Rezept dürfte auch schlagartig die "MeToo-Kampagne" jegliche Brisanz verlieren, denn das Problem wäre ja dann auch hier gelöst.

Stellt sich dann nicht die Frage, daß diese aufgebauchten und inszenierten Aktionen einfach nur der Ablenkung von den eigentlichen Problemen, die immer mehr Frauen in Deutschland und Europa im Zuge der Islamisierung ernsthaft bedrohen, dienen?

Lisa Lehmann (21) ist stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen-Anhalt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Dezember 2017: >>**Der Anschlag ist eine Folge politischer Untätigkeit!**

Ein schneidender Ostwind pfeift an diesem Montag, 19. Dezember 2016, durch die Budengassen auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz neben der Berliner Gedächtniskirche. Die Menschen schlürfen heißen Glühwein gegen die Kälte. Es duftet nach Aromakerzen, Bratwurst, Lebkuchen.

Auf die Minute genau um 20.02 Uhr erreicht der Terror des "Islamischen Staates" an diesem Montagabend Deutschland. Es ist die Minute, die das Leben in Deutschland von Grund auf verändern sollte, die aus fröhlichen Weihnachtsmärkten beklemmende Begegnungsstätten der Angst hinter Betonpollern und Zäunen wie in einem Hochsicherheitstrakt gemacht hat.

Anis Amri, ein mehrfach vorbestrafter, 24 Jahre alter tunesischer Gewalttäter, rast mit einem gestohlenen polnischen Sattelschlepper der Marke Scania in die Menschenmenge. 12 Menschen - 6 Männer und 6 Frauen - sterben. Mehr als 70 Personen werden zum Teil schwer verletzt. Einen Tag vor Weihnachten erschießt die italienische Polizei Amri auf der Flucht in einem Mailänder Vorort.

Die 12 Toten, die Deutschland in dieser Weihnachtswoche zu beklagen hatte - es waren und sind die Toten der Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU)!

Denn: Ohne den Dauerzustand der illegalen Grenzöffnung wäre der Massenmörder im Sommer 2015 kaum nach Deutschland gelangt.

Als Amri im Juli 2015 in Deutschland ankommt, hat er eine vierjährige Haftstrafe in Italien verbüßt. Er gibt sich als "politisch verfolgter" Ägypter aus. Amri hält sich unter 13 verschiedenen Identitäten (!) in Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und ab Februar 2016 vor allem wieder in Berlin auf. Er dealt mit Drogen.

Wegen seiner Kontakte zur Terror-Miliz "Islamischer Staat" gerät der Tunesier ins Visier der Sicherheitsbehörden: Das Terrorabwehrzentrum stuft ihn als Top-Gefährder ein. Dennoch bricht der Berliner Staatsschutz eine Überwachung des Terrorverdächtigen vorschnell ab. Ein verhängnisvoller Fehler!

Es war nicht der einzige schwere Fehler in dieser Verkettung eines unglaublichen Staatsversagens!

Weil er keine gültigen Ausweispapiere hat, wird Amri nicht abgeschoben. Am 21. Dezember 2016 schließlich übermitteln die tunesischen Behörden die Papiere. Für die 12 Toten des Berliner Weihnachtsmarktes kommen sie zwei Tage zu spät.

Merkel trifft Opfer und Angehörige

Ein Jahr nach dem Anschlag will sich die Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 18. Dezember auf öffentlichen Druck erstmals mit den Angehörigen der Opfer treffen und sich ihrer Kritik stellen. In einem erschütternden offenen Brief werfen die Hinterbliebenen der Bundesregierung politisches Versagen vor und weisen Merkel eine persönliche Mitschuld am Tod ihrer 12 Angehörigen zu.

Der Schlüsselsatz ihrer Anklage lautet: "Frau Bundeskanzlerin, der Anschlag am Breitscheidplatz ist auch eine tragische Folge der politischen Untätigkeit Ihrer Bundesregierung ..."

Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, kritisiert: "Ein Treffen - ausgerechnet einen Tag vor dem Jahrestag des Anschlages - setzt die Angehörigen einer extremen psychischen Belastung aus und ist angesichts des opportunen Verhaltens der Kanzlerin an Peinlichkeit nicht zu überbieten."

Bis heute werden die 132 Überlebenden und die 12 Opfer-Familien auf eine entwürdigende Weise zu Bittstellern degradiert. Zwar sieht ein Härtefallfonds für Entschädigungen eine Summe von rund drei Mio. Euro vor. Aber bislang sind erst 1,6 Mio. Euro geflossen. Das sind im Schnitt lächerliche 12.000 Euro.

Sascha Hüsches, der mit einer schweren Hirnblutung das Inferno überlebte, mußte nach dem Anschlag in ein künstliches Koma versetzt werden. Er verbrachte das Jahr in Krankenhäusern und Rehakliniken. Seit dem 19. Dezember 2016 hat er kein Wort mehr gesprochen. Manchmal blinzelt der 45-Jährige mit den Augen, bewegt die linke Hand. Der Rest des Körpers ist gelähmt.

Was würde Sascha Hüsches Frau Merkel sagen, wenn er bei dem Treffen am 18. Dezember dabei sein und sprechen könnte?<<<

14.12.2017

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Dezember 2017 (x892/...): >>**Der totalitäre Dämon der Demokratie**

Osteuropäer, die lange Zeit unter einer kommunistischen Diktatur gelebt haben, sind oftmals empfindsamer und nachdenklicher, wenn es um eine politische Analyse der modernen liberal-demokratischen Gesellschaft geht, die sie seit den 1990er Jahren kennenlernten.

Eine der besten Analysen dieser Gesellschaftsordnung, die inzwischen die gesamte westliche Welt erobert hat, findet sich in dem soeben in deutscher Übersetzung erschienenen Buch des polnischen Philosophen Ryszard Legutko: *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften.* (Karolinger Verlag). Die Analyse des Katholiken Legutko ist in nahezu allen Punkten deckungsgleich mit den Studien des Civitas Instituts und sei hiermit unseren Freunden und Lesern dringend zur Lektüre empfohlen.

Kommunismus und liberale Demokratie haben die gleichen Wurzeln

Ausgangspunkt der Analyse der liberalen Demokratie ist die These des Autors, die er bereits in den 1980er Jahren bei Besuchen in Westeuropa entwickelt hat, daß der Kommunismus und die liberale Demokratie die gleichen Wurzeln haben. Das bedeutet natürlich nicht, daß beide dasselbe sind. Beide Systeme sind allerdings hinsichtlich des Totalitarismus, der in ihnen liegt, nicht wesentlich, sondern nur graduell verschieden. Selbstverständlich gibt es in den liberalen Demokratien keine Verhaftungen, Gefängnisstrafen oder Folter wegen abweichender Meinungen, wie im Kommunismus.

Auch andere abartige Erscheinungsformen des Kommunismus sind dem Liberalismus fremd, doch der Liberalismus ist gerade deswegen viel erfolgreicher in der Durchsetzung seiner Ideologie. Menschen die nicht mitmachen werden sozial isoliert, für extrem rückständig erklärt, als Rechtsradikale verunglimpft und auf vielfache andere Weise aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, das dadurch immer einförmiger und gleichgeschalteter wird.

Immer weniger Menschen wagen es so, grundsätzlich die liberale Demokratie in Frage zu stellen und passen sich an. Dies gilt besonders auch für kirchliche Gemeinschaften. Die europäischen katholischen Kirchen haben inzwischen mehr oder weniger vollständig sich der Ideologie der liberalen Demokratie unterworfen und gehören oft zu den entschlossensten Verteidigern derselben, was besonders in der gebetsmühlenartigen Wiederholung der "Menschenrechte" zum Ausdruck kommt, die eine der wichtigsten ideologischen Bestandteile der liberalen Demokratie ist.

Die Ideologie der Gleichheit

Das gemeinsame Fundament von liberaler Demokratie und Kommunismus ist nach Legutkos Analyse die *Ideologie der Gleichheit*. Diese Ideologie ergreift immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens und dringt bis in die Schlafzimmer der Eheleute ein. Es geht dabei schon lange nicht mehr um eine Gleichheit vor dem Gesetz, sondern um eine Gleichheit in allen Bereichen, um eine totale Gleichschaltung des gesamten Lebens.

Von hier aus sind die Ideologien des Feminismus, des Genderismus, der "Ehe für alle", der Menschenrechte und vieles mehr zu erklären, aber ebenso der Haß gegen jede Hierarchie und Ordnung in der Gesellschaft, der Haß gegen die Familie und alle natürlichen Gemeinschaften wie Volk und Nation, die stets in sich hierarchisch gegliedert sind und deshalb nach Auffassung der Kommunisten und der liberalen Demokraten vernichtet werden müssen.

Das Buch gliedert sich in fünf Kapiteln, einem Vorwort und einen sehr pessimistischen Schlußwort. Die in sich mit verschiedenen nummerierten Unterkapiteln versehenen Kapitel lauten: 1. Geschichte, 2. Utopia, 3. Politik, 4. Ideologie und 5. Religion. Das Buch ist bereits 2012 in Polen erschienen, daher sind neuere Entwicklungen seit dieser Zeit nicht berücksichtigt, doch die Analyse bestätigt voll und ganz, was in den seither vergangenen fünf Jahren geschehen ist.

Grundidee von der Geschichte: ständiger Fortschritt

Im Kapitel "Geschichte" zeigt der Autor, daß die Grundidee von Geschichte als ständiger Fortschritt hin zu einer immer besseren Welt, die aber durch menschliche Aktivität durchgesetzt werden muß, beim Kommunismus und Liberalismus identisch ist. Solch eine Vorstellung der Geschichte beinhaltet bereits den Totalitarismus, weil alle Kräfte, die diesen Fortschritt behindern, beseitigt werden müssen um das endgültige Glück zu erreichen. "So ist die liberale Demokratie - wie der Kommunismus - zu einem System geworden, das alle Lebensbereiche durchdringt". "In gewisser Weise ist die liberale Demokratie eine viel heimtückischere ideologische Mystifikation als der Kommunismus."

"Menschenrechte"

Ausführlich kommt der Autor auch auf die Ideologie der Menschenrechte zu sprechen, die von liberalen Demokraten ununterbrochen herausgestellt wird. Allein dies sollte Grund genug sein, daß Christen sich von diesem Begriff fernhalten. Es beginnt mit der Veränderung des Begriffs der menschlichen Würde, die jedem bedingungslos zukommt, was eine wesentliche Veränderung dieses Begriffs im Vergleich zur Antike und zum Mittelalter darstellt.

Der klassische Würdebegriff ist mit einer Verpflichtung verbunden, er hängt mit einem tugendhaften Leben zusammen. Von dem "angenommen wurde, er besitze Würde", von dem "wurde erwartet, daß er sich seiner höheren Stellung entsprechend benahm". Würde mußte erworben werden durch ein vorbildliches und tugendhaftes Leben und konnte auch wieder verloren gehen, wenn er würdelos handelt.

"Die Idee, daß menschliche Wesen unveräußerliche Rechten haben sollen, ist nicht einleuchtend und extrem schwer zu begründen. Sie hätte einen gewissen philosophischen Sinn, wenn sie von einer starken Theorie der menschlichen Natur abgeleitet worden wäre, wie sie in der klassischen Metaphysik zu finden ist." Genau dies ist die Position des Civitas Instituts, die wir bereits seit über 10 Jahren zu vermitteln suchen:

Nur das Naturrecht bietet ein Fundament für wirkliche Rechte des Menschen und für eine menschliche Würde. Doch genau dagegen wendet sich die Menschenrechtsideologie und die dazu gehörende "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948, wie der Autor des Buches zeigt. "Die Würde, so wie sie in der "Deklaration der Menschenrechte" interpretiert wird, hat nichts mehr mit Verpflichtungen zu tun, sondern mit Ansprüchen und Berechtigungen."

Immer wieder weist Legutko auf den "anthropologischen Minimalismus" hin, der sowohl Kommunismus als auch Liberalismus kennzeichnet. Die Theorie ist geradezu primitiv, sie basiert, wie gesagt, auf die Idee der totalen Gleichheit und der Unvermeidlichkeit des Fortschritts in der Geschichte.

Kommunismus und Liberalismus sind Ideologien

Im zweiten Kapitel mit den Titel "Utopia" zeigt der Autor, daß sowohl der Kommunismus als auch die liberale Demokratie Utopien sind und das dieser utopische Charakter ein weiterer Schlüssel zum Verständnis des Totalitarismus der Demokratie ist. "Der liberale Demokrat meint: Sollte die liberale Demokratie abgelehnt werden, wird die Gesellschaft einem autoritären Regierungssystem, dem Faschismus und der Theokratie (religiöse Herrschaftsform) zum Opfer fallen."

Dies erklärt die Terminologie der "Alternativlosigkeit" in liberalen Demokratien, der von den meisten Menschen geteilt wird und den weltweiten "Kampf gegen Rechts" in allen liberaldemokratischen Staaten. Diese sind Bestandteile der Ideologie des Liberalismus und haben nichts mit der Realität zu tun. Allein die Suche nach einer Alternative zur liberalen Demokratie gilt bereits als gefährlich und als "verantwortungsloses Unterfangen".

Oft wird zur Stützung der Alternativlosigkeit der liberalen Demokratie ein Zitat von Churchill angeführt, das, wie der Autor zeigt, stets verfälscht und nicht im Kontext wiederholt wird.

Wenn man den Satz in Sinne liest von "Demokratie ist nicht gut, aber es ist kein anderes, besseres System erfunden worden", führt der Autor dagegen an: "Auch wenn viele diesen Satz für unstrittig richtig halten, ist er trotzdem falsch. Denn das bessere System ist erfunden worden. Er wurde konzeptionell in der Antike als Ergebnis langer Debatten über das beste politische System entwickelt.

Das Konzept erschien zuerst in den späten Werken Platos und wurde von Aristoteles weiterentwickelt." Thomas von Aquin hat dieses System - einer Kombination aus Demokratie, Aristokratie und Monarchie - auf der Grundlage des Aristoteles noch einmal weiterentwickelt. Davon ist freilich heute nichts mehr übriggeblieben. Die frühen demokratischen Staaten und selbst die BRD, und besonders die USA, wurden zunächst als solche hybriden Republiken gegründet, doch entwickelten sie sich dann oft recht schnell zu liberalen Demokratien. Republik und Demokratie sind nicht identisch, worauf der Autor in einer kurzen Untersuchung hinweist. Auch dies ist heute längst "vergessen".

In einer Republik steht das Gemeinwohl im Zentrum - eine Idee, die bereits von Anfang an in der Antike ins Zentrum der Politik gestellt wurde. Der Liberalismus zerstört den Gedanken des Gemeinwohls, weil er keine Gemeinschaften anerkennt, sondern nur Individuen. "Als Endprodukt dieser Entwicklung hört der Staat in der liberalen Demokratie auf, das Gemeinwohl zu vertreten.

Er wurde statt dessen zur Geißel von Gruppen, die ihn ausschließlich als Instrument ihrer eigenen Interessen behandelten." Dieser Satz erklärt die Politik der "Minderheiten" in der gegenwärtigen Politik: Politik für Frauen, Schwule und Lesben und alle weiteren Gruppeninteressen, denen Privilegien zugesprochen werden, die dem Gemeinwohl oftmals sogar deutlichen Schaden zufügen.

Volonté générale und radikaler Totalitarismus

"Wir beobachten seit einigen Jahrzehnten die Entstehung eines liberal-demokratischen allgemeinen Willens", einer Idee, die auf Rousseau zurückgeht und an die Stelle des Gemeinwohls tritt. Diese Idee des "allgemeinen Willens" impliziert einen radikalen Totalitarismus, der das gesamte öffentliche und private Leben durchdringt.

"Durch die Tätigkeit und den Geist der Menschen kann der liberal-demokratische allgemeine Wille allem und jedem seinen Stempel aufdrücken, auch denen, die entschlossen für andere Richtungen sein sollten." Kommunisten und Sozialisten verteidigen ihre Positionen, doch sie versuchen zu zeigen, daß sie noch viel toleranter, demokratischer, liberaler, pluralistischer, inklusiver usw. usf. sind, als die anderen Parteien. Und selbst die Konservativen entziehen sich nicht dieser Toleranzideologie des allgemeinen Willens der liberalen Demokraten.

Hier ist die Erklärung für die Entwicklung der CDU/CSU, bzw. aller ehemaliger konservativen Parteien Europas: "Die Konservativen, die eigentlich sowohl den Sozialisten als auch den Liberal-Demokraten widersprechen müßten, argumentieren allen Ernstes, daß auch sie offen, pluralistisch und tolerant seien, alle Leistungsansprüche unterstützen und auch für die Forderung von feministischen und homosexuellen Aktivisten offen seien.

Auch in dem, was sie verurteilen, sind sich Liberal-Demokraten, Sozialisten und Konservative einig: Sie verurteilen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz so wie all die anderen Sünden, die im liberal-demokratischen Katechismus aufgelistet sind. Zugleich dehnen sie die Begriffe unendlich aus ..."

Es ist ungemein schwierig geworden, sich diesem Druck zu entziehen, aber Konservative und Christen, die dies wahrhaft bleiben wollen, sollten sich diesem Druck nicht unterwerfen. Sagen Sie lieber: "Ja, wir sind intolerant, rassistisch, homophob und was auch immer. Doch was bedeutet das denn? Wir unterwerfen uns niemals dieser kranken liberal-demokratischen Ideologie!" Man wird uns des "Hate speech" bezichtigen, doch auch dies ist nur ein Mittel der Unterwerfung.

Ohne Widerstand wird dieses System immer schneller seinen totalitaristischen Anspruch durchsetzen, zumal im Hintergrund dieser gesamten Entwicklung die brutalste und totalitärste Organisation steht, die es derzeit gibt: die Europäische Union. Der Autor weist darauf hin: "Eine europäische Perestroika würde die EU nicht überleben." Für die Zukunft der EU gibt es nur eine Perspektive: Die völlige Zerschlagung. Eine Reformierung ist nicht möglich, sie wird ihre Ansprüche durchsetzen und sich mehr und mehr zu einer EUdSSR verwandeln.

Nicht Auswüchse der liberalen Demokratie, sondern deren Wesen

Es müßte noch viel mehr über dieses großartige Buch gesagt werden und wir haben erst die Hälfte des Bandes vorgestellt, aber schon jetzt unsere Leser etwas überbeansprucht. Das Besondere dieser Analyse liegt (a) in der Zusammenschau und Begründung all der Phänomene, mit denen Konservative und Christen heute ständig konfrontiert werden und (b) in dem Ergebnis der Analyse, daß alle diese grauenhaften Erscheinungen und der zunehmende Druck auf Konservative und Christen, die zunehmende Unterdrückung von Gegnern der modernen Ideologie und die Gleichschaltung aller Medien keine Auswüchse des Systems sind, sondern genau das Wesen der liberalen Demokratie widerspiegeln.

Daher ist es nicht mit einer Kritik an einzelnen Auswüchsen getan, wie sie z.B. von der AfD und anderen Konservativen heute geübt wird, wobei man ständig zugleich versichert, man sei doch tolerant und liberal etc. Die Kritik muß grundsätzlicher ansetzen und die liberale Demokratie selbst in Frage stellen.

Dies wird selbstverständlich dazu führen, daß Personen und Organisationen, die dies tun, zu Verfassungsfeinden und Nazis erklärt werden, obwohl das deutsche Grundgesetz nicht für eine liberale Demokratie geschaffen wurde, sondern von diesen liberalen Demokraten in Beschlag genommen und für ihre totalitären Zwecke verfälscht wurde. Aber ohne die Bereitschaft zu Opfern, ohne die Bereitschaft, seine eigene Identität zu bewahren und nicht der Ideologie zu unterwerfen, wird es keine Änderung zum Besseren geben.

Ist die liberale Demokratie das letzte Stadium des Menschen?

Aber auch dann, wenn man Widerstand leistet, z.B. gegen die Gleichschaltung der Sprache und den ständigen Meinungsterror der liberalen Demokratie, kann man nicht viel erwarten. Der Autor ist sehr pessimistisch, was eine Überwindung der liberalen Demokratie angeht:

"Sicherlich werden noch neue Rechte erfunden werden, damit alle noch gleicher werden, die feministische Ideologie wird noch absurdere Wege einschlagen und die Menschen, die so stolz auf ihre intellektuelle Unabhängigkeit sind, werden wieder alles schlucken und akzeptieren." ... Dieses Kapitel wird auch die Erfüllung dessen beinhalten, was der Kommunismus geplant hatte, jedoch zum großen Bedauern seiner Anhänger nicht verwirklichen konnte: die Verschmelzung des Menschen mit dem System und des Systems mit dem Menschen."

Vielleicht führt der Widerstand nicht zu einer Alternative. Doch die Wenigen, die trotzdem Widerstand leisten, können erhabenen Hauptes ihre Identität bewahren und widerstehen so dem Massenwahn der liberalen Demokratie. Anders läßt sich wohl auch nicht das Recht Gottes, seine Königsherrschaft in Staat und Gesellschaft, verteidigen.

Ryszard Legutko, *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften*, Karolinger Verlag, Wien und Leipzig 2016, 188 Seiten ...<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtet am 14. Dezember 2017: >>Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler

Dr. Klaus-Rüdiger Mai, geboren 1963, Schriftsteller und Historiker, verfaßte historische Sach-

bücher, Biographien und Essays, sowie historische Romane. Sein Spezialgebiet ist die europäische Geschichte.

Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschulern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!

Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschulern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. Kinder aus Familien, die mehr als einhundert Bücher besitzen, hätten einen zu großen Vorsprung vor den Gleichaltrigen, in deren Elternhäuser keine oder wenig Bücher existieren.

Um dieses Problem zu lösen, könnte man natürlich den Besitz von über einhundert Büchern verbieten, alle überzähligen Exemplare vom Ordnungsamt einziehen lassen und sie an Familien verteilen, in denen es keine oder nur wenige Bücher gibt. Ob in diesen Familien dann dadurch mehr gelesen oder gar den Kindern vorgelesen werden würde, darf bezweifelt werden.

Niedrigeres Niveau für alle

Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkte Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.

Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. Der Effekt, den sich Freidel und andere erträumen, würde also das Gegenteil von dem bewirken, was sie sich wünschen. Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.

Integrationsbestreben vor Bildungsniveau

Die sogenannte soziale Durchmischung würde also nicht zu dem Ergebnis führen, daß sich das Leseniveau der Grundschüler bessert, denn es hätte erstens keinen und teilweise einen negativen Einfluß auf die Lernmotivation. Zweitens würden Grundschüler aus Haushalten mit mehr als einhundert Büchern nicht die Bildungsvorstellungen in Haushalten mit keinen oder wenigen Büchern verändern können.

Drittens blendet die Vorstellung der "Durchmischung" methodische und inhaltliche Fehlleistungen des Lehrplanes aus, die einen weit aus höheren Anteil an den Defiziten der Grundschüler haben und die nicht mit der sozialen Struktur der Klassen zusammenhängen.

Im Gefolge der Flüchtlingskrise hatte Thomas de Maiziere davon gesprochen, daß man die Bildungsstandards wird absenken müssen. Die Bildungssenatorin von Bremen, Claudia Bogedan, sieht "die Integration von Flüchtlingskindern als größte schulpolitische Herausforderung." Bezeichnenderweise sieht sie die nicht in einem durchdachten Konzept zur längst überfälligen Verbesserung der Bildung, zur Anhebung der Bildungsstandards, das natürlich

die Beschulung von Flüchtlingskindern mitbedenken muß. Sondern in der Anpassung der Schule an immer neue schulpolitische Vorgaben, die allein der Integration dienen.

Andere Bildungsvorstellungen in muslimischen Ländern

Sehr selbstbewußt erklärt die Bremer Senatorin: "Gerade ein Land wie Bremen (kann) als gutes Beispiel wirken und zeigen, wie man zu einer gelungenen Integration beitragen kann." Das gute Beispiel besteht allerdings darin, daß Bremens Schüler bei Leistungsvergleichen meist Letzter - mit mehr als einem Jahr Rückstand in Deutsch und Mathe zu Spitzenreitern wie Sachsen und Bayern sind. Auch übersieht die Forderung nach Durchmischung, daß Kinder aus China oder Vietnam oder Japan unabhängig vom Bildungsgrad ihrer Eltern häufig gute schulische Leistungen erzielen, weil sie eine positive Lernhaltung mitbringen.

Wird von Willkommensklassen und von Flüchtlingen gesprochen, wird gern verschwiegen, daß es sich vorrangig um muslimische Kinder handelt. Schaut man sich die sehr niedrige Buchproduktion muslimischer Länder im Vergleich zu europäischen Staaten an, wird deutlich, daß traditionell hier andere Bildungsvorstellungen gelten. Das können Kinder aus bildungsnahen Schichten nicht auffangen.

Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. Letzteres kommt mit der durchsichtigen Behauptung daher, daß Schüler dadurch lernen, über den Tellerrand zu denken, was aber nichts nützt, wenn sie nicht zuvor gelehrt bekamen, was der Teller ist.

Wenn man die Systematik der Fächer in einem fächerübergreifenden in Wahrheit aber fächerüberhobenen Lernen zerstört, das nicht mehr die Logik der Fächer lehrt, dann erübrigt sich jegliche Diskussion über die Durchmischung, denn dann lernen alle wenig.

Im Geschichtsunterricht wird nach dem neuen Brandenburger Lehrplan nicht mehr gelehrt, was woraus und in welchem Zusammenhang nacheinander und parallel zueinander entstand. Statt dessen soll sich der Geschichtsunterricht an Themen ausrichten. So wird beispielsweise das Thema Armut im Mittelalter und in der frühen Neuzeit und in der Moderne behandelt, zugleich wird das Thema dann auch in Geographie durchgenommen.

Wäre es nicht wichtiger, daß Schüler etwas lernen über die geologische, politische und wirtschaftliche Beschaffenheit der Erde? Oder über Industrien und Bodenschätze? In Geschichte könnten sie etwas verstehen von der Entwicklung des deutschen Föderalismus, begonnen mit der Goldenen Bulle, über den Kampf um die deutsche Libertet, über den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden, anstatt zu Armutsspezialisten zu werden.

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich

die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.

Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.

Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 14. Dezember 2017: >>**Mob schleift Universität**

"Wir schulden den Afrikanern und Arabern nichts, denn die so genannten Fluchtursachen sind überwiegend hausgemacht." Der Tweet des Leipziger Jura-Professors Thomas Rauscher enthält eine Selbstverständlichkeit. Für die Bevölkerungsexplosion zum Beispiel, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt in Afrika buchstäblich auffrißt, können die Europäer nun wirklich nichts.

Seit mehreren Wochen erlebt Rauscher, wie gefährlich es ist, das Selbstverständliche auszusprechen. Studenten tragen "Rauscher, rausch ab!-Plakate" über den Campus, eine Vorlesung wurde gestürmt. Im Internet, in den gedruckten und elektronischen Medien tobt eine Kampagne gegen ihn. Die Universität hat dienstrechtliche Maßnahmen eingeleitet, die bis auf die psychische Zermürbung anscheinend erfolglos bleiben.

Die Protestler sind außerstande, zwischen Recht und ihrer von politischer Korrektheit durchtränkter Moral zu unterscheiden. Man müßte Sorge haben, daß eine neue Generation politischer Volksrichter heranwächst, wie man sie in Deutschland schon zweimal hatte, doch Rauscher hat mitgeteilt, die Störer seiner Vorlesung hätten "ganz überwiegend nicht der Juristenfakultät" angehört, sondern der Antifa und dem SDS.

Toleranz-Bekanntnisse

Dieser Mob bestimmt aber den Geist der altehrwürdigen Institution. Der Senat der Universität Leipzig ist vor ihm in die Knie gegangen und hat das "menschenfeindliche Weltbild" in Rauschers Äußerungen einstimmig "aufs Schärfste" verurteilt. Die Universität verstehe sich als "weltoffener und toleranter Ort der Wissenschaft".

Die Juristenfakultät Leipzig schloß sich mit dem donnernden Bekenntnis an: "Lehre und Forschung betreiben wir nach dem Leitbild eines weltoffenen und toleranten Miteinanders, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung. Wir setzen uns für einen freien Meinungs austausch ein, der jedoch seine Grenze bei Äußerungen findet, die rassistisch oder in sonstiger Weise diskriminierend sind."

Der Ton erinnert an die Ergebnisadressen, die Künstler und Wissenschaftler bei Gelegenheit an die SED-Führung adressieren mußten. Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange kann zufrieden sein, denn sie hatte zuvor getwittert: "Sachsens Hochschulen sind weltoffen und international. Die ausländerfeindliche Meinung von Rauscher kritisiere ich scharf."

Wissenschaft hat nur der Wahrheit zu dienen

Nun ja, in der DDR sollte die Wissenschaft der Sache des Sozialismus dienen, die führenden Rolle der SED stärken sowie die Völkerfreundschaft im allgemeinen und die ewigen Liebe zur Sowjetunion insbesondere fördern. Heute soll sie eben der Toleranz, der Antidiskriminierung und der Weltoffenheit nützen. Das eine wie das andere ist ein großer Quatsch. Wissen-

schaft hat auf die Erkenntnis der Wahrheit hinzuwirken und sonst gar nichts. Die Offenheit zur Welt ergibt sich dann ganz von allein.

Apropos: Was meinen diejenigen überhaupt, die sich ihrer "Weltoffenheit" rühmen? Worin besteht die weltoffene Qualität der Politikerin Stange? Wir vermuten einfach mal, daß die Weltkenntnis der meisten Schlagwort-Benutzer nicht über den impressionistischen Wissensstand umtriebiger Touristen hinausgeht.

Wer es nötig hat, seine Weltoffenheit zu betonen, projiziert und transzendiert nur die eigene Beschränktheit ins vermeintlich Weltweite - und verfehlt damit die Realitäten in der Welt. Genau das hat Rauscher in seiner Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik angemahnt.

Verfälschende Schlagzeilen

Für die Kampagne gegen ihn sind Schlagzeilen wie die des MDR symptomatisch: "Keine Konsequenzen für Rauscher". Die Insinuation (Unterstellung) lautet. Nicht der Dauerbeschuß, nicht die Hexenjagd ist das Außerordentliche und Berichtenswerte, sondern der unterbliebene Rausschmiß, das unterlassene Berufsverbot. Ähnlich die *Leipziger Volkszeitung*, die schreibt: "Im Fall des mit Rassismuskonfrontierten Leipziger Jura-Professors Thomas Rauscher sieht das sächsische Wissenschaftsministerium (SMWK) keine Handhabe, um gegen ihn dienstrechtliche Schritte einzuleiten."

Statt "keine Handhabe" hätte es "keinen Grund" heißen müssen, um klarzustellen, daß die Vorwürfe substanzlos sind. Denn "keine Handhabe" bedeutet: Formale Schranken hindern uns daran zu tun, was moralisch, politisch und auch rechtlich geboten wäre. Man kann darin sogar die Aufforderung an den Mob sehen, die staatliche Handlungslücke anderweitig zu schließen.

Niveauperlust der Bildungsabschlüsse

Die geistige Unreife und aggressive Bosheit, die Rauschers Tweets zu einem "Fall" werden ließen, haben ihren Grund auch in der Inflationierung und im Niveauperlust der Bildungsabschlüsse. Wenn die Hälfte der Schüler zum Abitur geführt wird und an die Universitäten drängt, dann ist es ganz natürlich, daß viele dieser Studenten alsbald feststellen, zu wissenschaftlicher Arbeit überhaupt nicht befähigt und vom Lehrbetrieb überfordert zu sein.

Was dann folgt, kennt man bereits aus der Grundschule, wo die einen das ABC im Schlaf und andere es überhaupt nicht lernen. Diese versuchen kompensatorisch Wirkung zu erzielen, indem sie den Unterricht stören oder die anderen drangsaliieren. An den Unis weichen sie in den politischen Aktivismus aus, formieren sich als Mob und schleifen den freien Geist, vor dem sie allen Grund haben, sich klein zu fühlen.<<

16.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. Dezember 2017: >>Zum Schaden Deutschlands

von *Bruno Bandulet*

Daß Martin Schulz von Freund und Feind sonderlich ernst genommen wird, hat noch niemand behauptet. Ein tiefer Denker ist er nicht, und wenn er Gedachtes referiert, wirkt er geschwätzig. Er gilt als leidenschaftlicher Europäer, wobei nicht klar ist, worauf sich seine Leidenschaft konkret bezieht.

Auf dem SPD-Parteitag in der ersten Dezemberwoche forderte er ein Eurozonenbudget und einen Euro-Finanzminister und sprach sich dafür aus, "spätestens" im Jahr 2025 die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. EU-Mitglieder, die dann nicht mitmachen wollen, sollen - so stellt Schulz sich das vor - automatisch die EU verlassen.

Ein solcher "demagogischer Hanswurst" ist Emmanuel Macron mitnichten, auch wenn Frankreichs prominenter Intellektueller Michel Onfray ihn einmal so nannte. Macron ist ein Verwandlungskünstler, dessen Auslassungen zwischen den Zeilen gelesen werden müssen. So auch seine September-Rede, in der er seine ganz große Initiative für ein "souveränes Europa" vortrug.

Eine Rede, die bedenkenswerte Details enthielt, die aber doch den Geist des französischen Konstruktivismus atmete, die für "soziale und steuerliche Konvergenz" plädierte, die auf mehr EU-Zentralismus und mehr EU-Umverteilung abzielt. Macron hatte den Text vorher mit Angela Merkel abgestimmt. Mit Martin Schulz telefoniert er gelegentlich auch.

Was genau mit solchen Vorstößen gemeint ist, bleibt offen. Das gilt auch für den jüngsten Vorstoß des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Er möchte den mit 700 Milliarden ausgestatteten Euro-Rettungsschirm ESM in einen "Europäischen Währungsfonds" umwandeln. Auch der könnte nicht mehr tun, als im Krisenfall Kredite zu vergeben. Nur würden dann nicht mehr die nationalen Regierungen federführend sein, sondern die EU-Kommission könnte vorschlagen, wer wieviel Geld bekommt. Ein kräftiger Machtzuwachs für Brüssel, der praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung hat, weil alle Regierungen und Parlamente zustimmen müßten.

Macron reklamiert Führungsrolle für Frankreich in der EU

Das Problem besteht nicht darin, daß Macron eine europäische Strategie hat, sondern darin, daß Berlin keine hat. Er versucht, die Deutschen vor sich herzutreiben, und dabei käme ihm nichts mehr gelegen als eine Große Koalition unter Merkel. Apropos SPD:

Erst im vergangenen März erwärmte sich auch Sigmar Gabriel dafür, den deutschen Steuerzahler zur Ader zu lassen ("Wir sollten mehr für Europa zahlen") und verstieg sich zu der nebulösen Behauptung: "Jeder Euro, den wir also für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt - direkt oder indirekt - mehrfach zu uns zurück." Wenn das so wäre, könnte Deutschland den aus der EU gezogenen Nutzen mühelos multiplizieren, wenn nicht wie 2016 netto 13 Milliarden Euro an Brüssel abgeführt werden, sondern ein Mehrfaches davon.

Im übrigen wird Macron in Deutschland mißverstanden. Er ist keineswegs der Meinung, daß Frankreich zum höheren Nutzen Europas französische Souveränität und französische Interessen opfern müsse. In einem immer noch lesenswerten Interview mit dem Spiegel vom 14. Oktober reklamierte Macron für Frankreich die Führungsrolle in der EU, verbunden mit dem dezenten Hinweis, daß Frankreich als Atommacht und als ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat eine "besondere Stellung" innehat.

Beides mit den Deutschen oder den anderen Europäern zu teilen, käme ihm nicht in den Sinn. Europäer zu sein, so Macron, bedeute ja nicht, seine Unabhängigkeit und seine eigene Diplomatie aufzugeben. Und dann ließ er die Katze aus dem Sack: "Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken aber müssen wir hinter uns lassen." Man tut Macron nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, er wolle Deutschlands Finanzkraft anzapfen.

Dabei ist die EU auf dem Weg zur finanziellen Vergemeinschaftung schon längst zu weit gegangen. In einer Studie vom vergangenen September konnte die BayernLB nachweisen, daß sich 2007 sämtliche Transfers und Mechanismen der EU und der Eurozone auf ein potentielles "verdecktes Vergemeinschaftungsvolumen" in Höhe von 507 Milliarden Euro summierten. Nach letztem Stand sind es 3.800 Milliarden Euro, ein irrwitziger Anstieg von vier auf 25 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Europäische Union benötigt Realismus

Wenn wir auf "Europa" blicken, sehen wir ein Dickicht von Subventionen und Transfers, die sich heillos überschneiden und die auch der aufmerksamste Zeitungsleser schon lange nicht mehr überschaut. Die Ironie der Geschichte liegt darin, daß sich frühere Gegner des Vertrages von Maastricht, die ja recht behalten haben, jetzt wünschen müssen, daß dieser eigentlich un-gute Vertrag endlich ernst genommen wird: daß jedes Euro-Mitglied für die eigenen Schulden haftet, daß die Europäische Zentralbank keine Staaten mehr finanziert, daß die Schuldenobergrenzen eingehalten werden.

Die Europäische Union benötigt keinen "Traum" und weder eine "Vertiefung" noch eine Erweiterung der Eurozone, sondern Realismus, Konsolidierung, Rückbesinnung auf ihre Grund-

regeln und auf das Prinzip der Eigenverantwortung. Was Schulz, Gabriel und Macron vorschwebt, läuft lediglich darauf hinaus, die existierende Verantwortungslosigkeit neu zu organisieren. Nach dem Brexit, den Merkel zum Schaden Deutschlands nicht verhindert hat, und nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland steht die EU am Scheideweg zwischen einer irrationalen Verschärfung des "Weiter so" und einem Mißbrauch des Euro als Vehikel der Zentralisierung oder aber einer europäischen Renaissance, die auf die Kraft freier Nationen setzt.<<

20.12.2017

BRD: Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schreibt am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Nichts ist mehr wie es war ...

Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.

Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. Daß es über ein Jahr keinerlei Zeichen der Anteilnahme durch die Bundeskanzlerin den überlebenden Opfern und den Angehörigen der Toten des islamistischen Weihnachtsmarkt-Attentates gegenüber gegeben hat, war ein indiskutables Zeichen von Herzenskälte und Verantwortungslosigkeit aus politischem Kalkül.

Wer die diesjährigen Weihnachtsmärkte besucht, dem fallen im Umfeld der schönen Lebkuchenbuden, Glühweinstände, dem zauberhaften Kunsthandwerk mit handgeschnitzten Engeln und Honigkerzenangeboten häufig schwer bewaffnete Sicherheitskräfte auf, nicht selten phantasievoll garniert durch riesige Betonklötze, liebevoll in Geschenkpapier verpackt oder schlicht auch als solche sofort ins Auge springend.

Man geht nicht mehr völlig unbefangen mit seiner Familie dorthin.

Aber unterkriegen lassen wollen sich die Menschen auch nicht und überwinden zumeist das Unwohlsein.

Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war ...

Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.

Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmal das Messer als Waffe eingesetzt.

Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.

Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.

Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.

Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpollerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichste, geradezu ins Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Dezember 2017: >>>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Dezember geht an: Die 'Süddeutsche Zeitung'

Früher war manches doch einfacher. Bekam man mit, daß ein Nachbar oder Bekannter heimlich Feindsender hört, über die Partei herzieht oder gar Zweifel am Endsieg des Sozialismus verbreitet, verpiff man ihn einfach beim zuständigen Blockwart oder Abschnittsbevollmächtigten, und der sorgte dann schon dafür, daß Miesmacher und Wehrkraftzersetzer aus dem eigenen Umfeld entfernt und aus dem Verkehr gezogen wurden, bevor man womöglich noch selber in Verdacht kam.

Wer heute vermeiden will, daß auch nur der Hauch eines Zweifels an seiner allzeit zuverlässigen Gesinnung auftaucht, muß schon selbst aktiv werden. Praktische Lebenshilfe gibt es von der Münchener "Isar-Prawda", dem unentbehrlichen Wegweiser in allen Fragen der politisch korrekten Einstellung.

Der neue Schulfreund Ihres 13-jährigen Sohnes ist eigentlich ganz nett, aber Sie verdächtigen seine Eltern wegen so einiger nicht linientreuer Äußerungen, womöglich AfD zu wählen, und Sie wollen mit solchen Merkel-Feinden nichts zu tun haben? Die Experten der 'Süddeutschen Zeitung' wissen Rat: Erklären Sie Ihrem Sohn, daß die richtige Haltung wichtiger ist als Klassenkumpels, stellen Sie die Verdächtigen zur Rede, wie Sie dazu kommen, so undenkbbare Meinungen zu haben, machen Sie Ihrem Junior klar, daß man mit so was nicht an einem Tisch sitzt.

Ja, da ist er wieder, der gute alte Denunziantengeist. Wem das suspekt ist, der soll mal lieber aufpassen, worüber er mit seinen Kindern spricht. Oder mit den Eltern von dessen Schulfreunden. Die Blockwarte und Linientreuen mit der 'Süddeutschen' unterm Arm kriegen ja doch alles raus. Und zögern auch nicht einzuschreiten.

Anderswo plagt man sich schon auch damit, wenn die Untertanenpflicht, sich von allen Bösmenschen mit Abscheu abzuwenden, plötzlich auch Familienmitglieder erfaßt. Hilfe, was soll ich machen, wenn meine eigene Mutter was "gegen Ausländer" sagt, jammert einer im 'SZ-Magazin', mein Bruder wählt AfD, und ich weiß nicht, wie ich damit umgehen soll, "wir müssen reden", bittelt einer in 'bento', dem Stuhlkreis-Magazin für die unerwachsene 'Spiegel-Klientel'.

Aber keiner verteidigt die politisch korrekte Filterblase so unbeirrt wie die 'Süddeutsche Zeitung'. Dafür gibts die Goldene Hoftrompete - mit der großen Kundschafter-Verdienstmedaille noch obendrauf.<<

25.12.2017

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 25. Dezember 2017 (x1.000/...): >>>Der politogene Klimawandel

Von Prof. Dr. Werner Kirstein

Seit über 30 Jahren wird mit "auserlesenen" Statistiken in Politik, Medien und Wissenschaft versucht, eine andauernde Klimaerwärmung nachzuweisen. Überall ist von der "gegenwärtigen Klimakatastrophe" die Rede. Doch was wäre, wenn es Klimaschwankungen schon immer gegeben und der CO₂-Ausstoß damit genau so wenig zu tun hätte, wie die Zunahme der Geburtenrate mit einer wachsenden Population von Störchen?

Alles reine Panikmache? Der Klimatologe und Klimaexperte Prof. Dr. Werner Kirstein gibt Antworten auf diese Fragen. ...

Prof. Dr. Kirstein: Das Wort "politogen" muß ich sagen, habe ich vorher auch nicht gekannt. Ich hab mir gedacht, daß trifft eigentlich die Sache besser, als der anthropogene Klimawandel. Es gibt keinen anthropogenen Klimawandel. Und wenn man das jetzt auf den Punkt bringt, dann sagt man, daß ist nicht vom Menschen - anthropogen heißt ja, vom Menschen gemacht - aber er ist ja von der Politik gemacht. Deshalb "politogen."

Ich hoffe, ich habe ein neues Wort geschaffen. Zu diesem Thema: "Anthropogener Klima-

wandel" (Das habe ich jetzt durchgestrichen ...) haben hier bei der AZK bereits zwei Leute geredet. Das war der Hartmut Bachmann und der Helmut Böttiger. Sie waren hier schon mal und haben über den anthropogenen Klimawandel gesprochen. Ich hab ihn jetzt umgetauft in - wie gesagt - in "politogenen Klimawandel".

Ich finde, das trifft die Sache einfach besser. ... Dieses IPCC kennt jeder (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist letztlich eine politische Institution. Also man sieht im Folgenden, daß hier auch die Politik immer stärker reinkommt. Und weiter haben wir hier die World Meteorological Organization - WMO, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Auch hier sehen wir, steckt im Endeffekt die Politik dahinter.

Wer ist noch beteiligt? Ja, die Weltklimabank. Vielleicht haben Sie es einmal verfolgt, daß jedes Jahr fast regelmäßig die Weltklimabank an die Klimakatastrophe erinnert. Ich sage: "Oh, da sitzen wohl die Experten über Klima, lauter Klimatologen in der Weltklimabank". Ja, warum machen die das? Wir kommen noch drauf. Die Weltklimabank profitiert natürlich davon, wenn das Geld fließt durch oder wegen des Klimawandels.

Dann haben wir hier, sehen Sie Deutschland - Europäische Union und viele andere Länder. Da passen die Flaggen nicht alle drauf, haben damit zu tun, mit dem Klimaschutz. Da komme ich auch später noch drauf, was Klimaschutz eigentlich soll, dieser Begriff. Es wird aber ebenfalls von vielen Ländern, auch von der EU vor allen Dingen, vorangetrieben. Dann komme ich später noch dazu, daß hier sehr viele Fördergelder, natürlich von der EU und von den einzelnen Staaten bereitgestellt werden.

Viele Wissenschaftler werden also angeworben, Klimaprogramme zu entwickeln, zu forschen, damit man eben Gelder dafür bekommt. Es ist ja so, ich komme selber von einer Universität, da haben wir gesehen, daß die Grundfinanzierung an den Universitäten gar nicht ausreicht, um einen richtig normalen Betrieb zu veranstalten. Also, was macht der Wissenschaftler? Er schaut mal nach im Förderkatalog der EU und dem Deutschen Förderkatalog und in anderen Ländern gibt es das ja auch.

Und nun sieht man, da findet man irgendein Thema, was zum Klimawandel paßt und dann mache ich einen Antrag, formuliere einen Antrag, stelle den Antrag an die entsprechende Behörde. Und siehe da, sobald das Wort Klimaerwärmung oder Zunahme der Temperatur in irgendeinem Zusammenhang kommt, fließt Geld. Das Kurioseste, was ich je erlebt habe war, als eine Biologengruppe, also gar keine Klimatologen - die wußten gar nicht was Klimawandel eigentlich ist, Erderwärmung, OK, kann man mit umgehen - und dann war das Thema für die Biologen: "Das Verhalten der Wattwürmer bei zunehmender Temperatur"!

So weit ist das gekommen, das Thema spielt überhaupt gar keine Rolle mehr, Hauptsache das ist Klimawandel und dann fließt das Geld. Ja, dann sehen Sie die großzügigen Förderer, also nicht nur die EU fördert so was, auch die Bundesministerien fördern solche Anträge und die Forschung hat was zu tun. Viele meiner Kollegen, also da sag ich zu denen: "Was macht ihr eigentlich, prüft ihr nicht den Wahrheitsgehalt oder was ist los?"

"Ja, wir brauchen doch Geld, das Geld muß fließen. Wie wollen wir denn existieren, wenn wir ohne Geld dastehen?" Und dann kann man natürlich wieder Doktoranden einstellen, man kann also Computer kaufen, man kann in Geräte investieren, Personal usw. Und dann fließt eben was. Aber man braucht eben dazu Fördermittel und dann ist es eigentlich im Grunde egal was man sich da für ein Thema aussucht, Hauptsache es hat mit Erderwärmung zu tun. Das ist traurig, aber so läuft das eben.

So, ich möchte mal ganz am Anfang den Henrik Svensmark (Prof.) vorstellen, den habe ich schon oft in meinen Vorträgen erwähnt. Er spricht über den Einfluß der Politik im Bereich des Klimas - der Klimawissenschaft. Klimawissenschaft, sagt er, ist keine normale Wissenschaft. Muß man sich mal vorstellen, ist keine normale Wissenschaft, sie ist völlig politisiert. In den letzten Jahren besteht gar kein Interesse mehr an echten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Man hat sich auf eine Theorie geeinigt - und fertig!

Und diese Theorie ist CO₂ eben. Diesen CO₂-Irrsinn, muß man das nennen, denn wir wissen ja inzwischen - viele wissen es - daß CO₂ gar nichts zu tun hat mit Erwärmung, mit Erderwärmung. Ja, und er sagt dann, das ist jetzt wörtlich: "Es widerspricht zutiefst den Prinzipien von Wissenschaft." Eigentlich darf der Wissenschaftler so was gar nicht angehen, aber die Finanznot treibt ihn also auch zu Dingen, die eigentlich gar nicht wissenschaftlich sind.

Vielleicht ist (er) ja bekannt, der Prof. Hans von Storch, er ist inzwischen im Ruhestand, er war Institutsdirektor am GKSS Forschungszentrum in Geesthacht. Das ist auch einer, der eigentlich für den Klimawandel steht und immer gestanden hat, aber ein kritischer Beobachter der Szene. Der war auch einmal beim IPCC vorgesehen, ... ist dann aber auch inzwischen wie viele andere Klimawissenschaftler, Klimatologen oder Meteorologen, wie auch immer, zurückgekommen.

Es gibt eine ganze Reihe von Wissenschaftlern, die den IPCC verlassen haben, weil sie gemerkt haben nach ein paar Jahren - ja eh, hier wird ja gar kein Klima gemacht, was machen die denn hier? Wird also (im Sinne von) Politik und Sozialwissenschaften (geschaut) - man dreht an der Schraube: Wie kann man das vermarkten? Das ist eigentlich ein Vertreter des Klimawandels.

Und der hat also gesagt: "Die Klimaforschung ist nicht normal, sondern postnormal". Ist genau das Gleiche beziehungsweise das Ähnliche, was vorhin Svensmark gesagt hat. Erstaunlich für einen - sage ich mal - der den Klimawandel ja vorantreibt und der übt wirklich Kritik am eigenen Laden. So - was ist postnormal? "Der postnormale Wissenschaftler" sagt er, "tritt als Anwalt einer wertorientierten guten Sache oder auch einer politischen Agenda auf".

Im Endeffekt ist das gut, was der Mensch da erfährt. Wir können froh sein, daß wir diese Politiker haben, die wollen ja nur Gutes von uns. Ja ihr seht also das ist auch kritisch. Und dann erwähne ich noch - ich nenne viele Kollegen jetzt, Kollegen im weiteren Umfeld, damit es nicht so aussieht, als würde ich alleine dastehen, was mir ja oft vorgeworfen wird. Ich wäre also einer von denen, von den ganz wenigen, die das bezweifeln, die Klimakatastrophe und den Klimawandel. Ist natürlich nicht so, aber man wird in diese Ecke gestellt.

Es gibt viele Kollegen, die inzwischen immer kritischer werden, die auf diese Linie kommen, weg von der Klimakatastrophe. Paul Reiter war übrigens auch einer, der beim IPCC war und auch diesen wieder verlassen hat, weil er gemerkt hat, hier wird was ganz anderes gemacht. Kein Klima, hier wird Politik gemacht. Und er sagt einen schönen Ausspruch: "Der Global Warming Alarm kommt im Gewand der Wissenschaft daher, aber es handelt sich dabei nicht um Wissenschaft. Es ist Propaganda."

Und das Wort Propaganda wird bei mir hernach noch ein paarmal fallen. Wir werden also sehen, daß auch die Medien darauf eingeschrieben sind und eigentlich Propaganda machen. ... Ein sehr schöner Ausspruch kommt auch - oder ein sehr schönes Interview führte auch Ken Jebsen mit Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer. Das waren ehemalige Tagesschau-Redakteure.

Tagesschau sollte auch gleich noch kommen und ZDF, und er sagt: "Die Tagesschau ist reine Propaganda!" Das ist ein bißchen sehr verallgemeinert, aber was er meint damit ist, daß bestimmte Themen in der Tagesschau anders dargestellt werden als sie in Wirklichkeit sind. Natürlich nicht alles, denn (ein Bericht) über einen Unfall oder so, dann stimmt das schon. Aber bei bestimmten Themen ist es eben ... reine Propaganda.

Ja, dann zitiere ich mal Georg Christoph Lichtenberg aus dem 18. Jahrhundert. Da wußte man das schon: "Die gefährlichsten Unwahrheiten, sind Wahrheiten mäßig entstellt". Und das ist also wirklich so. Mäßig entstellt heißt jetzt: Halbwahrheiten, oder eben Lückenpresse. Wenn ich was weglasse, was wichtig ist, dann erzähle ich Halbwahrheiten. Und da kann ich nur daran erinnern an das Bild hier von Ulrich Teusch, der das Buch geschrieben hat "Lückenpresse".

Der schöne Satz steht hier unten ganz links: "Lückenpresse ist das Ende des Journalismus wie wir ihn kannten". Also diesen Journalismus haben wir heute wohl nicht mehr. Ich zeige jetzt mal das Klima (erklärt eine Graphik), die Bewegungen des Klimas in den letzten 11.000 Jahren. Sie sehen ganz links am Rand hier, vor 10.000 oder 11.000 Jahren ging die letzte große Kaltzeit, also die Eiszeit wie man auch sagt, zu Ende. Das ist also die Weichselkaltzeit hier im Norden Deutschlands.

Bei uns hier in den Alpen spricht man ... von Würm-Kaltzeit und in den USA ist es die Wisconsin-Kaltzeit. Es ist immer gleichzeitig aufgetretene, aber starke Abkühlung. Sie sehen wie die Temperatur hier runtergeht und es ist noch nicht der Mittelpunkt. Die Kaltzeit geht hier noch weiter nach links. Ich habe das hier mal abgebrochen. Dann sehen Sie, was danach passiert ist in den letzten 11.000 Jahren. Es wurde wärmer, es wurde wieder kälter, es wurde wärmer, es wurde wieder kälter. So läuft das also schon seit langem auf und ab.

In der Mittelsteinzeit 4500 Jahre vor Christus, hatten wir eine relativ warme Phase. Nennt man auch in der Geologie oder Geographie Atlanticum. Dann wurde es wieder kühler und im Subboreal 2500 v. Christus, ist in der Jungsteinzeit, da wurde es wieder sehr warm. Und wir hatten in der Bronzezeit wieder eine Erwärmung. (Eine) ... interessante Erwärmung ist die Römer-Warmzeit, zur Zeit also der Christi Geburt. Da war es auch relativ warm. Also da haben die nicht gefroren, denn es war ganz schön warm geworden.

Und dann haben wir wieder die kleine Eiszeit, also im 17./18. Jahrhundert ... hat es sich wieder etwas abgekühlt, aber nicht so wie in den großen Kaltzeiten. ... Aus dieser kleinen Eiszeit kommen wir gerade. Das heißt, wenn wir eine große oder kleine Eiszeit verlassen, muß es natürlich wärmer werden. Das Argument habe ich gehört: "Ja es ist doch wärmer geworden!" – Ja bitte, ganz natürlich ist es wärmer geworden.

Das muß man im Blickwinkel haben, wie wir also hier in die Irre geführt werden. So, und dann habe ich hier diese letzte Periode nochmal etwas deutlicher herausgestellt, also die Warmzeit um 1200, das mittelalterliche Optimum wäre das. Dann kommt diese kleine Eiszeit und da sind wir heute ganz am rechten Bildrand. Und das möchte ich jetzt mal vergrößern, mal größer darstellen.

Da sehen Sie, welche Halbwahrheiten und Falschaussagen uns präsentiert werden. Wir haben nämlich in der oberen Abbildung - sehen Sie, was ich vorhin auch schon erzählt habe, nur etwas aufgeschlüsselter und detaillierter: Da ist das mittelalterliche Optimum zu sehen, so um 1200, also das war bei uns so die Zeit der Gothik, da war es auch sehr schön warm. Dann sieht man hier wie es kälter geworden ist und diese ständigen Schwankungen auf und ab.

Und ganz rechts am Ende sind wir heute angekommen. Und was wird uns von der Klimawissenschaft präsentiert? Die untere Kurve. Vielleicht haben Sie es alle mitbekommen, die Hockey-Stick-Kurve, die M. Mann damals propagiert hat. Ja propagiert ist gut, es war eben Propaganda. Und Sie sehen, man hat also einfach die Zeit vorher vom Jahre 1000 an, 1200, 1400, 1600 usw. das Klima so konstant gehalten, es hat sich nicht viel verändert.

Ja, die wirkliche Kurve sehen Sie oben. So werden wir also sozusagen hinter das Licht geführt. So, dann wurde natürlich damit auch zum Ausdruck gebracht, daß Klima eine Art Gleichgewichtszustand sei. Das ist es aber nicht. Wenn wir oben hinschauen sehen wir, daß das Klima nie im Gleichgewichtszustand war, sondern es immer eine Dynamik gegeben hat. Ja, das müßte ich hier nochmals wiederholen, mäßig entstellt durch die Klimawissenschaft. Ich würde sagen, das ist nicht mäßig, das ist unmäßig entstellt, gar nicht mehr wiederzuerkennen. Ja: "Klima und Natur im Gleichgewichtszustand?" - das ist die Frage.

Das rezente (gegenwärtige) wie auch insbesondere das historische und das prähistorische Klima war zu keiner Zeit in einem stabilen Gleichgewichtszustand. Was ich vorher schon angedeutet habe. Sondern es ist ewig eine Entwicklung. Es hat schon immer, und das weiß eigentlich jeder inzwischen, der in der Schule aufgepaßt hat, es hat schon immer im Laufe der

Erdgeschichte große und kleine Klimaschwankungen gegeben, über längere oder kürzere Zeiträume, jedenfalls war das nie konstant.

"Die Vorstellung" sagt Josef Reichholf, ein Zoologe, "Die Vorstellung von einem Gleichgewicht in der Natur ist ein grundlegender Irrtum des Ökologismus. Ökosysteme sind immer im Fluß." Sie sind immer in Entwicklung, die entwickeln sich immer weiter. Diese Idee, da würde ein Gleichgewicht vorherrschen, das wird uns einfach suggeriert. Das stimmt überhaupt nicht. Ja, dann wird dieser Klimawandel interessanterweise zu einem Rätsel.

Ich zitiere nochmal Prof. Hans von Storch, also der hinter dem Klimawandel steht und diesen propagiert. Der sagte dann interessanterweise im Spiegel-Gespräch (deutsche Zeitschrift) mit Olaf Stampf und Gerald Traufetter: "Wir stehen vor einem Rätsel, seit 15 Jahren steigen die Temperaturen nicht mehr...". Schon 2013 sagt er das. Das ist schon ein paar Jahre her. Als Klimawissenschaftler sagt er das: "...

Sollte die globale Erwärmung weitere 5 Jahre pausieren, stecke in den Modellen ein fundamentaler Fehler und die Vorhersagen müßten korrigiert werden." Immerhin, ich finde das ist Selbstkritik. Ja und dieser fundamentale Fehler kann ich sagen, lieber Kollege, der fundamentale Fehler ist der, daß in Klimamodellen immer von CO₂ ausgegangen wird. CO₂ sei verantwortlich für eine Erwärmung.

Und wenn wir uns diese Kurve mal anschauen, hier mal ein bißchen weiter rüber, dann sehen Sie, daß die Temperatur tatsächlich gestiegen ist seit einem Zeitpunkt von 25 Jahren und auch die CO₂-Konzentration - die berühmte Mauna-Loa-Kurve - beides stieg an. Und da kam eigentlich die ganze Geschichte auf in den 80er Jahren, daß man gesagt hat, wenn die Temperatur steigt, das CO₂ steigt auch, oder umgekehrt wollten sie es ja sagen: CO₂ steigt und daraufhin steigt auch die Temperatur an. Wenn wir uns aber die Abschnitte vorher ansehen und nachher, sieht man, daß das natürlich nicht mehr stimmt.

Das heißt also, man hat einen Zeitraum von 25 Jahren hier ausgewählt ... (Die) CO₂-Konzentration stieg an und die Temperatur stieg an. Da haben wir gedacht: Na ja, das hat beides miteinander zu tun. Wenn zunächst mal der Laie darauf schaut: "Ja gut, könnte ja sein". Aber bitte, was ist denn mit den Zeiten davor und dahinter? Hier vor diesen 25 Jahren und nach diesen 25 Jahren? Da stimmt das offensichtlich nicht. Im Gegenteil, da gehen die Kurven auseinander. Da steigt das CO₂, aber die Temperatur war gefallen in einigen Zeiträumen. Also da ist irgendwas nicht in Ordnung.

So, Naturwissenschaftler ...- und das ist bedauerlich, ich bin ja auch einer, aber ich gehöre nicht zu dieser Gruppe - ... also Naturwissenschaftler verwechselten statistische Korrelation mit Kausalzusammenhang. Hier haben wir eine statistische Korrelation über 25 Jahre, die korrelieren eng miteinander. Es gibt ja den Korrelationskoeffizienten - der Zusammenhang von Kurven ausdrückt - 0,97. Ist schon sehr hoch. Das ist schon sehr viel - hier dieser Anstieg. Und dann hat man diesen Zusammenhang, die statistische Korrelation, einfach als Kausalzusammenhang interpretiert.

Was völlig falsch ist, und ich schäme mich für meine Kollegen Physiker, die darauf gekommen sind. Und warum ist das so gelaufen? Die deutsche physikalische Gesellschaft hat im Jahre 1986 - glaube ich war es - die Klimakatastrophe ausgerufen. Das war (bei) ... einer Konferenz, in Bonn im "Hotel Tulpenfeld", da wurde propagiert in einer Pressekonferenz und die Pressevertreter waren alle da: "Wir haben eine Klimakatastrophe!"

Warum sagen Physiker das, die vom Klima ja auch nicht unbedingt viel verstehen, keine Klimatologen sind, warum sagen sie das? Weil in der Zeit in den 80er Jahren die Kernenergie eine große Krise hatte. Die Akzeptanz der Kernenergie ging runter, es gab Proteste, Polizeieinsätze, Wasserwerfer. Man mußte die verjagen, die gegen die Kernenergie vorgegangen sind. Da dachten die Physiker, das war die Gelegenheit, wir verkaufen jetzt die Kernkraftwerke als emissionsfrei, CO₂-emissionsfrei, und damit gewinnen wir wieder Akzeptanz zurück.

Ja leider ging die Rechnung nicht auf, 3 Monate später kam die Tschernobyl-Katastrophe. Traurig, aber man hat es halt versucht.

Ja, wie nennt man so etwas in der Statistik, einen solchen Zusammenhang über 25 Jahre? Eine Scheinkorrelation. Es ist eine Korrelation, aber sie hat nichts mit Kausalzusammenhang zu tun. Deswegen Scheinkorrelation. So, und was man daraus lernen muß, das habe ich in jeder Statistikvorlesung bei den Geographen immer wieder gesagt: Leute, Korrelation ist nicht gleich Kausalität! Das ist ein riesiger Unterschied! ...

Die Verdoppelung der CO₂-Konzentration, das war immer ein großes Thema. Was passiert, wenn die CO₂-Konzentration verdoppelt in unserer Atmosphäre? Dazu muß man sagen, wir haben also Treibhäuser, echte Treibhäuser. Das ist hier z.B. eine Plantage wo Obst oder Gemüse wachsen. Ich bin da mal in Island selbst dagewesen. Da sind wir in eine Tomatenplantage gegangen. Da wurden also auch Tomaten angebaut unter Treibhausbedingungen, aber nicht mit CO₂-Treibhaus, sondern es wurde einfach die Luft erwärmt. Sonnenstrahlen kommen auf das Dach und wenn das nicht raus kann, wenn keine Konvektion stattfindet, dann staut sich die Wärme da drin.

Das hat mit CO₂ überhaupt noch nichts zu tun. Da habe ich gesehen, draußen am Eingang, da standen so Riesenbehälter, da stand drauf CO₂. Ich denke, was machen die jetzt mit CO₂ hier? Da haben sie gesagt: "Das nutzen wir zur Düngung, je mehr CO₂ wir da einleiten in dieses Treibhaus (Wärmetreibhaus) um so besser wachsen Pflanzen". Man weiß also schon lange, daß CO₂ ein hervorragender Dünger ist für bestimmte Pflanzen. So, in vielen Gewächshäusern wird CO₂ angereichert als Düngungseffekt und man könnte also theoretisch nicht nur verdoppeln wie das da in Island gemacht wurde - übrigens auch in Deutschland, überall wird das gemacht, daß man CO₂ als Dünger nimmt.

Man könnte also nicht nur verdoppeln, sondern theoretisch sogar vervierfachen. Bis dahin würden die Pflanzen das vertragen und aufnehmen, nicht nur vertragen, sondern würden davon profitieren. Woran liegt das? Man muß bei den Pflanzen zwischen C₃- und C₄-Pflanzen unterscheiden. Und Sie sehen die Aufnahme von CO₂ bei C₃- und C₄-Pflanzen ist unterschiedlich. C₃-Pflanzen vertragen es sehr gut, wenn man zum Beispiel die Kurve, - hier an der Kurve sehen Sie es, die verdoppelt. Wir haben heute 0,04 %.

Das wären so diese berühmten 400 PPM, die wir in der Atmosphäre haben. CO₂ heute, aktuell haben sie es jetzt verdoppelt. Dann sehen wir hier die C₃-Pflanzen, denen bekommt das außerordentlich gut, die nehmen das nämlich auf, das ist sehr gut für die Photosynthese und damit gedeihen die Pflanzen nämlich hervorragend.

Bei den C₄-Pflanzen ist das nicht so. Die sagen bei Verdoppelung: OK, da profitieren wir nicht mehr davon. Aber irgend jemand muß mal schauen: Was sind denn jetzt C₃- und C₄-Pflanzen? Beispiele dafür: C₃-Pflanzen sind: Getreide, Raps, Zuckerrübe, Kartoffel, Reis und das möchte ich ganz besonders betonen, die tropischen Regenwaldbäume.

Das hier sind alles Pflanzen, die bei uns in unseren Breiten angebaut werden. Getreide, Raps, Kartoffel und Reis. C₃ heißen sie bei uns deswegen, - wenn Sie hinschauen, ist hier dreimal das Kohlenstoffatom vertreten, deswegen nennt man sie C₃-Pflanzen. Also die profitieren wirklich von einer Erhöhung des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre. Dann bei den C₄-Pflanzen ist das nicht so. Also sehen Sie das: Wo wachsen die denn, diese C₄-Pflanzen?

Nicht in unseren Breiten. Da ist also hier Mais, Zuckerrohr, Hirse am Rand und interessanterweise die tropischen Savannengräser. Und wenn man jetzt mal genau hinschaut, sieht man, wenn wir uns jetzt mal auf den tropischen Regenwald konzentrieren, - es heißt ja immer: der Regenwald verschwindet, der wird abgeholzt usw. -

Wenn man jetzt mal hinschaut, was passiert dann da, sagen wir mal in der Wüste, in der Sahara und in der Savanne, also in der Sahelzone? Würde bedeuten, wenn wir das wirklich tun würden, - den CO₂-Gehalt erhöhen, nähme das Wachstum der tropischen Waldbäume zu, der

Regenwald würde profitieren und das Abholzen, dem könnte man schön entgegenwirken. Dauert natürlich ein paar Jahre, so schnell wachsen die Bäume ja nicht. Aber im Prinzip würde man hier also ein Wachstum anstoßen und fördern.

Und die Savanne, die profitiert nicht davon. Das heißt, die Baum- und Strauch-Savanne würde sozusagen eingefroren. Mit andern Worten, da profitiert wirklich der Regenwald davon und die Savanne bleibt so - erst mal - wie sie ist. So, CO₂ in den Medien - Medien ist auch mein Lieblingsthema ...

Zum Beispiel beim ZDF im "Heute-Journal" sagt da nicht der Herr Kleber, also er spricht von CO₂-Emissionen. Na und die Leute denken jetzt - im Hintergrund wird das Bild gezeigt, da wo jetzt die Erdkugel ist, wird dann dieses Bild gezeigt - jeder Zuschauer, Zuhörer stellt sofort die Verbindung her im Kopf: "CO₂-Emissionen steigen." Sieht dieses Bild und denkt: "Oh Gott, CO₂ - das ist ja schrecklich, was die Industrie an CO₂ ausstößt!"

Aber der Herr Kleber hat wohl nicht in der Schule im Unterricht aufgepaßt. Denn er müßte eigentlich wissen, daß CO₂ ein unsichtbares, geruchloses, ungiftiges Spurengas ist in der Atmosphäre, - und es ist klimaneutral. Das hat er offenbar nicht mitbekommen - oder, was wahrscheinlicher sein könnte - er sagt das bewußt. -

Er weiß das natürlich, sollte er jedenfalls wissen, aber diejenigen Zuschauer des "Heute-Journals", die das eben nicht wissen, die stellen diese Gedankenassoziation her. Und ich finde, das ist wirklich subtil, wenn man so vorgeht. Er sagt nicht: "Das ist der Klimawandel, das CO₂", sondern er läßt die Leute selbst draufkommen. Das ist noch schlimmer, als wenn er es sagen würde. So, was ist denn in Wirklichkeit los? CO₂, sagte ich vorhin schon, ist lebenswichtig für Flora und Fauna, insbesondere für das Nachwachsen der tropischen Regenwälder. Das wollen wir doch alle, daß die tropischen Regenwälder nachwachsen. -

Also bitte, laßt uns doch den CO₂-Gehalt erhöhen! Aber sagen Sie das mal: (wenn ich das sage vor der Politik) "Der CO₂-Gehalt müßte erhöht werden", - sind Sie Verschwörungstheoretiker. - Sie haben ja schon wieder so einen Verschwörungstheoretiker vor sich. Das ist ja schlimm! So der Claus Kleber, - noch ein Wort zum Claus Kleber. Den kennt ja eigentlich jeder. Der gehört zu den Spitzenverdienern, - der ist ein ZDF-Journalist. Über die Höhe seines Honorars macht er keine Angaben. Das hält er irgendwie geheim - oder er versucht es geheim zu halten.

Aber einige Politiker meinen: Wer ständig Transparenz von den Politikern fordere, der müsse sich doch selber transparent machen. Das tut er aber nicht, und das hat schon seine Gründe. So, jetzt habe ich über die Statistik gesprochen und über die Hinweise, die die Statistik liefert. Ich muß noch dazu sagen: Statistik liefert niemals Beweise. Wer sagt "die Statistik beweist..." hat entweder keine Ahnung, oder er will uns täuschen.

Mit Statistik kann man nur Hinweise finden. Auch in der Medizin und in anderen Bereichen wird immer wieder Statistik heran geholt, um Beweise zu zeigen. Das stimmt nicht. Und jetzt gehen wir mal zur Theorie. Es gibt einen wissenschaftlichen Beitrag in der Fachzeitschrift "International Journal of Modern Physics".

... Dieser Artikel heißt: "Falsification of the atmospheric CO₂ greenhouse effects within the frame of physics". Hier kommt die theoretische Physik jetzt mal zu Wort. Die theoretischen Physiker sind ... Gerhard Gerlich und Ralf D. Tscheuschner, ... die haben diesen Aufsatz geschrieben, der übel aufgestoßen ist bei den Klimawissenschaftlern.

Ich kann das jetzt nicht alles hier erzählen, aber ich gebe eine deutsche Zusammenfassung, was das Wichtigste da ist: Zusammenfassend gibt es keinen Treibhauseffekt. Insbesondere keinen atmosphärischen CO₂-Treibhauseffekt. Weder in der theoretischen Physik, noch in der Ingenieurthermodynamik. Kann man beweisen. Ist nicht so, den gibt es nicht. Ist also eine reine Erfindung der Klimawissenschaftler. Aber wer hört auf solche Leute?

Die sind natürlich sehr ärgerlich, die Klimawissenschaftler, daß so was überhaupt eine Chance

hat und daß solche wissenschaftlichen Veröffentlichungen in die Welt gesetzt werden. Ralf Tscheuschner hat in einem Internetvideo, das heißt "Der CO2-Klimaschwindel" noch folgendes gesagt: "Es ist zu untersuchen, inwieweit der Tatbestand eines professionellen Betrugs erfüllt ist." Und ich sage: Also Respekt, da muß man Mut haben.

Aber ich habe da noch einen drauf gesetzt, ich sage: Wenn man sich hier dieses Buch anschaut, von Schellnhuber, die Erde würde verbrennen, - einen Verbrennungstod würden wir erleiden - das ist schon ziemlich dreist. Ja, und da fällt mir dann ein, also wenn die ganze Erde verbrennen soll - was er behauptet, oder was zumindest der Titel, und das Titelbild versprechen soll - dann muß man sagen: Aufpassen!

Ich sage dann: "Es ist zu untersuchen, inwieweit die apokalyptische Drohung einer unbewiesenen, globalen Verbrennungskatastrophe, den Tatbestand einer gezielten Volksverhetzung erfüllen könnte." Und da sind wir beim Thema, was heute schon mal angeklungen ist. Das haben Sie schon einmal erwähnt, schauen wir mal nach in das Schweizerische Strafgesetzbuch rein: Schreckung der Bevölkerung - das habe ich jetzt mal dahin geschrieben. Ich nehme immer mal das Buch da her.

Was ist denn nun Schreckung der Bevölkerung? Und da steht: Wer die Bevölkerung durch Androhen oder Vorspiegelung einer Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum in Schrecken versetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Da kann doch der Schellnhuber froh sein, daß er nicht in der Schweiz lebt. Ja, das habe ich also da aus der Quelle "Schweizerische Gesetzestexte" herausgenommen. Ja, so sieht das eben aus, - es ist unglaublich. Da nehmen sich die Leute die Freiheit oder beschränken unsere Freiheit.

Müßten eigentlich selbst Freiheitsstrafen bekommen, wenn sie so was verbreiten. Ich weiß nicht, wie viele Leute das Buch gelesen haben, besser ist es jedenfalls nicht geworden. Auch wenn es die Leute vielleicht interessiert, aber jeden schreckt das eigentlich ab, wenn er sieht, daß die Erde da jetzt rotglühend gezeichnet wird und sie würde also hier sich so stark erwärmen. Gut, wollen wir mal ein bißchen da reinschauen, was ist überhaupt Klima und was ist Wetter. Das muß man vielleicht ganz kurz mal erklären.

Sie sehen hier die Begriffe Klima und Extremwetter. Es wird ja immer gesagt: Ja, das Extremwetter ist ja jetzt viel häufiger als es früher war, - wir hätten extreme Wettersituationen. Da sage ich mal: "Aufpassen Leute, wir untersuchen ja das Klima und was ist dazu im Gegensatz das Extremwetter?"

Wenn wir hier unten anfangen (zeigt auf Karte), links unten, dann sieht man, daß in diesem großen Rechner (im Computer) - gigantische Rechner, werden ja immer größer und teurer - erst mal Rohdaten eingefüttert werden, das sind die Wetterdaten. In diesen Rechnern sind die nicht nur gespeichert, sondern in diesen Rechnern sind die auch verarbeitet und zwar werden aus diesen Rohdaten Rechendaten.

Zum Beispiel, vorhin hatten wir die Mittelwerte, die Meteorologie lebt von Mittelwerten. Wir brauchen also Tagesmittel, Monatsmittel, Jahresmittel und dann kann man immer über Klima irgendwann eine Aussage machen. Millionen meteorologischer Daten sind also in Großrechnern gespeichert. Meteorologische Daten. Wo sind jetzt die Klimadaten? Das Klima steckt jetzt da mit drin, wenn man über einen genügend langen Zeitraum beobachtet. Im Grunde ist das Klima eigentlich ein virtuelles, globales Modell. Es ist virtuell, ich kann ja nicht rausgehen und sagen: Ah, was haben wir für ein schönes Klima heute.

Ich kann sehen: Es scheint die Sonne, die Temperatur, Niederschlag, Nebel, Wolken usw., Sonnenscheindauer, das sind Wetterdaten. Das wird dann gespeichert. Aber daraus jetzt Rückschlüsse zu ziehen auf das Klima, das ist mehr als gewagt. Das globale Klima ist also ein virtuelles Datenmodell, das man übrigens nicht schützen kann. Wie soll ich denn solche Millionen von Daten schützen? Eine Mauer darum bauen oder wie stellen sich die Klimaschützer das vor? Diese virtuellen Daten im Rechner können nicht Extremwetter in der Natur verursa-

chen. Sondern es ist eher umgekehrt.

Auch die Extremwetter sind in diesen Wetterdaten drin enthalten. Ich kann also nicht hingehen und sagen: "Jetzt habe ich eine ganze Menge Wetterdaten, jetzt hole ich da mal Extremwetter raus." Ja, wie soll denn das gehen? Extremwetter ist ja da bereits mit drin als Wetter-situation. Aber da wird uns auch wieder was vorgelogen, oder auch vorgetäuscht, was man normalerweise gar nicht so leicht nachvollziehen kann. Es wird übrigens oft durcheinander gehauen, Klima und Wetter. Das muß man jetzt mal klar und deutlich sagen, was das für ein riesigen Unterschied ist.

Für eine Aussage zum Klima, - nicht zum Wetter, braucht man einen Untersuchungsraum. Wo? Schweiz, Deutschland, Frankreich, Europa, Amerika oder irgendwas. Da brauche ich also einen Raum, den ich betrachte und einen Zeitraum. Und der muß laut Definition der Klimatologen mindestens 30 Jahre betragen. Ich muß also mindestens 30 Jahre beobachten, wie das Wetter sich entwickelt. Und dann kann ich daraus einen Trend erkennen, was mit dem Klima los sein kann. Die Wetterdaten müssen also eine sehr große Menge sein.

Ich rechne mal kurz das Exempel vor: In Deutschland gibt es rund 200 meteorologische Meßstationen, die das Wetter erfassen - täglich. Sie messen und dokumentieren täglich mindestens drei Wettergrößen. Ich sage mal mindestens drei, es sind in Wirklichkeit mehr. Die wichtigsten, mit denen ich mich auch damals in meiner Doktorarbeit befaßt habe, sind Luftdruck, Temperatur und Niederschlag. Das sind die wichtigsten drei. Die werden auf jeden Fall täglich erhoben und festgehalten.

Wenn ich jetzt zum Beispiel das Klima in Deutschland über 30 Jahre lang - das ist ein Mindestzeitraum 30 Jahre - betrachte, dann muß ich rechnen: 30 Jahre mal 365 Tage mal 200 Meßstationen. Das gibt 2,2 Millionen Daten für einen Parameter, für die Temperatur beispielsweise. Da habe ich einen Parameter und brauche also 2,2 Millionen Daten. Wenn ich jetzt wieder auf die drei Parameter zurückkomme - die ich vorhin genannt habe - für die Hauptklimaelemente also PTR das heißt Luftdruck, Temperatur und Niederschlag, dann brauche ich also das Dreifache, also rund 6,6 Millionen Daten. Das ist eine ganze Menge.

Dann fragt man sich: Was ist jetzt Klimaschutz? Soll man die 6,6 Millionen Daten schützen? Da sieht man eigentlich den Widersinn, was uns erzählt wird: Wir bräuchten Klimaschutz. Im Grunde sind das über 6 Millionen Daten, die zu schützen sind - Das ist doch absoluter Blödsinn. Aber ich kann ihnen sagen, was es ist: Klimaschutz ist ein infantiler Aberglaube und widerspricht der Physik! Wo wir ja hier in den Alpen, sozusagen am Rande der Alpen sind, gehe ich noch mal auf die Alpengletscher ein.

Es wird ja immer erzählt: Die Gletscher wandern zurück, die entwickeln sich rückwärts. Wenn Sie mal genauer hinschauen, stimmt das auch - obwohl nur wieder für eine gewisse Zeit, für einen gewissen Zeitraum. Der letzte Gletscherrückgang begann vor 30 Jahren hier an dieser Stelle - und dann gehen die Gletscher, wie man sieht wieder zurück. So, das liegt an der Temperaturerhöhung und hier unten habe ich die CO₂-Anstiegskurve rein gezeichnet. Die haben untereinander nichts miteinander zu tun, sondern der Gletscherrückgang liegt alleine am natürlichen Anstieg der Temperatur - inzwischen steigt die Temperatur aber nicht mehr. So langsam müßten die Gletscher wieder reagieren.

So, das wird uns verkauft. Was davor passiert ist - deswegen ist es nach links so weit offen - ist doch folgendes. Das sieht doch ganz anders aus, wenn ich die Zeit davor betrachte. Da sehen Sie, daß die Gletscher hier nicht nur zurückgegangen sind, - die mußten erst mal steigen, bevor sie zurückgehen können. Der Gletscher wurde erst mal größer. Hier 1920 herum hat es wieder so einen Abfall und Gletscherrückgang gegeben, - und kurz vorher einen Gletscheranstieg; und hier um 1900 ebenfalls.

Und wenn sie mal Prof. Gernot Patzelt von der Universität Innsbruck folgen, seinen Ausführungen, dann hat er Belege dafür gefunden, daß diese Gletscher immer vor und zurück gehen.

Das kann man also experimentell - nicht im Modell - belegen. Entsprechend ist natürlich die Temperaturkurve gewesen. Zusammenfassend: In den letzten 11.000 Jahren waren die Gletscher während 2/3 dieser Zeit kleiner als heute, woraus auf wärmere klimatische Verhältnisse geschlossen werden kann.

Es war also schon mal wärmer und es war auch wieder kälter. Und es war auch wieder wärmer und es war auch wieder kälter. Das steckt nämlich dahinter, daß die Gletscher eine solche merkwürdige Bewegung machen. Jetzt nennt er dies das Wechselspiel zwischen Gletscherwachstum und Gletscherrückgang - hat es also schon mehrfach vor der Klimakatastrophe gegeben.

Es ist also eigentlich ein altbekanntes Phänomen, nur es wird nicht in der Öffentlichkeit publiziert. Das hat er rausgefunden. Und zwar interessanterweise hat er also Bäume untersucht, die in den Gebieten liegen, wo der Gletscher sich jetzt zurückgezogen hat, da kommen wieder alte Bäume zum Vorschein.

Er hat diese untersucht, altersmäßig mit der C-Karbonmethode (C-Radiokarbonmethode), also der Altersbestimmungsmessung mit der C14-Methode. Und dann hat er gesehen, daß unter den zurückgezogenen Gletschern da unten alte Baumstämme vorkamen. Das heißt, wenn uns suggeriert wird, daß eigentlich die Gletscher schon immer zurückgewandert sind, früher tiefer waren - ja bitte wo kommen denn diese Bäume her? Ich habe noch nie einen Baum unter Eis wachsen sehen! Kann gar nicht sein!

Und das ist eigentlich ein richtiger experimenteller Beweis, fernab von jeder Theorie. Aber wie gesagt, das erfahren wir nicht. Ich war im Sommer, also August 2017, in Österreich an der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe in Kärnten und da kann man oben von dieser Kaiser-Franz-Josefs-Höhe aus fotografieren und sieht den Gletscher "Pasterze" (größter Gletscher Österreichs), in welchem Stadium der sich jetzt befindet.

Hier oben ist die Besucherplattform, das ist hier die Straße, da kann man stehen und fotografieren - das Bild habe ich auch da gemacht. Und da sieht man, der Gletscher hat sich jetzt da oben hin zurückgezogen. Was jetzt natürlich noch gesagt werden muß, daß es innerhalb eines Jahres zwischen ... Sommer und Winter natürlich auch Schwankungen gibt: Da kommt der Gletscher im Winter vor, dann geht er im Sommer zurück - das sind auch Schwankungen.

Dann gibt es aber noch Schwankungen, von denen ich vorhin gesprochen habe, die noch viel größer sind. Man sieht also hier: Der Gletscher hat sich zur Zeit sichtbar zurückgezogen - zur Zeit. Was davor war, kann man auch hier an Baumstämmen untersuchen (auch hier findet man Schilder). Auch hier war also schon mal der Gletscher nicht ganz unten, sondern muß schon mal oben gewesen sein, wenn darunter sehr alte Bäume zu finden sind.

Dagegen war also der Gletscher um 1915, 1965, 1985 talabwärts vorgedrungen - also dieser besagte ständige Wechsel zwischen Gletscherverlängerung und Gletscherverkürzung. Wenn man natürlich das nicht weiß oder sich im Internet nicht schlau macht - kann eigentlich jeder machen - dann glaubt man den Schwachsinn, daß die Gletscher schon immer da waren, früher ganz unten waren und jetzt ziehen sie sich über Jahrhunderte immer weiter zurück.

Das ist totaler Blödsinn. Aber so werden wir eben getäuscht. So, wie alle Alpengletscher, - das war in Österreich - zeigen diese säkularen Längenänderungen, das heißt dieses ständige im Wechsel der Jahreszeiten oder im Wechsel von Jahrhunderten, immer wieder Längenänderungen. Hier haben wir so Beispiele, die gerne publiziert werden: Gletscherschwund und Klimawandel zeigt man dann hier von 1890 diesen Gletscher "Schneeferner" und dann im Jahre 2003 wie sich das dann jetzt zurückentwickelt hat.

Da kriegt natürlich jeder einen Schrecken, wenn er nicht weiß, was sich da wirklich abgespielt hat. Ja, und hier ist noch mal die Kurve von Patzelt, wo man also sieht, wie die wirkliche Entwicklung aussieht, die leider die Wenigsten kennen. Also immer auf und ab von Gletschern. Und dann paßt das hier, muß man sich nur die Zeiten raussuchen. Das kann man dann

so wunderbar belegen, daß tatsächlich hier immer ein Gletscherkommen und -gehen war. Das Klima hat viele Aspekte. Ich kann Ihnen ein paar raus greifen, um Ihnen zu zeigen, was uns vorerzählt wird und wie die Medien nachher darauf springen. Der Eisbär war immer das Symbol der Klimaschützer und hier sehen wir - rechts steht es dran - das Bild ist eine Fälschung - hat jemand entdeckt, daß hier irgendwie montiert wurde.

Also dieser einsame Eisbär ist nicht bedroht, nun darum hat man den aber auch auf so 'ne Scholle gestellt, fototechnisch soll es so aussehen: Ja, mein Lebensraum schwindet jetzt. Ist natürlich völliger Blödsinn. ... Man ist also auch zu Fälschungen bereit, um diesen Eindruck zu erwecken, der Eisbär ist durch einen sogenannten Klimawandel bedroht.

Sehr schön, Ich führe hier noch mal einen Fachmann an, den ich glaube schon mal erwähnt habe: die Behauptung, das Eisbären durch den Klimawandel bedroht seien, ist falsch. Der Eisbär - und das find ich besonders schön, was er dann sagt - der Eisbär lebt nicht vom Eislutschen! Noch schöner kann man es gar nicht kaum ausdrücken - sondern der Eisbär lebt von Seehunden und anderen Meerestieren.

Und deswegen leben auch die Eisbären bei uns im Zoo. Sie brauchen das große Eis eigentlich gar nicht. Das wird einfach so unterstellt. In Wahrheit ist die Eisbärenpopulation in Alaska und in Nordamerika also von ca. 5.000 - das war so der Tiefstand - in den letzten 40 Jahren wieder auf 25.000 angestiegen.

Die Eisbärenpopulation nimmt also zu, nicht ab! Ja und woran liegt das? Weil eben die Jagd auf Eisbären verboten wurde. Was das für eine Wirkung hatte: Man verbietet das Schießen von Eisbären, obwohl es immer noch welche gibt die das tun, aber schon nimmt die Eisbärenpopulation zu. Das heißt, dieser Eisbärenrückgang, der war eigentlich nur durch das Abschießen erfolgt. Und von wegen Klimawandel!

Ja was glauben Sie, wer Eisbärenfelle kauft, wer da an der ersten Stelle steht? Für 10.000 Dollar werden die gehandelt, wer ist scharf auf Eisbärenfelle? Deutschland. Die Deutschen kaufen das, sind ganz scharf auf Eisbärenfelle. Wir müssen uns also selbst eigentlich das vor Augen halten, daß wir da mit schuld sind, daß die Eisbären sterben. Aber das ist ja jetzt verboten, das Eisbärenschießen.

Übrigens gab es Eisbären schon seit 600.000 Jahren. 600.000 Jahre heißt also, durch alle Eiszeiten, Warmzeiten, Eiszeiten, Warmzeiten sind diese Eisbären hindurchgegangen. Die haben das alles überlebt, hat ihnen nicht im Geringsten geschadet. So, und insbesondere auch hier um 4500 v. Chr. also in der Mittelsteinzeit, und in der Jungsteinzeit um 2400 v. Chr., und auch 1200 n. Chr., als es auch so warm war wie im mittelalterlichen Optimum. Das haben die Eisbären auch hinbekommen, obwohl es überall wärmer geworden ist.

Das hat eben nicht mit der Temperatur zu tun. Vielleicht können Sie sich an den guten Herrn erinnern, den müßten eigentlich alle kennen, weil er sich immer wo eine Kamera steht nach vorne drängt und sagt: "Ich möchte etwas sagen zum Klimawandel". Und da verkündet er im Jahr 2000 die drohende, Sie sehen hier mit dem Finger, die drohende Klimakatastrophe. Im Jahre 2000 verkündete Mojib Latif folgendes: "Winter mit starkem Frost und viel Schnee wie noch vor 20 Jahren wird es in unseren Breiten nicht mehr geben."

Durch den Klimawandel. Sie wissen alle, daß das natürlich eine furchtbare Blamage war, denn es kam was ganz anderes raus dabei. Die Realität: Dieser Winter, das war also in 2013, ist der fünfte in Folge mit Frost und Schnee. Das ist aus dem Allgäu, also in unseren Breiten auf jeden Fall. Das Allgäu ist ja bekannt, daß es da kräftig schneien kann.

Und als Mojib Latif diese Bilder gesehen hat und erfahren hat, daß es sehr viel Schnee gibt, da war er bei uns aus dem Hörsaal nach seinem Vortrag schnell weg, hat sich keiner Diskussion gestellt. So ist das eben. Ach wie kann man auch nur, sage ich, so eine Prognose abgeben? Der Februar 2013 war also mit 1 Meter Schneehöhe im Allgäu, das war schon wirklich sehr viel. Im Winter 2009/2010 lag vielerorts an 90 Tagen - das ist eine ganze Menge - 3 Monate

lang, auch an schneearmen Orten wie beispielsweise Freiburg Schnee. Freiburg ist ja eigentlich dafür bekannt, daß es da immer sehr warm ist.

Und auf Norderney lag Schnee, wo ja Schnee eigentlich eher sehr selten ist. Ja, durch diesen Kälteeinbruch und diese Wärme, die dann wieder abwechselnd stattgefunden hat, da sagt man dann: Ja, wie kann das so kalt sein? Und die Klimawandler haben sofort eine Idee gehabt, wie das sein kann: "Die kalten und zum Teil sehr schneereichen Winter der letzten vier Jahre sind ein Zeichen der Erderwärmung." Es ist wirklich wahr! Das wurde gesagt, ein Zeichen der Erderwärmung.

Ich sage mal, für wie blöd haltet ihr eigentlich die Leute? Allerdings hatte keines dieser Klimamodelle diese Abkühlung, die da stattgefunden hatte in den letzten 10 Jahren, vorausgesagt. Diese sinkenden Temperaturen waren einfach nicht vorgesehen. Und da waren die Klimamodelle natürlich wieder sehr beschädigt. Erst dann im Nachhinein, als man gesehen hat es ist kälter geworden mit viel Schnee, da kam man dann auf diesen dubiosen Erklärungsversuch und hat gesagt: Ja, dann müssen wir unsere Meinung halt ein bißchen anpassen der Realität, und dann kommt halt so ein Blödsinn raus wie im Zeichen der Erderwärmung.

So, ich hab noch paar Minuten glaube ich, oder? Noch ein Thema hier: Meeresspiegelanstieg in der Südsee. Die Karolineninseln, da ist es ja so, daß man ja gesagt hat, einige Inseln verschwinden. Da steigt der Meeresspiegel so stark an, daß die schon nasse Füße kriegen an einigen Stellen, und bejammern: "Der Klimawandel läßt unsere Inseln verschwinden". Ja, was war wirklich der Fall? Ich habe es zufällig im ZDF gesehen, ich hab das selbst gesehen im März 2009 - angeblich steigt der Meeresspiegel in Mikronesien an.

Tatsächlich gibt es dort aber zwischen den kleinen Karolineninseln und der großen Pazifikplatte longitudinale und vertikale Bewegungen. Wenn man sich hier diese Karte anschaut, diese tektonische Karte der Erde, dann weiß man ja auch, daß sie aus vielen Platten besteht, großen und kleinen Platten. Jetzt gibt es Platten, die bewegen sich longitudinal oder vertikal oder unterschieben einander, es schiebt sich darunter.

Und was das ZDF eigentlich hätte wissen müssen, daß es Platten gibt, grad hier im Bereich der Karolineninseln, die sich durch die Tektonik absenken, und dann sieht es so aus, wenn ich auf einer sinkenden Platte stehe, als würde der Meeresspiegel steigen. Das ist doch bewußt gemacht. Also so schlecht können die doch gar nicht recherchieren! Da steckt doch Absicht dahinter! Und im Übrigen - da habe ich mir das mal rausgesucht in der Literatur, die Karolineninseln, wo die hier liegen (zeigt auf Karte) - da sehen wir diese grüne Linie, die hier ist, und an dieser Stelle (zeigt auf Karte), das ist die Plattengrenze.

Also hier die Pazifik-Platte auf der rechten Seite (zeigt auf Karte), die eigentlich an der Stelle konstant geblieben ist, und die Karolinen-Platte auf der Seite. Wenn man jemanden da hin stellt (zeigt auf Karte) - einen Bewohner der Karolinen-Platte - und stellt ihn da hin und der steht auf einer sinkenden Platte, dabei hebt er die Hände und sagt: "Um Gottes Willen, der Meeresspiegel steigt!" So werden wir getäuscht.

Ich hab auch ans ZDF geschrieben, aber glauben Sie nicht, daß da eine vernünftige Antwort kommt. Das ging bis zum Intendanten hoch. Der Intendant hat es dann an den zuständigen Ressortleiter für Umwelt weitergegeben. Da kam aber dann nichts. Aber die haben sehr höflich und nett geschrieben: "Wir danken Ihnen für Ihre Eingabe." Aber eine Antwort kam dann nicht. Also, so sieht das aus.

Und das gleiche Spiel - das muß ich jetzt nicht noch wiederholen - gilt übrigens auch für die Fidschi Inseln. Bei der Klimakonferenz in Bonn jetzt - da war ja auch einer von den Fidschi Inseln dabei - der sagte auch: "Der Meeresspiegel steigt irgendwann, dann werden wir verschwunden sein." Ja, das ist genau das Gleiche an der Australischen Platte und an der Pazifischen Platte (siehe Karte). Da sage ich mal, die Fidschi Inseln könnten theoretisch tatsächlich überspült werden - der Mann hat also recht - falls die lokale Platte weiter absinkt. Und nicht,

falls sich die Erderwärmung, oder die Erwärmung der Atmosphäre erhöht, sondern die Platte könnte noch weiter sinken. Das weiß man noch gar nicht so genau.

In der Geologie kann man diese Zukunftsentwicklung nicht so nachvollziehen. Sinkt die, dann werden die dann tatsächlich verschwinden. Und die Entwicklungsländer haben jetzt verstandenes Kapital zu schlagen aus dem Klimawandel. Sie sagen: Ihr Industrieländer seid schuld, daß der CO₂-Anteil so hoch gestiegen ist. Und wir, was machen wir in den Industrieländern? Wir zahlen Ausgleichszahlungen an diese Länder! Kann man das noch verstehen?

Aber hier muß ich mal den SPIEGEL loben, ich will das nicht unterdrücken: SPIEGEL aus 24.12.2012, "Rätsel der sinkenden Insel". Immerhin gibt der SPIEGEL zu, daß die Insel sinkt! Das ist schon bemerkenswert, denn zwei Jahre später sagen sie: "Klimawandel - der Meeresspiegel steigt!" Also das geht gerade so, wie man es brauchen kann.

So, noch ein Wort zu der Klimatologin Petra Gerster, auch eine "Fachfrau" für Klima. Sie hat uns nämlich gezeigt, daß es im Jahre 2100 sein kann, daß die Wüste - hier oben (zeigt auf Karte) also die Sahara - so bleibt, aber hier wo der Tropische Regenwald heute ist, ist jetzt auch alles trocken und der Tropische Regenwald verschwunden. Durch den Klimawandel, meinte sie.

Da sag ich, Frau Gerster hat nicht aufgepaßt im Erdkundeunterricht. Man könnte sie mal fragen nach der Erdkunde-Note, die sie gehabt hat. Sonst hätte sie eigentlich wissen müssen, daß die Zunahme der globalen Temperatur für wenige Grad die Tropischen Regenwälder zum Verschwinden bringen soll - daß das ein absoluter Blödsinn ist. Warum, das lernt man in der Geographie - weil nämlich der Nordost- und der Südost-Passat sich da treffen im Bereich des Äquators - das haben wir alle mal gelernt.

Und wo so große Strömungen, also Meeresströmungen und Winde, zusammenkommen, haben wir aufsteigende Luft. Wo sollte sie sonst auch hin, wenn sie zusammenkommen. Und aufsteigende Luft heißt immer Tiefdruckgebiet, (da sind) Dauer-Tiefdruckgebiete, also (da ist die) äquatoriale Tiefdruckrinne. Das kann man nicht durch zwei oder drei Grad Erhöhung beseitigen, diese Strömungen auf der Erde. Ja, das ist diese Konvergenz der Passatzonen. Da hat sie wahrscheinlich nicht aufgepaßt in der Schule.

Und dann frage ich mich: Warum sollte sich der Tropische Regenwald - nämlich hier (zeigt auf Karte), der ja hier war oder heute ja immer noch hier ist -- warum sollte der sich denn nach Süden verschieben? Man könnte ja auch sagen, der kann sich nach Norden verschieben. Sie sagen; er verschiebt sich, ja wohin denn? Aber warum sagen die das, er verschiebt sich nach Süden? Weil dann nämlich das Wüstengebiet größer wird. Die Erde, der Sahelbereich verschwindet, es geht alles nach Süden, es wird trockener, die Wüsten werden größer.

Als ich studiert habe, Geographie, da hieß es immer - mein damaliger Professor hatte schon gesagt: "Das stimmt gar nicht, die Desertifikation!" Also das heißt die Ausbreitung der Wüsten, im Gegenteil: Die Savanne breitet sich aus. Die Savanne breitet sich aus, nicht die Wüste. Das wurde sehr viel untersucht, ich könnte mal einen Kollegen hier nennen von der Universität Amsterdam, Chris Reij.

Der hat also untersucht wie die Bäume und die Sträucher im Sahel immer mehr werden. Der hat das durchgezählt, der fährt alle zwei Jahre dahin, zählt und fotografiert die Bäume und sieht, die Wüste blüht. Kann man so kurz sagen, dem bekannten Film angelehnt. Ja das Gegenteil ist der Fall, also die Angst vor einer Wüstenausdehnung wird damit geschürt, das Gegenteil ist aber der Fall. Die Baum- und Strauch-Savanne dehnt sich langsam aus, wie nachgewiesen wurde. Wieder experimentell und nicht mit Computermodellen.

Ja und da braucht man sich nicht zu wundern, ist vorhin schon mal angeklungen wie sich der ZDF-Fernsehrat zusammensetzt. Inzwischen hat es sich etwas gebessert, der Anteil hier ist etwas zurückgegangen. Staat und Parteien haben eben einen großen Einfluß auf die Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrates und da wird sozusagen bestimmt, was gesendet wird und

nicht gesendet wird.

Ja, nochmal zurück wo wir gerade bei den Medien sind, die politisierten Medien: Von 2000 - 2010, viele wissen es vielleicht noch, war Nikolaus Breder ZDF Chefredakteur. 2012 sagte er in einem ZEIT.de-Interview, zu Beginn seiner Amtszeit wäre es üblich gewesen, daß Politiker bei einfachen Redakteuren anriefen, um Druck auf die Berichterstattung auszuüben.

Das hat ihm nicht gut getan - so eine Aussage. Es passierte nämlich dann folgendes: Eine Verlängerung seines Vertrages wurde vom Verwaltungsrat mit Unionsmehrheit abgelehnt! So passiert es also, wenn man sich da mit zu viel Wahrheit aus dem Fenster lehnt. Damit ist ein Journalist zum Opfer einer parteipolitischen Machtdemonstration geworden.

Nun muß man aber nicht nur was Negatives sagen über die Medien. Ab und zu kommt es mal vor, daß was Positives versehentlich gesagt wird. Und zwar gibt es in der ARD ein Video: "ARD spricht Klartext über den Klimawandel". Da kommen also ein paar bekannte Klimawissenschaftler, nicht Klimawissenschaftler, sondern Klimatologen, die sich mit dem Thema wirklich seriös auseinandersetzen. Kritiker! Die kommen also da zu Wort und wenn sie das anschauen wollen, sehen sie, daß tatsächlich auch mal was anderes gesagt wird, nicht nur gelogen wird. Aber ich würde das mal für die Ausnahme halten.

Ich weiß nicht, ob es so viele andere Sendungen gegeben hat. Noch ein Wort zum Schwund des Antarktiseises, auch das ist so ein Thema, ein Dauerthema eigentlich: Die Antarktis würde kleiner werden. Jetzt kommt der Spiegel wieder von einer anderen Seite und der schreibt dann: Daß ein Viertel der Eisfläche an diesem nördlichen Schelf da, an diesem Wilkins-Schelfeis zurückgegangen ist. Greenpeace greift das auf und sagt: "Wo das Klima kippt!". Aber so ein Kippen kann ich mir nicht vorstellen, es ist eine langsame, stetige Entwicklung die da stattfindet.

Man könnte jetzt noch ein bißchen weiter erzählen, aber ich will das mal abkürzen und eigentlich zu dem Schluß kommen. Da möchte ich ihnen ein Bild zeigen: Ja, die Pinguine wären in Gefahr. Nachdem es die Eisbären waren, sollen es jetzt die Pinguine sein! So schnell geht das in den Medien. In Wirklichkeit ist die Eisfläche angestiegen. Ich gehe jetzt mal ein bißchen schneller durch, um zum Ende zu kommen. (Nun ein Bild zum) Umgang mit Kritikern, das habe ich selbst erlebt wie man da runtergemacht wird.

Und er (gemeint ist Georg Delisle) würde die Klimaforschung in den Dreck ziehen, kam in einer Panoramasendung, weil er sich kritisch geäußert hatte über den Permafrostboden. Permafrostböden, die sind nicht bedroht. ... Was passiert mit Kritikern? Philippe Verdier, 47 Jahre alt, ein Wetterfrosch sozusagen, ein Meteorologe im französischen Fernsehen, einer der bekanntesten Wetteransager von France 2 wurde 2015 beurlaubt, weil er sich gegen die Klimadarstellung der "Mainstream-Wissenschaft" ausgesprochen hatte.

Was hat er gesagt nämlich, warum wurde er gefeuert? "Der Klimawandel sei ein Komplott, ein weltweiter Skandal, eine Höllenmaschine, um uns Angst zu machen." Stimmt alles ganz genau, aber das kann man doch nicht sagen, wenn man noch in Diensten des Staates steht. Da muß man schon aufpassen, was einem lieber ist, der Job oder die Wahrheit sozusagen. Da haben wir wieder das Dilemma, was wir schon ein paar Mal hier besprochen haben. (Applaus) Thorsten Schulte ist jetzt nicht da, aber ich bringe das in Zusammenhang: "Kontrollverlust - das System verträgt immer weniger die Wahrheit".

Da sieht man es wieder, wie das System mit der Wahrheit umgeht. Er mußte also seinen Dienst erst mal quittieren. Da haben wir so ein Beispiel aus der Klimatologie, wie man umgeht mit solchen Leuten. Ja, jetzt möchte ich noch die Schlußfolie zeigen.

Ja, das vielleicht noch als Vorletztes: Steven Koonin, ein Staatssekretär, auf uns übertragen wäre das ein Staatssekretär, 2009 - 2011 war er auch Professor für Theoretische Physik. (Er) ... hat im Interview mit Mary Kimmel gesagt, daß es massive Datenfälschungen gab bei NOAA und bei NASA, diesen offiziellen Behörden, und das sagt er natürlich deswegen, weil er jetzt

nicht mehr im Dienst steht. Also packt er aus sozusagen und sagt: "Hier wurde schwer manipuliert".

Ja, warum findet der Klimawandel in den Köpfen statt? Den Politikern schwebt die große Transformation vor. Das heißt also gesellschaftliche Änderungen, Dekarbonisierung, weg mit den fossilen Energieträgern aus unseren technischen Anlagen; Dezentralisierung, langfristig auch De-Industrialisierung. Was das in der Konsequenz bedeutet, dann wird man wieder ein Volk von Bauern und Handwerkern. Gut, das ist ein bißchen übertrieben, aber De-Industrialisierung zielt letztlich darauf ab.

Eine Ankurbelung der Konjunktur ist doch schön, aber warum brauche ich dann das CO₂? CO₂ ist gar kein Klimakiller, aber man muß halt einen Bösewicht haben, der dafür gerade stehen muß, den man ran ziehen kann. Ja die Forschung hat natürlich wie ich vorher schon sagte Fördergelder, und Klimaschutzkonzepte gibt es dann in Orten und Städten in kleinen Büros. ... Viele Politiker wissen, daß sich das Klima schon immer ohne menschlichen Einfluß verändert hat. Das ist denen bekannt! Nicht allen, es gibt auch welche wo ich den Eindruck habe, die haben gar nichts verstanden.

Aber eigentlich: Die Spitzen die wissen das und sie wissen auch, es gibt keinen Klimawandel durch menschliche Aktivitäten ... Politische Ideologie hat eben Vorrang, einen höheren Stellenwert als die Wirklichkeit. So, jetzt komme ich wieder an dem Punkt an, wo wir schon einmal waren: Die wahre Natur der Klimavariabilität wird als Verschwörungstheorie oder Populismus abgestempelt. Ich bin also auch, wie ich schon sagte am Anfang, ein Verschwörungstheoretiker. Oder man ist eben populistisch. Und das ist ein Totschlag-Argument, dann können sie jeden an die Wand bringen. ...

Ja, das ist noch schön, das kann ich auch noch sagen: Holger Strohm sagte in einem Interview mit KenFM: "Die meisten Politiker sind psychisch krank". Und der renommierte Psychoanalytiker Dr. Hans Joachim Maaz geht noch weiter und bestätigt das und sagt: "Viele deutsche Politiker - Spitzenpolitiker - sind psychisch gestört."

Die haben die Ideologie als riesige Scheuklappen und sehen nicht immer die Realität. Also der bezeichnet das als Krankheit. Ein Psychoanalytiker der hat das untersucht an vielen Aussagen. ... So, dann komme ich wieder zurück zu meiner These: Der Klimawandel ist nicht anthropogen, also vom Menschen gemacht, sondern er ist politisch gemacht, eine politische Ideologie, er ist politogen.

Deswegen habe ich dieses Wort erfunden, um das mal zum Ausdruck zu bringen. So, man muß wirklich kein Klimatologe sein, um den menschengemachten Klimawandel zu entlarven als Inszenierung einer politischen Ideologie mit Hilfe ausgeklügelter Medien-Propaganda. So sieht es also aus. Für mein Schlußwort habe ich mir hier Sonja Margolina ausgesucht, weder Klimaexpertin noch Politikerin, sie ist also promovierte Biologin und Publizistin. ... Man muß nicht Klimawissenschaftler sein, sondern es reicht ein gesunder Menschenverstand.

Und es ist schön was sie sagt, es ist die Zusammenfassung davon, was ich jetzt eine Stunde erzählt habe, das kann man schön zusammenfassen. Sie sagt als Nichtfachfrau auf dem Gebiet: "Klimawandel ist ein hochideologischer Begriff, der die Utopie der "Klimarettung" zum Ziel des politischen Handelns und zum moralischen Gebot erhoben hat."

Es ist also eine Utopie, sagt eine, die keine Klimatologin ist. Man muß nur aufmerksam recherchieren, dann kommt man darauf. Und ihr zweiter Satz, den ich auch sehr schön finde, der meinen Abschluß hier bringen soll meines Vortrages: "Man darf nicht übersehen, daß dieses Denkmodell mit handfesten Interessen zahlreicher Profiteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Öko-Industrie verbunden ist." Also es gibt auch hier natürlich Profiteure, deswegen läuft die ganze Geschichte. ...<<

27.12.2017

BRD: Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtet am 27. Dezember 2017:

>>Die Hierarchie der Verschwörer - Das Komitee der 300

Von Gastautor *John Coleman*

Das Buch von Dr. Coleman "Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300" veranschaulicht wer die Fäden in dieser Welt zieht. Von der Öffentlichkeit unbemerkt, lenkt eine kleine elitäre Gruppe die Weltgeschehnisse.

Ein Exposé der geheimsten Gesellschaft in der Welt: Können Sie sich eine allmächtige Gruppe vorstellen, die keine nationalen Grenzen kennt, über dem Gesetz aller Länder steht und die alle Aspekte der Politik, der Religion, des Handels und der Industrie, des Banken- und Versicherungswesens, des Bergbaus, des Drogenhandels und der Erdölindustrie kontrolliert - eine Gruppe, die niemandem als ihren eigenen Mitgliedern gegenüber verantwortlich ist?

Die überwiegende Mehrheit der Menschen hält dies für unmöglich.

Doch daß es eine solche Körperschaft gibt - das Komitee der 300 -, wird in dem Buch "Das Komitee der 300: Die Hierarchie der Verschwörer" anschaulich dargestellt.

Es gibt Politiker und Publizisten, die versuchen, diese Probleme anzugehen, sprechen oder schreiben über "sie". Colemans Buch sagt genau, wer "sie" sind und was "sie" für unsere Zukunft geplant haben.

Ereignisse, die seit der Erstveröffentlichung dieses Buches abgelaufen sind, sprechen Bände über die Richtigkeit der getroffenen Vorhersagen.

Nachfolgend ist ein Ausschnitt "Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300" aufgelistet, der die wichtigsten Ziele dieser Machtelite behandelt.

"Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300"

Diese Ziele sind:

Die Eine-Welt-Regierung, d.h. eine Neue Weltordnung (New World Order) mit einer **einheitlichen Kirche und einem einheitlichen finanziellen System** unter ihrer Direktion zu schaffen. Nicht viele Leute sind sich dessen bewußt, daß die Eine-Welt-Regierung begann, ihre "Kirche" in den zwanziger und dreißiger Jahren zu errichten, da sie realisierten, daß dem Menschen ein religiöses Bedürfnis angeboren ist und einen Ausdruck haben muß. Deshalb begannen sie, einen "Kirchen-Körper" zu bilden, der den Glauben in die von ihnen gewünschte Richtung lenken sollte.

Um die völlige **Zerstörung aller nationalen Identitäten und allen nationalen Stolzes** zu erzielen - verkörpert in dem alten Spruch "Pride of Face, Pride of Race, Pride of Place" ("Stolz auf das eigene Gesicht, Stolz auf die Rasse, Stolz auf die Herkunft) - war es eine primäre Überlegung in dem Konzept der Eine-Welt-Regierung, die Individualität aller Leute auszurotten, um die "Masse" zu kreieren.

Die **Zerstörung der Religion** in die Wege zu leiten und auch auszuführen, **insbesondere die der christlichen Religion**, mit einer Ausnahme: die Mischreligion der "Eine-Welt-Regierung".

Die Fähigkeit zur **Kontrolle der einzelnen Person durch Mittel der Bewußtseinskontrolle**; außerdem das, was Brzezinski als "Technotronics" bezeichnet: die **Erschaffung menschenähnlicher Roboter** (genetisch geschaffene Klone) **und ein System des Terrors**, das Felix Dserschinskis Roten Terror im Vergleich dazu milde aussehen lassen würde.

Das **Ende aller Industrialisierung** und der Produktion von nuklear generiertem elektrischem Strom herbeizuführen, mittels dem, was sie eine "Post-Industrielle Nullwachstumsgesellschaft" nennen, ausgenommen in der Computer- und Dienstleistungsindustrie. Die verbleibende Industrie der Vereinigten Staaten würde in Länder wie Mexiko und den Fernen Osten exportiert werden, wo Sklavenarbeit in Hülle und Fülle vorhanden sei.

Wie wir seit 1993 sahen, entwickelte sich dies tatsächlich durch den Erlaß des *North American Free Trade Agreements*, bekannt als *NAFTA*. (Es wurde seitdem durch *GATT* und die Welthandelsorganisation *WTO* "verbessert"). Unbeschäftigte in den Vereinigten Staaten, die

sich im Anfangsstadium industrieller Zerstörung befinden, würden entweder opium-, heroin-, oder kokainabhängig werden, oder sie würden im Prozeß der Eliminierung "überflüssiger Bevölkerung" nurmehr statistische Zahlen sein; dies kennen wir heute als den *Global 2000 Report*.

Den **Gebrauch von Drogen zu fördern** und vielleicht zu legalisieren, und **Pornographie zu einer "Kunstform" zu machen**, die weithin akzeptiert wird und eventuell allgemein weit verbreitet. Als neueste Entwicklung können wir vermelden, daß die Pornographie sich bis 2004 in der "Mainstream-Kultur" festgesetzt hat, und daß das Theater in Australien offen Pornographie in eigentlich nicht-pornographischen Stücken zeigt. Dies nennt man "Wirklichkeits-Programmierung".

In Holland machte die erwünschte "Wirklichkeit" einen Entwicklungssprung, als am 10. Oktober 2005 der Film *Das Leben, Sex und Drogengenuß* auf *BNN* gezeigt wurde, dem holländischen Jugendkanal. Danach gab es "Diskussionsrunden", um verschiedene Ansichtsweisen vorzustellen. Der Film handelt über einen 26-jährigen Holländer, der auf eine Kneipentour geht und Heroin in Pillenform einnimmt. Anschließend geht er nach Hause, zieht sich in der Gegenwart seiner Mutter LSD rein, findet eine Gespielin und befriedigt sie oral.

Die im Film gestellte Frage lautete: "Wer genoß den Sex mehr, der Mann oder die Frau?" Diese zur Schau gestellten Perversionen sind **Teil des Programms einer langanhaltenden, auf die Manipulation der Psyche gerichteten Konditionierung**. Das *Tavistock-Institut* hat die Regeln hierfür im Jahre 1946 eingeführt. Sie werden dem Grunde nach bereits von Oswald Spengler in seinem monumentalen Werk *Der Untergang des Abendlandes* vorausgesehen und sind Teil einer Strategie, die westliche Kultur zu zerstören.

Eine weitere Absicht der Menschenmanipulateure ist es, **große Städte zu entvölkern**, entsprechend den Versuchen, die das kommunistische Pol-Pot-Regime in Kambodscha durchgeführt hat. Es ist interessant zu wissen, daß die massenmörderischen Pläne von Pol Pot durch die Forschungsinstitutionen des *Club of Rome* in den Vereinigten Staaten inspiriert gewesen sind. Thomas Enders, ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums, war mit ihrer Ausarbeitung betraut. Es ist ebenso interessant zu wissen, daß das *Komitee* versuchte, die Schlächter Pol Pots in Kambodscha wieder an die Macht zu hieven, damit sie einer Verurteilung als Massenmörder entgehen konnten.

Alle wissenschaftlichen Entwicklungen zu unterdrücken, außer jenen, die das Komitee für nützlich hält. Im Fadenkreuz ist besonders die Nutzung nuklearer Energie für friedliche Zwecke. Nationen, die auf den Aufbau nuklearer Energiestationen bestanden, mußten heruntergewirtschaftet werden.

Beispiele von Nationen, mit denen man sich "beschäftigen" mußte, sind der Iran, Argentinien, Südafrika und Pakistan. Besonders verhaßt sind die Fusionsexperimente, verhöhnt und lächerlich gemacht durch das *Komitee* und ihre unterwürfige Presse. Die Entwicklung von *Fusion Torch*-Technologie würde das Konzept der "beschränkten natürlichen Ressourcen" des *Komitees* völlig ad absurdum führen.

Ein *Fusion Torch*, falls richtig genutzt, könnte unbegrenzte und bisher unangezapfte natürliche Rohstoffe liefern, sogar aus den gewöhnlichsten Substanzen. Die Nutzung von *Fusion Torch* ist eine Legion; diese Technologie würde der Menschheit in einer Weise helfen, die von der Öffentlichkeit bis jetzt nicht im Geringsten verstanden wird. Mehrere Wissenschaftler haben ihrer Ansicht Ausdruck verliehen, daß Fusionstechnologie neue Ölressourcen schaffen könnte.

Durch begrenzte Kriege in den Industrieländern **soll eine Verminderung der Bevölkerung**, die einen "Überfluß hinsichtlich des bestehenden Bedarfs" darstellen, **erzielt werden**. In den Ländern der Dritten Welt will man dasselbe **durch Hungersnöte, Krankheiten und Pandemien** erreichen, nämlich den **Tod von drei Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050** - Bert-

rand Russels "nutzlose Esser" sollen verschwinden. Das *Komitee der 300* beauftragte Cyrus Vance, ein Dokument über das Thema zu schreiben, wie ein solcher Massenmord am besten zu bewerkstelligen wäre.

Die Studie wurde erstellt, und Vance präsentierte sie unter dem Titel *Global 2000-Report*. (Wir nahmen darauf bereits Bezug.) Sie wurde geprüft und durch den früheren US-Präsidenten James Earl "Jimmy" Carter und durch Edwin Muskie, den damaligen Außenminister, im Auftrag der US-Regierung für gut befunden. Nach den Richtlinien des *Global 2000-Reports* soll die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bis in das Jahr 2050 um 100 Millionen reduziert werden.

Um **das moralische Rückgrat der Nationen zu schwächen**, instrumentalisierte das *Komitee* (Hollywood-) "Stars", die der Masse den Weg zeigen sollten. Die Institution der Ehe konnte durch diese mediale Dauerberieselung untergraben und das eheliche Geschlechtsleben pervertiert werden. Die Gossensprache fand Eingang in alle sozialen Schichten, der Konsum von Drogen wurde salonfähig gemacht, aufreizende Moden sollten den Sextrieb anstacheln.

Einige der führenden "Stars", die besonders für diesen Zweck quasi durch die Sozialwissenschaftler des *Tavistock-Institutes* geschaffen wurden, waren "Madonna", Kate Moss und Britney Spears.

Viele der heutigen sogenannten "Stars" im Filmgeschäft, auf Bühnen und in Theatern, in der Modeindustrie, in Talkshows, wie Bob Barker von *The Price is Right* (deutsche Entsprechung: *Der Preis ist heiß*), "Rosie O'Donell" und Ellen DeGeneres, würden unglücklich sein, zu erfahren, daß sie kaum mehr als das Endprodukt Edward Bernays', des Neffen von Sigmund Freud, sind. Sie haben ihre Karriere H. V. Byron, Dicks, Madeline O'Hare, den "Stars" unter den Sozialwissenschaftlern im *Tavistock-Institut* zu verdanken.

Weil Arbeitsplätze verschwinden, dank der postindustriellen Nullwachstumspolitik, die durch den *Club of Rome* eingeführt wurde (insbesondere zielt man auf die Stahl- und die Werkzeugherstellung sowie auf Maschinen- und Schiffbau), sieht der Bericht demoralisierte und entmutigte Arbeiter voraus, die nicht mehr länger beschäftigbar sind; sie sind Überbleibsel des industriellen Zeitalters von Amerika, die, um sich zu trösten, Alkohol und Drogen nehmen. Die Jugend des Landes wird durch Rockmusik, Drogen und später Pornographie ermutigt werden, gegen den Status Quo zu rebellieren, und so die Familie zu unterminieren und letztlich zu zerstören.

Zur Durchführung dieser Absicht beauftragte das *Komitee der 300* das *Tavistock-Institut* zur Entwicklung eines Plans, wie dies erreicht werden könne. *Tavistock* beauftragte das *Stanford Research Institute*, diese Arbeiten unter der Direktion von Professor Willis Harmon aufzunehmen. Diese Arbeit wurde später als die "*Aquarian Conspiracy*" ("*Wassermann-Verschwörung*") bekannt.

Weiteres Ziel ist, **die Völker überall davon abzuhalten, ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, indem eine inszenierte Krise der nächsten folgt**, um dann der Öffentlichkeit die Notwendigkeit vor Augen zu führen, daß man solche Krisen "managen" müsse. Diese inszenierten Krisen werden die Bevölkerung verwirren und demoralisieren - bis zu dem Punkt, an dem sie mit zu vielen Wahlmöglichkeiten konfrontiert werden.

Massenhafte Apathie wird das Resultat sein. Seit dieser Plan im Jahre 1991 geschrieben wurde, ist den Vereinigten Staaten diese "Schocktherapie" verabreicht worden. Sie hat eine landesweite Krankheit hervorgerufen, bei der sogar die unglaublichsten Zustände keinen Protest oder Bedenken hervorrufen. In den Vereinigten Staaten ist bereits eine Agentur für Krisenmanagement eingerichtet worden. Sie nennt sich *Federal Emergency Management Agency* (*FEMA / Föderale Notstands-Management-Behörde*). Ich habe deren Existenz 1980 offengelegt. (Wir werden im weiteren Verlauf noch mehr über die *FEMA* erfahren.)

Ein weiteres Ziel ist es, **neue Kulte einzuführen und weiterhin die bereits funktionieren-**

den zu unterstützen, eingeschlossen "Rock-Music Gangsters" wie Mick Jagers "Rolling Stones" (eine Gruppe, die von der europäischen *Black Nobility* (*schwarzer Adel*) favorisiert wird) und alle die anderen von *Tavistock* kreierte "Rock-Gruppen", die mit den "Beatles" begannen. Die damit verbundene Absicht besteht darin, durch das Beispiel von "Stars" das Interesse an heidnischen Ritualen und religiösen Praktiken zu stärken, beispielsweise am Kult der Kabbala.

Bis in das Frühjahr 2005 hatten sich Kabbala-Kulte bereits über die ganze USA verbreitet. Shirley McLaine, "Madonna" und Demi Moore wurden mit der Verbreitung dieser ausländischen, quasi-religiösen Praxis beauftragt. Kabbala-Gruppen schießen nun in Amerika wie Pilze aus dem Boden, aber nirgends ist ihr Wachstum produktiver als in Hollywood.

Des Weiteren will man **den christlichen Fundamentalismus weiter aufbauen**, dessen Grundstein von John Nelson Darby, einem treuen Diener der *British East India Company* gelegt worden ist. Es wurde weder erklärt, wie es für Darby möglich war, das ganze Land ausgiebig zu bereisen, da er in den USA angeblich als armer Priester ankam, noch sind seine mysteriösen "europäischen Verbindungen" je erklärt worden.

Unter diesen "Kontakten" waren John Henry und Francis Newman, die Gebrüder Frère, Joseph Wolff, Lady Powercourt, Carlyle und der reiche Banker Henry Drummond. Sicherlich kamen diese Leute aus einer reichen, privilegierten Klasse Englands, mit starken Verbindungen in das wohlhabende Europa, und es wird behauptet, daß die *Church of the Brethren* (*Kirche der Brüder*) aus diesen Kreisen abstammen solle.

Laut der Recherche Otto J. Scotts ("The Secret Six") wurde "ein sehr legitimer Wunsch, nämlich die Sklaverei zu beenden, durch sechs reiche Männer in die Irre geleitet (Männer, die das Christentum aufgegeben hatten; J. C.); dieser Wunsch wurde in den blutigen Konflikt umgelenkt (den Amerikanischen Bürgerkrieg; J. C.), der die Nation spaltete und nicht zu reparierende Störungen in die Rassenbeziehungen brachte."

Von den *Secret Six*, den *Geheimen Sechs*, ist bekannt, daß sie eng mit den 300 verbunden waren. Von den *Geheimen Sechs* schrieb Scott, daß sie in Boston verblieben waren, und in den 1850ern Kansas ausgewählt hatten, um ihre Ideen zu testen und ihre "Ziele nach vorne zu bringen". (Quelled: Laqueur, Walter: *A History of Zionism - From the French Revolution to the Establishment of the State of Israel*; Weidenfeld and Nicolson, London 1972)

Die christlich-fundamentale Bewegung sollte ein Kanal für die **Stärkung des Staates Israel** sein, indem der Staat Israel mit dem biblischen Israel gleichgesetzt wurde, und durch die Akzeptanz der Theorie von "Gottes auserwähltem Volk". Außerdem glaubt man ernsthaft, durch großzügige Spenden für Israel das Christentum fördern zu können. Diese Sichtweise übersieht die Tatsache, daß das moderne Israel als ein politischer, zionistischer Staat und nicht als ein religiöser Staat gegründet worden war. (Quelle: ebenda)

Es geht zudem darum, die Ausbreitung von religiösen Kulturen wie die Moslembruderschaft, den Moslemischen Fundamentalismus und die indischen Sikhs zu fördern, und darum, Bewußtseins-Kontrollexperimente in der Art von Jim Jones und des "Son of Sam" (David Berkowitz) auszuführen. Es gilt festzuhalten, daß Ayatollah Khomeini in seiner späteren politischen Funktion eine Schöpfung der *British Military Intelligence Division 6* war, im allgemeinen bekannt als *MI6*, wie ich das bereits in meinem Buch *What Really Happened in Iran* (deutsch, *Was sich wirklich im Iran abspielte*) 1985 berichtete. Dieses detaillierte Werk zeigt Schritt für Schritt den Prozeß auf, durch den die Regierung der Vereinigten Staaten Khomeini an die Macht brachte.

Ideen einer "religiösen Befreiung" sollen in der Welt verbreitet werden, **um so alle existierenden Religionen zu unterminieren, aber insbesondere die christliche Religion**. Dies begann mit der *Jesuit Liberation Theology*, die der Somoza-Familienherrschaft in Nicaragua ein Ende setzte und die El Salvador in 25 Jahren "Bürgerkrieg" zerstörte. Costa Rica und

Honduras wurden ebenfalls in revolutionäre Aktivitäten verwickelt, die durch die Jesuiten angezettelt wurden.

1991 sahen wir, wie Nicaragua zerrissen wurde, wie Peru durch einen Guerillakrieg in Mitleidenschaft gezogen wurde, wie eine stabile Regierung in Chile gestürzt wurde. Wir erlebten Revolutionen in Venezuela und Argentinien, die vorher durch Kriege wirtschaftlich auf die Knie gezwungen worden waren. Serbien und der Irak wurden als Staatengebilde völlig zerstört.

Ein weiteres Ziel ist, einen völligen Kollaps der Weltwirtschaft und ein totales politisches Chaos zu erzeugen.

Schließlich geht es auch darum, die Kontrolle über die US-Außen- und Innenpolitik zu übernehmen.

Letztendlich will man supranationalen Institutionen die größtmögliche Unterstützung zuteil werden lassen, z.B. den *Vereinten Nationen*, dem *Internationalen Währungsfonds (IWF)*, der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*, dem *Internationalen Gerichtshof*. So weit möglich, sollen lokale Institutionen dazu gebracht werden, weniger effektiv zu werden, um sie damit schrittweise entmachten zu können oder sie unter die Fittiche der UNO nehmen zu können.

Alle Regierungen sollen unterwandert und zerrüttet werden, von innen heraus soll die souveräne Integrität der Nationen zerstört werden - dies alles unter dem Deckmantel der Verbreitung der "Demokratie", als einem angeblichen Bollwerk gegen den Terrorismus.

Ein weltweiter, terroristischer Apparat soll organisiert und mit gesetzestreuen Regierungen, auf deren Territorien "terroristische Aktivitäten" ablaufen, Kapitulationsbedingungen verhandelt werden. Den USA soll erlaubt werden, eine permanente militärische Basis in diesen Ländern aufzubauen, die unter dem Vorwand, der Bevölkerung die Segnungen der Demokratie zu bringen, installiert wird.

Eine weitere Absicht besteht darin, die Kontrolle des gesamten Erziehungswesens in den USA zu übernehmen, mit der Absicht und dem Zweck, sie vollkommen durch "graduated change" ("abgestufte Änderung") von Schulplan und Lehrmethoden zu zerstören. Ungefähr ab 1993 wurden die Auswirkungen dieser Richtlinien offensichtlich, und sie werden sogar noch destruktiver werden, wenn man auch in den Grund- und Mittelschulen damit anfangen wird, nach den Richtlinien der "Outcome Based Education" ("ergebnisorientierte Erziehung") zu unterrichten.

Der durchschnittliche Amerikaner weiß gerade noch aus seinen Schultagen, daß die Vereinigten Staaten eine Geschichte von 250 Jahren haben, aber ist sich zumeist unsicher und kennt keine Details. Sein Wissen über die Verfassung ist minimal.

Er ist ebenfalls blind für die Tatsache, daß scheinbar miteinander nicht in Zusammenhang stehende Geschehnisse und "Unfälle" der Geschichte tatsächlich eng miteinander verbunden sind; geplant und initiiert durch unsichtbare Kräfte: der Aufstieg Napoleons (der eine Kreatur der Rothschilds war) und die Napoleonischen Kriege, die von den Rothschilds kontrolliert wurden; Lord Greys monströser, brutaler Erster Weltkrieg, die bolschewistische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus - dies alles war sorgsam geplant.

Dies hat keine Ähnlichkeit mit der Geschichte, wie sie dem Durchschnittsbürger in der Schule gelehrt wird, und in der behauptet wird, daß es sich um zusammenhanglose Ereignisse mit keinerlei Verbindungen handle.

Otto Normalverbraucher wurde beigebracht, daß die großen Ereignisse der Weltgeschichte, einschließlich der historischen Prozesse in den Vereinigten Staaten, aus dem Nichts entstehen und plötzlich, wie durch Magie, zur Wirklichkeit werden. Es gibt keine einzige Gelegenheit, bei der dem Durchschnittsbürger gelehrt wird, daß diese erschütternden Ereignisse mit großer Präzision manipuliert, provoziert und gelenkt wurden, um mit vorab gesetzten Zielen überein-

zustimmen.

Die große Verschwörung wurde ihm nie enthüllt, und falls sie zufällig erwähnt wurde, wurde sie lächerlich gemacht wie die Gedankengänge eines Dummkopfes.

Kontrollierte Erziehungsmethoden sind bei derartigen Studien tabu. Die eigentliche Natur von Verträgen und Gesetzen ist dem heutigen Durchschnittsbürger unbekannt. Insbesondere internationale Verträge, bekannt als "treaties", also Staatsverträge und Abkommen, sind ihm völlig fremd. Ihm wird erzählt, sie seien das "Gesetz des Landes". Selbst nur wenige Rechtsanwälte verstehen noch, daß dies *nicht* der Fall ist, und so glaubt unser Durchschnittsbürger, die Ereignisse entstünden quasi in einem Vakuum.

Hätte er das Privileg, die große, mit reichhaltigen Wissensbeständen angefüllte Bibliothek im Britischen Museum zu betreten, um dort zwei Jahre mit Lesen zuzubringen, um all die zurückliegenden Ausgaben der großen Zeitungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu studieren, die *New York Times*, die *London Times*, den *Daily Telegraph*, *Punch* und *The New Yorker Magazine* - jeweils die Ausgaben ab den frühen 90er Jahren -, dann wäre er erschüttert, daß er fast das gleiche politische Muster vorfindet, wie in der *New York Times*, der *Washington Post* und der *London Times* der jetzigen Jahre.

Noch schockierender wäre seine Entdeckung, wenn er dieselben Klischees lesen würde, die er gerade in den alten Zeitungsausgaben gelesen hätte, und daß sie in ihrer Gestaltung, ihrem Inhalt und Textzusammenhang bemerkenswert ähnlich sind, indem sie die beinahe gleiche Botschaft von Kommunismus, einer Neuen Weltordnung und einer Eine-Welt-Regierung predigen.

Die Sprache ist zwar ein bißchen anders, die Persönlichkeiten ändern sich über die Jahre, aber der Tenor, der Inhalt und der Druck der Propaganda blieb derselbe. Wenn er seine Augen schließen würde und sich den Tenor der Zeitungen von 1910 ab bewußt machen würde, würde er zudem sehen, daß sie den Nachrichten bzw. besser gesagt: der subjektiv verzerrten Kommentierung der Vorgänge aus dem Jahre 2006 oder 2017 bemerkenswert ähnlich sind.

Er würde zu der unvermeidlichen Schlußfolgerung gezwungen sein, daß es Absicht und Zweck war, zuerst einen internationalen Sozialismus zu schaffen und dann den Kommunismus, die die Vorläufersysteme der jetzt angestrebten Neuen Weltordnung sind.

Der forschende Leser wird zweifelsohne darauf kommen, daß einige hochstehende Persönlichkeiten und ihre Unternehmen die Weltgeschichte kontrollieren, auch die Geschehnisse in seinem eigenen Land.

Wenn er tiefer in die Kolonialgeschichte Großbritanniens eindringt, stößt er vielleicht auf den Namen der *British East India Company*, die eine elitäre Machtgruppe war, der es möglich gewesen ist, erstaunliche Ereignisse zu arrangieren.

Man beabsichtigt, in den Vereinigten Staaten den Sozialismus zu etablieren, und zwar mit dem Zweck der Abschaffung der Verfassungen der Bundesstaaten und auch der US-Bundesverfassung. Eines der bemerkenswertesten Ereignisse, welches durch die *British East India Company* hervorgebracht wurde, war die Etablierung des Sozialismus als politisches System. Die *Fabian Society* war ein Produkt der *East India Company (EIC)*.

Die sozialistische *Fabian Society* von London und ihre Führer, Beatrice und Sydney Webb, Annie Besant, G. D. H. Cole, Ramsey McDonald, Bertrand Russel, H. G. Wells, Thomas Davidson und Henry George, dessen Mutter von der großen Pratt-Familie aus Philadelphia - die wiederum dem *American Liberal Establishment* angehörte - stammte, verdankten ihre Position "der Firma".

Die Pratt-Familie war eng mit dem "Handel" der *East India Company* verbunden und hielt bedeutende finanzielle Anteile an dem Rockefeller *Standard Oil-Imperium*. Beatrice und Sydney Webb gründeten 1895 die *London School of Economics*, die von einigen der wichtigsten Figuren britischer und amerikanischer Politik in Wirtschaft und Regierung besucht wurde.

Unter den ausgezeichneten Absolventen befand sich auch David Rockefeller, zuerst Präsident des *National Republican Club*, Vorsitzender der *Rockefeller Standard Oil Company* und der führende Finanzier des berüchtigten *Institute for Pacific Relations (IPR)*, das ein Zweig der *British East India Company* und des *Komitee der 300* war. Und die Finanzierung der japanischen Attacke auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 lieferte. Er war ebenfalls der Mentor von George Herbert Walker Bush und John F. Kennedy.

Von Interesse ist Beatrice Webb, die dominante Partnerin in diesem Unternehmen. Sie war eine der drei Töchter von Richard Potter, einem reichen Eisenbahnmagnaten, der tief im Okkultismus involviert war, und lebte im Haus ihres Vaters, als sie Webb traf. Ihre Schwester Theresa heiratete Sir Alfred Cripps von der Labor-Regierung Ramsay MacDonalds, und die dritte Schwester, Georgina, heiratete Daniel Meinertzhagen, einen mit der *East India Company* verbundenen Banker.

Richard Potter mußte nicht arbeiten und verbrachte seine Zeit damit, in die Untiefen des Okkultismus abzutauchen. Er war von okkultur Theorie und Praxis durchdrungen, und es wird vermutet, daß er der zentrale Charakter des Kinderhexenbuchs *Harry Potter* ist, das wie aus dem Nichts plötzlich die Spitzenposition der Bestsellerlisten erklomm, also ein Riesenerfolg wurde.

Soweit uns bekannt geworden ist, wurde die Geschichte Richard Potters vom *Tavistock-Institut* aufgearbeitet und dann an einen unbekanntem Schriftsteller weitergereicht, der sie dann geschrieben und ausgefeilt hat.

Viele der oben genannten Ziele, die ich zuerst 1991 aufzählte, wurden inzwischen erreicht oder sind auf dem besten Weg dazu, erreicht zu werden. Von speziellem Interesse am Programm des *Komitees der 300* ist der Kern seiner wirtschaftlichen Politik, die im Großen und Ganzen auf den Lehren von Malthus beruht, dem Sohn eines englischen Landpfarrers, der durch die *British East India Company (BEIC)* prominent gemacht wurde, und nach deren Vorbild das *Komitee der 300* geformt ist.<<

29.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 29. Dezember 2017: >>Der Weg zum globalen Lumpenproletariat

Fünf Jahre nach dem Mauerfall erschienen, verschwand Rolf Peter Sieferles Großessay "Epochenwechsel" erwartungsgemäß im Wust jener journalistischen Schnellschüsse, die unter kräftiger auftrumpfenden Titeln ihre Glaskugelprognosen zur neuen Weltlage, zum nahenden "Kampf der Kulturen" oder zum "Ende der Geschichte" offerierten.

Immerhin gestand ihm eine Hamburger Gutmenschenpostille "beeindruckende Sachkompetenz und stilistische Prägnanz" zu, beklagte aber, daß der sich vom "Projekt der Moderne" verabschiedende Autor, wie so viele "alte Kämpfer" der universalistischen Aufklärung, ins nationalistische Lager der Partikularisten übergelaufen sei, um der "Ausgrenzung der Fremden" das Wort zu reden (*Die Zeit*, 44/1994).

Nun liegt das Werk in einer vom Autor 1998 überarbeiteten Fassung als erschwingliche Neuauflage vor. Wie jede klassische Anatomie der Moderne, so behält auch diese an Karl Marx und Carl Schmitt geschulte Gegenwartsdiagnose über die Entstehungszeit hinaus ihren analytischen Wert. Da die von der Globalisierung geformten "Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters" (Fichte) mittlerweile den Alltag "abgehängter" Provinzen diktieren, wirkt dieses Pionierwerk, das zu den ersten und besten Erzeugnissen des Genres "Globalisierungskritik" zählt, so frisch, als sei es gestern geschrieben.

Wie seitdem üblich, beschreibt Sieferle das 1994 noch junge Phänomen Globalisierung als Entnationalisierung der Wirtschaft. Die seit dem 17. Jahrhundert in Europa und Nordamerika entstandenen "Volkswirtschaften" bildeten seit den 1970ern ökonomische Strukturen aus, die eine sukzessive Verlagerung von großen Teilen der industriellen Produktion in die profitable-

ren Niedriglohnezonen des globalen Südens erlauben. "Internationale Arbeitsteilung" heißt das im neoliberalen Jargon des politisch-medialen Komplexes, der dieses nomadische Abweiden menschlicher und natürlicher Ressourcen als "Schicksal" verkauft.

In China stehen daher jetzt die Fabriken von Apple und Google, von Bangladesch bis Äthiopien nähren Frauen für einen Euro am Tag Kleider und Hosen für Hugo Boss & Co. Diese von Miniaturisierung und Digitalisierung begünstigte und beschleunigte Entkopplung der Produktion von ihrer nationalen Basis löst traditionelle Gesellschaften im Salzsäurebad der "Verbrennungswirtschaft" (Robert Kurz) auf.

Für Sieferle gehorcht diese Transformation der tradierten, halbwegs dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaft der inhärenten Logik der universalisierten Selbstzweckökonomie. Sie benötigt den überkommenen "Plunder" von Volk, Nation, Kultur, Bildung nicht mehr. Sie organisiert sich allein durch "Sachzwänge" und integriert die einstigen "bürgerlichen Subjekte" ausschließlich als Funktionsträger in ihre subjektlose Weltmaschine.

Verwandlung der Menschheit in Lumpenproletariat

Der neue, lohndrückenden industriellen Reservearmeen stets "weltoffen" gegenüberstehende soziale Synthesemodus pfeift auf verbindliche Tugenden und entbehrt gern ein übergeordnetes Ganzes wie Gott oder Vernunft. Mensch ist Mensch, Funktion ist Funktion, laute die Multi-Kulti-Botschaft des Kapitals. Wie schon von Ralf Dahrendorf befürchtet, räumt das "funktionelle System" auch mit "Demokratie, Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat, Zivilgesellschaft" gründlich auf. In Zukunft geht es kostensparend "postdemokratisch" zu.

Damit erledigen sich, so Sieferles pessimistische Prognose, alle konservativ wie progressiv motivierten politischen Unternehmungen einer "Re-Normativierung" der Welt. Zumindest dadurch sei der globalisierte "Amoklauf des Rentabilitätsprinzips" (Robert Kurz) nicht zu stoppen, der in letzter Konsequenz zur Wegrationalisierung des Menschen, zur "Antiquiertheit der Arbeit" (Günther Anders), und zur Verwandlung der Menschheit in Lumpenproletariat führen müsse. Was sich in den deindustrialisierten, von "Überflüssigen" bewohnten Regionen des Nordens bereits ankündigt.

Globalisierung hinterläßt überall nur Verlierer

Hier setzt sich fort, was Chalmers Johnson für die Dritte Welt resümiert: "Keinem Land" habe die Globalisierung dort mehr Wohlstand beschert, überall hinterlasse sie nur Verlierer. Das das Leben auf Profitmaximierung reduzierende "funktionelle System" sieht Sieferle in schönem Gleichklang mit Linken wie Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf ("Grenzen der Globalisierung", 1996) darum auf dem Weg in die menschenunwürdigste Gesellschaftsverfassung, die die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung mit einiger Wahrscheinlichkeit in den Zustand "faktischen Dahinvegetierens" zurückstößt.

Die Berliner Republik hat sich für diese kulturlosen Zeiten schon rundum globalisierungstauglich präpariert. Denn kein anderes westliches Land habe sich so radikal vom kontinuierlichen Lebensstrom, der aus der Vergangenheit in die Zukunft fließt, abgetrennt wie Deutschland. Die Bundesrepublik sei ein "vollständig gegenwärtiges Land ohne reale, gelebte, aktive Vergangenheit". Kein anderes Land füge sich deshalb perfekter ins "funktionelle System".

Ein Ende der Geschichte werde aber auch die One-World-Ökonomie nicht erreichen. Vielmehr dürfte sie noch im Laufe unseres Jahrhunderts an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen. Weder könne sie die ökologischen Grenzen des Wachstums durchbrechen, noch bekomme sie die afrikanisch-arabische Bevölkerungsexplosion in den Griff. Ihr Untergang, in den sie die hochentwickelten Kulturen Europas mitziehe, sei also unvermeidlich.

Kehre hin zur mehrpolaren Weltordnung

Tatsächlich ist es jedoch keineswegs ausgemacht, daß das funktionelle System "unaufhaltsam" expandiert. Hier billigt der Hegelianer Sieferle der Globalisierung, die er merkwürdig ahistorisch zur anonym-autonomen Macht hypostasiert, allzu bereitwillig zu, die Logik der Ge-

schichte zu vollstrecken. Wie Thomas Hoof in seinem Nachwort einwirft, hätte Sieferle schon geraume Zeit vor seinem Freitod im September 2016 Hoffnung aus der Entstehung von "Gegenkräften" aus traditionellen Gesellschaften schöpfen dürfen.

Geopolitisch sei etwa die von "angelsächsischen Oligarchen" angestrebte unipolare Weltordnung an der von China und dem Iran gedeckten russischen Intervention in Syrien soeben gestoppt worden. Hoof wertet dies als "echte Kehre" weg vom One-World-Kapitalismus hin zur mehrpolaren Weltordnung. Zudem gebe es für den von globalistischen Ideologen als "humanitäre Hilfe" drapierten Einmarsch Millionen kulturfremder Versorgungssuchender ins deutsche Sozialsystem keinen alternativlosen Automatismus.

Es gelte auch hier die Dialektik von Spiel und Widerspiel. Welche Stärke die anti-universalistischen Gegenkräfte Europas auf diesem Politikfeld entfalten, hängt aber nicht zuletzt von ihrer Bereitschaft ab, einen wirklich fundamentalen "Epochenwechsel" einzuleiten.<<

2017

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/3): >>Wenn Wahlen etwas ändern würden ...

Chefredakteur Jürgen Elsässer

Wahlkampfzeit. Jetzt lügen sie uns wieder die Hucke voll: Die Asylantenflut ist vorbei. Der Terror hat nichts mit dem Islam zu tun. Die Ausländerkriminalität sinkt. An Einzelfälle müssen wir uns gewöhnen. Die Fachkräfte aus Syrien sichern unsere Renten. Die Energiewende bleibt bezahlbar. Die Mieten werden sinken. Die Schwulenehe führt zu Kinderfreundlichkeit. Niemand hat die Absicht, die Steuern zu erhöhen.

Glaubt eigentlich irgend jemand diesen Unsinn? Jeder weiß doch, daß nichts davon der Wahrheit entspricht. Aber die meisten haben sich damit abgefunden. In Zeiten postmoderner Beliebigkeit kann man sich ohnedies auf nichts mehr verlassen. Jede Partei schleift die Fundamente, auf denen sie gegründet wurde: Die christliche CDU will nichts mehr von der christlichen Ehe wissen, die liberale FDP macht den Bückling vor der Euro-Planwirtschaft, die sozialdemokratische SPD drückt die Löhne ihrer Arbeiterwähler durch importierte Billiglöhner, die einst gewaltfreien Grünen sind für jeden Krieg zu haben - und ein linker Ministerpräsident begrüßt Scheinasylanten mit einem herzlichen "Inshallah". ...

Zu konstatieren ist: Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten. Der Gegner ist zu mächtig für eine parlamentarische Machtübernahme. Nachdem Trump trotz seiner Milliardenreserven mit dem Tiefen Staat nicht fertig geworden ist, wer soll es dann schaffen? Trotzdem wäre es falsch, die Wahlen zu boykottieren. Ein möglichst gutes Ergebnis für die AfD hat durchaus eine realpolitische Bedeutung - es wirkt als Muntermacher für das Oppositionsvolk, das seine zahlenmäßige Stärke erkennt, und erschreckt die Herrschenden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/17-21): >>Von der amerikanischen zur islamischen Kanzlerin

_ von Jürgen Elsässer

Noch nie gab es in Deutschland einen Regierungschef, der US-höriger war als Angela Merkel. Doch seit Donald Trump im Weißen Haus residiert, hört man aus Berlin energische Widerworte. Zu den Streitpunkten gehört die Masseneinwanderung, an der die Christdemokratin unbedingt festhalten will.

... Grund ihrer Frustration war die Weigerung Trumps, in der Abschlusserklärung die üblichen politisch korrekten Sprechblasen mitzutragen: das Bekenntnis zu offenen Grenzen, zum unregulierten Freihandel und zum sogenannten Klimaschutz. Diese Zielsetzungen waren auf früheren Zusammenkünften maßgeblich von Merkel und dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama vorangetrieben worden.

Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, daß er in diesen drei Punkten nicht mitziehen wolle, da sie den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten widersprächen.

Die Kanzlerin hingegen hält dogmatisch an der globalistischen Agenda fest, was sie in den Augen der weltweiten Eliten zur neuen Führerin des Westens prädestiniert. Bereits nach Trumps Wahlsieg im November 2016 wurden ihr Lorbeerkränze geflochten. Die New York Times titelte:

"Während Obama die Weltbühne verläßt, mag Angela Merkel die letzte Verteidigerin des liberalen Westens sein." Und das Finanzportal Bloomberg schrieb: "Angesichts einer isolationistischen USA ... ragt die 62-jährige Merkel als Leuchtfener liberaler, westlicher Autorität hervor wie nie zuvor." ...

Rechtsbrecherin Merkel

"Was Merkel getan hat, ist geisteskrank", sagte Trump bereits während seines Wahlkampfes über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, und eines seiner stärksten Argumente gegen seine Gegenkandidatin war, daß "Hillary Clinton Amerikas Angela Merkel werden will". Tatsächlich hat die Christdemokratin mit ihrer Grenzöffnung am 4. September 2015 den ihr anvertrauten Staat und das Volk unerhörten Gefahren ausgesetzt.

Obwohl die Refugees-welcome-Politik eindeutig dem Grundgesetz widerspricht, gab es keine vorherige Beratung im Regierungskreis, die Sicherheitsbehörden wurden ebenso wenig konsultiert. Horst Seehofer beschwerte sich später, nicht einmal per Telefon informiert worden zu sein. Später rechtfertigte sie sich:

"Es gibt Situationen, in denen muß entschieden werden." (FAZ, 16.9.2015) Die passivische Formulierung verdeckt: Sie war es, sie allein, die entschied.

Auf Nachfragen zu den schnell explodierenden Asylzahlen bekannte die ansonsten kirchenferne Frau in den Folgewochen: "Der Herrgott hat mir diese Aufgabe auf den Tisch gelegt." Als Seehofer sie wegen der unabgesprochenen Grenzöffnung rüffelte, flippte sie regelrecht aus: "Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, daß wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."

Besonders schockierend war, daß sie nach einem Finanzstreit mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesagt haben soll: "Ich glaube, der Tötungsvorgang ist im Gange." (FAZ, 19.9.2015, S. 3) Welchen Herrgott rief sie an, welchem Land entzog die Allernädigste ihre Gunst, welchen Tötungsvorgang wollte sie in Gang setzen? Oder anders gesagt: Kann man solchen Worten noch irgendwelche Rationalität unterstellen, und sei es die der Herrschaftssicherung, oder ist diese Person - wie Trump sagt - tatsächlich verrückt geworden?

Die letzten Monate des Jahres 2015 erinnerten auf unheilvolle Weise an den Beginn der Nazi-Diktatur, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen: Nicht Nationalsozialismus, sondern antinationaler Sozialismus scheint als Merkels Ziel auf - die Verteilung der Reichtümer Deutschlands an die ganze Welt. Auch ansonsten gibt es erschreckende Parallelen.

Man lese den Aufsatz Carl Schmitts mit dem Titel "Der Führer schützt das Recht" aus dem Jahre 1934; der Staatsrechtler billigte Adolf Hitler darin uneingeschränkte Machtbefugnisse zu, solange das Vaterland durch "die Denkweise eines liberalen "Rechtsstaats" gelähmt" sei, indem er "im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft".

Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot.

In dem vor Kurzem erschienenen Buch des Welt-Journalisten Robin Alexander mit dem irreführenden Titel Die Getriebenen finden sich immer wieder Belege, daß Merkel gerade nicht kopflos-getrieben, sondern kalkuliert handelte. Ein Beispiel dafür waren die Verhandlungen um den Asylypakt EU-Türkei am 6. März 2016 in Brüssel.

Zwar ist der Kern des Abkommens bekannt - die Türkei nimmt aus Griechenland abgeschobene Illegale zurück, darf aber im Gegenzug dieselbe Anzahl an Flüchtlingen ins Flugzeug nach Deutschland setzen, und wir dürfen das auch noch bezahlen -, aber Alexander verweist auf eine geheime Zusatzklausel, die durch mehrere Teilnehmer bezeugt wird: Merkel hat zu-

gestimmt, daß "zwischen 150.000 und 250.000 Flüchtlinge ... pro Jahr aus der Türkei nach Europa umgesiedelt werden". Und weiter: "Das türkische Innenministerium erstellt eine Liste mit den Namen von Flüchtlingen, die aus seiner Sicht in die EU weiterreisen dürfen. ... Akademiker oder Facharbeiter sind auf der Liste allerdings nicht verzeichnet. Qualifizierte Flüchtlinge will die Türkei nämlich behalten.

... Zum ersten Mal entscheiden nicht deutsche Beamte oder Richter, wer in Deutschland Schutz bekommt - sondern ein fremder Staat, der selbst Oppositionelle verfolgt."

Kurskorrektur auf dem Papier

Im Bundestagswahlkampf bemüht sich Merkel um kosmetische Korrekturen ihrer Einwanderungspolitik: Ihren berüchtigten Satz "Wir schaffen das", den sie 2015/2016 zigmal öffentlich intonierte, hat sie im laufenden Jahr nicht wiederholt. Die Antiterrorereinsätze der Sicherheitsbehörden wurden sichtlich intensiviert, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière durfte sogar Thesen zur deutschen Leitkultur aufwärmen. "Wir sind nicht Burka", verkündete er vollmundig in der Bild am Sonntag.

Aber das waren nur Worte. In der Realität hat sich nichts geändert. Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot. Die von der CSU geforderte Obergrenze für Einwanderung lehnt Merkel ab, und die im Kabinett tatsächlich beschlossenen Abschiebungen nach Afghanistan finden in der Realität nicht statt.

Besonders bezeichnend: Der CDU-Parteitag im Dezember 2016 beschloß zwar ein Ende des von Erdogan-Türken weidlich ausgenutzten Doppelpaß-Unwesens - aber diese Forderung taucht im Bundestagswahlprogramm der CDU nicht auf. Kein Wunder: Derselbe Parteitag bestätigte Merkel, die den Doppelpaß verteidigt, mit einem Honecker-Ergebnis in ihrem Spitzenamt. Ihre oberste Priorität bleibt das Postulat: "Der Islam gehört zu Deutschland."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/56-57): >>**Fisherman's Friends**

_ von Jürgen Elsässer

Die Grünen durchlebten in den knapp 40 Jahren ihres Bestehens ein ständiges Auf und Ab. Eine stabile Verankerung in der Wählerschaft konnte bislang nie gelingen, da die Partei dem Volk feindlich gesonnen ist.

... In einem jahrelangen Machtkampf, der schließlich erst 1988 durch die Abwahl der linksradikalen ("fundamentalistischen") Vorstandssprecherin Jutta Ditfurth entschieden wurde, setzten sich die sogenannten Realos durch. Sie wurden angeführt von Joschka Fischer, der mit 200 ehemaligen Linksradikalen den hessischen Landesverband unterwandert hatte. Der arbeitsscheue Nichtstuer, der "außer strategischem Bücherklau nichts gelernt hatte" (so sein Biograph Christian Schmidt), sah in den Grünen vor allem ein Vehikel für seine Karriere und war deswegen bereit, für eine Machtbeteiligung alle Prinzipien aufzugeben.

So geschah es auch in der ersten rot-grünen Landesregierung ab 1985 in Hessen: Politisch setzte die Fischer-Gang nichts durch, aber alle kamen zu gutdotierten Jobs. Daß die Äppelwoi-Grünen beim nächsten Urnengang 1987 ihr Ergebnis sogar noch steigern konnten (von 5,9 auf 9,4 Prozent), nutzten die Glücksritter als Argument für ihre Linie. Tatsächlich dürfte eher die Tschernobyl-Katastrophe 1986 den Anstieg verursacht haben.

Die Joschka-Jahre

Die Nachwelt wird Joschka Fischer in schillernder Erinnerung behalten. Politisch war er ein Chamäleon und wechselte seine Meinung nach den Moden der Zeit. Konstant blieben die Konturen seines Auftretens: ein proletarischer Macho mit Charme, bullig und einschüchternd gegenüber Andersdenkenden; ein begnadeter Redner im Stile der CSU-Legende Franz Josef Strauß; ein Political Animal mit dem Riecher für Themen und Stimmungen.

In seiner Autobiographie Mein langer Lauf zu mir selbst bekannte er: "Fast meine ganze Energie konzentrierte ich auf den politischen Erfolg und ordnete dem Ziel alles andere unter,

auch und gerade mich selbst." In diesem Zusammenhang pries er seine "radikale Lebensänderung durch Auswechseln und völliges Umschreiben meiner persönlichen Programmdiskette". Zeitweise hat Fischer nicht nur seine Software ausgewechselt, sondern sich auch an seiner Hardware versucht, seinem Körper. In Vorbereitung auf sein erstes Ministeramt prügelte der wohlgenährte Bonvivant 1998 sein Gewicht um fast die Hälfte herunter.

Statt Zechtouren verschrieb er sich Marathonläufe, statt Rotwein gab es nur noch Mineralwasser. Binnen weniger Wochen schrumpelte das feiste Metzgergesicht ein, die Fettpolster verschwanden, und mit runzelig zusammengezogener Haut glich er bald seiner eigenen Oma. Die Radikalkur hielt er immerhin ein paar Jahre durch; aber schon in seiner zweiten Amtszeit als Außenminister legte Fischer wieder zu. Heute nähert sich sein Leibesumfang dem seines ewigen Kontrahenten Helmut Kohl. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/68,70): >>**Honeckers Erben, Merkels Helfer**

_ von Martin Müller-Mertens

Als "Gysis bunte Truppe" verteidigte die PDS in den 1990er Jahren die Interessen des Ostens. Die heutige Linken-Führung hat die Partei auf den Kurs des Establishments gebracht: Gegen das Volk, für Asylwahn, Genderkult und Kriegseinsätze.

... **Volkstod und Nazi-Kinder**

Diese Haltung mögen Teile der ostdeutschen Basis bis heute teilen - im Funktionärsapparat ist sie jedoch marginalisiert. Besonders ungeschminkt pöbelte die Leipziger Linken-Politikerin Christin Löchner 2012, welcher Hass auf das eigene Volk mittlerweile kultiviert wird: "Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschechen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen."

Die medienerfahrenen Spitzenvertreter der Partei mögen derlei Gossengeplärre vermeiden. Doch auch Gysi entfuhr es im Mai 2015: "Jedes Jahr sterben mehr Deutsche als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen; und schon deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen." Deutsche Eltern gleich Nazis - so offenbar die krude Logik des Bundestagsabgeordneten.

Statt für das Volk tritt die Partei als Sachwalterin eines Sammelsuriums allerlei ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten auf. Das Subjekt der Vergottung sind Rapefugees und Gender-Homunkuli. Im April 2015 bemühte sich die Linke in ihrem Aktionsprogramm "Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0" sogar um eine theoretische Begründung des Migrationskultes:

Mit der Asylinvasion werde ein neues revolutionäres Subjekt ins Land geschwemmt, daß die saturierte Arbeitsklasse ablösen könne. "Deswegen sind die Bewegungen ... für die Rechte der Flüchtlinge, die vor Armut, Krieg und auch vor den Folgen des Klimawandels fliehen, Gespenster, die wir willkommen heißen." Im Refugees-welcome-Blindflug Angela Merkels steht die Linke daher in Treue fest zur CDU-Frau.

Für das Kopftuch, überall

An die Stelle traditioneller linker Religionskritik trat der hysterische Kampf gegen angebliche Islamophobie - und die gleichzeitige Akzeptanz nahezu aller mohammedanischen Unsitten in Deutschland. "Wir sehen daher die Notwendigkeit, als Linke in der Debatte grundsätzlich Position zu beziehen - für das Recht, Kopftuch zu tragen, überall", verkündeten die Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz und Cornelia Möhring 2015. Fünf Jahre zuvor hatte Buchholz sogar ein Burkaverbot als "absurde Gespensterdebatte" diskreditiert. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/78-80): >>**Die Abschaffung von Demokratie und Republik**

– von *Karl Albrecht Schachtschneider*

Der Parteienstaat ist die typische Verfallserscheinung der Republik, bekannt schon aus deren Niedergang im Alten Rom. Das Parteienprinzip läßt der politischen Freiheit nur wenige Chancen. Es ist dem monarchischen Prinzip, der Souveränität des Fürsten, ähnlich.

Im Parteienstaat schrumpft das demokratische Prinzip der Republik, das Essentiale der allgemeinen Freiheit der Bürger, zu einer parteidemokratischen Herrschaftsform. Das demokratische Prinzip ist die Souveränität der Bürger, deren Freiheit; denn alle Staatsgewalt geht in der Republik vom Volke aus - siehe Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG).

Das Parteienprinzip ist die Oligarchie einiger weniger Parteiführer, die bis zur Autokratie oder auch Diktatur eines Parteivorsitzenden reichen kann. Der Parteienstaat nistet sich regelmäßig in Demokratien ein, denen die Bürgerlichkeit ermangelt oder verlorengeht. Wesentlicher Grund dafür ist in der parlamentarischen Demokratie das Verhältniswahlssystem mit Sperrklauseln.

Typisch bilden sich Parteienherrschaften ohne wirkliche Opposition. Die Pluralität der koalierenden Parteien täuscht im Verbund mit Medien und Wirtschaft Demokratie vor. Die Gewaltenteilung pflegt durch die Allmacht der Einheitsparteien kraftlos zu werden - wie in Deutschland.

Die innerparteiliche Aristokratie

Das Dilemma der Republik, die um der Freiheit willen demokratisch sein muß, ist die geradezu unausweichliche Oligarchisierung der politischen Parteien, an der sich seit der klassischen Untersuchung von Robert Michels, einem der Gründerväter der modernen Politikwissenschaft im 20. Jahrhundert, nichts geändert hat. Parteiungen sind das erfolgreichste Herrschaftsprinzip außer der Theokratie und der Monarchie, die ebenso oligarchisch sind. Immer herrschen Wenige über die Vielen.

Die oligarchische Wirklichkeit wird mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, daß "die parlamentarische Demokratie notwendig ein Parteienstaat" sei. In der Tat bilden sich Netzwerke und Bündnisse, die Macht anstreben und verschaffen, in jedem System. Dieses Machtinteresse muß den Staat jedoch keinesfalls den Parteien ausliefern.

... Angela Merkel hat diese Macht zu systemverändernden Rechtsbrüchen mißbraucht. Niemand ist ihr in den Arm gefallen. Der Kanzler handelt wie der Souverän, faktisch, nicht rechtlich. "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" (Carl Schmitt, führender Staatsrechtler des NS-Regimes). ...

Die Parteien sind an die Stelle der Aristokratie getreten. Sie sind keine Volksparteien. Dafür ist allein schon die Mitgliedschaft zu klein. Sie macht insgesamt weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus - und allenfalls zehn Prozent der Parteimitglieder, also 0,2 Prozent der Bevölkerung, sind in den Parteien aktiv.

Der Aufstieg der Opportunisten

Vor allem aber sind die im Bundestag bislang vertretenen Parteien weder volksnah noch erkennbar am Gemeinwohl interessiert. Das täuschen sie nur vor, um gewählt zu werden. Sie sind vielmehr elitär, ohne Elite zu sein, und vornehmlich auf überhöht bezahlte Ämter und noch lukrativere Pfründe aus. Das erleichtert den Parteiführungen die oligarchische Bevormundung ungemein. In einem alternden Parteienstaat setzen sich, wie in jedem Herrschaftssystem, diejenigen bis in höchste Ämter hinein durch, die sich am besten den parteilichen Aufstiegsanforderungen anpassen: die Opportunisten.

Das führt, gemessen am aristokratischen Prinzip der Republik, nicht gerade zu einer positiven Auslese des politischen Personals. Die Ausleseverfahren sind gänzlich ungeeignet. Die Parteien schlagen nur ihre eigenen Mitglieder vor. Ein Vorschlag zum Besseren wäre, daß ein Parlamentsmandat allenfalls zwei Legislaturperioden dauern darf und daß die Diäten keine Bereicherung ermöglichen.

Zur Republik gehört das Prinzip der Bestenauslese, wie Art. 33 Abs. 2 GG erweist. Das gilt auch und erst recht für das Parlament. Viele Politiker rühmen sich jedoch ihrer Durchschnittlichkeit. ...<<

2018

Der Klügere gibt so lange nach, bis er schließlich der Dumme ist.

Spottvers der 68er Bewegung

05.01.2018

BRD: Die Zeitschrift "Stern" berichtet am 5. Januar 2018: >>**Vermögenschock: Die Deutschen sind die armen Würstchen der EU**

Der Welt-Reichtums-Report zeigt, wie arm die meisten Deutschen wirklich sind. Von den Ländern der alten EU liegt nur Portugal hinter Deutschland. In den meisten Ländern besitzen die Bürger mehr als doppelt so viel Vermögen wie hierzulande.

Innerhalb der alten EU-Länder ist Deutschland der arme Mann des Kontinents. Nur die Bevölkerung in den Ländern, die jenseits des Eisernen Vorhangs lagen, ist noch ärmer. Deutlich wird das, wenn man die Medianwerte des Vermögens und nicht den statistischen Durchschnitt betrachtet.

So macht es der renommierte Global Wealth Report des Credit Suisse Research Institute's, das jährlich die weltweite Vermögensentwicklung analysiert. Beim reinen Durchschnitt heben die vielen Reichen und Superreichen in Deutschland den Wert im Vergleich nach oben, der Medianwert begrenzt den Einfluß von Ausreißern und zeigt die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. Am deutlichsten sieht man den Effekt in den USA, einem Land mit extremen Einkommensunterschieden. Das Durchschnittsvermögen beträgt dort 388.600 Dollar, der Medianwert liegt bei 55.900 Dollar.

Wenig auf der hohen Kante

Der Medianwert des geldwerten Vermögens für die Erwachsenen liegt in Deutschland bei 47.000 Dollar. Schon im krisengebeutelten Griechenland sind es mit 55.000 Euro 8000 Euro pro Nase mehr. Daß die unmittelbaren Nachbarn - Holländer (94.000), Dänen (87.000 Dollar), Belgier (168.000 Dollar) - reicher als die Deutschen sind, kann kaum verwundern. Man sieht es bei jedem Besuch. Erstaunlich allerdings, daß Franzosen (120.000) und Italiener (125.000) mehr als doppelt so reich wie die Deutschen sind. Lichtenstein (168.000) und Schweiz (229.000) bilden erwartungsgemäß die Spitze.

In den alten Ländern der EU liegt nur Portugal (38.000) hinter Deutschland. Fairerweise sollte man nicht vergessen, daß das Ranking beim Thema Jahreseinkommen anders aussehen würde. Und das auch, wenn man die Medianwerte betrachten würde. ...

Geringer Immobilienbesitz

Die Gründe für die ungleiche Verteilung des Reichtums in Europa sind schnell genannt. In Deutschland ist die Stimmung reicher, als die tatsächliche Lage. Der Hauptunterschied im Vermögensaufbau ist das geringe Immobilienvermögen der Privathaushalte. In Deutschland gehören die Immobilien meist den Reichen beziehungsweise ihren Firmen, die normale Bevölkerung wohnt zur Miete. Leider verfügen die Deutschen auch nicht über entsprechend höheres Geldvermögen um die geringen Immobilienwerte ausgleichen zu können.

Ist das ein fairer Maßstab, den die Credit Suisse hier anlegt? Wir denken schon: Wer in Paris eine abbezahlte Wohnung besitzt, ist in diesem Punkt wirklich "reicher" als ein Mieter in Berlin-Mitte. Und dieser Reichtum zahlt sich aus: Vom monatlichen Einkommen gehen bei einem Paar in Berlin gewiß jeden Monat netto etwa 1.000 Euro mehr ab als beim Wohnen in Eigentum. Denn Credit Suisse betrachtet nur den Netto-Wert des Vermögens und zieht etwaige Schulden ab. Eine finanzierte Wohnung macht in dem Ranking niemand reich. Auch beim Thema Kaufkraft dürften die vergleichsweise hohen Einkommen in Deutschland durch die

Mietbelastung gemindert werden.

Millionäre gehen: Die Nerze verlassen das sinkende Schiff

Die Reichen sehen zu, daß sie die Euro-Zone verlassen. Mehr als 4.000 Millionäre sollen allein Deutschland 2016 verlassen haben, ein paar Jahre zuvor waren es noch nur ein paar Hundert jährlich.

Problem der Rentenbewertung

Eine weitere Verzerrung gibt es beim Thema Alterssicherung. Wird diese als Lebensversicherung oder als Pensions-Sparplan angespart, ist das Geld vorhanden, also wird es zum jeweiligen Wert voll zum Vermögen zugerechnet. Basiert die Altersvorsorge jedoch auf Ansprüchen, die kommende Generationen erst noch erarbeiten sollen wie beim deutschen Renten- oder Pensionssystem, besteht zum Stichtag der Untersuchung nur ein Anspruch - aber keine Deckung. Gegenüber einigen Staaten ergibt sich hier eine Verzerrung zu Ungunsten Deutschlands, die man aber nicht allzu hoch ansetzen sollte.

Ernüchternd wirkt der Blick nach Österreich. Auch in der Alpenrepublik ist das Medianvermögen 11.000 Dollar höher als in Deutschland. Das Rentensystem wird dort ebenfalls mit einer Generationen-Umlage finanziert, die zu erwartenden Rentenleistungen sind in Österreich allerdings deutlich höher als in Deutschland. Wegen des späten Renteneintrittsalters und der geringen Rentenhöhe in Deutschland dürfte sich die Bewertung der Deutschen kaum verbessern, wenn alle Umlagerenten in dem Ranking berücksichtigt werden.

Vermögen vermehrt das Vermögen

In Zukunft ist nicht zu erwarten, daß Deutschland seine schlechte Position verbessern könnte. Denn auch in diesem Jahr speist sich das enorme Wachstum der Vermögen von etwa sechs Prozent nicht aus den Einkommen, die in der Realwirtschaft erzielt werden. Wohlstandsmehrend wirken sich höhere Bewertungen für Immobilien und Aktienbestände aus. Einfach ausgedrückt: Die Vermögen vermehren sich kräftiger als die Arbeitseinkommen. Wer viel Vermögen hat, profitiert von diesem Umstand weit mehr, als Personen mit geringem Vermögen. Länder mit reichen Bürgern legen kräftig zu, andere nicht.

Tatsächlich belegt Deutschland auch Spitzenpositionen in dem Ranking. Etwa bei der Zahl der neuen Millionäre. Von 2016 zu 2017 schafften zweihundert Deutsche den Sprung über die Millionen-Dollar-Grenze. Das reicht weltweit für Platz Zwei.

Kurze Erläuterung zu Median- und Durchschnittswerten

Nimmt man in Gesellschaften mit sehr ungleicher Verteilung der Vermögen den Durchschnittswert wird das extreme Vermögen weniger Personen die große Zahl der Vermögenslosen "schlagen" - denn hier ist der Wert "Geld" entscheidend. Beim Medianwert wird die Anzahl der Personen wichtiger, hier drückt die große Zahl der Personen ohne Vermögen dem ermittelten Wert nach unten. Damit wird die Lebensrealität der Bevölkerung besser getroffen. Genauer wären Untersuchungen, die die prozentuale Verteilung von Vermögensstufen ermitteln, damit lassen sich durch Cluster typische Gruppen und ihr Anteil an der Bevölkerung identifizieren.<<

31.01.2018

Österreich: Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtet am 31. Januar 2018: >>Ein unglaublicher Verrat an den Völkern Europas ist im Gange

Von Eva Maria Griese

Die deutsche Kanzlerin setzt seit Jahren eine Agenda um, die weder dem Wohle des deutschen Volkes dient noch dem Europas. Und auch nicht der Zukunft jener, die auf Merkels Einladung hin ihr Heil in Germoney suchen.

Die Flüchtlinge sind nur Manövriermasse für die Eliten - auf deren Verschiebebahn für den Zug in Richtung "Neue Weltordnung".

Migration als Waffe: "Laut der Studie im gleichnamigen Buch der US-Politikwissenschaft-

lerin Kelly Greenhill funktioniert diese Art politischen Drucks besonders gut gegenüber liberalen Demokratien, die Menschenrechte schützen wollen und dann zwischen diesem Anspruch und dem Unmut der eigenen Bevölkerung zerrieben werden." (SZ)

Auch Sarkozy ist mit von der Partie. ...

Der ehemalige Französische Präsident hatte schon 2008 dieselbe Agenda: Hier wird alles gesagt - in den eineinhalb Minuten einer Rede zu Chancengleichheit und Vielfalt:

"Was ist das Ziel? Das ist die Rassenvermischung!

Das ist keine Wahl - das ist zwingend! Eine Verpflichtung ... Deshalb müssen wir uns alle wandeln. ... Wenn es das Volk nicht freiwillig macht, werden wir zwingende Maßnahmen ergreifen. ...

Auch interessant: die Sichtweise eines Außenstehenden

Ein Deutsch-Argentinier mit klarem Blick sagt in diesem Straßeninterview in wenigen Minuten ganz deutlich, wie der Plan abläuft. Die Migration ist ein Betrug am Volk für die "Neue Weltordnung". ... Die Flüchtlinge sollen die deutsche Identität zerstören. ... Die Politiker von A-Z sind Betrüger. Die Journalistin läßt ihn erstaunlicherweise ausreden... (Sechs lohnenswerte Minuten) ...

Die Islamisierung des alten Kontinents ist schon bald unumkehrbar. ...

Denn Brüssel bastelt an einem Brandbeschleuniger - das EU-Parlament will das Asylrecht massiv ausweiten

Der österreichische Rechtsanwalt Dr. Tassilo Wallentin warnt in der Kronenzeitung: "Auf unser Land könnte ein noch nicht da gewesener Ansturm von Asylwerbern aus aller Welt zukommen. Denn das EU-Parlament will das Asylrecht ändern: Künftig soll nicht mehr der erste sichere Drittstaat, in den ein Asylwerber eingereist ist, für das Asylverfahren zuständig sein. Künftig soll der Staat zuständig sein, in dem bereits Angehörige des Asylwerbers leben.

Mehr noch: Die "bloße Behauptung" einer Familienverbindung soll ausreichen, um ein Visum etwa nach Österreich zu erhalten. In dem Entwurf des EU-Parlamentes, das dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vorliegt, heißt es: "Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche Ankerpersonen befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig". Sollte dieses Gesetz beschlossen werden, wäre dies das Ende Österreichs, wie wir es kennen." Ebenso auch das Ende für Deutschland und dank der Freizügigkeit das vieler anderer Nationen Europas.

Die EU-Kommission ist schon länger auf Migrations-Kurs - bis in den letzten Winkel des Planeten

Im Oktober 2015 rief Frans Timmermans als Vize-Präsident der Europäischen Kommission alle Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, "einzelne, monokulturelle Staaten auszuradieren". Er legte besonderen Nachdruck auf die Wichtigkeit, auch nicht den entlegensten Orten auf dem Planeten zu erlauben, die kulturelle Vielfalt zu verweigern.

Die Zuwanderung nach Europa hält nach wie vor an. Die Medien aber berichten nur mehr verhalten über die Zahlen, außer über jene bei "Rettungsaktionen". Die Grenzschutzagentur Frontex und deutsche Marineschiffe nehmen den Schleppern schon kurz außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer die Arbeit ab und bringen die Migranten nach Europa.

Das Statistische Jahrbuch 2017 liefert die Fakten für den Genozid - die Masseneinwanderung wird unweigerlich zum Aussterben der autochthonen Bevölkerungen Europas führen

Viele Aspekte der großen Migration sind bereits bekannt. Doch jetzt lassen sich die Auswirkungen der Völkerwanderung auch schwarz auf weiß nachlesen, im Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes. Die Zahlen bestätigen, das u.a., daß bereits fast 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren Migrationshintergrund haben.

Das waren noch Zeiten ... Angela Merkel wußte mal ganz genau, wie man "zum Wohle des

deutschen Volkes" regiert. Ein AfD-taugliches CDU-Wahlprogramm des Jahres 2005 machte sie zur Kanzlerin:

Identität Deutschlands bewahren

Kunst und Kultur pflegen

Zuwanderung steuern und begrenzen

Sicherheit für alle - überall in Deutschland

Kriminalität und Gewalt entschlossen bekämpfen

Freiheit und Recht gegen den Terror verteidigen

Noch im Jahr 2007 konstatierte der Spiegel: "Mekka Deutschland - die stille Islamisierung" - Man hatte also die Entwicklung vorausgesehen. ...

"Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!" verkündete die Kanzlerin 2010 in Potsdam auf dem Parteitag der Jungen Union.

In den folgenden Jahren betreibt die Kanzlerin eine Politik, welche dieser Erkenntnis diametral entgegengesetzt ist. Irgendwo auf den langen Fluren des Bundestages oder im Gewusel der Parteigremien dürfte diese Einsicht also verloren gegangen sein. Vielleicht ist sie auch bei einem Arbeitessen mit dem Globalisten Barack Obama oder dem Mentor der Massenmigration George Soros unter den Tisch gefallen.

Der Massenansturm 2015 ist kein Zufall, denn die Deutsche Welle hatte in den Herkunftsländern Werbung gemacht - in den jeweiligen Landessprachen

Der pakistanische Journalist Shams Ul-Haq hielt sich unmittelbar vor Beginn der "Flüchtlingswelle" persönlich in den genannten Ländern auf und spricht diese Sprachen. Er konstatierte, daß die Einladung der Deutschen Welle in Arabisch, Urdu oder Paschtu damit warb, daß Deutschland dringend Zuwanderer brauche, und Merkel sich dafür verbürge, daß jeder bei Ankunft gleich ein eigenes Haus bekommt. Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede. Und Familien sollten sofort bei Ankunft 5.000 Euro bekommen, Alleinreisende 3.000. Merkel wollte bis 2017 drei Millionen Flüchtlinge.

Ein gesellschaftspolitisches Experiment der Superlative beginnt ...

Kaum zwei Legislaturperioden später findet sich das Volk der Dichter und Denker dank Merkmels eigenmächtiger Preisgabe des Staatsgebietes mitten in einem fatalen Feldversuch.

Die damals chaotischen Zustände an den Grenzen können maximal als mildernde Umstände geltend gemacht werden, die Kontrolle über den Zustrom in das Land ausgesetzt zu haben. Sie hätte zumindest nach wenigen Tagen wieder in Kraft gesetzt werden müssen.

Falsche Versprechungen sind auch Verrat an den Migranten, die ihre Heimat verlassen haben. Und ebenso an jenen Ländern, aus denen sie abgewandert sind und wo sie zum Wiederaufbau gebraucht würden. Die enttäuschten Migranten sind wütend:

... In Syrien hat man gehört, daß man bei Ankunft gleich ein Haus bekommt! Von Flüchtlingsheimen war nicht die Rede ... bin nach Deutschland geflüchtet, um mir ein neues Leben aufzubauen. Aber es beruht auf falschen Versprechungen ... wir haben Heimweh und fühlen uns erniedrigt, wenn ich wieder in Bagdad bin, werde ich die Erde küssen ... ich gehe lieber wieder nach Hause und sterbe im Kampf gegen den IS, als hier zu bleiben. ...

Dieser Feldversuch, eine archaische und kämpferische Kultur mit einem religiösen Herrschaftsanspruch in eine moderne und friedliebende Gesellschaft einzugliedern, ist fast flächendeckend gescheitert.

Seit Merkmels lapidarer Feststellung "der Islam gehört zu Deutschland" haben sich auch Parallelgesellschaften, Kriminalität und Terror in jener Nation häuslich eingerichtet, die in aller Welt für Beschaulichkeit, Sicherheit und Ordnung bekannt war. Und in welche viele Menschen geflohen sind, um genau dem zu entgehen.

Die vom Staatsrechtler Professor Karl Albrecht Schachtschneider ausgearbeitete Verfassungsbeschwerde gegen die rechtswidrige Asylpolitik der Bundesregierung wurde abgewiesen.

Nach wie vor wird kaum zwischen berechtigten Asylsuchenden und Einwanderern in das Sozialsystem unterschieden, von den Asylwerbern noch immer nicht zwingend ein Nachweis der Identität gefordert.

Im Deutschland des Jahres 2018 weiß niemand mehr genau, wie viele sogenannte Schutzsuchende überhaupt im Land sind. ...

Auch nicht, wer sie wirklich sind, und ob sie überhaupt Anspruch auf jene großzügigen Zuwendungen haben, deretwegen sich viele von ihnen - inzwischen allerdings vorwiegend Glücksritter männlichen Geschlechts aus Afrika - überhaupt erst auf den Weg gemacht haben. Auch weiß man längst, daß Integration hauptsächlich deswegen funktioniert, weil die "schon länger hier Lebenden" inzwischen auch Weltmeister in der Disziplin "Toleranz bis zur Selbstaufgabe" sind und sich vor den Neuankömmlingen mehr oder weniger in den Staub werfen. Die Polizei bekam vom Innenminister anstatt Verstärkung und dringend benötigter Ausrüstung Samthandschuhe und einen Maulkorb verpaßt.

Von den streichelzarten Urteilen einer auf politisch korrekt gebürsteten Justiz ganz zu schweigen. ...

Die Gesinnungspolizei der EU und des deutschen Innenministers mit seiner Digital-Gestapo leisten ganze Arbeit. Meinungsfreiheit war gestern, heute wird zensiert im Namen einer politischen Korrektheit, die von oben verordnet wurde. Die Politik fürchtet das Erstarken der rechten Parteien und die virtuellen Wutausbrüche der Bürger in den sozialen Medien mehr als den realen Verlust der Sicherheit durch Messerstecher, Vergewaltiger und Anschläge.

Ein neues Zensurgesetz und strengere Strafen warten auf Kritiker

Die EU hat schon vor Jahren einen Entwurf für ein Statut zur Förderung von Toleranz veröffentlicht, der zur Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten gedacht ist. Bei Verstößen droht Inhaftierung, für Jugendliche Umerziehung. Der European Council on Tolerance and Reconciliation (ECTR) ist - anders als die Bezeichnung suggerieren mag - eine Nicht-Regierungs-Organisation, welche den EU-Bürgern nun auch Toleranz gegenüber jeglicher Minderheit in Bezug auf Rasse, Ethnie, Religion, Geschlecht oder sexuelle Neigung verordnet. Man beachte, daß "der besondere Schutz, den Mitglieder verletzbarer und benachteiligter Gruppen genießen, deren Bevorzugung erfordern kann.

Die Mehrheitsgesellschaft gerät unter die Räder der Minderheiten

Vor lauter Toleranz gegenüber den Minderheiten sind die Rechte der Mehrheit immer mehr vernachlässigt worden. Sie darf sich noch nicht einmal zur Wehr setzen, weil eine neu etablierte Gesinnungsdiktatur Kritik bereits im Keim erstickt. Diese Zensur kennt keine Toleranz gegenüber berechtigten Unmutsäußerungen, Formulierungen, die noch vor wenigen Jahren umgangssprachlich absolut üblich waren, fallen heute unter "Haßrede" und werden geahndet. Goebbels hätte mit dieser Gesinnungs-Gestapo seine helle Freude gehabt.

Diese Politiker werden niemals mehr Politik für das eigene Volk machen

Man kann von diesen mutwilligen Verursachern wohl kaum die Lösung der Probleme erwarten. Deutschland wurde noch nie am Hindukusch verteidigt, seit Merkel noch nicht einmal mehr an den eigenen Staatsgrenzen. Ein eventueller Einsatz im Inneren wäre gegen das eigene Volk gerichtet.

Die Zukunft unserer Kinder und der Nationen Europas werden wir leider nicht auf Facebook oder in den Kommentarspalten der etablierten Medien retten können. Sondern nur, indem diese Mehrheit der Deutschen, solange sie noch eine ist, auf die Straße geht und die Verräter aus ihren Ämtern jagt.

So müßte es gehen ... das Volk läßt von sich hören!

Denn sonst könnte Merkel schon bald von ihren heimlichen Chefs zur "Mitarbeiterin des Jahrzehnts" gekürt werden! Für ihre unermüdliche Arbeit bei der Umsetzung einer "Neuen Weltordnung" ...<<

Januar 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 01/2018 berichtet im Januar 2018:

>>"Das Abendland hat sich verbraucht"

_Professor David Engels im Gespräch mit Marc Dassen

Wird die europäische Zivilisation untergehen wie vor 2.000 Jahren die römische Republik? Als Althistoriker und Buchautor hat David Engels die geschichtlichen Parallelen untersucht und eine eindringliche Warnung im Gepäck.

Wann sind Sie das erste Mal auf den Gedanken gekommen, daß sich heute etwas wiederholen könnte, was vor 2.000 Jahren in der römischen Republik schon einmal geschah?

David Engels: Schon immer hat mich Geschichtsphilosophie interessiert, allen voran zyklische Konzepte, wie ich sie bereits in meiner Jugendzeit im Denken Nietzsches und Spenglers oder in den Romanen Thomas Manns kennengelernt habe.

Meine Beschäftigung mit der Antike hat mich dann sehr schnell in der Überzeugung bestätigt, daß alle menschlichen Hochkulturen in ihrer Entwicklung mehr oder weniger parallele Phasen durchlaufen, wobei es vor allem die Entwicklung Europas und der EU seit dem Fall der Mauer war, welche in mir massive Assoziationen mit dem Niedergang der römischen Republik im 1. vorchristlichen Jahrhundert wachgerufen hat:

Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Familienzerrfall, Bevölkerungsniedergang, Schwinden der etablierten Religionen, Masseneinwanderung, Wertewandel, Fundamentalismus, asymmetrische Kriege, Technokratie, Staatsschulden, Finanzmärkte, Brot und Spiele - all das gab es schon vor mehr als 2.000 Jahren und führte langfristig in den Bürgerkrieg und einen autoritären Staat. ...

Masseneinwanderung und Islam

Wie schätzen Sie die Bedeutung der Massenzuwanderung in diesem Konflikt ein? Hat sich Europa die eigenen Eroberer - genau wie Rom damals - selbst eingeladen? Wird der Bürgerkrieg sich auch entlang religiöser und ethnischer Linien entwickeln?

David Engels: Die zunehmende Präsenz nicht oder doch nur teilweise assimilierter Parallelgesellschaften mit Migrationshintergrund verstärkt die gegenwärtige Krise natürlich ungemein und wird zweifellos auch in den künftigen Auseinandersetzungen eine große, vielleicht entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt leben doch schon viele in ethnischen Ghettos nach ganz eigenen Regeln und haben den Staat faktisch entmachtet. Ob nach dem zu erwartenden Zerfall der nächsten Jahrzehnte aber nun die "säkularen Werte", ein oberflächliches Kulturchristentum oder gar, wie von Tschudinowa ... oder Houellebecq befürchtet, der Islam die Bruchlinien des Kontinents kiten werden, wer kann es wissen?

Deutlich ist jedenfalls, daß wir uns langfristig irgendwie mit der massiven Präsenz des Islams in Europa arrangieren müssen und eine Stärkung der eigenen Traditionen brauchen, sollen sie irgendwie langfristig überlebensfähig sein.

Das ist aber eben nicht durch Betonung des unpersönlichen säkularen Mottos "one size fits all" zu erreichen, sondern vielmehr durch das positive Bekenntnis zum eigenen, christlichen Herkommen, das ja schließlich überhaupt erst die Entwicklung des gegenwärtigen, inklusiven Gesellschaftsmodells ermöglicht hat. Denn selbst dieses zehrt letztlich vom rasch verblassenden Geist christlicher Kultur; sobald dieser gänzlich schwindet, wird auch von "Toleranz" und "Säkularismus" nicht mehr viel übrig bleiben. ...

Sie sagen in einem Artikel, der kürzlich erschien: "Der Westen, oder was davon noch übrig ist, sitzt auf einem stetig wachsenden Berg aus reinem Sprengstoff, dessen Entschärfung mittlerweile so unwahrscheinlich geworden ist, daß eine kontrollierte Zündung schon fast als Gnade erscheint." Was genau meinen Sie damit?

David Engels: Ich bin überzeugt, daß es bereits zu spät ist, die Explosion zu vermeiden. Je früher sie also erfolgt, desto geringer wird die Masse des stetig anwachsenden Sprengstoffes

sein, und desto größer die Hoffnung, daß das Eine oder Andere doch noch unversehrt bleiben könnte. Das bedeutet konkret: Je länger die zwar dringend nötigen, aber mit den Mitteln des gegenwärtigen politischen Systems nicht zu verwirklichenden Reformen unseres Kontinents aufgeschoben werden, desto schwieriger dürfte es sein, die zahlreichen Krisenfaktoren überhaupt noch eines Tages in den Griff zu bekommen. ...<<

10.02.2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2018:

>>Hut ab: Die Neue Weltordnung ändert alles und jeden!

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Ein satirischer Kommentar von Wolfgang Eggert.

Man muß sich zuweilen bei Kindern in Acht nehmen, was man ihnen so alles auftischt. Ich hatte mal einem Knirps am Abendbuffet des Robinson-Clubs Daidalos auf Kos (Griechenland, damals noch schön) erzählt, daß die Pommes von einem belgischen "Baron van der Fritten" erfunden wurden, der mit der französischen "Comptesse de la Mayo-Naise" liiert war. Den Belgier konnte sich der Naseweis merken, und gab die Story, zurück am Tisch, sofort in die staunende Familienrunde. Der Herr Papa hat sich dann anderntags am Pool bei mir beschwert.

Den sagenumwobenen Baron mag es wirklich gegeben haben, die Gräfin dagegen ganz sicher nicht. Klassischer Fall von halber Wahrheit also. Wer nun sagt, "Jaaaa, mit einem kleinen Hosen scheißer kann man das machen!", übersieht: Auch dem Kindbett entstiegene Wahlbürger glauben so ziemlich alles, was ihnen unter die Nase gerieben wird. Hauptsache, daß irgendein Mainstreammedium oder wahlweise die Traumfabrik Hollywood die Story entsprechend "heiß" serviert.

Jüngstes Beispiel: Während man sich in bestimmten Großstadtvierteln Britanniens heutzutage in Afrika oder wahlweise Pakistan wähnt, wurde im Land des Schaum-entkronten Biers nun endlich der erste Stammvater aller Angelsachsen entdeckt. Er war - so heißt es nüchtern - ein "Schwarzer".

Nicht wenige weiße Engländer, die es erstaunlicherweise immer noch gibt, werden diese Nachricht durchaus "shocked" vernommen haben. Wie man sie ebenfalls ins "We are all Refugees-Boot" holte, gleicht einem Geniestreich: Dem Kolonialbritten wurde - wissenschaftlich! - kurzerhand ein Satz leuchtend stahlblauer Augen verpaßt. Merke: ein bißchen David Beckham ruht auch in jedem Afrikaner - man muß nur genau hinschauen! Unterliegende "Message": Leute, hin zu diesem wohlfeilen Antlitz geht, ja muß(!) unsere Reise gehen. Back to the Roots, give it a chance! Ab in die Betten, wir schaffen das!

Was sagt man nun dazu, nachdem die Fassung zurückgekehrt ist? "So sind sie halt, die Briten" oder "Vermutlich gab's grad Freibier", all das greift zu kurz, denn Mr. Britannia ist definitiv kein Einzelfall, sondern eher die Spitze eines propagandistischen Eisberges. Wer sich im Internet umsieht, wird viele weitere, höchst erstaunliche Anchormen (Ankermänner) der europäischen Geschichte finden, die mit einem Mal dem landläufigen Flüchtling gleichen wie ein Ei dem anderen.

Neuerdings als "echter Afrikaner" gefeiert wird zum Beispiel - sicher wieder kein Zufall - mit Beethoven ausgerechnet der Komponist der Europahymne. "Offenbart Beethovens Musik seine afrikanischen Wurzeln?", fragte der *Guardian* seine Leser im Juni 2015... Gut, geschenkt, der stampfende Rhythmus seines Euvre hätte eigentlich von Anfang an auffallen müssen! Wem sich beim Frühjazzler "Ludwig van" nicht sofort vor dem geistigen Auge die weite Savanne Kenias auftut, hat seine Ohren an der Garderobe abgegeben.

Mehr allzulange verkannte Prominente aus dem Gebiet der Sub-Sahara gefällig? Alexander der Große wird genannt, der US-Gründervater Alexander Hamilton ebenfalls. Die Fernsehwelt

packt die englische Königin Margaret von Anjou dazu - in der Serie *The Hollow Crown* von einer aus Nigeria stammenden Schauspielerin verkörpert. Obendrauf den Artus-Ritter Lancelot - im US-Sender ABC ebenfalls von einem Afro-Amerikaner gemimt. Und vorerst nur am Theater begeistern Schwarze in der Rolle der französischen Nationalheldin Jeanne d'Arc und als, man gönnt sich ja sonst nichts, keinen geringeren als Julius Caesar!

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Wäre sein Ansehen nicht so rettungslos perdu, die fotofälschende Umvolkungselite würde selbst Adolf Hitler nicht verschmähen. Hätte sich der "Führer" im Frühsommer '38 erfolgreich ins malernde Privatleben zurückgezogen, wir erführen in diesen Tagen, daß sein Rufname nicht "Alf" sondern "Afri" war und auch der Name seiner Geburtsstadt Braunau erhielt mit einem Mal eine völkisch neue Erklärung. Daß sämtliche Bilder des in Wirklichkeit fast kongolesk rassigen Hitler im Nachhinein im Propagandaministerium mühevoll aufgehellt wurden, man verziehe es ihm. Die Zeiten waren halt so!

Wie gesagt, der Mann ist heute "schwer verkäuflich". So wird man sich eher an CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler halten, der innerhalb der bayerischen Grenzen als "der Schwarze Peter" bekannt ist. Warum, könnten alte, aus dem Verkehr gezogene Fotos belegen. Inzwischen hat die Bleichcreme ihre volle Wirkung entfaltet. Gauweiler ist heute hell wie eine Weißwurst.

Und wenn man schon dabei ist, warum nicht auch gleich die andere Seite der Medaille im Dienste der NWO mitverkaufen? Auch waschechte Weiße, die es in schwarzer Hautfarbe zu Ruhm und Ansehen gebracht haben, sind in der Lage, Gräben zuzuschütten, im Sinne eines herzhaften "Du bist Ich!"

Warum weiter verschweigen, daß der ehemalige Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Bokassa, in Wirklichkeit "Joe Kassa" wohl hieß und ein diamantenschleifender Jude aus der Bronx war? Über den deutschen Startenor Roberto Blanco braucht man schon des Namens wegen kein Wort verlieren. Die Tarnung war ebenso unter aller Kanone, wie die des US-Barden R. Kelly, dem schwarzen Schaf der irischen Kelly Family.

Martin Luthers spät in die USA ausgewanderter Ur-Ur-Ur-Enkel klemmte sich - typisch für deutsche Immigranten - den amerikanisch erscheinenden Namen "King" hintenan. Ein Jahr freiwilliger Arbeit auf den Baumwollfeldern Tennessees taten ein übriges. Der germanisch-protestantische Stammvater hätte seinen Nachfahren nicht einmal erkannt, wenn dieser noch den alten Eislebener Dialekt drauf gehabt hätte...

Mohammed Ali war dann der 3. Aldi-Bruder. Sich seiner deutschen Abkunft schämend, strich der Vorzeigethlet, den naiven Afroamerikaner heute noch für einen der ihren halten, einfach das "d" im Familientitel. Zu Beginn seiner Faustkampfkarriere boxte er unter dem Ringnamen "der Lippizaner". "Farbiger" wurde er erst durch die stundenlangen Freiluftfights unter der brennenden Südstaatensonne. Die "rassische" Umtragung im Personalausweis fand erst 1959 statt.

Aretha Franklin aus der Wuppertaler Brauereifamilie Küppersfeld brauchte Jahre bis sie den amerikanischen Dialekt drauf hatte. Noch danach mußte die rheinische Frohnatur stundenlang in der Maske verbringen, bis sie als "korrekte Schwarze" durchging.

Last but not least: Jerome Boateng, sie wissen schon, der Fußballer neben dem niemand wohnen will, weil er angeblich Afrikaner ist. Zu unrecht, wie die NWO-Presse richtig stellen kann und sollte. Gerhard Bootstang, aus alter friesischer Fischerfamilie stammend, könnte schlicht das Opfer einer verlängerten Höhensonnenbehandlung sein. Ende der 90er Jahre schief der Kicker auf einem Bräunerdiwan der Hamburger Solarienkette "Turbo Negro" ein. Und wurde so ein Fremder im eigenen Land.

Wie sagte der Humangenetiker, der das archäologische Relikt des britischen Ur-Stammvaters

zum blauäugigen Nafri erklärte? Wir sind allesamt Refugees, alle Zwillinge, Schwarz ist Weiss und Weiss ist Schwarz. Ausgleichbar. Austauschbar. Recht hat er! Blicken wir den Tatsachen ins Auge. Lernen wir Geschichte.<<

22.02.2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Februar 2018: >>Wir wagen ein "historisch einzigartiges Experiment" - Schock-Geständnis in den "Tagesthemen"

Von *Katja Wolters*

Ein Harvard-Politikwissenschaftler plaudert in der ARD über die stattfindende Volkszersetzung.

Tagesthemen am Dienstagabend. Nach einem Schauerbericht über das Vorbeiziehen der AfD an den Sozialdemokraten, befragt Caren Miosga den in Deutschland geborenen Harvard-Politikwissenschaftler Yascha Mounk zur Lage der Demokratie in Deutschland.

Warum ist das "Grundvertrauen in die etablierte Politik so zurückgegangen", fragt Miosga. Die schockierend ehrliche Antwort: Weil "wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, das wird, glaube ich, auch klappen, aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen."

Wow! Mounk, der für Globalistenmedien, wie Foreign Affairs, Financial Times und Die ZEIT schreibt, gesteht, daß mit Europas Völkern gerade unter der Tarnmaske der Flüchtlingskrise tabula rasa gemacht wird.

"Einzigartig, unfäßbar frech, anmaßend", kommentiert Martin Sellner das Gehörte (siehe Video oben). "Wer ist Teil dieses wirs", fragt Österreichs IB-Chef, also Teil derer, die dieses "einzigartige Experiment" wagen? Das ist "die kosmopolitische Medien- und Finanzelite, die Asylnindustrie".

Mittels einer "globalen Transaktionsstrategie" von Ressourcen aus Überschußgebieten in Regionen des Mangels solle die Globalisierung über die kommenden Jahrzehnte abgesichert ... werden. ... Komplettiert wird die globale Umverteilung vom "Strom der Völker" aus der "Kluft" hinein in den "alten Kern". Schon 2004 forderte Barnett, bis 2050 sollte Europa jährlich 1,5 Millionen Zuwanderer aufnehmen.

Barnett ... bezieht sich auf einen im März 2000 erschienenen Bericht der UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen. Um etwa in Europa den Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, warnte die Weltorganisation, müßten "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden". In der deutschsprachigen Fassung des UNO-Berichts ist daher die Rede von einer "Bestandserhaltungsmigration". Die richtige Übersetzung des englischen Originalbegriffs, "replacement migration", ist hingegen Nachfolge- oder Austauschmigration.

Sellner: "Niemals vergessen. In diesem Experiment sind wir die Laborratten und die "Verwerfungen" erleben wir täglich auf unseren Straßen. Wehrt euch gegen den Großen Austausch!"

Katja Wolters ist bekennende Lipstick-Feministin, selbstbewußt und betont weiblich zugleich. Die zweifache Mutter und freie Journalistin lebte lange in England. Die Abwesenheit schärfte ihren Blick auf die Heimat. Denkverbote kennt sie nicht, Probleme nennt sie sofort beim Namen. Dafür lieben wir sie.<<

25.02.2018

Rußland: Der russische Internetsender "PRAVDA TV" berichtet am 25. Februar 2018 (x1.147/...): >>Neue Weltordnung: Deutschland hat noch immer keinen Friedensvertrag und finanziert US-Truppen im eigenen Land

Auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland nicht endgültig geklärt, da ein Friedensvertrag fehlt.

Der russische Sicherheitsexperte Alexej Fenenko gab der Nachrichtenagentur RIA Novosti bereits vor 8 Jahren zu dieser Frage ein bemerkenswertes Interview, das natürlich im politisch korrekten Deutschland damals wie heute kein Gehör fand. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal darauf eingehen.

Die Russische Agentur für internationale Informationen RIA Novosti veröffentlichte ein Interview mit dem Sicherheitsexperten Alexej Fenenko zur Frage der deutschen Wiedervereinigung. Politisch völlig unkorrekt sprach dieser auch darüber, daß Deutschland noch immer keinen Friedensvertrag mit den Alliierten habe. Hier Auszüge:

Alexej Fenenko: "Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein sehr interessantes Ereignis. Die Berliner Mauer fiel im November 1989. Die Wiedervereinigung geschah erst ein Jahr später - im Oktober 1990, weil dies nicht nur das Problem Deutschlands, sondern aller Siegermächte gewesen war. Es gab zwei Varianten der späteren Wiedervereinigung Deutschlands. Bei den 'Zwei-plus-Vier-Gesprächen' hätten sich zwei deutsche Staaten an den Verhandlungstisch setzen und die Bedingungen der Wiedervereinigung ausarbeiten müssen. Vier Siegermächte hätten sich anschließen müssen.

Bei den 'Vier-plus-Zwei-Gesprächen' sollten die vier Siegermächte die Bedingungen ausarbeiten. Die zwei deutschen Staaten sollten sich anschließen. Großbritannien und Frankreich bestanden auf der zweiten Variante. Sie waren über ein vereinigtes Deutschland sehr beunruhigt. US-Präsident George Bush verhielt sich neutral, weil er die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht verschlechtern wollte.

Nur Michail Gorbatschow, Präsident der Sowjetunion, unterstützte die Idee der 'Zwei-plus-Vier-Verhandlungen' beim Treffen in Schelesnogorsk im Sommer 1990.

Dort wurde beschlossen, daß die Wiedervereinigung nach dem 'Zwei-plus-Vier-Schema' verlaufen wird. Die USA unterstützten sofort diese Idee und zwangen Frankreich und Großbritannien dazu, diese Variante zu unterstützen." (Zwei-plus-Vier-Vertrag: "Wir wollten ja keinen Friedensvertrag")

Alexej Fenenko: "Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der von den zwei deutschen Staaten sowie den vier Siegermächten am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde, wurden alle Probleme geregelt. Nach der Unterzeichnung dieses Vertrags wurde die vollständige Souveränität Deutschlands wiederhergestellt: Die Siegermächte verzichteten auf ihre territorialen Ansprüche in Deutschland. Deutschland garantierte seinerseits, daß seine Grenzen endgültig seien. Dennoch blieben zwei Probleme ungelöst.

Erstens ist der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag. Bislang haben weder Rußland noch die Westmächte einen Friedensvertrag mit Deutschland. Zweitens wurden nach dem Bonner Vertrag von 1952 vier Einschränkungen der deutschen Souveränität beschlossen: das Verbot von Referenden zu militärpolitischen Fragen, Verbot des Anspruchs auf den Abzug der alliierten Truppen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Zudem wurde die Beschlußfassung vor den Beratungen mit den Siegermächten sowie die Entwicklung einzelner Bestandteile der Streitkräfte, darunter der Massenvernichtungswaffe, verboten. Diese Einschränkungen wurden vom Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht abgeschafft und gelten offiziell bis heute."

"... deutsche Politik kontrollieren ..."

Alexej Fenenko: "Anfang der 1990er Jahre hatten Großbritannien und Frankreich Angst vor Deutschland. Erinnerungswert sind einige interessante Tatsachen aus der neusten Geschichte Deutschlands. Als Jugoslawien 1991 zerfiel, erkannte Deutschland einseitig die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Frankreich und Großbritannien stimmten dieser Entscheidung nicht zu.

Im Gegenzug drohte Deutschland mit dem Ausstieg aus der Europäischen Gemeinschaft. Danach überredeten Paris und London den US-Präsidenten Bill Clinton, die US-Militärpräsenz

in Deutschland um jeden Preis zu erhalten, um die deutsche Politik zu kontrollieren ... Man muß erneut betonen, daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag ist. Theoretisch hat Berlin immer die Möglichkeit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und seine außenpolitischen Verpflichtungen zu erörtern."

BRD finanziert US-Truppen im eigenen Land

Imperialer Krieg ist der Terminus für jenen Krieg der imperialen NATO unter Führung der USA, der seit 1991 seine grausame Spur aus Massenmord, Terror, Folter, Hunger und sozialem Elend rund um den Globus zieht, von Irak über Jugoslawien, von Afghanistan über Libyen weiter nach Syrien, den Iran bereits im Visier und weiterer Konfliktregionen.

Für diese imperiale Entwicklung inklusive Totalüberwachung verwendet der bürgerliche Mainstream in jüngster Zeit die Bezeichnung "der geheime Krieg", was im Grunde die selbe internationale Entwicklung zu fassen sucht, jedoch anders konnotiert.

"Geheim" ist dieser Krieg nicht wirklich. Vielmehr versäumten es die Medien des NATO-treuen Mainstreams in der Vergangenheit ganz bewußt, die internationale Entwicklung rund um die, durch die USA postulierte, Neue Weltordnung (NWO) zu thematisieren.

Krieg, Terror, Weltherrschaft

Was gestern jedoch mitunter noch ins Reich der "Verschwörungstheorie" verbannt wurde, hat mittlerweile den breiten gesellschaftlichen Diskurs erreicht. Da dies in erster Linie das Verdienst der alternativen Presse ist, gilt es für die Medien des imperialen Mainstreams, wieder Glaubwürdigkeit zurück zu erlangen (Deutschland: Versteckte Besatzung - Sie finanzieren den "geheimen Krieg" der USA mit!).

Vor allem die Existenz der NATO ist alles andere als geheim. Auch der Umbau der NATO in der 90er Jahren von einem reinen "Verteidigungsbündnis" zur globalen Streitmacht vollzog sich in aller Öffentlichkeit.

Ebenso ist es kein Geheimnis, daß die Bundesrepublik Deutschland aus Steuermitteln erheblich zur Finanzierung der NATO beiträgt und die BRD übersät ist mit militärischen Einrichtungen der USA, darunter auch Spionage- und Abhörzentren, und Deutschland zudem ein zentraler US/NATO-Standort für Kriegslogistik ist.

Wir identifizieren heute jenes Imperium, ökonomisch durch das international organisierte Kapital, die imperiale Oligarchie kontrolliert, politisch durch die USA geführt, militärisch im Ausbau der NATO zur globalen Gewalt konstituiert, ideologisch durch den Zionismus geprägt und in Europa über den undemokratischen Zentralismus der Institution EU (Europäische Union) vermittelt.

Wer wollte, konnte bereits seit langem über die internationale Entwicklung informiert sein. Die neue Qualität der aktuellen Enthüllungen durch den Bürgerrechtler und Whistleblower Edward Snowden, der auf der Flucht vor dem US-Regime politisches Asyl in Rußland gefunden hat, besteht vor allem darin, daß die Weltöffentlichkeit in Sachen Totalüberwachung jetzt über juristisch verwertbare Informationen und Dokumente verfügt und der antifaschistische Widerstand somit in der Lage ist, den NATO-Mainstream mit harten, justiziablen Fakten zu konfrontieren.

Deutsche Steuergelder für den globalen Imperialismus

Warum sprechen wir von der imperialen Entwicklung bzw. von imperialer NATO? Weil die Qualität bzw. Entwicklungsstufe des Imperialismus heute eine andere ist, als noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Erster und zweiter Weltkrieg, im Grunde zwei Waffengänge ein und desselben kapitalistischen Krieges, bedeuteten die Entscheidungsschlacht für die Vorherrschaft unter den westlichen rivalisierenden imperialistischen Staaten. Im Nachgang dieses Krieges hat sich die imperiale Oligarchie unter Führung des anglo-amerikanischen Kapitals als transnationales Subjekt herausgebildet - und das unterlegene deutsche Kapital in seine Strukturen integriert.

In zwei Artikeln im Jahre 2013 thematisiert die Süddeutsche Zeitung, für eine bürgerliche Zeitung überraschend offen, die Involvierung und Finanzierung Deutschlands in Sachen Totalüberwachung und "geheimer Krieg".

So lesen wir dort: "Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf. ...

Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.

Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärinfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen. ...

Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe."

Trotz allem, was die Weltöffentlichkeit und insbesondere auch Deutschland in den vergangenen Jahren über die imperiale Totalüberwachung erfahren mußte, geht der Ausbau US-amerikanischer militärischer und geheimdienstlicher Infrastruktur in Deutschland weiter.

Und daß auch noch deutsche Steuergelder in die aggressive Präsenz der Besatzungsmacht USA gepumpt werden, setzt all dem noch die Krone der Absurdität auf.

Dies verdeutlicht auch einmal mehr den transnationalen Charakter der imperialen Entwicklung. Die Bundesrepublik Deutschland agiert hier nicht als souveräner Staat nach den Normen des internationalen Völkerrechts, sondern als willfähriger Kollaborateur und Mittäter bei der Durchsetzung der NWO.

Dies nimmt insofern nicht Wunder, da Deutschland bis heute immer noch ein Friedensvertrag vorenthalten wird.

1949 vollzogen die USA die Teilung Deutschlands, indem sie die BRD gründeten. Mit der Annexion der DDR durch den US-Vasallen BRD im Jahr 1990 steht die Forderung nach einem Friedensvertrag wieder auf der Tagesordnung.

Deutschland war und ist Kriegsteilnehmer

Daß die BRD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) im Jahre 2003 die Entsendung deutscher Truppen in den Krieg gegen Irak "verweigerte", wird mitunter als Beleg dafür herangezogen, daß Deutschland eben doch souverän sei.

Tatsächlich war die Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg, namentlich Deutschland als zentraler Kriegslogistik-Standort, für die erfolgreiche Durchführung des US/NATO-Krieges entscheidend.

Während die sog. "Koalition der Willigen" rein kosmetischen Charakter hatte, ohne wirkliche strategische Bedeutung für die Kampfhandlungen (mit Ausnahme der britischen Truppen), und der medialen Propaganda dazu diente, von der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges abzulenken, war die Verlässlichkeit der Logistik und Nachschubwege aus Deutschland essentiell. Ohne diese wäre der Krieg für die USA nicht durchführbar gewesen.

Erinnern wir uns: Am 15.02.2003 fand in Berlin mit mehreren hunderttausend Teilnehmern eine der größten Friedensdemonstrationen in der BRD statt. Die Entsendung deutscher Soldaten in den Krieg gegen den Irak hätte die Friedensbewegung weiter gestärkt und das politische Gefüge in der BRD erschüttert. Mit der Folge, daß Deutschlands eigentliche und unverzichtbare Rolle als US/NATO-Aufmarschplatz ebenso hinterfragt und gefährdet worden wäre.

Also hat man die Politikdarsteller Schröder und Fischer als Friedensengel posieren lassen, um die kritischen Stimmen gegen den Krieg zu besänftigen und den Widerstand abzuwürgen. Für Demokraten und Antiimperialisten stellt sich die Frage, was angesichts der heutigen Realität rund um Totalüberwachung und imperialem Krieg, mithin der Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung und darüber hinaus im globalen Rahmen, die angezeigte politische Position ist?

Drehbuch für den 3. Weltkrieg - Der Weg in die Weltdiktatur

Es läßt sich eine klare Frontlinie identifizieren; unabhängig von allen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen im Detail, stehen die Staaten und ihre Bürger am Scheideweg zwischen globalem Imperialismus und der Desintegration der bürgerlich demokratischen Republiken bis hin zur imperialen Diktatur - oder Rückbesinnung und Verteidigung der Normen des internationalen Völkerrechts.

Die Stimmen gegen den Imperialismus und seine Verbrechen werden zahlreicher, gleichwohl existiert in Deutschland keine politische Kraft gegen die imperiale Entwicklung.

Ein breites demokratisches, antiimperialistisches Forum ist jedoch unabdingbar als handlungsfähige Organisation zur Durchsetzung der grundlegenden Forderungen bzw. Ziele.

Will man sich aus der Neuen Weltordnung ausklinken und nicht eines Tages in der imperialen Diktatur aufwachen, führt an diesen Punkten als Minimalkonsens kein Weg vorbei:

- Austritt aus der NATO und Abzug aller US-Truppen aus Deutschland und Europa
- Friedensvertrag nach dem internationalen Völkerrecht
- Auflösung der imperialen Institution EU und Neuordnung Europas auf der Grundlage des internationalen Völkerrechts ...<<

Februar 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 02/2018 berichtet im Februar 2018:

>>Big Brother spricht chinesisches

_ von *Marc Dassen*

Maos Erben haben einen hochmodernen Kontrollstaat errichtet, der Orwells Albträume weit übertrifft: Die flächendeckende Internet- und Videoüberwachung wird in einer zentralen Punktedatei à la Flensburg zusammengeführt, die die Kriminalisierung der Unangepaßten ermöglicht.

Was haben die angeblich liberalen Vorzeigedemokratien des Westens mit den autoritären Staatstechnokratien des Ostens in Sachen Zensur gemeinsam? Antwort: alles. Beide Systeme - das nominell kapitalistische und das vermeintlich sozialistische - haben aus ihrer Sicht völlig zu Recht echte Demokratie und Meinungsfreiheit als Endgegner ausgemacht. Da die politische Macht der heute herrschenden sogenannten Volksvertreter offenbar vor allem von freier Rede, einer freien Presse und tatsächlich freien Wahlen bedroht wird, tut man hüben wie drüben alles nur Mögliche, um die eigene Machtblase gegen solche schädlichen Einflüsse abzusichern.

So ähnlich die Absichten, so unterschiedlich die Verpackung: Während man im Westen - besonders in der BRD - aus historischen Gründen seine Probleme damit hat, offen und ehrlich von Überwachung zu sprechen und den Feldzug gegen Andersdenkende deshalb notdürftig ins Kleidchen des "Kampfes gegen Rechts" hüllt oder im Falle der USA von einem notwendigen Übel im "Kampf gegen den Terror" faselt, können selbstbewußte Nationen wie China Klartext reden. Dort wird bereits flächendeckend exekutiert, was auch in der westlichen Welt immer stärker forciert werden soll: der Aufbau eines technologisch gestützten Totalitarismus.

Das Regime braucht Ruhe

Freie Meinungsäußerung in China? Kein Problem, solange Sie mit den Konsequenzen leben können! Kritik an der Regierung? Gerne, solange Sie diese nicht öffentlich oder unter Klarnamen äußern - dann nämlich kann's brenzlig werden. So sieht die Lage derzeit in China aus.

Suchmaschinen werden zensiert, mißliebige Seiten abgeschaltet, Kritiker kriminalisiert. China hat das erste digitale Kastensystem der Welt entwickelt.

Wie es im Reich der Mitte aussieht, beschrieb der kanadische Umweltwissenschaftler Vaclav Smil in seinem Buch *Made in the USA* schon 2013. Seinen Beobachtungen zufolge basiert das chinesische Modell auf der "Stabilität eines Polizeistaates", der eine "fügsame Arbeiterschaft bereitstellt", die sich "mit minimalen Arbeitnehmerrechten" abfinden muß. Und damit dieses System stabil und das Proletariat fügsam bleiben, braucht es Druckmittel.

In China wird zensiert und überwacht, nicht um vermeintlich Rechte oder Terroristen abzuschrecken, sondern um das reibungslose Brummen der Staatswirtschaft sicherzustellen. Das allsehende Schlitzauge kontrolliert vor allem, wer spurt und wer nicht, fördert die fleißigen Duckmäuser und bestraft die Quertreiber.

Punkt für Punkt: die IT-Diktatur

Nicht nur, daß die Regierung der Volksrepublik rigoros das Internet zensiert, seit über einem Jahr erprobt sie in einem landesweiten Pilotprojekt sogar ein "Sozialkreditpunktesystem", das Bürger auf ihre Regierungskonformität überprüft, Unterwürfigkeit und Fleiß belohnt, Kritik aber mit Reiseverbot, Kontosperrung oder sozialem Abstieg bestraft.

Der Deutschlandfunk sprach Anfang September 2017 zu Recht von der Morgendämmerung der "IT-Diktatur". Der Teufel liegt in der Synchronisierung: "Bis 2020 sollen alle privaten und staatlichen Datenbanken in China miteinander verbunden sein." Und wenn Wissen immer noch Macht ist, dann würde Chinas Regierung damit nahezu gottgleich.

Schon 2014 begann der große Feldversuch in der ostchinesischen Stadt Rongcheng. Dort steht eine Rechenzentrale, in der alle Daten zusammenlaufen und über Wohl und Wehe der 670.000 Einwohner entschieden wird. "Die Datenmenge, die der Staat über seine Bürger zusammenträgt, ist riesig", berichtet der Deutschlandfunk in einem Artikel von September 2017. Einer dieser Bürger ist Zhang Jian, ein 42-jähriger Mitarbeiter des Forstamtes. Er ist im September 2017 zu dem gigantischen Glasbau gereist, um seinen "Sozialkredit-Punktstand zu erfragen". Zhang sagt: "Ich brauche eine Beurteilung für eine Beförderung - und dafür wiederum muß ich meinen Sozialkredit-Kontostand einholen."

Dem fügt er einige Bemerkungen hinzu, die aufhorchen lassen: Wenn der Kontostand "nicht gut genug ist, werde ich auch nicht befördert. Aber ich mache mir da keine Sorgen. Ich achte auf mein Benehmen und mein Handeln. Ich sollte keine großen Abzüge haben." Was zu tun und zu lassen ist, weiß der Beamte genau: "Wenn ich bei Rot über die Ampel fahre, geht's runter mit dem Kontostand. Wenn man sich in der Öffentlichkeit daneben benimmt, zum Beispiel in eine Schlägerei verwickelt ist, kommt man sofort auf die schwarze Liste."

"Das ist mehr Orwell, als wir uns je vorstellen konnten."

Regierungskritiker

Die Punkteskala reicht von AAA bis D. Wer sich im A-Segment bewegt, wird bei "Zulassungen für Schulen, bei sozialen Leistungen oder auch beim Abschluß von Versicherungen" bevorzugt behandelt, heißt es. Ist man aber in die C-Gruppe abgerutscht, wird man "regelmäßig kontrolliert" und bekommt "bestimmte Einschränkungen".

Und wer "in der untersten Klasse D auftaucht, qualifiziert sich nicht mehr für Führungspositionen, bekommt bestimmte Leistungen gestrichen und verliert seine Kreditwürdigkeit". China hat damit das erste digitale Kastensystem der Welt entwickelt. Daß es ein Erfolgsmodell, vielleicht sogar ein Exportschlager wird, steht zu befürchten. 2020 soll das System auf das ganze Land ausgeweitet werden.

Ein weiteres Experimentierfeld hierfür ist die "neu geschaffene Verwaltungszone Xiongan nahe Peking", die laut einem Artikel auf faz.net von Ende November 2017 "unter direkter Kontrolle der chinesischen Zentralregierung steht und als persönliches Prestigeprojekt von Präsident Xi Jinping gilt".

Die Frankfurter Rundschau schrieb zur Funktionsweise des Systems schon Mitte September 2016: "Die Daten, die die chinesischen Bürger ... hinterlassen, will die chinesische Regierung nutzen, um ihre Macht zu festigen. Ihre Computer sollen künftig die Qualität jedes Einwohners zu einer einzigen Zahl destillieren: der Bürgerbewertung." Ein Intellektueller aus Peking kommentierte: "Das ist mehr Orwell, als wir uns je vorstellen konnten." Seinen Namen will der Mann übrigens nicht in der Zeitung lesen. Wir wissen, warum.

Sklaven der Maschine

Das Funktionieren dieses digitalen Albtraums soll durch die technische Überlegenheit der Volksrepublik erreicht werden. "China ist Supercomputer-Supermacht", erklärte Spiegel Online im November 2017. Mit insgesamt 201 Mega-Rechenanlagen führt das Land mit weitem Abstand die Weltstatistik an. Sein ganzer Stolz ist die Anlage Sunway TaihuLight in der Nähe von Schanghai mit einer Leistung von 93 Petaflops, was 93 Billionen Rechenoperationen pro Sekunde entspricht.

Offiziell dienen solche Computer rein wissenschaftlichen Zwecken. Doch nimmt man die Pläne der Regierung ernst, bis 2020 die bislang knapp 180 Millionen Überwachungskameras des Landes auf rund 600 Millionen aufzustocken, werden solche Computer auch zu deren Auswertung dringend nötig werden: Wer seine Bürger für das Überqueren einer roten Ampel oder Wildpinkeln im Park mit Punktabzug bestrafen will, muß die lückenlose Datenerfassung sicherstellen. Seit 2015 arbeiten die Behörden daher auch daran, die Kameras zur Gesichtserkennung aufzurüsten und dafür auf die physiognomischen Daten der rund 1,3 Milliarden Bürger zurückzugreifen. Lieferant der nötigen Software ist der Internetgigant Baidu - das chinesische Pendant zu Google.

Schon vor etwa zehn Jahren begann Chinas Regierung damit, den Bürgern sogenannte RFID-Ausweise aufzudrücken, die neben dem Namen auch biometrische und biographische Informationen speichern und mit Hilfe einer Antenne jederzeit und überall auslesbar sind. 150 Millionen Wanderarbeiter, die damals vom Land in die Städte zogen, wurden zwangsweise mit den neuen Chipkarten ausgestattet. "Wenn sie sich die Ausweise nicht holen, dürfen sie hier nicht leben und keine Leistungen der Regierung beziehen", zitierte die New York Times den Vizepräsidenten der Kartenherstellerfirma im August 2007. "So kann die Regierung die Bevölkerung in Zukunft kontrollieren."

Das chinesische WhatsApp soll die Ausweise ersetzen.

Den nächsten, leisen Schritt in Richtung totaler Überwachung unternahm China kurz vor Jahreswechsel. Da teilten die Behörden des Bezirks Nansha mit, daß das größte soziale Netzwerk namens WeChat - vergleichbar mit WhatsApp bei uns - zu einem offiziellen Personenidentifizierungssystem ausgebaut werden soll. Die auf den Mobiltelefonen der Nutzer gespeicherten biometrischen Daten sollen direkt in staatliche Hände gelangen und den normalen Ausweis schon bald ersetzen. Zugang zu Sozialleistungen, Flughäfen oder Kundenkonten bekommt der gläserne Chinese also in Zukunft wohl nur noch per Smartphone - vorausgesetzt, der Akku hält und das Punktekonto stimmt. ...<<

02.03.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 2. März 2018 (x1.000/...): >>**Kriege durch mediale Meinungsmache vorbereitet**

... In seinem erschütternden Bestseller "Wie Medien Krieg machen" schildert der ARD-Kriegsreporter Marko Josilo, wie Politiker und Journalisten einem gemeinsamen verborgenen Plan zu folgen scheinen.

Für ihn als Insider sei das Vertrauen in die Medien schwer angeschlagen. Spätestens die weltweite Berichterstattung der Mainstream-Medien im Konflikt um die Ukraine habe gezeigt, daß diese Medien nicht unabhängig und politisch neutral berichten. Er beweist anhand von Fakten, daß die Kriege im Irak, in Jugoslawien, Libyen, Afghanistan und in Syrien - mit Millionen

Toten - international gesteuerte strategische Kriege waren. Sie seien durch mediale Meinungsmache vorbereitet und legitimiert worden.

Ein Grund mehr, alle offiziellen Nachrichten kritisch zu prüfen und sie mit alternativen Medien zu vergleichen. Im Anschluß zeigen wir Ihnen zusammenfassend einen von Kla.tv erstellten Überblick, wie beispielsweise im Irak, in Libyen, in Jugoslawien und andern Ländern aufgrund von Medienlügen ... Kriege ausgelöst wurden. Bleiben Sie dran! MEDIENLÜGEN ZU KRIEGEN:

August 1964: Golf von Tonkin. Vor der Küste Nordvietnams. Massenmedien verbreiten die Meldung, nordvietnamesische Schnellboote hätten zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals ohne Anlaß beschossen. STARTSCHUSS FÜR DEN KRIEG! Vietnam wird von den USA angegriffen!

Gegenüberstellung: "Verschwörungstheoretiker!", schrie man einst noch gegen die Menschen, die aufdeckten, daß dieser Angriff von den USA selbst inszeniert wurde als "Unter-Falscher-Flagge-Skandal". Doch heute ist die Verschwörung offiziell: Der damalige Verteidigungsminister Robert McNamara gab später zu, daß es sich tatsächlich um eine Attacke der USA unter falscher Flagge handelte!

Oktober 1990: Ein 15-jähriges Mädchen sagte unter Tränen vor laufenden Kameras aus, daß sie in einem kuwaitischen Krankenhaus gesehen habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Die Medien posaunten es wie immer lauthals heraus. Also: STARTSCHUSS für den großen Völkermord im Irak!

Gegenüberstellung: Das Mädchen aber flog als eine kuwaitische Diplomatenochter auf, die für diese Brutkastenlüge richtig viel Geld kassierte und von einer PR-Agentur ausgebildet wurde. Den Auftrag erhielt sie von einer in Amerika operierenden Organisation. Sie arbeitete nie in dem Krankenhaus.

Die Geschehnisse waren erstunken und erlogen. Wurde dieses Verbrechen jemals geahndet? Und dennoch hetzen und schreien die Medien lauthals weiter gegen alle, die solche Verschwörungen zur rechten Zeit aufdecken, "Verschwörungstheoretiker!"

Februar 2003: "Saddam Hussein besitzt Massenvernichtungswaffen!", dröhnte es durch die Massenmedien, so daß alle einmal mehr kopfnickend zuschauten, wie die Vereinigten Staaten und deren Verbündete in den Irak einmarschierten! 600.000 Zivilisten wurden umgebracht - das sind 90 % aller Opfer! Allein während eines dreiwöchigen Einsatzes wurden von den USA zwischen 1.000 und 2.000 Tonnen Uranmunition eingesetzt, was bis heute unzählige Geburten schrecklich deformierter Babys zur Folge hat.

Gegenüberstellung: Wer zur rechten Zeit darauf hinwies, daß dieser Krieg auf einer Lüge aufbaut, wurde wie immer als Verschwörungstheoretiker mundtot gemacht. Doch einmal mehr - als es zu spät war - wurde die Verschwörung noch offiziell: Der damalige Außenminister Colin Powell räumte später ein, daß sich die Quellen für angebliche Massenvernichtungswaffen nicht als solide erwiesen haben. Die 1.400 Personen umfassende "Untersuchungsgruppe Irak" (ISG) fand keine Massenvernichtungsmittel. Was für ein grausames Ausmaß an erwiesener Verschwörungspraktik. ...

März 2011: Die Behauptung eines libyschen Informanten vor der UNO, Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet, führte schließlich zum Libyenkrieg durch die NATO. In den Medien hieß es: "Gaddafi führt blutigen Krieg gegen sein eigenes Volk" usw.

Gegenüberstellung: Doch die Behauptung der 6.000 Toten stellte sich als Lüge heraus. Als man den Informanten später fragte, sagte er, er habe keine fixen Quellen für die Zahl von 6.000 Toten gehabt. Er habe das einfach so gehört. ...

Kosovo, März 1999: Laut den Massenmedien der NATO-Länder spiele sich hier eine humanitäre Katastrophe ab. Von Massakern der Serben an kosovo-albanischen Zivilisten war die Rede sowie von einem Konzentrationslager. Dies führte zum NATO-Krieg gegen das damalige

Jugoslawien im Jahr 1999 und damit tatsächlich zu einer verheerenden humanitären Katastrophe.

Gegenüberstellung: Diese Anschuldigungen wurden nur wenige Monate nach Beendigung der NATO-Bombardierung Jugoslawiens öffentlich widerlegt. Gemäß mehreren Berichten, auch von der OSZE, gab es im Kosovo vor Kriegsbeginn keine humanitäre Katastrophe. Laut kosovo-albanischen Augenzeugen habe es keine ethnischen Säuberungen gegeben und keinen Gefangenen im angeblichen Konzentrationslager.

Der 7. Dezember 1941 ging als "Tag der Schande" in die Geschichte ein - nach offiziellen Medien-Meldungen griff Japan die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor an. 2.403 Menschen verloren ihr Leben. Einmal mehr sind die Gemüter aufgeheizt und ein weiterer Startschuß für den Krieg angeblich gerechtfertigt. Am Tag darauf erklärte die USA Japan den Krieg.

Gegenüberstellung: Doch auch hier stellte sich später heraus, daß die US-Regierung den Angriff gezielt provoziert hat bzw. von dem kommenden Angriff gewußt und die Flotte in Pearl Harbor nicht gewarnt hatte, um den Kriegseintritt der USA zu rechtfertigen. Dies wies der US-amerikanische Historiker John Toland nach. Ebenso dokumentierte ein Tagebucheintrag von Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson: Die USA provozierten bewußt Japan zum ersten Schuß!

Die Medien unterstützen mit ihrer Propaganda somit nachweisbar die grausamsten Kriegsverbrechen, decken die Kriegstreiber und verbreiten immer wieder aufs Neue haltlose Verschwörungstheorien, die grausamste Kriege und Massenmorde zur Folge haben. Dubiose Quellen und oft auch im "Konjunktiv" genannte Verleumdungen und Lügen schüren beständig Haß und legen den Grund für Krieg und Terror.<<

12.03.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 12. März 2018 ([x1.000/...](#)): >>>**NATO-Ost-Erweiterung in 100 Sekunden erklärt**

Kurz und knapp erklärt der Historiker, Politologe und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser in nur 100 Sekunden die skandalöse Unrechtmäßigkeit und Gefährlichkeit der NATO-Ost-Erweiterung, die Europa evtl. schon bald in einen nuklearen Krieg stürzen kann. ...

Dr. Daniele Ganser: Der Zweck der NATO als Verteidigungsbündnis und Gegengewicht zu den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes war nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben. Da der weltweite Führungsanspruch der USA aber im Wesentlichen mit Hilfe der NATO durchgesetzt wird, mußte sie zu Gunsten dieser US-Interessen erhalten bleiben.

Es wurden zu dem Zweck nicht nur neue Feindbilder geschaffen wie der Krieg gegen den Terror und der Widerstand gegen den (in Anführungszeichen) "Aggressor" Rußland, es wurden auch neue Mitgliedstaaten in die NATO rekrutiert, d.h. die NATO wurde erweitert. Als NATO-Osterweiterung wird der Beitritt von Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, der baltischen Staaten und der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zur NATO bezeichnet. Damit rückt die NATO immer näher an die unmittelbare Grenze zur Russischen Föderation vor und betreibt so eine provokante und brandgefährliche Einkreisungspolitik. ...

Die Russen haben 1990 den Deutschen ermöglicht, daß die DDR mit der BRD fusionieren konnte und daß Gesamtdeutschland Mitglied der NATO wurde.

Die Russen haben ihre Truppen abgezogen aus der DDR und das einzige, was Gorbatschow damals gesagt hat, ist, ich möchte aber keine Nato-Osterweiterung. Haben die Deutschen und die Amerikaner gesagt, na klar, keine Nato-Osterweiterung, keinen Zentimeter werden wir die Nato erweitern. Dann kam Polen – ... in die Nato, dann kam Rumänien - .. in die Nato, dann kam Bulgarien, dann kam Albanien, dann kam Kroatien, dann Estland, Lettland, Litauen. Irgendwann haben die Russen gesagt, geht's eigentlich noch?

Und dann hat die Nato 2008 beschlossen, die Ukraine, die wollen wir auch noch in der Nato.

Und dann hat Janukowitsch, der Präsident, gesagt, nein, nein, ich will nicht in die Nato. Ja, der wurde gestürzt. Am 20. Februar 2014 haben wir Scharfschützen in Kiew, die runter in die Leute schießen. Die töten Polizisten und Demonstranten, ganz klar eine False Flag Operation. Falsche Flagge, so kann man jedes Land destabilisieren. Dann bringt man Poroschenko. Poroschenko will in die Nato, und am Schluß wird das verkauft mit: Ja, die Russen sind halt super aggressiv.

Der Putin hat nur den Gegenzug gemacht. Also wenn Sie es als Schach sehen, eröffnet die NATO, schiebt die Bauern immer weiter nach vorne, das ist die Nato-Osterweiterung. Dann schlägt sie die Dame, die Dame fällt raus, und dann zieht erst Putin den Gegenzug, damit sein König nicht fällt, und er holt sich die Krim, weil dort hat er die Schwarzmeerflotte. Er hat auch in Syrien, hat er Latakia, hat seine Stützpunkte, ja, das sind natürlich Militärstützpunkte, und die Russen, das weiß man ja, sind gute Schachspieler. ...<<

17.03.2018

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 12/2018 berichtet am 17. März 2018 über den Kampf um die Meinungsfreiheit: >>Meinungskampf: Der Riß

Die Debatte um Durs Grünbein und Uwe Tellkamp überschattet die Leipziger Buchmesse. Es geht um Flüchtlingspolitik, Redefreiheit - und die erstarkende intellektuelle Rechte.

Zweitausendsechshundert Verlage stellen auf der Leipziger Buchmesse aus, rund 20.000 Bücher erscheinen in diesem Frühjahr, manche bejubelt, manche verrissen - und sehr viele gänzlich übersehen. Und dann gibt es noch jene Bücher, deren Titel die Stimmung nicht nur der Messe, sondern des ganzen Landes schon auf dem Buchumschlag einfangen: Monika Marons "Munin oder Chaos im Kopf", Bernhard Pörksens "Die große Gereiztheit - Wege aus der kollektiven Erregung" oder Yascha Mounks "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht".

Denn die Atmosphäre ist aufgeladen, seit kurz vor der Messe bei einer Diskussion auf der Bühne des Dresdner Kulturpalasts zwei Schriftsteller aneinandergeraten sind, als ginge es um einen Familienkonflikt im deutschen Bildungsbürgertum: Durs Grünbein und Uwe Tellkamp. Beide in den Sechzigern geboren, beide aus Dresden, beide preisgekrönte Autoren, ihre Werke erscheinen beim selben Verlag, bei Suhrkamp.

Doch wie das manchmal so ist bei Familienkonflikten, beide können sich kaum mehr verständigen - und das in Fragen, die, je nach Standpunkt, zu den entscheidenden des Landes gehören: Wie hältst du es mit der Flüchtlingspolitik? Wie mit Merkel? Wie mit der Rechten? Ist die Meinungsfreiheit bedroht? Was darf man heutzutage noch sagen?

"Was ist denn das für ein Scheiß?", entfuhr es Grünbein, als Tellkamp behauptete, vor der Bundestagswahl sei die AfD die einzige regierungskritische Alternative gewesen. Die Szene wirkte, als hätte ein Regisseur diesen Konflikt inszeniert:

Auf dem einen Stuhl saß einer, der die offenen Grenzen genießt, der von seinen Reisen erzählte, von Paris. Auf dem anderen einer, der diese offenen Grenzen fürchtet. Einer, der glaubt, 95 Prozent der Migranten, die nach Deutschland kommen, seien keine Flüchtlinge, sondern wanderten in die Sozialsysteme ein.

Diese Zahl ist nicht zu halten. Und doch steht der Umstand, daß Tellkamp sie vortrug, wie der ganze Dresdner Abend sinnbildlich für die Stimmung in Deutschland. Das hat seit Mittwoch zwar wieder eine gewählte Regierung, getragen von einer ziemlich geschrumpften Großen Koalition. Doch das liberale und das rechte Lager tun sich zunehmend schwer, sich überhaupt noch zu verständigen.

Es ist, als ginge ein Riß durch dieses Land. Es hat viele Risse auszuhalten, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, doch der Riß zwischen den Lagern, der sich nun auf der Buchmesse zeigt, läßt sich nicht mit den gängigen Mustern wegdiskutieren, mit denen sich das linksliberale Milieu sonst das Phänomen der erstarkenden Rechten ein bißchen zu leicht

erklärt hatte: abgehängt, sozial schwach, aus dem Brennpunkt, ungebildet.

In Leipzig nimmt die erstarkende intellektuelle Rechte Gestalt an. Diese intellektuelle Rechte ist eine bürgerliche Rechte, eine gut situierte, gut ausgebildete Rechte, für die, anders als für die Hilfsempfänger der Tafeln in Essen und anderswo, Migranten keine direkten Konkurrenten um Nahrungsmittel darstellen. Schon anlässlich der Pegida-Demonstrationen hatte der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen, die dort mitmarschierten, gering sei, die Zahl der Akademiker und Abiturienten aber hoch.

Für das intellektuelle Selbstverständnis der Bundesrepublik ist das eine Herausforderung.

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci, ein Marxist, hatte einst die These aufgestellt: Wer das intellektuelle Leben beherrsche, beherrsche das Klima im Land. Die deutschen Achtundsechziger haben Gramsci gelesen und seine Theorie von der kulturellen Hegemonie umgesetzt. Seit einem halben Jahrhundert stand der Geist hier links. Doch nun hat die Rechte Gramscis Theorie gekapert.

Noch ist sie weit davon entfernt, das intellektuelle Leben zu beherrschen.

Uwe Tellkamps Auftritt aber könnte ein Markstein sein. Von seinem Roman "Der Turm" hat er knapp eine Million Exemplare verkauft, allein im deutschsprachigen Raum, sein Werk ist in 15 Sprachen übersetzt. Einen derart prominenten intellektuellen Fürsprecher hatte die AfD bislang nicht.

Im "Turm" hatte Tellkamp das Dresdner Bürgertum als Träger einer selbstbewußten kulturellen Identität geschildert. Es ist nur folgerichtig, daß Dresden nun zum Schauplatz der Debatte wurde. Denn darum geht es in deren Kern: Was ist heute noch bürgerlich? Wird der Migrant, jeder Migrant, zum Bürger, auch wenn er nur kurz hier ist? Gebührt jenen, die nur kurz hier sind, ein besonderer Respekt? Digitalisierung, Globalisierung und Wandel der Öffentlichkeit sind auch für das deutsche Bürgertum eine Bedrohung.

An einer der Zentralinstitutionen dieses Bürgertums, der Oper, wirbt in Leipzig ein Transparent für "Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg". Schräg gegenüber liegt das Gewandhaus, von Polizisten gesichert, hier findet der Festakt zur Eröffnung der Messe statt, die schon jetzt ihr großes Thema gefunden hat. Keinen Sängerkrieg, aber einen Dichterstreit. Der Konflikt zwischen Tellkamp und Grünbein war nur das Donnerrollen in der Vorwoche der Messe.

Es folgte der Aufgalopp, in dem die Lager sich in Stellung brachten. Auf Twitter, wo der AfD-Abgeordnete Jens Maier freudig konstatierte, "Star-Autor Tellkamp vertritt AfD-Positionen". Im Radio, wo die Schriftstellerin Monika Maron Tellkamps Aussagen ein bißchen harmloser machte, als sie waren. Dem Deutschlandfunk sagte sie, sie könne die Aufregung darüber nicht verstehen - dabei ist sie es, die in ihrem Roman "Munin oder Chaos im Kopf" mit literarischen Mitteln von genau dem Grundkonflikt erzählt, der sich nun in der Realität zwischen Grünbein und Tellkamp abspielt.

Auf der einen Seite das eher linksliberale Milieu, auf der anderen Seite die Empörten, womöglich rechts. Und am Horizont das große Kuddelmuddel der drohenden Apokalypse, Millionen Migranten, junge Männer, sexuelle Gewalt:

"Die Kriege, die bedrohlichen Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen, unser Straßenkampf, alles floß unter dem unbeirraren Rauschen des Regens zu einem endlosen Panorama zusammen, in dem ein Bild auf das andere folgte, manche miteinander verschmolzen, schwererschwingende Männer liefen hinter Panzern her."

Die Suada steigert sich, am Ende erweist sie sich als Traum - oder doch nicht? So recht weiß man das ja nie bei derartigen Weltuntergangsszenarien. Ob die rechts sind? Schon zur Bundestagswahl hatte Monika Maron über sich selbst geschrieben: "Links bin ich schon lange nicht mehr."

Uwe Tellkamp war es wohl nie, schon in seinem Frühwerk "Der Eisvogel" schrieb er über

einen rechtsradikalen Terroristen. Rollenprosa, gewiß. Auch hat Literatur keiner Gesinnung zu folgen. Große Autoren waren rechts, Gottfried Benn, Ernst Jünger - sie haben sich als Einzelgänger inszeniert, das gehört dazu, der "Waldgang", wie Jünger es nannte, als Widerstandsakt gegen die Mehrheit. Doch es ist auch diese Mehrheit, die rechten Dissidenten den Glorionschein des Außenseitertums erst so richtig verschafft - manches kritische Urteil dürfte diese in ihrer heroischen Pose nur bestätigen.

Durs Grünbein attestierte Tellkamp gerade in der "Zeit": "Was wir von Uwe Tellkamp hören, kennen wir von Pegida."

Auf der Bühne des Kölner Literaturfestivals Lit. Cologne konstatierte der Grünenchef Robert Habeck vor ausverkauftem Haus: "Tellkamps Argumente waren rechte Argumente, und seine Argumentation war verschwörungstheoretisch. Er soll aufhören zu jammern. Die Scheibe einschlagen und 'Haltet den Dieb rufen', das ist ziemlich peinlich."

Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu meinte: "Was fällt mir zu dem Mist ein? Mein Rat an die Heulsusen in der rechten Ecke: Lernt Deutsch, ihr Versager, und packt euch weg. Mein Rat an Tellkamp und andere Zonzampanos: Maul auswaschen mit Seife. Gute Bücher schreiben." Selbst Suhrkamp distanzierte sich bereits am Morgen nach der Diskussion in Dresden von seinem Erfolgsautor: "Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln. ..."

Es war kein sonderlich glückliches Manöver, auch wenn eine Suhrkamp-Sprecherin sich später bemühte, den Tweet als Ausdruck allergrößter Normalität abzutun: "Dieser Satz weist lediglich auf eine Selbstverständlichkeit hin."

Die Suhrkamp-Autorin Sibylle Lewitscharoff meint dazu: Die Äußerungen von Herrn Tellkamp mögen empörend gewesen sein, aber ich rate davon ab, sich als Verlag dazu zu äußern. Der Verlag ist ausschließlich für die Bücher verantwortlich, die ein Autor geschrieben hat, nicht für dessen politische Haltung oder sonstiges Betragen."

Kulturstaatsministerin Monika Grütters, befragt nach ihrer Meinung zur Debatte, sagt, stets werde gefordert, daß die Intellektuellen sich in aktuelle Debatten einbrächten, und zwar gerade dann, wenn Krisenstimmung herrsche. "Nur muß man es dann auch verkraften, daß diese Leute provozierende und kontroverse Positionen vertreten. Auch da gilt der Grundsatz der Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung." Gleichermäßen müsse es der Autor Tellkamp aushalten, wenn viele Menschen deutlich machten, daß sie seine Meinung für eine Zumutung halten. Dafür habe sie gerade in diesem Fall großes Verständnis.

Die Aufregung kocht eben schnell hoch, wenn es um die Frage geht, ob ein Autor rechts ist, weil es hier schnell um die zentrale Frage der bundesdeutschen Identität geht: Wie verhält man sich zur Erinnerung an den Nationalsozialismus, in der manche Rechte nur einen "Schuldkult" sehen?

Auf der Frankfurter Buchmesse hatte es im Herbst einen Eklat gegeben, als es bei einer Veranstaltung von Götz Kubitscheks Antaios Verlag zu einer Prügelei zwischen Identitären und Autonomen kam.

Oliver Zille, der Chef der Leipziger Messe, hat nun ein Sicherheitskonzept erarbeiten lassen, um zu verhindern, daß sich das wiederholt. Die rechten Verlage teilen sich eine Ecke in Halle drei, Polizisten patrouillieren durch die Gänge. Gegenüber von Kubitscheks Verlag befindet sich die "Deutsche Stimme", ein NPD-nahes Blatt, daran schließt sich der Stand von Jürgen Elsässers rechtspopulistischem "Compact-Magazin" an, martialisch bewacht von blassen, muskulösen Männern im dunklen Sakko.

Bereits am Donnerstagvormittag, die Messehallen hatten gerade erst geöffnet, geht es in einer Diskussion um die Frage "Wie politisch ist der Buchhandel?". Mit auf dem Podium sitzt Susanne Dagen, eine Buchhändlerin aus Dresden. Ihre Buchhandlung liegt am Fuße jenes Villenviertels, das Tellkamp im "Turm" beschrieben hat, gleich bei der Elbbrücke. Eigentlich ein

bürgerliches Idyll.

Dagen war es, die im Herbst die "Charta 2017" initiiert hatte, einen offenen Protestbrief an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels, dessen Unterzeichner sich dagegen wandten, daß der Börsenverein politisch Stellung bezogen hatte: Wenn ein Branchen-Dachverband darüber befinde, was als Meinung innerhalb eines Gesinnungskorridors akzeptiert werde und was nicht, dann sei unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt, hieß es da. Unterzeichnet war das Schreiben unter anderem von Uwe Tellkamp.

Eine Gruppe anderer Dresdner Autoren, darunter wiederum Durs Grünbein, antwortete mit einer Gegenerklärung: "Die Freiheit, sich zu äußern, begründet kein Recht, sich unwidersprochen zu äußern." Der "Opferhabitus", der durch die Klage über Gesinnungskorridore eingenommen werde, sei unangemessen.

Nun waren sie gefallen, die Reizworte, um die es seitdem geht: "Gesinnungskorridor", "Gesinnungsdiktatur" auf der rechten, "Opferhabitus" auf der linken Seite; Munition für einen Meinungskampf in Endlosschleife, moralisch hochgradig aufgeladen, geht es hier, je nach Sichtweise, doch um den Kampf gegen die "Gutmenschen", das "betreute Denken" oder eben um den zwischen dem hellen und dem dunklen Deutschland.

Dazwischen allerdings, könnte man einwerfen, gibt es viele Graustufen. Ist die öffentlich ausgetragene Diskussion zwischen Grünbein und Tellkamp nicht der beste Beweis dafür, daß es eine Gesinnungsdiktatur hierzulande nicht gibt? Susanne Dagen sieht das anders: "Das sogleich einsetzende Aufbrausen war der Beleg zur These. Die Stigmatisierungsmaschinerie lief unter Aufbietung sämtlicher negativ konnotierter Begriffe auf Hochtouren."

Der Mainzer Historiker Andreas Rödder stimmt ihr zu: "Es heißt immer, in Deutschland könne man alles sagen. Das stimmt, allerdings nur in einem technischen Sinne. Eine offene Debatte erfordert mehr als das, nämlich Respekt für die Meinung des anderen, auch und gerade wenn sie mir nicht gefällt." Thilo Sarrazin sei ein gutes Beispiel. "Tatsächlich konnte er alles schreiben und es auch millionenfach verkaufen. In der meinungsbildenden Öffentlichkeit aber wurde er geächtet - 'nicht hilfreich', sagte die Kanzlerin."

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, der gerade das Buch "Die große Geiztheit" veröffentlicht hat, nennt die Debatte zwischen den beiden Schriftstellern ein "Lehrbuchbeispiel für die Empörung zweiter Ordnung", die längst zum kommunikativen Normalfall öffentlicher Auseinandersetzung geworden sei. "Jemand sagt etwas, aber dann beginnt kein Gespräch, kein suchendes, um Nuancen bemühtes Verstehen.

Dann beginnt die Sofort-Etikettierung der anderen Position, die Empörung über die Empörung der jeweils anderen Seite. Seht her! Ihr wollt nur erziehen! Nur stigmatisieren! Nur moralisieren!" Eigentlich handle es sich nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die von Ressentiments gesteuerte Simulation einer Debatte.

Schon in den Siebzigerjahren hatte es in der Bundesrepublik einen von Ressentiments befeuerten Meinungskampf gegeben, auch damals stritten Linke mit Rechten, auch damals schien es um alles zu gehen: entweder das "Vierte Reich" oder der Kommunismus. Darunter machte man es nicht.

Einer der Veteranen dieses Meinungskampfs ist Klaus Staeck, damals Plakatkünstler, später Präsident der Akademie der Künste. Eine Ausstellung mit den Arbeiten Staecks in Bonn empörte die CDU/CSU Mitte der Siebzigerjahre so sehr, daß deren damaliger Fraktionsgeschäftsführer Philipp Jenninger die Bilder von der Wand riß. Die übliche Talkshow-Dramaturgie nütze der AfD, meint Staeck: "Wenn Gangster neben Gutmensch sitzt, erhält immer der Gangster die meiste Aufmerksamkeit."

Er rät deshalb: "Macht mal halblang." Ein leicht ins Reaktionäre spielendes Geraune habe es in der deutschen Literatur schon lange gegeben. In Wahrheit aber sei die Rechte intellektuell schwach und ein disparater Haufen mit geringer Relevanz. Der Nation fehle ein Gewissen,

meint Staeck, Ratlosigkeit mache sich breit. Nicht die Äußerungen rechter Autoren seien die Gefahr, sondern die Indifferenz. Merkel habe suggeriert, die Bürger könnten die Politik einfach ihr überlassen, dann sei Ruhe.

In der Schweiz hat sich der Diskurs seit einigen Jahren merklich nach rechts verschoben. Was in Deutschland für Aufregung sorgt, ist dort längst publizistische Routine. Es sind die linken und liberalen Stimmen, die es schwer haben, noch gehört und gelesen zu werden. Eine dieser liberalen Stimmen ist der Zürcher Historiker Philipp Sarasin. Er betreibt mit anderen Intellektuellen das Blog "Geschichte der Gegenwart", reflektiert dort auch das Wesen populistischer Argumentation.

Sarasin warnt heute vor vorschneller Empörung und allem, was zur Lagerbildung beitrage. Es sei nicht so, daß eine rechte Position heute den Weg für einen neuen Faschismus bereite. Die zentrale Gefahr sei, daß die Gesellschaft auseinanderbreche. Darum müsse man den Korridor der Meinungen so weit wie möglich offen halten. Statt also nach der einen, wahren Meinung zu suchen, solle man den Streit annehmen und mit allen reden, die das überhaupt noch wollen. Dazu aber sei es nötig, ein wenig kühler zu reagieren und sich die Empörungsgesten zu sparen. Denn was solle nach den stets erwartbaren Distanzierungen kommen?

Yascha Mounk hat diese Empörungsgesten gerade selbst erfahren. Er ist in Süddeutschland aufgewachsen, mittlerweile ist er Politikwissenschaftler in Harvard, gerade hat er das Buch "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus die Demokratie bedroht" veröffentlicht - und schon ist er YouTube-Star: als Gewährsmann der Rechten. Klingt ein bißchen paradox angesichts seines Buchtitels.

Doch in einem Interview mit Caren Miosga hatte Mounk in den "Tagesthemen" von dem "historisch einzigartigen Experiment" gesprochen, eine "monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln" - rechten Bloggern genügte das als Beweis für eine ihrer liebsten Verschwörungstheorien: In Deutschland werde heimlich die Bevölkerung ausgetauscht. Wie soll man noch diskutieren, wenn Argumente derart fehlinterpretiert werden?

"Eine effektive Antwort auf rechts müsse zugleich respektvoll und prinzipientreu sein", meint Mounk. Mit Herablassung sei politisch nichts zu gewinnen. Wer Rechte schulmeisterlich belehre, werde sie nicht überzeugen. "Statt dessen sollten wir ganz klar formulieren, warum wir für unsere Prinzipien einstehen - und warum ihre Vision der Politik gefährlich ist."

Nur einer schweigt: Uwe Tellkamp. Er wolle sich nicht weiter äußern, läßt er mitteilen.

Durs Grünbein hingegen wirkt mittlerweile ein bißchen erschöpft. Er berichtet, statt noch einmal auf die Diskussion einzugehen, von einem seiner "regelmäßigen Alpträume": "Man bittet mich auf das Podium (Paulskirche, Bundestag etc.), ich soll eine Rede halten und stelle fest - ich habe sie nie geschrieben. In meiner Jackentasche finden sich nur Notizzettel, die ich in der Eile nicht einmal entziffern kann."

Man könnte das für eine Metapher halten. Die Schwierigkeiten der Kommunikation.<<

19.03.2018

BRD: [Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 19. März 2021 folgender Bericht über den "Neuen Kalten Krieg" gegen Rußland (x1.014/...): >>**Die Wurzeln des Neuen Kalten Kriegs gegen Rußland**

Ein Kommentar von *Rainer Rupp*

Um diese Ursprünge und Ursachen des "Neuen Kalten Kriegs" gegen Rußland zu verstehen, müssen wir zurück in die Jahre 1990/1991. Das war die Zeit, in der die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene Supermacht damit begannen, ihre Vision für die postsowjetische Welt zu formulieren, die entsprechenden Strukturen zu schaffen und umzusetzen.

Der zu dieser Zeit von den USA geführte Krieg gegen den Irak diente dem damaligen US-Präsidenten George Bush als willkommene Bühne, um in seinen öffentlichen Reden das Kon-

zept seiner "Neuen Weltordnung" anzupreisen, die - natürlich unter US-Führung - *"der Welt dauerhaften Frieden und Wohlstand bringen würde"*.

Die Entwürfe für diese Neue Weltordnung (NWO) wurden allerdings im Pentagon erstellt. Ein gewisser General Walter R. Sharp, Leiter der Arbeitsgruppe zur Definition von Bushs NWO, stellte beispielsweise fest, daß die Schaffung einer "internationalen Gemeinschaft, die physisch sicher, wirtschaftlich stabil und kulturell frei ist", nur durch die "weitere Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Interdependenz und durch den Abbau aller nationalen Barrieren für den wirtschaftlichen und finanziellen Austausch gelingen würde", mit anderen Worten, die Neue Weltordnung könnte nur unter der Bedingung der totalen Globalisierung Erfolg haben.

Um dem Nachdruck zu verleihen, verurteilte General Sharp natürlich das Prinzip der nationalen Souveränität als einen überholten, aber immer noch "populären Fetischismus". Heute wird diese Meinung sogar von vielen jungen, "Keine Grenzen - Keine Nationen-Linken" geteilt, die immer noch eine unkontrollierte Einwanderung fordern und sich auch innerhalb der EU für ein Ende der nationalen Souveränität der Mitgliedstaaten einsetzen.

Aber zurück zum Entwurf von Bushs neuer Weltordnung 1990/91. Der Pentagon-Wissenschaftler und US-Regierungsberater Daniel S. Papp definierte Bushs NWO als eine von den USA angeführte *"unipolare Welt, die auf höchster Ebene auf amerikanischer Militärmacht basiert"*. Auf der darunter liegenden Ebene würde die Welt im Rahmen der Globalisierung in drei Wirtschafts- und Handelsblöcken organisiert werden, die von der Finanzmacht Washington kontrolliert würde. Die EU sollte einer dieser Blöcke sein.

Aber was würde mit den Nationen passieren, die souverän bleiben wollten und ihre Interessen anders definieren, als die von den USA angeführte "internationale Gemeinschaft"? Auch dafür hatten die NWO-Designer im Pentagon bereits eine Lösung: Diese Nationen würden zu Schurken- oder Aggressor-Staaten erklärt werden, die nichts Gutes zu erwarten hatten. Der Leiter der NWO-Rüstungsgruppe, der Pentagon-Mitarbeiter R. Wright stellte klar: *"Die Lehre aus dem Irakkrieg (der von 1991) war, daß ein kleiner Staat sich nicht gegen die Luftwaffe einer Supermacht verteidigen kann."* Diese Überlegung wurde in der Folgezeit weithin als "wirklich visionäre Strategie für die internationale Polizeiarbeit" gepriesen.

Sogar Präsident Bush knüpfte persönlich daran an und erklärte in einer Rede, daß mit Blick auf das Schicksal des Irak im Krieg des Jahres 1991 alle anderen Schurkenstaaten erkennen müßten, daß angesichts *"der Schrecken des Krieges keine Nation gegen die vereinte Weltgemeinschaft standhalten kann"* und daß es daher besser für jeden Schurkenstaat sei, "zur Familie friedliebender Nationen zurückzukehren".

Diese Kernelemente von Bushs NWO spiegeln sich in den verschiedenen Rechtfertigungen für das wider, was wir heute als neoliberale Globalisierung kennen, oder was die Eliten die regelbasierte internationale Ordnung nennen. An der Oberfläche dreht sich alles um Freihandel, Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstand und westliche Werte im Rahmen der neoliberalen Globalisierung, aber darunter geht es um die Drohung mit, oder den Einsatz von roher, militärischer Gewalt zum Wohle der internationalen Eliten dieser westlichen "Wertegemeinschaft".

Thomas L. Friedman, in jenen Jahren einer der einflußreichsten Kommentatoren der New York Times und damit der USA, hielt das in seinem "Manifesto for a Fast World" wie folgt fest: *"Der Kapitalismus des freien Marktes und seine Verbreitung in praktisch allen Teilen der Welt ... wird in erster Linie durch die US-Militärmacht geschützt"*.

Acht Jahre später im März 1999, an dem Tag, an dem die US-geführte NATO ihren Angriffskrieg gegen Rest-Jugoslawien begann, schrieb Thomas Friedman in der New York Times: "Damit die Globalisierung funktioniert, darf Amerika keine Angst haben, als die allmächtige Supermacht zu agieren, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne den F-15-

(Kampfjet) Designer McDonnell-Douglas nie funktionieren. Und die unsichtbare Faust, die sicherstellt, daß die Welt für McDonalds (Hamburger Restaurants) und Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt U.S. Army, U.S. Navy, US-Air Force und Marine Corps."

Zu dieser Zeit, nämlich des Krieges gegen den Rest Jugoslawiens, war Bushs Neue Weltordnung längst von den Eliten der westlichen Wertegemeinschaft angenommen worden und fest etabliert! Dies zeigen die folgenden Auszüge aus einer Analyse des privaten, fast ausschließlich mit ehemaligen Mitarbeitern westlicher Spionagedienste besetzten, Nachrichtendienstes Stratfor vom August 1998.

In dieser Analyse unterstreicht Stratfor mit einem gewissen Ton der Überraschung, daß *"die US-Vision der NWO von einem Großteil der Weltelite geteilt wurde, trotz des anhaltenden US-Unilateralismus. Stratfor zufolge liegt der Erfolg dieser "Ideologie der Neuen Weltordnung" darin, daß grundlegende politische Differenzen zwischen den Nationen - genauer zwischen den Eliten der Nationen - verschwunden waren"*. Damit habe Bushs NWO eine neue Qualität in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen, imperialistischen Staaten geschaffen.

Weiter im O-Ton Stratfor: *"Nach dieser NWO-Vision waren grundlegende politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen verschwunden. Anstatt ideologisch gespalten zu sein, einigten sich nun alle großen Nationen auf grundlegende Grundprinzipien. Vernünftige Menschen (bzw. Eliten) überall akzeptierten die These, daß Wirtschaftswachstum und Wohlstand Interessen sind, die über alles andere gehen. Unter diesen Bedingungen war es von wesentlicher Bedeutung, die internationale Stabilität aufrechtzuerhalten, um diesen Wohlstand zu fördern."*

"Because all major nations agreed on the desirability of prosperity and international stability, fundamental international disputes, like those that led to the two World Wars and the Cold War, were no longer a significant problem. The only international problems faced by the United States and its allies were the management of marginal outlaw states like Iraq and North Korea, internal instability as in Yugoslavia and Somalia, and outbreaks of international terrorism."

"Weil sich nun alle großen Nationen einig waren, daß Wohlstand und internationale Stabilität höchste Priorität hatten, gab es keine grundlegenden internationalen Streitigkeiten mehr von der Art, die zu den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg geführt hatten. Es gab keine größeren Probleme mehr. Die einzigen internationalen Probleme, mit denen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten noch konfrontiert waren, waren marginaler Art, wie das Management der Schurkenstaaten Irak und Nordkorea, oder interne Instabilität wie in Jugoslawien und Somalia oder Ausbrüche des internationalen Terrorismus."

Immer noch im O-Ton von Stratfor: *"Da nun alle Nationen vernünftig waren und jede vernünftige Nation die Notwendigkeit sehen konnte, daß verhindert werden mußte, daß Bürgerkriege, Schurkenstaaten oder Terrorismus Elend verbreiten und die Finanzmärkte(!) verunsichern, waren folglich alle Nationen bereit, bei der Bewältigung dieser marginalen Probleme zusammenzuarbeiten. Das (gemeint sind Kriege wie gegen Jugoslawien) waren schließlich Randfragen. Was wirklich gemanagt werden mußte, war das internationale Wirtschaftssystem, insbesondere die Integration ehemaliger kommunistischer Nationen in dieses System."* (Stratfor Zitat Ende)

Zur Zeit dieser Stratfor-Analyse, also August 1998, waren die westlichen Eliten fest davon überzeugt, daß sie auch die Eliten der russischen Jelzin-Regierung unwiderruflich an Bord ihrer Neuen Weltordnung hatten. Einen Weg zurück zur nationalen Souveränität Rußland hielten sie für ausgeschlossen, auch noch als sich die ersten Folgen des Zusammenbruchs der russischen Finanzwirtschaft im selben Jahr abzeichneten. Die institutionellen Strukturen des Westens zur Hilfe in der Krise versagten.

Weder der Westen noch der IWF konnten oder wollten helfen. Diese Erfahrung hat damals in Moskau alles verändert und eine neue Entwicklung eingeleitet. Sie brachte neue, vom westlichen Neo-Liberalismus unverdorben Kräfte ins Spiel, die den Ausverkauf der russischen Wirtschaft an westliche Eliteinteressen auf Kosten des leidenden russischen Volkes ablehnten. Schließlich trat Wladimir Putin als Anführer einer Bewegung auf, die in einem langen Kampf Rußlands Souveränität wieder herstellte und von westlichen Finanz-Zwängen, Schuldenfallen und wirtschaftlicher Erpressung befreite.

Darin finden wir meiner Meinung nach den Grund, warum Rußland von den globalen, neoliberalen Eliten von Washington über Brüssel bis Berlin heute als Schurken-Staat betrachtet und auch so behandelt wird.

Tatsächlich stellt Rußland nicht nur für viele Länder der Dritten Welt, die sich gegen genau dieselben Zwänge der neoliberalen Globalisierung zu wehren versuchen, von denen sich Moskau befreit hat, eine wertvolle Alternative dar. Allein die Existenz Rußlands, daß es trotz aller Sanktionen des Westen wirtschaftlich wächst und gedeiht, außerhalb des Westen international hohes Ansehen genießt, nicht zuletzt, weil Rußlands mit seiner überragenden Diplomatie und seiner Militärmacht ein Bollwerk des Völkerrechts darstellt, gegen die imperialistischen Raub- und Wirtschaftskriege des Wertewestens.

Da der Westen in einem offenen Krieg Rußland nicht besiegen kann, ohne inakzeptabel hohe Zerstörungen zu riskieren, werden die neoliberalen Eliten des Westens weiterhin alles versuchen, Rußland unterhalb der Kriegsschwelle in die Knie zu zwingen, z.B. im Rahmen einer Farbenrevolution infolge einer konzertierten Destabilisierung der russischen Wirtschaft und des Zusammenhalts der Bevölkerung. Zugleich wird die Diffamierung von Rußlands internationalem Ansehen - als Beispiele seien die Fälle Skripal und Nawalny genannt - als Teil einer koordinierter Operationen der westlichen Abteilungen für Psychologische Kriegsführung weitergehen.<<

20.03.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 20. März 2018 (x1.000/...): >>>WHO-Sexualpädagogik - Wegbereiter zur Legalisierung der Pädophilie?

... In Frankreich hat ein Staatsanwalt den Vergewaltigungsvorwurf gegen einen 28-jährigen Mann mit der Begründung fallen gelassen, die elfjährige Sarah sei angeblich damit einverstanden gewesen. Der Mann ist jetzt nur noch des sexuellen Übergriffs auf eine Minderjährige angeklagt. Die Staatsanwaltschaft argumentiert, daß Sarah den sexuellen Handlungen zugestimmt habe und nicht gezwungen worden sei, Geschlechtsverkehr zu haben. Sie folgte laut Einschätzung der französischen Behörden "bereitwillig dem Angeklagten".

Armelle Le Bigot Macaux, Leiterin der Kinderrechtsgruppe Cofrade, argumentiert: "Es ist wirklich erschreckend, daß die Staatsanwaltschaft glaubt, daß ein elfjähriges Mädchen das Urteilsvermögen eines Erwachsenen haben soll." Die meisten Staaten Europas kennen ein Schutzalter, das eine Grenze bei 14 bis 17 Jahren festlegt. Bei allen Sexualhandlungen Erwachsener gegenüber Personen im Schutzalter besteht die unbestrittene Annahme, daß ein Kind nicht einwilligen kann.

Wie konnte es trotzdem zu dieser Schlußfolgerung der Staatsanwaltschaft kommen, daß die sexuellen Handlungen zwischen dem erwachsenen Mann und dem elfjährigen Mädchen einvernehmlich gewesen sein sollen? Werfen wir dazu einen Blick auf die Diskussion über die schulische Sexualerziehung nach den WHO-Standards in Europa. Dr. Maurice Berger hat als Sprecher einer Gruppe aus 20 Ärzten, Psychiatern, klinischen Psychologen und Traumaspezialisten im Juni 2017 einen Alarmruf in Form einer Petition an die französische Gesellschaft abgegeben.

Sie warnen ausdrücklich vor den verheerenden Folgen für Kinder aufgrund der "WHO-Standards für die Sexualaufklärung in Europa". Die darin propagierte Sexualaufklärung ab

Vorschulalter basiert auf der Annahme, ein Kind sei von Geburt an ein sexuelles Wesen, habe sexuelle Bedürfnisse und demzufolge ein Recht auf Sexualität.

So heißt es im Vorwort der WHO-Standards: "Der ganzheitliche Ansatz (der Sexualpädagogik) begreift Sexualität als menschliches Potential, als allgemeine Lebensenergie und hilft Kindern und Jugendlichen, grundlegende Fähigkeiten zu entwickeln, mit deren Hilfe sie ihre Sexualität und ihre Beziehungen in den verschiedenen Entwicklungsphasen selbst bestimmen können.

Dies bestärkt sie darin, ihre Sexualität und Partnerschaften in einer erfüllenden und verantwortlichen Weise zu leben." Diese WHO-Standards werden nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz umgesetzt, finanziert mit Steuergeldern, so zum Beispiel in der Schweiz: Das BAG (Bundesamt für Gesundheit) finanziert seit Jahren "Sexuelle Gesundheit Schweiz" in Millionenhöhe.

Gemeinsam mit einer Allianz für Sexualaufklärung will das BAG die WHO-Standards in der Schweiz durchsetzen. Die promovierte Psychologin und Fachbuchautorin Ariane Bilheran hat die einzelnen Textpassagen der WHO-Standards minutiös analysiert und kommentiert. Sie warnt, daß die Inhalte der Aufklärung nichts mit dem eigentlichen Kinderschutz zu tun hätten, wie er beispielsweise in Art. 11, Abs. 1 der Schweizer Bundesverfassung festgelegt ist.

Zitat: "Sondern es geht dabei nur darum, die Prävention (das meint hier die frühkindliche sexuelle Aufklärung) als perversen Vorwand zu benutzen, um Ideologien und pädophiles Verhalten auszudrücken." Untersucht man das Präventionsprogramm "Mein Körper gehört mir!" des Kinderschutzes Schweiz, findet man dieses Argument bestätigt. Das Programm richtet sich an Kinder der Unterstufe, also an 6- bis 9-Jährige.

Die Präventionsbotschaften richten sich ausschließlich an das Kind, selber zu bestimmen, welche Berührungen es mag und welche nicht. Damit ist das Kind sich selber ausgeliefert und es wird angenommen, daß das Kind in diesem Alter das dazu nötige Urteilsvermögen hat. Die ausschlaggebenden Argumente der Pädophilen-Organisationen zur Legalisierung der "gewaltfreien" Pädophilie sind das Recht der Kinder auf Sexualität und die Einvernehmlichkeit.

So lautet die Forderung der AHS (Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität) in dem "Positionspapier von 1988 zur Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern": "Gleichberechtigte, einvernehmliche und verantwortliche sexuelle Handlungen dürfen - weil sie nicht schädigen - auch zwischen Erwachsenen und Kindern nicht mehr strafbar sein." Ariane Bilheran kommt zum Schluß, daß bei der Erstellung der WHO-Standards international bestens vernetzte Pädophilen-Netzwerke mitgewirkt haben müssen, damit so der Weg freigemacht werden soll, zukünftig den gesetzlichen Schutz der Kinder und Minderjährigen abzuschaffen.

Dieser neueste Gerichtsfall in Frankreich zeigt auf, daß gerade diese Forderungen der Pädophilen-Organisationen nun in ersten Schritten erfüllt werden. Die bereits gängige Praxis der WHO-Sexualpädagogik trägt ihre ersten Früchte. Politik, Bildungsbehörden und Eltern sind aufgerufen, noch geltendes Recht zum Schutz der Kinder und Jugendlichen einzufordern, wie dies zum Beispiel in der Schweizer Bundesverfassung festgehalten ist: Art. 11, Abs. 1 "Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung." <<

27.03.2018

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 27. März 2018: >>>Neue Rechte: Germanische Thing-Zirkel

In der alten Bundesrepublik suchten rechte Zirkel vergeblich nach dem historischen Moment, die Konservativen zu gewinnen. Diesmal scheint es ihnen zu gelingen.

Von *Thomas Assheuer*

Die deutsche Rechte, muß man wohl sagen, ist in Champagnerlaune. Eine Gruppe von Publizisten und Schriftstellern hat eine Erklärung veröffentlicht, mit der sie angesichts einer

"illegalen Masseneinwanderung" sich mit jenen solidarisieren, die dafür "demonstrieren, daß die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird".

Auf der erstaunlich umfangreichen Unterschriftenliste finden sich neben konservativen Autoren auch Akteure aus dem rechtsradikalen Milieu, und es ist dieser Schulterschuß, der Rechte triumphieren läßt: Daß ihre Ideen in konservativen Kreisen endlich hoffähig werden, darauf hatten sie gehofft. Das war ihr Projekt, von Anfang an.

Über diese Anfänge existieren ein paar Vorgeschichten, und eine beginnt am 11. April 1945 mit der Tagebucheintragung des Schriftstellers Ernst Jünger. Amerikanische Panzer hatten ihn aus dem Schlaf gerissen, und er staunt über die hin und her schwankenden Funkantennen auf den Stahlmonstern. Die Szene erinnert ihn an eine magische Angelpartie, die das Ziel hat, den deutschen "Leviathan" einzufangen. "Von einer solchen Niederlage", notiert er, "erholt man sich nicht wieder wie einst nach Jena oder nach Sedan. Sie deutet eine Wende im Leben der Völker an, und vieles, was uns im Innersten bewegte, muß sterben bei diesem Übergang."

Im Innersten? Damit meinte Ernst Jünger seine eigene Ideenwelt, das eigene Weltbild, er meinte seine Vorstellung von Politik, Staat, Ordnung. In der Weimarer Republik zählte Jünger zu den Vorreitern der rechten Revolte, und es war ihm eine Ehre, die Demokratie federführend und in unzähligen, auch antisemitischen Pamphleten sturmreif zu schießen. Nun, nach der "totalen Niederlage", schien für Jünger die Weimarer Rechte moralisch diskreditiert, auch wenn einige ihrer Vertreter zuletzt vor Hitler gewarnt hatten oder von seinen Schergen ermordet worden waren. Jünger benutzt ein seltenes Wort. Er spricht von "Schuld".

Es gibt zahllose Bücher darüber, wie Weimarer Rechtsintellektuelle sich in der Nachkriegszeit an die neuen Verhältnisse angeschmiegt und nach kurzer Reue versucht haben, ihren völkischen Nationalismus ein zweites Mal unter Volk zu bringen. Doch es fehlten die strategischen Partner. Die bürgerlichen Konservativen hatten sich "leider" unter der Fahne der CDU versammelt und Deutschland an die "Siegerkultur" verraten. Entsprechend ungünstig urteilte Martin Heidegger über Konrad Adenauer. Der Vater der Westbindung war für ihn offenbar kein richtiger Rechter, er war nur ein Konservativer, dazu noch Katholik.

Wie aber konnten die Rechten wieder Einfluß gewinnen? Es war der Privatsekretär Ernst Jüngers, der Schweizer Armin Mohler, der sich sofort nach Kriegsende daranmachte, das rechte Weimarer Erbe erneut einsatzfähig zu machen. Sein Verkaufstrick: Die hochaggressiven Traditionsbestände sollten nicht mehr als rechts, sie sollten fortan als konservativ etikettiert werden.

Wie Volker Weiß in seinem Buch *Die autoritäre Revolte* (Klett-Cotta) zeigt, wurde das alte Gedankengut säuberlich vom Faschismusverdacht gereinigt und dem Publikum als normale konservative Grundnahrung schmackhaft gemacht. Als Mohler 2003 starb, hielt sein letzter Schüler die Grabrede: Götz Kubitschek, heute eine Spinne im rechten Netz.

Mohler hatte zwar den Brückenschlag zu den "Demutskonservativen" vorbereitet, aber das gemeinsame Bündnis blieb eine Fata Morgana in der rechten Theoriewüste. Gewiß, es gab Allianzen mit dem NS-kontaminierten Filbinger-Dregger-Flügel der Union, es gab den Weikersheimer Kreis und Helmut Kohls politisch folgenlose Verehrung für Ernst Jünger. Doch trotz mancher Verlockung behielten die Bürgerlichen einen klaren Kopf. Sie trugen, meistens jedenfalls, die Verfassung unterm Arm, sie waren konservativ und ließen die Rechten dort, wo sie waren: in der Schmuddelzone.

Ohne Lückenschluß mit den Konservativen blieb den Rechten nur der Rückzug, das Händchenhalten in germanischen Thing-Zirkeln oder, ganz wichtig, die Arbeit an der Metapolitik. Das hieß: Wenn man parteipolitisch auf verlorenem Posten steht, dann muß man abwarten und geduldig das mentale Feld der Kultur beackern, damit die rechte Saat dann, wenn das liberale System ins Wanken gerät, auf fruchtbaren Boden fällt.

Zerstörung ist das Ziel

Die Neuen Rechten, so nannten sie sich nun, gründeten Thule-Kreise und Zeitschriften wie *Criticon*, später, in den Achtzigern, kam eine eigene Wochenzeitung hinzu. Mit einer gewissen Neigung zur Selbstwiederholung beschrieben sie die Deutschen als "niedergehaltenes" Volk, das binnen Kurzem im Schwarzen Loch der Europäischen Union verschwinden werde. Mohlers Zöglinge studierten Bücher des französischen Philosophen Alain de Benoist über die "Kulturrevolution von rechts" und attackierten zielsicher den Liberalismus an seiner verwundbarsten Stelle: bei der sozialen Atomisierung und der Produktion von Einsamkeit.

Auch die "Wehrlosigkeit der deutschen Scheindemokratie" war ein Themenklassiker, daneben noch die übel riechende "Prolokratie" sowie die große Egalisierung in der Nacht der Götterferne. Für sie stand als bedrückendstes Beispiel das Verschwinden des Herrensalons, was deutsche Männer dazu zwinge, Gesprächen über die Wiederkehr des Lockenstabs beizuwohnen.

Im Angebot waren auch Ernst Jüngers lesenswerte, wenngleich zähflüssige Romanfantasien im Futur II. Wie die TV-Serie *Game of Thrones* malten sie eine Zukunft aus, in der der Liberalismus glücklich verendet ist und zwischen den Menschen die alte, natürliche Ungleichheit herrscht. Hier gibt es wieder den Herrn und auch den Knecht.

Kurzum, Metapolitik beruhte auf der Annahme, daß die "liberalistische Moderne" dem Untergang geweiht und - wie das Codewort heißt - in sich "vollendet" ist. Mit feinem Gespür wurde jeder Haarriß im liberalen Weltgebäude registriert, und wurde der Riß größer, war es gleich ein "Geschichtszeichen". Metaphysisch erregt, lauschte man dem anschwellenden Rumor des kommenden Bankrotts. Bald würde es so weit sein.

Das größte Geschichtszeichen war selbstredend der Fall der Mauer, und damals gelang den Rechten tatsächlich ein kurzer Brückenschlag ins bürgerliche Lager. Gemeinsam träumten viele von der "selbstbewußten Nation" und dem Ende der machtpolitischen Selbstverzweigung, denn schließlich hatte die Geschichte höchstpersönlich das Interregnum der Bundesrepublik beendet.

Jetzt, nach dem "Rückruf in die Geschichte" (Karlheinz Weißmann), stand der Heimkehr des deutschen Odysseus nach Ithaka nichts mehr im Wege. Doch leider beging ein CDU-Konservativer erneut Verrat an der heiligen Nation. Helmut Kohl bescherte Deutschland den Euro und legte den Leviathan gleich wieder an die Kette.

In den Jahren nach 1989 wurden die Rechten mit einer interessanten Behauptung vorstellig, die allerdings nicht auf ihrem Mist gewachsen war. Sie lautete, daß der Westen nicht aus eigener Kraft existieren könne und bis zum Mauerfall von außen, durch den kommunistischen Gegner, stabilisiert worden sei.

Mit dem Untergang des Ostblocks entfalle der sichernde Außenhalt, und nun fresse sich die Demokratie von innen auf - die Rechte müsse nur noch das Heer der Enttäuschten mit offenen Armen empfangen. Und so kam es auch. Während Konservative, Sozialdemokraten und Grüne sich mit dem Neoliberalismus verbündeten und dessen Verlierer mit Hartz IV belohnten, lockte die Rechte mit der Volksgemeinschaft, in der Platz für alle sei. Für alle Deutschen.

Der nächste Riß, die nächsten Geschichtszeichen waren dann Nine Eleven, der Terrorangriff auf die "Kapitale des Kapitals", und der Finanzmarkt-Kollaps 2008. Als Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde und er mit Steve Bannon einen leibhaftigen Reaktionär ins Weiße Haus holte, kam die Rechte aus dem Staunen nicht mehr heraus.

Ein Systemwechsel, vollbracht vom System selbst? Die Netzwerke glühten, denn ausgerechnet in Amerika gelang der ersehnte Brückenschlag zwischen Konservativen und Rechten. Donald Trump ist nicht nur ein Geschichtszeichen, er ist die Geschichte selbst! Er zerstört den Westen. Applaus auch aus Rußland.

Das jüngste Geschichtszeichen, das Deutschlands Rechte erkannt haben will, sind die weltweiten Fluchtbewegungen. In ihren Augen sind sie, was zum Teil stimmt, Folge der westli-

chen Globalisierung und setzen eine erfreuliche Dialektik in Gang: Sie machen die Rechte so stark wie nie, und wenn sich die bürgerlichen Konservativen nun ein Herz faßten und mit ihr eine schlagende Verbindung eingingen, dann stehe Deutschlands Wiedergeburt nichts mehr im Wege. "Merkel muß weg!"

Gewiß, das sind Meinungsartikel vom rechten Rand, aber all die mutigen Geistesarbeiter und besorgten Bürger, die ihren Namen unter eine "Erklärung" gesetzt haben, die Flüchtlingen die Solidarität aufkündigt - sie sollten schon wissen, mit wem sie einen Stuhlkreis bilden. Rechte sind Rechte und keine Konservativen; ihr Ziel ist nicht Bewahrung, sondern Zerstörung. Sie wollen die liberale Öffentlichkeit nicht meinungstechnisch erweitern, sie wollen sie abschaffen.

Die Rechte träumt vom ethnisch homogenen Volk, vom organischen Staat und von seiner machtpolitischen Souveränität - ohne Rechtsgleichheit, ohne freie Gerichte, ohne Migranten, ohne "Vergangenheitsbewältigung" und ohne Einbettung in die Europäische Union. Ihre Helden heißen Wladimir Putin, Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Und so kann man Rechten alles Mögliche vorwerfen, nicht aber Unaufrichtigkeit. Sie sagen, was sie wollen. Und wenn sie an die Macht kommen, dann tun sie es auch. ...<<

05.04.2018

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 5. April 2018: >>Das große Ganze und die Gemeinsame Erklärung 2018

Alles hängt mit allem zusammen oder nix hat mit nix zu tun. Einzelfälle bleiben Einzelfälle bis sie sich zu einem Bild verbinden. Die Wahrheit dahinter ist oft ganz simpel. Oder eben hochkomplex verschachtelt - um möglichst unentdeckt zu bleiben.

Der "Global Compact of Migration" befindet sich derzeit in Phase III, bis zum Sommer werden zwischenstaatliche Abkommen fertig verhandelt und von den Regierungen unterschrieben sein. Ziel ist nicht mehr und nicht weniger, als die Etablierung eines weltweiten Migrationsgesetzes, einer Weltordnung für Migranten, bindend für die Unterzeichner.

Die New Yorker Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2016 etabliert ein Bündel von Rechten für "reguläre Migration" und Pflichten für die Zielstaaten. Zu den staatlichen Pflichten gehört die Bekämpfung von Xenophobie genauso wie die Niederhaltung von Kritik an diesem Plan. Es soll auch keine Rolle mehr spielen, ob Flüchtlinge an den Grenzen Pässe haben oder nicht. Es reicht, wenn sie das Wort "Asyl" sagen. Alles Weitere erleben wir täglich hierzulande.

Sprache steuert Denken

Diese Erklärung könnte zum Signal für eine nie dagewesene Völkerwanderung werden, die vor allem in die Sozialsysteme Europas erfolgen wird. Wir alle haben uns gewundert, was die Beteiligung am "Resettlement and Relocation Program" im Wahlprogramm der Union, damals, im Sommer 2017, schon selbstbewußt als Regierungsprogramm bezeichnet, zu suchen hat.

Warum wurde in Deutschland, einem Land, in dem alles geregelt ist und dessen Sachverstand in der EU normalerweise nicht einmal die Krümmung der grünen Gurke entgeht, die Differenzierung von Asyl nach Artikel 16a des Grundgesetzes, Fluchtgründen nach der Genfer Konvention und illegaler Wirtschaftsmigration zuerst verwässert und später faktisch beseitigt? Sprache steuert Denken:

Wo also Flüchtlinge oder gar "Geflüchtete" die Sprache beherrschen, denkt jeder an Bürgerkrieg, Not und Hilfe. Man ahnte spätestens seit der Gewalt aus dem übergriffigen Migrantentmob nordafrikanischer Staaten in Köln, daß die vielen Syrer nicht nur merkwürdig aussehen, sondern auch merkwürdig viele verschiedene Sprachen sprechen.

Zielregion Europa

Die IOM (International Organisation for Migration) wurde als provisorisches Flüchtlings-

komitee 1951 gegründet, damals in Erwartung der Notwendigkeit zur Koordinierung europäischer Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges 1989 hat sie sich neuen Betätigungsfeldern zugewandt, seit 2013 ist sie Teil des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR.

In ihrem Organigramm hat Europa als Zielregion kaum eine Mitsprache, Berlin liefert nur die Zahl der möglichen "freien Plätze". Die Steuerung der migrantischen Reisetätigkeit erfolgt aus Manila und Panama. Die Vergütung der dort ansässigen Mitarbeiter ist mit 120.000 Dollar pro Mann und Halbjahr (zzgl. Pensionsrücklagen) der großen Aufgabe angemessen dotiert.

Für Wolfgang Schäuble ist es ein "Rendezvous mit der Globalisierung", was wir seit 2015 erleben.

Bei Lichte betrachtet, zeigt sich allerdings immer mehr: Das Rendezvous fiel für die Braut nicht vom Himmel, es wurde eingefädelt. Perfide und an den demokratischen Strukturen vorbei, um anschließend als alternativlos und großen Gewinn für die Zielländer präsentiert zu werden. Der demographischen Entwicklung wollte man trotzen, Daimler-Chef Dieter Zetsche sah gar "ein neues Wirtschaftswunder" heraufziehen. Die EU machte es sich ganz einfach: "We are all migrants by nature".

One-World-Unsinn

Im Hintergrund stehen aber viel weniger die Hilfsbereitschaft des Westens als vielmehr handfeste wirtschaftliche und ideologische Interessen als Paten bereit. Ein einheitlicher Markt, frei von nationalen Regeln, läßt sich nur mit dem Zerschlagen nationaler Identitäten erreichen.

Was aber ist ein Staat ohne Grenzen, ohne Budgethoheit, ohne Definition der eigenen Identität? Was ist die Folge, wenn die Bürger nicht mehr entscheiden können, mit wem sie fortan zusammenleben wollen? Kein Grundgesetz kann die kulturelle Wertebeliebigkeit noch sinnstiftend regeln, die ein solches Siedlungsgebiet für Jedermann darstellte.

Es ist der bekannte One-World-Unsinn, der Armut sozialisiert, statt Leistung zu fördern und nicht erkennt, daß Toleranz ohne die Akzeptanz von Grundregeln zur Blaupause für Anarchie mutiert. Weil für das Recht des Stärkeren Toleranz nur Schwäche sein kann.

An der Öffentlichkeit vorbei

Schäuble steht also am Rand des Spielfeldes und tut so, als beobachte er nur. Seine Kanzlerin hatte die Tonlage in ihrer Flüchtlingspolitik vorgegeben: "nun sind sie halt da". Verantwortung sieht anders aus. Aber sie steckt dahinter, nur ganz anders als wir alle denken.

Wenn Benjamin Netanjahu wie selbstverständlich davon ausgeht, daß die Schwarzafrikaner, die Israel nicht haben will, die das Land verlassen müssen oder dort ins Gefängnis kommen (soviel zu den westlichen Werten), auf Kanada, Deutschland und andere europäische Länder verteilt werden, weil diese Länder diesbezügliche Verträge mit dem UNHCR unterzeichnet haben, blitzt auf, daß es hier nicht um Flucht vor Krieg und Verfolgung geht.

Es sei denn, man akzeptiert schon die Flucht vor der Pflicht zum Wehrdienst als Verfolgung. Es geht um Teilnahme an einer geplanten Umsiedlung, zu der sich auch Deutschland verpflichtet hat.

Wer hat unsere Regierung dazu ermächtigt? Wann wurde das Thema im Bundestag debattiert, in der Öffentlichkeit darüber berichtet? Wo waren ARD und ZDF, die doch immer am Nerv der Zeit sind, sogar wenn in Moskau ein Stuhl umfällt? Die Vermutung liegt nahe, daß sie hier auch am Nerv der Zeit sind, nur, dieser Nerv Teil der durchtriebenen Schweigespirale selbsternannter Eliten zur Durchsetzung einer globalen Neuordnung ist.

Ziel ist eine Welt ohne Grenzen

Donald Trump hat unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten die Mitwirkung der USA am Global Compact mit den Worten gekündigt, "Das ist ein No-Borders-Plan. Die USA ist eine Nation, kein Siedlungsgebiet." Und er hatte recht. Seit einigen Tagen wandert ein "Caravan of Migrants", ein von der NGO "People Without Borders" organisierter Treck von mehre-

ren Tausend Migranten, von Honduras aus quer durch Mexiko in Richtung der US-Grenze. Ziel ist es, mit soviel wie möglichen Menschen die Grenze "zu stürmen". Man möchte erzwingen, was man als Floh im Ohr trägt: eine Welt ohne Grenzen und oft auch Wohlstand ohne Arbeit.

Die "Gemeinsame Erklärung 2018" ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie dem Gefühl der Menschen, hier laufen im Hintergrund gesteuerte Prozesse ab, entspricht. Sie trifft, weil sie zutrifft. Die selbst ernannten Meinungsführer sind deswegen so gereizt, weil sich an ihrem Stammtisch plötzlich einfache Leute zur Lage der Nation artikulieren. Das hatten sie schlicht nicht vorgesehen.

Aber noch gibt es das Gebilde, dem Wilhelm einst das Haus stiftete. In ihm tagt der Bundestag und wird sich bald mit dieser Erklärung beschäftigen müssen. An seinem Fries steht nicht "Der ganzen Welt", sondern: "Dem Deutschen Volke".<<

17.04.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 17. April 2018 (x1.000/...): >>>NATO steht im diametralen Gegensatz zur UNO (Interview mit Alfred de Zayas)

Alfred de Zayas, US-amerikanischer Historiker und Völkerrechtsexperte, deckt schonungslos die Verbrechen und Aggression der US geführten NATO und deren willfährige Verbündete in den sogenannten "humanitären" Kriegen auf. ...

Historiker, Pädagogen, Finanz- und Wirtschaftsexperten, Ärzte und Vertreter anderer Berufe haben sich zur Schweizer Medienplattform "Zeitgeschehen im Fokus" zusammengeschlossen, um einen Beitrag zur Meinungsvielfalt zu leisten. Denn, so die Mitwirker:

Die aktuelle Medienlandschaft, die sich im Eigentum und unter der Kontrolle von an einer Hand abzählbaren Familien befindet, liefere keine unabhängige und umfassende Meinungsbildung, wie sie für eine Demokratie notwendig wäre. "Zeitgeschehen im Fokus" wolle keinen Sensationsjournalismus, sondern sorgfältige und seriöse Recherchen und fühle sich der Wahrheit und unserem Gewissen verpflichtet.

Am 9. April veröffentlichte "Zeitgeschehen im Fokus" ein Interview mit dem renommierten US-amerikanischen Historiker und Völkerrechtsexperten Prof. Dr. Alfred de Zayas zum Thema "Die NATO steht im diametralen Gegensatz zur UNO".

Professor de Zayas wurde auf Kuba geboren und wuchs in Chicago auf. 1981 arbeitete er als Jurist am Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf, später bis 2003 im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte.

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ernannte ihn im März 2012 für einen Zeitraum von drei Jahren zum "Unabhängigen Experten für die Förderung einer demokratischen und gerechten Weltordnung". Das in der Ausgabe vom 9. April 2018 abgedruckte Interview mit ihm läßt aufmerken.

Denn Prof. de Zayas deckt schonungslos verheerende Verstöße gegen geltendes Völkerrecht der US-geführten NATO, gerade auch bei sogenannten "humanitären" Kriegseinsätzen, auf. Dabei beleuchtet er die Rolle der Leitmedien und der Justiz und wirft ein sehr bezeichnendes Licht auf die aktuelle Syrienkrise, insbesondere da nach den Angriffen der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Syrien vom 13./14. April die NATO geschlossen hinter seinen Mitgliedsstaaten steht. Dies sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg am 14. April nach einer Sondersitzung des Nordatlantikrats in Brüssel. Der Einsatz von Chemiewaffen sei verboten, barbarisch und dürfe nicht ungestraft bleiben.

Doch nun direkt zu dem gekürzten Interview in nachgesprochener Textform.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie ist der Überfall der USA auf den Irak heute vor 15 Jahren völkerrechtlich zu beurteilen und welche weiteren Auswirkungen hatte dieser Überfall auf die Respektierung des Völkerrechts?

Professor de Zayas: Es war eine Urkatastrophe. Es ging nicht um eine banale, herkömmliche Verletzung des Völkerrechts, sondern es ging darum, das Völkerrecht ganz und gar auszuschalten und durch die imperiale Diktatur der Vereinigten Staaten zu ersetzen. Seit 1945 hat es keine so umfassende Verletzung der allgemeinen völkerrechtlichen Normen und Sitten mehr gegeben wie im März 2003.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie kommen Sie zu dieser Beurteilung?

Professor de Zayas: Es ging um eine völlig unprovokierte Vergewaltigung eines Volkes durch die USA mit der kriminellen Unterstützung von einer sogenannten "Koalition der Willigen", von 43 Staaten, die die Aggression der Vereinigten Staaten mitgetragen haben.

Unter diesen Staaten befanden sich eine Reihe europäischer, angeblich "demokratischer" Staaten, die gegen den Willen ihrer eigenen Völker - es gingen Millionen von Menschen in den europäischen Metropolen auf die Straße, in Rom, Mailand, Madrid, Barcelona, London etc. - in den Krieg gingen. Und dies trotz der Proteste der Bürger gegen den geplanten Mord, gegen die Manipulation der öffentlichen Meinung, gegen diese Lügen über angebliche Lager von Massenvernichtungswaffen.

Zeitgeschehen im Fokus: Ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht also?

Professor de Zayas: Ja, schockierend war, daß die Staaten bewußt die UNO-Charta zur Seite schoben, als ob sie nicht mehr relevant wäre und bewußt Artikel 2 Abs. 3 und Abs. 4 der Charta verletzt haben. Zu der Zeit waren Hans Blix und Mohammed el-Baradei UNO-Inspektoren in Bagdad, und sie hatten damals festgestellt, daß keine Massenvernichtungswaffen vorhanden waren. Die beiden waren im Auftrag des UNO-Sicherheitsrats dort, und es gab natürlich keine UNO-Resolution, die eine militärische Aktion hätte rechtfertigen können. Trotzdem haben 44 Staaten diese Urverletzung des Völkerrechts unterstützt.

Zeitgeschehen im Fokus: Hätten diese Staaten nicht zur Rechenschaft gezogen werden müssen ...

Professor de Zayas: ... Ja, schon allein deswegen, weil der Krieg ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Statuts von Rom stattfand, das den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) ins Leben gerufen hatte. Hier lag nicht nur ein Verbrechen der Aggression vor, sondern darauffolgend Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit.

Zeitgeschehen im Fokus: Was macht der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag?

Professor de Zayas: Dieser beschäftigt sich mit den kleineren Verbrechen von Afrikanern, und die großen wie George W. Bush oder Tony Blair, Dick Cheney, Paul Wolfowitz, Richard Pearl, Donald Rumsfeld und andere laufen alle frei herum. Diejenigen, die an der Vergewaltigung eines Volkes mitgewirkt, die über eine Million Opfer auf dem Gewissen haben, sie sind in keiner Weise belangt worden. Darum handelt es sich um eine Urkatastrophe im Sinne der internationalen Ordnung. Wehe, wenn die Organe, die die Menschheit schützen sollen, uns verraten, und wenn die Instrumente der "Justiz" nicht justizfähig sind.

Zeitgeschehen im Fokus: Was heißt "im Sinne der internationalen Ordnung"?

Professor de Zayas: Die internationale Ordnung muß auf bestimmten Prinzipien basieren. In meinem letzten Bericht an den UNO-Menschenrechtsrat habe ich 23 solcher Prinzipien der Weltordnung formuliert. Das Prinzip der Friedenserhaltung, das Prinzip des Dialogs, also sämtliche Differenzen durch friedliche Mittel auf dem Verhandlungsweg zu lösen, wurde von der "Koalition der Willigen" am 20. März 2003 über Bord geworfen. Plötzlich galt die UNO-Charta nicht mehr, und die UNO war ganz und gar irrelevant. Es gab keine Grundlagen für eine friedliche internationale Ordnung mehr, sondern es zählte nur der Wille des Herrschers in Washington.

Zeitgeschehen im Fokus: Gab es nicht schon vorher Tendenzen, das Völkerrecht, insbesondere die UNO-Charta, auszuschalten?

Professor de Zayas: Ja, natürlich, wir hatten bereits ein paar Jahre früher einen sogenannten

Testlauf, eine Probe. Denn im Jahre 1999 wurde Jugoslawien ohne eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates, ohne Provokation seitens Jugoslawiens von der NATO angegriffen - natürlich mit absurden Vorwänden. Schon wieder ein Verbrechen gegen den Frieden im Sinne des Artikels 6a des Statuts des Nürnberger Tribunals nach dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945.

Das, was in den Nürnberger Prozessen 1945-46 konsequent gegen Joachim von Ribbentrop, gegen Hermann Göring und die großen Nazis angewendet und ihre Verbrechen geahndet wurden, nämlich das Urverbrechen der Aggression, wurde von der NATO bei völliger Straflosigkeit begangen. Was 1999 von den USA im Verbund mit der NATO ausprobiert wurde, setzte sich 2001 in Afghanistan fort und dann ganz massiv 2003 im Irak. Ein Artikel aus meiner Feder, der am 20. März 2003 in der "Welt" veröffentlicht wurde, trug den einfachen Titel: "Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig".

Zeitgeschehen im Fokus: Was haben Sie in diesem Artikel dargelegt?

Professor de Zayas: Es ging darum, unter welchen Umständen man nach der internationalen Ordnung, also der UNO-Charta, Gewalt anwenden könnte. Ich bin zu dem klaren Schluß gekommen, daß in diesem Fall keine Gewalt angewendet werden durfte, zumal der UNO-Sicherheitsrat bereits damit beschäftigt war, mit Inspektoren in Bagdad, im Irak zu untersuchen, ob es überhaupt noch Massenvernichtungswaffen dort gäbe.

Zeitgeschehen im Fokus: Inwieweit hat der massive Bruch des Völkerrechts im weiteren Verlauf der Geschichte Auswirkungen gehabt?

Professor de Zayas: Es war ein sehr gefährlicher Präzedenzfall, und wir haben es gesehen, wie weiterhin einige mächtige Staaten so handeln, als ob sie das Völkerrecht zur Seite geschoben hätten, als ob das Völkerrecht nicht mehr gelte.

Zeitgeschehen im Fokus: Was für einen Vorgang haben Sie dabei im Blickfeld?

Professor de Zayas: Das war im Jahr 2011, als die NATO mit massiven Luftschlägen Libyen zerstört hat. Eigentlich hätte es sich um humanitäre Hilfe handeln müssen. Es ging aber um den verbrecherischen Mißbrauch des Sicherheitsrates und die bis zur völligen Absurdität getriebene Ausweitung der Resolution 1973, die lediglich eine humanitäre Hilfe für das leidende Volk in Libyen vorgesehen hatte.

Niemals hätte der Sicherheitsrat grünes Licht für einen Krieg gegen Libyen gegeben. Aus einer humanitären Resolution wurde eine massive Aggression gegen die Regierung Gaddafis. Wir sehen es überall in der Welt, daß die USA das Völkerrecht mit Füßen treten und agieren, als ob sie von allen Gesetzen losgelöst wären.

Der Internationale Strafgerichtshof hat bisher niemanden für die Aggressionen und Kriegsverbrechen in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien zur Rechenschaft gezogen. Deshalb bin ich für eine Abschaffung des ICC, als dieses Tribunal weiterhin als eine Maskerade laufen zu lassen. Er hätte nur dann eine Legitimation, wenn die großen Verbrecher wie Bush, Blair usw. belangt würden.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie sieht es mit dem heutigen Präsidenten der USA aus?

Professor de Zayas: Auch er müßte wegen der illegalen Einmischung der USA im Syrien-Krieg, wegen der Unterstützung des verbrecherischen Krieges Saudi-Arabiens gegen Jemen, wegen der Unterstützung und Finanzierung der Verbrechen des Staates Israel in Palästina und Gaza - aber auch wegen der Sanktionen gegen Kuba und Venezuela belangt werden.

Artikel 7 des Statuts von Rom verbietet Verbrechen gegen die Menschheit. Sicherlich liegt ein Verbrechen gegen die Menschheit vor, wenn unilaterale Sanktionen aus geopolitischen und ökonomischen Gründen verhängt werden und als Folge davon die medizinische Versorgung beeinträchtigt wird. Menschen sterben, weil sie kein Insulin oder keine Antimalariamittel bekommen können. Menschen sterben aufgrund mangelnder Lebensmittel an Unterernährung.

Zeitgeschehen im Fokus: Was kann man dagegen tun?

Professor de Zayas: Man muß die Anzahl der Fälle zusammenstellen, um beweisen zu können, daß diese Sanktionen nicht harmlose politische Sanktionen sind, sondern sie töten Menschen. Das wäre durchaus eine Sache, die die Existenz eines Internationalen Strafgerichtshofs rechtfertigen würde. Bisher sind es vor allem Afrikaner, die vor diesem Tribunal stehen. Es ist durch und durch eine unbefriedigende Situation, die die Glaubwürdigkeit nicht nur des Tribunals, sondern auch der UNO in Frage stellt.

Zeitgeschehen im Fokus: Lassen Sie uns nochmals auf die Bedeutung des 20. März 2003 zurückkommen.

Professor de Zayas: Ja, es war ein Versuch, die Irrelevanz der UNO zu beweisen. Eine massive Verletzung des Völkerrechts konnte geschehen, und die UNO unternahm nichts dagegen. Selbst der damalige Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, hat zunächst gesagt, daß dieser Krieg nicht im Einklang mit der UNO-Charta stehe, und als er von der Presse bedrängt wurde, sagte er im Klartext, der Krieg sei illegal. Dies geschah aber ohne Konsequenzen für die Verbrecher.

Zeitgeschehen im Fokus: Besteht aktuell die Gefahr, daß die USA erneut nach beschriebenen Muster vorgeht?

Professor de Zayas: Wir haben drei Situationen: 2003 im Irak, 2011 in Libyen und heute wird Venezuela bedroht. Rex Tillerson, der ehemalige Außenminister der USA, hat klar angedeutet, daß eine militärische Aktion gegen Venezuela durchaus denkbar wäre. Das ist eine klare Drohung. Natürlich wäre diese Aktion illegal, aber die USA kümmern sich kaum darum, ob eine Aktion illegal ist oder nicht.

Zeitgeschehen im Fokus: Beim Irakkrieg 2003 hatten Frankreich und Deutschland eine andere Haltung eingenommen.

Professor de Zayas: Ja, was fehlt, ist ein Widerstandswille gegen das vorherrschende Gebaren der USA. Die NATO ist eine kriminelle Organisation im Sinne des Nürnberger Statuts. Ich kann das nicht anders bezeichnen. Die NATO ist da, andere Staaten zu bedrohen und unter Umständen auch anzugreifen. Seit der Warschauer Pakt aufgelöst ist, gibt es keine Legitimation mehr für die NATO. Die NATO steht im diametralen Gegensatz zur UNO, da sie sich weder an der UNO-Charta noch an das dort festgehaltene Gewaltverbot hält. Wir sehen eine Erosion des Völkerrechts und eine Zerstörung der wichtigsten völkerrechtlichen Normen. In dem Sinn leben wir in einer gefährlichen Zeit.

Zeitgeschehen im Fokus: Womit hängt es zusammen, daß der Widerstandswille gegen diese Entwicklungen nicht stärker sichtbar ist?

Professor de Zayas: Das hängt unter anderem auch mit unseren Medien zusammen. Dabei geht es nicht nur um Fake News. Was fehlt, ist, daß sich die Menschen ein umfassendes Bild machen können, was auf der Erde geschieht und so einen Standpunkt bekommen. Wir sehen das zum Beispiel in Syrien. Syrien ist ein Stellvertreter-Krieg.

Es ist ein künstlicher Krieg. Hier hätte man ohne die Einmischung der USA, Saudi-Arabiens, Israels und der Türkei keinen Krieg. Hier waren gewalttätige Demonstrationen im Jahre 2011, die die Syrer ohne weiteres untereinander hätten regeln können. Aber durch den völkerrechtswidrigen Eingriff der anderen Staaten ist das Ganze zu einem internationalen Krieg eskaliert. Die Medien berichten aber einseitig, sie unterdrücken wichtige Fakten, sie lügen. Widerstandswille kann nur durch umfassende Information und moralische Empörung erzeugt werden.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie beurteilen Sie die Rolle Rußlands?

Professor de Zayas: Rußland ist der einzige Staat, der in Syrien legal agiert. Rußland wurde offiziell von Syrien um Unterstützung angefragt. Bei einem Bürgerkrieg darf sich kein dritter Staat einmischen, es sei denn, er wird von der legitimen Regierung angefragt. Rußland hat

aber auch in seiner Kriegsführung das Prinzip der Verhältnismäßigkeit eingehalten. Es hat nicht mehr gemacht als militärisch vertretbar und notwendig war. Die Verhältnismäßigkeit ist hier eingehalten worden.

Zeitgeschehen im Fokus: Welche Rolle spielen in diesem Konflikt die Medien?

Professor de Zayas: Wir hören ständig von chemischen Waffen, aber eine ordentliche Beweisführung erfolgt nicht, obwohl die Regierung in Syrien das mehrfach verlangt hat. Es werden Behauptungen und Vorwürfe formuliert. Was nicht ins Bild paßt, wird unterdrückt. Zum Beispiel am Freitag, 16. März (2018), als syrische Truppen einen Teil von Ost-Ghouta zurückerobert hatten, fanden sie dort eine chemische Waffenfabrik, die Terroristen betrieben hatten. Das habe ich in mehreren alternativen Nachrichten lesen können. Vor allem ein Artikel von einer Amerikanerin, die diese Fragen stellt. Das erklärt vieles und deshalb wird diese Erkenntnis unterdrückt. ...

Zeitgeschehen im Fokus: Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.<<

18.04.2018

BRD: Die Tageszeitung "WESER-KURIER" berichtet am 18. April 2018 über den Streit um den Rückbau ausgedienter Windräder: >>Fundamente ausgedienter Windräder bleiben oft im Boden stecken

Von *Silke Looden*

Für die neue Generation der Windkraftanlagen muß die alte weichen. Der Rückbau ist nicht nur eine Frage des Recyclings der Rotorblätter. Das eigentliche Problem liegt unter der Erde. Der Entsorgung der Fundamente treibt die Kosten für die Betreiber in die Höhe. Nicht selten bleibt der Beton im Boden zurück. Umweltschützer fordern die komplette Entfernung der Altlasten.

Landkreise in Niedersachsen reagieren offenbar flexibel. Dabei steht der große Rückbau erst noch bevor. Allein in Niedersachsen dürfte in den nächsten Jahren die Hälfte der mehr als 6.000 Windkraftanlagen an Land durch neue ersetzt werden. "Der Rückbau steht unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit", sagt der Bauamtsleiter im Cuxhavener Kreishaus, Andreas Eickmann.

Die hohen Kosten seien nicht ausschlaggebend dafür gewesen, daß die Fundamente im Landkreis Cuxhaven nur bis zu einer Tiefe von 2,5 Metern entfernt werden müssen. Vielmehr ginge vom Rückbau eine Gefahr für das Grundwasser aus. Die Pfahlgründungen reichten bis zu 40 Meter in die Tiefe und durchstießen verschiedene Wasser führende Schichten. Würden die Pfähle entfernt, bestünde nicht nur die Gefahr, daß Salzwasser ins Trinkwasser gelange, sondern auch Pestizide aus der Landwirtschaft. Eickmann: "Die Löcher sind eine Autobahn in den Untergrund."

Betreiber von Windkraftanlagen sind nach Baurecht verpflichtet, den alten Zustand wieder herzustellen, wenn die Anlagen ausgedient haben. "Bei einer Entfernung der Fundamente bis zu 2,5 Metern können die Flächen wieder landwirtschaftlich genutzt werden", betont Eickmann, "tiefer geht kein Pflug." Der teilweise Rückbau sei ebenfalls ausreichend, um den Niederschlag aufzunehmen.

Allerdings weiß auch der Bauamtsleiter, daß der große Rückbau erst noch bevorsteht. Die Flachgründungen älterer Anlagen, die derzeit durch neue, leistungsstärkere ersetzt werden, sind nicht das Problem, sondern die neueren Pfahlgründungen der großen Anlagen. Der Landkreis Wittmund, Heimat von Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD), sieht keinerlei Rückbauverpflichtung für Altfundamente, die vor der Änderung des Baugesetzes 2004 genehmigt wurden.

Zudem entfalle die Rückbauverpflichtung für alle Windparks mit Bebauungsplan. Die neuen Fundamente seien hingegen bis oberhalb der Pfahlgründung zu entfernen, so die Verwaltung. "Von den im Boden verbleibenden Betonpfählen gehen keine nennenswerten

bodenbeeinträchtigende Wirkungen aus", erklärt Landkreissprecher Ralf Klöker. Bislang wurden im Kreisgebiet 119 alte Anlagen abgebaut.

Förderung endet 2020

Umweltschützer vom Wattenrat in Ostfriesland kritisieren die für sie laxen Haltung der Behörden. Sprecher Manfred Knake meint: "Es darf vermutet werden, daß es nicht um die Einhaltung von geltendem Recht geht, sondern um die Schonung der Geldbeutel der Windkraftbetreiber, die jahrzehntelang satteste Renditen über das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) gezogen haben."

Es bleibe abzuwarten, ob die Grundeigentümer, auf deren Böden die Windkraftanlagen errichtet wurden, irgendwann für die Komplettentsorgung der Fundamente zur Kasse gebeten werden. Tatsächlich läuft die Förderung durch das EEG 2020 aus. Mit dem Ende der Förderung endet vielfach auch die Nutzungszeit für die Anlagen.

Die Branche geht davon aus, daß bundesweit jedes vierte Windrad, in Niedersachsen sogar jedes zweite Windrad abgebaut wird, um Platz für neue, größere und vor allem effizientere Anlagen zu machen. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Umweltministeriums in Kiel sieht das Problem im nur teilweisen Rückbau der Fundamente vor allem in der Versiegelung.

Umweltaktivisten machen sich Sorgen

Kuno Veit erklärte gegenüber dem NDR: "Wenn ich nur einen Meter vom Fundament abtrage, bleibt die Fläche versiegelt." Allein in Schleswig Holstein gehe es um drei Millionen Quadratmeter. Das niedersächsische Umweltministerium indes sieht keine Probleme beim Rückbau von Windkraftanlagen. Das Ministerium läßt keinen Zweifel daran, daß alle ab 2004 genehmigten Windkraftanlagen komplett zurück gebaut werden müssen.

Das schließe die Fundamente mit ein. Sprecherin Justina Lethen erklärt, daß die Landkreise Ausnahmen genehmigen können, wenn das Entfernen des Fundaments die Umwelt mehr belastet als das Verbleiben im Boden. Lethen: "Eine generelle Empfehlung gibt das Umweltministerium nicht." Für ältere Anlagen bestehe keine Rückbauverpflichtung.

In Internetforen machen sich Umweltaktivisten Sorgen. Sie befürchten, daß das Regenwasser nicht mehr durchsickern kann, daß Tiefwurzler keinen Halt mehr finden, daß vor allem Norddeutschland unbemerkt unterirdisch zubetoniert wird. 1.300 Personen haben eine Online-Petition unterschrieben, um den Rückbau von Windkraftanlagen im Landkreis Cuxhaven inklusive der Fundamente durchzusetzen - bislang ohne Erfolg.<<

20.04.2018

Frankreich: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 20. April 2018 über die britische Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>Der "Rote Baron" blieb in den Lüften unbesiegt

Vor einhundert Jahren wurde der Jagdflieger Manfred von Richthofen abgeschossen / Ein Trauerfall erschütterte die ganze Nation

Hans-Jürgen Wünschel

Richthofen ist tot. Unsere Flieger werden froh sein, daß er außer Gefecht ist; aber es wird keinen unter ihnen geben, der nicht aufrichtig den Tod eines tapferen Edelmanns betrauern wird. ... Er war ein tapferer Mann, ein anständiger Kämpfer. Er ruhe in Frieden", schrieb die britische Zeitung Aeroplane vom 24. April im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs. 83 Jahre später stellte ein britisches Expertenteam fest, daß am 21. April 1918 die tödliche Kugel von einem MG-Schützen auf den nur wenige Meter über dem Boden fliegenden Dreidecker Richthofens abgefeuert worden war.

Als bekannt wurde, daß das deutsche Fliegeras den Fokker Dr. I geflogen hatte, wurde seine Maschine geplündert. Einige kleinere Gegenstände sind heute im Luftfahrtmuseum Canberra/ Australien, der Motor der Maschine ist im Imperial War Museum in London zu sehen. Nach der Untersuchung des Jahres 2001 stand jedenfalls fest, daß es mit dem Mythos des in einer

heroischen Luftschlacht am 21. April 1918 vom kanadischen Fliegeroffizier Arthur Roy Brown abgeschossenen deutschen Erfolgsgjagdflieger nicht weit her war, der "Rote Baron" war von der Kugel eines Infanteristen getroffen worden.

Wer war dieser Pilot? Geboren am 2. Mai 1892 als zweites von vier Kindern des Kavallerieoffiziers Albrecht Freiherr von Richthofen und dessen Frau Kunigunde wuchs er zusammen mit drei Geschwistern er in Breslau und Schweidnitz auf. Als Absolvent der preußischen Kadettenanstalten Wahlstadt in Schlesien und Berlin-Lichterfelde trat er 1911 als Fähnrich in ein Ulanen-Regiment ein. In jungen Jahren begeisterte er sich für Reiten und Jagen.

Sein Bruder Bolko schrieb über ihn: "Vielleicht mag anfangs Jagdlust die starke Triebfeder für Manfreds Entschluß gewesen sein, vom Sattel in den Führersitz seines weltberühmten roten Kampfflugzeuges zu steigen." Tatsächlich kam bei Richthofen sein Jagdinstinkt auch in den Schilderungen durch: Engländer wurden von ihm "erlegt", ein "großes Vergnügen" habe es ihm bereitet, "lustig unter den Brüdern aufzuräumen". Bekannt wurde sein Spruch. "Pardon kenne ich nicht!"

Bei der Infanterie als Nachrichtenoffizier unterfordert, hatte er sich im Januar 1915 zur Fliegertruppe versetzen lassen. Nach seiner Ausbildung und erstem Einsatz als Aufklärungsflyer an der Ostfront wurde er zum 1. Kampfgeschwader nach Ostende abkommandiert. Schicksalhaft wurde für ihn die Begegnung mit dem damaligen Fliegeras Oswald Boelcke, der in seinen "Dicta Boelcke" die Einsatzgrundsätze der Luftkampfaktik entwickelt hatte. Dieser beeindruckte Richthofen mit Erzählungen über seine Luftkämpfe, so daß er beschloß: "Ich will Jagdflyer werden!"

Ende 1915 erhielt Richthofen das Diplom als Flugzeugführer. Seine Bekanntschaft mit Boelcke verhalf ihm zur Versetzung in dessen bei Cambrai stationierte Jagdstaffel. Am 17. September 1916 erzielte er seinen ersten Luftsieg, dem bis April 1918 noch 79 folgen sollten. Damit die Flugzeuge seiner Staffel im Luftkampf besser zu erkennen waren, strichen er und seine Kameraden ihre Maschinen bunt an. Richthofen flog einen rotgestrichenen Dreidecker, der ihm den Beinamen "Le petit Rouge" oder "Diable Rouge" einbrachte.

Seinen Ruf als guter Schütze erhielt er am 23. November 1916, als eine Kugel aus Richthofens Dreidecker das 26jährige britische Flieger-As L. G. Hawker in den Kopf traf. Nach seinem 18. Luftsieg schrieb der Kaiser: "Dem tapferen Kampfflyer Leutnant Manfred von Richthofen haben wir den Orden Pour le Mérite verliehen - Gratulation! Wilhelm, Rex."

Unter seiner Führung bereitete die Jagdstaffel 11 im April 1917 dem Royal Flying Corps eine schwere Niederlage. Richthofen allein holte vier gegnerische Flugzeuge vom Himmel. Die Briten setzten für seinen Abschluß die höchste englische Kriegsauszeichnung aus. Während eines Luftkampfes im Juni 1917 wurde Richthofen schwer am Kopf verwundet. Getrieben von Ehrgeiz und Jagdinstinkt meldete er sich gegen ärztlichen Rat bereits nach einem Monat Lazarettaufenthalt wieder zum Einsatz.

In der Heimat stieg er zu einem Idol auf, das den heldenmütigen Kampf der Deutschen symbolisierte. Post von Verehrerinnen und sogar Heiratsanträge häuften sich. Für kurze Zeit gehörte der prominente Richthofen sogar der deutschen Delegation an, die mit den Russen den Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 aushandelte.

Zum letzten Mal hob Richthofen am 21. April 1918 mit seinem Fokker-Dr. I Dreidecker vom Flugplatz Cappy ab. Die englische 209. Squadron verwickelte ihn in einen Luftkampf. Bei einer Verfolgungsjagd eines sehr tief fliegenden feindlichen Flugzeugs wurde er dann getroffen. Zwei Tage später trugen ihn englische und australische Offiziere auf dem Gemeindefriedhof von Bertangles zu Grabe.

Französische Dorfbewohner versuchten anschließend vergeblich, den Leichnam zu schänden. Nach der Beerdigung warf ein englisches Flugzeug über dem Flugplatz seiner Einheit folgenden Zettel ab: "To the German Flying Corps. Rittmeister Baron Manfred von Richthofen was

killed in aerial combat on April 21st 1918. He was buried with full military honours."

Nachdem die Nachricht vom Tode des Nationalhelden in der deutschen Öffentlichkeit bekanntgeworden war, erklärte der deutsche Reichstag Richthofen zum "Nationalheros". Kaiserin Auguste Viktoria schrieb an die Mutter Richthofens: "Nun hat es Gott doch gefügt, daß Ihr und unser aller Stolz seine Heldenlaufbahn hat beschließen müssen." Die Trauerfeier fand am 2. Mai 1918 in ihrer Anwesenheit sowie höchster Militärs in der Alten Garnisonkirche von Berlin statt.

Jahre später wurde sein Leichnam auf dem Invalidenfriedhof in Berlin im Beisein von Reichspräsident Hindenburg, Reichskanzler Hans Luther und Hunderten von Soldaten und Offizieren bestattet. Bevor dieser Friedhof 1975 auf Beschluß des Ministerrates der DDR größtenteils eingeebnet wurde, gelang es der Familie, die sterblichen Überreste umzubetten. Er ruht heute auf dem Südfriedhof Wiesbaden.

Zum 43. Todestag des Freiherrn wurde dem Jagdgeschwader 71 der Bundeswehr vom damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke der Name "Richthofen" verliehen. Das Luftwaffengeschwader sorgte 2009 dafür, daß auf dem Invalidenfriedhof ein großer Gedenkstein für ihren Namensgeber aufgestellt wurde.<<

22.04.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 22. April 2018 (x1.000/...): >> Eskalation gegen Rußland: "Weltkriegsgefahr" oder hinterlistige Strategie?

... Die Welt hielt den Atem an: Nach dem angeblichen Giftgasangriff in Syrien vom 7. April 2018 hat US-Präsident Donald Trump Rußland gedroht, ein Militärschlag stehe bevor. (www.kla.tv/giftgas-angriff-in-syrien) Demgegenüber warnte Rußland nach Angaben seines Botschafters im Libanon, Alexander Sasypkin:

"Sollte es einen Angriff von Seiten Amerikas geben ..., werden die Raketen abgeschossen und die Objekte angegriffen, von denen sie abgefeuert wurden". Besorgte Stimmen selbst in Trump nahestehenden US-Medien haben offen vor einem dritten - und wohl letzten - Weltkrieg gewarnt. Militärexperten ließen verlauten, daß eine militärische Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland mit dem Einsatz von Kernwaffen enden werde.

Wie wahrscheinlich ist es nun, daß die Welt vor einem unkontrolliert eskalierenden Krieg zwischen den zwei größten Atommächten stand bzw. immer noch steht? Wir erinnern wiederum an unseren Lehrfilm "Wie funktionieren moderne Kriege?" (www.kla.tv/3359)

Darin wird dargelegt, wie es der sogenannte "Angreifer" schafft, seine größten Rivalen in Kriege zu verwickeln und sich anschließend als Retter aufzuspielen. Demnach greift der wahre Angreifer und Kriegstreiber erst ein, wenn "alle Länder ihre letzte Munition verschossen, ihre besten Leute verloren haben und ruiniert sind, ... um nun alle miteinander zu besiegen".

Zwar schüre er Provokationen, die er gezielt seinen größten Rivalen in die Schuhe schiebt - siehe Giftgasvorwürfe -, doch lasse er dann andere Länder vor, "mit ihren eigenen Waffen und Armeen gegen seinen größten Rivalen auszuziehen". Könnte es sein, daß der "Angreifer" - in diesem Fall das "Imperium USA" - eine direkte Konfrontation mit seinem größten Rivalen - offensichtlich Rußland - möglichst lange hinauszögert?

Der US-amerikanische Publizist und stellvertretender Finanzminister während der Regierung Reagan, Paul Craig Roberts, sprach von einem sehr begrenzten Angriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in der Nacht zum 14. April 2018, mit Raketen auf Ziele in Syrien. Keine wesentlichen syrischen Standorte seien getroffen worden und keine Russen waren in Gefahr. Dies scheine darauf hinzudeuten, so Roberts, daß das US-Militär sehr umsichtig einen Angriff vermieden habe, der einen russischen Gegenangriff zur Folge gehabt hätte.

Der US-Botschafter in Rußland erklärte, die US-Angriffe seien mit Rußland koordiniert worden, um eine Konfrontation zwischen den Großmächten zu vermeiden. "Russia Insider", ein in

den USA stationiertes Nachrichtenportal, folgerte daraus, daß Trump mit dieser "Übung" ermöglicht werden sollte, sein Gesicht zu wahren. (www.kla.tv/12276) So wie Roberts herausgefunden hat, wollte der US-Generalstab auch aus folgendem Grund keinen Konflikt mit Rußland riskieren:

"Nicht etwa, daß der Generalstab moralisch höher stünde oder ihm die Toten und Verletzten etwas ausmachen würden oder gar, daß er keinen Krieg beginnen möchte, der auf Lügen basiert. Nein: Die Weigerung des Generalstabes gründete darauf, daß die Schiffe der US-Marine nicht ausreichend gegen die neuen russischen Waffensysteme geschützt waren. Ein Angriff, der von Rußland erwidert würde, könnte die US-Flotte versenken und damit den USA eine demütigende Niederlage bescheren, die die amerikanische militärische Leistungsfähigkeit diskreditieren würde."

Roberts warnte aber auch, es wäre ein Fehler anzunehmen, daß der Konflikt beigelegt sei: "Ein Krieg ist noch immer möglich." Die nächste von Washington inszenierte Krise werde zu Bedingungen stattfinden, die nicht mehr so günstig für Rußland sein werden. In seiner sogenannten Stratfor-Rede vom 4. Februar 2015 legte der US-amerikanische Geostratege George Friedman dar, daß die USA möglichst selten direkt militärisch eingreifen müßten. Vielmehr sei es, ich zitiere Friedman: "die zentrale Strategie der US-Geopolitik, konkurrierende Mächte gegeneinander aufzuhetzen und in den Krieg zu treiben." (www.kla.tv/5586, www.kla.tv/5588, www.kla.tv/7271)

Dies gilt es nun im Konflikt mit Rußland weiter zu beobachten. Auch ist zu beachten, daß der eigentliche "Angreifer und Kriegstreiber" nicht aus einer ganzen Nation besteht, sondern aus ein paar wenigen superreichen Drahtziehern im Hintergrund. Diese wenigen Kriegstreiber haben daher nur eine Chance, wenn sie einerseits durch Manipulation, Korruption, Erpressung usw. einen Teil der Menschheit auf ihre Seite ziehen und wenn sie andererseits die Menschen gegeneinander aufhetzen können:

Nation gegen Nation, Religion gegen Religion, Links gegen Rechts, usw. Diese wenigen, größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte hätten jedoch keine Chance, würde der Rest der Menschheit zusammenhalten und sich nicht ausspielen lassen! Demnach scheint die größte Gefahr derzeit nicht eine Eskalation zwischen den Großmächten zu sein, sondern eine eskalierende Spaltung unter Menschen und Nationen.<<

30.04.2018

BRD: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtet am 30. April 2018 über den Atomausstieg (x1.002): >>Milestones des Deutschen Atomausstiegs

2000: Bundesregierung (SPD, Grüne) verhandelt eine Ausstiegsvereinbarung mit den 4 EVU (im sogenannten "Atomkonsens" werden sogenannte "Reststrommengen" mit den 4 EVUs vereinbart)

2002: Atomausstiegsgesetz tritt in Kraft

Dezember 2010: Mit dem Elften Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP werden die Laufzeiten verlängert. Die AKWs sollen durchschnittlich zwölf Jahre länger Strom produzieren

März 2011: Reaktorkatastrophe von Fukushima

März 2011: Moratorium (alle 17 AKW in Deutschland werden auf Sicherheit überprüft, 8 AKW werden vorübergehend vom Netz genommen)

Sommer 2011: Der Bundestag beschließt im parteiübergreifenden Konsens (CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne) mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie: 8 AKW wird Berechtigung zum Leistungsbetrieb entzogen, für die anderen 9 AKW werden gestaffelte Enddaten eingeführt; die letzten drei AKW werden spätestens 2022 vom Netz gehen.<<

05.05.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. Mai 2018 (x1.000/...): >>>**200 Jahre Karl Marx - Die Schattenseiten des Kommunismus**

Am 5. Mai 2018 jährt sich der 200. Geburtstag von Karl Marx - Mitbegründer der Ideologie des Kommunismus. Diese Ideologie beansprucht für sich eine gerechte Bewegung für unterdrückte Menschen zu sein. Doch nicht freiwillig, von Herz zu Herz wurde das Ideal durchgesetzt, sondern mit Zwang, Gewalt und Blutvergießen. Von Beginn an bis heute ist ein Einfluß elitärer Kreise der Hochfinanz erkennbar, die sich dieses hohe Ideal als Ausbeutungsinstrument zunutze machen. ...

Am 5. Mai 1818 wurde Karl Marx, Mitbegründer der Ideologie des Kommunismus geboren. Diese Ideologie ist eine der weltweit meist verbreiteten. Sie beschreibt eine zukünftige Gesellschaftsform, in der das Privateigentum abgeschafft und eine zentral gesteuerte gemeinschaftliche Lebensführung aller Menschen erfolgen soll. Die kommunistische Ideologie wird mit Begriffen wie Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit verbunden und wurde so zum Idealbild für viele Menschen.

Auf der einen Seite arbeiteten und arbeiten zahllose Menschen an einer aufrichtigen Umsetzung dieser Ideale, doch auf der anderen Seite gab es von Anbeginn auch massive Schattenseiten. So setzte sich der Kommunismus nicht auf friedlichem Weg, freiwillig von Herz zu Herz durch, wie es dem hohen Ideal entsprechen sollte. Vielmehr geschah es von Anfang an mit Zwang, Gewalt und Blutvergießen bis hin zu vielen zig Millionen Toten weltweit. Aufgrund dieser Ungereimtheiten lohnt es sich, den Kommunismus und dessen Urväter bzw. Fädenzieher genauer unter die Lupe zu nehmen. Dazu soll diese Sendung beitragen.

Wir betrachten kurz den ersten historisch bedeutsamen Versuch einer Umsetzung der kommunistischen Ideologie - die Russische Oktoberrevolution.

1. Ging die Oktoberrevolution vom Volk aus?

Bei der Oktoberrevolution am 25. Oktober 1917 ergriffen die Bolschewisten - eine radikale Fraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei - unter der Führung von Lenin in Rußland die Macht. Laut Geschichtsschreibung ging die Oktoberrevolution vom einfachen Volk - den Arbeitern und Bauern aus. Der investigative Autor Torsten Mann äußert jedoch in einem Interview, daß es in der Geschichte nie spontane Arbeiteraufstände - mit dem Ziel, ein sozialistisches Gesellschaftssystem einzuführen - gegeben hätte.

Real setzte sich der Arbeiter lediglich für einfachere Ziele wie höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen ein. Laut Historiker Wolfgang Eggert begannen die Vorbereitungen zur Oktoberrevolution bereits 1890 durch die französische Freimaurerloge "Grand Orient". Diese gründete ein Institut zur Schulung von Revolutionären wie z.B. Leo Trotzki, einer der Köpfe des Umsturzes in Rußland. Finanziert wurden die russischen Revolutionäre laut dem Historiker A. C. Sutton unter anderem ausgerechnet durch amerikanische Banken wie z.B. "Guaranty Trust Company", "National City Bank" und "Chase National Bank".

Ging es elitären Kreisen der Hochfinanz bei der Förderung der Revolution in Rußland tatsächlich um das Wohl der Arbeiter und Bauern? Die durch die Finanzierung ihrer Revolutionäre" gewonnene Kontrolle über ressourcenreiche Länder legen ganz andere Vermutungen nahe.

2. Die Früchte des Kommunismus

Der Kommunismus wird als eine Bewegung zum Wohle der unterdrückten Massen angesehen, indem weltweit ein System für Frieden und Gerechtigkeit geschaffen werden könne. Doch wie sah in vielen Staaten der Erde in der Vergangenheit die Realität aus?

Im 20. Jahrhundert forderte diese Ideologie ca. 100 Millionen Tote. Schätzungen gehen dabei von 20-40 Millionen Toten in der Sowjetunion, 65 Millionen Toten in der Volksrepublik China, jeweils 1 bis 2 Millionen Toten in Vietnam, Nordkorea, Kambodscha, Afghanistan, Afrika und Osteuropa aus. Die Opfer wurden teils ohne Gerichtsverfahren hingerichtet und in Kon-

zentrationslagern ermordet. Teils kamen sie infolge von Umsiedlungsmaßnahmen zu Tode, sowie durch Hungersnöte, die nach Einführung von Experimenten wie der zentralen staatlichen Planwirtschaft ausbrachen.

Die sozialistischen Systeme der Deutschen Demokratischen Republik, kurz DDR, oder Nordkoreas mußten die Grenzen zum Nachbarland schließen bzw. scharf bewachen, damit die Bewohner nicht massenhaft das Land verließen. Diese Fakten verdeutlichen, daß die praktische Durchführung des Kommunismus meist in völligem Widerspruch zur gewünschten Theorie steht. Die Umsetzung der kommunistischen Weltanschauung kann vielerorts als gescheitert bezeichnet werden. "Alles, was mit Gewalt aufgerichtet wurde, muß auch mit Gewalt am Leben erhalten werden", sagte Mahatma Gandhi.

3. Die Durchsetzung der Wesensmerkmale des Kommunismus heute

Nach dem 2. Weltkrieg hatte sich der Sozialismus in einer Vielzahl von Ländern ausgebreitet. Der Sozialismus gilt als die Vorstufe zum Kommunismus: Die wichtigsten Produktionsmittel wurden verstaatlicht, die Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt staatlich-zentralistisch gelenkt, sowie die Ausbeutung der Arbeiter für beendet erklärt. Mit dem Zerfall des Ostblocks 1989 schien der Sozialismus in Europa erst einmal sein Ende gefunden zu haben.

In der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Durchsetzung seiner Wesensmerkmale jedoch bis heute nach wie vor feststellbar. So benannte Autor Gerhard Wisnewski in seinem Jahresrückblick 2017 heute überall anzutreffende Konzepte des Kommunismus:

Es seien starke Staatseingriffe in Märkte wie im Energiesektor oder bei der Subvention von Elektroautos erkennbar sowie eine Reglementierung der Wirtschaft im Namen des Klimaschutzes, eine sog. "Klima-Planwirtschaft".

Die freie Meinungsäußerung werde immer stärker begrenzt bis hin zu einer "Gleichschaltung der Bürger". Weiterhin erfolge eine zunehmende "Verstaatlichung der Kinder" durch massiv geförderte staatliche Betreuung sowie eine volle Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß. Kommunistische Leitbilder wie "Alle Menschen sind gleich" zerstören Werte wie Ehe und Familie als Grundlage der Gesellschaft.

Für die Menschheit überlebensnotwendige Grenzen und Strukturen würden auf allen Gebieten auf widernatürliche Weise verwischt, verdreht oder aufgelöst: nationale, finanzielle, wirtschaftliche, biologische und soziale. Wisnewski sieht in der damit verbundenen Schwächung der Gesellschaft die Absicht einer Machtelite, auf verdeckte Weise eine Neue Kommunistische Weltordnung - die NKWO - zu errichten.

4. Marxistischer Einfluß in der deutschen Politik

Während der Kommunismus in seiner Anfangszeit mit offener Propaganda und Gewalt durchgesetzt wurde, ist sein Einfluß heute nicht mehr so augenscheinlich. Der Autor Torsten Mann legt in seinem Buch "ROT - GRÜNE Lebenslügen" offen, wie sehr die kommunistische Ideologie bis in höchste Politikerkreise Einzug genommen hat. Dazu recherchierte er zu Vertretern der Regierung aus SPD und Grünen von 1998 bis 2002: Joschka Fischer stieg vom marxistisch-militanten Straßenkämpfer über eine Parteikarriere bei den Grünen bis zum deutschen Außenminister auf.

Fischers Bekenntnis noch 1997: "Ich entdecke mehr und mehr, wie sehr ich doch Marxist geblieben bin ..."

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD): Bekenntnis in den 1970er Jahren: "Ja, ich bin Marxist ..."

Innenminister Otto Schily bezeichnete sich selbst als "liberalen Kommunisten".

Justizministerin Herta Däubler-Gmelin: frühere Mitgliedschaft bei der marxistischen Studentenbewegung APO (Außerparlamentarische Opposition).

Gesundheitsministerin Andrea Fischer war Mitglied der Gruppe Internationaler Marxisten.

Umweltminister Jürgen Trittin war beim Kommunistischen Bund.

Während ihrer Amtszeit wurden moralische Werte aufgeweicht, der Schutz der traditionellen Familie ausgehebelt, das Einwanderungsgesetz stark gelockert. Das Familienministerium gab den Auftrag, Gender Mainstream durchzusetzen, usw. All diese Maßnahmen deuten auf die Umsetzung eines marxistischen Leitbildes hin.

5. Der Wandel vom klassischen Marxismus zum heutigen Kulturmarxismus ist ein in den USA geprägter Begriff

Er bezeichnet die Tendenz bestimmter linker Bewegungen, die sich vom klassischen linken Gegensatz "Bürgertum gegen Arbeiterklasse" abwenden und sich statt dessen auf den allgemeineren Gegensatz "Unterdrücker gegen Unterdrückte" fokussieren. In den Vordergrund wird der Kampf um die Rechte von sogenannten unterdrückten Minderheiten gestellt wie bspw. Frauen, Migranten, bestimmten Volksgruppen, religiösen Minderheiten, Homosexuellen, Transsexuellen und so weiter.

Dabei werden, unterstützt durch Nichtregierungsorganisationen (NGO's), gesellschaftliche Fundamente wie traditionelle Familie, Heterosexualität, Tradition, Heimat und Bürgerlichkeit als Feindbilder und als Formen der Unterdrückung diskreditiert. Zahlreiche dieser NGO's werden von Finanzoligarchen und globalen Strippenziehern wie Multimilliardär George Soros finanziert mit dem klaren Ziel einer Neuen Weltordnung.

6. Antifa staatlich gefördert und finanziert

Eine Bewegung, die in Deutschland offen eine linke Ideologie vertritt, ist die Antifa. Sie beansprucht, sich für rassistisch verfolgte Menschen einzusetzen und gegen neofaschistische Tendenzen vorzugehen. Trotz dieser an sich löblichen Ziele kommt es häufig zu gewaltsamen Übergriffen auf politisch Andersdenkende durch die Antifa.

Die Antifa-Szene in München beispielsweise verfügt mit Unterstützung der SPD-regierten Stadt über eine sehr gute Infrastruktur. Sie wird direkt und indirekt über Vereine mit Steuergeldern gefördert. Christian Jung - Betreiber des unabhängigen Internetportals Metropolico - berichtete 2014, daß nahezu die gesamte Infrastruktur der linksextremen Szene durch die Stadt München gestellt wird, wie z.B. die Kulturzentren "Eine-Welt-Haus" - das für 3,7 Mio. € saniert wurde - und das "Kafe Marat". Letzteres beherbergt u.a. die gewaltbereite Antifa NT, die mehrfach an gewaltsamen Ausschreitungen beteiligt war. Trotzdem wird das "Kafe Marat" durch die Stadt München mit 40.000 € pro Jahr gefördert.

Auch auf Bundesebene kündigte die SPD 2016 eine Verdoppelung der Förderung auf 100 Mio. € für den "Kampf gegen Rechts" an. Weshalb?

Gewaltbereite Strömungen der Antifa können zur Einschüchterung von regierungskritischen, zumeist als politisch "Rechts" gebrandmarkte Interessensverbände instrumentalisiert werden, um so das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf illegale Weise zu umgehen. Gibt es neben dem zweifelhaften Agieren durch Politik und der Finanzwelt auch ernstzunehmende Versuche, eine gerechte, bessere Welt zum Wohle des Volkes aufzurichten?

7. Gelebter Sozialismus in Libyen

Muammar al-Gaddafi begann 1969 mit dem Aufbau eines volkssozialistischen Staates, dessen Grundlage der Islam bildete. Nach seiner Machtübernahme wurden die militärischen Stützpunkte der USA und Großbritanniens geschlossen. Ab 1970 war die Förderung libyscher Ressourcen wieder in der Hand des libyschen Volkes. Die Gewinne daraus investierte Gaddafi in das unentgeltliche staatliche Bildungs- und Gesundheitswesen.

Seit 1973 wurden die Arbeiter an den Unternehmensgewinnen beteiligt. Dank dieser Maßnahmen hatte das schuldenfreie Libyen das geringste Wohlstandsgefälle und das höchste Bruttoinlandsprodukt in ganz Afrika. Gaddafi war dabei, die afrikanischen Bruderländer in eine Unabhängigkeit vom Westen durch Einführung eines Afrodollars zu führen. Weiterhin baute er ab 1984 an einem der weltweit größten Wasserversorgungsprojekte zur kostenlosen Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Nachbarländer. Libyen kam den Idealen des Sozia-

lismus in der Praxis sehr nahe.

Fazit: Wie in allen Lebensbereichen gibt es auch beim Kommunismus auf der einen Seite aufrichtige Menschen mit selbstlosen Absichten, auf der anderen Seite jedoch auch Wölfe im Schafspelz, die unter Lüge und Täuschung die Menschen für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren. Das Prüfen und Erforschen der wahren Motive obliegt jedem Einzelnen.

Wie brachte es der Musiker Jimi Hendrix auf den Punkt? "Wenn die Macht der Liebe die Liebe zur Macht übersteigt, erst dann wird die Welt endlich wissen, was Frieden heißt."<<

17.05.2018

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Mai 2018 (x887/...): >>UN bereiten Völkerwanderungen vor

Ein "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) ist bereits in Arbeit

"Migration zum Nutzen aller gestalten" lautet die Überschrift eines vom UN-Generalsekretär, António Guterres, vorgelegten Berichtes in dem der Inhalt, die Methoden und die Ziele eines geplanten globalen Immigrationspakts dargelegt werden. Darin wird deutlich, daß im Falle von dessen Verabschiedung und Umsetzung die Welt eine völlig andere sein würde als die heutige.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland wird in den Gremien der Vereinten Nationen seit geraumer Zeit ein umfassender "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration, kurz Global Compact for Migration, GCM) vorbereitet, der weitreichende Eingriffe in die Zusammensetzung der Bevölkerungen vor allem der westlichen Industriestaaten vorsieht, und zwar in einem solchen Umfang, daß nicht nur das demographische Profil, sondern auch das gesamte politische, ökonomische, soziale und kulturelle System dieser Staaten grundlegend verändert werden würde.

Zwar liegt derzeit noch kein abgestimmter Text für den Pakt vor, doch befindet sich der Vorbereitungsprozeß dafür in seiner dritten und letzten Phase. Schon Ende dieses Jahres soll der Pakt auf einer hochrangigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs angenommen werden. Es ist also höchste Zeit, sich in der Öffentlichkeit mit dem Projekt auseinanderzusetzen.

Ein wesentliches Anliegen des Paktes ist es, daß die Immigration, die gegenwärtig insbesondere vom Süden in den Norden des Erdballs verläuft, von den Vereinten Nationen gesteuert wird. Sie soll in "sicheren, geordneten und regulären" Bahnen erfolgen. Dieser Menschenstrom wird dabei als etwas Schicksalhaftere hingenommen.

Früher angestellte Überlegungen zur Abwendung dieser Völkerwanderung, etwa durch Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Auswanderungsstaaten oder durch die Schaffung von Bleibeattraktionen für die Auswanderungswilligen, werden gar nicht mehr angestellt. Man kapituliert und läuft der Entwicklung hinterher, indem man versucht, sie in "sichere, geordnete und reguläre" Bahnen zu bringen.

Hierbei geht es nicht nur - wie bei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 - um die zeitweilige Aufnahme einer begrenzten Zahl von in einem Staat politisch Verfolgten in einem anderen Staat. Vielmehr läuft der geplante "globale Pakt" im Kern auf die Steuerung einer weltweiten Umsiedlung vorwiegend von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Süden in den Norden des Erdballs hinaus. Eine solche totale Veränderung der Demographie ganzer Erdteile hat es bislang wohl noch nicht gegeben.

Als ein Ziel der Steuerung der massenhaften Immigration nennt der Bericht die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichheit der Staaten (§ 87).

Es geht letztlich um eine Durchmischung der Weltbevölkerung. Dazu sollten die Staaten möglichst ihre Grenzkontrollen lockern, um auch irregulären Immigranten "Zugangswege für

eine reguläre Migration" zu eröffnen (§ 36). Die freiwillige und erzwungene Rückkehr von Immigranten sei oft "weder wünschenswert noch durchführbar".

Der UN-Generalsekretär versteigt sich sogar zu der nicht näher begründeten Annahme, daß Länder mit einem restriktiven Grenzregime, welche die Rückführung als eine Möglichkeit betrachten, um vor irregulärer Immigration abzuschrecken, gegen grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen könnten (§ 39). Um den seit längerer Zeit in einem Land lebenden irregulären Immigranten einen legalen Status zu verleihen, sollten verschiedene Maßnahmen der Integration in Betracht gezogen werden bis hin zur Verleihung der Staatsbürgerschaft (§ 40).

Um das Projekt der globalen Umsiedlung zu begründen, greift der Bericht zum Teil auf abenteuerliche Behauptungen zurück, die in der dort dargelegten Verallgemeinerung unzutreffend oder lebensfremd sind. So wird festgestellt, Immigration sei generell "ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung" (§ 1). Es lägen "eindeutige Beweise" dafür vor, daß Immigration sowohl den Immigranten als auch den Aufnahmestaaten wirtschaftlichen und sozialen Nutzen verschaffe (§ 4 a).

Immigranten trügen zum Wohlstand sowohl im Herkunfts- wie auch im Aufnahmestaat bei, indem sie Steuern zahlen und rund 85 Prozent ihres Einkommens der Volkswirtschaft im Aufnahmestaat zuführen und die übrigen 15 Prozent in Form der Rücküberweisung in ihre Heimat schicken. Die Summe der Heimatüberweisungen betrage das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Weiter heißt es: "Migranten bringen Fachwissen und Unternehmergeist mit, die ihren Aufnahmegesellschaften zugutekommen." (§§ 20, 21)

Der Bericht des UN-Generalsekretärs geht nicht darauf ein, daß das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen zu Verwerfungen und Konflikten im Aufnahmestaat führen kann, vor allem wenn der Zustrom von Immigranten dort massenhaft, innerhalb kurzer Zeit und auf engem Raum erfolgt. Das gilt erst recht dann, wenn die Immigranten aus archaischen Gesellschaften kommen und weder integrationsbereit noch -fähig sind.

Vielmehr werden Zweifel und Kritik an dem globalen Umsiedlungsplan apodiktisch zurückgewiesen. Immigration sei eine wachsende globale Realität, deshalb brauche über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet "keine Debatte mehr geführt werden" (§ 3). Zugleich wird der Kurs zum Thema "Fremdenfeindlichkeit" abgesteckt:

"Schwarzeherische Fehldarstellungen" über die Auswirkungen der Immigration seien von den politischen Führungspersonen richtigzustellen und "in eine andere Richtung zu lenken" (§ 9).

Zugleich werden Denk- und Sprechverbote erteilt. Verhindert werden müsse in der Immigrationsdebatte eine "entmenschlichende Sprache", so zum Beispiel wenn von "Beständen" und "Strömen" oder abwertend über "illegale Einwanderer" gesprochen wird.

Es wird deutlich, welche Position das Sekretariat des UN-Generalsekretärs in der Immigrationsfrage vertritt. Unter dem Vorwand der Menschenrechte und der (unvermeidbaren) Globalisierung wird eine Massenimmigration befördert, die auf den Bevölkerungsaustausch von bisher unbekannter Dimension in den westlichen Industriestaaten gerichtet ist und dabei die Herbeiführung ethnischer, religiöser und kultureller Konflikte und letztlich die Auflösung der Nationalstaaten zumindest in Kauf nimmt. Damit würde sich die UNO von ihrem Gründungsauftrag weit entfernen, nämlich der Verpflichtung zur Friedenssicherung und zur Achtung der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß beispielsweise die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates USA, Rußland und China wie auch einige europäische Staaten sich einem solchen Vertrag nicht anschließen werden.<<

21.05.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 21. Mai 2018 (x1.000/...): >>Immunität der NATO noch zeitgemäß?

... Khaled al-Hamedi, Präsident der "International Organization for Peace, Care and Relief" OPCR, das ist die internationale Organisation für Frieden, Fürsorge und Hilfeleistungen, verlor durch die vorsätzliche Bombardierung seines Wohnhauses im libyschen Surman am 20.6.2011 dreizehn seiner Familienmitglieder, darunter drei Kinder und seine schwangere Frau. Er forderte, daß die NATO für dieses und ähnliche Kriegsverbrechen in Libyen zur Rechenschaft gezogen wird.

Die NATO hingegen beruft sich auf das Ottawa-Abkommen von 1951, das dem Militärbündnis Immunität garantiert. Das belgische Berufungsgericht, dem Khaled al-Hamedi seinen Fall vorlegte, gab der NATO in seinem Urteil vom 23.11.2017 Recht. Ist es angesichts der Häufigkeit und Schwere der begangenen Kriegsverbrechen nicht an der Zeit, die Immunität der NATO aufzuheben?

Warum sollte sie Menschen- und Völkerrecht ungestraft mit Füßen treten dürfen?

Teil 2: Die modernen "Demokratisierungs-Kriege" durchschaut - "Nie wieder Krieg!" (kurze Version)

01.11.2015 Seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute fanden und finden unzählige Kriege und Kriegsverbrechen statt. Die meisten davon wurden von der US-amerikanischen Regierung sowie der NATO eingeleitet und angeführt. Der Vorwand für eine militärische Intervention war immer derselbe:

Das Volk eines Landes mußte von einem "brutalen Diktator" oder "undemokratischen Herrschaftssystem" befreit werden. Angebliche Demokratie und Freiheit, vom Volk ausgehend und zum Wohle des Volkes - wie vorgetäuscht wurde - mußte eingeführt werden. So wurden im Namen der Demokratie und der Freiheit Kriege angezettelt und Länder zerbombt. Dabei gibt es ein einfaches Mittel, um festzustellen, ob auch nur einer dieser Kriege, die unter dem Deckmantel der Demokratisierung geführt wurden, gerechtfertigt war: Man vergleiche die Situation, wie sie im Kriegsland vor bzw. nach dem Krieg aussah.

Wenn der Krieg und die sogenannte Demokratisierung wirklich zum Wohle des Volkes gewesen wäre, dann hätten die Lebensbedingungen im Land nach dem Krieg weit besser sein müssen, als vor dem Krieg. Mit anderen Worten, die Lebensbedingungen im Land dürfen NACH dem Krieg nicht schlimmer sein, als sie VOR dem Krieg unter dem angeblichen Diktator waren - ansonsten ist ein Krieg als völkerrechtswidrig zu verurteilen. Doch beurteilen Sie selbst anhand folgender vier Beispiele, welche stellvertretend für alle anderen sogenannten Demokratisierungs-Kriege stehen:

Der internationale Militäreinsatz in Libyen 2011

VORHER: Libyen unter Gaddafi: Libyen hatte eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des afrikanischen Kontinents. Ein Teil des libyschen Ölverkaufs wurde direkt den Konten der libyschen Bürger gutgeschrieben. Es gab kaum Steuern, selbst Unternehmen wurden nur minimal besteuert. Ein Heim bzw. Zuhause zu haben, galt als ein Menschenrecht, alle Frischvermählten erhielten umgerechnet 45.000 € vom libyschen Staat. Strom, medizinische Behandlungen und Bildung waren kostenlos.

Vor Gaddafi konnten nur 25 Prozent der Libyer lesen, nach ihm 83 Prozent. Den Frauen ermöglichte Gaddafi in den 1970er Jahren die Emanzipation. Es war keine spezielle Kleidung vorgeschrieben und allen Frauen standen hochwertige Ausbildungswege zur Verfügung, wenn sie das wollten. Es gab Ärztinnen, Anwältinnen, Ministerinnen, Geschäftsfrauen oder auch normale Hausfrauen, was immer sie werden wollten.

Gaddafi plante die Errichtung einer Bank und die Einführung einer goldgestützten Währung für Afrika, mit deren Gründung Libyen ganz Afrika in die Freiheit geführt hätte - in die Freiheit von den Finanzeliten und Imperialisten, die die armen Länder und deren Besitz kontrollie-

ren.

Weiter stand Gaddafi kurz vor der Vollendung des weltweit größten Trinkwasser-Pipeline-Projekts durch die Sahara - dem sogenannten "Great-Man-Made-River-Projekt" - für eine bessere Wasserversorgung von Bevölkerung und Landwirtschaft. Libyen war ein unabhängiges und blühendes Land. Zudem half Gaddafi bei der Kontrolle der Flüchtlingsströme aus den afrikanischen Ländern. Für deren Aufnahme wandte er europäische Standards an, um den Zustrom nach Europa in Grenzen zu halten.

NACHHER - nach der brutalen Ermordung Gaddafis:

Unter dem Vorwand, das libysche Volk vor ihrem Machthaber Muammar al-Gaddafi beschützen zu müssen, wurde Libyen während 7 Monaten unter US-Führung von den NATO-Streitkräften bombardiert. Der Krieg kostete ca. 50.000 libyschen Zivilisten das Leben, mindestens ebenso viele wurden verletzt. Die Wirtschaftsinfrastruktur des Staates wurde durch die NATO-Bombardierung zerstört. Einrichtungen des großen Wassernetzwerks wurden von der NATO angegriffen und zerbombt, wie verschiedene YouTube-Videos belegen.

Laut "Global Research", einem Zentrum für globale Forschung mit Sitz in Kanada, habe der NATO-Krieg gegen Libyen die Zukunft des Trinkwasserprojekts in Gefahr gebracht - und damit den Wohlstand des libyschen Volkes. Libyens Geldreserven in Höhe von 150.000.000.000 \$ sind jetzt weltweit eingefroren und wohl für immer verloren. Das Land wurde weiter von Kämpfen rivalisierender Milizen erschüttert; Angriffe auf die Regierung und die Ermordung von Regierungsbeamten sind an der Tagesordnung.

Seit 2014 herrscht ein erbitterter Bürgerkrieg. Nach Gaddafi ist Libyen ein Paradies für Schlepperbanden geworden, die Flüchtlinge von dort ungehindert nach Europa bringen.

Der 1. Irakkrieg (2. Golfkrieg) 1990/91

VORHER: 1972 gelang es dem Irak, die nationale Kontrolle über seine Ölvorräte zu bekommen, die zuvor von internationalen Firmen ausgebeutet worden waren. Die Wirtschaft boomte, wovon auch das Volk profitierte. 1979 besaß der Irak Geldreserven im Wert von 35 Milliarden US-Dollar und stand an der Schwelle zum Industrieland.

Saddam Hussein förderte aktiv die Modernisierung von Wirtschaft, Industrie, Verwaltung, Polizei, Landwirtschaft sowie auch die Volksbildung. Vor 1990 stieg die Alphabetisierungsrate bei Mädchen auf über 90 Prozent. Durch die Exporterlöse aus dem Erdölverkauf wurde u.a. ein umfassendes irakisches Gesundheitssystem aufgebaut, das bis zu Beginn der 1990er Jahre als das beste der arabischen Welt galt. Der Irak war ein aufstrebendes Land.

NACHHER: Nachdem Saddam Hussein wegen eines Konflikts um Ölfelder Kuwait besetzen ließ, wurde die irakische Armee durch eine von den USA geführte Koalition fast vollständig geschlagen. Zur Rechtfertigung des Krieges wurden zuvor einige - später als Fälschungen entlarvte - Greuelberichte über die Massenmedien in die Welt gesetzt. Darunter die sogenannte Brutkastenlüge.

Mindestens 120.000 irakische Soldaten und bis zu 55.000 Zivilisten kamen ums Leben. Langzeitschäden durch Geschosse aus abgereichertem Uran waren verheerend. Seit 1991 sind rund 1,5 Millionen Iraker, darunter über 550.000 Kinder unter fünf Jahren, an den Folgen der über den Irak verhängten Wirtschaftssanktionen gestorben. Der Fluß Tigris war durch die Zerstörung der Kläranlagen zu einer offenen Kloake geworden; von 1990-2003 verhinderten die USA den Import von Pumpen und Chlor zur Aufbereitung des Wassers; in der Folge stieg die Säuglingssterblichkeit 1990 bis 1997 von 3,3 auf 12,5 Prozent.

Der 2. Irakkrieg (3. Golfkrieg) 2003 Mit der Begründung, Saddam Hussein würde Massenvernichtungswaffen besitzen und mit al-Qaida zusammenarbeiten, marschierten Truppen der Vereinigten Staaten und deren Verbündete am 20. März 2003 in den Irak ein. Beide Vorwürfe wurden nachträglich durch den Geheimdienstausschuß des US-Senats widerlegt.

Bis 2006 starben - gemäß der unabhängigen "Lancet-Studie" - 600.000 Zivilisten, das sind 90

% aller Opfer. Alleine während eines dreiwöchigen Einsatzes 2003 wurden von den USA zwischen 1.000 und 2.000 Tonnen Uranmunition eingesetzt. In Falludscha, einer Stadt 70 Kilometer von Bagdad entfernt, sei die radioaktive Verstrahlung zigmal höher als nach der Hiroshima-Bombe. Seither wird eine zunehmende Anzahl schrecklich deformierter Babys geboren, ohne Köpfe, mit zwei Köpfen oder fehlenden Gliedern.

Unzählige grausame Kriegsverbrechen seitens der US-amerikanischen Truppen sind publik und z.T. durch WikiLeaks veröffentlicht worden. Seit dem Abzug der letzten US-Truppen aus dem Irak im Jahr 2011 herrschen im Irak bürgerkriegsähnliche Zustände.

Der Syrienkrieg seit 2011

VORHER: Die syrische Zentralbank befindet sich im Besitz und unter Kontrolle des Staates und hat keine Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Baschar al-Assad, der syrische Präsident, leitete einige Jahre vor dem Krieg die Demokratie ein. Syrien war noch vor 2007 ein so reiches und aufstrebendes Land, daß es zwei Millionen irakische Flüchtlinge aufnehmen konnte.

Das Gesundheitssystem war kostenlos. Genmanipulierte Saat (GMO) ist nicht zugelassen, um die Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Syrien besitzt gewaltige Öl- und Gasreserven unter seiner Erde und ist am Bau einer Pipeline zusammen mit dem Iran beteiligt, ohne Beteiligung westlicher Ölgiganten. Syriens Bevölkerung ist über die NEUE WELT-ORDNUNG sehr gut informiert. In den Medien und an den Universitäten wird über den Einfluß der globalen Machtelite debattiert. Syrien schützt seine politische, kulturelle und nationale Identität.

NACHHER: Im Zuge des Arabischen Frühlings vom März 2011 kam es zu einem Konflikt zwischen der Regierung Baschar al-Assads und verschiedenen sogenannten "Oppositionsgruppen". Kurz darauf kamen schwer bewaffnete Gruppen ins Land und griffen in den Bürgerkrieg gegen Assad ein. Gemäß neusten Zahlen der Vereinten Nationen wurden bisher mehr als 250.000 Menschen getötet - ohne Dunkelziffer. Ein Drittel davon seien zivile Opfer. Mehr als 3,8 Millionen Syrer flohen bisher ins Ausland, über die Hälfte davon Kinder. Die höchste Anzahl von Flüchtlingen in Europa kommt derzeit aus Syrien.

Jede Einkommensquelle wurde durch westliche Wirtschaftssanktionen genommen. Exporte von Treibstoff, Erdöl und Technik wurden verboten. Importgüter wie Weizen werden knapp und damit mangelt es an Brot. Lebensmittel sind doppelt so teuer, wie vor dem Krieg. Dies sei laut Joshua Landis, Professor an der Universität von Oklahoma, u.a. die Strategie der USA, um die Syrer zu schwächen und zur Kapitulation zu zwingen.

Mittels der Behauptung, Syrien hätte Chemiewaffen eingesetzt, versuchten die USA mit den NATO-Staaten in den Krieg einzutreten. Jedoch konnte Assad der Einsatz von Chemiewaffen nie nachgewiesen werden. Er ließ diese im Gegenteil sogar vernichten.

Der Krieg in der Ukraine seit 2014

VORHER: Vor dem Krieg war die Ukraine als ein neutrales Land im Ost-West-Konflikt eine Brücke zwischen Rußland und der EU. Eine NATO-Mitgliedschaft war nicht geplant. Durch das Abkommen von Charkow im April 2010, welches die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis mindestens 2042 erlaubte, bekam die Ukraine russisches Erdgas zu Rabattpreisen. Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Jimmy Carter, beschreibt die Ukraine als das Herzland der Weltinsel - das meint Eurasien. Wer die Ukraine beherrscht, herrscht über die Weltinsel und somit über die Welt.

NACHHER: Nach der verfassungswidrigen Entmachtung von Präsident Viktor Janukowitsch am 22.2.2014 in Kiew schickte die neue Regierung Truppen gegen die östlichen Gebiete Donezk und Lugansk. Diese hatten den Machtwechsel nicht anerkannt und unabhängige "Volksrepubliken" ausgerufen. Victoria Nuland, Stellvertreterin des US-Außenministers, bezeugte ungewollt in einem abgehörten Telefongespräch, daß die USA fünf Milliarden Dollar inve-

tiert haben, um in der Ukraine eine neue Regierung unter US-amerikanischer Führung an die Macht zu bringen.

Rund 6.000 Menschen wurden bisher getötet - ohne Dunkelziffer; 15.000 verletzt, fast drei Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat geflüchtet. Mehr als 150.000 haben laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in Rußland Schutz gesucht. In der Ostukraine wird täglich geschossen, Häuser werden zerbombt, die technische Infrastruktur ist stark in Mitleidenschaft gezogen: In vielen Städten gibt es nur noch stundenweise Wasser und Strom, in manchen Städten nicht einmal mehr das. In der Ukraine hat sich der Lebensstandard seit der Absetzung Janukowitschs drastisch verschlechtert: Fast 80 % der ukrainischen Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze.

Vor der Absetzung Janukowitschs betrug die Mindestrente umgerechnet um die 120 Euro im Monat, jetzt 40 Euro, der Mindestlohn um die 90 Euro im Monat, jetzt 50 Euro. Der heutige Durchschnittslohn beträgt um die 120 Euro im Monat. Die Inflationsrate von 2010-2013 betrug 3,5 % - 2015 ist sie bereits 40 %. Die Teuerungsrate der letzten zwei Jahre beträgt: auf Verkehrsmittel 30 %; auf Kraftstoff 200 %.

Lebensmittel sind um das Mehrfache teurer geworden, die Grundnahrungsmittel - Brot, Grütze, Fleisch, Milch - um 40 %. Strom- und Gaspreise sind um 110 % angestiegen; ein weiterer Preisanstieg ist im Halbjahrestakt geplant. Ausländische Unternehmen weiten ihren Einfluß auf den ukrainischen Agrarsektor aus, so u.a. Biotechnologie-Unternehmen wie Monsanto, Cargill und DuPont.

Laut ukrainischen Parlamentsmitgliedern steht die Regierung in Kiew unter vollständiger Kontrolle der US-Regierung. Nun soll der Westen durch den Gesetzentwurf 2953 vom Mai 2015 in der Ukraine Atomwaffen stationieren dürfen. Die US-Regierung ist bereit, einen Krieg in Europa zu riskieren, um ihre militärische Präsenz und Vorherrschaft aufrecht zu erhalten.

(Moderatorin:) Laut diesen Fakten - VORHER/NACHHER - läßt sich nur eine Schlußfolgerung ziehen: Kriege lassen sich kaum rechtfertigen - und schon gar nicht unter dem Vorwand von Demokratie und Freiheit. All diese Kriege und weitere - wie die Jugoslawienkriege, Afghanistan seit 2001, der somalische Bürgerkrieg oder die Militärintervention im Jemen 2015 - waren nur durch bewußt gestreute Lügen zur Diffamierung des Ziellandes möglich. Auch weitere sogenannte Demokratisierungen und Regimewechsel - in Ländern wie dem ehemaligen Jugoslawien, der Slowakei, Georgien oder des Arabischen Frühlings, sowie alle zukünftigen - müssen unter diesem Blickwinkel betrachtet werden.

Die Frage ist nun, wenn - im Namen der Demokratie - wiederum ein Krieg oder ein militärisches Eingreifen von Politikern und Medien gerechtfertigt werden sollte, ob das Volk bei dieser Argumentation aufhorcht oder doch allfälliger Lügen- und Kriegspropaganda erneut Glauben schenken wird?

Helfen Sie mittels breitflächiger Aufklärung mit, daß wir alle lernen, Lügen und Propaganda rechtzeitig zu durchschauen und einhellig zu sagen. "Nie wieder Krieg! - da machen wir nicht mit!"

... 219 US-Kriege im Vergleich zu Rußland, China, Iran und Deutschland (09.10.2016)

Dieser Film zeigt die US-Kriegs-Liste der vergangenen 230 Jahre im Vergleich zu den überall gefürchteten Ländern Rußland, China, Iran und Deutschland. Jeder Betrachter dieses Vergleichs entscheide, welche dieser fünf Nationen die gefährlichsten Raubtierzüge aufweist.

Denn die US-Kriege zeichnen sich vor allem durch Angriffskriege aus - in den vergangenen 230 Jahren waren es nicht weniger als 219 Kriege ...

USA:

- 1) 1775-1783: Revolutionskrieg gegen Großbritannien,
- 2) 1775-1776: Kanada,

- 3) 1776-1890 Indianerkriege,
- 4) 1798-1800 Seekrieg mit Frankreich (ohne Kriegserklärung),
- 5) 1801-1805 Tripolis, Erster Berberkrieg,
- 6) 1806 Mexiko (Spanisches Gebiet),
- 7) 1806-1810 Golf von Mexiko,
- 8) 1810 West-Florida (Spanisches Gebiet),
- 9) 1812 Besetzung der Insel Melia (Spanisches Gebiet),
- 10) 1812-1815 Großbritannien (Kriegserklärung erfolgt),
- 11) 1812-1815 Kanada,
- 12) 1813 West-Florida (Spanisches Gebiet),
- 13) 1813-1814 Marquesas-Inseln,
- 14) 1814 Spanisch-Florida,
- 15) 1814-1825 Kariben,
- 16) 1815 Algier, Zweiter Berberkrieg,
- 17) 1815 Tripolis,
- 18) 1816 Spanisch-Florida, Erster Seminolenkrieg,
- 19) 1817 Insel Amelia (Spanisches Gebiet),
- 20) 1818 Oregon,
- 21) 1820-1823 Afrika (Bekämpfung des Sklavenhandels),
- 22) 1822 Kuba,
- 23) 1823 Kuba,
- 24) 1824 Kuba,
- 25) 1824 Puerto Rico (Spanisches Gebiet),
- 26) 1825 Kuba,
- 27) 1827 Griechenland,
- 28) 1831-1832 Falkland-Inseln,
- 29) 1832 Sumatra,
- 30) 1833 Argentinien,
- 31) 1835-1936 Peru,
- 32) 1836 Mexiko,
- 33) 1838-1839 Sumatra,
- 34) 1840 Fidschi-Inseln,
- 35) 1841 Samoa,
- 36) 1841 Drummond-Inseln, Kingsmillgruppe,
- 37) 1842 Mexiko,
- 38) 1843 Afrika,
- 39) 1844 Mexiko,
- 40) 1846-1848 Mexiko,
- 41) 1849 Smyrna,
- 42) 1851 Türkei,
- 43) 1851 Johanna-Insel (östlich von Afrika),
- 44) 1852-1853 Argentinien,
- 45) 1853 Nicaragua,
- 46) 1853-1854 Riukiu- und Bonin-Inseln (Japan),
- 47) 1854 China,
- 48) 1854 Nicaragua,
- 49) 1855 China,
- 50) 1855 Fidschi-Inseln,
- 51) 1855 Uruguay,

- 52) 1856 Panama, Republik von Neugranada,
- 53) 1856 China,
- 54) 1857 Nicaragua,
- 55) 1858 Uruguay,
- 56) 1858 Fidschi-Inseln,
- 57) 1858-1859 Türkei,
- 58) 1859 Paraguay,
- 59) 1859 Mexiko,
- 60) 1859 China,
- 61) 1860 Angola, Portugiesisch-Westafrika,
- 62) 1860 Kolumbien, Golf von Panama,
- 63) 1863 Japan,
- 64) 1864 Japan,
- 65) 1864 Japan,
- 66) 1865 Panama,
- 67) 1866 Mexiko,
- 68) 1866 China,
- 69) 1867 Insel Formosa,
- 70) 1868 Japan,
- 71) 1868 Uruguay,
- 72) 1868 Kolumbien,
- 73) 1870 Mexiko,
- 74) 1870 Hawaiiische Inseln,
- 75) 1871 Korea,
- 76) 1873 Kolumbien,
- 77) 1873 Mexiko,
- 78) 1874 Hawaiiische Inseln,
- 79) 1876 Mexiko,
- 80) 1882 Ägypten,
- 81) 1885 Panama,
- 82) 1888 Korea,
- 83) 1888 Haiti,
- 84) 1889 Samoa,
- 85) 1889 Hawaiiische Inseln,
- 86) 1890 Argentinien,
- 87) 1891 Haiti,
- 88) 1891 Beringmeer,
- 89) 1891 Chile,
- 90) 1893 Hawaii,
- 91) 1894 Brasilien,
- 92) 1894 Nicaragua,
- 93) 1894-1896 Korea,
- 94) 1894-1895 China,
- 95) 1895 Kolumbien
- 96) 1896 Nicaragua,
- 97) 1898-1899 China,
- 98) 1898 Nicaragua,
- 99) 1898 Amerikanisch-Spanischer Krieg,
- 100) 1899 Samoa,

- 101) 1899-1901 Philippinen,
- 102) 1900 China,
- 103) 1901 Kolumbien,
- 104) 1902 Kolumbien,
- 105) 1902 Kolumbien,
- 106) 1903 Honduras,
- 107) 1903 Dominikanische Republik,
- 108) 1903 Syrien,
- 109) 1903-1914 Panama,
- 110) 1904 Dominikanische Republik,
- 111) 1904-1905 Korea,
- 112) 1904 Tanger, Marokko,
- 113) 1904 Panama,
- 114) 1904-1905 Korea,
- 115) 1906-1909 Kuba,
- 116) 1907 Honduras,
- 117) 1910 Nicaragua,
- 118) 1911 Honduras,
- 119) 1911 China,
- 120) 1912 Honduras,
- 121) 1912 Panama,
- 122) 1912 Kuba,
- 123) 1912 China,
- 124) 1912 Türkei,
- 125) 1912-1925 Nicaragua,
- 126) 1912-1941 China,
- 127) 1913 Mexiko,
- 128) 1914 Haiti,
- 129) 1914 Dominikanische Republik,
- 130) 1914-1917 Mexiko,
- 131) 1915-1934 Haiti,
- 132) 1917-1918 Erster Weltkrieg,
- 133) 1917-1922 Kuba,
- 134) 1918-1919 Mexiko,
- 135) 1918-1920 Panama,
- 136) 1918-1920 Sowjetrußland,
- 137) 1919 Honduras,
- 138) 1920-1922 Rußland (Sibirien),
- 139) 1920 China,
- 140) 1920 Guatemala,
- 141) 1921 Panama-Costa Rica,
- 142) 1922 Türkei,
- 143) 1924 Honduras,
- 144) 1924 China,
- 145) 1925 China,
- 146) 1925 Honduras,
- 147) 1925 Panama,
- 148) 1926-1933 Nicaragua,
- 149) 1926 China,

- 150) 1927 China,
- 151) 1933 Kuba,
- 152) 1940 Neufundland, Bermuda, St. Lucia, Bahamas, Jamaika, Antigua, Trinidad, Britisch-Guayana,
- 153) 1941 Grönland (Dänisches Gebiet),
- 154) 1941 Niederlande (Niederländisch-Guayana),
- 155) 1941 Island,
- 156) 1941 Deutschland (Attacken auf deutsche Schiffe),
- 157) 1941-1945 Deutschland, Italien, Japan,
- 158) 1942 Labrador,
- 159) 1945-1960 China (CIA),
- 160) 1946-1947 Italien (CIA),
- 161) 1947-1955 Griechenland (CIA),
- 162) 1945-1955 Philippinen (CIA),
- 163) 1950-1953 Koreakrieg,
- 164) 1949-1953 Albanien (CIA),
- 165) 1955 Deutschland (CIA),
- 166) 1953 Iran (CIA),
- 167) 1953-1954 Guatemala (CIA),
- 168) 1955 Costa Rica (CIA),
- 169) 1956-1957 Syrien (CIA),
- 170) 1957-1958 Der mittlere Osten,
- 171) 1957-1958 Indonesien (CIA),
- 172) 1955-1965 Westeuropa (CIA),
- 173) 1945-1965 Sowjetunion (CIA),
- 174) 1955-1975 Italien (CIA),
- 175) 1945-1975 30 Jahre Krieg in Vietnam (CIA),
- 176) 1955-1973 Kambodscha (CIA),
- 177) 1957-1973 Laos (CIA),
- 178) 1959-1963 Haiti,
- 179) 1960 Guatemala,
- 180) 1960-1963 Ecuador (CIA),
- 181) 1960-1964 Kongo (CIA),
- 182) 1961-1961 Brasilien (CIA),
- 183) 1960-1965 Peru (CIA),
- 184) 1960-1966 Dominikanische Republik (CIA),
- 185) 1950-1980 Kuba (CIA),
- 186) 1965 Indonesien (CIA),
- 187) 1966 Ghana (CIA),
- 188) 1964-1970 Uruguay (CIA),
- 189) 1964-1973 Chile (CIA),
- 190) 1964-1974 Griechenland (CIA),
- 191) 1964-1975 Bolivien (CIA),
- 192) 1962-1985 Guatemala (CIA),
- 193) 1970-1971 Costa Rica (CIA),
- 194) 1972-1975 Irak (CIA),
- 195) 1973-1975 Australien (CIA),
- 196) 1975 Indonesien (CIA),
- 197) 1975-1985 Angola (CIA),

- 198) 1975-1978 Zaire (CIA),
- 199) 1976-1980 Jamaika (Wirtschaftskrieg),
- 200) 1979-1981 Seychellen,
- 201) 1979-1984 Grenada,
- 202) 1983 Marokko (CIA),
- 203) 1982-1984 Suriname (CIA),
- 204) 1981-1989 Libyen,
- 205) 1981-1990 Nicaragua (Anstiftung zum Bürgerkrieg),
- 206) 1969-1991 Panama (CIA),
- 207) 1990 Bulgarien (CIA),
- 208) 1990-1991 Irak, Zweiter Golfkrieg,
- 209) 1979-1992 Afghanistan (CIA),
- 210) 1980-1994 El Salvador (CIA),
- 211) 1986-1994 Haiti (CIA),
- 212) 1992-1994 Somalia,
- 213) 1991 Irak,
- 214) 1999 Jugoslawien (NATO),
- 215) 2001 Afghanistan,
- 216) 2003 Irak,
- 217) 2011 Libyen,
- 218) 2013 Syrien,
- 219) 2014 Ukraine.

Rußland:

- 1) 1787-1792: Russisch-Österreichischer Türkenkrieg,
- 2) 1792-1793: Russisch-Polnischer Krieg,
- 3) 1796: Russisch-Persischer Krieg (gegenseitiger Eroberungskrieg),
- 4) 1804-1813: Russisch-Persischer Krieg (gegenseitiger Eroberungskrieg),
- 5) 1808-1809: Russisch-Schwedischer Krieg,
- 6) 1900: Russisch-Chinesischer Krieg (Russen besetzten Mandschurei),
- 7) 1814-1918: Erster Weltkrieg,
- 8) 1917/18-1920: Russischer Bürgerkrieg,
- 9) 1939-1940: Sowjetisch-Finnischer Winterkrieg,
- 10) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,
- 11) 1941-1944: Finnisch-Sowjetischer Fortsetzungskrieg,
- 12) 1941: Anglo-Sowjetische Invasion des Irans,
- 13) 1979-1989: Afghanistan 1994-1996: erster Tschetschenienkrieg 1999-2009: zweiter. Tschetschenienkrieg,
- 14) 2008: Georgien (Georgien war aber der Angreifer)

Iran:

- 1) 1826-1828: Russisch-Persischer Krieg (unter Druck der Briten u.a. im Nordiran).

Deutschland:

- 1) 1848-1851: Schleswig-Holsteinischer Krieg (Befreiungskriege),
- 2) 1864: Deutsch-Dänischer Krieg (Befreiungskrieg),
- 3) 1866: Deutscher Krieg (Preußisch-Österreichischer Krieg) (unklar, wer begonnen hat),
- 4) 1870-1871: Deutsch-Französischer Krieg (von Frankreich begonnen),
- 5) 1914-1918: Erster Weltkrieg,
- 6) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,
- 7) 1941-1945: Rußlandfeldzug/Ostfront,
- 8) 1999: Jugoslawien (NATO),

9) 2001-2021 Afghanistan,

10) 2015: Syrien

China:

1) 1914-1918: Erster Weltkrieg,

2) 1927-1949: Chinesischer Krieg,

3) 1929: Chinesisch-Sowjetischer Grenzkrieg (1929) (es ließ sich nicht feststellen, wer begonnen hat),

4) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,

5) 1962: Indisch-Chinesischer Grenzkrieg.<<

Mai 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtet im Mai 2018:
>>"**Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren**"

_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

Die BRD als US-Bundesstaat

Woran arbeiten Sie derzeit?

Rolf Hochhuth: Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

Um was geht es darin?

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher.

Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar -, so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag." Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?

Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim

anerkennen muß, stammt von dem erzkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel. Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel, da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."

Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtet im Mai 2018: >>**Von Mainzel- und Muselmännchen**

_ von Peter Bartels

Der Multikulti-Stadl der GEZ-Sender: Wer abends in Deutschland ins Bett geht, wacht mit dem *Morgenmagazin* auf einem anderen Kontinent wieder auf: Nur noch Moderatoren aus Afrika, Nahost und Asien. Schwarze Haare, braune Haut. Blondinen mit blauen Augen, das war früher. Als wir noch nicht fremd im eigenen Land waren ...

Von A wie *Astro TV* bis ZDF wie *Muselmännchen*: Mal heißen die Gesichter, die heute Deutschland präsentieren, Mitri Sirin (türkischer Syrer), mal Yasmin Parvis (Papa Perser), Pinar Tanrikolu (Türkschland), Jessica Zahedi (Iran), Aline Abboud (Libanon), Özden Terli (Türkschland) oder Till Nassif (Papa Syrer). Das Erfreuliche: Alle genannten ModeratorInnen sprechen perfekt Deutsch. Der nette Nassif mit dem Eulenspiegel-Vornamen Till parliert so-

gar Bayerisch! Was kein Wunder ist: Alle, die seit gut zwei Jahren im TV Buntschland repräsentieren, wurden in Deutschland geboren, gingen hier zur Schule oder zur Uni und sind gut integriert, wie man so schön sagt.

Bunt ist Trumpf

Namen sind Schall und Rauch? Leider nicht. Hier sind sie Programm. Wenn nämlich das Fernsehen Deutschlands Schaufenster nach außen *und* innen ist, dann erkennen weder die, die von draußen mal reinschauen, noch jene, die schon länger hier leben, ihr Deutschland wieder. Mehr noch: Dann scheint der blöde Klapperstorch trotz "Prime" oder "Lieferando" sich seit Jahren zu verfliegen. "Big Brother Gutmensch" hat über Nacht subkutan die Umvolkung vollstreckt. Und Merkels Schutzsuchende üben weiter im Park...

Nach der totalen Zerstörung der deutschen Identität durch die Nazis und der totalen Entnazifizierung durch die Amis krümmte sich die nationale Würde der Deutschen zur Beifall heischenden Würdelosigkeit. Schon seit den Fünfzigern wurde frenetisch bejubelt, wer schwarz war, wie Kenneth Spencer, Billy Mo oder Roberto Blanco. Und diese Sänger verstanden es, mit schöner Stimme, knödelnder Trompete oder doppelbödigen Sprüchen ("Ich bin der einzige wahre schwarze Deutsche") in Deutschland Karriere zu machen.

Sechs Millionen systematisch ermordete Juden, die Erbsünde der Deutschen, mußten ja irgendwie kompensiert, konnten en passant wenigsten musikalisch etwas weggeklastcht werden. Jeder "Mr. Pumpnickel", jeder "Häuptling der Indianer", jeder GI-Heidelberger war recht, wenn er nur schön radebrechend endlich wieder mit den Deutschen zum Städele hinauszog. Dieses über Generationen anezogene deutsche Betteln um Gunst und Gnade gipfelte 2015 in einer Willkommens-Willkür nie gekannter Unterwerfung. Gestern GröFaz Hitler, heute GröKaz Merkel. Mit dem Einreißen der Grenzen entschied die Alternativlose, Deutschland endgültig abzuschaffen.

Das aber war dann offenbar selbst dem deutschen Untertan zu viel. Michel maulte. Und dann trauten sich sogar mehr und mehr Lämmer zu blöken: 12,6 Prozent AfD bei der großen Wahl (und jetzt steht die kleine, aber womöglich entscheidende Wahl in Bayern vor der Tür...). Denn inzwischen wittert Michel: Es geht um alles - das Häuschen mit Garten, die Tochter, die Frau, Arbeit, Rente, in Gottesnamen auch um den armen Kerl am Kreuz. Aaaber: "Big Brother Gutmensch" wittert auch. Und da er vom Staatsfunk bis zu den Papier-Medien alles an der ZK-Leine hat, läßt er auf breiter Front gegen alles, was deutsch ist, wettern.

Der Große Austausch

Seitdem wird jeden Morgen ab 5:30 Uhr zurückgeschossen: Hatte das *ZDF-Morgenmagazin* vor 2015 noch mehr oder weniger neun Moderatoren mit deutschen Wurzeln, sind es heute mehr oder weniger neun Moderatoren mit Migrationshintergrund. Freilich, auch vor der Merkel-Wende hatte das ZDF schon einen typisch deutschen Schwarzen. Er hieß Chernob Jobatey, trug Rastazopf, berlinerte biodeutsch, spielte E-Gitarre und führte hierzulande den Turnschuh-Dresscode zum Anzug ein. Papa war Schiffskoch aus Gambia, Mama Deutsche aus Berlin. Heute ist Chernos Zopf längst ab; Herr Jobatey, mittlerweile 57, trägt schicke Slipper und ist Herausgeber einer linken Laberpost im Netz.

Aber auch seine biodeutschen Weggefährten von einst haben Karriere gemacht: Peter Frey, ein inzwischen ergrauter vom Typ Versicherungsvertreter, wurde ZDF-Chefredakteur. Die Präsidenten-Belügerin Bettina Schausten ("Meine Freunde müssen für die Übernachtung zahlen") leitet heute das ZDF-Hauptstadtstudio. Maybrit Illner, Honeckers Novizin im Roten Kloster Leipzig, legt mit 53 inzwischen peinlich keck den Finger an die schmal gewordenen Lippen, wenn sie ihrem ZDF-Untersuchungsausschuß (Schimpfwort: "Talkshow") vorsitzt. Und Christian Sievers, der lange Süßi mit dem kurzen Näschen, dessen Äuglein auch mit Kontaktlinsen nicht größer wurden, bellt seit gut zwei Jahren um 19 Uhr die *Heute-Nachrichten* vom Lerchenberg. ...

Damals, als das *ZDF-Morgenmagazin* noch deutsch war, hatte es natürlich auch einen deutschen Wetterfrosch. Der änderte sogar seinen schönen Namen Ben Vogel in Ben Wettervogel. Vielleicht, weil er sowieso so aussah, vielleicht, weil er sich zur Karriere quaken wollte. Nachdem *Bild* irgendwann seinen Selbstmord gemeldet hatte, kam - genauuu - ein Migrations-Deutscher, der Türke Özden Terli.

Der Fernmelder hatte zum Glück rechtzeitig auf Föhn umgesattelt. Heute sagt Özden den Rest-Deutschen im Nachmittagsprogramm, wie kalt der Wind aus Osten sein wird. Nur Mut, Junge, auch Deine alleroberste Chefin Hülya Özkan fing mal im Nachmittagsprogramm an. Mittlerweile ist die Ansagerin und Muslima glückliche Ehefrau von ZDF-Intendant Thomas Bellut.

Das *ZDF-Morgenmagazin* hat natürlich längst wieder einen neuen Ben gefunden: Benjamin Stöwe aus Eberswalde. Dem gelernten Synchronsprecher setzten clevere Werber gleich eine französische Bordeaux-Dogge aufs Fensterbrett. Diese Töle glotzt also in den Regen, wenn der angelernte Wettervogel ein Tief tremoliert oder sich im Stakkato zu einem Hoch jazzt. Immerhin: Deutsche Wurzeln! Leider nur die Wassereimer-Stolper-Nummer: Bio-Deutsche sind offenbar nur noch als Gender-Gustl oder Dödel-Detlef in TV-Buntschland gut. Hauptsache, der Redaktionsleiter haut sich im Regie-Halbdunkel vor Lachen auf die Schenkel. ...

Wirklich politisch korrekt repräsentiert wird Buntschland fast nur noch von migrantischem Wurzelgewächs: Unterhaltung, Nachrichten, Wetter - bis hin zum lieben Gott auf *Astro TV*. Sogar auf diesem Sparten-Kanal rollt eine mollige Griechin namens Theodora Kontodimou (sehr schwarze Korkenzieherlocken, sehr kurze, rote Fingernägel) aus dezent wogendem Busen irgendwas von einer "Gottesmutter", die einer anonymen Endfünfzigerin für 50 Cent die Minute ("Handy kann teurer werden") noch im Mai einen neuen Mann finden wird, sogar einen mit Geld. Oder einen Beamten. ...

Angriff auf die "alten weißen Männer"

Noch Ende Februar 2012, drei Jahre vor der Merkel-Wende, klagte ein Kai-Hinrich Renner im *Hamburger Abendblatt*: In deutschen Redaktionen gebe es kaum Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln. Vorzeige-Journalisten wie Giovanni di Lorenzo (*Die Zeit*) und Georg Mascolo (damals *Spiegel*), Väter Italiener, seien nur "Ausnahmen".

Bis dahin hießen die *Tagesschau/Tagesthemen*-Sprecher, ordinär aber biodeutsch, tatsächlich fast nur Karl-Heinz Köpcke, Hanns Joachim Friedrichs, Dagmar Berghoff, Eva Herman. Heute heißen sie Ingo Zamperoni, Pinar Atalay, Linda Zervakis. Ingo hat italienische, Pinar türkische, Linda griechische Wurzeln. Zum perfekten Wunschland für "Big Brother Gutmensch" wird Buntschland, wenn Julia Niharika Sen (Papa Inder) von NDR 3 die Zuschauer zur *Tagesschau* mit Linda Zervakis weiterreicht. ...

Beim *ZDF-Mittagsmagazin* strahlt sich neuerdings Jana Pareigis zur Karriere. Sie wurde 1981 in Hamburg geboren, trägt meistens knallrot, knallgelb, knallgrün und hat flammend rote Nägel. Sie is

t schwarz, eigentlich braun, aber das klingt ja politisch nicht sooo korrekt. Fräulein Pareigis ist nämlich "polyethnisch", schnappatmet *Wikipedia* wie im Rausch: Deutschland, Schweden, Simbabwe (Afrika) lieferten ihr Gene. Sehr viel Afrika, wie jeder sieht. Vorbildung? Peace-keeping-Department bei der UNO. Uuund: Assistentin beim Chefredakteur von N24, heute *Welt-TV*. Nicht schlecht, Fräulein Specht.

Übrigens: Tanit Koch, die Assistentin von *Bild*-Totengräber Kai Diekmann himmelte sich sogar zeitweise zu dessen Nachfolger als Chefredakteuse hoch. Also aufpassen, "alter weißer Mann" Peter Frey...

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei "Bild". 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von "Bild" - als das Blatt noch fünf Millionen Auflage

hatte.<<

01.06.2018

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 1. Juni 2018 (x1.111/...): >>Verfassungsklage gegen Regieren "nach Art einer Räuberbande"

"Nimm das Recht weg - was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?"

Der heilige Augustinus (354-430)

Es ist eine Klage gegen das selbstherrliche Handeln einer Bundesregierung, die in der Masseneinwanderungspraxis seit Jahren fortgesetzt Bundesrecht, europäisches Recht und das Grundgesetz bricht und die Bindung an die Legislative übergeht; eine Klage gegen ein demokratiefernes "Regime", das schon jetzt nicht mehr rückgängig zu machende negative Folgen von einmaligem historischem Ausmaß herbeigeführt hat.

Dieser von der AfD-Fraktion am 12.4.2018 vor dem Bundesverfassungsgericht angestrebte Verfassungsprozeß wird daher, wie der Kölner Staats- und Europarechtslehrer Ulrich Vosgerau als Prozeßbevollmächtigter am Ende seiner Klageschrift schreibt, "wie immer er auch ausgehen mag, Eingang in die Geschichtsbücher finden."

Die Klageschrift soll hier wegen ihrer klaren Aufschlüsselung der faktischen und rechtlichen Probleme und ihrer großen Bedeutung in wesentlichen Punkten nachgezeichnet werden.

Masseneinwanderung seit 50 Jahren - ohne den Bundestag

Vosgerau weist anfangs darauf hin, daß bezüglich der Einwanderung von Ausländern im Grunde seit 50 Jahren ein gravierendes Demokratiedefizit besteht. Es hat seitdem eine ständige Einwanderung nach Deutschland stattgefunden, ohne daß dazu ein Einwanderungsgesetz der Legislative, der Volksvertretung, als gesetzliche Grundlage existierte - bis heute. Das ist von den jeweiligen Regierungen selbstherrlich so praktiziert worden.

Seit den 1960er Jahren sind "Millionen von Ausländern in die Bundesrepublik eingewandert, haben ihre Familien nachgeholt und bilden heute zum Teil - eine inzwischen wohl nicht mehr auflösbare Problematik, die insbesondere Türken, Kurden, und Araber diverser Nationalität und Herkunft betrifft - stabile Parallelgesellschaften in allen westdeutschen Großstädten." (S. 10)

Die folgenreiche Anwerbung türkischer Staatsbürger als Arbeitsmigranten in den 1960er Jahren, die sich "etwa zu gleichen Teilen aus Türken und aus Kurden zusammensetzen, also zwei ethnisch, kulturell und sprachlich ganz unterschiedlichen Völkern, die sich vielfach feindselig gegenüberstehen und ihre jahrhundertealten Konflikte bei der Übersiedlung in die Bundesrepublik mitbrachten, ging historisch im wesentlichen wohl darauf zurück, daß die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Partner der USA einen diplomatischen Preis für den NATO-Beitritt der Türkei im Jahre 1952 und die nachfolgende Stationierung US-amerikanischer Jupiter-Atomraketen dort zu erbringen hatte."

Die zunächst vorgesehene Rückkehr der hier fachlich ausgebildeten Arbeiter in die Türkei unterblieb jedoch. Sie fanden das Leben in Deutschland besser als zu Hause, holten ihre Familien nach und verheirateten die erwachsenen Kinder und Enkel mit Partnern in der Heimat, die dann via Familienzusammenführung ebenfalls nach Deutschland kamen. Mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei vom 12.9.1963 und einem maßgebenden EuGH-Urteil wurden die türkischen und kurdischen Gastarbeiter schließlich als "Einwanderer" rechtlich den Einheimischen weithin gleichgestellt. Sie wurden Mitbürger, ohne daß die deutsche Volksvertretung dies gesetzlich jemals entschieden hätte (S. 12).

Die laufende Einwanderung aus fremden Kulturkreisen hatte sich hier bereits zu verselbständigen begonnen. Eine Überfremdung der westdeutschen Großstädte zeichnete sich immer mehr ab. Auch der 1973 von Willy Brandt verkündete "Anwerbestopp" blieb praktisch folgenlos, da sich das stetige Ansteigen des türkischen und kurdischen Milieus allein schon aus der

Verheiratung und der natürlichen Fortpflanzung in den Parallelgesellschaften ergab. Dies war keiner politischen Steuerung durch einfache Gesetze mehr zugänglich.

Das Ausländerrecht und das Recht auf Einwanderung sind heute "in so hohem Maße von den Grundrechten, den internationalen Menschenrechten sowie sonstigen internationalen Vereinbarungen überlagert, ... daß es sich parlamentarischer Steuerung meist weitgehend entzieht, sobald ein Einwanderer auch nur die nationale Grenze überschritten hat." Denn damit fällt er in die völkerrechtliche Zuständigkeit des Aufnahmelandes, "das insofern mannigfaltigen rechtlichen Bindungen unterliegt, die ihm die Steuerungsfähigkeit rauben." (S. 13)

Asylrecht - Einfallstor für ungesteuerte Einwanderung

Seit den 1970er Jahren ist zum Familiennachzug der ursprünglichen Gastarbeiter als weiteres Einfallstor millionenfacher Einwanderung das Asylrecht des Grundgesetzes hinzugetreten, das in Art. 16a mit dem ersten Satz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" nach Interpretation des Bundesverfassungsgerichts jedem Einzelnen ein individuelles, subjektives, also einklagbares Recht gegenüber dem deutschen Staat verleiht. Dabei war es ausweislich der Materialien zur Entstehung des Grundgesetzes jedoch gar nicht als subjektives Recht gedacht, worauf der ursprünglich vorgesehene Nachsatz "im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts" hinweist.

"Auch nachdem dieser Nachsatz aus systematischen Gründen wieder herausgestrichen worden war, hielt Carlo Schmid (SPD) fest: 'die Asylgewährung ist eine Frage der Generosität'. Dies spricht klar gegen die Vorstellung von einem subjektiven Recht, das von 'Generosität' gerade nicht abhängig wäre", macht Ulrich Vosgerau kritisch aufmerksam (S.14).

Im Völkerrecht ist das Asylrecht stets nur das Recht des Zufluchtsstaates gegenüber dem Staat, aus dem der Verfolgte flieht. Das subjektiv verstandene einklagbare Asylrecht ist ein deutscher Sonderweg. Es gewährleistet "jedem Menschen auf der Welt, der es irgendwie schaffte, legal oder illegal in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und einen Asylantrag zu stellen, einen Anspruch auf Durchführung eines behördlichen Asylverfahrens mit anschließendem Rechtsschutzverfahren durch alle Instanzen plus Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht.

Schon allein wegen der damit verbundenen Verfahrensdauer erwies sich die rechtlich eigentlich gebotene unverzügliche Abschiebung abgelehnter Asylbewerber im Regelfalle als unmöglich, die Asylverfahren endeten regelmäßig - trotz Anerkennungsquoten im niedrigen einstelligen Bereich - mit der Duldung des Asylbewerbers" (S.15)

Hinzu kommt noch der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung oder -Ausweisung nach der Genfer Flüchtlings- und der UN-Antifolterkonvention, wenn dem Flüchtling sonst Freiheitsentzug, Folter oder Tod drohen. (Wikipedia)

"So wurde das Asylrecht des Grundgesetzes zu einem weiteren, dauernden Einfallstor der Zuwanderung, Deutschland wurde zu einem Einwanderungsland, das sich keinen einzigen Einwanderer selber aussucht".

Schon 1992 z. B. beantragten 438.191 Menschen politisches Asyl in Deutschland.

"In der Folge dessen und in Reaktion auf den vielfachen Gebrauch des Asylrechts als Einwanderungstitel verständigten sich die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP Ende 1992 auf den bis heute geltenden 'Asylkompromiß'. Er erhielt zwar das Asylrecht als subjektiv-klagbares Recht, schuf aber die starke Einschränkungsregelung des Abs. 2 von Art. 16a GG, daß sich auf ein Asylrecht nicht berufen kann, wer bereits aus einem "sicheren Drittstaat" oder aus einem "sicheren Herkunftsland" kommt. "Seither fand ein kontinuierlicher Rückgang der Asylbewerberzahlen statt, die bis auf 19.164 Asylbewerber im Jahr 2007 sanken; seit 2008 sind die Asylbewerberzahlen wieder angestiegen." (S. 16)

Die heutige Rechtslage

Die derzeitige bundesdeutsche Rechtslage wird eindeutig durch den genannten Art. 16a GG und die ihn ergänzenden Vorschriften des § 18 Asylgesetz bestimmt, wo es konkretisierend heißt:

(Abs. 2) "Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn 1. er aus einem sicheren Drittstaat einreist, 2. Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß ein anderer Staat aufgrund von Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft oder eines völkerrechtlichen Vertrages für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist ...

(Abs. 3) Der Ausländer ist zurückzuschieben, wenn er von der Grenzbehörde im grenznahen Raum in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit einer unerlaubten Einreise angetroffen wird und die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen."

Ein weiteres kaum beachtetes Einreisehindernis stellt § 3 des Aufenthaltsgesetzes auf, in dem es heißt: "Ausländer dürfen nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Paß oder Paßersatz besitzen." Ausnahmen davon sind nicht generell, sondern nur in begründeten Einzelfällen möglich.

Nun wird die bundesdeutsche Rechtslage mittlerweile von Bestimmungen der EU gewissermaßen überformt. Dies bedeutet, daß nationale Rechtsvorschriften, insoweit sie bestimmten Vorschriften des Europarechts widersprechen, nicht anzuwenden sind. Die wichtigste Überformung ist das seit 1999 europaweit geltende Schengen-Abkommen, wonach an EU-Binnengrenzen keine systematischen, sondern allenfalls stichprobenartige Grenzkontrollen durchgeführt werden dürfen.

Dies steht allerdings innerhalb des Europarechts wiederum in Widerspruch zur Dublin-III-Verordnung, die das deutsche Recht unterstützt und eine Zuständigkeit des EU-Ersteinreisestaates für das Asylverfahren vorschreibt. "Nach nationalem Recht wie auch nach Dublin-III-Verordnung bestehen immer dann, wenn ein Asylbewerber über eine Landgrenze in die Bundesrepublik einreisen will, (da sie von lauter sicheren Drittstaaten umgeben ist) Anhaltspunkte für die Zuständigkeit eines anderen Staates gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 2 AsylG, so daß der Asylbewerber in voller Übereinstimmung mit der Dublin-III-Verordnung an der Grenze zurückzuweisen wäre." (S. 19)

Nur wäre dies paradoxerweise nach dem Schengen-Kodex, der systematische Grenzkontrollen verbietet, gar nicht durchführbar. Was Dublin-III ermöglichen soll, wird also durch Schengen gerade verhindert.

Dieses bis heute unaufgelöste Paradoxon des Europarechts kann indessen derzeit auf sich beruhen bleiben, da seit dem 13.9. 2015 wegen des Flüchtlingsansturmes als Ausnahmeregelung die Grenzkontrollen in Deutschland offiziell wieder eingeführt worden sind. "Seit diesem Tag wären also die nationalen Vorschriften über die Zurückweisung von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten ohnehin wieder vollumfänglich zur Anwendung zu bringen gewesen. Dies geschieht aber nicht.

Statt dessen reisen trotz Grenzkontrollen monatlich mindestens etwa 15.000 Personen illegal nach Deutschland ein, um Asylanträge zu stellen; sie werden zu diesem Zweck von der Bundespolizei auch eingelassen und werden absehbarerweise früher oder später am Ende langwieriger Verwaltungs- und Gerichtsverfahren (einschließlich Verfassungs- und Menschenrechtsbeschwerde) größtenteils wenigstens den Duldungsstatus in Deutschland erlangen." (S. 22)

Dabei muß man sich zum Verbot des Überschreitens von EU-Binnengrenzen durch Asylbewerber noch nicht einmal auf die Dublin-III-Verordnung berufen. "Denn dieses Verbot folgt bereits unmittelbar aus dem Umstand, daß die Freizügigkeit im Rahmen des Schengen-Raumes von Anfang an nur für Bürger der EU-Staaten sowie für sonstige Personen gilt, die im Besitz eines Schengen-Visums sind."

Wer als Nicht-EU-Bürger kein gültiges Reisedokument und Schengen-Visum hat, darf EU-Binnengrenzen nicht überschreiten und muß also zwingend zurückgewiesen werden, "und dies

gilt unabhängig davon, ob oder wo er einen Asylantrag zu stellen gedenkt, und auch unabhängig vom Stichtag des 13. September 2015." Denn dieses Verbot bestand unabhängig von der deutschen oder europäischen Asylregelung auch schon vorher und müßte seit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen am 13. September 2015 auch lückenlos durchgesetzt werden.

Die Winkelzüge der Bundesregierung

Die Bundesregierung zeigte sich vom Ansturm der Flüchtlingsmassen im September 2015 völlig überrascht. Doch schon im Frühjahr und Frühsommer 2015 hatte der Präsident des Bundespolizei Dieter Romann mit einer selbstgebrannten DVD im Innenministerium, im Kanzleramt und bei SPD-Chef Sigmar Gabriel vorgesprochen. Er zeigte Bundespolizei-Aufnahmen von einer schier endlosen Menschenkolonne an der serbisch-mazedonischen Grenze. "Romanns Botschaft: Es sind zu viele Flüchtlinge. Sie werden gezielt zu uns geschickt. Wir müssen sie an der Grenze abweisen." (S. 27)

Doch er stieß offensichtlich auf taube Ohren.

Nachdem bis Herbst 2015 bereits hunderttausende illegaler Einwanderer mit behördlicher Duldung in die BRD eingedrungen waren, erwartete die Öffentlichkeit, daß mit der durch Innenminister de Maizière am 13.9.2015 verkündeten Wiedereinführung der Grenzkontrollen dem Einströmen ein Riegel vorgeschoben werde. Doch die Ströme schwollen im Gegenteil noch stärker an. Eine Grenzschließung und systematische Kontrollen fanden nicht statt.

Allein 2015 strömten weit über 1 Millionen Menschen ins Land, zu 80 % junge Männer von 15 bis 30 Jahren, die zumeist ihre Handys sicher verwahrt, ihre Pässe aber "verloren" hatten. Die Lage entspannte sich erst, als auf österreichische Initiative hin - und gegen den starken Widerstand der Bundesregierung - am 9. März 2016 die Balkanroute gesperrt wurde, da Mazedonien an seiner Grenze keine Flüchtlinge mehr passieren ließ.

Ohne vom Bundestag zur Aussetzung der geltenden Bundesgesetze ermächtigt worden zu sein, wartete die Bundesregierung angeblich auf gesamteuropäische Lösungen.

"Die Bundesregierung hat sich in den Jahren seit 2015 zu keinem Zeitpunkt öffentlich in halbwegs eindeutiger Form zu einer rechtlichen Erklärung darüber verstanden, welche Rechtsnorm oder welche genaue rechtliche Erwägung sie seither veranlaßt, sich über den klaren Wortlaut des Grundgesetzes, des Asylgesetzes, des Aufenthalts- und des Paßgesetzes sowie der Dublin-III-Verordnung und des Schengen-Kodex hinwegzusetzen.

Die rechtlichen Äußerungen der Bundesregierung blieben meist mehr als vage. ... (Es) zeigte sich, daß die Regierung im Laufe der Zeit abwechselnde juristische Narrative zu streuen suchte. Dieser laufende Narrativwechsel indiziert schon, daß die Regierung ... mitnichten anfänglich geglaubt hat oder immer noch glaubt, durch zwingende Rechtsvorschriften des Unionsrechts zum permanenten Verfassungsbruch gehalten zu sein.

Vielmehr verfolgt die Bundesregierung aus völlig unklaren, nie plausibel kommunizierten Gründen eine rein politische, allerdings offensichtlich rechts- und verfassungswidrige Entscheidung, zu deren Rechtfertigung und Plausibilisierung sie sich erst ex post (nachher) juristische Narrative ausgedacht hat, die seither mehrfach ausgewechselt worden sind. Konstant ist immer nur das Ergebnis." (S. 38)

Bis Anfang 2016 wurde wesentlich von Bundeskanzlerin Merkel die Meinung verbreitet, daß das Grundgesetz selbst unmittelbar den Einlaß beliebig vieler Asylanten, ohne Obergrenze, zwingend vorschreibe - eine offensichtliche Unrichtigkeit.

Am 30.1.2016 behauptete Justizminister Heiko Maas in der FAZ, die millionenfache Einwanderung sei durch die Ausübung des Selbsteintrittsrechts nach Art. 17 Dublin-III-Verordnung gerechtfertigt, der eine Ausnahme-Zuständigkeit aus humanitären Gründen oder in Härtefällen ermögliche. Zunächst schränkte er die Geltung auf die kurze Zeit bis November 2015 ein, im März 2016 sprach er von unbefristeter Dauer - offensichtliche Unrichtigkeiten. (Vgl. dazu hier.)

Das Wichtige an dem Begründungswechsel durch Justizminister Maas war das damit verbundene Eingeständnis, "daß es natürlich niemals eine rechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik zur massenhaften Aufnahme unbekannter junger Männer aus sicheren Drittstaaten gegeben hat, wie man es zuvor der politischen Öffentlichkeit ein halbes Jahr lang hatte suggerieren wollen, sondern daß die ganze Aktion eine rein politische Entscheidung der Bundeskanzlerin gewesen war." (S. 40)

Schließlich mußte doch wieder die Theorie eines Rechtszwanges her, die allein von der politischen Verantwortung entlasten konnte. Sie glaubte Bundesinnenminister de Maizière in dem Wortlaut des Art. 3 der Dublin-III-VO gefunden zu haben, wonach die BRD angeblich verpflichtet sei, "jeden Asylbewerber aus einem sicheren Drittstaat trotz ihrer völlig offensichtlichen Unzuständigkeit gleichwohl einzulassen, um erstmal zu prüfen, welcher andere Mitgliedsstaat denn für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein könnte." (S. 41) - Eine offensichtliche Absurdität, denn diese Prüfung obliegt natürlich den sicheren Drittstaaten, in denen sie vorher gewesen sind.

Die letzte Rechtsauffassung der Bundesregierung geht aus ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion vom 5. März 2018 hervor. Danach beruft sie sich jetzt ausschließlich auf § 18 Abs. 4 Nr. 2 des Asylgesetzes, wonach die Einreise nicht verweigert werden darf, wenn "das Bundesministerium des Innern es aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland angeordnet hat". Eine solche Anordnung ist aber nicht schriftlich erfolgt. Es gibt daher auch keine öffentliche schriftliche Begründung dafür.

Die Regierung hat auch nie erklärt, aufgrund welcher Rechtsnorm sie die Paß- und Visumpflicht des § 3 Aufenthaltsgesetz außer Kraft gesetzt hat. Von einem solchen Dispens ist in § 18 Abs. 4 AsylG jedenfalls nirgends die Rede.

Nun ist der Zeitpunkt dieser bedingungslosen Grenzöffnungs-Anordnung des Innenministers hoch interessant, der Ulrich Vosgerau bei Abfassung der Klageschrift offenbar noch nicht bekannt war.

Am selben Tag nämlich, dem 13.9.2015, an dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière die "vorübergehende Wiedereinführung der Grenzkontrollen" verkündete, um "den Zustrom nach Deutschland zu begrenzen", und zur Beruhigung des Volkes medial groß verbreiten ließ, erließ er an den Präsidenten der Bundespolizei Dieter Romann telefonisch die Anordnung nach § 18 Abs. 4 Nr. 2 AsylG, "daß Maßnahmen der Zurückweisung an der Grenze mit Bezug auf um Schutz nachsuchende Drittstaatsangehörige derzeit nicht zur Anwendung kommen", also Art. 16a GG, § 18 Asylgesetz und § 3 Ausländergesetz (Paßpflicht) nicht beachtet werden sollen. Ein ungeheurer Vorgang.

Diese mündliche Anordnung des Innenministers wurde erst durch eine schriftliche Auskunft des Ministeriums an den Schriftsteller Dr. Haubold bestätigt, die dieser in einem Offenen Brief an den neuen Bundesinnenminister Horst Seehofer am 27.2.2018 veröffentlichte. Sie sei "zeitlich nicht befristet". Obwohl sie nur für Einzelfälle und allenfalls nur für eine kurzfristige Ausnahmesituation zulässig sein kann. (Vgl. dazu hier.)

Die Begründung der Klage

Die fortdauernde Grenzöffnung für Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten durch die Bundesregierung ist objektiv rechts- und verfassungswidrig. Und der Deutsche Bundestag wird dadurch in seinen legislativen Rechten, an die die Exekutive gebunden ist, unmittelbar verletzt.

Wesentliche Punkte:

I. Rechts- und Verfassungswidrigkeit der Grenzöffnung

1. "Die Einlaßpolitik der Bundesregierung bewirkt, daß es heute faktisch - und völlig entgegen der Rechts- und Verfassungslage - ein Recht auf Einwanderung in die BRD gibt, wobei das einzige Kriterium, das die Einwanderer zu erfüllen haben, die Illegalität ihrer Einreise (!) ist.

...

Vor dem 13. September 2015 konnte dieser Zustrom rechtlich und faktisch nur schwer kontrolliert oder gar aufgehalten werden, da bis zu diesem Tag in Gemäßheit des ... Schengener Grenzkodex keine systematischen, sondern allenfalls stichprobenartige Grenzkontrollen ... durchgeführt wurden. ...

Bereits seit dem 13. September 2015 (der Wiedereinführung der Grenzkontrollen) ist ... von Rechts wegen jeder Asylbewerber ausnahmslos an der Grenze zurückzuweisen bzw. ... zurückzuschieben, schon weil er nicht über einen gültigen Paß und ein gültiges Schengen-Visum verfügt, die ihn überhaupt erst zum Überschreiten von EU-Binnengrenzen berechtigen würden." (S. 64, 65)

"Ist er aber doch im Besitz echter Reisedokumente sowie eines gültigen Schengen-Visums", muß er darüber hinaus nachweisen, daß er "über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts sowohl für die Dauer des beabsichtigten Aufenthalts als auch für die Rückreise in den Herkunftsstaat" verfügt (so die zusätzliche, unionsrechtliche Voraussetzung für den Grenzübertritt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c Schengener Grenzkodex)."

Erfüllt er auch diese Voraussetzung, "so ist er ... gleichwohl zurückzuweisen, weil schon aufgrund seiner Anreise auf dem Landweg jedenfalls "Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß ein anderer Staat aufgrund von Rechtsvorschriften der Europäischen Union oder eines völkerrechtlichen Vertrages für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist (§ 18 Abs. 2 Nr. 2 AsylG) und weiterhin schon aufgrund seiner Anreise auf dem Landweg eindeutig feststeht, daß er aus einem sicheren Drittstaat einreisen will bzw. eingereist ist (§ 18 Abs. 2 Nr. 1 AsylG)."

2. Selbst wenn eine Ministererlaubnis nach § 18 Abs. 4 Satz 2 zulässig wäre - was U. Vosgerau aus formallogischen Gründen bestreitet, die auszuführen hier zu weit führen würde (S. 70) - erfüllt die Anordnung vom 13.9.2015 nicht die erforderlichen rechtsstaatlichen Voraussetzungen. Sie ist nur mündlich erteilt und niemals schriftlich gefaßt und nachprüfbar gemacht, mithin auch niemals ordnungsgemäß bekannt gemacht worden; "nicht nur die politische Öffentlichkeit, sondern auch die Mitglieder des Deutschen Bundestags(!) rätselten seit Sommer 2015 über den möglichen Inhalt und die denkbare Begründung einer so offensichtlich rechts- und verfassungswidrigen Weisung.

Die Wiedereinführung von nichtschriftlichen, nicht-öffentlichen "Geheimerlassen", über deren genauen Inhalt sogar der Deutsche Bundestag (!) keine Auskünfte erhält, ist bereits per se eine offensichtliche Verletzung der organschaftlichen Rechte des Deutschen Bundestages." (S. 71, 72)

Davon abgesehen, käme eine solche Ministererlaubnis "schon aufgrund ihres Ausnahmecharakters nur im Hinblick auf begründete Einzelfälle in Betracht." "Weiterhin legitimiert eine solche Ministererlaubnis ... nur die Einlassung eines Asylbewerbers ins Bundesgebiet etwa aus humanitären Gründen, jedoch wegen der übergeordneten Verfassungsentscheidung aus Art. 16a Abs. 2 GG nicht auch die Eröffnung eines Asylverfahrens."

3. "Die Duldung der ... millionenfachen Einreise von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten kann auch nicht durch die Ausübung des "Selbsteintrittsrechts" gemäß Art. 17 Abs. 1 der Dublin-III-Verordnung gerechtfertigt werden. Es ist - entgegen der so suggestiven wie unkundigen Berichterstattung in etlichen Presse- und Medienorganen im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld der letzten Bundestagswahl - denn auch nicht richtig, daß der EuGH in seiner Entscheidung vom 26. Juli 2017 (C-646/16) die Grenzöffnungspolitik der Bundesregierung unter Verweis auf das Selbsteintrittsrecht der Dublin-III-Verordnung gerechtfertigt habe."

Es ist rechtlich zweifelhaft, "ob die BRD das Selbsteintrittsrecht überhaupt ausüben kann." Es ist zu bedenken, "daß die BRD durch die verfassungsrechtliche Grundentscheidung aus Art. 16a Abs. 2 GG eine mögliche Ausübung des unionsrechtlichen Selbsteintrittsrechts bereits verfassungsrechtlich ausgeschlossen hat. Die freiwillige Übernahme fremder Asylverfahren mag unionsrechtlich unter Umständen erlaubt sein, ist aber in Deutschland verfassungsrechtlich nicht statthaft. ...

Unabhängig davon bezieht sich das unionsrechtliche Selbsteintrittsrecht jedoch jedenfalls immer nur auf ausnahmehafte Einzelfälle, in denen die Identität sowie die Lebens- und Fluchtgeschichte eines Asylbewerbers zweifelsfrei geklärt sind. ... Keinesfalls aber gibt es ein "General-Selbsteintrittsrecht"; die Exekutive kann schon aus rechtsstaatlichen Gründen niemals ein Selbsteintrittsrecht zugunsten bereits zahlenmäßig unbekannter, unidentifizierter und häufig mangels Reisedokumenten auch nicht zu identifizierender Menschenmengen unklarer Herkunft aussprechen." (S. 75)

4. "Eine Befugnis zur Gestattung der massenhaften und täglichen Einreise von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten folgt auch nicht aus den Verpflichtungen der BRD aus der Genfer Flüchtlingskonvention (vergleiche nur § 3 AsylG). Die GFK regelt die Rechtsstellung von anerkannten Flüchtlingen, gewährt aber niemandem ein Recht auf Einreise gerade nach Deutschland aus sicheren Drittstaaten und entgegen sonstiger rechtlicher Bestimmungen." (S. 78)

5. "Selbst wenn ... das geltende Asylrecht der EU die Bundesrepublik alternativlos und abwäungsfrei dazu zwingen würde, Personen, die in Deutschland Asylanträge stellen möchten, über die Grenzen trotz Grenzkontrollen jederzeit einzulassen, ... so dürfte die Bundesregierung dieses Europarecht im Geltungsbereich des Grundgesetzes gar nicht zur Anwendung bringen. Es würde nämlich offensichtlich den aus Art. 79 Abs. 3 GG folgenden und mithin im Range dem gesamten Unionsrecht vorgehenden Verfassungsprinzipien der Eigenstaatlichkeit und der Verfassungsidentität der BRD widersprechen.

Nach der Lissabon-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts findet die Anwendung des Europarechts seine Grenze in der hierbei jedenfalls zu wahrenenden Eigenstaatlichkeit der BRD." Nach geltendem Verfassungsrecht "darf Deutschland nicht zu einem bloßen Bundesland oder gar zu einer Verwaltungsprovinz eines gesamteuropäischen De-facto-Großstaates werden. Zur eigenen Staatlichkeit gehört aber jedenfalls die effektive Kontrolle über den Zugang über Grenzen. ... Zumal die Kontrolle des Zugangs zum Staat über die Grenzen heute faktisch mit der Kontrolle der Bevölkerungszusammensetzung in eins fällt." (S. 81, 82)

II. Verletzung der Rechte des Bundestages

"Indem die Bundesregierung sich also seit geraumer Zeit als "faktischer Einwanderungs-Gesetzgeber" geriert und eine gesetzlose Einwanderungspolitik ins Werk setzt, begeht sie einen in der bisherigen politischen Geschichte der Bundesrepublik eigentlich beispiellosen Übergriff auf die verfassungsmäßigen Rechte der Legislative, also des Deutschen Bundestages (unter Beteiligung auch des Bundesrates).

Diese Verletzung des Parlamentsvorbehalts und der Kompetenzen des Deutschen Bundestages (als Verfassungsorgan) zur Gesetzgebung im Bund und in Bezug auf Fragen der Einwanderung (Art. 73 Abs. 1 Nr. 3 GG) ist zugleich eine Verletzung des grundgesetzlichen Gewaltenteilungsgrundsatzes (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG). ...

Die Entscheidung, ob und wie Staatsgrenzen geschützt werden, ... ist per se so wichtig, daß sie nur vom Parlament selber getroffen werden kann. Die Frage nach dem Schutz der Staatsgrenzen gehört per definitionem zu den wesentlichen Staatsfundamentalentscheidungen, denn: "Ein Staat, der seine Grenzen nicht mehr kontrolliert, wird bald gar nichts mehr kontrollieren". (S. 85 f.)

1. Die Rechts- und Verfassungsordnung, insbesondere auch gerade die Realverfassung eines Staates ... kann nur legitim genannt werden, wenn sie Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts gerade des Staatsvolkes ist. Eine der wichtigsten Funktionen des heutigen Staates ist die Steuerung und Komposition der Bevölkerungszusammensetzung, die Abwehr untunlicher Zuwanderung und die aktive Wahrnehmung der Verantwortung für Risiken und Chancen von Zuwanderung. ... Nach dem Grundgesetz hat dies selbstverständlich gesetzesförmig zu erfolgen und in Verantwortung des Parlaments."

2. "Ein strenger Parlamentsvorbehalt ergäbe sich auch allein schon aus deren finanziellen Implikationen. 1,5 Millionen illegale Einwanderer, zu denen jährlich nun derzeit knapp 200.000 weitere dazukommen, und unter denen sich praktisch niemand findet, der - schon allein aus Gründen des Spracherwerbs - ohne weiteres ins deutsche Arbeitsleben integriert werden könnte, werden den deutschen Steuerzahler in den nächsten Jahrzehnten Abermilliarden kosten - ohne daß der Deutsche Bundestag jemals mit diesen Kosten befaßt worden wäre, bevor ihre Entstehung infolge des Regierungshandelns unausweichlich wurde." (S. 88)

3. "Weiter hat eine staatliche Entscheidung dann als "wesentlich" im Sinne eines gesetzesbezogenen Parlamentsvorbehalts zu gelten, wenn sie mit besonders langfristigen Auswirkungen verbunden ist. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Außengrenzen einfach für Einwanderer zu öffnen, die dann nicht weiter irgendwie ausgewählt werden, sondern alle willkommen sind, ist vermutlich die am langfristigen wirkende Entscheidung, die überhaupt je eine Bundesregierung getroffen hat.

Allein die finanziellen Folgen werden den Staat auf viele Jahrzehnte hinaus belasten. Noch entscheidender ist jedoch die langfristig wirkende, irreversible (nicht rückgängig zu machende) Abänderung der Bevölkerungszusammensetzung. ... Irreversibilität ist aber eben zugleich die "absolute Langfristigkeit"; schon allein deshalb hätte der Deutsche Bundestag entscheiden müssen."

4. "Der planlose, ohne jedes Auswahlverfahren durchgeführte Einlaß vorwiegend von jungen Männern hat seit Ende 2015 zu einer erheblichen Zunahme von Straftaten geführt. ... Menschen, die in Deutschland zum Opfer der durch irreguläre Einwanderer begangenen Straftaten wurden, haben einen privaten Grundrechtseingriff erlitten. ...

Der Staat wiederum hat aufgrund der grundrechtlichen Schutzpflichten die Pflicht, den Bürger vor diesen Eingriffen oder Übergriffen zu schützen. Die Summe dieser Schutzpflichten oder auch Schutzrechte kann man zusammenfassend ohne weiteres als das "Grundrecht auf Sicherheit" bezeichnen, und es darf angesichts des Staatszwecks, nämlich der Gewährleistung von äußerer wie innerer Sicherheit, als das erste und wichtigste Grundrecht bezeichnet werden.

Dabei kann die Konkretisierung der Grundrechte und Schutzpflichten - also die Beantwortung der Frage, welche Gefahren der Bürger noch hinzunehmen hat, welche nicht, und zu welchem Preis Gefahren jeweils zu vermindern sind - immer nur dem Parlament überlassen bleiben." (S. 90)

5. "Gegen eine Verletzung der Eigenstaatlichkeit der Bundesrepublik und der Verfassungsidentität des Grundgesetzes stünde ohnehin jedem Bürger die Verfassungsbeschwerde zu, da er dann in seinem grundrechtsgleichen Recht auf Teilhabe an einer Verfassungsneuschaffung verletzt wäre (Art. 38, 146 GG), das ihm wiederum als Emanation (Ausfluß) des grundlegenden völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts zusteht." (S. 92)

Räuberbande

Es handelt sich um ein Organstreitverfahren, das die AfD-Fraktion als Teil des Bundestages gegen die Bundesregierung führt, um vom Bundesverfassungsgericht deren fortgesetztes rechts- und verfassungswidriges Handeln in der andauernden Massenimmigration feststellen zu lassen.

Die Klage wendet sich primär gegen das aktuelle fortgesetzte Handeln der Regierung, von dem die AfD Fraktion seit dem 24. Oktober 2017, dem Tag des erstmaligen Zusammentritts des derzeitigen 19. Deutschen Bundestages, und damit dem Beginn ihrer eigenen Existenz, Kenntnis hat. Binnen sechs Monaten nach Bekanntwerden der beanstandeten Maßnahmen muß nach § 64 BVerfGG die Klage erhoben werden. Mit der Einreichung der Klage am 12.4.2018 ist die Frist gewahrt.

Doch die Klägerin dehnt ihre Klage auch auf das vorangegangene Handeln der Bundesregierung seit Herbst 2015 aus, das mit dem jetzigen Handeln eine Einheit bildet. Sie existierte als Fraktion des Bundestages zwar da noch nicht. Der Bundestag bildet als staatliches Organ unabhängig von seiner jeweiligen personellen Zusammensetzung aber eine Organkontinuität, so daß auch die jetzige AfD-Fraktion für den Bundestag klagen kann. Auch dafür gilt, daß sie von diesen Vorgängen als Fraktion erst seit dem 24.10.2017 Kenntnis haben kann.

Falls dies vom Gericht nicht anerkannt würde, macht der Prozeßbevollmächtigte außerdem geltend:

"Vorliegend hat die Bundesregierung im September 2015 durch eine rein mündliche, niemals schriftliche, niemals öffentlich kommunizierte, niemals rechtlich begründete Geheimweisung an die Bundespolizei, deren genauer Wortlaut und Inhalt bis heute selbst dem Deutschen Bundestag unbekannt geblieben ist, obwohl sie weiterhin fortgilt und an den Grenzen angewendet wird, aufgegeben, geltende Bundesgesetze wie § 18 AsylG und § 15 Aufenthaltsgesetz einfach nicht mehr anzuwenden.

Von daher ist es rechtlich zweifelhaft, ob überhaupt irgendein zur Organklage berechtigter Akteur des Verfassungslebens, selbst von der Klägerin einmal abgesehen, bislang in gehöriger Weise von der Grenzöffnungspolitik der Bundesregierung "Kenntnis nehmen" konnte. ...

Informelles, heimliches, konspiratives, rein mündliches und rechtsfreies Regierungshandeln entgegen allen anerkannten Grundsätzen einer ordentlichen Verwaltung darf daher nicht durch schnelle Verfristung (Fristablauf) für unangreifbar erklärt werden.

Dadurch würden nämlich - auch mit Wirkung für die Zukunft - ordentliche Verfassungsakteure bestraft, die z.B. zwecks Vorbereitung der verfassungsrechtlichen Klärung vor dem Bundesverfassungsgericht redlich auf den amtlichen Schriftsatz mit der rechtlichen Begründung warten, den noch zu erstellen die Regierung vielleicht gar nicht mehr vorhat. Daher bezieht sich die Frist aus § 64 Abs. 3 BVerfGG von vornherein immer nur auf die gehörige Kenntnisnahme von jedenfalls "phänomenologisch", also wenigstens auf den ersten Blick ordentlichem Regierungshandeln.

Wer hingegen Deutschland nach Art einer Räuberbande regiert - auch diese vermeidet schriftliche Beweismittel, die eine Rekonstruktion ihrer Absichten erlauben würden - kann sich später nicht auf die verfassungsprozessuale Verfristung (Fristablauf) entsprechender (geheimer) Handlungen berufen, denn diese meint die Vorschrift aus § 64 Abs. 3 BVerfGG von vornherein nicht." (S. 61, 62)<<

06.06.2018

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 6. Juni 2018: >>Mit Deutschland weiß er nichts anzufangen

Eigentlich sind die Studienabbrecherinnen Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt die zuständigen grünen Fachkräfte, um den massenmedial kommunizierten Schwachsinn zu generieren, mit dem die "Partei der Humanitären" (Anton Hofreiter) sich in peinlicher Regelmäßigkeit zu blamieren pflegt. Und nicht etwa der seit Januar 2018 als Bundesvorsitzender amtierende, in der Lückenpresse notorisch "Philosoph" genannte promovierte Literaturwissenschaftler Robert Habeck. Insofern könnte es sich bei dessen jüngster Burleske ("Es gibt kein Volk") vielleicht nur um ein versehentliches Abgleiten ins bildungsferne grüne Durchschnittsniveau gehandelt haben.

Aber dem ist nicht so. Denn auch Habeck ist ein fundamentalistischer Antideutscher. Nur ist er weder so blöd wie Claudia Roth, um hinter der Antifa-Parole "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" herzurennen, noch so tumb wie Hofreiter, um ein "quasireligiöses" Gutmenschen-tum zu zelebrieren, von dem er sich denn auch im Interview mit dem *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo fast höhnisch distanziert.

"Gebrochenheit" mimender Punker im Ministersessel

Nicht von ungefähr wird dem erst Ende August als Umweltminister und stellvertretender schleswig-holsteinischer Ministerpräsident aus dem Kieler "Jamaika-Kabinett" scheidenden Grünen-Chef ein beträchtliches schauspielerisches Talent nachgesagt, das dem Motto "Moderat in der Form, hart in der Sache" gehorcht.

"Der Robert" inszeniert seine Person deshalb sensibel abgestimmt auf das jeweilige Publikum. Mit dem Pfund des bürgerlich-konservativen Elternhauses wuchert der im von Besserverdienern bevorzugten Kieler Stadtteil Heikendorf aufgewachsene Apothekersohn und vierfache Vater gern vor traditioneller CDU-Mittelstandsklientel sowie vor den Landwirten, Fischern, Jägern, Windkraftgegnern des "echten Nordens".

Vor der eigenen Gefolgschaft schlüpft der brennend ehrgeizige Machtmensch hingegen in die Rolle des lässigen, Nonkonformismus simulierenden und "Gebrochenheit" mimenden Punkers im Ministersessel. Ungekämmt, Dreitagebart, Jeans, offenes Hemd, anbiedernd-infantiler Jargon, nervtötend häufig "Coolness" beschwörend und mit der "Muffe" vor dem politischen Scheitern kokettierend.

Wer verstehen will, wie dieser penetrant auf sein "Lebensgefühl" pochende Westdeutsche des Jahrgangs 1969 denkt, sollte einen Blick in seine akademischen Qualifikationsschriften werfen, in die Hamburger Magisterarbeit, eine stilkritische Untersuchung zu "Casimir Ulrich Boehlendorffs Gedichten" (1997), sowie in die Dissertation "Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität" (2001). Der Zugriff auf den gänzlich vergessenen kurländischen Schriftsteller Boehlendorff (1775-1825) zeugt zwar von originell-sympathischem Spürsinn. Aber bereits dieses Debüt legt die krassen intellektuellen Defizite des Wissenschaftlers frei, die sich in der verstörenden Wirklichkeitsferne des Politikers bis heute chronisch fortschleppen.

Aufreizend ahistorisch

Gehörte Boehlendorff doch dem "Bund freier Männer" an, einem Kreis von Studenten, die sich 1793 um den frisch nach Jena berufenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte scharten. Lehrer und Schüler einte die Sympathie für die Ideale der Französischen Revolution. Von diesem konkreten historischen Kontext seiner Poesie finden sich indes in Habecks formalistischen Exegesen kaum Andeutungen.

Obwohl dessen die Utopie der goldenen Zeit, die Wiederherstellung vergangener, glücklicherer Daseinsverhältnisse evozierende Texte ohne ihren Zusammenhang mit der Frühgeschichte der politischen Romantik und der Vorgeschichte des nicht weniger politisch ambitionierten deutschen Idealismus schwerlich zu begreifen sind.

Ebenso aufreizend ahistorisch und wahrhaft "utopisch", ort- und zeitlos, kommt die Doktorarbeit daher. Enigmatisch sich im fachchinesischen Bombast verpuppend (Kostprobe: "die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar"), dockt Habeck hier blauäugig an den während der 1990er in voller Rezeptionsblüte stehenden "französischen Blödsinn" (Camille Paglia) des Poststrukturalismus unheilbar neurotischer Kinder der Pariser Bourgeoisie, den Lacan, Foucault & Co. an. Deren zutiefst gegenaufklärerische Ideologie schrieb sich die Zerstörung aller Identität garantierenden gesellschaftlichen Strukturen, Wissensordnungen, kulturellen Formationen aufs Panier.

Solche "Machtformen", an erster Stelle Volk, Nation, Staat, galt es durch "subversive Prakti-

ken" zu atomisieren. Nachdem das Proletariat, weil zu "sozialdemokratisiert", als Rammbock gegen die "Bio-Macht alter weißer Männer", gegen Patriarchat, Phallokrate, Logozenismus, ausgefallen war, sollen an seine Stelle Frauen, Schwule, "Diverse" aller Schattierungen treten, denen sich aktuell das neue "Salz dieser Erde", die in die Metropolen des globalen Nordens eingesickerten "Migranten" als Alliierte empfehlen.

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen"

Derart konditioniert, war es für Habeck, der 2002 beschloß, Politiker zu werden, um bereits 2004 den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein zu kapern, ein kurzer Weg zur Kernaussage seines von Bertelsmann verlegten "Plädoyers für einen linken Patriotismus" (2010): "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." Erquickend diese Offenheit, mit der Doktor Habeck signalisierte, daß weltanschaulich kein Blatt paßt zwischen ihm, der gleichfalls "radikale Ziele" verfolgen und humanitäre "Visionen" im Menschenversuch des "Sozialexperimentes" (Yascha Mounk) der Umvolkung verwirklichen will, und die im zweiten Semester Theaterwissenschaften gescheiterte Claudia Roth.

In den "Gesprächen über den Staat" (München 2017), die der Kieler Landtagsdirektor Utz Schliesky unter anderem mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle und eben mit seinem Minister für Energiewende und Umwelt führte, bekräftigt Habeck, daß ein "nationales Deutschland völlig uncool daherkommt" und linker Patriotismus kein "umgrenztes Territorium" und erst recht kein "homogenes Staatsvolk" benötige, das es ja ohnehin "so eigentlich nie gegeben hat". Ausgenommen, wie der historisch unmusikalische Poststrukturalist in einem ulkigen Rückfall ins "ethnische", "naturalisierende" Denken behauptet, die Deutschen, "deren Geschichte über weite Strecken eine der Barbarei war".

Torheiten solchen Zuschnitts streut Habeck freigiebig auf vierzig Seiten des Interviews aus. Antwortet Voßkuhle auf Schlieskys Frage, was ihn motiviere, "seinem Vaterlande zu dienen" (Friedrich der Große), immerhin noch mit "protestantischer Ethik" und ringt sich sogar zur Überzeugung durch, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung lasse sich "in einem Nationalstaat am besten realisieren", will Habeck einen "rationalen Gesellschaftsvertrag" mit allen Menschen schließen, die sich zufällig in der "Gebietskörperschaft Deutschland" aufhalten. "Die Fremde oder die Entfremdung ist meine Heimat".

Also ätzt er, der Satz Friedrichs des Großen zur Bürgerpflicht des Dienstes am Vaterland, "bedeutet mir gar nichts". Sein "Wertekompaß" sei auf "meine Familie" geeicht, "Werte" findet er überhaupt ausschließlich im "engsten privaten Raum".

Nächstes Ziel: Weltdemokratie

Als derart sich von allen ethnisch-kulturellen Wurzeln abschneidendes Elementarteilchen entspricht der grüne Barbar, für den "Europa" sich nicht auf Platon, Shakespeare und Goethe, sondern auf "Interrail-Zugreise" ("heiße Nächte auf griechischen Bahnhöfen") reimt, neoliberalen Erwartungen an die Gattungsteilnehmer der posthumanen Marktgesellschaft schon verblüffend gut.

Kein Wunder, daß er wie die Kapitäne des sich philanthropisch gerierenden Finanzkapitalismus eine "Weltdemokratie" anpeilt ("Wäre das schlimm? Eher nicht, oder?"). 2035, so seine "große Erzählung", "werden wir Verantwortung an Europa delegiert haben".

Nationale seien durch europäische Wahlen ersetzt, ein "gewähltes europäisches Kabinett" regiere "die Menschen" im multikulturell-bunten Superstaat, die Nato sei als Institution in die UN überführt worden. Und wunderbarerweise "schreiben" die dann Herrschenden "humanitäre Werte und Ideale der Aufklärung fort", denen auch die inzwischen per "Umsiedlung" wohl auf mindestens 50 Millionen aufgestockte Muselmanen- und Schwarzafrikaner-Minoritäten begeistert huldigen. Die Alternative dazu, mit der Habeck droht, lautet "Renationalisierung und Krieg".

Neben "Bruder Hitler" (Thomas Mann) ist bekanntlich Angela Merkel die zweite "große Katastrophengestalt der deutschen Geschichte" (Rolf Peter Sieferle). Ob der selbsternannte grüne "Visionär" als Bruder Habeck einst in diese Liga aufsteigen wird, haben die Wähler in der Hand. Über die dafür unabdingbare Voraussetzung, "Primitivität als Weltanschauung" (Thomas Mann), verfügt er jedenfalls heute schon.<<

21.06.2018

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 21. Juni 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über drohende gewaltsame Auseinandersetzungen in Deutschland (x963/...): >>Bürgerkriege voraussehbar

"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Helmut Schmidt (SPD) 1981

Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum großen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.

Es ist darüber hinaus absehbar, daß in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die größtenteils nicht integrierbaren, auch integrierunswilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

Auseinandersetzungen der Einheimischen

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluß des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus "humanitären Gründen" für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten "Volksvertreter" offensichtlich tätig sind.

Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten "Antifaschisten" tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was - seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten - bereits Bürgerkriegscharakter trägt.

In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen "rechts", "Intoleranz", "Nationalismus" und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen, "die aber", so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, "mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als 'Mainstream' und als 'Political Correctness' geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen.

Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Arti-

kel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äußerungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluß von Menschen zu vertreten."

Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, daß ihre enthusiastischen Begrüßer mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Haß und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, *"in dem andere Meinungsäußerungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der "Gutmenschen" gewissermaßen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Größe, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu."*

Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstößen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

Kein wirklicher Integrationsprozeß

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozeß für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, daß allmählich eine Identifizierung damit stattfände. Das ist schon durch die großen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber daß dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, daß eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff. *"Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heißt aber, daß man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot."*

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschließung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an.

Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90 % der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. *"Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören."* Die anderen 10 % der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine "Veranstaltung der Unehrllichkeit" bezeichnete. Sie sei "deutsche Unterwerfung". Der Staat kapituliere vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle *"aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind"*. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte "No-go-Areas", Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden.

Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem großen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

CIA-Studie

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen.

So erwähnte er (S. 129 ff.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

"In dem Bericht wird die "Unregierbarkeit" vieler europäischer Ballungszentren "etwa um das Jahr 2020 herum" prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes - namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.

Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von "Bürgerkriegen", die Teile der vorgenannten Länder "unregierbar" machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hintergrund, daß Teile Europas "implodieren" und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.

Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Großbritannien und Schweden ereignet haben, als "Vorboten" dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.

Die CIA-Studie weist darauf hin, daß schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus

dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergange gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich."

Gegenwart

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als "tickende Zeitbomben" bezeichnet wurden, sind nicht entschärft, sondern haben - um im Bilde zu bleiben - weiteren Explosionsstoff und größere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden außerhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog "Le Penseur" "Vorboten des Bürgerkrieges" nennt.

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben. "*Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und großzügig versorgt*", notierte das Internet-Magazin "Tichys Einblick" unter der Überschrift: "Ist das erst der Anfang?"

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Betteilen, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mußten ärztlich versorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, daß sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschließen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, daß viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.

Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der "Straftaten gegen das Leben" durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2 % an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15 % der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung" durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5.258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54 % zugenommen, von 3.404 auf 5.258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90 % der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfaßten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9 % der Täter.

Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40.000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich "Schutzsuchende" - fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heißt, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.

Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird, stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach außerordentlich milde mit "Migrantenbonus" - zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.

Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotential der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungs-

schutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43.000 Menschen zur "islamistischen Szene" in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist - vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8.650 Leute zugerechnet wurden.

Etwa 1.100 Menschen in Deutschland ordnete man dem "islamistisch-terroristischen" Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte Gefährder - also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, daß sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.

Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen *"schlimmste soziale Verhältnisse"* und daß vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotteten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an. Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer nehmen laufend zu.

Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.

"Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, daß die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, daß der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. ... Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt."

"Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde", sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. *"Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so große Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muß über den Tellerrand hinausschauen".*

Was bedeuten Bürgerkriegszustände?

Die Zustände in den "No-go-Areas" und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, daß weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heißt, "unregierbar" werden. Das heißt, daß Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und - auch aus Überlastungsgründen - immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

"Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen.

Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, daß der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, daß der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verläßt, daß der Staat seine Rechte durchsetzen wird.

Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen.

Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein.

Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten."

Der Staat bereitet sich vor

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, daß die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potentiellen Unruhegebiete führen würden.

"Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch wenn viele ... derzeit noch völlig ruhig ... erscheinen mögen. ... Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den 'Atlas der Wut'. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden 'soziale Unruhen' und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für 'wahrscheinlich' gehalten. ... Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land."

Doch man beläßt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: *"Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff"*, was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf größere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr läßt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

"In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Straßenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch", berichtete kürzlich RT-Deutsch.

Auch *"die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden - und zwar bei "vom Menschen verursachten Katastrophen",* meldete der Schweizer Rundfunk. ...

"Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Außenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 fol-

gendermaßen dargelegt: "Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann." Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte."

Ist es nicht merkwürdig, daß die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern daß sie beobachtet und die Konflikte sich entwickeln läßt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

Totalitäre Neuordnung

Es ist zu erwarten, daß eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu großer Langeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünwald erwartet:

"Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, daß die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äußerungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht.

Man wird also Sorge dafür tragen müssen, daß diese Äußerungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, daß von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht

Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.

In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierte Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muß es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, daß die einzelnen Menschen nicht verhungern - mit Ausnahme der politischen Gegner.

Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen."

Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, daß die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.<<

23.06.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 23. Juni 2018 (x1.000/...): >>>Zum Weltflüchtlingstag 2018: Flüchtlingskrise oder geplanter Bevölkerungsaustausch?

Anläßlich des Weltflüchtlingstages vom 20. Juni 2018 veröffentlichte die UN-Organisation

"Global Trends" die aktuellen Zahlen zum Thema. Demnach waren Ende 2017 weltweit 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht.

Die Systemmedien erwecken mit dem Begriff "Flüchtlingskrise" den Eindruck, daß unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa treiben würden. Doch Journalist Tilman Knechtel legt in der Express-Zeitung dar, daß diese Krisen gezielt herbeigeführt werden und zeigt die sich dahinter verbergenden Verursacher auf.

Am 20. Juni 2018 fand der diesjährige Weltflüchtlingstag statt. Wie an jedem Weltflüchtlingstag wurden die aktuellsten Zahlen rund um Flüchtlinge durch die UN-Organisation "Global Trends" veröffentlicht. Diese Zahlen zeigen einmal mehr, wie aktuell das Thema auch weiterhin ist. Weltweit waren Ende 2017 insgesamt 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies sind fast drei Millionen mehr als im Jahr zuvor.

Doch was sind die Ursachen dieser Flüchtlingsmassen? Die Systemmedien sprechen immer wieder von Millionen Schutzsuchender, die aufgrund von Krisen in ihren Ländern nach Europa fliehen. Doch der deutsche Buchautor und freie Journalist Tilman Knechtel schreibt in der Express-Zeitung, daß diese Krisen von hochrangigsten Entscheidungsträgern gezielt gewollt seien. Die Express-Zeitung ist eine Schweizer Zeitschrift, deren Herausgeber sich dem Ziel verschrieben haben, eine unabhängige Alternative zum "medialen Einheitsbrei" der Massenmedien zu bieten.

Aus aktuellem Anlaß, eben dem Weltflüchtlingstag 2018, strahlt Klagemauer.TV nun Auszüge aus der Express-Zeitung aus, worin Knechtel die sich hinter der Flüchtlingskrise verbergenden Ursachen aufzeigt. Wer sich tiefer mit der Thematik auseinandersetzen möchte, dem empfehlen wir die vollständige Ausgabe 14 der Express-Zeitung vom Februar 2018. Tilman Knechtel in der Express-Zeitung: "Das Phänomen der Masseneinwanderung nach Europa, das sich ab 2015 extrem verschärfte, bekam von Politik und Massenmedien das Prädikat "Flüchtlingskrise" verpaßt.

Dies brachte die Meinung hervor, daß unerwartete Krisen Millionen Schutzsuchender nach Europa getrieben hätten. Dieser Erklärungsansatz weckt Zweifel, denn erstens werden seit Jahren diverse geopolitische Hebel in Bewegung gesetzt, um Menschen in vielen Teilen der Erde zum Verlassen ihrer Heimat zu drängen, und zweitens fällt es schwer, von einer "Krise" zu sprechen, wenn die Massenumsiedlung aus der Dritten Welt nach Europa genau die Erwartungen und Ziele erfüllt, die hochrangigste Entscheidungsträger seit Jahren offenherzig vorantreiben.

Allen voran sind es die bereits weitgehend über nationale Interessen hinweg entscheidenden Eine-Welt-Organisationen wie EU und UN, deren Funktionsträger keinerlei Hehl aus ihren Plänen zur Völkervermischung machen. U.a. wird hier davon gesprochen, "die Homogenität der Völker" zerstören zu wollen, "monokulturelle Staaten" auszuradieren oder eine "Replacement Migration" (Bevölkerungsaustausch durch Migration) herbeizuführen.

Das US-Pentagon zog in seinen Strategiepapieren den Import kulturfremder Bevölkerungsteile in ein gegnerisches Aufnahmeland in Betracht, um dieses zu schwächen und zu destabilisieren. Die US-Professorin Kelly M. Greenhill erklärte bereits 2008, wie Massenmigration als Waffe - möglicherweise heute von den USA gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten Europa - eingesetzt werden kann. Fakt ist, daß die USA durch die Zerstörung Libyens und Syriens die Bevölkerungsströme nach Europa erst möglich machten.

Der Milliardär George Soros schuf mit seinen riesigen Geldspenden an NGOs die Infrastruktur, die den Schleppern den Weg nach Europa öffnete. Seine NGOs arbeiten mit den Schleppern zusammen und schleusen illegal hunderttausende Menschen nach Europa. Dafür wurden sie von der europäischen Politik jedoch nicht bestraft, sondern sogar teilweise gelobt.

Diese Aussagen lassen die Flüchtlingskrise mit unzähligen von Toten in einem anderen Licht erscheinen. Es zeigt einmal mehr die weltumspannenden Fäden der Globalstrategien auf. Wie

sie alle Hebel bewegen, um ihre Pläne durchzusetzen. Deshalb gedenken wir anlässlich des Weltflüchtlingstags der 68,5 Millionen von Flüchtlingen, die ungewollt Opfer dieses geplanten Bevölkerungsaustausches wurden.<<

13.07.2018

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 13. Juli 2018: >>Rückzugsgefecht der Gesinnungstaliban

Die *Zeit*-Redakteurin Mariam Lau erlebt gerade einen Shitstorm übelster Art. Ausgelöst wurde er durch ihre Stellungnahme zu den sogenannten Seenotrettern im Mittelmeer. Auf der dritten Seite der Hamburger Wochenzeitung hielt sie fest, daß die NGO-Aktivisten nichts zur Problemlösung beitragen.

Im Gegenteil, sie seien fest eingeplante Akteure im Geschäftsmodell der Schlepper. Die Schiffbrüchigen hätten zwar Anspruch auf Rettung, aber nicht auf ein Zielland ihrer Wahl. Die NGOs handelten aus angemessener moralischer Überlegenheit heraus, ohne einen Gedanken an die Folgen ihres Tuns zu verschwenden.

Angebot für eine längst fällige Debatte

"Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutsmigration, nachgegeben hätte. Nach einem Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?"

So weit, so bekannt. Der Text ist maßvoll in der Form und in der Sache. Er ist Angebot für eine längst fällige Debatte. Die abschließende Frage müßte man allerdings zuspitzen: Wie lange würde es dauern, bis auch die letzten europäischen Metropolen zu Kalkutta geworden sind, mit allen sozialen, kulturellen, zivilisatorischen Konsequenzen?

In der *Süddeutschen Zeitung* reagierte Heribert Prantl erwartbar aufgebracht wie sachfremd: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Satz muß der sicherste aller sicheren Sätze sein und bleiben." Repräsentativ für die Reaktionen auf Twitter ist der Tweet, den der Chef der Satire-Zeitschrift *Titanic*, Tom Wolff, abgesetzt hat: "Wer bei der *Zeit* arbeitet und nach diesen Sätzen von Mariam Lau ... ihr nicht täglich brühend heißen Kaffee ins Gesicht kippt, ist für mich moralisch gestorben."

Frustration und Desorientierung des Juste milieus

Bernd Ullrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit* und grüneingefärbter Linksausleger, zeigte sich geschockt über die aggressiven Rückmeldungen. "Ich habe heute am eigenen Leib mitbekommen, wie es ist, wenn die flüchtlingsfreundliche Gemeinde ins Gefecht zieht. ,Arsch offen, *Zeit*-Redakteure töten? Zivilisationsbruch, die *Zeit* aus dem Diskurs raus, mit Kaffee verbrühen, maßlose Enttäuschung'."

In einem zweiten Tweet ergänzte er: "Ich kann besser erspüren, warum Leute aus Trotz weiter nach rechts gehen. Ich bin kein fragiles Gemüt, bei mir wird das nicht passieren. Aber man sollte schon mal überlegen, ob Humanismus mit nichthumanem Sprechen erreicht werden kann. Gute Nacht Freude".

In der enthemmten Sprache entladen sich die Frustration und die Desorientierung des Juste milieus, deren Leitorgan die *Zeit* nach wie vor ist. Dieses Milieu ahnt, daß seine hypermoralische Haltung zu einer suizidalen Gefahr geworden ist, möchte diese Einsicht aber noch von sich schieben, auch weil das Eingeständnis mit einem Prestige-Verlust verbunden wäre.

Okay. Beitrag zur Versachlichung: Ich möchte natürlich NICHT "Zeit-Journalisten" auf offener Straße erschießen - sondern irgendwo im Mittelmeer, auf internationalen Gewässern, wo keiner so genau hinschaut und die rechtliche Lage eine andere ist.

- Tim Wolff (@titatimwo) Juli 12, 2018

Bevölkerungsexplosion in Nigeria

Einige reagieren darüber hinaus mit Verhärtung und der Radikalisierung ihrer Gesinnungsethik. Jede Abweichung von der reinen Prantl-Lehre, Zweifel, Kritik, der Appell an die Verantwortungsethik, gelten ihnen als Verrat. Und Verrätern schüttet man heißen Kaffee ins Gesicht. Mindestens!

Aus der Distanz betrachtet, handelt es sich bei diesem medialen Aufruhr um - kalten Kaffee. Der Gewaltforscher Gunnar Heinsohn hat kürzlich wieder eine Rechnung aufgemacht: Nigerias Bevölkerung ist seit 1950 von 40 auf 200 Millionen Menschen angestiegen, von Platz 14 der bevölkerungsreichsten Nationen auf Platz 3. Deutschland ist in dieser Zeit von Platz 7 auf Platz 24 gefallen.

Die attraktiven Weide- und Ackerflächen im Land sind längst knapp geworden. Außerdem hat Nigeria gegen die überlegene asiatische Konkurrenz 40 Prozent seiner Industrieproduktion eingebüßt. Bis 2050 werden sogar 410 Millionen Einwohner erwartet.

Ein Hoffnungsschimmer

Der Bürgerkrieg um die fruchtbaren Flächen richtet sich momentan gegen die Christen, doch auch innerhalb der Religionsgemeinschaften werden Konfliktlinien aufbrechen, denn: "Durchgehend müssen 4.500 bis 5.000 Jünglinge von 15 bis 19 Jahren um die Positionen und Ländereien von 1.000 Männern zwischen 55 und 59 Jahren kämpfen. Vorwände für Gewalt finden sich dann allemal auch zwischen Verehrern derselben Gottheit."

Allein in Nigeria werden also zig Millionen persönlicher Fluchtgründe generiert, die Europa weder vor Ort beheben noch bei sich befrieden kann. Die gesinnungsethischen Taliban in der Bundesrepublik werden sich durch solche Berechnungen keineswegs beeindruckt lassen. "Die Menschen sprengen sich für Allah in die Luft - weshalb sollen sie dann nicht ihre Gesellschaft für die Menschenrechte zerstören?" fragte Rolf Peter Sieferle in seiner Studie "Das Migrationsproblem". Wenn eine profilierte *Zeit*-Redakteurin dagegen die Stimme der politischen Vernunft erhebt, ist das ein Hoffnungsschimmer.<<

17.07.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 17. Juli 2018 (x1.000/...): >>Zum NATO-Gipfel: "Die NATO braucht es nicht" (Einschätzung von Craig Murray)

... Vom 11.-12. Juli 2018 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder in Brüssel. Trotz Meinungsverschiedenheiten, vor allem zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedsländern, wurde eine gemeinsame Gipfelerklärung verabschiedet. Im Folgenden nur vier der insgesamt 79 Punkte dieser Erklärung, die unter dem eingblendeten Link nachgelesen werden können: https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2018/07/20180711_NATO-Gipfel_Erklaerung_deutsch.pdf –

Punkt 3: Alle Verbündeten haben das Ziel bekräftigt, "ihre Ausgaben für Verteidigung real zu erhöhen". "Etwa zwei Drittel der Verbündeten (u.a. Deutschland) verfügen über nationale Pläne, bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben." -

Punkt 14: Beschluß der sogenannten "Four Thirties-Initiative" zu Deutsch "4×30-Initiative". Nach ihr sollen ab 2020 bei Bedarf "zusätzlich 30 größere Kampfschiffe, 30 mittel- bis schwerbewaffnete Infanteriebataillone und 30 Kampfflugzeugstaffeln" jederzeit in 30 Tagen eingesetzt werden können. –

Punkt 29: Beschluß, in Ulm, Deutschland, ist ein neues "Unterstützungs- und Befähigungskommando" für das Aufmarschgebiet eines möglichen Konflikts in Europa einzurichten. –

Punkt 6 und andere: Es sei daran festzuhalten, daß gegenüber der Regierung in Moskau weiterhin eine harte Linie der Abschreckung erforderlich ist.

Während also die NATO-Staaten ihre innere Struktur ausbauen und sogar noch aufrüsten, gibt es viele Kritiker, die die NATO als überflüssig erachten. So z.B. der ehemalige britische Bot-

schafter - unter anderem in Usbekistan (2002-2004) - Craig Murray, der in einem Artikel vom 2. Juli 2018 drei Gründe auflistet, warum die NATO eine nachweisbar nutzlose Institution sei. Hier diese Gründe in gekürzter Form:

1. Afghanistan

Der bislang größte militärische Einsatz der NATO war vor 12 Jahren in Afghanistan. Er führte zu einer 80 %igen militärischen Niederlage des Landes und zur Einsetzung eines "Taschenregimes" (das meint einer gefügigen Regierung).

Darüber hinaus aber - und sogar vor allem - führte er zu einer riesigen Aufstockung der Heroinproduktion und damit Ankurbelung eines riesigen Drogenhandels, um die kriminelle Unterwelt NATO-weit zu finanzieren. Schauen Sie sich diese Statistik einmal genau an und staunen Sie darüber, wie dies zeitlich genau mit der Besetzung des Landes durch die NATO Anfang 2002 zusammenfällt: der enorme Anstieg der Anbaufläche für Opiummohn (grüner Balken) und daraus folgend dann der Anstieg der Opiumproduktion (dunkelblaue Linie).

Mit dem Einmarsch in Afghanistan und der Stärkung der Heroin-Warlords (das sind militärisch und wirtschaftlich so gut wie autonom agierende Stammesführer) haben sich die NATO-Länder letztlich selbst destabilisiert (vor allem aber moralisch völlig disqualifiziert).

2. Libyen

Die zweitgrößte Militäroperation der NATO war der Angriff auf Libyen. Dabei hat die NATO mit ihren unglaublichen 14.200 Lufteinsätzen ... fast die gesamte Infrastruktur des Landes zerstört und ganze Städte in Schutt und Asche gelegt. Hier ein Bild von Sirte nach der "NATO-Befreiung". Das unmittelbare Ergebnis der Zerstörung Libyens und seiner Regierungs- (bzw. Verwaltungsinfrastruktur) war dann der massive ungehinderte und immer noch anhaltende Ansturm meist schwarzafrikanischer Migranten auf Europa. ...

Das hat zu einer widerlichen Ausbeutung (seitens libyscher Milizen) und dem tragischen Tod vieler Migranten (im Mittelmeer) geführt. Darüber hinaus hat es auch die Regierungen und die vorherrschende gesellschaftliche Moral der europäischen NATO-Mitgliedstaaten grundlegend geschwächt ... Kurz gesagt: Also auch mit der Zerstörung Libyens haben sich die NATO-Mitglieder wiederum letztlich nur selbst destabilisiert.

3. Rußland

Jetzt konzentriert sich die NATO wieder einmal auf die ursprüngliche "Bedrohung", deretwegen sie ja einst überhaupt gegründet wurde: eine russische Invasion Westeuropas. Rußland aber hat überhaupt nicht die Absicht, in Westeuropa einzumarschieren. Allein der Gedanke ist aberwitzig. Es braucht keine NATO, um eine Gefahr abzuwehren, die nicht existiert. ... Die russischen Verteidigungsausgaben betragen gerade einmal ein Sechstel der NATO-Ausgaben. ... Rußland kann sich zwar gut selbst verteidigen, aber es ist nicht in der Lage, Großmächte anzugreifen. ...

Die Gefahr eines russischen Angriffs auf die NATO selbst existiert nicht. Die EU ist zwar offiziell kein Militärbündnis (noch nicht!), aber der Gedanke, daß irgendein Teil des EU-Gebiets militärisch eingenommen würde, ohne daß der Rest der EU reagierte, ist politisch unmöglich. ... Es gibt keine praktische Bedrohung der baltischen Staaten, deren Sicherheit de facto durch die EU-Mitgliedschaft garantiert ist.

Damit ist die Verteidigungsrolle der NATO gegen Rußland entbehrlich, und seine darüber hinausgehenden militärischen Abenteuer haben sich samt und sonders als eine einzige Katastrophe dargestellt.

So weit als Gegenstimme zum NATO-Gipfel die Einschätzung des ehemaligen britischen Botschafters Craig Murray. Wer immer sich mit den vielen Kla.TV-Sendungen zur NATO auseinandersetzt, wird kaum anders können als zur selben Schlußfolgerung wie Murray zu kommen: "Die NATO braucht es nicht!"<<

31.07.2018

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 18 berichtet am 31. Juli 2018:

>>**Der souveräne Staat ist unverzichtbar - besonders in einer globalisierten Wirtschaft**

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Mit dem Begriff "Nationalstaat" tun sich manche Zeitgenossen schwer: Das Festhalten am eigenen Staat in einer "globalisierten", entgrenzten Welt wird heute zuweilen mit Engstirnigkeit, Abschottung nach außen bis hin zur Ablehnung anderer Nationen und Kulturen verknüpft. Eine solche negative Besetzung des Begriffs wird jedoch der tatsächlichen Bedeutung des Nationalstaates in keiner Weise gerecht. Wir können ihn übrigens auch "souveräner Staat" nennen, dann wird die Abneigung gewisser Kreise dagegen klarer durchschaubar.

Einem Kleinstaat wie der Schweiz zum Beispiel, dessen Bevölkerung mit starken direkt-demokratischen Instrumenten an der Souveränität, der größtmöglichen außenpolitischen Unabhängigkeit und der optimalen Freiheit der Bürger festhält, können Großmächte wie die USA und die EU nur schwer ihre Machtpolitik beziehungsweise die Interessenpolitik ihrer Konzerne aufzwingen.

Peinlich wird es, wenn Schweizer Politiker, Rechtsprofessoren, Diplomaten und Think tanks die Souveränität des eigenen Landes in einer "globalisierten Welt" für obsolet erklären, also den Ast, auf dem auch sie komfortabel sitzen, absägen wollen.

Um so erfreulicher ist es, daß vermehrt auch andere Stimmen zu hören sind, die dem souveränen Nationalstaat gerade in der heutigen Zeit besondere Bedeutung zumessen, so der Schweizer Sozialwissenschaftler und Publizist Beat Kappeler und der Harvard-Ökonomiprofessor Dani Rodrik im *Schweizer Monat* vom März 2018, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu sehr ähnlichen Resultaten kommen.

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Kleinstaat überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch. Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt." (Beat Kappeler)

"Die Freiheit und der Fortschritt hängen an der Ordnung des Nationalstaats"

Beat Kappeler definiert den Staat als "Regelbindung einer Einwohnerschaft durch Geschichte und Willen, auf umgrenztem Territorium". Dies entspricht den drei klassischen Elementen Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt als Voraussetzungen des Staates: Eine Bevölkerung, die auf einem Territorium mit festen Grenzen lebt und sich - im Falle der Schweiz jedenfalls - "durch Geschichte und Willen" (oder einen "Gesellschaftsvertrag", wie Jean-Jacques Rousseau es nannte) einer Staatsgewalt unterstellt, deren oberste Kontrolle im demokratischen Staat das Volk selbst, der Souverän ausübt.

Die Notwendigkeit des Nationalstaates erklärt Kappeler so: "Der Nationalstaat ist Garant der Grundrechte, der Durchsetzung vor Gerichten, der Rechtssetzung sowie der Renten, der Organisation des Territoriums, der Sozialpolitik, der Bildung, der Infrastrukturen und deren Versorgung und Entsorgung."

Vordringlichste Aufgabe des Staates ist demnach der Schutz der rechtlichen und sozialen Sicherheit seiner Bevölkerung - und nicht etwa der Interessen ausländischer Mächte und Konzerne. Der souveräne Rechtsstaat entscheidet im weiteren selbst, welche Verträge er mit anderen Staaten abschließen will: "Er (der Nationalstaat) leistet, was keine übernationale Organisation zu leisten vermag. Übernationaler Regelungen bedarf es nur dann, wenn der eine souveräne Staat auf andere Nationen einwirkt."

Warum der Kleinstaat Schweiz einem Großgebilde wie der EU überlegen ist

"Die Freiheit der Bürger und auch ihr Wohlstand nehmen mit Dezentralisierung, mit Klein-

staaten überproportional zu. Das ist ebenso historisch belegter und erfahrener Fakt, wie daß der Wettbewerb verschiedenster nationaler Lösungen den Fortschritt brachte. Die Union des 'immer engeren Zusammenschlusses' in Europa als unterstellter Ausdruck des alten Spins (EU als Friedensprojekt) ist ein Mißbrauch.

Sie beseitigt zudem den Wettbewerb der Lösungen, also den Fortschritt. Zu einem gedeihlichen Zusammenleben gehört nach Kappeler auch die "Solidarität" der Bürger, womit nicht eine "wohlfahrtsstaatliche Rundumversorgung" gemeint sein darf, sondern, daß "jeder nach seinen Kräften beizutragen hat, und nicht, daß einige nur beziehen, andere nur bezahlen".

Auch das so verstandene Solidaritätsprinzip funktioniert im kleinräumigen Gemeinwesen, insbesondere in den Gemeinden, weit gerechter und kontrollierter als beim Verteilen mit der großen Kelle aus Milliarden-Fonds in Brüssel. Aber auch in der Schweiz muß zum Beispiel die Berechtigung zum Bezug sozialer Leistungen wie Invalidenrenten oder Arbeitslosengelder zunehmend strenger kontrolliert werden, um Mißbräuche auf Kosten der Steuer- und Versicherungsprämienzahler möglichst zu verhindern. In einem zentralistischen Großstaat oder einem bürokratischen Koloß wie der EU ist dies kaum möglich.

Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fortschritt hängt eng mit dem Nationalstaat zusammen

Besonders erfreulich ist die klare Stellungnahme von Dani Rodrik in derselben Ausgabe des *Schweizer Monat* - für einen Ökonomeprofessor an der Harvard University und der London School of Economics and Political Science keine Selbstverständlichkeit. Er vertritt die überzeugende Meinung, daß der Nationalstaat gerade in einer globalen kapitalistischen Wirtschaftswelt unverzichtbar ist. Er werde zwar "innerhalb der Intelligenzija ... mehrheitlich als untauglich abgetan - moralisch irrelevant, ja reaktionär -, den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu begegnen".

Dies ist für Dani Rodrik ein fataler Fehler: "Eine solide begründete Verteidigung des Nationalstaates würde mit der Annahme beginnen, daß Märkte Regeln brauchen. ... Alles, was über einen einfachen Austausch zwischen Nachbarn hinausgeht, braucht Investitionen in Transport, Kommunikation und Logistik, braucht Durchsetzung von Verträgen, Bereitstellung von Informationen und Vorkehrungen gegen Betrug, braucht ein stabiles und verlässliches Tauschmittel, braucht Arrangements für eine sozialkonforme Verteilung der Erträge und vieles mehr."

Märkte benötigen nach Rodrik auch Institutionen, welche "kritische Funktionen hinsichtlich Regulierung, Umverteilung, monetärer und fiskaler Stabilität und Konfliktregelung erfüllen. Diese Aufgaben wurden bislang im wesentlichen von Nationalstaaten getragen".

Wenn diese Anforderungen durch die einzelnen souveränen Staaten nicht erfüllt werden oder nicht durchgesetzt werden können, kann dies, wie wir wissen, schreckliche Folgen für die Bevölkerung haben, und lokale Unternehmen können nicht überleben, weil es nicht möglich ist, ohne ein Mindestmaß an Rechtssicherheit zu wirtschaften.

"Wo Nationalstaaten scheitern, sind wirtschaftliche Einbrüche und Bürgerkriege die Folge"

Wenn wir diesen Gedanken Rodriks weiterspinnen, heißt das umgekehrt: Großmächte, die vorsätzlich gut funktionierende Staatswesen mit Kriegen und Chaos überziehen, haben nicht einen prosperierenden internationalen Handel von gleich zu gleich zum Ziel, sondern verfolgen andere Interessen (Rüstungs- und Drogenhandel, Zugang zu begehrten Ressourcen, Land grabbing usw.).

Auf dem Territorium von Staaten, deren Regierungen, Parlamente und Gerichte durch paramilitärische Banden und Warlords geschwächt sind und ihr Recht nicht durchsetzen können, besteht viel Raum für ausländische Mächte und Konzerne, um sich im Widerspruch zu Landes- und Völkerrecht und in Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte selbst zu bedienen. Wirtschaftliche Unternehmen dagegen, die von Land zu Land und von Kontinent zu Konti-

nen ehrlichen Handel betreiben wollen, sind auf starke Rechtsstaaten angewiesen.

"Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse. Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." (Dani Rodrik)

Vorteile einer uneinigen Weltgemeinschaft

Professor Dani Rodrik weist darauf hin, daß die einzelnen Nationalstaaten nicht nur die Regulierung der Finanzmärkte und des Handels verschieden angehen, sondern auch die Herstellung wichtiger sozialer Kompromisse: "Die Welt ist sich nicht einig, wie Gleichheit und Chancen gegen einander abzuwägen sind, Volksgesundheit und Umweltrisiken gegen technologische Neuerung, Stabilität gegen Dynamik, Profite gegen gesellschaftliche und kulturelle Werte." Eine uneinige Weltgemeinschaft "ermöglicht Experimente und Wettbewerb zwischen unterschiedlichen institutionellen Konzepten sowie gegenseitiges Lernen".

Hier denkt der Leser unwillkürlich an die grundlegenden Unterschiede zwischen dem direkt-demokratischen, föderalistischen Kleinstaat Schweiz und der zentralistisch geregelten und autoritär geführten EU. Im Wettbewerb der institutionellen Konzepte schneidet die Schweiz praktisch auf jedem Gebiet besser ab, zum Beispiel bei der Staatsverschuldung oder den Arbeitslosenquoten und ganz besonders in bezug auf die Zufriedenheit der Bevölkerung auf Grund ihrer starken Mitentscheidungsrechte.

Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse

Schließlich kritisiert Rodrik die Kreise, welche Kritik an internationalen Handelsabkommen damit abtun, die Kritiker seien zu wenig weltoffen, um sich einer offenen Diskussion zu stellen: "Sich (aber) hinter Weltoffenheit zu verschanzen, ist nur ein schwacher Ersatz dafür, politische Debatten auf der Sachebene für sich zu entscheiden." Sein Fazit: "Mangelnde Wertschätzung des Nationalstaates führt in eine Sackgasse.

Wir skalieren Märkte bis über eine Größe hinaus, die noch kontrolliert werden kann; wir stellen globale Regeln auf, die der tatsächlichen Vielfalt an Bedürfnissen und Vorlieben spotten; wir schwächen die Nationalstaaten, ohne etwas an ihre Stelle zu setzen. Die tiefere Ursache für die vernachlässigten Ungerechtigkeiten der Globalisierung sowie für die Gesundheitsprobleme unserer Demokratien liegt in der Verkennung der Tatsache, daß Nationalstaaten das Fundament der kapitalistischen Ordnung bilden." ...

Verbundenheit mit dem eigenen Land

Der souveräne Staat - besonders in der direkten Demokratie - lebt durch die aktive Beteiligung von uns Bürgern. Unsere Jugend an diese verantwortungsvolle und schöne Aufgabe heranzuführen, ist Sache von uns Erwachsenen, den Eltern und Lehrern. ...

Gleichberechtigte souveräne Staaten als Grundlage für eine friedliche Welt

Die größte, ja, für die Menschheit überlebenswichtige Aufgabe der souveränen Staaten ist ihr Beitrag zum Frieden in der Welt. Jeder Staat ist durch die Uno-Charta dazu verpflichtet, auch gegen außen Ordnung zu halten, sich gegen Übergriffe anderer Staaten zu verteidigen, Angriffe gegen diese zu unterlassen und sich auch nicht ungebeten in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Auftrag der Uno ist es, alle notwendigen und möglichen Schritte zur Erhaltung des Friedens einzuleiten und zu begleiten. Dazu wäre allerdings die in der Charta festgelegte Behandlung aller souveränen Staaten als gleichberechtigte Glieder der Weltgemeinschaft unverzichtbare Voraussetzung.

Dem steht heute der fundamentale Fehler im System der Vereinten Nationen im Wege: die

Sonderstellung der fünf Vetostaaten. Die Großmächte China, Frankreich, Großbritannien, Rußland und die USA können mit diesem Instrument zum einen völkerrechtswidrige Angriffskriege absegnen und zum anderen die Verurteilung von ihnen nahestehenden Aggressorstaaten verhindern, weil das Uno-System ihnen keine Verpflichtung zur Stimmenthaltung auferlegt.

Nur eine fundamentale Revision des Uno-Systems kann diese stoßende Ungleichbehandlung der Staaten beheben. Zur Förderung des Friedens und damit zum Wohle aller Völker muß eine gerechtere Weltordnung angedacht und überall diskutiert werden.<<

Juli 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/15-17): >>Das Leid unserer Schüler

_von Rüdiger Lenhoff

Der schleichende Volksaustausch begann in den Kreißsälen und ist längst auch in Kitas und Schulen sichtbar geworden. Vielerorts sind deutsche Kinder bereits deutlich in der Minderheit. Das hat gravierende Auswirkungen auf das ganze Land.

Einige Jahre vor dem durch Angela Merkel ausgelösten Zuwanderungs-Tsunami schrieb der Genozid- und Zivilisationsforscher Gunnar Heinsohn: "Im Jahr 2005 gebären die Migranten und Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von nur 19 Prozent bereits 35 Prozent der in Deutschland geborenen Babys. Wenn diese Kinder geschlechtsreif werden und ihren überdurchschnittlichen Geburtenanteil von 2005 halten, dann werden schon 2025 von 100 Neugeborenen 65 Migranten und Ausländer sein. Niemand wird diesen Nachwuchs bei seinem Weg durch Kindergärten und Schulen in eine Minderheitenposition drängen können."

Lange wird es nicht mehr dauern, bis die Abstammungsdeutschen zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Laut dem Statistischen Bundesamt stieg die Geburtenzahl im Jahr 2016 auf 792.131 und damit im Vorjahresvergleich um sieben Prozent. Demnach haben Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Schnitt drei Prozent mehr Kinder bekommen, Frauen anderer Nationalitäten aber 25 Prozent mehr.

In absoluten Zahlen wurden 184.660 Kinder mit ausländischen Wurzeln geboren, darunter 21.800 Kinder türkischer und 18.500 syrischer Mütter. Es versteht sich von selbst, daß unter den rund 607.500 Kindern von Müttern deutscher Staatsangehörigkeit wiederum auch viele einen Migrationshintergrund haben. Insgesamt lag die Geburtenrate 2016 bei 1,59 Kindern je Frau. Bei Frauen mit deutschem Paß waren es 1,46, bei ausländischen Frauen jedoch 2,28 Kinder pro Frau.

Im ganzen Land stellten Nicht-Deutsche schon 2015 - also vor der Ankunft der quasi neuen Flüchtlinge - an allgemeinbildenden Schulen 33 Prozent. Da der Osten und ländliche Gebiete im Westen bei diesem Querschnitt mitgerechnet werden, darf man sich nicht wundern, wenn die Situation in den westdeutschen Metropolen bereits gekippt ist:

In Stuttgart hatten in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen schon 2011 laut Zensus 50,6 Prozent einen Migrationshintergrund, in Nürnberg 50 und in München 46,8 Prozent. Nach der Grenzöffnung durch die Kanzlerin im September 2015 galoppiert die Verdrängung:

Seit Juni 2017 ist es amtlich, daß in Frankfurt die Deutschen nicht nur unter Jugendlichen (wie laut Zensus 2011), sondern jetzt auch in der Gesamtbevölkerung zu einer Minderheit geworden sind - ihr Anteil liegt nur noch bei 48,8 Prozent.

Kalifat NRW

Optisch sichtbar wurde dieser Bevölkerungsaustausch Mitte Juli 2017 in der Bild-Zeitung unter der zynischen Überschrift "Deutsche Erfolgsgeschichte" - ein Foto des Abiturjahrgangs der Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck (NRW). Von 25 Mädchen tragen 13 Kopftuch und bodenlange Kaftane. Von den übrigen Teenagern, männlich wie weiblich, dürften gerade einmal zwei bis drei Deutsche sein. Nur eine Blondine ist zu sehen.

In Duisburg sind die Mehrheitsverhältnisse schon gekippt: An 26 der 76 Grundschulen in der Industriemetropole liegt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln bei über 75 Prozent, bei 13 von ihnen sogar bei 90 bis 100 Prozent. Das geht aus einer Antwort der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. In 932 der 2.750 öffentlichen Grundschulen an Rhein und Ruhr liegt der Anteil von Schülern mit ausländischer Herkunft bei mindestens 25 Prozent. An drei Vierteln dieser Brennpunktschulen haben sogar 50 bis 75 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

Umvolkung im Kindergarten

Anteil der bis zu 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund (ohne Flüchtlinge) in Prozent (Stand 2017).

Offenbach	> 80,00*
Frankfurt/Main	75,61
Augsburg	61,54
München	58,44
Bremen	57,58
Duisburg	57,14
Stuttgart	56,67
Darmstadt	52,76

* lt. Welt Online, 14.02.2017
 Quelle: Statistische Ämter Bund/Länder
 Grafik: COMPACT

Die AfD-Fraktion im NRW-Landtag schlägt deswegen Alarm. Ihr schulpolitischer Sprecher Helmut Seifen warnt: "An vielen Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil deutscher Kinder in einer Klasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen." Dort sei ein "sich eklatant ausbreitender Bildungsnotstand" zu beklagen. PISA-Studien hätten ergeben, daß der Lernerfolg aller Schüler einer Klasse dramatisch abnehme, wenn der Einwandereranteil 20 Prozent übersteige. Der ehemalige Gymnasialdirektor fordert verbindliche Grundstandards: "Kinder werden nur in die Schule aufgenommen, wenn sie die Landessprache soweit beherrschen, daß sie ohne weiteres in der Lage sind, dem Unterricht folgen zu können."

Ein geregelter Unterricht ist kaum möglich, wenn kein einheitliches Sprachniveau besteht.

Nicht besser sieht die Lage in Hamburg aus: Im Schuljahr 2016/17 lag der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien bei über 45 Prozent. Das ergab eine Anfrage des AfD-Fraktionschefs in der Hamburgischen Bürgerschaft, Alexander Wolf. An 65 der etwas mehr als 400 Schulen machen Kinder mit ausländischen Wurzeln 70 Prozent aller Schüler aus, an 21 betrug ihr Anteil über 80 Prozent, an einer sogar über 90 Prozent.

Während die Quote fremdstämmiger Schüler an den Hamburger Gymnasien 37,3 Prozent beträgt, stellen diese an staatlichen Grundschulen mit 49,3 Prozent fast die Hälfte. AfD-Politiker Wolf beklagt: "Die Zahlen zeigen, wie rasant und dramatisch sich die Zusammensetzung unserer Stadtgesellschaft verändert. Wie kann an Schulen mit mehr als 70, 80 oder 90 Prozent Migranten Integration noch gelingen, und wer integriert hier wen?"

Archaische Stammeskämpfe

Auch an 158 von 359 Berliner Grundschulen beträgt der Schüleranteil mit ausländischen Wurzeln mehr als 50 Prozent. 27 Grundschulen haben einen Migrantenanteil von 90 Prozent und mehr. An weiteren 39 Grundschulen liegt ihr Anteil zwischen 75 und 90 Prozent. Das erfragte der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. "An den betroffenen Schulen kann das Merkel-Motto "Wir schaffen das" nur noch als Hohn empfunden werden. Diese Aufgabe ist nämlich nicht zu schaffen", sagt Mohr. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, wenn Lehrer ihre Schützlinge überhaupt erst auf ein einheitliches Sprachniveau bringen müßten.

Beispiele aus der Praxis liefert das aktuelle Buch *Lehrer am Limit* von Ingrid Freimuth, die seit 1976 insgesamt 40 Jahre an Schulen im Rhein-Main-Gebiet unterrichtete. Besondere Schwierigkeiten bereiteten ihr junge Orientalen mit ihren im "Machotum verkapselten Persönlichkeiten". Die Verkapselung habe einen kulturell-politischen Hintergrund: Diese Kinder und ihre Familien kommen aus archaischen Gesellschaften, in denen es keinerlei Rechtsstaatlichkeit gibt.

Der Einzelne kann nur überleben, wenn er Stärke zeigt und potentielle Rivalen und Gegner unterwirft. So entsteht eine pyramidale Machtstruktur mit Alpha-Typen an der Spitze. Wenn die so Sozialisierten dann auf Lehrer treffen, die ihnen als Schwächlinge erscheinen, die keine Autorität ausstrahlen, geschweige denn durchsetzen können, wissen sie:

Hier herrscht, wie in ihrer Heimat, ein Machtvakuum. Schützen können sie sich nur, wenn sie die ihnen bekannte archaische Ordnungsstruktur aufbauen und sich darin eine möglichst starke Stellung sichern. Also sind sie pausenlos mit Statuskämpfen beschäftigt. Freimuth faßt zusammen:

"Diese Schüler gehören zur Spezies der Machos, dessen rigides Ego für ihn selbst das schlimmste Lernhindernis ist. Seine beträchtliche Energie richtet sich nach außen in dem Bestreben, "Respekt" zu erheischen für seine Vorstellung der eigenen unantastbaren Ehre ... Wer anderen Vorschriften macht, ist ihr Chef. Also strengt sich der Macho fast ausschließlich dafür an, Vorschriften zu machen - und zwar so sehr, daß ihm keine Energie mehr zum Lernen bleibt."

Bei der Rudelbildung spielt übersteigter Nationalismus eine große Rolle - während den deutschen Schülern ständig nationaler Masochismus gepredigt wird: "Die türkischen Schüler trugen die türkische Fahne als Abzeichen auf Jacken. Sie malten immerzu die türkische Fahne auf alles, was sich nicht bewegt. Sie riefen und schrieben bei allen Gelegenheiten: "Ich bin stolz, Türke zu sein." Sie saßen kampfbereit in schwarzen Lederjacken in der Klasse und hielten sehr oft alle Hellhaarigen in Schach - das waren hauptsächlich Deutsche und Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien."

Flucht auf Privatschulen

Wie der Unterricht zum Spießrutenlauf für unsere Kinder verkommt, dokumentierte Der Tagesspiegel im März 2018 anhand eines Hilferufs eines Berliner Schülers: "Ich gehe in die siebte Klasse auf ein Gymnasium in Schöneberg. Dort werde ich ausgegrenzt, weil ich Deutscher bin und Schweinefleisch esse. Es wird auf Türkisch und Arabisch über mich gelästert. Auf Deutsch werde ich als Hurensohn oder gefickte Hure beschimpft. Außerdem werde ich ab und zu geschlagen und getreten. Wenn ich anderen Jungen zu nahe komme, beschimpfen sie mich als schwul und treten mich. Mädchen werden in meiner Klasse als Schlampen bezeich-

net, wenn sie schulterfreie Shirts tragen. Ich versuche seit vielen Monaten, die Schule zu wechseln, finde aber keinen freien Schulplatz."

Finanziell bessergestellte Deutsche - darunter bezeichnenderweise auch viele linksliberale Gutmenschentypen - schicken ihre Kinder deshalb lieber auf Privatschulen mit geringeren Migrantenproblemen. Einer Studie im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge besuchten im Schuljahr 2015/16 743.534 Schüler in Deutschland eine von rund 3.600 allgemeinbildenden privaten Schulen. Das entspricht etwa neun Prozent aller Schüler und einer Verdopplung des Anteils seit 1992.

Die Verfasser resümieren: "Erscheinen öffentliche Schulen ... überfordert, könnte sich der Trend zu privaten Schulen, könnten sich Segregationstendenzen verstärken." Die Vorboten des Staatszerfalls in den Klassenzimmern sind unübersehbar.<<

20.08.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 20. August 2018 (x1.000/...): >>>**Demo vom 30.6.2018: "Stopp Airbase Ramstein!"**

... "Nein zu Drohnen - Keinen Krieg von deutschem Boden! Stopp Airbase Ramstein!" - in diesem Anliegen vereint demonstrierten am 30. Juni 2018 etwa 2.500 Menschen aus Deutschland, Europa, den USA und weiteren 13 NATO-Ländern im Rheinland-Pfälzischen Ramstein. Ihr Protest richtete sich gegen den dortigen US-amerikanischen Militärstützpunkt, der als Zentrale für die Vorbereitung und Durchführung von Kriegen des US-Militärs fungiert. Zudem dient die Airbase der Steuerung von Drohneneinsätzen zur Tötung vorgegeblicher Terroristen in aller Welt und ist Einsatzzentrale für die in Deutschland stationierten Atomwaffen.

Die Demonstranten fordern von der Bundesregierung, die Verträge mit den USA zu kündigen, die das US-Militär berechtigen, von deutschem Boden aus tödliche Drohneneinsätze zu steuern. Saha Wagenknecht (deutsche Bundestagsabgeordnete, DIE LINKE) sagte dazu:

"Ich möchte nochmal Bezug nehmen auf den Drohnenkrieg, der ja kaum in der großen Presse stattfindet, aber der unverändert geführt wird. Wo exterritoriale Tötungen in Afghanistan, in Pakistan, in Somalia, und anderswo angeordnet werden per Knopfdruck - und ab und an trifft es vielleicht mal einen Terroristen. Aber viel öfter trifft es einfache Zivilisten. ...".

"Die Drohnenmorde, die von Ramstein aus gestartet werden, haben keinerlei juristische Grundlage! Und sie sind schlimmer als jede Guillotine. Außergerichtlich, illegal ..."

Die Rede von Peter Becker richtet sich nicht nur gegen die US-amerikanische Regierung, sondern auch gegen die deutsche Bundesregierung. Wie die Bundesregierung zugegeben habe, sei die Airbase Ramstein wegen ihrer Relaisstation - das ist eine Sendestation zur Reichweiterehöhung, die Funksignale aufnimmt, verstärkt und wieder ausstrahlt - unverzichtbar.

Dazu Peter Becker selbst: "Da Deutschland via Stationierungsabkommen und Liegenschaftsvertrag deutschen Boden für diese Kriegsführung zur Verfügung stellt, beteiligt sich Deutschland, in Persona die Bundesregierung an der Kriegsführung und handelt selbst illegal und verbrecherisch!"

"US-Militärbase Ramstein war schon ein ganz zentrales Drehkreuz für sehr, sehr viele völkerrechtswidrige Kriege. Hierüber wurde der Angriff und der Krieg gegen Afghanistan und wird immer noch abgewickelt, hierüber wurde der Irakkrieg abgewickelt - von wegen, Deutschland hätte mit diesem Krieg nichts zu tun gehabt. Nein, die Zerstörung dieser Länder, die lief auch und nicht zuletzt über Ramstein."

"Deswegen wollen wir diese Airbase schließen. Wir wollen nicht weitere völkerrechtswidrige Kriege. Wir wollen keinen Angriff auf den Iran, der das nächste Land verwüstet und zerstört". In einer aktuellen Presse-Mitteilung vom 30. Juni 2018 aus dem weißen Haus heißt es: US-Präsident Trump wolle Ramstein schließen. In diversen Tageszeitungen war dazu zu lesen Ramstein sei obsolet (das meint überholt bzw. veraltet), darum soll diese Airbase geschlossen und nach Polen verlegt werden.

Was zuerst wie eine Frohbotschaft klingen mochte, stieß jedoch bei den Rednern und Demonstranten auf große Skepsis. Ein Militärstützpunkt wie Ramstein, direkt vor der russischen Grenze, würde die erhöhte Gefahr eines atomaren Weltkrieges mit verheerenden Folgen für die ganze Menschheit bedeuten.

Hören Sie dazu den Friedensaktivisten Reiner Braun: "Donald Trump will die US-Soldaten abziehen und die Airbase Ramstein schließen!? So heißt es in einer angeblichen Studie, die die Washington Post heute morgen veröffentlicht. ... Wir sind definitiv dagegen, daß die Airbase Ramstein nach Polen verlagert wird, ... weil Polen ja noch gefährlicher ist, weil sie endlich an der russischen Grenze sind, wo sie mit ihren Truppen hinwollen. Dazu sagen wir erst einmal entschlossen NEIN!" Diesem Nein verlieh ein Teil der Demonstranten noch Nachdruck durch eine friedliche Blockade der Zufahrt zur Airbase.

Vielerorts wurde bekundet, sich nicht trennen oder spalten zu lassen, sondern zusammen zu halten. "Ich bin wie du und du bist wie ich, wir sind alle Menschen aus demselben Holz geschnitzt - Wunder des Lebens, voll Energie. Wir werden was bewegen. Jetzt oder nie! Ihr dürft gerne beim Refrain mitsingen, wenn ihr wollt. Wir sind eins, es gibt nichts, was uns teilt. Wir sind alle gleich und du bist nicht allein. Wir sind eins, für den Frieden vereint. Wir sind alle gleich und du bist nicht allein. Wir sind eins." <<

28.08.2018

Japan: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 28. August 2018 folgender Bericht über den Atombombenangriff gegen Hiroshima ([x1.014/...](#)): >>**Tagesdosis 28.8.2018 - Der Fluch von Hiroshima (Podcast)**

Ein Kommentar von *Dirk Pohlmann*

Der erste Atombombeneinsatz der Weltgeschichte fand vor 73 Jahren statt. Das Thema hat mich immer wieder beschäftigt, zum einen weil ich als Student den Jesuiten und Philosophieprofessor Helmut Erlinghagen als Universitätslehrer hatte, der den Angriff auf Hiroshima als junger Mann im dortigen Jesuitenkloster miterlebte. Er hat mir in vielen Privatgesprächen über die apokalyptischen Folgen berichtet, über die hilflosen Bemühungen des Klosters den Menschen medizinisch und pflegerisch zu helfen, sowie seine Argumente und Schlußfolgerungen des Nachdenkens über sein Lebensthema mitgeteilt.

Zum anderen habe ich als Journalist später Oberstleutnant Daniel McGovern interviewt, der als US Militär-Kameramann etwa einen Monat nach der Explosion nach Hiroshima und Nagasaki geschickt wurde, um die Folgen der Bombe an Gebäuden und Menschen zu dokumentieren. McGovern war ein hartgesottener Mann, aber die Erlebnisse in den atomar zerstörten Städten hatten ihn bis ins Mark erschüttert. Und ich habe über die Geschichte der israelischen Nuklearwaffen eine Dokumentation gedreht.

Der Staat Israel ist auf einzigartige Weise mit beiden Themen, Auschwitz und Hiroshima verbunden, er wollte die Möglichkeit mit einem "neuen Hiroshima drohen zu können, um ein neues Auschwitz zu verhindern", wie es der Historiker Dr. Avner Cohen in meinem Film ausdrückte.

Als Daniele Ganser meinen ersten Vortrag über Hiroshima und Nagasaki auf seiner Facebookseite ankündigte, gab es Leserkommentare, die kritisch anmerkten, wie sehr diese Ereignisse doch Vergangenheit seien, daß es heute wichtigere Themen gäbe, salopp gesagt, warum ich mich mit altem Kram beschäftigen würde, um daraus Geld zu schlagen.

Tatsächlich ist Hiroshima ein Thema, daß so relevant ist wie Auschwitz. Aber es wird völlig anders behandelt. Nur wenige Menschen kämen z.B. auf den Gedanken, Auschwitz als alten Kram zu bezeichnen, und wer das in der Öffentlichkeit täte, wäre bald arbeitslos und gesellschaftlich isoliert. Diskussionen über Hiroshima aber finden in einem völlig anderen Gedankenumfeld statt.

Die Tatsache, daß Hiroshima und Nagasaki nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit und mora-

lischen Intensität behandelt werden, ist bei nüchterner Betrachtung ein Beweis für ein Versagen der Öffentlichkeit. Das Versagen hat Ursachen. Die müssen ebenso dringend wie hartnäckig bekämpft werden. Aus rationalen, pragmatischen und moralischen Gründen. Hiroshima ist ein Zukunftsthema. Ich möchte diese These begründen, die nach Provokation klingt, aber Realitätsbewältigung ist.

Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mit ihren etwa 100.000 Toten unmittelbar nach Abwurf und weiteren 130.000 Menschen, die bis Ende 1945 elend starben, so die landläufige Meinung, seien zwar furchtbar gewesen, aber notwendig, um den 2. Weltkrieg zu beenden.

Eine Invasion der Amerikaner in Japan hätte bis zu 1 Million US Soldaten sowie unzählige japanische Soldaten und Zivilisten das Leben gekostet, weil die Japaner bis zum bitteren Ende notfalls mit Stöcken und Steinen gekämpft hätten, wie die Kamikaze Angriffen bewiesen. Erst der Schock des Atomwaffeneinsatzes habe die japanische Führung zur Kapitulation bewogen. Die grausamen Atomwaffen gelten seitdem als Friedensgaranten, ihre Existenz verhinderte bisher einen Atomkrieg.

Diese Argumente bilden den Hiroshima Mythos. Sie sind ausnahmslos falsch.

In der akademischen Welt gibt es seit langem eine Diskussion, ob die Japaner auch ohne Atomwaffeneinsätze kapituliert hätten und ob die Atomwaffeneinsätze die Ursache der Kapitulation waren. Diese Diskussion ist wie kaum ein anderes Thema, vergleichbar nur mit der Sklaverei und dem Mord an den amerikanischen Ureinwohnern, in den USA "patriotisch" aufgeladen. Es geht um mehr als Geschichte, es geht um das Selbstverständnis der USA.

Die US-Historiker Gar Alperovitz und Tsuyoshi Hasegawa, der japanische Wurzeln hat und japanisch, russisch und englisch spricht und damit alle wesentlichen Dokumente im Original lesen kann, haben wesentliche Beiträge geliefert. Gar Alperovitz hat gezeigt, daß die Notwendigkeit der Atombombenabwürfe insbesondere von US-Militärs in Frage gestellt wurde.

Es gibt eine Vielzahl von Zitaten, die das belegen:

General Dwight D. Eisenhower, späterer US-Präsident: "... die Japaner waren bereit zu kapitulieren und es war nicht nötig, diese furchtbaren Dinger auf sie abzuwerfen."

Admiral William D. Leahy, Stabschef unter den beiden US-Kriegspräsidenten Roosevelt und Truman: "Ich bin der Meinung, daß der Einsatz dieser barbarischen Waffen in Hiroshima und Nagasaki keinen wesentlichen Beitrag zu unserer Kriegführung gegen Japan geleistet hat. Die Japaner waren bereits geschlagen und bereit zur Kapitulation, wegen der effektiven Seeblockade und der erfolgreichen Bombenangriffe mit konventionellen Waffen." –

"Mein Empfinden ist, daß wir, indem wir die ersten waren, die so etwas eingesetzt haben, den ethischen Standard der Barbaren des finsternen Zeitalters übernommen hatten. Man hat mich nicht gelehrt, Krieg in dieser Weise zu führen, und Kriege können nicht durch die Vernichtung von Frauen und Kindern gewonnen werden."

Norman Cousins über General MacArthur: "Er antwortete, daß er keine militärische Rechtfertigung für den Anwurf der Atombombe gesehen habe. Der Krieg hätte Wochen vorher enden können, wie er sagte, wenn die Vereinigten Staaten zugestimmt hätten, wie sie es dann später ohnehin taten, daß die Institution des Tenno beibehalten würde."

Paul Nitze, Vize-Vorsitzender der Kommission zur Auswertung des strategischen Bombenkrieges: "Basierend auf einer detaillierten Untersuchung aller Fakten und unterstützt durch die Zeugenaussagen der japanischen Führung, kam die Auswertungskommission zu dem Ergebnis, daß Japan sicher vor dem 31. Dezember 1945 und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert hätte, auch wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, selbst wenn Rußland nicht in den Krieg eingetreten wäre, und sogar wenn keine Invasion geplant oder erwogen worden wäre."

Gar Alperovitz legte außerdem dar, daß die atomare Vernichtung der beiden Städte vor allem

als Machtdemonstration an die Adresse der Sowjetunion gerichtet war, des zukünftigen Machtkonkurrenten, mit dem die USA in Potsdam über die Nachkriegsordnung verhandelte. Es ging nicht darum, den Krieg mit Japan zu beenden. Und die Invasion Japans hätte nach den Kalkulationen der US-Militärs 40.000 Amerikaner das Leben gekostet, nicht eine Million. Allerdings: Warum hätte der US Präsident auch nur einen Soldaten opfern sollen, wenn die Atombomben den Krieg beenden konnten?

Tsuyoshi Hasegawa wies nach, daß die Atombomben nicht der wesentliche Faktor für die Kapitulation Japans waren. Der japanischen Führung, insbesondere den Militärs, waren die zivilen Toten einigermaßen egal, sie interessierte nur die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte. Beim Brandbombenangriff auf Tokio 1945 waren mehr Menschen als in Hiroshima und Nagasaki getötet worden, etwa 100.000 Bewohner einer Stadt voller Holzhäuser. Die US-Luftwaffe verbrannte die Japaner zu Hunderttausenden, das war Kriegsalltag.

Die Atombomben fielen für die japanischen Militärs nicht aus dem Rahmen. Sie waren nur eine neue Art des massenhaften Tötens. Die japanische Führung klammerte sich an die Hoffnung auf eine Vermittlung durch die Sowjetunion, die bis zum 8. August 1945 Japan nicht den Krieg erklärt hatte, die Sowjetunion war Japan gegenüber neutral.

Wenn US-Bomberbesatzungen nach Angriffen auf Japan in Wladiwostok notlandeten, wurden sie interniert, wie Deutsche oder Briten in der Schweiz. Erst als die Sowjetunion Japan den Krieg erklärte und die sowjetischen Streitkräfte in der Mandschurei wie ein heißes Messer durch Butter vorstießen, nur gebremst durch den Nachschub an Benzin, erst als der Zweifrontenkrieg alle Hoffnungen auf eine verhandelte Kapitulation zunichte machte, gab die japanische Führung auf.

Alperovitz und Hasegawa stehen mittlerweile in den USA unter konstantem Beschuß einer patriotisch-revisionistischen Historikergilde, die ihre Arbeit zu diskreditieren versucht und als unwissenschaftlich bezeichnet, ähnlich wie es Daniele Ganser mit seiner Forschung zu Gladio ergeht. Der Grund ist in beiden Fällen gleich. Es geht um den moralischen Machtanspruch der USA, die Selbstversicherung, nicht nur die einzige Supermacht zu sein, sondern auch die einzig gute Supermacht.

Kein machiavellistisches Imperium, das mit Lug und Trug, mit Staatsstreichen und politischen Morden die Weltpolitik dominiert. Der 2. Weltkrieg wird in den USA "The Good War" genannt, er war der Krieg gegen das Böse. Der Abschluß des Krieges war der Einsatz der Atomwaffen, eine Story aus einem Hollywood-Drehbuch, die "außergewöhnliche" (exzeptionelle) Nation hatte in letzter Minute die Superwaffe zur Verfügung, sie rettet die Helden, die Superwaffe beendet den Krieg, und dient für alle Zukunft als Fundament und Garant der Vormachtstellung. Gegen das neue Böse.

Da paßt ein gigantisches Kriegsverbrechen als Schlußpointe nicht in die Storyline. Die wahre Geschichte der Atombombe aber sieht anders aus als der Hiroshima Mythos, finsterer.

Die Atombombe wurde mit Hilfe emigrierter Wissenschaftler konzipiert, die eine weltweite Nazi-Herrschaft fürchten. Was wäre, wenn Hitler die Bombe als erster bauen würde? Diese Bedrohung brachte selbst Albert Einstein dazu, sich für ein amerikanisches Atombombenprogramm auszusprechen - was er später bereut hat. Als das Manhattan-Projekt begann, war nicht klar, ob es der teuerste wissenschaftliche Fehlschlag aller Zeiten werden würde, oder am Ende eine neue Superwaffe stünde.

Es war das gigantischste geheime Waffenprogramm, das es bis dahin gab. 150.000 Mitarbeiter und die in den 40er Jahren nach Fantastillionen klingende Summe von etwa 2 Milliarden US-Dollar wurden eingesetzt.

Und als die Bombe endlich fertig ist, das Programm ein Erfolg, ist der Krieg gegen Deutschland gewonnen. Am Ende der Bombe ist "fast" zu wenig Krieg übrig, um sie noch auszuprobieren. Und ausprobieren wollte man sie natürlich, nach dieser Mammutanstrengung. Das ul-

timative Machtinstrument, die Superwaffe, die alles verändern wird, sollte auch explodieren. Über Menschen.

Genauer gesagt, sollen zwei Bomben explodieren. Denn es gibt eine Uranbombe, die auf Hiroshima fallen und eine Plutoniumbombe, die Nagasaki vernichten wird. Sie basieren auf zwei verschiedenen Konstruktionsprinzipien. Während die Wissenschaftler beim primitiven Kanonenprinzip der Hiroshimabombe auf das Funktionieren vertrauen, sind sie beim komplexen Implosionsprinzip der Nagasaki-Bombe nicht so sicher. Dieser Bombentyp wird in der Wüste von New Mexico im Juli 1945 getestet. Erfolgreich.

Die Nachricht wird Präsident Truman nach Potsdam durchgefunkt, wo er Stalin darüber informiert, daß die USA eine Superwaffe besitzen. Truman stellt erstaunt fest, daß Stalin gleichmütig reagiert. Was Truman nicht weiß: Stalin ist durch seine Geheimdienste über das Atomprojekt der USA informiert.

Jetzt geht es darum, auf welches Ziel die Bombe abgeworfen werden soll. Japan ist weitgehend dem Erdboden gleichgemacht, aber einige wenige Städte haben die US-Strategen verschont, darunter Hiroshima. Es wurde nicht bombardiert, weil es kein militärisches Ziel war, unwichtig. Aber von der Geographie her ideal geeignet als Ziel des größten Feldexperimentes der Geschichte. Die Stadt ist intakt, man wird den Vorher- Nachher-Effekt nach der Atomexplosion sehr gut beobachten können.

Einige Wissenschaftler plädieren dafür, die Bombe über einem Kriegshafen abzuwerfen, oder eine spektakuläre Demonstration durchzuführen, z.B. über einem Wald mit riesigen Bäumen, die dann wie Streichhölzer als Muster kilometerweit umgerissen würden und im Zentrum spektakulär verbrennen - eine graphische Präsentation, die nur wenige Zivilisten töten würde. Aber die Politiker wollen das Ding explodieren sehen, über einer funktionierenden Stadt- und Wirkung demonstrieren.

So wird Hiroshima verbrannt, mit einer Einwohnerschaft, die mehrheitlich aus Frauen und Kindern besteht. Prof. Erlinghagen schätzte, daß 90 % der Verbrannten Frauen und Kinder waren. Die Bombe entsprach 13.000 kg Sprengstoff. Das ist nicht viel. Nach heutigen Maßstäben eine taktische Gefechtsfeldwaffe. Heutige Nuklearwaffen sind im Megatonnenbereich, das ist ein Unterschied wie zwischen Handgranate und Luftmine.

Nach der Explosion der Atombombe über der Stadt ziehen Menschen als lebende Leichen strahlenkrank über Trümmer, unter denen ihre Verwandten um Hilfe flehen. Wenn sie die Hand reichen, kann man die verbrannte, verstrahlte Haut wie einen Handschuh abziehen. Schwarzer, radioaktiver Regen fällt. Die Verendenden entwickeln wildes Fleisch, sie betteln darum, getötet zu werden. Kleinkinder sitzen weinend neben ihren sterbenden Müttern. Der militärische Chef des Atombombenprogramms General Lesley Groves behauptet in den USA: "Der Atomtod ist ein schöner Tod!"

Die Nachricht von einer ungewöhnlichen Bombe hat gerade erst die japanische Regierung erreicht, die sich wenig darum kümmert, ihre Aufmerksamkeit gilt der Sowjetunion, als die zweite Bombe fällt, von der sie noch nichts weiß. Die japanische Führung erhält keine Zeit zu kapitulieren, aber darum geht es ja auch gar nicht. Die zweite Bombe wird abgeworfen, weil man beide Bombentypen ausprobieren will. Sie soll auf Kokura fallen, aber dort herrschen schlechte Sichtbedingungen. So trifft es Nagasaki.

Aber haben die Atombomben nicht doch irgendwie den Krieg beendet? Sind sie nicht dadurch, trotz aller Grausamkeit, gerechtfertigt? Das Argument ist also, daß der Zweck die Mittel heiligt. Stimmt das? Gesetzt den Fall die Konzentrationslager hätten den Krieg beendet, würden wir darüber diskutieren, ob sie das rechtfertigen würde? Auch das ist ein Beispiel, daß wir uns an merkwürdige Begründungen gewöhnt haben, die wir in anderen Fällen als obszön betrachten würden.

Hätte Stalin als erster Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, dann würde das

wohl als Beweis für die unvergleichliche Brutalität und Unmenschlichkeit des Kommunismus angeführt werden. Aber warum sind wir so nachsichtig mit den USA?

In den USA wird argumentiert, daß die Atombomben am Kriegsende auf beiden Seiten viele Menschenleben gerettet hätten, weil sie US Invasion überflüssig machten.

Aber Menschenleben der Gegenseite haben weder die Militärstrategen der Japaner noch der Amerikaner interessiert. Das ist eine schönfärberische Lüge, die den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegen Zivilisten, überwiegend Frauen und Kindern, legitimieren soll. Der Chef des Bomberkommandos, Curtis LeMay sagte: "Es gibt keine unschuldigen Zivilisten. Es ist ihre Regierung und man bekämpft ein Volk, man versucht gar nicht mehr gegen bewaffnete Truppen zu kämpfen. Also kümmert es mich nicht so sehr, daß ich sogenannte unschuldige Unbeteiligte töte."

Als der Krieg zu Ende ist, werden US-Kameraleute und Ärzte nach Hiroshima geschickt. Dort wird eine Organisation geschaffen, die Atomic Bomb Casualty Commission, die die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki medizinisch überwacht, die Effekte der Radioaktivität erfaßt, das Leiden und Sterben der Menschen akribisch festhält. Die Ärzte behandeln ihre Patienten nicht, sie beobachten nur, sie sammeln Daten. Die Bevölkerung ist eine Herde von Laborratten, die in einem gigantischen Feldexperiment wissenschaftlich untersucht wird.

Was man verstehen muß: Atombomben sind keine Waffen. Sie dienen nicht dazu, zielgerichtet andere Soldaten am Töten zu hindern. Sie sind Massenvernichtungsmittel, die auf die Bevölkerung eines Landes gerichtet sind. Die Regierungen drohen mit der Vernichtung von Männern, Frauen, Kindern und Tieren. Mit der totalen Vernichtung eines Landes und seiner Bevölkerung. Mit der Vernichtung der Zivilisation. In der Atomkriegsplanung der USA der 60er Jahre sollte Moskau mit über 160 Nuklearwaffen dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Daten für russische Sprengköpfe gegen New York und Washington unterscheiden sich nur graduell.

Das Ziel des Einsatzes von Nuklearwaffen ist die Vernichtung der Bevölkerung.

Die Definition von Terrorismus lautet: Androhung oder Durchführung von Gewaltaktionen zur Erreichung eines politischen Zieles.

Das bedeutet: Atomare Massenvernichtungsmittel sind Staatsterrorismus.

Im 2. Weltkrieg sind die kriegführenden Mächte dazu übergegangen, Städte zu bombardieren. Der Anfang der Verbrechen waren die Bombardierung von Guernica, Warschau und London durch die Nazis, aber die Vernichtung der Bevölkerung wurde in Hamburg, Dresden und Tokio perfektioniert.

Mit wissenschaftlicher Akkuratess wurde erprobt, wie man erst durch Sprengbomben brennbares Material schafft, die Wasserversorgung der Feuerwehr zerstört und dann Brände legt, die zu Feuerstürmen anwachsen und so viele Zivilisten wie möglich töten.

Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waren eine Vervielfachung eines bereits als Alltag eingerissenen Verbrechens. Heute werden diese Verbrechen in unvorstellbarem Maßstab geplant.

Es ist merkwürdig, daß Atomwaffen dabei einen anderen Status als Chemie- und Biowaffen haben. Chemiewaffen und Biowaffen wurden bald nach dem ersten Weltkrieg geächtet. Sie gelten als brutal und barbarisch. Mittlerweile sind Chemiewaffen sogar verboten. Der angebliche Einsatz "barbarischer" Chemiewaffen dient heute als Anlaß für Militärschläge von Mächten, die empört sind, wenn Dutzende Menschen sterben, deren Planer aber mit Megatoten (Millionen von Todesopfern) durch Atomwaffen rechnen.

Dabei sind Nuklearwaffen in der Wirkung noch grausamer und barbarischer als Chemiewaffen. Wer das nicht glaubt, sollte sich die Schilderungen aus Hiroshima und Nagasaki anhören. Atomwaffen schädigen darüber hinaus auch noch kommende Generationen sowie den Lebensraum. Sie sind verachtenswert, aber nicht geächtet. Jeder, der ihren Einsatz vorbereitet, ist

verachtenswert. Wenn wir es genau nehmen, müßten wir die Außenminister der Nuklearmächte bei der Einreise am Flughafen wegen Staatsterrorismus festnehmen und inhaftieren.

Da atomare Massenvernichtungsmittel aber die Machtgrundlage der wichtigsten Staaten der Welt sind, wird ihr Image sorgsam gepflegt. Bei Chemiewaffen wird dem Publikum oft die Wirkung vorgeführt, in Form von zuckenden, sterbenden Kindern mit Schaum vor dem Mund, Nuklearwaffen hingegen kennen wir als formschöne Metallobjekte, sauber lackiert und ordentlich aufgeräumt. Ab und zu bekommen wir auch einen schaurig schönen, goldenen Explosionspilz zu sehen. Aber nie die Wirkung der Bombe.

Wir Plebejer sollten uns von dieser Desinformation nicht täuschen lassen. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, daß Regierungen bereit sind, ihre gesamte Bevölkerung für den Machterhalt zu opfern. Nazi-Deutschland und Japan sind Beispiele dafür. Alle, auch alle Supermächte, kalkulieren die Vernichtung ihrer Bevölkerung. Es ist zwar im Machtinteresse der Regierungen, Kriege planen zu können, aber nicht unser Interesse als Beherrschte, zur Vernichtung freigegeben zu werden. Wenn die Maschinerie anläuft, ist sie nicht zu stoppen. Unser Ziel muß deshalb die Abschaffung der Nuklearwaffen sein, bevor sie zum Einsatz kommen können.

Das wird aber nicht das Ziel der Regierungen sein. Die Beherrschten werden dieses Ziel den Regierungen aufzwingen müssen. Wenn wir die Dinge laufen lassen, passiert, was bisher passiert ist. Atomare Massenvernichtungsmittel werden schönegeredet, als unabänderlich bezeichnet, als notwendiges Übel, stationiert, obwohl sie uns bereits mehrmals an den Rand der Katastrophe gebracht haben.

Der letzte Chef des mittlerweile abgeschafften strategischen US-Bomberkommandos, Vier Sterne General George Lee Butler sagte nach seiner Pensionierung: "Wir haben den Kalten Krieg ohne nuklearen Holocaust durch eine Kombination von Können, Glück und göttlichem Eingreifen überlebt, wobei das göttliche Eingreifen wohl am wichtigsten war." Er engagiert sich jetzt für die Abschaffung aller Nuklearwaffen.

Und wie steht es mit Hiroshima und Auschwitz? Das Argument von Prof. Erlinghagen lautet: "Es gab zwei Menschheitsverbrechen im 2. Weltkrieg. Der industrielle Völkermord an den Juden und den erstmaligen Einsatz von atomaren Massenvernichtungsmitteln gegen die Zivilbevölkerung. Auschwitz ist erkanntes Böses. Selbst die Neonazis sagen nicht, daß Auschwitz irgendwie gut und richtig war, sie leugnen es. Alle wissen Bescheid.

Die atomaren Massenvernichtungsmittel hingegen sind nicht als Böses erkannt. Sie werden nicht geächtet. Auch, wenn die Dimension von Auschwitz größer war, was bedroht uns in Gegenwart und Zukunft mehr, was hat jetzt die größere Dimension? Wir sollten Auschwitz keinesfalls vergessen, aber wäre es nicht richtig und wichtig, daß wir uns gedanklich und in Gesprächen viel mehr mit der atomaren Bedrohung beschäftigen würden?"<<

23.09.2018

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. September 2018: >>Eine der letzten Chancen

Das Europaparlament hat mit Zweidrittelmehrheit ein Verfahren gegen Ungarn beschlossen mit dem Ziel, der Regierung auf EU-Ebene das Stimmrecht zu entziehen. Zur Begründung werden die "systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn" angeführt.

Doch jeder weiß, worum es in Wahrheit geht: Ungarn und die anderen Visegrád-Staaten weigern sich, es den Westeuropäern gleichzutun und ihre Grenzen für eine Masseneinwanderung aus der Dritten, vornehmlich moslemischen Welt zu öffnen.

Praktisch wird der Vorstoß aus Straßburg ins Leere gehen, denn der Entzug des Stimmrechts erfordert einen einstimmigen Beschluß im Europäischen Rat, und Polen hat schon angekündigt, dagegen zu votieren.

Um einen Skandal handelt es sich gleichwohl, denn wenn einer Regierung, die mehrmals in freien Wahlen das Vertrauen des Volkes errungen hat, die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen wird, stuft man den Staat symbolisch zum Protektorat herab.

Ministerpräsident Viktor Orbán wies vor dem Straßburger Plenum darauf hin, daß sein Land "seit tausend Jahren Mitglied der Familie der christlichen europäischen Völker ist", dem Kommunismus getrotzt und 1989 "seine Grenzen für seine ostdeutschen Schicksalsgenossen" geöffnet hat. Er appellierte an ein Geschichtsbewußtsein, das den meisten Abgeordneten längst fehlt.

EU als Agentur des Globalismus

Dieses Europaparlament und die EU-Bürokratie stehen nicht für die historische, geistige und kulturelle Dignität des Kontinents, sondern für die Totalherrschaft einer Gegenwart, in der Volkssouveränität, Demokratie und Gewaltenteilung auf Kampfbegriffe wie Diversität, Teilhabe, Antidiskriminierung geschrumpft sind.

Eine wichtige Rolle spielt dabei der Globale Migrationspakt, der von mehr als 190 Uno-Mitgliedstaaten Ende des Jahres unterzeichnet werden soll. Die Unterschrift verweigern wollen die USA und eben Ungarn, das erklärte, der Vertrag widerspreche den Landesinteressen. Der Pakt sieht humanitäre Visa und Umsiedlungsprogramme für Migranten vor, die ihr Heimatland wegen Umweltzerstörung und Klimawandel verlassen müssen. Sie sollen in den Ziel-ländern Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und zum Rechtssystem erhalten und per Gesetz vor Diskriminierungen geschützt werden. Familienzusammenführungen sollen erleichtert werden.

Während die Ungarn auf ihr Recht pochen, innerhalb der eigenen Grenzen selbstbestimmt zu leben, betätigt die EU sich als Agentur des Globalismus und sieht ihre Aufgabe darin, den Nationalstaaten auch das Recht auf existentielle Selbstverfügung zu nehmen und den Kontinent nach Afrika und Vorderasien grenzenlos zu machen.

Neuer West-Ost-Konflikt

Der Politikwissenschaftler Yascha Mounk äußerte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur laufenden Agenda, "daß wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen, ... dabei kommt es aber natürlich auch zu vielen Verwerfungen." Wenn sich jemand dem entgegenstelle, dann müsse "ganz klar" gezeigt werden, "daß der Staat fähig ist, die Menschen, die dagegen aus Haß verstoßen, richtig zu bestrafen".

Die Menschen und Völker östlich der Elbe sind schon einmal die Objekte eines "einzigartigen Experiments" gewesen, das von 1945 bis 1989 dauerte. Es ist tief in ihnen und im Gedächtnis ihrer Nachkommen eingeschrieben. Der neue West-Ost-Konflikt, der sich an der Behandlung Ungarns durch die EU entzündet, geht also weit über das hinaus, was die Theoretiker der Postdemokratie als neoliberales Formtief des liberalen Systems beschreiben. Der polnische Philosoph Ryszard Legutko, der zur Zeit sein Land im Europaparlament vertritt, sieht im multiethnischen und -kulturellen Projekt eine dem kommunistischen Experiment tendenziell vergleichbare, totalitäre Energie wirken.

Auch heute werden die vermeintlich Guten, die unter Freiheit die Bejahung des finalen Ziels verstehen, vom Staat von den vermeintlich Bösen geschieden, deren "Widerstand im Interesse aller gebrochen werden muß". Weil man sie auf der sachlichen Ebene nicht widerlegen kann, werden sie moralisch als Rassisten und Faschisten stigmatisiert. Die zweite Parallele ist die Politisierung sämtlicher Lebensbereiche bis in die schulische Bildung, die Sprache und sogar die privaten Beziehungen.

Der Osten durchschaut die Mechanismen der Indoktrination

Der neue Ost-West-Konflikt reißt in der Bundesrepublik einen innerstaatlichen Graben auf.

Während der Politik- und Mediendiskurs nahezu vollständig die multiethnische Transformation bejaht und die Bevölkerung im Westen bisher nur punktuell Widerspruch wagt, durchschauen die Menschen im Osten aus historischer Erfahrung die Mechanismen der Indoktrination und verweigern sich ihr mehrheitlich.

Es handelt sich um einen Widerstand von unten. Es gibt kaum alteingesessene Politiker, Akademiker und Journalisten, die als Wortführer agieren könnten, weil die Unterwerfung unter den West-Diskurs für karriereorientierte Ostdeutsche das Entréebillet zum Aufstieg bildete. Die oft ungeschickte Artikulation der Proteste nehmen die Medien zum Anlaß, sich zur Hetzmeute der Rechtgläubigen zu formieren und die Demonstranten als "Mob" zu verhöhnen.

Die Aggressionen lassen auf Ratlosigkeit, unterdrückte Zweifel und Selbsthaß schließen. Auch deshalb ist die aktuelle Ost-West-Kontroverse für Deutschland und Europa eine der letzten Chancen, um sich aus dem Strudel der Selbstabschaffung zu befreien.<<

24.09.2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. September 2018: >>Volksaustausch: Schäuble glaubt nicht, "daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können"

Mit der Wahrheit lügen ... Wolfgang Schäuble erklärt den Volksaustausch zur Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. In einem Zeitungsinterview sagte er gestern wörtlich: "Wir sollten auch klarmachen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, daß wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können. Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren."

Schäuble will uns verhöhnen. Es gibt eine halbe Million Illegale hier, die ausreisepflichtig sind. Die Schwierigkeit, sie abzuschieben, ist keine objektive - sondern Ihr, die Politiker, bildet diese Schwierigkeit. Die ganzen echten und falschen Syrer, und das können gut und gerne eine Million sein - Assad würde sie mit Kußhand zurücknehmen, da weite Teile des Landes längst befriedet sind! Aber Ihr wollt sie ja unbedingt hierbehalten ... Noch dreister: Selbst Gefährder, die schon abgeschoben wurden, holt Ihr wieder zurück - siehe der Leibwächter von Bin Laden ...

Was Schäuble und Co. als Sachzwang verniedlichen, ist der von ihnen geplante Volksaustausch. Dazu schrieb ich im gleichnamigen Sonderheft von COMPACT: "Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt. -

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?"

COMPACT-Spezial Nr. 18 "Volksaustausch - Geburtenabsturz und Überfremdung" nennt die Verbrechen und die Verbrecher - und zeigt Wege aus der Gefahr. ...<<

02.10.2018

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Oktober 2018: >>Umvolkung

"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.

Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge,

männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.

Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.

Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.

Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."

Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<

06.10.2018

BRD: Der deutsche AfD-Politiker Alexander Gauland berichtet am 6. Oktober 2018 in der "FAZ" über die Dominanz der Internationalisten (x335/10): >>... Diese globalisierte Klasse sitzt in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Startups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 6. Oktober 2018 (x1.000/...): >>**Kriegsverbrechen und grausamste Waffen - Die westliche Wertegemeinschaft nach ihren eigenen Maßstäben bemessen**

... Die westliche Wertegemeinschaft, das sind die USA im Verbund mit der EU, warf den ehemaligen Regierungschefs Gaddafi in Libyen oder Saddam Hussein im Irak Grausamkeiten gegen die eigenen Bürger vor. Danach hat sie diese mittels militärischer Maßnahmen ihrer Ämter enthoben und getötet, sowie deren Länder verwüstet.

Aktuell werden Assad, dem Präsidenten von Syrien, immer wieder Giftgasanschläge gegen seine Bevölkerung angelastet. Diese unbewiesenen Anschläge wurden mit militärischen Vergeltungsaktionen und wirtschaftlichen Sanktionen, die vor allem die Zivilbevölkerung stark belasten, geahndet. Doch an dieser Stelle soll auch mal die westliche Wertegemeinschaft an ihren eigenen Maßstäben gemessen und genauer unter die Lupe genommen werden. Wie sieht bei den westlichen Staaten, die sich als moralisch hoch stehend bezeichnen, der Umgang mit der Zivilbevölkerung aus?

Das Ergebnis fällt ernüchternd aus: In den letzten 80 Jahren wurden von Regierungen der westlichen Wertegemeinschaft nachweislich Aktionen gegen Zivilisten eingesetzt, die in keinem Vergleich zu den Dingen stehen, die unbewiesenermaßen Assad angelastet werden. Betrachtet man nur einmal allein die durch die westliche Wertegemeinschaft hier in Dresden hinterlassenen Narben. Diese wunderschöne Barockstadt Dresden wurde im Februar 1945 grausam zerstört.

Heute zeugen hiervon immer noch die mittlerweile wieder aufgebauten Gebäude, wie beispielsweise die Frauenkirche hinter mir. Doch nicht nur Gebäude wurden zerstört - es traf besonders unzählige, unschuldige Menschen. Hierzu ein kleiner Rückblick:

Beispiel 1 - Die Bombardierung Dresdens

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 wurden nach damaligen Schätzungen minde-

stens zwischen 250.000 und 500.000 Menschen in Dresden durch Brandbomben der englischen Luftwaffe getötet.

In der Stadt befanden sich zu dieser Zeit nicht nur die rund 600.000 Einwohner, sondern darüber hinaus noch einmal so viele Vertriebene und Flüchtlinge aus Osteuropa. Das war auch den Alliierten bekannt, denn die Stadt war als "Lazarettstadt" deklariert und die Dächer der Häuser waren mit "Rote-Kreuz-Zeichen" versehen. Dresden war kein militärisches Ziel.

Der britische Historiker David Irving zitierte zum 45. Jahrestag der Bombardierung Dresdens den britischen Premierminister Winston L. S. Churchill sehr vielsagend und die damalige Gesinnung der Alliierten entlarvend so:

"Ich will keine Vorschläge hören, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können; ich will Vorschläge hören, wie wir 600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können."

Aber nicht nur Dresden war Ziel dieses Hasses und dieses Vernichtungswillens. Sämtliche deutsche Großstädte und 80 Prozent aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern fielen den Brandangriffen zum Opfer. Mehrere hunderttausend Zivilisten haben durch diesen Vernichtungswahn ihr Leben verloren. Doch Dresden ist leider nur ein Beispiel von vielen. Wie sah das Eingreifen der westlichen Wertegemeinschaft beispielsweise in Hiroshima und Nagasaki oder im Vietnamkrieg aus? Und sind nicht auch Phosphorbomben und angereichertes Uran grausame Kriegswaffen?

Beispiel 2 - Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki in Japan

Am 9. Juli 1945 hatte der japanische Botschafter Sato Naotake in Moskau um Friedensverhandlungen gebeten. Japan stand kurz vor der Kapitulation. Trotzdem startete am Morgen des 6. August 1945 der US-Bomber "Enola Gay" zu seiner Mission, die erste Atombombe über bewohntem japanischem Gebiet abzuwerfen.

In 580 Metern Höhe über der Innenstadt von Hiroshima detonierte diese Bombe und innerhalb von Sekunden zerstörte die Druckwelle 80 Prozent der Innenstadtfläche. Feuer mit einer Innentemperatur von über einer Million Grad Celsius brach explosionsartig aus. Die entstandene Hitze ließ noch Bäume verbrennen, die sich in einer Entfernung von über zehn Kilometern befanden.

Obwohl der US-Regierung die ungeheure Zerstörungskraft der Atombomben bekannt war, wurde für den 9. August ein weiterer Abwurf über der Stadt Kokura angeordnet. Durch die starke Bewölkung an diesem Tag konnte Kokura aber nicht angefliegen werden. Deshalb entschied man sich, die Bombe über Nagasaki abzuwerfen.

Mindestens 155.000 Menschen starben in den beiden Städten sofort und 110.000 verschieden durch radioaktive Verstrahlung qualvollst innerhalb weniger Wochen bis Monate bzw. Jahre danach. Bis heute sterben Japaner an den Spätfolgen. Da es in Folge der radioaktiven Verstrahlung zu Schädigungen des Erbgutes kam, werden über Generationen hinaus Menschen an den Spätfolgen dieser beiden Angriffe großes Leid tragen.

Beispiel 3 - Der Einsatz von Agent Orange im Vietnamkrieg

Die USA setzte das Gift Agent Orange zum ersten Mal im Vietnamkrieg im Jahr 1965 ein. Agent Orange wurde nicht nur als Entlaubungsmittel benutzt, es diente auch zur Zerstörung von Nutzpflanzen. Beim Menschen ruft es vor allem Leukämie, Prostatakrebs, Wirbelsäulensplatt, Nervenleiden, Diabetes und Parkinson hervor. Durch die Anwendung im Vietnamkrieg hatten nach offiziellen Angaben drei Millionen Menschen Folgeschäden und 150.000 Kinder wurden mit Behinderungen geboren. Aber auch heute noch, über 40 Jahre nach dem Einsatz, kommen Kinder mit Behinderungen aufgrund von Agent Orange zur Welt.

Beispiel 4 - Phosphorbomben sind seit den Zusatzprotokollen von 1977 zu den Genfer Abkommen aus dem Jahr 1949 verboten.

Diese Protokolle wurden von 168 Staaten ratifiziert. Das hinderte die US-Regierung aber nicht daran, diese Bomben 2016 im Irak einzusetzen. Die israelischen Streitkräfte setzen weißen Phosphor auch immer wieder mal gegen Palästinenser ein. Neben der Anwendung als Brandbombe wirkt weißer Phosphor dazu auch noch hochgiftig, und schon 50 mg sind für den Menschen tödlich.

Beispiel 5 - Abgereichertes Uran

Abgereichertes Uran ist ein Abfallprodukt der Uran- und Atomindustrie. Das radioaktive und hochgiftige Material müßte unter hohem Kostenaufwand für einen sehr langen Zeitraum in gesicherten Deponien gelagert werden. Diese Kosten sparte sich die westliche Wertegemeinschaft ein, indem sie dieses abgereicherte Uran in Form von Uranmunition, auch DU-Munition genannt, auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt zum Einsatz bringt.

Von den Mitgliedsländern der NATO wurde Uranmunition schon in Serbien, Libyen und dem Irak eingesetzt. Auch bei den aktuellen Kriegshandlungen in Syrien soll diese Munition schon verschossen worden sein. In den Ländern, wo DU bereits verwendet wurde, kommen durch die Schädigung des Erbgutes erschreckend viele mißgebildete Kinder zur Welt, und das kann sich noch über Generationen fortsetzen. In Serbien haben die aggressiven Krebserkrankungen bei Jung und Alt in den letzten Jahren schon ein epidemisches Ausmaß erreicht. Nach Angaben des serbischen Gesundheitsministeriums erkrankt jeden Tag ein Kind an Krebs.

Seit 2007 gab es mehrere Anläufe, DU-Munition zu verbieten, aber die Regierungen der angeblich moralisch hochstehenden Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Israel konnten sich diesen Bestrebungen immer wieder erfolgreich widersetzen.

Beispiel 6 - Feldversuch für neue Generation von Uranbomben in Afghanistan

Seit 2001 wird von den USA und ihren Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Anders als im Irak wurde hier erstmals Munition aus Uranlegierungen mit nicht abgereichertem Uran eingesetzt, die eine katastrophal hohe Kontamination (radioaktive Verseuchung) der Zivilisten hervorrief.

Tests mit einer großen Anzahl von Menschen aus Jalalabad und Kabul zeigten Uran-Konzentrationen im Urin, die 400 % bis 2.000 % über den normalen Werten lagen. Es handelt sich dabei um derart große Mengen, wie sie nie zuvor in Untersuchungen an Zivilisten gemessen worden waren, nicht einmal in Tschernobyl! Eine kanadische Forschergruppe des "Uranium Medical Research Center" (UMRC) wies schon nach einem Jahr extreme gesundheitliche Schäden an Neugeborenen nach.

Ohne Ausnahme wurde jede Person in Afghanistan, die eine Urinprobe abgegeben hatte, positiv auf Urankontamination getestet. Die Konzentrationen waren 100 bis 400 mal höher als jene der Golfkriegsveteranen, die von UMRC 1999 und 2003 im Irak getestet worden waren. Laut UMRC wurde Afghanistan somit als Testfeld für eine ganz neue Generation bunkerbrechender Uranbomben benutzt.

Fazit: Diese Beispiele zeigen, wie die vermeintlich moralisch hochstehende westliche Wertegemeinschaft immer wieder absolut völkerrechtswidrig und zudem mit menschenverachtenden Waffen gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen ist.

Die damalige stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Dr. Angelika Claußen, brachte es 2004 in ihrer Stellungnahme zu den Folgen von Uranmunition so auf den Punkt: "Keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbstherrlich gewählten Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten."

Diese grausamen Verbrechen an der Menschheit wurden bis heute weder vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt, geschweige denn die Schuldigen verurteilt! Im Gegenteil - genau diese und ihresgleichen hetzen ungehemmt zu weiteren Kriegen auf.<<

08.10.2018

BRD: Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtet am 8. Oktober 2018 (x954/...):

>>**Die Scheindemokratie.**

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds "Warum schweigen die Lämmer?"

von Rainer Mausfeld ...

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen. ...

Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.

Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen. Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu

gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft. ...



Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.

Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht. ...

Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

09.10.2018

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 9. Oktober 2018 folgender Bericht über die Folgen des inhumanen Finanzkapitalismus (x1.014/...): >>**Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 1)**

Der Verfall und die politische Krise des Westens

Von *Heinz Kruse* und *Gunther Sosna*

Politische Verantwortungslosigkeit hat den Finanzkapitalismus entfesselt. Namenloses Unheil richtet er an. Es ist zu befürchten, daß grenzenloses Wachstum auch grenzenlose Zerstörung bedeutet. Es reicht aber nicht, das Schicksal und das verantwortungslose Wirken der Politik zu beklagen. Es müssen Wege gefunden werden zur Überwindung einer überholten Politik

und des inhumanen Finanzkapitalismus.

In der repräsentativen Demokratie ist der Souverän zum Zuschauer degradiert. Er soll seine Stimme alle vier Jahre abgeben, dann am besten schweigen und sich um die sozialen Trümmerwüsten kümmern, die der Finanzkapitalismus zurückläßt. Dieser ist längst in die Parteien eingesickert. Er verformt Politik und Recht, und versucht, seine zerstörerische Herrschaft demokratisch zu legitimieren. Noch kann der Souverän eingreifen.

Der Verfall und die politische Krise des Westens

Jede Person hat das Recht auf personale Souveränität. Es ist ihr Menschenrecht auf Selbstbestimmung. Diese Souveränität ist der Kern jedes gesellschaftspolitischen Ansatzes. Wer Freiheit und Gerechtigkeit will, muß also mit der personalen Souveränität beginnen. Doch diese ist bedroht. Der entfesselte Finanzkapitalismus greift nach der politischen Herrschaft. Gelingt der Coup, verschmelzen Staat und Kapital zu einem neuen Faschismus, der die personale Souveränität beseitigen wird. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Machtfrage zu stellen.

Die historische Erfahrung lehrt, daß jede Form von Unrechtssystemen mit der Einschränkung des grundlegenden Menschenrechts auf Souveränität verbunden ist. Ohne die konstitutionelle Verankerung von Souveränität wird die Gesellschaft keine demokratischen und friedlichen Auswege aus der aktuellen politischen Krise finden. Deshalb stehen wir vor einer Grundentscheidung, die unser Land weit über unsere Generation hinaus prägen wird.

Lassen wir es zu, von Politik und Finanzkapital beherrscht zu werden, dann sind Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen wahrscheinlich. Wenn wir Frieden und Gerechtigkeit in einer lebenswerten Umwelt wollen, müssen wir handeln. Ein erster Schritt ist die Ausführung unserer personalen Souveränität.

Die Krise wird sichtbarer und ist durch Propaganda nicht mehr zu überspielen

Unsere gegenwärtige Lage und die sich häufenden Krisen haben eine ihrer Ursachen im selbstherrlichen Handeln der Politik und der damit verbundenen Mißachtung souveräner Bürgerrechte. Eine feudale politische Machtelite, die sich in den hierarchisch organisierten Parteien abgelagert hat und zur inneren Lähmung führte, trug dazu bei, daß sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems Ende der 1980er der Finanzkapitalismus praktisch unkontrolliert entfalten konnte und in der Gegenwart - politisch flankiert - alle Hemmungen verliert.

Mit ihm gibt es weder Frieden in der Welt noch allgemeinen Wohlstand - weder in Deutschland noch in Europa oder sonst wo auf dem Planeten. Im Gegenteil: Die politische, rechtliche und institutionelle Ordnung wird zerstört, das Gemeingut gestohlen, die Menschen um ihre Zukunft betrogen und der Globus geplündert. Die Privatisierung von Wasser, Elektrizität, Schulen, Straßen und Krankenhäusern, der Landraub und die rücksichtslose Rohstoffausbeutung in Lateinamerika und Afrika, die Kriege im Nahen Osten, die grassierende Armut in allen Winkeln und die anwachsenden Flüchtlingsströme sind nur ein paar der offensichtlichsten Folgen ungezügelter Gier.

Der gigantische Reichtum Weniger und das Elend der Vielen sind untrennbar verbunden mit dem Finanzkapitalismus, der sich nun eine demokratische Tarnung anlegt, um aus der Rolle des Brandstifters in die Rolle des Retters zu schlüpfen, dessen zerstörerische Kraft durch den Souverän legitimiert werden soll.

Die politische Führungsschicht stellt sich gegen ihre Bürgerinnen und Bürger

Tausende von Lobbyisten sorgen dafür, daß selbst der letzte Hinterbänkler in den Parlamenten seine Aufgaben haarklein erklärt bekommt. Daß einem Finanzminister ein Goldman-Sachs-Manager als Berater an die Seite gestellt wird, spricht für sich. Die Politik ist zu träge und agiert nicht schnell genug für das Kapital. Zu viele Diskussionen, zu wenig Fachwissen, zu viele Zugeständnisse, zu langatmig sind die Umsetzungsprozesse.

Diese Politik, die in der Kombination mit einer ausufernden Bürokratie und dem repräsentati-

ven System die Wählerinnen und Wähler entmündigt, hat ihre Schuldigkeit getan. Das Kapital will die politischen Zügel selbst in die Hand nehmen. Brüssel hat man praktisch in der Tasche. Etwa 25.000 Lobbyisten, nach Schätzungen von LobbyControl ausgepolstert mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro, nehmen nicht nur Einfluß auf die EU-Institutionen, sondern bemächtigen sich dadurch der Demokratie.

In Frankreich ist das Vorhaben abgeschlossen. Es wurde befürchtet, aber zu spät realisiert, daß Emmanuel Macron kein Weißer Ritter ist, sondern der Vorbote der neuen politischen Kaste aus dem Dunstkreis der Finanzoligarchie, die aus dem Nichts mit Hilfe der Retortenpartei En Marche in die politische Landschaft eindrang, die ausgebrannten Sozialisten beerbte und Macron als Staatthalter mittels demokratischer Wahl auf dem Präsidententhron installierte.

Die Macht des Kapitals wurde so in uneingeschränkte politische Herrschaft verwandelt - die Entrechtung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung offenkundig als Ziel und durch Arbeitsmarktreformen vorangetrieben.

Der zunehmende Widerstand der französischen Arbeiter, an deren Seite die Studenten stehen, die anhaltenden Streiks und eine antikapitalistische Linke, die sich langsam positioniert, zeugen davon, daß Macron als Bluff aufgefliegen ist.

Der Souverän erwacht in Frankreich aus der Lethargie - vielleicht zu spät.

Die Rechtsregierung in Österreich, inhaltlich getrimmt auf nationalistische Parolen und rassistische Hetze, versucht umzusetzen, was dem Kapital gefällt: 12-Stunde-Tage, 60-Stunden-Woche, Sozialabbau, mehr Polizei, mehr Überwachung und eine Armee, die den Inlandseinsatz gegen Demonstranten und Streikende trainiert. Denn das Volk muckt auf und die Jugend mobilisiert, da heißt es wachsam bleiben.

Deutschland ist Vorreiter: Hartz IV, Niedriglohnsektor, Zeitarbeit, Befristungen, Privatisierungswelle, Rüstungssirrsinn, Überwachungswahn und nun in Bayern das Polizeiaufgabengesetz, das in seiner Ausgestaltung an die dunkelsten Zeiten des Nationalsozialismus anknüpft.

Auf den Punkt gebracht: Fast alle Regierungen der europäischen Demokratien bringen den Repressionsapparat gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung in Stellung.

Als Begründung taugen der illegale Flüchtling, der gemeine Moslem, der definitorisch nie erklärte internationale Terrorismus und eine diffuse Bedrohung aus dem Osten, die traditionell im Westen bemüht wird, wenn einem nichts mehr einfällt oder im konkreten Fall die Bedrohung der personalen Souveränität verschleiert werden soll.

Begünstigt wird diese Taktik durch eine Rechte, die Rassismus salonfähig macht und den Nationalismus als Garten Eden verkauft, dessen Tore lediglich für die Schwächsten der Schwachen geschlossen werden müßten.

Aber auch die Linke hat sich beim langen Marsch in die gesellschaftliche Mitte selbst kastriert. Die Sozialdemokratie ist zum sozialen Feigenblatt einer Politik geworden, die den Finanzkapitalismus hofiert. Gemeinsam mit der Linken zeichnen sie sich durch programmatischen Stillstand, innere Zerrissenheit und fehlende Zukunftsfähigkeit aus. Im Ergebnis sind sie bürgerlich verkrustet. Die gesamte politische Administration ist in überholten Denk- und Handlungsmustern verhaftet.

Die Geschichte wiederholt sich

Mit dem Konflikt zwischen den USA und Europa wiederholt sich die Geschichte. Das Bürgertum, das 1914 mit Hurra in den 1. Weltkrieg zog und 1933 in Deutschland den Nationalsozialisten die Weimarer Republik auslieferte, weil es sich nicht mit der Arbeiterklasse identifizieren und verbünden wollte gegen Adolf Hitler und sein Gefolge, rollt heute dem Finanzfaschismus den roten Teppich aus. Angstzitternd flüchtet es sich in Gold, Immobilien und Konten in der Schweiz.

Demütig, mutlos und als Untertanen lassen sie eine Politik agieren, die sich schon längst von der Ordnung des Rechts entfernt hat. Was die bürgerliche Wählerschaft dabei nicht versteht:

Weder rechts, links noch in der Mitte sind sie vor diesem Raubtier sicher, daß keinen Krieg auslassen wird, wenn es etwas zu verdienen gibt. Mehr noch, Kriege und Konflikte sind ihm zum Finanzgeschäft schlechthin geworden.

Lebhaft nimmt man am wöchentlichen Spektakel teil, das zwischen Fußball und Eurovision für Ablenkung sorgt. Immerhin wird man davon abgelenkt, daß man selbst zum Ausbeutungsobjekt des Finanzkapitalismus wird. Der lebendige Finanzkapitalismus, der sich anschickt zum Finanzfaschismus zu mutieren, wendet sich auf der Suche nach Verwertbarem bereits dem Bürgertum zu, weil die ökonomisch abgehängten Schichten abgegrast sind. Sie sind nicht mehr zu schröpfen, sondern werden auf ein absolutes Existenzminimum reduziert. Da ist ansonsten nichts mehr zu holen.

Der Staat zieht sich zurück und die Zivilgesellschaft kann sich im Ehrenamt um die Schacke kümmern. Die ehemals linken Parteien sind in diesem Prozeß als soziale Vorhänge gerade gut genug für die Aufräumarbeiten.

Banker, Selbstständige, Angestellte, die untere und mittlere Führungsebene, Lehrer, Dozenten, die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst - sie alle werden nun zum Objekt der Begierde. Ihre kreditfinanzierten Einfamilienhäuser im Grünen, ihre Grundstücke mit Zaun und Gartenzwerg und ihre kleinen Schätze im Bankschließfach, die sie für Reichtum halten: Der Raubtierkapitalismus wird alles auffressen.

In einer Demokratie bestimmt der Souverän

Aber die auch im Grundgesetz vorgesehene Rolle des Souveräns hat der Bürger in Deutschland nie wirklich eingenommen. Er verblieb nach dem Untergang der Monarchie und des 3. Reichs in der Objektrolle des Untertanen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem "Souverän" eine Parteiendiktatur gleich direkt vor die Nase gesetzt, und im Westen sorgte die repräsentative Demokratie, die sich zur Parteienherrschaft mauserte, für "klare Verhältnisse".

Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Parteien bestand immer Einigkeit darin, die persönliche Souveränität der Menschen darauf zu reduzieren, ihnen einmal in einer Wahlperiode den Gang an die Urnen zu gestatten. Damit diese Pervertierung des demokratischen Gedankens Gemeingut werden konnte, wurden viele Anstrengungen unternommen. Damit stand die eigentliche Entscheidung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nie zur Wahl. Zwischen vorgegebenen Parteien und Themen konnte ein Kreuz gemacht werden, was dann geschah, war den Parteien und den im Hintergrund agierenden Kräften überlassen.

Die politische Administration entwickelte sich zu einer Machttechnokratie, die das Volk in eine Randrolle der Demokratie schicken konnte. Das Modell war so gut austariert, daß sich auch die ehemals systemkritischen Parteien mehr und mehr diesem Grundmodell anpaßten. Die sozialfeindlichen Hartz IV-Regulierungen waren insofern kein Ausrutscher eines Kanzlers Schröder, sondern die logische Folge einer langfristig absehbaren Entwicklung.

Die Gruppierungen in den Parteien steckten ihre Einflußzonen ab. Politische Schwerpunkte schwankten quotal nach Wahlergebnissen. Auch dies war prognostizierbar. So konnte der Philosoph Karl Jaspers schon in den sechziger Jahren zuverlässig die politische Entwicklung zur Diktatur einer Parteienoligarchie aus den damals schon bestehenden Machtstrukturen erkennen und beschreiben. Als der Soziologe Danilo Zolo in den 1990er Jahren sein Buch "Die demokratische Fürstenherrschaft" veröffentlichte, nahm er vorweg, was heute Alltagswissen ist:

Die Parteien entmündigen die Wähler

Sie haben es geschafft, das Menschenrecht auf Souveränität in eine formale und somit inhaltsleere Hülle zu verwandeln. Die Parteiführungen befehlen und die Fraktionen folgen. Und das Volk steht als staunender, erschrockener Zaungast am Rande des Geschehens. Die Lage zeigt: Maßgeblich für die derzeitige politische Form des Staates ist nicht der Souverän, sondern die

wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen.

Ein mutiger Schritt als Ausweg

So komisch es sich anhören mag: Die sichere Seite gibt es nicht, aber es existiert ein Ausweg, den das Bürgertum und die Abgehängten gemeinsam erzwingen können und im Angesicht der ökologischen Zerstörungen und der wachsenden Kriegsgefahr auch müssen. Wenn der Mensch als Gattung überleben will, muß sich die Art des Wirtschaftens ändern. Dazu braucht es eine Abkehr vom Finanzkapitalismus und eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung.

Eine demokratische Welt mit einer lebenswerten Zukunft wird der Bevölkerung nicht geschenkt. Sie muß sie selbst herstellen - mit Mut und Tatkraft. Der erste Schritt ist eine Verfassung vom Volk. Mit ihr wird die personale Souveränität in eine politische Form gebracht. Ist dieser Schritt vollzogen, können die politischen Maßnahmen angegangen werden, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sichern. Der Weg führt über eine gewaltlose Massenbewegung, die die Machtfrage nicht nur formuliert, sondern politisch stellt!

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e.V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

10.10.2018

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebesen erscheint am 10. Oktober 2018 folgender Bericht über die Scheindemokratie (x1.014/...): >>**Die Scheindemokratie**

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert

Hinweis zum Rubikon-Beitrag: Der nachfolgende Text erschien zuerst im "Rubikon - Magazin für die kritische Masse", in dessen Beirat unter anderem Daniele Ganser und Rainer Mausfeld aktiv sind. Da die Veröffentlichung unter freier Lizenz (Creative Commons) erfolgte, übernimmt KenFM diesen Text in der Zweitverwertung und weist explizit darauf hin, daß auch der Rubikon auf Spenden angewiesen ist und Unterstützung braucht. Wir brauchen viele alternative Medien!

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds Buch "Warum schweigen die Lämmer?"

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer

Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen.

Mit dieser orwellischen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatorischen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken. ...

Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann.

Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.

Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen.

Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft.

Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen. ...

Eine Elitendemokratie stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen

und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei.

Um den Status der jeweiligen Machteliten zu sichern, sind diese darauf angewiesen, sich gegen demokratische Ansprüche abzusichern.

Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der - vor allem in den periodischen Wahlen - als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte.

Wie läßt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten? Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten läßt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen.

Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt.

Der mit ihnen verbundene systematisch geplant und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozeß gleicht in seinen an die Wurzeln gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer "Revolution von oben", also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozeß ruht wesentlich auf zwei Säulen.

Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, daß die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so daß Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat.

Dieser Transformationsprozeß besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen lassen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, daß sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind.

Zudem muß die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so 'weiterentwickelt' werden, daß die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muß insbesondere so beschaffen sein, daß er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und daß er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann.

Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren

läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.

Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht.

In diesem Sinne sind sie totalitär, so daß der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem "invertierten Totalitarismus" spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist.

Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt.

Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen "kapitalistischen Elitedemokratie", in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen.

Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitedemokratien.

Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

Dieser Beitrag erschien am 06.10.2018 bei Rubikon - Magazin für die kritische Masse.<<

11.10.2018

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 11. Oktober 2018 folgender Bericht über das Recht auf Selbstbestimmung (x1.014/...): >>**Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 2)**

... Die Verfassung vom Volk als politischer Befreiungsschlag

Von *Heinz Kruse* und *Gunther Sosna*

Der Zerfall politischer Strukturen ist in vielen europäischen Ländern weit vorangeschritten, auch in Deutschland. Die politische Krise droht sich zu einer Staats- und Kulturkrise auszuweiten, die die Gesellschaft sprengt. Um dem zu entinnen, werden die Menschen die Grundsatzfrage nach der politischen Macht und ihrer Legitimation stellen müssen. Echte personale Souveränität bedeutet, ein Verfassungsreferendum für eine Verfassung vom Volk durchzuführen.

Die Verfassung vom Volk als politischer Befreiungsschlag

Der erste Schritt einer notwendigen politischen Veränderung beginnt damit, daß die Menschen

die Macht- und Legitimationsfrage stellen und beantworten. Sie müssen dafür ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht einklagen. Sie brauchen auch den Artikel 146 des Grundgesetzes nicht, nachdem sich das Volk eine Verfassung geben kann.

Die Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung - auf ihre "personale Souveränität". Sie ist der Ausgangspunkt für jede freie, demokratische Gemeinschaft und über sie führt der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise.

Souveränität - Das Menschenrecht auf Selbstbestimmung

In den vorchristlichen Gesellschaften Nord- und Mitteleuropas war ein Mensch souverän, wenn er über seinen eigenen Hals bestimmen konnte. Die souveräne Person bestimmte selbst über ihre Belange, ihr Schicksal lag in den Händen der Götter. Jede Form einer ungerechten Herrschaft ist mit einer Einschränkung der personalen Souveränität verbunden.

Die personale Souveränität als Recht verschwand. Mit Bezug auf "höhere Rechte" bestimmten im Mittelalter fortan Kirchenfürsten im Zusammenspiel mit einer feudalen Oberschicht die Geschicke der Gemeinschaft. Das angeblich höhere Recht, das die personale Souveränität verdrängte, diente zur Legitimation der auf Landbesitz und religiöser Ideologie begründeten Feudalherrschaft. Um diese abzusichern, wurde die mediale Vermittlung von Herrschaftsansprüchen immer wichtiger.

Durch neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse wurde diese Ordnung zu Beginn des 16. Jahrhunderts in großen Teilen des heutigen süddeutschen Sprachraums in Frage gestellt. Triebkräfte waren nicht nur Reformen wie Martin Luther, sondern vor allem auch Sozialrevolutionäre wie Thomas Müntzer, die neben der kirchlichen Erneuerung eine gerechte Umverteilung des Reichtums forderten.

Doch diese Seite der weltlichen Ordnung sollte unangetastet bleiben. Deshalb stützten die sogenannten fortschrittlichen Feudalherren Martin Luther und nicht Müntzer. Die Auseinandersetzungen mündeten im deutschen Bauernkrieg, der für die Aufständischen mit einer vernichtenden Niederlage endete.

Die Revolution des gemeinen Mannes zeigte dennoch den unbedingten Willen zur gesellschaftlichen Veränderung. In den "Zwölf Artikeln von Memmingen" formulierten die Bauern eigene Menschen- und Freiheitsrechte. Ihre Versammlungen, die zu den zwölf Artikeln führten, gelten als erste verfassungsgebende Versammlung auf deutschem Boden.

In der Epoche der Aufklärung im 18. Jahrhundert kam es zu dem revolutionären Anspruch, die Freiheit des Menschen durchzusetzen. Der Mensch wurde als mündiges Wesen angesehen. Sein Wille sollte nicht durch ein höheres Wesen oder durch andere Menschen, die eine höhere Stellung in der Gesellschaft einnahmen (Adel und Klerus) bestimmt oder eingeschränkt werden. Die Aufklärung führte so zu einer fundamentalen Bibel-, Religions- und Staatskritik, die bis in die Gegenwart wirkt. Seitdem ist Souveränität der Ausgangspunkt für die Befreiung vom politischen Zwang und vom religiösen Aberglauben und damit maßgebend für die Entwicklung demokratischer Regierungsformen.

Souveränität - Das Recht auf eine Verfassung vom Volk

Wer für sich als Mensch Souveränität beansprucht, der muß auch die Souveränität anderer Menschen akzeptieren. Die wechselseitige Akzeptanz von personaler Souveränität erfordert ein Gesellschaftsmodell, das aus Freien und Gleichen besteht. Insofern stehen Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung für eine friedliche Gemeinschaft von Gleichberechtigten.

Wer über sich selbst frei bestimmen kann, soll auch frei und selbstbestimmt die Form und Regeln (Gesetze) der Gemeinschaft (Clan, Stammesverband, Staat) festlegen, in der er als soziales Wesen lebt. Dieser Anspruch drückt sich unter anderem im Artikel 20 Grundgesetz aus, in dem festgelegt ist, daß alle Macht vom Volk ausgeht. Dieser Anspruch wird mit einer "Verfassung vom Volk" aufgegriffen, um ihn in reale Politik umzusetzen.

Die Souveränität der Person und der Gemeinschaft von Personen steht vor dem Staat. Die

Entscheidung über die Form des Staates wird gemeinschaftlich als Summe der souveränen Entscheidungen getroffen.

Dazu hier schon ein vorausgreifender Hinweis: Die personale Souveränität ist streng zu trennen von der Frage der nationalen Souveränität und einer bestimmten Form der Gemeinschaft. Insofern sind alle Ansätze zurückzuweisen, nach denen Souveränität automatisch mit einer bestimmten Form der Gemeinschaft verbunden ist - wie zum Beispiel mit einem Nationalstaat.

Eine Gemeinschaft kann ihren Gemeinwillen in Normen und Regeln formulieren - als Gesellschaftsvertrag, Verfassung und Recht. Sie gelten in einem umfassenden Sinne für die Gemeinschaft. Daraus folgt, was von den Denkern der Aufklärung formuliert wurde: Der Souverän steht vor dem Recht und vor der Verfassung. Die Gemeinschaft der Freien und Gleichen ist die Zusammenführung souveräner Personen zur Gemeinschaft (heute als Volk bezeichnet), die als verfassungsgebendes Subjekt und somit als Institution handelt. Sie tritt aber nicht an die Stelle der personalen Souveränität, sondern sie ergibt sich aus ihr.

Mit Blick auf unsere gegenwärtige gesellschaftspolitische Situation bedeutet dies auch, daß die jeweilige Gemeinschaft der souveränen Bürgerinnen und Bürger die Grundentscheidung über Form und Inhalt einer Verfassung trifft - gleich, ob dies eine Verfassung für Deutschland oder Europa ist. Das bedeutet, wir - die Menschen in Deutschland - haben das Recht zu entscheiden, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Vor allem können wir Ordnung und Regeln festlegen, in denen Politik handeln kann und mit denen wir in die Politik eingreifen wollen.

Die Realisierung dieses Rechts wird aber blockiert mit angeblich höheren Rechten und Werten wie die der Gemeinschaft der Europäer, internationale Bündnisse, angebliche Rechte auf die Sonderstellung von Religionen, und es wird vor allem medial-propagandistisch verwässert und als "nationalistisches Übel" diskreditiert. Es sind konkrete Interessen, die hinter dieser Blockade stehen.

Von der Parteiendemokratie zur Feudalherrschaft der Parteien

Die Parteien haben in dem Geflecht von kapitalistischen, politischen und militärischen Interessen immer die Interessen ihrer Völker gleichgesetzt mit dem angeblichen ideellen Gesamtinteresse der jeweiligen Nation.

Tatsächlich aber reduzierte sich dieses auf die Kapitalinteressen. So konnte sich die Politik der Parteien darauf beschränken, den bürgerlichen Staat mit Gesetzen und Verordnungen zu regulieren, die die wirtschaftliche Ordnung aufrechterhielten.

Das Privateigentum und die freie Verfügung über die sogenannten Produktionsfaktoren standen im Zentrum der Rechts- und Ordnungsentwicklung. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in ihm agierende Kapital und die nur mühsam zu verschleiernde Klassengesellschaft, die sich in der Gegenwart immer deutlicher in wenige besitzende und sehr viele nicht besitzende Menschen ausdifferenziert, wurden abgesichert.

Geschichtlich hat sich daraus ein Zusammenspiel von politisch-bürokratischer Obrigkeit und wirtschaftlicher Interessenpolitik entwickelt. In Deutschland läßt sich nachverfolgen, wie der Obrigkeitsstaat von der Kaiserzeit, über den Faschismus bis in die Bundesrepublik funktionierte.

Zur kapitalistischen Umformung der Souveränität

Kapitalistische Wachstumsinteressen haben den Weg von der Umformung der personalen zur nationalen Souveränität vorgegeben. Die heutige Demokratie wurde zur Zeit der Postkutschen entwickelt. Die Bevölkerung war zu großen Teilen des Lesens und Schreibens nicht mächtig. Demokratie war aufgrund der Entfernungen selbst in kleinen Ländern und wegen des durchschnittlichen Bildungsstandes nur als repräsentative Form praktisch möglich. Diese Zeit ist zwar lange vorbei, aber die alten Formen und verkrusteten Strukturen von Politik blieben be-

stehen, weil sich in der Politik isolierte Machtstrukturen entwickelt hatten.

Gegenwärtig bestehen alle technischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen, um die repräsentative Demokratie durch Unmittelbarkeit demokratischer Entscheidungen nicht nur zu ergänzen, sondern auch zu ersetzen.

Die Weiterentwicklung der Demokratie fand in den parallel zu den Parteien entstandenen heutigen Bürokratien und vor allem mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus ihre Grenzen. Der Kapitalismus sorgte schon in seiner Frühphase für eine ihm genehme Politik, denn er braucht ungehindertes Wachstum. Als dies - schon in seiner historisch frühen Phase - erstmals an innerstaatliche Grenzen stieß, begann die äußere Expansion als imperialistische "Aufteilung der Welt". Diese erwies sich als eine Mischung aus Völkermord, Sklavenhandel, Rohstoff- und Landraub. Als die äußere imperiale Expansion beendet war, kam es in logischer Konsequenz von Expansion und Wachstum zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Krieg der europäischen Großmächte.

Die Entwicklung der Nationalstaaten spiegelt die unterschiedlichen Phasen wider. In der frühen Phase war die Bildung von Nationalstaaten mit einer auf die kapitalistischen Bedürfnisse abgestellten Rechtsetzung eine unumgängliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Nachdem die inneren Machtstrukturen geregelt waren, bedurfte es in der Folgephase einer "aggressiven militärischen Option", um die wirtschaftliche Expansion zu flankieren. Marktentwicklung und Kriege um die Aufteilung der Welt wurden zum jeweiligen nationalen Anliegen des europäischen Imperialismus.

Personale Souveränität und wirtschaftlicher Imperialismus schließen sich aus. Wenn Kapitalismus und Militärinteressen dominieren, kann es weder eine friedliche Gesellschaft noch Freiheit und Gleichheit geben.

Deshalb hatte die personale Souveränität - der Grundgedanke der Aufklärung - keine Chance zur Entfaltung. Sie ging aber nicht einfach unter, sondern wurde nationalistisch umformuliert. Die personale Souveränität wurde als Souveränität der neu entstandenen Nationalstaaten pervertiert. Aus der personalen Souveränität - der Selbstbestimmung - wurde die staatliche Souveränität: das nationalstaatliche gemeinsame Interesse.

Gleichgültig war, ob es sich um das Britische Empire oder um das Deutsche Reich handelte, die kapitalistischen Expansionsinteressen wurden zum Motor nationalistischer Allgemeininteressen. Ob Ausbeutung, Sklaverei, Massenmord oder Krieg: Das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger hatte sich diesem angeblichen Gemein- oder Gesamtinteresse der Nation unterzuordnen. Nationale Macht und Souveränität wurden ungefragt als höhere Rechte angesehen. Die maßgebliche Mitwirkung von Religionen bei der Durchsetzung imperialer Interessen soll nur am Rande erwähnt werden.

Die Parteien schlüpfen aus ihrer Rolle, nur Teil der Gemeinschaft zu sein, in die Position der nationalen Sachwalter. Im Ergebnis wurden Parteivertreter die neuen Feudalherren, die in eigener Regie ihren Regierungschef - den neuen Monarchen - kürten. Die Bürgerinnen und Bürger konnten bei Wahlen noch bestimmen, wie die Zusammensetzung der Fürstenhöfe aussah, aber vom eigentlichen Geschehen blieben sie ausgeschlossen. Ihre Souveränität wurde ihnen genommen - und sie haben sich ihre Souveränität auch nehmen lassen.

Dies führte zu einer Lücke im demokratischen Parteienstaat. Denn Volk und Parteien entwickelten sich auseinander. Die Lücke wurde aber nicht durch eine Belebung der personalen Souveränität geschlossen, sondern ausgepolstert durch die immer mächtiger gewordenen Wirtschaftsinteressen - vor allem der Rüstungs- und Schwerindustrie. In wachsendem Maße wurden politische Entscheidungen durch die Entwicklung des Kapitalismus vorgegeben.

Vom nationalen Staat der Großindustrie zum Internationalismus des Finanzkapitals

Mit der technologischen Erneuerung durch die Informationstechnologie und vor allem mit der

durch die möglichen Vernetzung sehr unterschiedlicher Wissenschaftsbereiche war die großtechnologische Massenproduktion überholt. Es entstand parallel mit der Digitalisierung ein globaler Finanzkomplex.

Die Phase der Massenproduktion (Fordismus) hatte die nationalen Interessen, die Parteien, Gewerkschaften und industrielle Konzerne der Massenproduktion verbunden. Die Phase der klassischen Industrie wurde durch den Finanzkapitalismus beendet. Das angeblich "gemeinsame nationale Interesse" zwischen einer reichen Oberschicht und dem "gemeinen Volk" löste sich auf.

Mit dem Ende des Sozialismus, der den Wandel markierte, wurden die angeblichen nationalen Allianzen aufgelöst. Die Superreichen des Finanzkapitalismus handelten global. Und global wurden Mittel- und Unterschichten zu Ausbeutungsobjekten. In Deutschland kam dies mit Zeit- und Leiharbeit sowie mit Hartz IV auf den Punkt. Es entwickelte sich ein globaler Kampf Arm gegen Reich, wie ihn Warren Buffett so treffend als "Krieg von Reich gegen Arm" beschrieben hatte. Gleichzeitig verloren - vor allem in Europa - die Nationalstaaten als Adressat wirtschaftlicher Regulierungswünsche dramatisch an Bedeutung.

Der Finanzkapitalismus ist ausschließlich an Zins und Zinseszins orientiert. Die Maßstäbe für die Erlangung von Reichtum verschoben sich. Die materielle Produktion wurde für die Geldprofite weniger wichtig und die spekulativen Zins- und Zinseszinsinkünfte gewannen an Bedeutung. Die Generierung solcher Einkünfte setzte jedoch vergleichbare und insbesondere frei konvertierbare Währungen und jeglichen Abbau von Transferschranken voraus. Diese Aufgabe erfüllten - freiwillig, gekauft oder gezwungen - die Parteien.

Als regulierende Erfüllungsgehilfen des neu gewachsenen Finanzkapitalismus lösten sie vor allem folgende Aufgaben:

- die Schaffung homogener Finanzmärkte
- den Abbau jeglicher Regulierungen von Zins- und Geldmenge
- den Schutz der Spekulanten vor Verlusten (Bankenrettung)
- die Beibehaltung und Stützung des Dollars als weltweite Leitwährung
- die militärische Flankierung des globalen Finanzimperialismus

Die Wünsche des Finanzkapitalismus erfüllten die Europäer unter massivem Druck der deutschen "Volksparteien". So kam es zur Einführung des Euro, der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Sicherung für Spekulanten mit der sogenannten Bankenrettung. Weitere Schritte werden folgen: zum Beispiel die Verlagerung nahezu aller finanzpolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene.

Die Sicherung der Ziele, und war vorwiegend eine "Gemeinschaftsaufgabe" unter Führung der US-Regierung, die mit Kriegseinsätzen (Irak, Libyen, Syrien und einige Länder in Südamerika) erfüllt wurden.

Dieser Prozeß verlief nicht chaotisch oder zufällig. Beispielhaft sind die Maßnahmen der Euro-Einführung, der Finanzmarktliberalisierung und der Bankenrettung. Auch die Durchsetzung begleitender Maßnahmen wie die Hartz IV-Reformen war Plan einer neuen Politik. Zusätzlich gab es die unkontrollierte Steigerung der Geldmenge, die Beschleunigung von Spekulationen durch Geldmengensteigerung und den Abbau sozialstaatlicher Standards.

Die Parteien, nicht nur in Deutschland, zeigten sich als willige Verbündete des Finanzkapitalismus. Im Ergebnis gewann dieser immer größere Gestaltungsräume und steigerte als reiner Geldkapitalismus einerseits den Reichtum weniger Menschen und Gruppen ins Unermeßliche, während parallel eine Welt der Ausbeutung von Mensch und Natur entstand - die zwingende Voraussetzung unermeßlichen Reichtums. Inzwischen, so scheint es, hat sich die Politik den Bedingungen dieses Finanzkapitalismus bis zur völligen Selbstaufgabe unterworfen.

Die Zerstörung des Rechtsstaats

Derzeit wiederholt sich die Geschichte. Als die Kolonialisierung abgeschlossen war, kam es

zum Krieg der Industriemächte untereinander. Mit der Wahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump wurde ein Prozeß eingeleitet, der als Mischung von Handels- und Wirtschaftskrieg angesehen werden kann. Die globalen Finanzakteure treiben ihre Länder in kleine und immer größere Konflikte. Sie werden als Handelskrieg, Landraub, Migration und als Krieg gegen die eigenen Bevölkerungen geführt - es ist der Krieg Arm gegen Reich. Noch ist offen, ob sie (die Reichen) ihn tatsächlich gewinnen.

Parallel vollzieht sich, was mit zwischenstaatlichen (Freihandels-)Verträgen vorbereitet wurde: Die Maßnahmen der von privatwirtschaftlichen Interessen gelenkten Verwaltungsbürokratie in den Nationalstaaten und in Europa zerstören den Rechtsstaat und ersetzen ihn durch bürokratische Regulierung, die zur Willkürregulierung mutiert.

Europa ist auf dem Weg aus Bürgerinnen und Bürgern wieder das zu machen, was ihre Ahnen vor der Aufklärung waren: besitzlose und entrechtete Untertanen, die ihre Souveränität ökonomisch und politisch verloren haben. Allerdings müßten sie sich heute sagen lassen, daß sie es geschehen ließen. Aus der Möglichkeit demokratischer Selbstbestimmung wurde die selbst verschuldete - durch unterlassenes Handeln erzeugte - neue Unmündigkeit. Allein mit reiner Kritik und lauter Meckerei werden die Verhältnisse nicht geändert. Eine grundlegende Änderung der Politik erfordert - wie das Beispiel der DDR zeigt - die politischen Verhältnisse auf den Punkt zu bringen und die Macht- und Legitimationsfrage zu stellen.

"Wir sind das Volk" - diese Forderung schloß 1989 einen Selbstbestimmungsanspruch ein. Dieser muß auch heute am Anfang stehen. Dabei sollte jedem klar sein, daß es diesmal nicht um etwas mehr oder weniger Wohlstandsstaat geht, sondern um die Zukunft im eigentlichen Sinne des Wortes.

Das parteipolitische Dilemma in Europa

Was wäre die Alternative? Die Parteien stecken in einem mehrfachen Dilemma. Der Finanzkapitalismus stößt an Grenzen. Sie zu überschreiten beschleunigt entweder ein absehbares Finanzchaos oder Kriege - im schlimmsten Falle trifft beides zusammen. Die Politik muß daher immer häufiger Maßnahmen durchsetzen, die objektiv gegen die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerichtet sind. Dies trifft zwar auf alle Parteien zu, aber sichtbar wird es in erster Linie bei den ehemals sozialen und links ausgerichteten Gruppierungen. Sie sind von Erosions- und Spaltungsprozessen bedroht.

Der innere Zusammenhalt in den Parteien geht verloren. In vielen europäischen Ländern ist der Zerfallsprozeß politischer Strukturen weit vorangeschritten. Auch in Deutschland ist die Entwicklung nicht mehr zu übersehen. Die Folge wäre, daß sich die politische Krise zur allgemeinen Staats- und Kulturkrise ausweitet.

Noch scheint die Denationalisierung mit der europäischen Karte einen Ausweg zu bieten. Je gravierender die Verstöße gegen das Allgemeinwohl sind, je mehr muß sich die Politik um eine Ersatzlegitimation ihres Handelns bemühen. Zu diesem Zweck wird alles getan, um die Regulierungen auf einer übernationalen Ebene zu verankern. Adressen sind die EU oder hilfsweise die UNO. Dieses Vorgehen wird begleitet von europäischen Verwaltungsverfahren, die immer undurchsichtiger und sinnloser werden. Zudem verbergen sich hinter vielen Maßnahmen verdeckte Interessen des Finanzkapitals.

Um diese Interessenpolitik zu vertuschen, wurde ein bürokratischer Apparat aufgebaut, der Regulierung im Übermaß durchführte. Diese Überregulierung ist wie ein verschleiender Nebel. Im Ergebnis von immer mehr Regulierung verbirgt sich die Durchsetzung von Interessen nicht nur gegen europäische Bürgerinnen und Bürger, sondern gegen alle Menschen, die von dieser Politik betroffen sind.

Die Macht Europas ist weder demokratisch legitimiert, noch gründet sie sich auf Vernunft oder Kompetenz. Das hat zu einer überdimensionierten Regulierungsbürokratie geführt, die in diktatorischer Selbstherrlichkeit und an innerer Starre und Verkrustung dem Zentralkomitee

der KPdSU gleicht.

Das bürokratische Europa hat fast von Beginn an unter der verschleiernnden Formel der Konstitutionalisierung der europäischen Verträge eine verfremdete bürokratische Herrschaftsform entwickelt. Sie ist dem politischen Zugriff der Bürgerinnen und Bürger vollständig entzogen. Deshalb fehlt Europa selbst der Schein einer demokratischen Legitimation. Da aber im hohen Maße immer weitere Lebensbereiche in die europäische Kompetenz fallen, leiden auch die Staaten - leidet vor allem Deutschland - an der fehlenden Legitimation seiner politischen Machteliten und ihrer Apparate.

So wächst die Entfremdung von Regierenden und Regierten scheinbar bürokratisch, tatsächlich aber feudalistisch und interessengeleitet. Das genau markiert den Punkt der sogenannten Parteienkrise, die inzwischen alle europäischen Länder erreicht hat.

Die Büchse der Pandora schließen

Mit welcher Taktik auch immer - letztlich ist die Politik gezwungen, gegen ihren Souverän zu handeln. Sie muß auf "Teufel komm raus" die Souveränität ihrer Bürgerinnen und Bürger aushebeln. Somit kehrt der Feudalismus, gegen den sich der gemeine Mann erhob, auf einer höheren Bühne zurück. Denn zur Feudalherrschaft einer politischen Gruppe kommt die Willkür einer politischen Administration, die sich immer weiter von der Ordnung des Rechts entfernt. Deshalb helfen weder Parteineugründungen, noch Kritik, noch gut gemeinte Alternativ- oder gar Reformvorschläge gegenüber den etablierten Parteien.

Sie können nicht zurück, weil sie mit der Liberalisierung der Finanzmärkte die Büchse der Pandora geöffnet haben. Das Finanzkapital ist inzwischen so mächtig geworden, daß keine Partei die Möglichkeit hat, die einmal geschaffenen Spekulationsfreiräume wieder zu regulieren. Jedes Land im weltweiten Verbund kann durch gezielte Spekulationen in eine finanzielle Schieflage getrieben werden. Die Parteien stecken in einer Falle, an deren Konstruktion sie eifrig mitgewirkt haben. Wenn diese Finanzblase platzt, was über kurz oder lang passieren muß, bleibt nur ein Ausweg: ein großer Krieg. Zerstören und wieder aufbauen - der ewige Teufelskreis des Kapitalismus.

Um diesem Tunnel zu entinnen, werden die Menschen die Grundsatzfrage nach der Souveränität stellen müssen: Es ist gleichzeitig die Macht- und Legitimationsfrage.

Für jeden Einzelnen wird es ein kleiner Schritt des aktiven Handelns sein, und ein gewaltiger für Deutschland, Europa und die Welt: Die Souveränität wirklich zu leben und ein Verfassungsreferendum für eine Verfassung vom Volk durchzuführen.

Ergänzungen

Artikel 146 Grundgesetz: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Quelle: <https://dejure.org/gesetze/GG/146.html> (abgerufen: 04.08.2018)
Warren Buffett ist ein US-amerikanischer Großinvestor, Unternehmer und Dollarmilliardär. In einem Interview mit Ben Stein für die New York Times (vom 26. November 2006) sagte Buffett: "There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning." (abgerufen am 04.08.2018)

Die friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) führte ab Herbst 1989 zu Massendemonstrationen unter anderem in Dresden, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin. Hunderttausende Menschen protestierten mit dem Ruf "Wir sind das Volk" gegen die politischen Verhältnisse im Land. Gefordert wurde vor allem das Ende der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), eine demokratische Neuordnung, die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit und Reisefreiheit.

Die friedliche Revolution, die mit der Parole "Keine Gewalt!" ihre Ziele verfolgte, trug maß-

geblich zum Ende der SED-Herrschaft bei, leitete den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie ein und ermöglichte die deutsche Wiedervereinigung: den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990.

Das Zentralkomitee (ZK) gehört in den Strukturen der kommunistischen Parteien zu den obersten Entscheidungsgremien. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) war eine kommunistische Partei in Sowjetrußland und der Sowjetunion. Sie wurde 1918 nach der Oktoberrevolution in Rußland von Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands in Kommunistische Partei Rußlands umbenannt. 1952 erfolgte die Umbenennung in Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e. V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

13.10.2018

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 13. Oktober 2018 folgender Bericht über Strategien zur gesellschaftlichen Erneuerung (x1.014/...): >>Die Entscheidung - Kapitaldiktatur oder Souveränität der Menschen (Teil 3)

... Die gewaltlose Massenbewegung und die politische Machtfrage

Von *Heinz Kruse* und *Gunther Sosna*

Die Parteienbürokratie hat erhebliche Legitimationsdefizite. Sie ist in zentralen Fragen der Gestaltung einer modernen Gesellschaft praktisch handlungsunfähig, was sich in Krisen und einem Verlust der Zukunftsfähigkeit äußert.

Im Angesicht von Militarismus, Umweltzerstörung und sozialer Erosion stehen die Menschen in Deutschland vor einer grundsätzlichen Entscheidung: Entweder sie lassen die Politik und das enthemmte Finanzkapital weiterhin gewähren, dann ist eine dunkle Zukunft zu erwarten, die im Zusammenbruch der Zivilisation enden kann, oder sie nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände und bauen sich auf der Grundlage der Selbstbestimmung eine menschliche, soziale, ökologisch verantwortliche und freie Gesellschaft auf.

Eine politische Strategie zur gesellschaftlichen Erneuerung

Eine notwendige demokratische Erneuerung stößt auf Hemmnisse, die in den Strukturen aus Parteienfilz und Bürokratie stecken und vor allem in den verdeckten Interessen des Finanzkapitals. Einzelaktionen, Petitionen, Demonstrationen, empörte Proteste und selbst konstruktive Kritik prallen an diesen Strukturen ab und machen sie letztlich sogar stärker, weil das Erlebnis des permanenten Scheiterns in der breiten Bevölkerung das Gefühl von Zerrissenheit und Ausweglosigkeit befördert.

Ein Umstand, der den herrschenden Parteien ins Kalkül paßt. Ihre Gleichförmigkeit wird kaum noch wahrgenommen, die Diskussionen und Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, werden gegenüber der Öffentlichkeit auf unerhebliche Meinungsäußerungen, Hörensagen und verbale Entgleisungen des "Spitzenpersonals" verkürzt. Geschwommen wird im Flachwasser der politischen Beliebigkeit. Koalitionen werden gewechselt wie ein dreckiges Hemd. Die Fahrtrichtung ändert sich dadurch nicht.

Auswege aus der Demokratiekrise können nur durch eine handlungsfähige Zivilgesellschaft gefunden und erarbeitet werden. Vorausgesetzt, dieser gelingt es, durch Kontinuität Struktu-

ren aufzubauen. Die Zivilgesellschaft muß sich im Sinne politischer Emanzipation positionieren. Erst durch die "Abnabelung vom Alten" entsteht Raum für ein völlig neues Verständnis von Demokratie und Gesellschaft.

Die Grundlage bildet das Recht auf Selbstbestimmung. Aber die Zivilgesellschaft ist zersplittert, in Abertausende von Gruppierungen segmentiert und daher politisch passiv. Diese Trümmerteilchen können keine politische Macht abbilden. Deshalb ist es unstrittig erforderlich, daß sich die vereinzelt Teile und Initiativen - unabhängig von ihrer thematischen Ausrichtung - auf wenige gemeinsame übergeordnete Ziele verständigen und sich zu einer Einheit formieren.

Diese Einheit wird keine neue Partei oder Organisation sein, sondern eine Bürgerbewegung, die durch gemeinsame Ideen und vor allem durch gemeinsames Handeln zusammengehalten wird. Für diese neue zivilgesellschaftliche Kooperationsform bilden lokale und vor allem regionale Plattformen, wie sie zum Beispiel durch Regionalkonferenzen abgebildet werden können, die Orte der verbindenden Kommunikation sowie zur Abstimmung von Handlungsprogrammen.

Denn es gilt, wirksame Aktionen einzuleiten, um politische Positionen nicht nur zu besetzen und zu formulieren, sondern gegen die handlungsunfähige Parteipolitik durchzusetzen, die ihre seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland angehäuften Pfründe gegen die Interessen der Bevölkerung verteidigt.

Aus dem Menschenrecht auf personale Souveränität leitet sich das Recht auf eine Verfassung ab, die sich die Bevölkerung in Deutschland selbst geben kann. Auf der Basis einer Verfassung vom Volk können gemeinsam die Grundlagen einer zukunfts offenen Gesellschaft geschaffen werden: Die politische Kraft der Menschen, die geprägt ist durch Vielfalt, Kreativität und die getragen wird von dem Wissen, daß die Demokratie jedem Einzelnen gehört.

Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Position

Politik und Medien behaupten, daß die herrschende Demokratie aus Parteien und freien Wahlen besteht, flankiert durch zahllose Meinungsumfragen und eine angeblich freie Presse. Diese Melange würde demnach völlig ausreichend sein, um Demokratie abzubilden. Diese Sicht ist nicht nur eine unerträgliche Verkürzung der Realitäten, sondern der gezielte Versuch, den Diebstahl der personellen Souveränität zu verschleiern.

Konsequent wird unterschlagen, daß die Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen - also die personale Souveränität - die Grundlage einer jeden demokratischen Regierungsform ist. Selbstbestimmung ist nicht nur ein Grundrecht, das vor anderen Rechten steht, sondern auch Grundvoraussetzung von Meinungs- und Entscheidungsfreiheit.

Im praktischen Vollzug stellt sich die Selbstbestimmung als notwendige und unverzichtbare Korrektur politischen Handelns dar. Politische Entartungen, die zumeist in totalitären Formen enden, so wie es tendenziell bereits in den wirtschaftlich bedeutendsten Ländern der Europäischen Union zu beobachten ist, haben ihre letztlich Ursache im Fehlen und/oder der Nichtbeachtung dieses Grundrechtes.

Alle Menschen in Deutschland, die in ihrer Vielfalt und Gesamtheit "das echte Wir" der Bevölkerung abbilden, haben das Recht, sich eine Verfassung nach eigenem Willen zu geben. Es ist sogar eine zwingende Notwendigkeit, da der Eintritt in eine durch digitalen Fortschritt geprägte und von Katastrophen bedrohte neue Welt die Einbindung ausnahmslos aller Individuen in die politischen Entscheidungen auf allen Handlungsebenen erfordert.

Die handelnde Position hat in der Demokratie grundsätzlich der Souverän einzunehmen. Aber dieser Souverän, entmündigt durch eine Feudalherrschaft der Parteien, muß sein Recht beanspruchen und einfordern. Mit einem öffentlich gestellten Macht- und Legitimationsanspruch muß der Souverän seinem Recht auf politische Gestaltung Geltung verschaffen. Denn darauf, auf die Gestaltung der Gesellschaft, kommt es in der Demokratie an: Wie wollen wir leben?

Diese Frage ist zentral.

Presseberichte, Kommentare in den Medien und Meinungsumfragen sind lediglich zweitrangig. Es geht im Kern ausschließlich darum, wer die Macht in Händen hält: der Souverän oder ein elitäres Parteienkonstrukt.

Aufhebung der Isolation und Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich klarmachen, daß der einzelne Mensch lediglich Wachs in den Händen der Mächtigen ist. Wirkmächtig werden die Einzelnen dann, wenn sie sich zusammenschließen und zu einer Gemeinschaft vereinigen: Aus gemeinsamem Handeln entsteht soziale Macht.

Soziale Macht muß sichtbar sein. Sie benötigt Strukturen, die als zivilgesellschaftliche Institution erkennbar sind und sie benötigt formale öffentliche Positionen der Zivilgesellschaft. Eine formale Position nehmen Menschen ein, wenn sie sich gemeinschaftlich als Zivilgesellschaft öffentlich positionieren und eine Meinung zum Ausdruck bringen, die erkennbar nicht Einzelmeinung, sondern Meinung einer sichtbaren Gemeinschaft ist.

Die bisher offene Frage ist zu beantworten, wie die Menschen eine gemeinschaftliche Position erreichen können. Durch neue zentralistische Organisationen, wie sie schon x-fach durch Parteien oder Nichtregierungsorganisationen abgebildet werden, ist dies nicht möglich. Der Weg führt über die sich selbst organisierende Massenbewegung:

Die Menschen sollen und müssen ihre Vielfalt erhalten und damit die notwendige Breite einer echten Bewegung - mit all ihrem Wissen und ihrer Kreativität. Denn die Stärke der Zivilgesellschaft liegt in ihrer Dezentralität und damit in ihrer Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Beides ist für eine neue Politik und für den Eintritt in die kommende Wissensgesellschaft unerlässlich.

Der Plattform-Gedanke, der die digitalisierte Wirtschaftswelt immer deutlicher prägt, ist als Lösungsform für das Politische zielführend. "Wir" wollen eine dezentrale beziehungsweise regionale Organisation der Zivilgesellschaft. Dieser basisdemokratische Ansatz soll den traditionellen Ansatz der Regionalisierung mit der Digitalisierung verbinden. Die klassische Form des dezentralen Widerstandes soll mit den digitalen Möglichkeiten der Vernetzung und der Kampagnenführung verbunden werden.

Die Idee einer Massenbewegung geht von dezentral agierenden Gruppen aus, die durch Absprachen, gemeinsame Zielsetzungen und koordiniertes und gebündeltes Handeln miteinander verbunden sind. Sie bilden - trotz fachlicher und sachlicher Unterschiede - eine gemeinschaftliche Gruppe, eine Bewegung.

Die Form dieser Verbindungen läßt sich in Deutschland durch Regionalkonferenzen der Zivilgesellschaft darstellen. Sie sind die Plattformen für die Bildung politischer Alternativen, seien sie fachlicher Art - wie zum Beispiel im Umweltschutz oder der Sozialpolitik - oder seien sie politischer Natur - wie beispielsweise in einer digitalen direkten Demokratie.

Regionalkonferenzen - Moderne Plattformen und Institutionen der Zivilgesellschaft

Regionalkonferenzen sind eine politische Plattform für die Bürgerinnen und Bürger eines definierten Raumes. Sie sind flächendeckend umsetzbar und im Selbstverständnis Einrichtungen der Zivilgesellschaft: regional gegliedert, formal vergleichbar und eigenständig gegenüber staatlichen und kommunalen Behörden.

Regionalkonferenzen können in einer künftigen Bürgerdemokratie die offiziellen Vertretungen der Zivilgesellschaft sein und gegenüber politischen Entscheidungsgremien eine mitwirkende und kontrollierende Funktion einnehmen. Sie ersetzen keine unmittelbaren Volksabstimmungen, sind aber an die Ergebnisse von Volksabstimmungen gebunden, soweit sie davon betroffen sind.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer abgehoben agierenden Parteienherrschaft sind Regionalkonferenzen als Vorgriff auf die künftige Selbstorganisation der Zivilgesellschaft zu

verstehen und einzurichten. Deshalb sind sie von Anfang an gebunden an demokratische Formen bei der Themenauswahl, der Meinungsbildung und der politischen Entscheidung.

Im Hinblick auf politische Reformen fungieren Regionalkonferenzen als dezentrale Plattformen, die nach innen in die Region wirken und nach außen mit anderen Regionen kommunizieren und kooperieren.

Sie sollen:

- die Meinungsbildung zu Sachfragen und politischen Themen befördern,
- aus politischer Sachkenntnis und Erfahrung Positionen formulieren,
- diese Positionen veröffentlichen und durch Meinungsbefragungen und demokratisch organisierte Entscheidungsverfahren als Bürgerposition in den öffentlichen Raum stellen und damit eine von den gelenkten Medien unabhängige und unverwechselbare Position begründen und verbreiten.

Sie sollen zudem:

- Reformansätze politisch stärken und Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gruppen und aktiven Personen schaffen und zur Formierung einer neuen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Bewegung führen
- Zu neuen Verbindungen anregen,
- Zukunftslösungen und politische Positionen vertreten und erarbeiten und Grundlagen für eine zukunftsorientierte Bürgerdemokratie schaffen.

Schon in der Startphase einer politisch handlungsfähigen Zivilgesellschaft wird strategischen Aspekten einer zukunftsorientierten Bürgerdemokratie entsprochen. Von Anfang an wird die traditionelle Konferenzform mit Beratungen und Entscheidungen und mit neuen Formen einer digitalen Demokratie ausgestattet.

Diese Formen sollen über reine Abstimmungsfragen, die sich traditionellen Ja-Nein-Entscheidungsmustern bedienen, deutlich hinausgehen, um eine digitale Mitwirkung bei der Themenstellung und den Entscheidungsverfahren sicherzustellen.

Die nötigen Werkzeuge liegen wortwörtlich auf der "virtuellen Straße", wie das Beispiel der Democracy App zeigt. Auf dieser Plattform kann nicht nur eine Debatte über politische Themen stattfinden, in die sich jeder mit Pro- und Contra-Argumenten einbringen kann, sondern, sofern die technische Umsetzung fortschreitet, sollen Anträge bis zur Abstimmung gebracht werden können.

Zusätzlich soll durch die Öffentlichkeit der Sitzungen und Beratungen und durch offene Beteiligungs- und Abstimmungsmöglichkeiten die Transparenz der formell protokollierten Beschlüsse sichergestellt werden. Es gilt: ein Mensch, eine Stimme. Nur Menschen zählen. Verbände, Vereine, Firmen und Interessensorganisationen können bei Beratungen angehört werden. Sie haben weder Sitz noch Stimme in den Regionalkonferenzen.

In weiteren Stufen sind Wahlen erforderlich, die durch neue Verfahren der direkten Teilnahme zu ergänzen sind. Eine hohe fachliche Qualifikation der Beratungen und Entscheidungen soll durch die themengebundene Entsendung von fachlich qualifizierten Bürgerinnen und Bürgern erfolgen. Damit keine Verfälschungen auftreten, so wie es in den existierenden hierarchischen Organisationsstrukturen der Parteien praktisch unvermeidlich ist, müssen diese "Delegierten" nicht nur transparent handeln, sondern durch die Basis auch jederzeit abrufbar sein.

Regionalkonferenzen sind - neben ihren politisch weiterführenden Aufgaben - als Kern einer Bürgerdemokratie wichtig, um der politischen Auseinandersetzung eine qualifizierte neue Basis zu verschaffen. In der gegenwärtigen Phase der politischen Auseinandersetzungen haben sie insofern auch eine wichtige strategische Funktion. Die Verbindung von Regionalkonferenzen mit den Ansätzen digitaler Meinungsbildung und damit digitaler Demokratie eröffnet in strategischer Perspektive völlig neue Dimensionen von Demokratieentwicklung und Gemeinschaftsbildung.

Strategische Bedeutung haben ferner:

Die Formulierung eines Selbstbestimmungsanspruches, bei dem automatisch die Legitimation der Parteien in Frage gestellt wird, es wäre der erste wirkungsvolle Kontrapunkt zur Parteienherrschaft.

Die Verknüpfung politischer Positionen mit der Erfahrungswelt der Menschen.

Ein Teilschritt zur Erlangung der Diskurshoheit und dadurch die Möglichkeit der Thematisierung politischer Problemstellungen, die sich aus der Lebenswirklichkeit der Menschen ergeben und deren Antworten evident und plausibel sind.

Ein Ansatz, um der medialen Zerstörung von Realitäten entgegenzuwirken und eine neue Form von Öffentlichkeit zu schaffen.

Das Erreichen der Diskurshoheit in wichtigen Lebensfragen und das Führen des praktischen Beweises, daß politische Fragen dezentral und lösungsorientiert von der Zivilgesellschaft aufgeworfen, diskutiert und angegangen werden können.

Die Möglichkeit neuer Politik- und Lebensformen wird wahrnehmbar.

Regionalkonferenzen sind außerdem geeignet, taktische Vorteile in der politischen Auseinandersetzung zu erreichen:

Alternativen Medien werden Inhalte für eine lebensnahe Berichterstattung gegeben. Sie werden lebendiger und nachhaltiger in der medialen Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dies stärkt den Zusammenhalt, weil gezeigt wird, daß Stärke aus Kooperation und nicht aus Konkurrenz erwächst.

Die Menschen können gemeinsam die Themen setzen, die für sie von Bedeutung sind. Die thematische Führung liegt also in den Händen der Zivilgesellschaft.

Die politische Auseinandersetzung erfolgt dezentral. Der unmittelbare Selbstbezug aller Menschen der Gesellschaft überwindet den Schwachpunkt der ehemaligen Volksparteien, sie nicht angemessen wahrzunehmen und/oder zu repräsentieren.

Die zerstörerische Wirkung bisweilen gelenkter Nichtregierungsorganisationen durch Themensteuerung und Verhinderung von Einigkeit wird eingeschränkt, indem ihnen diese Themenhoheit streitig gemacht oder ganz entzogen wird.

Die Regionen, die mit Regionalkonferenzen zu bestimmten Themen beginnen, bilden die strategischen und taktischen Kerne einer wissensorientierten Bewegung. Sie setzt im ersten Schritt nicht auf Masse, sondern geht von politischen Handlungszentren aus, die im Sinne von Wissens- und Aktivierungszentren soziale Kristallisationskerne für einen politisch-sozialen Neubeginn sind.

Selbstbestimmung und Selbststeuerung

Die Installation und erfolgreiche Umsetzung von Regionalkonferenzen als politisches Instrument der Zivilgesellschaft setzt auf den Gedanken sozialer Selbststeuerung. Jeder neue Zentralismus birgt die Gefahr dogmatischer Einseitigkeit. Doch die Lösung von Zukunftsaufgaben und die künftige Gestaltung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aufgaben gehört in die Hand der Menschen. Die neue Gesellschaft wird damit aus einer menschlichen Perspektive gestaltet.

Ausgedient haben ideologische Vorgaben, wie die der Unterordnung von Mensch und Natur unter ökonomische Gesetze. Damit wird die Zukunft weder den Parteien und Organisationen überlassen noch entsteht ein neuer Personenkult. Denn das neue Verständnis von Politik mißt sich an fachlichen Aufgaben.

Abgelöst wird somit jede Form der personellen Überhöhung - wie es bei Ex-Kanzlern, Fast-Kanzlern oder sogenannten Spitzenpolitikern erlebt wurde und wird, deren Bedeutung sich in der Hauptsache eben nicht aus fachlicher Kenntnis und Fähigkeit speist, sondern aus medialer Präsenz.

In einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind Menschen und ihre Umwelt das Maß aller Dinge.

Deshalb sind sie selbst die Lösung und nicht das entmenslichte Finanzkapital oder ähnlich geartete lebensferne Interessen! Und deshalb ist auch vom Selbstbestimmungsrecht einer jeden Person auszugehen, der personalen Souveränität, die sich in der Kooperation entfaltet. Beginnend bei der Grundidee der dezentralen Selbstverantwortung erscheint die Bildung möglichst überschaubarer Gruppen ("Hives", Bienenstöcke), die durch Absprachen, wechselseitige Beteiligung und regelmäßige Information miteinander verbunden sind, logisch.

Die Organisation in einer Wabenstruktur, in der die einzelnen Teile selbstständig und selbstorganisatorisch aktiv, dabei aber durch gemeinsame Ziele und Aktionen miteinander verbunden sind, verspricht Stabilität in der Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Flexibilität, die sich an regionalen Bedürfnissen orientiert. Dies bedeutet auch, daß der Erfolg einer so aufgebauten Bewegung weder von einzelnen Organisationen noch von Personen abhängig ist: Es gilt das Prinzip der Austauschbarkeit.

Im Ergebnis sind die Regionalkonferenzen einerseits eine Plattform für die notwendige Auseinandersetzung mit der Parteienbürokratie und den Systemmedien. Sie sind andererseits aber auch der konstruktive Einstieg in neue Politikmuster und -verfahren, die das Zentrum und die Basis einer zukunfts offenen zivilgesellschaftlichen Demokratie bilden. Dabei folgt das System ausdrücklich keiner politischen Ideologie.

Durch die offene Verknüpfung von Personen und Gruppen entsteht auf regionaler und überregionaler Ebene ein flexibles, wissensbasiertes System der politischen Erneuerung - aufgebaut auf einem Fundament aus Freiheit und Selbstbestimmung. Seine Attraktivität erhält es deshalb nicht durch Zuordnung zu bestehenden oder überholten Parteien und Politikmustern (LINKS oder RECHTS) oder sonstigen politischen Uniformitäten, sondern durch eine offene Kultur des ökologisch-sozialen Fortschritts. Diese Offenheit ist von Anfang an mit einer Bürgerinnen- und Bürgerpolitik jenseits klassischer Partei- und Differenzierungsmuster zu praktizieren.

Zivilgesellschaft und Regionalkonferenzen als Kraft und Werkstatt für politische Reformen

Regionale Konferenzen sind eine Plattform für die Entwicklung und Durchsetzung strategischer Ziele. Sie werden perspektivisch als Institution der Zivilgesellschaft eingerichtet und sie erfüllen die Funktion als demokratische Form der Beratung und Entscheidung in einer künftigen Bürgerdemokratie. Sie dienen dem zentralen Zweck der Erfüllung des grundlegenden Menschenrechtes auf Selbstbestimmung.

Regionalkonferenzen sind aber auch das Instrument, um im Hinblick auf die Herausforderungen einer neuen Welt als dezentrale Orte der politischen Entscheidungsfindung so weit wie möglich moderner Selbstbestimmung zu entsprechen. Sie haben also auch eine der digitalisierten Wissensgesellschaft entsprechende Werkstattfunktion.

Im Hinblick auf die überragende Bedeutung für Wissen, Wissenssysteme und Wissenstransfer binden sie das Wissen der Bevölkerung, ihre Erfahrungen, Wünsche und Ideen in Beratungen und Entscheidungen der Politik ein.

Es ist sinnvoll, die Zeit des angebrochenen politischen Umbruchs zu nutzen, um neue Wege der Politik experimentell zu erproben und umzusetzen. Denn die Einrichtung und Etablierung von Regionalkonferenzen steht im Gegensatz zu allen Forderungen nach revolutionären Umbrüchen. Sie bietet vielmehr die Möglichkeit, Neues im gesellschaftlichen Raum zu erproben und einzuführen und damit friedliche Übergänge zu schaffen, die im Interesse der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit sind.

Der Staat der Zukunft, ob er ganz oder teilweise in vorhandenen nationalen Grenzen oder auf europäischer Ebene stattfindet, hat seine konsequent dezentrale Grundlage in den Regionen. Dort wird der gesamte Bereich der bürgernahen Politik verankert, der einer zentralistischen Bürokratie nicht zugänglich ist. Der Staat wird zur Gemeinschaftseinrichtung von Regionen,

die sich in wesentlichen Feldern auf Koordinierungs- und Bündelungsaufgaben zu beschränken hat.

Als künftige Einrichtung der Zivilgesellschaft sind Regionalkonferenzen zudem ein Instrument für die Erreichung und Durchsetzung strategischer Ziele. Die Zivilgesellschaft kann sie als Plattform nutzen, um Kompetenzen für die Demokratie selbst und für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln und diese praktisch darzustellen. Die Themenstellung der Regionalkonferenzen kann mit der gezielten Ansprache von kompetenten Gruppen und Verbänden verbunden sein, die ihren Sachverstand in die Plattformen einbringen. Auf dieser Ebene sind Barrieren zu überwinden, um Verbündete zu finden und sie über gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen in ein Netz von Reformgruppen zu integrieren.

Als freies Forum für Kommunikation und Willensbildung lassen sich in ihnen die drängenden Fragen und wichtigen Bereiche jederzeit thematisieren und für eine gemeinsame Medienpolitik formulieren. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Erlangen von Diskurshoheit. Den öffentlichen Raum politisch zu füllen bedeutet, die Medien als Transportmittel für formulierte Forderungen und zu diskutierende Anliegen zu nutzen.

Als Plattform bieten Regionalkonferenzen allen Gruppen, Personen und Initiativen die Möglichkeit, politische Arbeit mit sachlicher Reformarbeit zu verknüpfen. Es bedarf keiner bindenden Vereinsstrukturen und sie bieten keinen Platz für verkleisterte Hierarchien - insofern kommen Regionalkonferenzen dem Lebensgefühl einer durch Plattformen funktionierenden Gesellschaft entgegen. Unabhängig und frei erfolgt die politische Arbeit je nach eigenem Selbstverständnis.

Arbeitskontinuität ist dann gegeben, wenn Regionalkonferenzen in bestimmten, den regionalen Gegebenheiten angepaßten Formen durchgeführt werden und vor allem, wenn ihre Ergebnisse verbindlich und formal festgehalten, protokolliert und veröffentlicht werden. Sie sind damit Plattformen, die die neuen Informationssysteme nutzen, ohne sich ihnen auszuliefern. Der Mensch bleibt im Zentrum des Geschehens.

Durch die Kooperation der Vielen entsteht "das echte Wir" und soziale Macht - der Schlüssel zur Veränderung.

Heinz Kruse war im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sowie als Wirtschaftsdezernent der Landeshauptstadt Hannover tätig. Seit seiner Pensionierung arbeitet er an Lösungen und Verfahren für eine Reform der Demokratie, die aus seiner Sicht an der Frage der Verfassungshoheit ansetzen müssen. Er war Vorsitzender des Vereins Verfassung vom Volk e.V. und ist Buchautor.

Gunther Sosna studierte Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaften und arbeitete unter anderem in der Werbung, der Kommunikation und als Journalist. Er beschäftigt sich mit den Möglichkeiten und Grenzen basisdemokratischer und informaler Organisation. Er ist Initiator von Neue Debatte - Magazin für Journalismus und Wissenschaft von unten.<<

Prof. Dr. Bela Mutschler berichtet am 13. Oktober 2018 in seinem Internet-Blog "Ereignishorizont-Digitalisierung.de" (x1.086/...): >>**Wie die Digitalisierung uns Menschen zu Gott erhebt!**

Eines der faszinierendsten und einflußreichsten Bücher der letzten Jahre stammt aus der Feder von Yuval Noah Harari, Professor für Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. In seinem Buch "Homo Deus" beschäftigt er sich mit der Entwicklung der Menschheit. Beginnend in der Vergangenheit, diskutiert er den heutigen Status Quo, und wagt Prognosen zu dem, was die Zukunft bringt. Pflichtlektüre für Gestalter und Entscheider der Digitalen Transformation.

Eine kurze Geschichte der Menschheit

Die Geschichte des Menschen, des Homo Sapiens, begann vor über 300.000 Jahren. Zumin-

dest lassen die frühesten fossilen Belege aus Afrika den Rückschluß auf dieses Alter zu. Ein Wimpernschlag, gemessen am geschätzten Erdalter von über 13,6 Milliarden Jahren.

Harari unterteilt die Geschichte der Menschheit in drei grundlegende Phasen:

Den Animismus (ab ca. 70.000 Jahren v. Chr.)

Die landwirtschaftliche Revolution (ab ca. 10.000 Jahren v. Chr.)

Die wissenschaftliche Revolution (ca. ab dem Jahr 1.500 n. Chr.)

Phase 1: Animistische Weltansicht - Die Welt ist allbeseelt!

Die Geschichte des Menschen mag vor 300.000 Jahren begonnen haben. Erst vor ungefähr 70.000 Jahren begann jedoch die Entwicklung des Menschen rasant Fahrt aufzunehmen. Eine kognitive Revolution schuf die Grundlage für die bis heute ungebrochene Dominanz des Homo Sapiens auf der Erde.

Der Mensch entwickelte die Sprache und mit ihr die ersten Legenden und Mythen, aber auch Werte und Normen, Wissen und Religionen. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten menschlichen Schmuckstücke und Kunstobjekte. Es waren die Legenden und Mythen, die Werte und Normen, das Wissen und Religionen, die zusammen entscheidende Voraussetzung für den Aufbau komplexer, aber geregelter sozialer Strukturen waren, die wir heute als Kulturen bezeichnen.

Wesentliches Merkmal der spirituell-religiösen Vorstellungen dieser Phase war die Vorstellung einer "Allbeseeltheit". Die Welt gehörte allen ihren Bewohnern und alle folgten dem gleichen Regelwerk. Zu den Bewohnern gehörten dabei nicht nur Menschen und Tiere, sondern auch Feen, Dämonen und Geister. Es gab auch keine Kluft zwischen dem Menschen und Tieren.

Statt dessen wurde allen Objekten der Natur, also nicht nur ihren Bewohnern, sondern auch Pflanzen, Quellen, Felsen und Bergen, eine individuelle Seele oder ein innewohnender Geist zugesprochen. Jedes Objekt hatte eine eigene Lebenskraft, einen eigenen Willen und folgte den gleichen naturgegebenen Regeln.

Diese erste Phase der Menschheit wird auch als Animismus bezeichnet. Allmächtige, (mono-)theistische Götter existierten in der Vorstellung der Menschen damals nicht.

Phase 2: Die Agrarrevolution - Beherrschung der Tiere

Auf die animistische Phase, in der die Menschen als Jäger und Sammler lebten, folgte die landwirtschaftliche Revolution. Die wachsende Zahl an Menschen erforderte neue Ideen und Konzepte, um zu überleben. Klassische, nomadisierende Jäger- und Sammler-Gemeinschaften hatten zunehmend Schwierigkeiten ausreichend Nahrung zu finden.

Als Lösung begann der Mensch mit Ackerbau, er domestizierte Wildtiere, betrieb Viehzucht und entwickelte die Vorratshaltung von Lebensmitteln. Dazu errichtete der Mensch feste Siedlungen. Einhergehend mit der landwirtschaftlichen Revolution entstanden Eliten, die weniger privilegierte Menschen gleichzeitig schützten und ausbeuteten. Gefestigt wurden diese hierarchischen Strukturen durch kulturelle oder religiöse Ordnungen und Hilfsmittel wie Zahlensysteme und Schrift.

Im Rahmen der landwirtschaftlichen Revolution entstanden das erste Mal unzählige theistische Religionen, die behaupteten, das Universum sei kein "Parlament von Lebewesen", wie Harari (1, S. 127) es beschreibt, "sondern eine Theokratie, die von einer Gruppe großer Götter regiert werde - oder vielleicht auch nur von einem einzigen GOTT". Tatsächlich werden animistische Vorstellungen mit dem Aufkommen theistischer Religionen konsequent abgelehnt. Beispiel Christentum: Nur ein einziges Mal kommt der Mensch mit einem Tier ins Gespräch - als die Schlange im Garten Eden Eva verführen will, von der verbotenen Frucht der Erkenntnis zu essen.

Ziel der theistischen Religionen war es, die nun gelebte Ausbeutung der Tiere zu rechtfertigen, also denjenigen Bewohnern der Erde, mit denen die Menschen zuvor jahrtausendlang in

spiritueller Einheit lebten. Eine solche Rechtfertigung war allerdings nur möglich, wenn gleichzeitig die Bedeutung des Menschen so stark aufgewertet wurde, daß dessen Beherrschung der Tiere legitim schien und nicht mehr hinterfragbar war.

Die Ansätze waren unterschiedlich, aber immer ähnlich: So gab zum Beispiel das Christentum nur dem Menschen eine unsterbliche "Seele", während Tiere keine solche hatten, was sie wiederum zu Komparsen abstempelte. Harari schreibt (1, S. 135): "Während der landwirtschaftlichen Revolution hat die Menschheit die Tiere und Pflanzen zum Schweigen gebracht und die opulente Oper des Animismus in einen Dialog zwischen Menschen und Göttern verwandelt."

Phase 3: Die wissenschaftliche Revolution - Der Göttertod!

Der landwirtschaftlichen Revolution folgte schließlich die wissenschaftliche Revolution, in der der Mensch schließlich nach den Tieren, auch die Götter zum Schweigen brachte. Harari schreibt (1, S. 135): "Die Welt war nunmehr eine One-Man-Show. Die Menschheit stand ganz allein auf einer leeren Bühne, sprach mit sich selbst, verhandelte mit niemandem und erwarb enorme Macht ohne irgendwelche Verpflichtungen. Nachdem sie die stummen Gesetze der Physik, Chemie und Biologie entschlüsselt hat, verfährt die Menschheit mit ihnen jetzt so, wie es ihr gefällt."

Im Rahmen der wissenschaftlichen Revolution treten die Menschen also an die Stelle der Götter. Harari spricht von einer humanistischen Religion, in der die Wissenschaft den Menschen zu Gott erhebt! Homo Deus!

Das dies durchaus auch kritisch zu hinterfragen ist klar!

Wo geht die Reise hin?

Im Rahmen der wissenschaftlichen Revolution, so Harari, werden drei wesentliche Entwicklungen zu beobachten sein (1, S. 413):

Der technologische Fortschritt führt dazu, daß Menschen ihren wirtschaftlichen und militärischen Nutzen verlieren, weshalb das ökonomische und das politische System den Menschen nicht mehr viel Wert beimessen werden.

Der Mensch wird nur mehr als Kollektiv, als Ganzes, wertgeschätzt, also nur noch als Menschheit. Der einzelne Mensch erfährt keinerlei Wertschätzung mehr als einzigartiges Individuum.

Nach wie vor werden einige wenige einzelne menschliche Individuen wertgeschätzt. Dabei handelt es sich allerdings um eine neue Elite "optimierter Übermenschen" und nicht mehr um die Masse der Bevölkerung.

Die Kernthese von Harari ist äußerst kontrovers, aber bemerkenswert konsequent:

Technologischer Fortschritt und Digitalisierung bringen am Ende eine gesellschaftliche Klasse "ohne Nutzen" hervor. Nutzlose Menschen. Eine "global useless class" wie es Harari erschreckend nüchtern formuliert.

Ursache ist, daß Maschinen und Künstliche Intelligenz (KI) immer mehr und mehr Aufgaben von Menschen übernehmen. Viele Milliarden Menschen auf unserem Planeten werden nicht mehr arbeiten. Nicht weil Sie es nicht wollen, sondern weil sie schlicht nicht mehr beschäftigbar sind. Harari dreht somit die häufig genannte These der "Technologie als ultimativem Heilsbringer" um und benennt vielmehr den technologischen Fortschritt als Ursache einer schwierigen menschlichen Zukunft.

Die resultierende wichtigste Frage des 21. Jahrhunderts gemäß Harari:

Was tun all die nutzlosen Menschen?

Der technologische Fortschritt mag dazu führen, daß auch Menschen ohne ökonomischen Wert ohne jede Anstrengung von derer Seite problemlos ernährbar sind. Stichwort bedingungsloses Grundeinkommen. Aber womit werden sie sich beschäftigen? Was befriedigt sie? Was werden sie den ganzen lieben langen Tag machen? Ehrenamtliches Engagement? Musik? Kunst? Sozialarbeit?

Auch komplexere politische Fragestellungen stellen sich: Wenn Menschen ihre ökonomische Bedeutung verlieren, sind dann Menschenrechte und Freiheiten weiterhin rechtfertigbar? Hat auch die Demokratie eine Zukunft?

Klare Antworten auf diese dringlichen Fragen sind aktuell nicht wirklich absehbar! ...

Y. N. Harari: "Homo Deus: Eine Geschichte von Morgen". C. H. Beck, 2017.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 13. Oktober 2018 (x1.000/...): >>Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei

Von *Gerhard Wisnewski*

... Meinung ungeschminkt, heute mit Gerhard Wisnewski, deutscher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Im nun folgenden leicht gekürzten Beitrag, der in der ExpressZeitung vom August 2018 erschien, geht es um den "Globalen Pakt für Migration" der Vereinten Nationen (UN).

Dieser soll am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) von fast allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden: Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei ... Wenn es nach den globalen Migrationsplanern geht, sollen die Zeiten der freien Berichterstattung und freien Meinungsäußerung über Migration bald vorbei sein. ... Die globalen Pläne zur totalen Umkämpfung der Völker und des Planeten können ja nur funktionieren, wenn die Migrationsstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren.

Und das ist nicht etwa eine düstere Prognose eines ewigen Pessimisten. Vielmehr kann man dies bereits einem Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres entnehmen: "Wir müssen leider feststellen, daß fremdenfeindliche politische Narrative über Migration heute zu weit verbreitet sind. ... Wir dürfen nicht zulassen, daß diese unsere Agenda verzerren." ...

Genau diese Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung ist auch in den UN-Plänen zur Massenmigration vorgesehen, insbesondere in dem "Global Compact for Migration", sprich: dem "Globalen Pakt für Migration", der nicht irgendwann einmal unterschrieben werden soll, der keine Science Fiction ist, sondern der direkt vor unserer Haustür steht. Bereits im Dezember 2018 soll er von den UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden.

Die totale Gleichschaltung erfolgt über die Ächtung und Bekämpfung von "Diskriminierung", "Rassismus", "Rassendiskriminierung", "Fremdenfeindlichkeit", und "Intoleranz" - was vielleicht nicht weiter schlimm erscheint. Denn wer möchte schon Rassist sein und Fremden pauschal feindlich gegenüberstehen. Das Problem ist nur, daß es sich bei diesen Begriffen nicht nur um Gummibegriffe handelt, sondern um regelrechte "Joker", die man je nach Bedarf so oder so auslegen und definieren kann.

Das heißt, daß dieses neue UN-Recht flexibel ist wie Kautschuk und daß das, was "Rassismus" oder "Fremdenfeindlichkeit" ist, nicht wir bestimmen, sondern die UNO und ihre angeschlossenen Regierungen. Und das zweite Problem besteht darin, daß die Flexibilität erbarungslos ausgenutzt werden soll - nämlich in Richtung einer immer weiteren Ausweitung dessen, was "Rassismus", "Diskriminierung" oder "Fremdenfeindlichkeit" sein sollen.

So heißt es im endgültigen Entwurf des Migrationspaktes vom 11. Juli 2018, den im Dezember 190 von 193 Staaten unterzeichnen wollen: "Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber allen Migranten im Einklang mit den internationalen Menschenrechten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Der nächste Schritt ist also, daß man nicht nur mit Gummibegriffen wie "Rassismus" arbeitet, sondern auch Äußerungen, Handlungen und "Formen" oder "Erscheinungsformen" bekämpfen will, was noch mehr Verhaltensweisen einschließen kann. Schon heute kann man nur staunen, was alles eine "Form von Diskriminierung" sein kann.

In Deutschland zum Beispiel beschäftigt sich eine Tarnorganisation der Geheimdienste und der Regierung mit dieser Begriffsverbiegung und -ausweitung, nämlich die migrantenfreundliche Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von einer Ex-Stasi-Agentin. "Tarnorganisation" deshalb, weil sie zu großen Teilen von der Regierung finanziert wird, während in ihrem Stiftungsrat der Verfassungsschutz-Präsident eines Bundeslandes sitzt. Und wenn es nach dieser regierungs- und geheimdienstnahen Stiftung geht, muß niemand "Flüchtlinge raus!" oder "Deutschland den Deutschen!" schreien, um als Rassist zu gelten. Nein - sondern wenn es nach dieser Organisation geht, sind wir bereits alle ein Volk von Rassisten.

Denn wer hat nicht schon von "Wirtschaftsflüchtlingen" gesprochen oder sich beklagt, daß uns die Medien im Zusammenhang mit Migranten ohnehin nur belügen. Laut der Amadeu Antonio Stiftung ist das alles bereits "rassistische Hetze". Diese staatlich geförderte Stiftung hat einen ganzen Katalog zusammengestellt, was unter "rassistischer Hetze" zu verstehen sein soll.

Wenn zum Beispiel jemand im Zusammenhang mit Migranten von "wir" und "sie" spricht oder Migranten für "gesamtgesellschaftliche Probleme wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel" verantwortlich macht, ist das ... verboten. Demnach ist "rassistische Hetze": - Gegenüberstellung von "Wir" und "Die" - Verallgemeinerungen, wie: "alle Flüchtlinge" ... - angeblicher "Kulturrassismus", wie: "Die passen einfach nicht zu uns ..." - angebliche (nationalistische) Relativierungen, wie: "Was ist mit unseren Kindern, Obdachlosen etc.?" - wenn man sagt: "Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land" ...

Das sind also genau die "Formen" von Rassismus, von denen im Migrationspakt die Rede ist. Denn Rassismus ist eigentlich alles, was sich kritisch mit Migranten auseinandersetzt. ... "Der nächste Schritt sind Lager", warnte denn auch der Autor Oliver Janich in einem Video. Die Kriminalisierung von Einwanderungskritikern führe dazu, daß sie irgendwann eingesperrt würden: "Ob im Gefängnis oder im Lager, ist am Ende egal. Aber nach diesen Definitionen hier wird das Tausende betreffen. ... Nach diesen Definitionen ist jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell. Damit sei die rassistische, gegen die ursprünglich einheimische Bevölkerung gerichtete Diktatur Realität. ...<<

20.10.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 20. Oktober 2018 (x1.000/...): >>>**7. Todestag am 20.10.2018: Politisches Testament Muammar al-Gaddafi** War Libyens Führer Gaddafi wirklich ein "irrer Diktator"? Sein politisches Testament gibt Einblick in sein Leben, welches am 20. Oktober 2011 gewaltsam beendet wurde ...

Sehen Sie anläßlich des 7. Todestages der Ermordung von Muammar al-Gaddafi, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Libyens, noch einmal "Das politische Testament Muammar al Gaddafi" vom 5. April 2011. Es erschien als Gedicht in einer libyschen Zeitung und im Mai 2011 als offener Brief in der russischen Zeitung Zavtra. Hinweise auf weitere Sendungen zum Thema finden Sie im Abspann. Muammar al-Gaddafi in einem offenen Brief, den die russische Tageszeitung Zavtra im Mai 2011 publizierte:

"Hört zu, Völker der NATO! Ihr bombardiert eine Mauer, die den Weg der afrikanischen Migration nach Europa und den Weg der Terroristen von al-Qaida versperrt hat. Diese Mauer war Libyen. Ihr Idioten reißt sie nieder, und ihr werdet in der Hölle schmoren für Tausende Migranten aus Afrika und weil ihr al-Qaida unterstützt habt. So wird es sein, und ich lüge nie. Und ich lüge auch jetzt nicht."

Das politische Testament Muammar al-Gaddafis Erschienen als Gedicht in einer libyschen Zeitung, am 8. April 2011 von Professor Sam Hamod, Ph. D. auf Englisch übersetzt Erinnerungen an mein Leben: Oberst Muammar Gaddafi, der Führer der Revolution - 5. April 2011. Im Namen Allahs, des Wohltätigen, des Barmherzigen ... Während 40 Jahren, oder waren es mehr, ich erinnere mich nicht, tat ich alles, um den Leuten Behausungen, Spitäler, Schulen

und, wenn sie hungrig waren, Nahrung zu geben.

In Bengasi machte ich sogar Agrarland aus der Wüste, ich setzte mich gegen die Angriffe von diesem Cowboy Reagan durch, als er meine adoptierte verwaiste Tochter tötete. Er hatte versucht, mich zu töten. Statt dessen tötete er dieses arme unschuldige Kind. Dann half ich meinen Brüdern und Schwestern in Afrika mit Geld für die Afrikanische Union. Ich tat alles, was ich konnte, um den Leuten zu helfen, das Konzept wahrer Demokratie zu verstehen, in der Volksausschüsse unser Land führen. Aber, wie mir gesagt wurde, war dies alles nicht genug. Sogar Menschen, die Häuser mit zehn Zimmern hatten, neue Anzüge und neue Möbel, waren niemals zufrieden.

Selbstsüchtig wie sie waren, wollten sie mehr. Amerikanern und anderen Besuchern erzählten sie, daß sie "Demokratie" und "Freiheit" bräuchten, ohne zu erkennen, daß es sich dabei um ein Halsabschneider-System handelt, in dem der größte Hund den Rest auffrißt. Doch sie waren von diesen Worten verzaubert, ohne zu erkennen, daß es in Amerika keine kostenlose Medizin gab, keine kostenlosen Spitäler, keine kostenlosen Häuser, keine kostenlose Ausbildung und keine kostenlose Nahrung, von Leuten die bettelten abgesehen oder den langen Schlangen für einen Teller Suppe.

Nein, was immer ich auch tat, für einige war es nie genug. Doch andere, die wußten, daß ich der Sohn von Gamal Abdel Nasser war, der einzige wahre arabische und muslimische Führer, den wir seit Saladin hatten. Als er den Suez-Kanal für sein Volk beanspruchte, so wie ich Libyen für mein Volk beanspruchte, waren es seine Fußspuren, denen ich zu folgen versuchte, um mein Volk vor Kolonialherrschaft zu schützen - vor Dieben, die von uns stehlen würden. Nun stehe ich unter dem Angriff der größten Macht in der Militärgeschichte.

Mein kleiner afrikanischer Sohn Obama möchte mich töten, um unserem Land die Freiheit zu nehmen, um uns unsere kostenlosen Behausungen zu nehmen, unsere kostenlose Medizin, kostenlose Ausbildung, kostenlose Nahrung, um es durch Diebstahl im amerikanischen Stil zu ersetzen, der "Kapitalismus" genannt wird. Doch alle von uns in der Dritten Welt wissen, was das bedeutet. Es bedeutet, daß Konzerne das Land führen, die Welt führen, und daß die Menschen leiden. Somit gibt es keine Alternative für mich. Ich muß meinen Platz einnehmen.

Und wenn Allah es wünscht, werde ich sterben, indem ich seinem Pfad folge, jenem Pfad, der unser Land reich an Agrarland sowie mit Nahrung und Gesundheit gemacht hat, und uns sogar erlaubt, unseren afrikanischen und arabischen Brüdern zu helfen, indem sie hier mit uns arbeiten, in der libyschen Volksrepublik. Es ist nicht mein Wunsch, zu sterben.

Doch wenn es so weit kommen sollte, um dieses Land zu retten, mein Volk, all die Tausende, die meine Kinder sind, dann möge es geschehen. Soll dieses mein Testament, meine Stimme an die Welt sein, daß ich mich gegen die Kreuzzugsattacken der NATO erhoben habe, erhoben gegen Brutalität, erhoben gegen Verrat, erhoben gegen den Westen mit seinen kolonialistischen Ambitionen; und daß ich auf der Seite meiner afrikanischen Brüder stand, auf der Seite meiner arabischen und muslimischen Brüder wie eine Lichtsäule. Während andere sich Schlösser errichteten, lebte ich in einem bescheidenen Haus und in einem Zelt. Niemals habe ich meine Jugend in Sirte vergessen.

Ich habe unser Volksvermögen nicht töricht verschwendet. Und so wie Saladin, unser Muslim-Führer, der Jerusalem für den Islam errettete, nahm ich wenig für mich selbst ... Im Westen haben mich einige als "geisteskrank" oder "verrückt" bezeichnet, doch sie wissen die Wahrheit und lügen trotzdem weiter. Sie wissen, unser Land ist unabhängig und frei, nicht in der Zange der Kolonialisten, daß meine Vision, mein Pfad, verständlich ist und war und im Sinne meines Volkes. Und daß ich bis zu meinem letzten Atemzug kämpfen werde, um uns frei zu erhalten.

Möge Allah der Allmächtige uns helfen, gläubig und frei zu bleiben.

Oberst Muammar Gaddafi, 5. April 2011<<

26.10.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 26. Oktober 2018 (x1.000/...): >>>"**Wissenschaft nicht frei, sondern vom Geld regiert**"

Von *Professor Dr. Meyl*

Ob zu Impfen, Mobilfunk oder anderen brisanten Themen: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse scheinen diametral auseinander zu klaffen. "Die Wissenschaft ist eben überhaupt nicht frei, sondern sie wird über das Geld regiert", erklärt Prof. Dr. Meyl das Phänomen und belegt dies stichhaltig.

Der Herbst hat spürbar begonnen, und für viele Menschen stellt sich wie jedes Jahr die Frage: Soll man sich durch eine Impfung gegen Grippe "immunisieren" lassen oder nicht? Während Ärzte, Apotheker-Verbände und Politiker die Bevölkerung zum Impfen geradezu drängen, sind immer mehr Menschen skeptisch. Denn wie z.B. die Schweizer ExpressZeitung in ihrer aktuellen Ausgabe auf 64 Seiten detailliert darlegt, seien die Zutaten der Impfstoffe zu dubios, die Wirkungen zu unsicher und zu bedrohlich seien die Gefahren durch Nebenwirkungen. (www.kla.tv/10617)

Ähnlich zwiespältig wie beim Thema Impfen verhält es sich beim Thema Mobilfunk. Während Medien, Mobilfunk-Konzerne und Politik den Ausbau des G5-Netzes als unumgänglichen Fortschritt darstellen und vorantreiben, warnen andere vor gravierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, ja zeigen sogar stark lebensverkürzende Wirkungen auf. (www.kla.tv/12947)

Doch wie kommt es zu solch unterschiedlichen Erkenntnissen und Vorgehensweisen, gerade auch von seiten der Wissenschaft? Prof. Dr.-Ing. Konstantin Meyl brachte es in seinem Vortrag zum Thema "Medienzensur in der Wissenschaft" auf der 9. Anti-Zensur-Konferenz vom 23. November 2013 so auf den Punkt: "Die Wissenschaft ist eben überhaupt nicht frei, sondern sie wird über das Geld regiert."

In Artikel 5 des Deutschen Grundgesetzes und in vergleichbaren Gesetzen anderer Länder ist die Freiheit der Forschung eigentlich festgeschrieben und sollte somit garantiert sein. Aber in der Praxis sehe es gemäß den Erfahrungen von Prof. Meyl ganz anders aus. Er hat als Entwicklungsleiter in der Antriebstechnik und Leistungselektronik und als Leiter in verschiedenen renommierten und maßgeblichen internationalen Verbänden seine einschlägigen Erfahrungen zur Rolle des Geldes in der Wissenschaft gemacht.

In seinen Büchern und Vorträgen auf internationalen Kongressen berichtet er ausführlich darüber. Es laufe laut Prof. Meyl immer nach demselben Muster ab: Die Politik gebe gewisse Ziele, Denk- und Verhaltensweisen vor, die in der Bevölkerung verankert und durchgesetzt werden sollen. Zu dem Zweck würden konkrete Forschungsaufträge an Wissenschaftler herangetragen, welche die politischen Ziele untermauern und bestätigen sollen. Beauftragt würden dann nur die Wissenschaftler, deren vermeintliche Forschung die gewünschten Ergebnisse liefere. So habe beispielsweise das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz 1997 eine Forschung in Auftrag geben wollen, welche die biologischen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung untersuchen sollte.

Dieser Auftrag wurde wenige Jahre später zurückgenommen, da es angeblich keine Institute gäbe, die die biologischen Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung kompetent erforschen könnten. Kritischen Stimmen werde also kurzerhand die Kompetenz abgesprochen. Prof. Meyl bemängelt zudem, daß Universitätsstudenten lediglich dazu angehalten werden, sich vorhandenes Wissen aus Lehrbüchern, zumeist unbewiesene Theorien, anzueignen und in Prüfungen exakt wiederzugeben. Sich mit neuen Denkweisen oder alternativen Wegen zu beschäftigen oder endlich zu handfesten Erkenntnissen durchzuringen, werde systematisch unterbunden.

Damit werde die Wissenschaft auf einem denkbar niedrigen und politisch kontrollierbaren Niveau gehalten. Doch zu welchem Zweck unterhält der Steuerzahler dann eigentlich wissen-

schaftliche Universitäten und Institute, wenn sie doch Studenten und Bevölkerung künstlich dumm halten? - Es sei reine Augenwischerei und von der Politik, den dahinterstehenden Drahtziehern und Architekten globaler Machtstrukturen gesteuert. Zu exakt demselben Ergebnis kommt der US-amerikanische Wissenschaftler Foster Gamble. In seinem Film "Thrive" ... dokumentiert er die unheilvollen Verflechtungen und Einflußnahmen der Hochfinanz auf Wissenschaft und Gesellschaft.<<

27.10.2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>Volksaustausch? Regierungstausch!

_ von Jürgen Elsässer

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/8): >>Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen (Die Linke-Politikerin Christin Löchner in einer Mail an einen FDP-Politiker, 20.1.2012).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/9-10): >>Träger des Profits durch die ausländischen Arbeiter ist die Wirtschaft. Träger der Folgelasten ist die ganze Gesellschaft (Der Kriminologe Horst Müller-Springorum. Die Zeit, 3.11.1978). ...

Die doppelte Staatsbürgerschaft schafft doppelte Loyalitäten, doppelte Pflichten, manchmal auch doppelte Kosten. Nicht nur formal sondern auch seelisch. Viel wichtiger: Sie schafft keine Authentizität, sie schafft sie ab, sie zerreißt innerlich und äußerlich denjenigen, dem sie als Wohltat zugebracht war. (Prof. Michael Wolffsohn. Die Welt. 6.1.1999). ...

Wenn die Regierung sich schon ein neues Volk suchen möchte, sollte sie das alte vorher fragen (Der CDU-Politiker Peter Gauweiler zur doppelten Staatsbürgerschaft. Bild, 13.1.1999).

...

Wenn in Deutschland lebende Ausländer oder deren Kinder für ihr Gastland nur noch Verachtung äußern und Deutsche als "Hurentöchter" oder "Schweinefleischfresser" beschimpfen, ist

eines klar: Multi-Kulti ist gescheitert – weil die Ausländer die deutsche Kultur neben ihrer eigenen nicht akzeptieren oder auch nur dulden wollen. (Der Historiker Arnulf Baring. Bild, 5.4.2006). ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/26-28): >>Halb Afrika will nach Europa

_ von Martin Müller-Mertens und Jürgen Elsässer

110 Millionen haben konkrete Reisepläne, rund 900.000 warten bereits in Libyen auf die Überfahrt übers Mittelmeer. Die Geburtenexplosion in den Ländern südlich der Sahara ist der Treibstoff der Migration - und die offenen Grenzen auf dem alten Kontinent wirken als Einladung.

Neueste Umfragen in afrikanischen Ländern zeigen, daß bis zu zwei Drittel der Einwohner auswandern wollen. Dabei sind nicht allein Not und Terror ein Antrieb, sondern oft Verwandte und Freunde, die schon in Europa sind", faßte die Welt Mitte März 2018 zusammen. In den Vorjahren kamen die Flüchtlinge vor allem über Italien in die EU. Seit in Rom mit dem Lega-Politiker Matteo Salvini ein Asylkritiker das Innenministerium führt, der den Schlepperschiffen das Einlaufen in die Häfen des Landes verboten hat, haben die Organisatoren der Völkerwanderung eine neue Route gefunden: Nun geht die Überfahrt vorzugsweise von Marokko aus an die spanische Küste.

Mitte Juni 2018 kamen an zwei Tagen über 1.100 Afrikaner in Schlauchbooten über die Meerenge von Gibraltar - das hatte es nie zuvor auf der iberischen Halbinsel gegeben. Die Schleuser sind politisch offensichtlich gut informiert: Sie wußten, daß etwa zeitgleich zum Amtsantritt der italienischen Rechtsregierung in Spanien die Konservativen von den Schaltebeln der Macht vertrieben wurden und seither ein sozialistisches Kabinett die Geschicke des Landes lenkt, das es mit dem Grenzschutz nicht so genau nimmt.

Der neue Premier Pedro Sanchez hat bereits angekündigt, den NATO-Stacheldraht auf dem meterhohen Grenzzaun der Exklaven Ceuta und Melilla abzubauen zu wollen. So könnten die Migranten künftig ganz ohne gefährliche Überfahrt bereits auf dem afrikanischen Kontinent ein Zipfelchen EU-Territorium erreichen und hätten damit das Recht auf Weitertransport auf das europäische Festland.

Das Heer der Millionen

Laut Angaben von Eurostat, der Statistikagentur der EU, beantragten zwischen 2014 und 2017 beinahe eine Million Bewohner der Länder südlich der Sahara Asyl in Europa. Doch das ist erst der Anfang. "In Libyen halten sich derzeit 900.000 Migranten auf. Der Anteil derjenigen, die gegenwärtig nach Europa wollen und auch die Mittel dazu haben, wird auf 200.000 geschätzt", zitierte die Wiener Kronen-Zeitung im September 2016 aus einem vertraulichen Bericht des österreichischen Geheimdienstes Heeres-Nachrichtenamt.

Diese Zahl könnte jedoch zu niedrig angesetzt sein: Als andere Medien im April 2016 über eine ähnliche Prognose der Wiener Militäranalysten berichteten, widersprach der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU): "Ich halte sie für zu niedrig."

Bereits jetzt haben sich zwischen 300.000 und 400.000 Menschen sowohl aus Nigeria als auch aus Südafrika, dazu 270.000 Menschen aus dem Senegal, 250.000 aus Ghana und 180.000 aus Kenia in Europa angesiedelt. Diese wollen jetzt ihre Angehörigen und Freunde nachholen. Eine Studie des renommierten amerikanischen Pew Research Center vom Frühjahr 2018 ermittelte durch Befragungen vor Ort folgende Zahlen: Zwei Drittel der Ghanaer und Nigerianer sowie etwa die Hälfte der Kenianer, Senegalesen und Südafrikaner wollen am liebsten emigrieren, vor allem in die USA oder nach Europa.

Im Jahre 2012 prognostizierte der inzwischen verstorbene Gründer der Organisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, daß "18 Millionen" auf "den gelobten Kontinent Europa" strömen werden. Doch das dürfte noch untertrieben gewesen sein: In den Ländern südlich der Sahara

leben derzeit 1,1 Milliarde Menschen. Wenn auch nur zehn Prozent sich auf den Weg machten, wären das 110 Millionen.

Afrika explodiert

"950 Millionen Menschen wollen 2050 aus Afrika sowie aus den nichtafrikanischen Araberländern entkommen", errechnete Gunnar Heinsohn im Juni 2015. Der Demographie-Forscher - er arbeitet auch für die staatliche Bundesakademie für Sicherheitspolitik und das NATO Defense College in Rom - hält die Biologie und nicht die Religion (also den Islam) für den Grund der afrikanischen Expansion nach Europa:

Der hohe Geburtenüberschuß treibe alle, die im eigenen Land keine Aufstiegsmöglichkeiten haben, übers Mittelmeer. Daß sich zu 90 Prozent Männer und kaum Frauen in Bewegung setzen, dürfte allerdings durchaus mit dem Islam (und Stammesmentalitäten) zu tun haben: Das weibliche Geschlecht gilt in diesen Kulturen wenig, der Drang zur Selbstverwirklichung wird ihm von Kindesbeinen an abtrainiert.

Tatsächlich ist das Bevölkerungswachstum in Afrika fast drei Mal höher als im Rest der Welt, schneller auch als in den arabischen Ländern. Nach einer Studie der Vereinten Nationen von 2015 wird die Zahl der Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2050 auf 9,6 Milliarden ansteigen. Von den 31 Ländern mit der höchsten Geburtenrate liegen 29 südlich der Sahara.

Bis zum Jahr 2050 wird sich die afrikanische Bevölkerung mehr als verdoppeln - von heute 1,1 Milliarden auf 2,4 Milliarden. Zur Jahrhundertwende werden es sogar 4,2 Milliarden sein - und damit mehr als vier Mal so viel wie heute. Im weltweiten Durchschnitt bringt jede Frau heutzutage 2,5 Kinder zur Welt - nur noch halb so viele wie Anfang der 1950er Jahre. Die große Ausnahme ist Afrika. Dort entbindet jede Frau durchschnittlich 4,7 Kinder. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/31-32): >>Sturm auf Europa

_ von Daniell Pföhringer

Im Wiedervereinigungsjahr 1990 stieg die Zahl der Asylgesuche in Deutschland sprunghaft an und erreichte in der Folge bis dahin unbekannte Höhen. Allein im Januar stellten über 13.000 Personen - vor allem Türken, Jugoslawen und Vietnamesen - einen Antrag auf Asyl, während die Anerkennungsquote auf 3,2 Prozent sank. Am Ende des Jahres hatten 193.000 Personen - und damit so viele wie nie zuvor - einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Schon im folgenden Jahr registrierten die Behörden bereits knapp 260.000 Asylbewerber, 1992 waren es dann 440.000. Diese Rekordzahl wurde erst im Jahr 2015 übertroffen, als nach offiziellen Angaben insgesamt 890.000 Migranten nach Deutschland einreisten.

Zugleich gab es Anfang der 1990er Jahre einen starken Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern, nachdem diese im Westen schon seit gut vier Jahrzehnten immer weiter nach unten gegangen waren. Erst seit 2008 liegt die Geburtenhäufigkeit im Osten wieder höher als im früheren Bundesgebiet. Schon damals zeigten sich also Entwicklungen, auf die eine vorausschauende Demographie-Politik mit geeigneten Maßnahmen hätte reagieren können.

In die Asyldebatte schaltete sich zu dieser Zeit mit Manfred Ritter ein echter Mann vom Fach ein. Der damals 58-jährige Jurist war als Landesanwalt beim Verwaltungsgericht Ansbach in Bayern mit Asylangelegenheiten befaßt und veröffentlichte regelmäßig ausländerrechtliche Expertisen in Zeitungen wie der Welt oder der FAZ. Anfang 1990 erschien sein Buch Sturm auf Europa, das die Dramatik der Lage schon im Titel verdeutlichte - und die Asyl- und Zuwanderungslobby förmlich aufschreckte.

In Seenot

Ritter verglich die Lage in der damaligen Bundesrepublik mit einem Rettungsboot auf hoher See: "Solange das Meer ruhig ist, können so viele Menschen in das Boot aufgenommen werden, bis es nur noch wenig über die Wasseroberfläche hinausragt. Sobald aber ein Sturm aufkommt, ist das überladene Boot verloren, es sei denn, man würde einen Teil der Insassen wie-

der über Bord werfen." Dies aber sei inhuman, so daß man lieber von Anfang an dafür sorgen sollte, "daß nur so viele Menschen ins Boot kommen, wie es bei stürmischer See tragen" könne.

In seinem Buch ging Ritter auch auf den zunehmenden Identitätsverlust durch ungebremste Zuwanderung ein und identifizierte den massenhaften Asylmißbrauch als ein bestandsgefährdendes Risiko für den deutschen Staat und sein soziales Gefüge. Die Befürworter einer Politik der offenen Grenzen würden diese Gefahr entweder nicht wahrnehmen oder aber zu einer Art groß angelegtem Sozialexperiment umdeuten. ...

Ritter kam zu dem Schluß, daß das deutsche Asylrecht in seiner bis dahin gültigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden könne - eine Position, die auch die CSU, der Ritter seinerzeit angehörte, vertrat. Sie verabschiedete später ein Papier, das eine Umwandlung des individuellen Anspruchs auf Asyl in eine nicht einklagbare institutionelle Garantie vorsah. In der Welt erschien am 6. Juli 1990 ein Beitrag, der den Gegnern einer entsprechenden Verfassungsänderung vorwarf, "das in diesem Punkt überholte Grundgesetz" zu einem "Fetisch" zu "stempeln", und damit "den wohl einzigen wirkungsvollen Weg zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" zu verbauen. ...

1993 einigten sich die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP mit der oppositionellen SPD auf den sogenannten Asylkompromiß - der Grundgesetzartikel 16 wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag geändert: Wer aus einem Land der EU oder aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, kann sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen und muß zurückgewiesen werden.

In der Folge fielen die Asylzahlen sehr stark und erreichten 2006 mit 21.000 Anträgen ihren Tiefstand. Der damals geänderte Artikel 16 (2) unserer Verfassung ist zwar bis heute gültig, wird aber in der Praxis nicht mehr durchgesetzt: Mit dem Verzicht auf Grenzkontrollen und Zurückweisungen ist Deutschland für Migranten aller Art zu einem bequem erreichbaren Ziel-land geworden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>>**Erdogans Fünfte Kolonne**

_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für

linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkauft hat. Den Grundstein für die Anatolisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte.

Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.

Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnet sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es

weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/37-39): >>Irrweg Doppelpaß

_ von Heinrich Lummer

Als im Juni 1953 beim Aufstand in der DDR offenkundig wurde, daß die Regierung das Volk nicht hinter sich hatte, bemerkte Bertolt Brecht zynisch, dann müsse sich die Regierung eben ein neues Volk wählen. Eine solche Wahlchance ist nur wenigen Regierungen vergönnt. Die jetzige Regierung hat sie: Man eröffne den in Deutschland lebenden Ausländern die Chance, Deutsche zu werden, damit sie wählen können, und gleichzeitig, Ausländer zu bleiben. Und schon hat man Hunderttausende, wenn nicht Millionen dankbarer Wähler. Die Masseneinwanderung wird durch Masseneinbürgerung ergänzt.

Schon in der Debatte um die Wiedervereinigung wurde der Nationalmasochismus deutlich, der sich bei Linksintellektuellen wie Günter Grass in der These äußerte, Deutschland habe wegen Auschwitz das Recht auf Wiedererlangung der nationalen Einheit verwirkt. Glücklicherweise konnten Leute wie Grass, Jürgen Habermas oder Walter Jens die Wiedervereinigung nicht verhindern. Deshalb sinnen sie nun nach anderen Möglichkeiten, den deutschen Nationalstaat zu überwinden. Deutschland soll den Deutschen genommen werden - und ein Hebel ist die doppelte Staatsbürgerschaft.

Dabei ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung traditionell an zwei Voraussetzungen gebunden: Einmal erwarten wir die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit, zumindest das redliche Bemühen darum. Zum anderen muß der Betroffene vor der Einbürgerung einen erfolgreichen Integrationsprozeß durchlaufen haben. Demgegenüber will Rot-Grün die deutsche Staatsangehörigkeit bedingungslos zum Nulltarif vergeben. Dagegen lassen sich gute Argumente ins Feld führen.

Zehn Gegenargumente

1.) Doppelstaatlichkeit bremst Integration: Im Kernbereich der Diskussion steht die Frage, ob die Abgabe der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer die Integration fördert oder eher behindert. Zutreffend sieht ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Kern-

punkt des Streits in der Bereitschaft der rot-grünen Regierungskoalition, die "Einbürgerung so wenig wie möglich an den Integrationswillen des Eingebürgerten" zu binden. Schon jetzt muß weitgehend festgestellt werden, daß namentlich türkische Ausländer keinen ausreichenden Willen zur Integration erkennen lassen. Die meisten von ihnen könnten längst die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie wollen es nicht, weil sie Türken bleiben wollen. Schon diese Tatsache unterstreicht nachdrücklich die fehlende Integrationsbereitschaft als Voraussetzung für die Übernahme der Staatsangehörigkeit.

Genauso wenig spricht es für Integrationswillen, wenn man zu Hause nur Türkisch spricht und viele Kinder deshalb in der Schule Sprachprobleme haben, die geeignet sind, die Leistung ganzer Klassen zu mindern. Wenn diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zum Nulltarif erhalten, werden keinerlei Integrationsanstrengungen mehr verlangt. Je leichter die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit, desto geringer die Integrationsbereitschaft.

2.) Doppelstaatlichkeit schafft Parallelgesellschaften: Hinter dem Doppelpaß-Verlangen steht bei vielen Türken der Wunsch, sich im Sinne der Rosinentheorie die Vorteile beider Staatsangehörigkeiten zu sichern. Man will vom Herzen her Türke bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit als Zugabe. Sicher spielt da manchmal auch gesellschaftlicher Druck eine Rolle, denn es wird einem Türken im Elternhaus oder in der türkischen Heimat oft übelgenommen, die türkische Staatsangehörigkeit aufzugeben.

Schließlich hat man ja in der Schule gelernt, daß es eine große Gnade Allahs sei, als Türke geboren zu werden. Mehr als bei jedem Deutschen spricht hier die Stimme des Blutes und der Kultur. Der fehlende Wille dieser Menschen, Nur-Deutsche zu werden, kann und darf für uns aber kein Grund sein, ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zu gewähren. Auf diese Weise fördert und schafft man Separat- oder Parallelgesellschaften.

3.) Doppelstaatler sollen rot-grüne Mehrheit sichern: Die hartnäckige Absicht von Rot-Grün, eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu vollziehen, erfolgt ganz offensichtlich nach der Devise, durch Begünstigung von Ausländern die Gunst künftiger Wähler zu erlangen. Nicht autochthone Deutsche, sondern Doppelstaatler, sprich Ausländer, könnten dann den Wahlausgang und damit das politische Leben in Deutschland nachhaltig mitbestimmen oder als Zünglein an der Waage entscheiden. Insofern ist es mangels anderer plausibler Gründe naheliegend, daß sich Rot-Grün die Mehrheit mit Hilfe von Ausländern sichern will. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist makaber und verwerflich.

4.) Doppelstaatler können instrumentalisiert werden: Die türkische Regierung hat in den zurückliegenden Jahren die Forderung nach einer doppelten Staatsangehörigkeit stets unterstützt. In vielen Fällen hat sie die deutsche Politik insofern unterlaufen, als sie Personen, die nach der Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit die deutsche erhielten, sie ihr nachträglich wieder erteilte. Durch diese unfreundliche und unanständige Politik hat Ankara eine große Zahl von Doppelstaatlern produziert. Die Interessenlage der türkischen Regierung ist klar. Wir werden durch die Doppelstaatler in absehbarer Zeit eine Diskussion über die türkische und andere Minderheiten in Deutschland erhalten.

Je weniger Integration gelingt, desto schneller kommt die Frage nach der Anerkennung der Minderheiten und ihrer Rechte. Und natürlich nimmt sich dann der türkische Staat das Recht, für die Minderheiten einzutreten, sie zu instrumentalisieren. Die demographische Entwicklung im Kosovo läßt grüßen. (Die Republik Albanien war als Schutzmacht der albanischen Bevölkerungsgruppe in der serbischen Provinz Kosovo aufgetreten und hatte deren Untergrundarmee UCK unterstützt).

5.) Doppelstaatlichkeit verletzt Gleichheitsgrundsatz: Die von Rot-Grün beschlossenen Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft berühren auch den Gleichheitsgrundsatz. Zunächst einmal haben Millionen Ausländer zwei und der arme, dumme Deutsche nur eine Staatsange-

hörigkeit. Das kommt einer faktischen Spaltung der Gesellschaft gleich. Es gibt Nur-Deutsche und Auch-Deutsche. Das hat politische Folgen: Doppelstaatler können nämlich in zwei Ländern wählen! Sie genießen die jeweiligen Vorteile als Staatsbürger zum Beispiel beim Kauf von Grundstücken.

Der Doppelstaatler kann je nach Bedarf das eine oder andere Rechtssystem in Anspruch nehmen, etwa beim Scheidungsrecht, das in muslimischen Ländern stark den Mann begünstigt. Er kann sich in zwei Staaten für den öffentlichen Dienst bewerben. Er kann politische Ämter in zwei Staaten ausüben. Seine Reisefreiheit ist im Hinblick auf unterschiedliche Visumpflichten größer als die eines Nur-Deutschen. Die Gruppe der Doppelstaatler ist also eindeutig privilegiert. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/52-54): >>>Der Soros-Plan

_ von Daniell Pföhringer

... Soros hat laut dem US-Magazin Forbes über 24 Milliarden Dollar auf der hohen Kante. Er unterstützt schon seit 1979 die von ihm gegründeten Open Society Foundations, mit denen unter anderem die sogenannten Farbenrevolutionen in Georgien oder der Ukraine gepusht wurden. Bei aller vermeintlichen Förderung von Demokratie und Menschenrechten dürfte der glühende Verfechter der Euro-Transferunion und Abschaffung der Nationalstaaten immer auch eigene Vorteile im Blick haben:

Er investierte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 relativ geringes Geld in ehemalige Staatsfirmen, die später ein Vielfaches an Gewinnen abwarfen. Viktor Orban wirft Soros vor, daß er nun von Revolutions- auf Invasions-Sponsoring umgesattelt habe, "als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen" fördere und "ein regelrechtes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen, einer eigenen Universität" unterhalte. Solche Aktivitäten will der ungarische Premier im Interesse seines Landes einschränken.

Tatsächlich liegt Orban nicht falsch, wenn er Soros, dessen schier unerschöpfliches Vermögen hauptsächlich auf spekulative Angriffe seines Quantum-Fonds in den 1990er Jahren auf das britische Pfund, die D-Mark und den argentinischen Peso zurückzuführen ist, nun als treibende Kraft hinter dem Zuwanderungslobbyismus identifiziert. Schließlich hat es sich die von Soros ins Leben gerufene International Migration Initiative (IMI) ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, vermeintliche Verstöße gegen die Rechte von Migranten zu ahnden, ihnen einen erleichterten Zugang zu Gerichten in Europa zu ermöglichen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Dazu soll, wie es seitens der IMI heißt, ein "Netzwerk von juristischen Fachleuten und Organisationen" errichtet werden, das die angeblichen Flüchtlinge befähigen soll, "ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen". Außerdem will sich die sogenannte Migrationsinitiative für eine "Verbesserung des Dialogs mit der Politik" einsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll politischer Druck auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden, der Massenzuwanderung Tür und Tor zu öffnen.

Organisierte Asylflut

... Ungarische Regierungsvertreter sprechen offen von einem "Soros-Plan". Orban wirft dem berüchtigten Finanzhai vor, Europa mit Migranten "überschwemmen" und seiner "christlichen und nationalen Identität" berauben zu wollen. Um die ethnokulturelle Identität der europäischen Völker zu zerstören, fördere Soros eine "Invasion" aus der muslimischen Welt, so der Premier in gewohnt deutlicher Wortwahl. ...

Unter dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Wiederaufbau des Asyl-Systems") veröffentlichte Soros im September 2015 - auf dem Höhepunkt der Asylkrise - einen Text, in dem er zunächst apodiktisch forderte, daß die "EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsuchende pro Jahr zu akzeptieren" habe und pro Person jeweils 15.000 Euro in den ersten

beiden Jahren bereitstellen solle. Der US-Milliardär schrieb, es sei wichtig, "die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine *Conditio sine qua non* für den Erfolg".

Des Weiteren habe Brüssel wirtschaftliche Sonderzonen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern. Dafür seien "mindestens acht bis zehn Milliarden Euro" bereitzustellen, so Soros. Neben einer gemeinsamen Asyl-Bürokratie sieht sein Plan vier "sichere Reiserouten" für die Migranten vor. ...

Brüsseler Spitzen

Soros' Migrationsagenda ist also genauso belegbar wie das von ihm finanzierte Netzwerk von Lobbyorganisationen, die insbesondere im Herzen der EU-Bürokratie massiv Einfluß nehmen. Ins Bild paßt da ein Brüssel-Besuch des selbsternannten Philanthropen im April 2016, bei dem dieser herzlich von führenden Eurokraten, darunter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, empfangen wurde, obwohl der Börsenmilliardär kein öffentliches Amt bekleidet.

Nur wenige Monate später veröffentlichte die amerikanische Webseite DC Leaks 2.576 Dokumente von Einflußorganisationen des notorischen Strippenziehers. Die Papiere belegen eindeutig, wie Soros' Gefolgsleute den direkten Kontakt zu Entscheidern im Umfeld des Europaparlamentes suchen. Bei der Wühlarbeit von Soros und seinem Überfremdungs-Plan handelt es sich also nicht um Verschwörungstheorien.<<

30.10.2018

BRD: Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung ("NZZ Digital") berichtete am 30. Oktober 2018: >>Warum schweigen die Lämmer?

Um die Demokratie zu retten, muß man erst verstehen, woran sie krankt.

Milosz Matuschek

Milosz Matuschek ist Jurist und Publizist. Er lebt in Paris. In seiner Kolumnen zerrt er am Nerv der Zeit. Besonders interessieren ihn Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter.

Tucholsky meinte einmal sinngemäß, daß die Masse der Menschen zwar nicht im Detail versteht, was im Staat vor sich geht, aber oft gefühlsmäßig damit richtig liegt, was falsch läuft. Um dem Volk diese intuitive Erkenntnis - heute gerne Populismus genannt - auszureden, braucht es auch in der Demokratie bestimmte Tools, nämlich Meinungs- und Empörungsmangement. Wie kann das sein, wo doch zum Beispiel im deutschen Grundgesetz schwarz auf weiß steht, daß alle Staatsgewalt vom Souverän, dem Volk, auszugehen hat?

Die Demokratie hatte schon für Aristoteles einen Konstruktionsfehler: Wenn alle Menschen die gleiche Stimmgewichtung haben, wie verhindert man dann, daß das Heer der Besitzlosen die wenigen Reichen enteignet? Die Antwort der amerikanischen Gründerväter, wie Madison, darauf war klar: Es braucht eine Demokratieform, die es de facto denjenigen erlaubt zu herrschen, die das Land besitzen, ohne daß dies der besitzlosen Masse auffällt: Die "repräsentative Demokratie" war geboren und sie hat sich bis heute im Kern nicht verändert.

Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten.

Für die Beschreibung dieses Umstands hat sich seit der Antike ein Bild etabliert: Die Menschen sind strukturell auch in der Demokratie immer Lämmer, die einem Herdenbesitzer gehören - egal ob sie das im Alltag spüren oder nicht. Ihre Freiheit besteht darin, aus dem politischen Personal diejenigen Hirten (Politiker) auszusuchen, die sie sympathisch genug finden, um von ihnen für ein paar Jahre im Glauben belassen zu werden, daß sie doch eine Art Kontrolle haben. Das Bild der Lämmerherde findet sich als roter Faden bei Platon, Hume, Madison, Friedrich II., Tocqueville, Russell und Lasswell, ohne daß jemals detailliert beschrieben worden wäre, wie sich dieses Verhältnis konkret im Alltäglichen artikuliert.

Diese Lücke schließt nunmehr der Kognitionspsychologe Rainer Mausfeld ("Warum schwei-

gen die Lämmer?") mit einer so schmerzhaften wie brillanten Endoskopie des gegenwärtigen politischen Systems. Mausfeld ist ein Volksaufklärer in der Denktradition Humboldts, Deweys und Chomskys, der minutiös dechiffriert, was sonst viele Bürger nur als Grundgefühl hegen: Etwas ist hier faul.

Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten: Meinungs- und Empörungsmanagement, Denunziationsbegriffe zur Kanalisierung der öffentlichen Meinung, Soft-Power-Techniken und Nudging, um die Details der Umverteilung von unten nach oben zu verbergen.

Massenmedien, so Mausfeld in Anlehnung an Paul Lazarsfeld, seien daran mit schuld, hätten sie doch eine narkotisierende Wirkung und vermittelten die Illusion der Informiertheit. Skandale blitzen hier und dort allenfalls noch kurz auf, bleiben aber letztlich folgenlos. Hat sich die Demokratie tatsächlich längst in eine Plutokratie mit demokratischer Fassade verwandelt, ist die Refeudalisierung längst im Gange?

Egal ob es um das gelockerte Datenschutzrecht für Big-Data-Firmen, den Cum-Ex-Skandal, das gegenwärtige Herumeiern bei Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien oder den großangelegten Betrug der Autoindustrie an den Diesel-Kunden geht: Die Bilanz der letzten Jahre in Sachen Gleichheit vor dem Recht sieht verheerend aus.

Mausfelds Buch ist ein Weckruf zur rechten Zeit: Der Demokratie laufen die Demokraten davon, während die Termiten unter den politischen Kräften begeistert an ihren morschen Rümpfen nagen. Die Zeit zur umfassenden Renovierung des Systems wird knapp. Dank Mausfeld wird nun endlich klar, wo jeder ansetzen kann, um die Demokratie zu retten: bei sich selbst.

...<<

Oktober 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >>Die Richterin und ihre Henker

_ von *Josephine Barthel*

Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?

Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.

Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Gesellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten Kirsten Heisigs auch für manche Migrantengemeinschaften und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme

hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am 2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin, zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzielen können?

Politisches Potential

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.

Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der

Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.

Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.

Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.

Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lektüre von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.

_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<

05.11.2018

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 2018 (x887/...): >>Legalisierung der Masseneinwanderung

Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".

Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ist, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtllichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den

sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus."

Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält keine. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns ..." Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt.

Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<

09.11.2018

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 9. November 2018 über den Ersten Weltkrieg: >>Ein kaltherziger Frieden

11. November 1918: Der Krieg war zu Ende, die alte Ordnung auch

Christian Rudolf

Man spricht vom Ersten Weltkrieg als der Urkatastrophe des an Katastrophen überreichen 20. Jahrhunderts. Und das mit Recht: Viel nachfolgendes Unheil nahm hier seinen Ausgang. Als

vor hundert Jahren die Waffen schwiegen, waren die Feindseligkeiten noch lange nicht vorbei, die "Welt von gestern" (Stefan Zweig) aber unwiderruflich vorüber.

Zurück blieben am Grauen des Gemetzels irre gewordene Seelen, Waisen und Verstümmelte in großer Not. Mit der Abdankung der Monarchen war es mit dem Gottesgnadentum ein für allemal vorbei, doch die neue republikanische Ordnung hatte lange wenig Freunde. Der Nationalismus der kleinen Völker triumphierte und mündete in Gründungen neuer Republiken. Deutschland mußte große Gebiete abtreten (Elsaß-Lothringen, Westpreußen u. a.).

Demütigung und Unterdrückung durch den Versailler Vertrag forderten den Wunsch nach Revision heraus. Das von US-Präsident Wilson hehr verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde aus machtpolitischen Kalkül den Deutsch-Österreichern und den Sudetendeutschen vorenthalten; daß es den arabischen Völkern verweigert wurde, schwelt als Nahostkonflikt noch heute.

Zahl der kämpfenden Soldaten: Mittelmächte: 24,4 Millionen, darunter Deutsches Reich: 13,2 Mio.

Entente: mehr als 41,8 Mio.

Weltweit standen mehr als 66 Millionen Mann unter Waffen

Kriegsernährung

Hunger und Mangel beherrschten den Alltag der deutschen Zivilbevölkerung. Das Reich war stark von Lebensmittelimporten abhängig, das britische Handelsembargo und die Seehandelsblockade trafen deshalb hart. Arbeitskräfte und Zugpferde fehlten, die Agrarproduktion schrumpfte um bis zu 25 Prozent. Die Industrie erfand Lebensmittelsurrogate, Konrad Adenauer ließ "Kölner Brot" aus Graupen und Maismehl backen.

Die Steckrübe, zur Schweinemast gedacht, wurde im eisigen "Kohlrübenwinter" 1916/17 Hauptnahrungsmittel des Volkes. Im Sommer 1917 lebten die meisten von weniger als 1.000 Kalorien und zehn Gramm Fett am Tag. Die Ziviltoten des Krieges gehen überwiegend auf Hunger zurück. Aus jener Zeit stammt der Topos, daß die "hartherzigen" Bauern auf den Dörfern nichts hergeben.

Kampf mit Maschinen

Der Kriegsbegeisterung ("August-Erlebnis") folgte rasch Ernüchterung angesichts der gegenüber 1870/71 völlig gewandelten Realität des Krieges: Statt idealisiertem fairen Kampf sahen sich die Soldaten unaufhörlichem Trommelfeuer in den Materialschlachten ausgesetzt. Artilleriebeschuß im Stellungskrieg zwischen Kanalküste und Schweizer Grenze forderte fast die Hälfte aller Kriegstoten. Der schützende Stahlhelm gehörte erst ab 1916 zur Standardausrüstung. Neuartige Waffen wie Maschinengewehre, Giftgas, Panzer, Luftminen und Beschuß von Flugzeugen führten zu nie dagewesenen Verstümmelungen und Traumata.

Erste und letzte Gefallene

Der Kavallerist Paul Grun fiel mit 21 Jahren als erster Deutscher an der Ostfront. Am Sonntag, dem 2. August 1914, geriet seine Patrouille in Russisch-Polen in einen Hinterhalt von Kosaken. Grun verstarb zwischen 8.45 und 10 Uhr.

Erster deutscher Toter im Westen ist der Kavallerieleutnant Albert Mayer. Der 22 Jahre junge Mann fiel um 9.59 Uhr des 2. Augusts östlich des Dorfes Joncherey bei einem Feuergefecht seiner Patrouille mit einem französischen Vorposten.

Den Stuttgarter Leutnant Erwin Alexander Thomä ereilte noch am 11. November 1918 eine halbe Stunde nach Inkrafttreten des Waffenstillstands eine feindliche Kugel. Die Kunde vom Schweigen der Waffen war noch nicht überall hin durchgedrungen.

Zahl der Gefallenen:

Weltweit etwa 9 Millionen Deutsches Reich: 2 Millionen (15 Prozent der Soldaten)

Zivile Tote: Weltweit etwa 6 Millionen, darunter Deutsches Reich: 700.000 Kriegsinvaliden

im Deutschen Reich: insgesamt mindestens 90.000, nach anderen Quellen 2,7 Millionen körperlich und seelisch Schwerverletzte 1,2 Millionen Kriegswaisen 533.000 Kriegerwitwen.

Kriegsziel: Sicherheit

Von den deutschen Kriegszielen, wie sie in der Mitteleuropa-Idee des (in der Forschung umstrittenen) Septemberprogramms von Kanzler Bethmann Hollweg 1914 anklingen - Deutschland umgeben von einem Ring durch Zoll- und Wirtschaftsverbund abhängiger Staaten -, war 1918 nichts mehr übrig. Aus dem unter der Kontrolle der Mittelmächte stehenden Regentschaftskönigreich Polen ging am 11. November ein unabhängiger, Deutschland feindlich gesonnener polnischer Staat hervor.

1914, 28. Juni: Attentat von Sarajevo

Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand durch serbische Nationalisten (Bild 1.). Julikrise: Österreich-Ungarn stellt Serbien ein Ultimatum, dem Belgrad nicht bedingungslos nachkommt. 28. Juli: Kriegserklärung Wiens an Serbien. 29.-31. Juli: Russische Mobilmachung.

1914, 1. August: Deutsche Generalmobilmachung

Durch wechselseitige Bündnisverpflichtungen eskaliert ein lokaler Konflikt zu einem weltumspannenden Krieg.

1914, November - 1918, März: Stellungskrieg an der Westfront

Außer 1914 in Ostpreußen (russischer Einfall) und dem Elsaß finden Kämpfe nicht auf Reichsterritorium statt. Materialschlachten zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien an der Somme (1916), um Verdun (1916) und in Flandern, Isonzoschlachten zwischen Italien und Österreich-Ungarn (1915-1917).

1917, 6. April: Die USA erklären dem Deutschen Reich den Krieg

1917, 7. November: Oktober-revolution in Rußland

1918, 3. März: Frieden von Brest-Litowsk

Das revolutionäre Rußland scheidet aus dem Krieg aus und tritt Polen, das Baltikum (16. Februar Litauen unabhängig), Finnland und die Ukraine ab.

1918, 21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront

18. Juli: Gegenoffensive der Alliierten; 29. September: Die Oberste Heeresleitung fordert Waffenstillstandsverhandlungen

1918, 9. November: Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann und wenig später durch Karl Liebknecht ("Sozialistische Republik") in Berlin; Kaiser Wilhelm II. flieht in die neutralen Niederlande; Friedrich Ebert (SPD) wird Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten (10.11.).

1918, 11. November: Waffenstillstand von Compiègne

Matthias Erzberger (Zentrum) unterzeichnet für das Reich die De-facto-Kapitulation mit von den Alliierten diktierten harten Bedingungen.<<

10.11.2018

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. November 2018 (x887/...): >>>**Mist, aufgefliegen**

Wie die Ösis Berlins Pläne durchkreuzen, warum Ausländer Rassisten sind, und wieso wir den Italienern eins überziehen müssen

Der satirische Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Das ist wirklich ärgerlich. Geplant war, den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" still und heimlich unterm Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit ins Ziel zu schmuggeln. Bloß keine Debatte! Die könnte ja Fragen aufwerfen, die man nur ausweichend beantworten kann, um die Katze im Sack zu behalten.

Nun liegt dieser gerissene Plan in Trümmern. Es waren, wen darf das noch wundern, mal wieder diese verschlagenen Österreicher. Die haben den Stöpsel gezogen und eine Flut

unangenehmer Fragen in die deutsche Öffentlichkeit gespült.

Zuvor hatten sich zwar schon die USA und Australien von dem "Migrationspakt" losgesagt, der am 10. Dezember im marokkanischen Marrakesch unterzeichnet werden soll. Es folgte Ungarn, und auch in Polen, Tschechien Dänemark, Kroatien, Slowenien und der Schweiz wachsen die Bedenken. Aber wer sind die schon? Alles Rechtspopulisten!

Österreich ist komplizierter - zwar auch irgendwie rechtspopulistisch, aber Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien, gilt immer noch als Schwesterpartei der deutschen CDU/CSU, was Ungarns Viktor Orbán höchstens der Form nach noch ist.

Erst als Kurz den Pakt absagte, wurde Berlin wirklich nervös. Dieser Tage wurde es sogar ersten CDU-Politikern zu heiß. CDU-Innenexperte Marian Wendt will, daß die Bundesregierung den Pakt nicht unterzeichnet. Er fordert statt dessen eine "sachliche Debatte". Eine sachliche Debatte, mal ganz was Neues. Für diesen gewagten Vorstoß bringt er immerhin die beste aller Begründungen vor: Weil sonst die Rechtspopulisten den Ton in der Debatte vorgeben. Soll wohl heißen: Wenn die "Rechten" die Angelegenheit nicht öffentlich gemacht hätten, würde man natürlich kein Wort darüber verlieren.

Das Außenamt unter Heiko Maas will gegen "Falschbehauptungen" über den Pakt ins Feld ziehen. Eine solche Falschbehauptung sei, daß der Vertrag zu irgendwas verpflichte. Nun ja, pingelige Textauswerter haben den Text untersucht und 87 Mal die Wörter "verpflichten" oder "Verpflichtung" aufgestöbert. Was Heiko Maas noch lange nicht dazu verpflichtet, irgendwelche Verpflichtungen zuzugeben. Und im Grunde hat er sogar recht. Der UN-Migrationspakt ist mehr so eine Art Rutschbahn, auf der die Staaten Europas und Nordamerikas ganz langsam in die besagte Verpflichtung zur massenhaften Aufnahme von wem auch immer ganz langsam hineinschlittern sollen.

Was ist das große Ziel? Das hat der verstorbene frühere UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland schon vor Jahren ausgeplaudert: Die nationalen Kulturen Europas sollen überwunden, also quasi ausgehöhlt und eingeebnet werden (die PAZ berichtete). Da das nicht alle gern hören, hat man die Schleichweg-Route mit dem Migrationspakt gewählt.

Entscheidend wird sein, die "sachliche Debatte" von kritischen Einwänden freizuhalten. Da sind wir auf einem guten Weg. Laut dem Gutachten des Staatsrechtlers Dietrich Murswiek für die AfD kann schon die Verwendung des Wortes "Überfremdung" dazu führen, daß einem verfassungsfeindliche Bestrebungen untergejubelt werden. Seien Sie also bloß vorsichtig, was sie laut denken, wenn Sie auf dem Marsch durch Ihren Stadtteil selbst nach 300 Metern noch kein einziges deutsches Wort gehört haben.

Murswiek ist bewußt übervorsichtig. Könnte also durchaus passieren, daß "Überfremdung" doch noch durchgeht. Wenn dem so ist, muß das aber nicht so bleiben. Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen ist ja nun endlich weg. Hoffen wir, daß jemand auf seinen Posten kommt, der die gebotene Strenge im Umgang mit abweichenden Einschätzungen der Lage aufbringt. Dann ist jedenfalls Schluß mit dem "Überfremdungs-Gerede", dann gibt's nur noch Bereicherung, Buntheit und Vielfalt. Oder die ewige Verdammnis.

Es könnte alles ganz herrlich werden nach der endgültigen Austilgung der Falschdenker. Leider lassen unsere schlimmsten Feinde im Kampf gegen den allgegenwärtigen Rassismus einfach nicht locker. Wer diese Feinde sind, wissen wir ja: die Ausländer!

Ob Amis oder Ungarn, Polen oder Tschechen, Russen oder Italiener, Kroaten oder Dänen – wo's undeutsch zugeht, tanzen sie aus der Multikulti-Reihe. Wann sehen diese widerspenstigen Völkchen endlich ein, daß nur wir recht haben und sie uns gefälligst folgen müssen?

Von ihrem schändlichen Kurs lassen sie sich nicht einmal von den frommen Aktivitäten der weltumspannenden Nichtregierungsorganisationen zur Förderung der Massenwanderung abbringen. In Mittelamerika begleitet die Gruppierung "Pueblo sin Fronteras" (PSF) recht

eifrig die sogenannte "Karawane" von Emigranten, die durch Mexiko Richtung USA unterwegs ist. PSF bestreitet mit Inbrunst, von Stiftungen des US-Milliardärs George Soros unterstützt zu werden.

Soros ist Unterstützer der Demokraten und es ist doch ein günstiger Zufall, daß die "Karawane" pünktlich zu den US-Kongreßwahlen in die Schlagzeilen ploppte. Das mußte US-Präsident Trump und seine Republikaner wegen ihrer Grenzkontroll-Politik ja notwendigerweise wie Unmenschen aussehen lassen. Selbstverständlich wurden auch die US-Medien mit jenen Bildern armer Emigrantenkinder überschwemmt, welche wir Deutsche noch von 2015 kennen.

Doch irgendwas ist schiefgegangen. Viele Amis haben ganz anders reagiert als erhofft. Natürlich hatten sie Mitleid mit den Leuten da unten. Dennoch waren viel zu viele US-Bürger froh, daß sie Grenzkontrollen haben, deren Sinn ihnen angesichts des Massenzuges wieder sichtbar wurde. So war das nicht gedacht, eine klassische propagandistische Fehlzündung. PSF ringt um den Eindruck, nur humanitär unterwegs zu sein und keinen politisch-ideologischen Stoßtrupp darzustellen, wie die Trumpisten behaupten.

Der Name der PSF lautet ins Deutsche übersetzt indes "Volk ohne Grenzen", was schon heftig auf Weltanschauung (nach dem Motto: Alle Grenzen abschaffen, "no borders, no nations", "Kein Mensch ist illegal" und so weiter) schließen läßt. Waren die armen Leute, die da auf Wanderung gegangen sind, angelocktes Kanonenfutter für eine politische Wahlkampf-Kampagne?

Pfui! Damit so etwas nicht einmal gedacht werden kann, muß der Kampf gegen "Haßreden" noch sehr viel schärfer geführt werden. Nur, was nützt unsere deutsche Standfestigkeit, wenn die Ausländer da draußen immer frecher aus der Reihe tanzen?

So fangen die Italiener (ja, die schon wieder) an, ernsthaft Probleme zu machen. Die haben offenbar die Nase voll vom Euro-Diktat, sie wollen nicht einsehen, daß Massenarbeitslosigkeit, eine in weiten Teilen verwüstete Industrie und unerfüllbare Auflagen nur beweisen, wie sehr die einfachen Italiener von der Gemeinschaftswährung profitiert haben. Statt dessen wächst in ihnen der populistische Ungeist empor, daß eine eigene Währung, die man notfalls abwerten kann, sie flexibler machen würde im Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

Aus Rom dringt nunmehr die düstere Kunde, daß sich das Land darauf vorbereite, eine Art nationale Zweitwährung neben den Euro zu stellen. Die würde logischerweise dem Zweck dienen, den schrittweisen Totalausstieg aus dem "Jahrhundertprojekt" einzuleiten.

Da können wir nur hoffen, daß die Euro-Zone nach Ablauf des Ultimatums an Rom nächste Woche härteste Maßnahmen beschließt. Zum Glück haben wir mit Heiko Maas einen Außenminister, der schon als Justizminister gezeigt hat, daß er mit politischen Abwechslern keine Gnade kennt. Der sozialdemokratische Chefdiplomat der Bundesrepublik wird im Ringen mit Rom dafür sorgen, daß das Ansehen und die Beliebtheit Deutschlands völlig neue Höhen erklimmen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 10. November 2018: >>**Die Urkatastrophe**

von *Thorsten Hinz*

Der November 1918 bescherte den Deutschen die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Revolution. Er markierte ein Ende und zugleich den Übergang in einen Latenzzustand, der noch hundert Jahre danach sein beunruhigendes Potential freisetzt. Um die Bedeutung und Dimension des Endes zu erschließen, muß man über den Kriegsausbruch 1914 hinaus wenigstens bis zur Reichsgründung 1871 zurückgehen.

Bis zu dem Zeitpunkt waren die deutschen Kleinstaaten und selbst Preußen als die kleinste unter den europäischen Großmächten vor allem Durchmarschgebiet, Manövriermasse, jedenfalls Objekte im europäischen Mächtenspiel gewesen. Nun lebten die Deutschen im mächtig-

sten Land Europas, das allerdings aus geographischen, geschichtlichen und politischen Gründen permanent gefährdet war. Dieser Konflikt bildete den Ausgangspunkt für Bismarcks ausgleichende Politik, während die meisten Deutschen den rasanten Aufstieg, den das Deutsche Reich in der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Geistesleben nahm, für selbstverständlich und den Garanten seiner selbst hielten.

Das illusorische Gefühl der Unangreifbarkeit zeigte sich in der Erwartung eines heute vergessenen Historikers, der nächste Krieg würde "das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur". Dieses Exempel war im November 1918 mit Aplomb gescheitert. Die deutsche Staatskunst in Berlin hatte nicht verhindern können, daß Deutschland von der halben Welt als Feind bekämpft wurde. Die Nation wurde brutal auf die Einsicht gestoßen, wie fragil der Erfolg und der Bestand ihres Nationalstaates waren.

Max Weber tobte vor Zorn

Die Reaktionen waren gespalten. Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein "Literatenvolk", das sich in Bezeichnungen einer deutschen "Kriegsschuld" erging und den unversöhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, "dann nur entsprach sie jener 'Weltordnung', welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachsenen Naturen allein ertragen".

Weber skizzierte hier den Typus des Unpolitischen, der die Politik aus einer rein idealistischen Perspektive betrachtet und damit verkennt. Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen, den Nachweis eigener Harmlosigkeit und durch exzessive Nachgiebigkeit zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.

Ergänzend wies der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz auf die Wirksamkeit des "Spiegelgedankens" hin. Als die alliierte Kriegspropaganda von abgehackten belgischen Kinderhänden berichtete, projizierte sie die Praxis der belgischen Kolonialtruppen im Kongo auf Deutschland. Gleichzeitig dienten solche Greuelberichte der moralischen Selbstentlastung angesichts der über Deutschland verhängten Hungerblockade, die tatsächlich Hunderttausende deutsche Kinder Leben und Gesundheit kostete. Trotzdem waren solche Spiegelprojektionen so übermächtig - und war die deutsche Gegenpropaganda derart hilflos -, daß sie sogar bei vielen Deutschen auf Resonanz stießen.

Die Folge in der Weimarer Republik war die unversöhnliche Konfrontation zwischen Linken und Rechten, zwischen "Novemberverbrechern" und "Kriegsverbrechern", zwischen erbitterten Stahlhelmen und "Soldaten sind Mörder-Skandierern", zwischen kosmopolitischen Überzeugungstätern, die sich lieber mit dem revolutionären Rußland oder den idealisierten westlichen Demokratien identifizierten, und den zunehmend aggressiven Nationalisten. Einen nationalen Konsens für ein Gefallenen-Gedenken gab es nicht.

Es war eine europäisch-abendländische Niederlage

Diesen nach innen und außen unerträglichen Zustand hätte man nur durch eine länderübergreifende "Staatsklugheit" (Baschwitz) überwinden können. Der braune Zampano aber, der 1933 die Macht ergriff, führte die innere Befriedung dadurch herbei, daß er das Pazifisten-Lager kurzerhand mit Gewalt zum Schweigen brachte. Um die Position Deutschlands im internationalen Gefüge wirklich unangreifbar zu machen, ging er mit Kontrahenten und Kriegsgegnern in einer Weise um, die jenem Horrorbild entsprach, das die Alliierten im Ersten Weltkrieg fälschlich von den Deutschen gezeichnet hatten. 1945 erschien die Propaganda von damals als eine hellsichtige Prophezeiung und damit gerechtfertigt.

Entsprechend frißt die manische Vergangenheitsbewältigung, die zunächst dem NS-Jahrzwölft galt, sich immer tiefer in die deutsche Geschichte ein. Der Erste Weltkrieg ist heute in der kollektiven Erinnerung weitgehend in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs eingeschmolzen und gilt als zu Recht verloren. Bei den französischen Gedenkfeiern am 11. No-

vember 2009 übertrug Kanzlerin Merkel die deutschen Bußformeln, die dem Gedenken an die NS-Zeit vorbehalten sind, unbekümmert auf das Jahr 1918.

Aufmerksame Zeitgenossen bemerkten damals schon, daß die europäischen Gewinner des Krieges genauso in den Abgrund gezogen wurden wie die unterlegenen Mittelmächte. Besonders eindrücklich hat Oswald Spengler formuliert, daß die deutsche in Wahrheit eine europäisch-abendländische Niederlage war.

Indem die Nachbarländer Deutschlands sogar Hilfstruppen aus Afrika und Asien mobilisierten, um das Herzland des eigenen Kontinents zu erstürmen, hätten die europäischen Völker die Achtung der anderen verspielt und seien "von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu dürfen. Sie haben das Bewußtsein der Selbstverständlichkeit ihrer Macht verloren und merken es nicht einmal." Heute wird Wirklichkeit, was vor hundert Jahren als Flammenschrift an der Wand erschien.<<

12.11.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 12. November 2018 (x1.000/...): >>"Medienstaatsvertrag" - Zensur freier Medien?

... Der Buchautor und freie Medienschaffende Heiko Schrang machte in einer Sendung am 27. August 2018 auf ein Thema aufmerksam, von dem bisher kaum jemand etwas mitbekommen hatte. Selbst viele seiner Berufskollegen mit sehr großen YouTube-Kanälen wußten nicht Bescheid. Worum geht es? Es geht um den sogenannten Rundfunkstaatsvertrag, der letztendlich die Zwangsgebühren, also den "ARD-, ZDF-, Deutschlandradio-Beitragservice" - ehemals GEZ-Gebühren - regelt.

Dieser soll neu aufgesetzt werden und dann Medienstaatsvertrag heißen. Das plant die deutsche Bundesregierung für das Ende des Jahres 2018. Laut einem aktuellen Entwurf des Medienstaatsvertrages wird der Begriff des Rundfunkanbieters in §2 Absatz 1 völlig neu definiert. Nach der neuen Definition ist ein Rundfunkanbieter, wer regelmäßig mehr als 5.000 Zuschauer gleichzeitig erreicht und journalistisch-redaktionelle Inhalte anbietet.

Nach dieser Definition wären fast alle freien alternativen Anbieter, die im Internet (z.B. auf YouTube) ihre Sendungen verbreiten, Rundfunkanbieter. Sie müßten dann eine Rundfunklizenz beantragen, die von den Landesmedienanstalten vergeben und überwacht würde. Außerdem müßten sie formale Kriterien erfüllen und jährlich Berichte abgeben. Allein die bürokratischen Anforderungen wären enorm.

Hinzu kämen die Kosten, z.B. für den Antrag und die Berichte. Die Direktorin der Bremer Landesmedienanstalt und Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, Cornelia Holsten sagte, der Medienstaatsvertrag solle vor allem die großen amerikanischen Anbieter wie Google oder YouTube regulieren. Die "NachDenkSeiten" vom 24. August 2018 schreiben allerdings dazu: "Kritische Webseiten sollten durch das neue Gesetz mutmaßlich gezwungen werden, eine Rundfunklizenz zu beantragen. ...

Eine Zulassung kann man immer auch verweigern, eine Zensur durch die Hintertür ... wäre die Folge." So könnte der neue Medienstaatsvertrag in Kürze, begründet mit der Regulierung von Großkonzernen wie Google und Co, zur potentiellen Zensur aller freien Berichterstatter führen. Und das mit verheerenden Folgen für die Meinungsfreiheit. Heiko Schrang hat dies folgendermaßen zusammengefaßt: "Noch nicht einmal in China gibt es so was, und nicht in Rußland und nicht in Nord-Korea. ... Es gibt kein Land auf der Welt, wo mehr zensiert wird, wo mehr verboten wird als in diesem so tollen demokratischen Deutschland."<<

13.11.2018

BRD: Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 13. November 2018: >>Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten

Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? ...

Von *Tanjev Schultz*

... Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwisseri, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.

Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen. Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die "*Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.

Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.

Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wutbürger

Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zorniger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.

Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...

Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. ...<<

15.11.2018

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. November 2018 (x887/...): >>Ist der GCP wirklich verbindlich?

Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotential nicht unterschätzt werden sollte

Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, daß der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?

Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, daß der sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein

wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht jedoch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.

Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraph 7, "der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen" dar. So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen.

Das bedeutet vor allem, daß im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.

Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotential nicht zu unterschätzen. Sie können - wie die internationale Praxis zeigt - auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art "Testlauf" sein, um bei positiver Resonanz als völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.

Ein anderer Weg wäre, daß der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, daß auch ein Dokument mit "nur" moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.

Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.

Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zu Lasten der westlichen Industriestaaten verteilt.

Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Mißstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht angesprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.

So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.

Die potentiellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als "krönenden" Abschluß ihrer Laufbahn als "Flüchtlingskanzlerin" vornehmen. Daß infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren.<<

17.11.2018

Schweiz: Die schweizerische Tageszeitung "Basler Zeitung" berichtet am 17. November 2018: >>**Denk ich an Deutschland in der Nacht**

Der Rechtsstaat in Deutschland droht zu verrotten. Wenn sich nichts ändert, wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen.

Das dichtete Heinrich Heine im Jahre 1844 in seinem Pariser Exil, als in Deutschland Kleinstaaterei und Reaktion herrschten. "Der Rechtsstaat verrottet, wenn nicht klar Schiff gemacht wird", das "deutsche und europäische Recht wurde über Jahre nicht wirklich umgesetzt", und schließlich: "Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und der Wahrheit ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen."

Der letzte Satz stammt aus der in der BaZ abgedruckten Rede des ehemaligen obersten Verfassungsschützers Deutschlands. Seine unwiderlegte Aussage, daß es in Chemnitz zu keinen "Hetzjagden" gekommen sei, kostete Hans-Georg Maaßen das Amt, diese Rede seine Weiterbeschäftigung.

Die Merkel-Dämmerung

Der erste Satz stammt nicht etwa von einem Berserker aus der AfD, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. Und wer davor warnt, daß das "Vertrauen in unsere Rechtsordnung erschüttert wird", weil sie nicht durchgesetzt wird, ist niemand Geringeres als das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2010 Präsident des Deutschen Verfassungsgerichts.

Merkel-Dämmerung, zweistellige Verluste der Regierungsparteien in Bundestagswahlen, der Einzug der AfD in sämtliche Länderparlamente Deutschlands. Das sind nur Oberflächenprobleme. Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin, daß es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein Gewaltmonopol durchsetzen kann. Statt dessen herrschen mafiöse Clans.

Vielköpfige Familien kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgelder, bestimmen die Regeln des Zusammenlebens. In Berlin, in Duisburg, Dortmund, Essen, andernorts gibt es Gegenden, in denen der Rechtsstaat nur noch von Fall zu Fall funktioniert.

Was immer man auch von der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland halten mag, von der Grenzöffnung im Jahre 2015, kaum etwas hat das wiedervereinte Deutschland so geprägt. Nicht nur im Erscheinungsbild oder im Zusammenleben. Sondern eben auch auf rechtlicher Ebene. Und der Rechtsstaat, so unvollkommen er auch sein mag, ist das letzte und beste Bollwerk gegen Willkür, Barbarei und Faustrecht. Wenn sich die Regierung Deutschlands über Wochen damit beschäftigt, ob ein Beamter öffentlich das sagen darf, was er für richtig

hält, auch wenn das dem Narrativ der Altparteien widerspricht, dann ist zudem eine Bürgerferne erreicht, die bedenklich ist.

Wo soll das hinführen? Zu einer neuerlichen braunen Machtübernahme? Sicher nicht. Die AfD ist nicht die NSDAP, die ständige Warnung vor einer rechtsradikalen Gefahr übertönt die wirklichen Gefahrensignale. Das Wichtigste: Der Kitt jeder modernen, zivilisierten Gesellschaft ist die Mittelschicht. Wenn der Mittelstand nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern sich vor Abstieg fürchtet, dann ist der Zusammenhalt gefährdet. Reale und berechtigte Angst vor Altersarmut, Sorgen um die Gesundheitsversorgung, die persönliche Sicherheit, die Ausbildung der Kinder, den verlotternden Zustand der Infrastruktur. Alle diese Bedenken werden im Politikbetrieb Berlins höchstens in Form von hohlen Phrasen über die Sorgen "der Bürger draußen im Lande" zur Kenntnis genommen.

Zerfallen in Parallelgesellschaften

Löst sich dieser Kitt auf, dann sieht sich der Bürger nicht mehr als Staatsbürger. Er sieht seine Anliegen nicht mehr von den Staatsvertretern wahrgenommen. Die Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften, die beispielsweise religiös oder sozial stigmatisiert sind, also eine Lebenswelt der Superreichen und des Prekariats, eine Lebenswelt des Islam, eine Lebenswelt archaischer Stammesstrukturen, und so weiter. Wenn auch noch das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird, bilden sich lokale Strukturen, wo das Faustrecht herrscht oder Bürgerwehren, die ihre Vorstellung von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Während die Begüterten in schwer bewachten Zonen leben, die sie kaum noch verlassen.

Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg, Deutschland würde wieder in ein Mosaik von Kleinstgebilden zerfallen, wie es schon zu Zeiten Heines existierte.

Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls. Wenn vorhandene Strukturen nicht Lösungen für die drängenden Probleme der Gesellschaft bieten, wenn sich die Politik mit der richtigen Auslegung des Begriffs "Hetzjagd" wochenlang lahmlegt, wenn keine der etablierten Parteien wenigstens einen Lösungsvorschlag für die Sicherung der Altersrente hat, und die AfD zwar mit Protest - "so nicht weiter, mit denen nicht weiter" - punktet, aber auch keine Alternativen anzubieten hat: dann ist das kein Albtraum in dunkler Nacht.

Sondern eine durchaus realistische Zukunftsperspektive.<<

20.11.2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. November 2018: >>Nach dem Globalen Pakt für Migration legen die UN die nächste Schurkerei auf den Tisch

Von *Iris N. Masson*

Der heftig umstrittene Globale Pakt für Migration ist noch nicht ratifiziert, da liegt die nächste internationale Vereinbarung zu "Flüchtlingen" auf dem Tisch. Vor einer Woche zauberte der "Dritte Ausschuss der UN-Generalversammlung" in New York einen neuen Pakt aus dem Hut. Federführend ist hier wohl der Vertreter Pakistans, der Vorteile für sein Land herauschinden will. Schließlich zähle dieses zu den Hauptaufnahmeländern von "Flüchtlingen". Ergo sei die Last stärker zu verteilen.

Um genau darum geht's, und 176 Staaten haben bereits für diesen Entwurf gestimmt, der Mitte Dezember, also drei Tage nach Unterzeichnung des UN-Teufelspaktes in Marrakesch, von der UN-Generalversammlung offiziell angenommen werden soll. Einzig die USA wehren sich bislang - wie gehabt -, da auch dieses Abkommen mit ihren souveränen Interessen kollidiere. Der Global Pact for Migration, von dessen fatalem Inhalt bis vor kurzem in Deutschland weder Abgeordnete en detail, geschweige denn die Medien überhaupt Kenntnis hatten, ist längst - und Gott sei Dank - zum Politikum geworden.

Hätte die AfD keinen Antrag im Bundestag eingebracht, diese brisanten Punkte mit verhee-

renden Auswirkungen für Europa und insbesondere Deutschland zur Diskussion zu stellen, wäre er unter dem Radar und an der Bevölkerung vorbei still unterzeichnet worden. Wobei diese Gefahr noch längst nicht gebannt ist.

Und wieder sind es die Alternativen, die die zweite große Schurkerei der UN zu diesem Thema auf's Tapet bringen, aber leider noch nicht in den Bundestag. Wobei dieser kriminell genug sein dürfte, wie er bislang hinreichend unter Beweis gestellt hat, auch dieses Abkommen klammheimlich zu unterzeichnen - auch wenn es ebensolchen Konfliktstoff birgt wie der Migrationspakt.

Zwar hat man nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und spricht ganz unverhohlen von "Neuansiedlungsprogrammen" anstelle der rührseligen Nummer "Flüchtlingsschutz" und "Steuerung der Migration, um diese einzudämmen" - eine Bezeichnung, für die angebliche Verschwörungstheoretiker inzwischen heftig sanktioniert werden.

Aber das macht's nicht besser; im Gegenteil. Das zweite Abkommen sieht unter dem Narrativ "komplementäre Wege", zu denen auch Stipendien, Studentenvisa und reguläre Arbeitsplatzbeschaffung (als Verstärkung der Konkurrenz um Lohndumping) zählen, die geballte Aufnahme von "Flüchtlingen" in Drittstaaten vor. Alles mal wieder nicht bindend? Nicht verpflichtend?

UN fordern Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben
Schauen wir mal: Das erste Schurkenstück, der Globale Migrationspakt, steht für einen angeblich sicheren, geordneten und regulären Zuzug von - offiziell - rund 258 Millionen Migranten, vor allem "Arbeitssuchenden". (Anstelle des Paktes könnte man aber auch den Trump machen ... oder besser noch die UN verpflichten, ein internationales Abkommen zur Regulierung der verheerenden Überbevölkerung durch radikale Geburtenkontrolle in arabischen Ländern und Afrika zu entwickeln, auch wenn die Afrikaner - Gloria Fürstin von Thurn und Taxis zufolge - "halt gern schnackseln").

Werfen wir nun einen Blick auf den zweiten UN-Pakt, den "Flüchtlings-Pakt": Hier ist die Rede von offiziell anerkannten "Flüchtlingen" und "politisch Verfolgten", für die hauptsächlich der Libanon etwa oder die Türkei die Last tragen. Er soll für mehr Ausgleich (sprich Abnahme der Migranten) sowie "konkrete und praktische Maßnahmen" sorgen.

Will heißen: Die sogenannte Staatengemeinschaft soll "Ressourcen und Sachverstand" (insbesondere der wäre angebracht) bereitstellen, um Aufnahmeländer dabei zu unterstützen, ihre Bildungs- und Gesundheitssysteme für "Flüchtlinge" sowie deren Unterbringungs- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu erweitern. Weiter steht in der 24-seitigen Vereinbarung: "Die Staaten erkennen an, daß Neuansiedlung ein konkreter Mechanismus zur Lasten- und Verantwortungsteilung ist." Es muß nicht hinterfragt werden, wer hierfür der auserkorene Kandidat ist... Ausdrücklich gefordert wird hier die Abnahme von "Flüchtlingen" aus Staaten, die bereits viele aufgenommen haben.

Und damit sich die Aufnahmeländer nicht um Nachschub sorgen müssen, hat sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in seiner unendlichen Güte bereit erklärt, den "Schutzstatus" der Glücksritter vor Ort zu ermitteln und diese dann auf legalem Wege auf die Reise zu schicken. Erstmals ist endlich wörtlich von "Resettlement" (and Replacement) - nichts anderes als "UMVOLKUNG" - die Rede. Davor haben alternative Journalisten bereits vor Jahren gewarnt, als sie dieses völker- wie kulturvernichtende Pamphlet der UN noch persönlich übersetzen mußten.

Selbstredend besteht hier ebenso wenig wie beim Migrationspakt eine rechtliche Verpflichtung, wie sich das Auswärtige Amt beeilt zu versichern - zumal Deutschland als "sechstgrößtes Flüchtlingsaufnahmeland" und "zweitgrößter Geber" ohnehin "seinen Beitrag" leiste, "daß Bedürfnisse von ‚Flüchtlingen‘ gedeckt werden können". Obwohl "der Pakt Konsequenzen für uns" hat, wie Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik gegenüber "Die

Welt" einräumt, sei er dennoch im Interesse Deutschlands: "Es geht darum, die Standards für Flüchtlinge in den Nachbarländern anzuheben."

Da kann man dann natürlich schon mal die der eigenen Bevölkerung aus dem Blick verlieren, zumal hier Summen abgegriffen werden dürften, die sich auf den bereits laufenden Milliardenunterhalt für die mehr als zwei Millionen Versorgungssuchenden in Deutschland aufürmen und den Einheimischen nicht (mehr) zur Verfügung stehen werden.

Der Migrationsexperte Oliviero Angeli von der Technischen Universität Dresden allerdings befürchtet bei diesem zweiten Pakt eine kleine Schwäche: "Es ist nicht ganz klar, wer als Flüchtling betrachtet wird." Mit dieser Furcht steht er nicht allein da, denn diese Kompromißformel könnten arabische, afrikanische und Balkan-Staaten, die das Privileg der Arbeitnehmer-Freizügigkeit genießen, durchaus eigenwillig auslegen:

Ihren Männerüberschuß insbesondere aus den Haft- und Irrenanstalten etwa abzuschieben; spart jede Menge Geld. Und, wie sich bereits vielfach gezeigt hat: Es gibt auch "Flüchtlinge", die vor (justiziabel berechtigter) Inknastierung in ihrer Heimat fliehen - vorzugsweise nach Deutschland ... Und nach ihren Schandtaten einen auf "psychisch traumatisiert" machen.

...<<

24.11.2018

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische

Rechtssetzung von oben

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zu Gunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insoweit sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt.

Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrücklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."*

Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.

Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten waren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichbe-

rechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."

"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...

Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016), um so mehr aber im GCM (Global Compact for Migration), erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmensen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden.

Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.*

Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.

"In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf.

Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den

übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.

Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*

Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'menschrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.

In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:

'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschlosen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:

'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.

Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:

'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.

Tendenziell wird daraus:

'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.

Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschwelligem Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich

überflüssig werden. ...<<

27.11.2018

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 27. November 2018: >>>Bundesamt warnt vor "katastrophalen" Folgen von Blackouts

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor "katastrophalen" Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Diese hätten ein "erhebliches Verteilungsproblem für wichtige, teils lebenswichtige Güter" zur Folge, heißt es in einem internen Positionspapier, das den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vorliegt. Vor allem die Bundesländer haben demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch Nachholbedarf.

Das Papier beschäftigt sich auch mit den möglichen Folgen eines Blackouts: "Aufzüge, Heizungen und Licht würden zu Hause sofort ausfallen. Auch der Kühlschrank in der Wohnung oder die Kühlung in Supermärkten wären sofort betroffen." Die meisten Tankstellen könnten keinen Treibstoff mehr verkaufen, innerhalb von Stunden könnten Telefone und Internet nicht mehr genutzt werden. Das Abheben von Bargeld wäre nicht mehr möglich.

"Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben"

Besonders kritisch sieht der Bericht die Folgen für die medizinische Versorgung: "Nach 24 Stunden käme es zu weitgehenden Einschränkungen in Krankenhäusern und der Wasserversorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte könnten nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße nachgeliefert werden. Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben."

Als Notfallversorgung schlägt das Amt die Ausstattung der Bevölkerung mit Taschenlampen und Kurbelradios vor. Auch sollten Lebensmittel, Wasser und Hygieneartikel auf Vorrat in den Haushalten vorhanden sein. Da die Notfallplanung bisher "heterogen" sei, schlägt das Bundesamt zudem eine gesetzliche Anforderung an die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen vor. Dazu gehören etwa Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Telekommunikation und Finanzwesen.<<

November 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtet im November 2018: >>>Globaler Pakt zum Volksaustausch

_ von Amelie Winther

Am 11. Dezember soll in Marokko ein UNO-Abkommen unterzeichnet werden, das bisher illegale Migration legalisieren will. Trump und Orban sind bereits ausgestiegen - und das aus guten Gründen.

Der sogenannte Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) umfaßt in der am 13. Juli 2018 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - mit Ausnahme der USA und Ungarns - angenommenen Version 34 Seiten. Es wären weniger nötig gewesen, hätte man Wohlfühlfloskeln wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Menschenrechte weggelassen.

Die wirken einigermaßen grotesk, denn auch Länder wie Saudi-Arabien, deren Menschenrechtsverletzungen mit Händen zu greifen sind, werden den Pakt unterzeichnen. Sie verstellen auch die Sicht auf den Kern des Abkommens: Es geht um ein "universales Menschenrecht auf Niederlassungsfreiheit", wie es der Nationalrat der Schweizerischen Volkspartei und Juraprofessor Hans-Ueli Vogt zusammenfaßt.

Bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des globalen Nordens ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welche Richtung sich die zu erwartenden Massenwanderungen - und zwar nach der Vorstellung des GCM auf einfacheren, nämlich legalen Routen - bewegen werden. Die UNO spricht von aktuell 250 Millionen Migranten weltweit - tatsächliche Flüchtlinge sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Druck nimmt allein durch das immense Bevölkerungswachstum in Afrika weiter zu, und viele der dortigen Staatslenker haben ein vitales Interesse

an einem international anerkannten Ventil, um den Überschuß an Unzufriedenen und potentiellen Unruhestiftern loszuwerden.

Maulkorb für Kritiker

Die UNO stellt die pauschale These auf, der GCM - ein "internationaler Meilenstein in Sachen Migration" - sei "zum Wohle aller". Solche universalen Heilsversprechen sind mit Vorsicht zu genießen, besonders wenn sie durch eine entsprechende mediale Lenkung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden sollen. Ziel 17 des Vertrags betrifft die "Eliminierung jeder Form der Diskriminierung" und die "Gestaltung der Wahrnehmung von Migration".

Dazu gehören neben Meldemechanismen für Haßreden oder Gewalt gegen Migranten auch "Sensibilisierung und Schulung von Medienschaffenden zu migrationsspezifischen Fragen und Terminologie" sowie die Streichung öffentlicher Zuwendungen für "Medienunternehmen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegenüber Migranten fördern".

Auch wenn der Globale Pakt für Migration die "Achtung der Pressefreiheit" betont: Schon heutige Vorstöße - wie etwa die der selbsternannten Neuen deutschen Medienmacher, die "Armutszuwanderung" als "abwertend" einschätzen, im Begriff "Asylkritiker" einen Euphemismus für "rassistische" oder "rechtsextreme" Meinungen sehen und sogar beim Pronomen "wir" zur Vorsicht raten - zeigen, daß eine sprachliche Steuerung des öffentlichen Diskurses zur politischen Waffe werden kann. Mit Ziel 17 ließe sich rechtfertigen, im Namen der UN kritische oder auch nur skeptische Stimmen zur unbegrenzten Migration zum Verstummen zu bringen.

Unter solchen Argusaugen könnte selbst der anerkannte Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin zur Persona non grata in der Migrationsdebatte werden. Immerhin stellt der Ex-SPD-Kulturstaatsminister fest, daß offene Grenzen das Elend der Welt nicht wesentlich mildern, die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den Aufnahmeländern verschärfen. Auch Paul Colliers Erkenntnisse würden diskreditiert. Der Oxford-Ökonom folgt mit seinem Buch Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen dem wissenschaftlichen Grundsatz, ein Thema "ohne Zorn und Eifer" anzufassen, genügt aber damit wohl nicht den Ansprüchen des GCM, Migration ausschließlich positiv darzustellen.

Er kommt nämlich zu solchen Schlüssen: "Möglicherweise würde eine ständig zunehmende kulturelle Vielfalt nach und nach die gegenseitige Rücksichtnahme untergraben, und die nicht absorbierten Auslandsgemeinden würden an dysfunktionalen Aspekten der Sozialmodelle festhalten, die zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung in ihren Herkunftsländern bestimmend waren. Eine andere mögliche Folge einer weiteren Zunahme der Migration bestünde darin, daß kleine, arme Länder wie Haiti, die ihren größten Talenten wenig zu bieten haben, einen immer größeren Verlust von Fähigkeiten erleiden würden: einen Exodus." Dieses Problem des sogenannten Braindrain kommt im Migrationspakt nur am Rande vor.

Handschrift von Davos

Volkswirt Norbert Häring, Redakteur beim Handelsblatt, wies in einem Blogeintrag vom 21. Juli 2018 auf das dem GCM dienliche "intensive Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne ..., die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden", hin. Die Ziele des Weltwirtschaftsforums von Davos faßte er so zusammen:

"Politische Parteien, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren versprechen, sind ein Problem. Sie schaden der Wirtschaft. Migration sollte man heute nicht mehr als eine Beziehung zwischen Individuum und Staat verstehen, sondern als Beziehung zwischen Individuum und Arbeitgeber, vermittelt über den Staat. Staat und Zivilgesellschaft sollen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (sinngemäß) eine Willkommenskultur etablieren.

Beteiligt an der Ausarbeitung des Vertrags war unter anderem die Internationale Organisation für Migration (IOM), die auch regelmäßig in Davos zugegen ist. Deren Generaldirektor Willi-

am Lacy Swing vertrat dort 2015 die Meinung, daß es "im Moment nicht genug politischen Mut zur Migration" gebe. Schon im Jahr zuvor hatte er, ebenfalls beim Jahrestreffen der Wirtschaftslobbyisten in dem Schweizer Nobelort, den "Megatrend Migration" als "unumgänglich, nötig und wenn richtig gesteuert, wünschenswert" bezeichnet, um dann die demographische Karte zu spielen: "Während der Norden überaltert, fehlt den Menschen im Süden Arbeit.



Die Austauschmigration (Replacement Migration), von der UNO schon länger in ihren Zukunftsszenarien angepriesen, ist menschenverachtend: Die geburtenstarken Länder im Süden werden zum demographischen Selbstbedienungsladen der reproduktionsschwachen Industrienationen deklariert. Gleichzeitig werden die spezifische Identität der Völker und der innere Frieden der Staaten - siehe Nida-Rümelin und Collier - zur Disposition gestellt, damit die demographische Dividende stimmt. Das hat mit wahrer Humanität wenig zu tun.

Pochen auf Souveränität

Ein weiterer problematischer Aspekt des GCM - von dem niemand sagen kann, ob ihn die EU über kurz oder lang in bindendes Recht ummünzt - ist die fehlende demokratische Legitimation. Weder die, die ihn ausgearbeitet haben, noch die, die ihn am 11. Dezember in Marrakesch unterzeichnen werden, nämlich die Ständigen Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten, noch der Inhalt sind von Parlamenten oder gar durch Volksabstimmungen abgesegnet worden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtet im November 2018:

>>BRD-Sprech: Hilfsorganisation

_von Manfred Kleine-Hartlage

Wenn in diesen Tagen das Wort "Hilfsorganisation" fällt, darf man getrost darauf wetten, daß damit etwas völlig anderes gemeint ist als noch vor wenigen Jahren, das heißt vor der Entfesselung der aktuellen Völkerwanderung. Damals bezeichnete man als Hilfsorganisationen etwa das Rote Kreuz oder Brot für die Welt - also Vereinigungen, die Menschen halfen, die unver schuldet in Not geraten waren.

In jenen Tagen, als das BRD-Idiom die deutsche Sprache noch nicht so tief durchseucht hatte wie heute, wäre es absurd gewesen, mit diesem Titel Organisationen zu beehren, die selbst erheblich und systematisch dazu beitragen, daß die Notlage überhaupt eintritt, und die oben drein aus Prinzip nur Menschen helfen, die ihre Not selbst herbeigeführt haben.

Heute ist genau dieser absurde Sprachgebrauch gang und gäbe. "Hilfsorganisationen" sind Organisationen, die auf dem Mittelmeer Migranten einsammeln, um sie in Massen in europäische Länder zu bringen, in denen sie nicht erwünscht sind und für die sie niemals auf legalem Weg eine Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Es sind Organisationen, deren Garantie, die Migranten in Europa und nicht etwa in Afrika abzuliefern, wie ein Magnet wirkt, der schon manchen jungen Afrikaner erst dazu veranlaßt haben dürfte, sich in das Boot einer Schlepperorganisation zu setzen.

Es handelt sich um Vereinigungen, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Und um auch dies zu erwähnen: Diese Afrikaner sind keine "Flüchtlinge", wie das BRD-Idiom sie nennt: "Flüchtling" ist man nur so lange, bis man das Land verlassen hat, in dem man gefährdet war. Wer dann noch weiterreist, ist kein Flüchtling, sondern ein - gegebenenfalls illegaler - Migrant. Und eine Gruppierung, die ihn bei dieser illegalen Migration unterstützt und damit das Geschäft der Schlepperbanden ankurbelt, ist keine humanitäre Hilfsorganisation, sondern eine Vereinigung, deren Daseinszweck die Unterstützung strafbarer Handlungen ist.

Mit Seenotrettung haben deren Praktiken allenfalls in einem technischen Sinne zu tun. Selbstverständlich hat jeder Schiffbrüchige einen Anspruch darauf, von den Besatzungen vorbeifahrender Schiffe aus dem Wasser gezogen zu werden. Keinen Anspruch hat er aber darauf, in ein Land seiner Wahl gebracht zu werden. Und Organisationen, die systematisch nach Schiffbrüchigen suchen, um ihnen genau den Wunsch zu erfüllen, dessentwegen sie sich überhaupt erst in seeuntüchtigen Fahrzeugen aufs Wasser begeben haben, stiften die Betroffenen in vieler Hinsicht erst dazu an, sich selbst in Seenot zu bringen.

Lassen wir dahingestellt, wie viele Aktivisten tatsächlich aus genuiner Verblendung und irregeleitetem Idealismus handeln. Ich bin sicher, daß es solche Leute wirklich - und immer noch - gibt.

Wer aber in das politische Umfeld dieser Organisationen hineinhorcht, kann unmöglich den autorassistischen Deutschen-, ja Weißenhaß überhören, der dort zum guten Ton gehört. Die Sprache der BRD und ihrer sogenannten oder auch tatsächlichen Linken mit ihrem süßlichen humanitären Gesäusel - "Hilfe" und "Hilfsorganisation", "Flüchtlinge" und "Schutzsuchende" - ist nicht erst deshalb unerträglich, weil sie die menschliche Intelligenz beleidigt, sondern vor allem, weil sie der zynischen Bemäntelung eines kalten Genozids am eigenen Volk dient. Und dabei den Ertrinkungstod von Migranten, die ohne ihre "Helfer" eher zu Hause geblieben wären, kalt lächelnd in Kauf nimmt.<<

02.12.2018

BRD: Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet am 2. Dezember 2018 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x955/...): >>Befehl der Vatikan die Migrantenfutung und damit die Islamisierung Europas? - Papst Franziskus und sein 21-Punkte-Plan?****

Während alle die Verantwortung für den globalen UN-Migrationspakt sowie den UN-Flüchtlingspakt bei den Vereinten Nationen suchen und nun kürzlich ans Tageslicht kam, daß Deutschland maßgeblich als Initiator bei der Ausarbeitung des Migrationspakts gewesen ist, flog bei dieser ganzen Geschichte die ... machtvollste Institution auf Erden eher unter dem Radar. Die Rede ist hier vom Vatikan und seinem Oberhaupt, dem Jesuiten Papst Franziskus. Zuerst einmal zu den weiteren Hintergründen der beiden UN-Pakte.

Anläßlich des "104. Welttags des Migranten und Flüchtlings 2018" veröffentlichte Papst Franziskus am 14. Januar 2018 einen öffentlichen Brief nicht nur an die Glaubens-, sondern

an die ganze Weltgemeinschaft. Dieser Brief trägt die Überschrift "Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren", der es echt in sich hat!

Mit Bibelversen geschmückt, Jesus Christus als Beispiel voran und an unser menschliches Mitgefühl appellierend, stellte der Papst - höflich, sachlich, aber dennoch zielgerichtet und bestimmend - eine ganze Reihe an Erwartungen an die "politische Gemeinschaft" und die "zivilere Gemeinschaft", dessen Beiträge an der Umsetzung der gewünschten Maßnahmen "unverzichtbar" seien.

Die 21 Maßnahmen aus dem päpstlichen Dokument wie folgt:

1. Schaffung von Möglichkeiten für eine sichere und legale Einreise in den Zielländern: vor allem durch die 'Gewährung humanitärer Visa', Schaffung von 'erweiterten und vereinfachten Verfahren (Modi)' und die Förderung von Familienzusammenführung.
2. Schaffung von mehr 'humanitären Korridoren für die am stärksten gefährdeten Flüchtlinge', damit diese keine illegalen Wege suchen müßten.
3. Erstellen eines Systems von 'speziellen temporären Visa' für diejenigen, die vor Konflikten in Nachbarländern fliehen.
4. Keine 'kollektive und willkürliche Abschiebung', vor allem nicht in Länder, die 'die Achtung der Würde und die Grundrechte nicht garantieren können'.
5. Immer die persönliche Sicherheit der nationalen Sicherheit vorziehen, die Grenzposten vernünftig ausbilden, damit der erste Empfang der Flüchtlinge 'angemessen und würdig' verläuft.
6. Alternativen zur Haft für diejenigen finden, die illegal ins Land gekommen sind.
7. Im Ursprungsland Lösungen finden, die eine legale Auswanderung zulassen, und so gegen Schlepper vorgehen.
8. Im Ankunftsland 'den Migranten konsularische Hilfe anbieten', das Recht der Flüchtlinge achten, ihre Papiere bei sich zu behalten, Zugang zum Rechtswesen schaffen, die Erlaubnis gewähren, Bankkonten zu eröffnen und ein 'Existenzminimum garantieren'.
9. Im Ankunftsland 'Bewegungsfreiheit und Zugang zu Arbeit sowie Telekommunikationseinrichtungen sichern'.
10. Für alle, die in ihr Land zurückkehren wollen, 'berufliche und soziale Wiedereingliederungs-Programme schaffen'.
11. Minderjährige Flüchtlinge schützen, 'jede Form von Haft vermeiden', Zugang zur Bildung sicherstellen.
12. Jedem geborenen Kind die Staatsbürgerschaft verleihen.
13. Kampf gegen die 'Staatenlosigkeit' von Migranten und Flüchtlingen durch die Schaffung eines 'Bürgerrechts'.
14. Unbegrenzter Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu den nationalen Gesundheits- und Rentensystemen und 'Übertragung ihrer Beiträge für den Fall ihrer Rückführung'.
15. Garantie der Berufsfreiheit und Ausübung der Religion für alle im Gebiet anwesenden Ausländer.
16. Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Migranten und Flüchtlingen, einschließlich Asylbewerbern - Sicherstellung der Möglichkeit zur Arbeit, Sprachtraining und aktiver Bürgerschaft.
17. Verhindern, daß minderjährige Flüchtlinge ausgebeutet werden.
18. Förderung der Familienzusammenführung - einschließlich Großeltern, Geschwistern und Enkelkindern - 'ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche Kapazitäten'.
19. Mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber mit Behinderungen.
20. Entwicklungsländern, die Flüchtlinge aufnehmen, stärker helfen.
21. Integrieren, 'ohne den Migranten ihre kulturelle Identität zu nehmen', ein 'Angebot der aktiven Bürgerschaft' schaffen, 'Wirtschaftskenntnisse von Sprachkenntnissen trennen', und

Flüchtlingen, die länger im Land leben, eine Legalisierung ihrer Verhältnisse anbieten."

Was wir hier also ganz klar und deutlich herauslesen können, ist ein neo-marxistisches Manifest zur grenzenlosen Flutung und Zerstörung Europas mit Migranten, die in die jeweils nationalen Gesundheits- und Rentensysteme gleich von vornherein "unbegrenzt" einwandern dürfen. Das ist mehr als eine schallende Ohrfeige für jeden Einheimischen in Europa, der jahrzehntlang in die Kassen eingezahlt und mit Steuern, Abgaben und behördlichen Drangsalierungen komplett ausgewrungen wurde, um am Ende eine Rente zu erhalten, von der er nicht leben und sterben kann - sofern er den Renteneintritt noch erlebt.

Wie "unverbindlich" das als Vorschläge getarnte vatikanische Diktat ist, liest man zum Ende des päpstlichen Dokuments, in dem es heißt:

"Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zu Gunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei globale Rahmenwerke (Global Compacts) zu verfassen und zu billigen, einer, der sich den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten."

Jene Länder, die den Migrationspakt nicht annehmen, werden, bis auf die USA als Ausnahme, aber zumindest den UN-Flüchtlingspakt annehmen und umsetzen, der für sich allein schon eine weitere große Flüchtlingswelle gen Europa losstreuen wird. Zusammen mit dem UN-Migrationspakt werden wir bereits in den nächsten Monaten und wenigen Jahren Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erleben!

Wenn diese Entwicklung nicht unverzüglich gestoppt und umgekehrt wird, wird Deutschland in ein bis zwei Jahrzehnten mehrheitlich nicht mehr deutsch sein, sondern islamisch. Aus Europa würde dann "Eurabien" werden.

In meinem Buch habe ich aufgezeigt, wie der Vatikan, als reichster Grund- und Immobilienbesitzer auf diesem Planeten, die Menschheit mittels der Geburtsurkunde und der damit verbundenen Schaffung einer juristischen Rechtspersönlichkeit buchstäblich von Geburt bis zum Tode versklavt hat. Wer die Details dazu liest, versteht dann auch die betonende Forderung des Papstes und behördlicher Stellen, alle Migranten zwingend mit gültigen Ausweispapieren ausstatten zu müssen.

Hinter dem Ganzen steht nämlich mehr als die bloße Verhinderung von Identitätsbetrug. In meinem Buch enthülle ich, wie der Jesuitenorden und der "Unheilige Stuhl" die beiden Weltkriege mit inszenierte und das NWO-Projekt "Drittes Reich" als Fortführung des römischen Reichs schuf. Im Buch erfährt man u.a. auch, wie und wofür der Vatikan den Islam erst einst erschaffen hatte. ...<<

05.12.2018

BRD: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. Dezember 2018 (x1.000/...): >>Michael Limburg: "Klimaschutz ist eine absurde Idee" (Zur UN-Klimakonferenz 2018)

... Vom 2. bis 14. Dezember 2018 findet in Kattowitz in Polen die 24. UN-Klimakonferenz statt. Fast 200 Länder wollen dort die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 vorantreiben. Bereits im Vorfeld warnt ein UN-Bericht: Dafür sei es höchste Zeit, es werde immer schwieriger, das Ziel zu erreichen und die Klimaerwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Seit Jahren setzen die großen Medien darauf, Panik zu schüren, wenn es um den "Klimawandel" geht.

Schon vor 30 Jahren, z.B. am 26. September 1988 warnte die australische Tageszeitung "The Canberra Times": Ein allmählicher Anstieg des Meeresspiegels drohe die 1.196 Inseln der Malediven innerhalb der nächsten 30 Jahre vollständig zu verschlucken. Nun, jetzt ist es 30

Jahre später und die Malediven sind noch da - alle 1.196 Inseln. Es stellte sich sogar heraus, daß alle Inseln an Fläche zugenommen haben und der Tourismusbereich inzwischen massiv ausgeweitet wird.

Trotz solcher überprüfbareren Beispiele ist kein Ende der "Klimahysterie" in Sicht. Niemand bestreitet, daß es einen Klimawandel gibt, was eine Abkühlung oder Erwärmung über unterschiedliche Zeiträume bezeichnet. So gab es z.B. zwischen dem 10. und 14. Jahrhundert die mittelalterliche Warmzeit, wo es auch umfassende kontinentale Dürren gab.

Aus aktuellem Anlaß zur UN-Klimakonferenz 2018 sehen Sie im Anschluß ein Interview, das bereits am 9. Juni 2017 veröffentlicht wurde und das RT Deutsch mit dem Dipl. Ing. Michael Limburg führte. Limburg ist Gründer und Vizepräsident des Europäischen Institutes für Klima und Energie und bezeichnet den Klimaschutz als "eine absurde Idee". Laut Limburg habe der Klimawandel nichts mit Menschen zu tun.

In einem knapp 30-minütigen Interview erklärt Limburg, daß sich in der Klimapolitik ein großes Umverteilungsprogramm von reichen an arme Nationen versteckt.

Interview

Reporterin: Schon seit längerem hat man sich nicht mehr wirklich intensiv mit dem Klima, beziehungsweise dem Klimawandel beschäftigt. Jetzt hat Trump das Pariser Abkommen abgelehnt und das Thema ist wieder in aller Munde. Daher auch die Chance, das etwas kritisch zu beleuchten. Ich möchte noch eine kurze Bemerkung am Rande hinzufügen.

Trump hat das Pariser Abkommen nie wirklich gekündigt, er ist auch nicht ausgetreten. Der US-Kongreß hat das Abkommen nämlich nie ratifiziert, das nur mal so am Rande. Kritisch beleuchten möchte ich das Thema Klimawandel mit Herrn Diplom Ingenieur Michael Limburg. Sie sind Vizepräsident des Europäischen Institutes für Klima und Energie, EIKE ... Und Sie sind mit der These des menschengemachten Klimawandels nicht einverstanden. Ich zitiere Sie: "Das ist doch alles ein Schwindel."

Und vielleicht könnten Sie die These des menschengemachten Klimawandels ihrer Ansicht nach kurz zusammengefaßt für uns hier widerlegen.

Limburg: Also, das ist natürlich mit ein paar Worten nur schwer zu machen, weil man ja ein gewisses Grundwissen bei seinem Gegenüber voraussetzen muß. Und ich tue jetzt einfach mal so, als ob das wahrscheinlich da ist oder mit Sicherheit da ist, kurz zusammengefaßt: Man kann ja Klimawandel nur dann beurteilen, wenn man die Vergangenheit gut kennt.

Also ich kann nicht sagen, es ist besonders warm, kann schon sein, 30 Grad sind besonders warm, da fühlt man sich nicht sehr wohl außer in Klimaanlage oder im Bikini. Aber man muß vergleichen mit früher. Und wenn man das tut, dann stellt man fest, daß man sehr schnell an die Grenzen der Meßtechnik stößt.

Schlicht deswegen, weil die wichtigsten Utensilien, Thermometer etc., Windmesser und ähnliches erst Geschöpfe der Neuzeit und der jungen Neuzeit sind. Also thermometerweise also meßtechnisch können wir von Temperaturen vor Ort erst seit, ja im Grunde erst seit den Satelliten sprechen, wenn man das Ganze, den ganzen Globus betrachtet.

Lokale Messung natürlich schon viel früher. Und wenn man also diese ansieht, dann stellt man fest, da ist eine Veränderung gegeben, und zwar in Richtung Erwärmung. Also wir haben Hinweise aus der Vergangenheit von Warmzeiten wie Kaltzeiten, die deutlich belegen, daß das Klima sich schon immer gewandelt hat. Denken Sie an die schrecklichen Eiszeiten, die alle 100.000 Jahre Pi mal Daumen die Erde heimsuchen und dann auch wieder die Warmzeiten.

Reporterin: Es gibt aber auch kleine Eiszeiten. Es gehört auch zu dem Klima dazu.

Limburg: Es gibt große und es gibt kleine. Denken Sie an die römische Warmzeit. Die Römer haben ihr Weltreich in kurzen Röckchen und Sandalen erobert. Hannibal trieb seine Elefanten über die Alpen. Das ging nur, weil es zu der Zeit besonders angenehm warm war, we-

sentlich wärmer als heute übrigens. Und das andere ist die Eiszeit, die kleine Eiszeit, die hat die Wikinger aus Grönland zum Beispiel vertrieben. Die mußten dort abhauen, weil es einfach nicht mehr möglich war, dort Ackerbau und Viehzucht zu betreiben. Und diese kleine Eiszeit, die ging dann so etwa bis 1850.

Und wenn man das vergleicht und sieht, daß es also a) wesentlich stärkerer Erwärmung wie auch Abkühlung gab, auch in kürzerer Zeit, dann ist die heutige Erwärmung erstens nicht besonders groß und nicht besonders schnell. Und jetzt ist die zweite Frage: Kann man die dem Mensch zuordnen und da sagen wir, dafür gibt es keinen Beleg. Man kann natürlich eine Hypothese aufstellen, die das CO₂ (Kohlendioxid) zum Inhalt hat, als Treiber.

Wobei niemand bestreitet, daß das CO₂ bestimmte Infrarot-Eigenschaften hat, die andere Gase auch haben. Aber es gibt keine Korrelation zwischen der Temperatur und der Konzentration des CO₂ in der Atmosphäre.

Reporterin: Ist das nicht auch ein bißchen diese ...

Limburg: Und nur die zählt. Es zählen also nicht die Emissionen von CO₂, darauf komme ich gleich, sondern die Konzentration.

Reporterin: In der Atmosphäre?

Limburg: In der Atmosphäre, und die steigt.

Reporterin: Logischer Weise ...

Limburg: Und jetzt würde ich mal Sie fragen, ob Sie in der Schule aufgepaßt haben, wie viel CO₂ gibt es denn in der Atmosphäre?

Reporterin: Ja, ich hab, ach so, aber das weiß ich, glaube ich, es sind auf jeden Fall wenige, wenige Prozent. Wie hatten Sie den Vergleich gezogen, wenn die Atmosphäre 10 Meter dick wäre, dann wären 40 Zentimeter davon CO₂?

Limburg: Ich sag's mal anders, es sind also genau 0,04 Prozent. 0,04 können Sie auf zehn Meter umrechnen, ich rechne es mal auf die Zahl der Luftmoleküle um: Auf 10.000 Moleküle Luft kommen vier Moleküle CO₂.

Reporterin: Aktuell.

Limburg: Aktuell, und vor 150 Jahren, so glaubt man, sicher weiß man das auch nicht, waren es drei Moleküle, knapp 280 pm also rund knapp drei Moleküle. Dieses eine Molekül mehr ist eindeutig da.

Reporterin: Ist das menschengemacht?

Limburg: Das ist die zweite große Frage. Was wir wissen ist definitiv, daß nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die industrielle Produktion weltweit zunahm und sich das ausbreitete, wie auch der Wohlstand sich ausbreitet und so weiter, nicht nur bei der Energieerzeugung, sondern bei Transport und bei vielen anderen Dingen. Und daß deswegen die Emissionen massiv angestiegen sind und immer noch ansteigen. Die zweite Frage ist dann: Wie viel von dem emittierten CO₂ verbleibt in einer Atmosphäre?

Und da gibt es großen Streit unter den Gelehrtenkreisen. Manche sagen zwei Prozent bleibt drin, manche sagen 50 Prozent. Und jeder hat genügend Indizien, daß das einigermaßen stimmt, wie auch immer, und reichert sich dann in der Atmosphäre an. Also die Überlegung ist, weil wir das CO₂ in den Emissionen so stark angereichert haben, oder ansteigen lassen und das nur in der Atmosphäre sich mehr oder weniger anreichert, muß das die Ursache sein für die Erwärmung. Daß das ganz natürliche Ursachen haben kann, das wird massiv geleugnet. Langsam weichen die Fronten auf ...

Reporterin: Aber wird das geleugnet? Es gibt doch den natürlichen Treibhauseffekt, und von dem hat man ja schon lange gesprochen.

Limburg: Man tut so, als ob wir ein Anrecht auf ein konstantes Klima/Temperatur, es geht ja fast nur um Temperatur, hätten, wobei die Vergangenheit uns lehrt, daß das ganze Gegenteil der Fall ist. Das Klima ändert sich so lange, wie es eine Atmosphäre auf diesem Planeten gibt,

also seit gut drei Milliarden Jahren. Also wir finden, um es kurz zu machen, keine Korrelation. Das heißt ein Gleichlauf zwischen der Entwicklung der CO₂-Konzentration und der Mitteltemperatur der Erde, zu der kann man auch viel sagen, über keinen Vergangenheitszeitraum, sei es kurz, mittel oder lang. Eine Korrelation ist eine Voraussetzung dafür, daß zwischen beiden Größen ein Zusammenhang besteht, aber bei weitem kein Ersatz für einen Beleg, einen Beweis.

Reporterin: Nun ist der, anscheinend der wissenschaftliche Konsens jedoch, daß der Klimawandel von Menschen gemacht wird durch den Ausstoß von CO₂. Ist die Hypothese so zu vereinfacht dargestellt oder ist das, sagen wir mal, die Hypothese, auf die auch unsere, das Pariser Abkommen das ehemalige Kyoto-Protokoll und so weiter. Die berufen sich doch darauf, daß diese These stimmt.

Limburg: Und diese These ist in mehrfacher Hinsicht falsch.

Reporterin: Genau, das kritisieren Sie ja, daß diese Hypothese, die auf verschiedenen Modellen beruht ...

Limburg: Darf ich auf die Frage antworten?

Reporterin: Ich möchte noch eine Zwischenfrage einfügen. Weil Sie sagen ja, daß die Hypothese, die auf verschiedenen Modellen beruht, nicht richtig ist, also daß die Modelle auch nicht richtig sind. Aber woher wissen Sie denn, oder wieso ist denn Ihre Antithese, die doch sicherlich auch auf Modellen beruht, wieso ist diese denn korrekt?

Limburg: Nein. Zunächst mal, Sie haben ja am Anfang gesagt, es sei Konsens in der Wissenschaft. Konsens in der Wissenschaft, selbst wenn es stimmte, und es stimmt nicht, ist kein Wert. In der Wissenschaft herrscht keine Demokratie und es gibt keine Mehrheitsentscheidungen. Einstein pflegte immer so nett zu sagen als man ihm sagte, daß Wissenschaftler seine Relativitätstheorie falsch finden, sagt er wenn die recht hätten genüge einer. Also in der Wissenschaft ist ein Beweis notwendig oder ein Gegenbeweis, um eine Theorie auszuhebeln. Aber eine Mehrheitsentscheidung ist völlig nutzlos, wertlos.

Zum zweiten stimmt das auch nicht, es gibt zigtausende Wissenschaftler auf der Welt, die im klimanahen Bereich, Geologen oder Meteorologen oder Physiker, die sich damit beschäftigen, arbeiten. Die völlig anderer Meinung sind als das, was allgemein als Konsens dargestellt wird. Und das dritte ist, wir arbeiten nicht mit Modellen, wir arbeiten schlicht mit der Realität. Wir gucken uns die Vergangenheit an und sehen, daß es immer schon Klimaschwankungen gab und fragen uns, warum zum Teufel soll plötzlich das CO₂ diese Eigenschaft bekommen wo es die früher nicht hatte? Das ist physikalisch schlicht unmöglich.

Reporterin: Aber leiten Sie aus diesen, aus der Vergangenheit, keine Prognosen für die Zukunft ab? Weil das ist ja auch das, was die anderen immer so machen möchten.

Limburg: Ja, das ist schlicht unmöglich. Klima ist ein chaotisches System. Und das IPCC selber hat in seinem dritten Bericht festgestellt: Chaotische Systeme, ich verkürze das jetzt mal, lassen sich de facto nicht vorhersagen. Das ist Stand des Wissens, das wissen alle. Versucht es aber trotzdem und sagen, das sind dann keine Prognosen, sondern Szenarien. Das ist eine Umbenennung desselben Babys, ob es nun Karl Egon heißt oder Egon Karl ist letztendlich immer noch dasselbe Baby.

Also man versucht, die Prognosen zu machen und macht da bestimmte Annahmen, steckt dafür Geld und sehr viel Geist da rein, nur es zeigt sich, daß diese Klimamodelle weder die Klimavergangenheit richtig darstellen können, noch die Klimagegenwart, und schon gar nicht die Klimazukunft, soweit wir das schon erlebt haben, es sind ja schon 30 Jahre vergangen. Also wir gucken uns die Vergangenheit an, versuchen die Ursachen einigermaßen zu definieren, die zu diesen Änderungen geführt haben, was niemals sicher ist, sondern nur eine Wahrscheinlichkeitsbetrachtung und sagen, wenn das so ist, dann ist es ziemlich wahrscheinlich, daß es auch in Zukunft so sein wird.

So arbeiten wir, und so sollte man allgemein arbeiten, denn Klimamodelle, wie gesagt, sind chronisch unzuverlässig und gemacht worden, um den Einfluß des CO₂ sozusagen über den Umweg Computer nachzuweisen. Das ist auch so der einzige Beweis, der von diesen Leuten gebracht wird. Ich sage wir können das nicht in der Natur nachweisen, diesen Einfluß, wir können das nur in numerischen Klimamodellen nachweisen.

Reporterin: Aber welchen Grund hätte es denn, den Klimawandel über Politik und Medien so zu etablieren? Also wer sollte denn davon profitieren?

Limburg: Ich glaube, die Frage ist rhetorisch gemeint, oder?

Reporterin: Ich meine, daß man eine Industrie damit befeuern kann, jetzt die erneuerbaren Energien, das ist mir schon klar. ...

Limburg: Das sehn Sie zu kurz, Entschuldigung!

Reporterin: Aber Sie, aber Sie müssen ja auch bedenken, daß jetzt hier Big Oil auch sehr großen Einfluß haben, und die wären doch die ersten, die daran interessiert wären, diese Klimawandelthese zu revidieren.

Und soweit ich weiß, haben Sie noch keinen großen Check von irgendeiner Ölfirma bekommen, also Sie warten immer noch darauf, das heißt da müßte es doch dann theoretisch Interessenkonflikte geben. Also wer sollte denn dann davon profitieren?

Limburg: Na ja, man muß natürlich eins berücksichtigen: Wir leben in einer Zeit mit großem Wohlstand. Und dieser große Wohlstand basiert auf billiger Energie, neben vielen anderen Faktoren: Organisation, Talent, Kapital und so weiter und so weiter. Und diese billige Energie wird in aller Regel durch fossile Brennstoffe bereitgestellt und zu einem gewissen Teil auch durch Kernkraft. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch eine gewisse Entfremdung von der Natur. Wir leben in großen Städten. 50 Prozent der Menschheit lebt inzwischen in großen Städten.

Und wir merken natürlich, daß wir auch unsere Umwelt überlasten, wobei man dazu sagen muß, je besser es einem Land geht, einer Nation geht, desto besser geht's auch ihrer Umwelt, das hängt auch zusammen. Und trotzdem hat man nun die Möglichkeit gefunden, durch eine geringe Temperaturschwankung - niemand würde sich normalerweise über ein Grad Erwärmung aufregen, wir haben in Berlin eine Mitteltemperatur von 9 Grad, und wenn wir mal 30 Grad haben dann stöhnen wir schon, wenn wir über 22 Grad haben, fühlen uns wohl also 13 Grad Differenz finden wir ganz prima, wer regt sich über ein Grad auf, die Erwärmung in der Mitte des letzten Jahrhunderts ...

Aber wenn wir daraus eine Gefahr ableiten, eine richtig große Katastrophe und zwar die, die die ganze Menschheit betrifft, und obendrein auch grenzüberschreitend ist, dann bieten sich ungeahnte Möglichkeiten der Steuerung, der Einflußnahme und auch des Geldverdienens. Sie glauben ja gar nicht, was allein in die Klimaforschung für Milliarden, Zehnermilliarden von Euros in Dollar geflossen ist, oder aber nun auch in die Vermeidungsstrategien.

Dieses Klimaabkommen von Paris, knapp 30 Seiten, enthält genau drei Zahlen: zwei Grad, 1,5 Grad, und in drei Jahren nach Kündigung kann man raus. Alles andere ist offen. Aber es steht drin: Ihr müßt in Green Climate Fund bedienen. Und der ist angelegt auf 100 Milliarden Dollar jährlich, den die Verursachernationen für diese potentielle Katastrophe einzuzahlen haben, und die an die Nachzügler, also die nicht entwickelten Länder ausgezahlt werden. Und der soll innerhalb weniger Jahre auf 500 Milliarden Dollar angehoben werden, das was wir zu zahlen haben. Deutschland schon ist vorne dabei.

Ja was meinen Sie denn, was das für eine Attraktion auslöst für tausende von Lehrstühlen, von Forschern, von Verwaltungsbeamten, von Überwachungsorganen? Die müssen genehmigen, die müssen verteilen, die müssen ablehnen, die müssen schauen. ...

Also es gibt ein großes Interesse daran, dieses Steuerungsinstrument, da spricht man ja auch von Klimagerechtigkeit, weltweit zu etablieren und deswegen ist auch die UNO so vehement

hinterher, weil ihr dadurch Macht zuwächst. Macht in der Verteilung von Geld und von Einfluß und so weiter. Es wurden hunderte von Unterbehörden gegründet, um allein die Folgen des Paris-Abkommens und aller vorherigen zu bewältigen, zu administrieren, zu verwalten, immer mit Dienstwagen, und so weiter. Das ist der Hintergrund nach unserer Sicht.

Reporterin: Das ist auch immer ein sehr hoch komplexes Arbeitsbeschaffungssystem.

Limburg: Ja, aber ein funktionierendes! Solange ich Angst erzeuge, und das weiß die Kirche seit 2.000 Jahren, und andere Religionen wissen das auch, und dann obendrein noch den Charme habe, daß die Erlösung erst in weiter Zukunft entweder im Paradies oder in hundert Jahren stattfindet, daß wir also entweder gewonnen haben oder verloren haben.

Niemand kann Frau Merkel dafür verantwortlich machen in zwanzig, dreißig Jahren, daß sie danebengelegt hat. Weil sie dann entweder im Spätruhestand ist oder schon tot. Also, das ist eine Attraktion, die diese Panik-Methode auslöst auf die Politik, sie können das, was sie schon immer gerne machen wollten, kujonieren, drangsalieren und abkassieren. Und das mit Zustimmung der Betroffenen. Was gibt es Schöneres?

Reporterin: Das hört sich jetzt nach einer großen Klimaverschwörung an.

Limburg: Es ist keine Verschwörung, das wäre falsch. Aber es ist eine Art Selbstorganisation. Insbesondere die Grünen, aber auch alle, die den grünen Ideen folgen, haben erkannt, wie wunderbar sich dieses Mittel eignet, um Ziele zu verwirklichen, die gar nichts mit dem Klima zu tun haben. Wir nehmen das Beispiel von Herrn Edenhofer, der wurde gefragt von der NZZ vor ein paar Jahren vor (der Klimakonferenz von) Cancun; Was ist das eigentlich was sie da machen? Und er hat gesagt das hat mit Umweltschutz, Klimaschutz hat mit Umweltschutz so gut wie gar nichts zu tun. Es dreht sich allein um Umverteilung von den reichen Nationen zu den Armen, darum dreht sich das.

Reporterin: Aber leiden denn arme Nationen eben nicht unter diesen Umweltzielen? Die können sie ja gar nicht erfüllen. Zumindest war das lange generativ.

Limburg: Die Klimaschwankungen, die alle Nationen erleiden oder erleben, sind da. Ob ich eine Dürre in Ostafrika habe oder beispielsweise im arabischen Raum, das kommt, und geht und wenn man sich die Dürren der vergangenen Jahrzehnte anschauen und Jahrhunderte, dann ist es eher weniger als mehr. Das Gleiche gilt für alle anderen Sorten von Extremwetter, aber natürlich sind immer mehr Menschen da, die von diesen Naturkatastrophen betroffen sind, wobei die Zahl der Betroffenen absolut zurückgeht, aber die Schäden werden insgesamt größer.

Viele in den Entwicklungsländern insbesondere bauen ihre Zweithäuser, Zweitwohnungen an den Ufern der Meere. Da gibt's Überschwemmungen, dann sind eben mehr Schäden die entstehen. Also die Schäden werden größer, aber die Zahlen der Extremwetter werden kleiner. Und es gibt auch keine Klima-Flüchtlinge. Natürlich gibt es jede Menge von schlechten Entwicklungen, wir erleben ja gerade eine ganze Menge, Afrika ist besonders betroffen.

Aber nicht deswegen, weil das Klima dort anders ist als sonst, sondern weil es einfach zu viele Menschen gibt innerhalb kürzester Zeit und wir nicht in der Lage sind und sie erst recht nicht, sich aus der Malaise heraus zu holen. Und wenn Sie jetzt diesen Klima-Fonds sehen, der ja den weniger entwickelnden Ländern die Möglichkeit geben soll, auf Kohle und Erdöl und Gas zu verzichten und statt dessen erneuerbare (Energie) zu verwenden, dann laufen die in eine Falle! Und deswegen machen sie auch nicht mit. Beispielsweise die Bundesrepublik nimmt jetzt China als großen Klimaverbündeten.

Reporterin: Das wäre jetzt mein Beispiel gewesen ja.

Limburg: China hat überhaupt nicht zugesagt, auf irgend etwas zu verzichten. Die öffnen jede Woche oder jede zweite Woche ein Kohlekraftwerk bevor 2030 erreicht ist, und dann werden sie darüber nachdenken, ob sie reduzieren. Heute sind sie schon der größte CO₂-Emittent der Welt. Indien ist noch geschickter. Ein 1,3 Millionen Volk, die brauchen drin-

gendst billige Energie.

Also sagen sie, machen wir das auch um jeden Preis - die Australier bauen gerade riesig Kohlehäfen zum Verschiffen der Kohle nach Indien - sagen aber, wir machen trotzdem beim Klimafonds mit. Erst mal kriegen wir von euch Milliarden, deswegen war der Modi jetzt gerade hier, und zum zweiten versprechen wir nur, daß wir unsere Effizienz verbessern, also Energienutzung, aber auch nur halb so viel wie sie bereits erreicht haben.

Also die großen Entwicklungsländer oder entwickelten Länder sowie China, Schwellenländer und alle anderen auch denken nicht im Traum daran, irgend etwas von ihrer Entwicklung aufzugeben, aber sie hoffen natürlich gerne und kriegen das auch auf die hunderte von Milliarden, die dieser Klima-Fonds und andere Maßnahmen hinbringen.

Reporterin: Was würde denn jetzt passieren, wenn wir, und ich spreche jetzt mal vielleicht spezifisch über Europa, weil Sie ja sagen, die anderen engagieren sich nicht wirklich oder zumindest nicht in vorhersehbarer Zeit. Was würde denn passieren, wenn wir hier in der EU, die ja Klimaschutz überhaupt sehr groß schreiben, wenn wir uns von diesen Klimaschutzzielen verabschieden würden?

Limburg: Gar nichts. Mit dem Klima passiert gar nichts, so nicht und so nicht. Wenn Sie an den Unsinn glauben, dann sind das gerade mal ein paar hundertstel Grad Celsius irgendwann in 100 Jahren, die dann stärker ansteigen sollte, könnte, möchte, also sofern diese Hypothese überhaupt auch nur annähernd stimmt. Und wenn Sie es nicht tun und nicht dran glauben, dann passiert auch nichts, aber was wir tun, wenn wir dieses verfolgen, ist, daß wir uns konkurrenzunfähig machen.

Wir fallen zurück, wir vernichten viele Teile unserer Industrie, insbesondere von der energieintensiven Industrie und damit viele Jobs. Wir sehen ja, was mit den großen Versorgern passiert ist, die hunderttausende von Mitarbeitern haben, wertschöpfende Mitarbeiter, die müssen die reihenweise entlassen, weil sie nicht mehr, kein Geld mehr verdienen mit Kohle oder Gas oder Atomstrom, und ersetzt wird das durch eine dezentrale Infrastruktur, die das Geld nicht wert ist, was wir da reinstecken, weil sie nie effektiv und nie effizient sein kann.

Reporterin: Aber woher wissen Sie, daß es denn nie effizient sein könnte, also Windenergie Solarenergie. Ich weiß, Solarenergie ist in Deutschland vielleicht ein bißchen schwieriges Thema, aber wie kann man denn wissen, daß das niemals effizient sein wird? Müssen wir denn nicht in neue Technologien investieren?

Limburg: Also, ich hab einen gewissen Respekt, daß ich nicht ganz glaube, daß Wunder passieren. Und Wunder müßten passieren, damit Wind- oder Solarenergie ein Industrieland speisen können, zuverlässig und billig. Sie wissen selber, der Wind weht dann, wann er will. Wir hatten beispielsweise im Januar zehn Tage keinen Wind und keine Sonne, das nennt man Dunkelflaute. In der Zeit hatten wir aber einen hohen Strombedarf. Also mußten die verpönten Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke in die Bresche springen, mußten hochgefahren werden und den Strom liefern. Das läßt sich nicht ändern.

Das zweite ist, daß diese drei - wir haben Biomasse, wir haben Solar und wir haben im wesentlichen Wind - sich auszeichnen durch eine extrem geringe Energiedichte. Wenn Sie sich in die Sonne legen, dann kriegen Sie bestenfalls einen Sonnenbrand. Stecken Sie mal Ihre Hand in einen Kohleofen, das können Sie nur einmal machen, und dann ist nicht mehr viel übrig. Das heißt, die Energie pro Flächeneinheit ist bei diesen Quellen extrem gering. Also müssen Sie auch Riesenflächen belegen, deswegen diese Windparks, deswegen diese Solarparks, deswegen sind diese Monokulturen an Energiepflanzen.

Um sie zu verdichten, was sehr aufwendig, sehr teuer ist, um dann Energie daraus zu machen. Und dann haben Sie das Problem, daß Sie Strom nicht speichern können. Also müssen Sie riesige Aufwendungen betreiben, um das ganze zumindest weniger merkbar zu machen. Und dann haben Sie schon mal große Grundkosten, geht gar nicht anders. Betriebswirtschaftlich,

volkswirtschaftlich geht das gar nicht anders. Und dann packen Sie noch Speicher obendrauf. Und alle Speicher, Sie können die mit 50 Prozent Wirkungsgrad vielleicht erfinden, vielleicht auch mit 60. Heißt, daß sie anfangs mehr Energie reinstecken als Sie hinten rausbekommen. Und die Speicher müßten riesig sein. Diese riesigen Speicher gibt es nicht.

Wir haben in Deutschland einen Verbrauch von 600 Terawattstunden im Jahr. Um einigermaßen über die Runden zu kommen - zehn, fünfzehn Tage Windstille und Flaute und Sonnenschein fehlt - bräuchten Sie eine wahnsinnige Menge von Speichern. Wir haben es mal ausgerechnet, das größte deutsche Pumpspeicherwerk, das ist die mit Abstand beste Methode, Energie zu speichern. Pumpspeicherwerk heißt, Sie nehmen Strom, pumpen Wasser auf einen Obersee, und wenn Sie Strom wieder brauchen, dann laß das Wasser durch Rohre fließen auf Turbinen und erzeugen wieder Strom.

Die haben in Wirkungsgrad von 75 % vielleicht, diese Dinger. Seit 100 Jahren kennen wir die. Das größte steht in Thüringen, heißt Goldisthal und kann gerade mal acht Gigawattstunden speichern. Wir brauchen aber das tausendfache davon. Das heißt, Sie brauchen tausendmal oder zweitausendmal Pumpspeicherwerk à la Goldisthal, kostete 600 Millionen Euro, Bauzeit 15 Jahre, Planungszeit 30 Jahre. Wenn wir die Topologie hätten, könnten wir das nicht mal bezahlen, das heißt wir gehen in die Billionen allein für Speicher.

Ich frage mich, wozu? Ich möchte das nicht. Wenn heute jemand kommt oder morgen, sagt, ich habe eine ganz tolle Idee, wunderbar, ich habe einen ganz tollen Energieerzeugungszyklus für Wärme, Transport oder für Strom, und das versuche ich am Markt durchzusetzen, ist besser oder billiger oder beides, ja warum denn nicht? Denn man muß sich gefallen lassen, daß man sagt, ich möchte nicht gezwungen werden, diesen Strom zu kaufen, und schon gar nicht für überteuertes Geld, sondern das soll derjenige bezahlen, der sicher ist, daß das die richtige Lösung ist.

Wenn morgen - Kernkraft ist zum Beispiel eine fantastische Lösung aber übermorgen vielleicht eine andere Lösung, ja warum denn nicht, hat auch niemand was dagegen. Der Markt sollte das entscheiden.

Reporterin: Was ist denn dann Ihre Meinung dazu, daß man effizienter mit Energie umgehen sollte, daß man auf Umweltverschmutzung achten sollte, weil es erscheint dann immer so, als wäre das alles nicht wichtig, das fällt ja alles auch unter dieses Thema 'Klima'.

Limburg: Nein, fällt es nicht.

Reporterin: Wird suggeriert.

Limburg: Wird suggeriert und wird auch mit Erfolg suggeriert, es ist das genaue Gegenteil. Also niemand, der klar im Kopf ist, hat was gegen Umweltschutz. Vaclav Klaus (ehemaliger Präsident der Tschechischen Republik) hat das mal so schön ausgedrückt, hat gesagt, niemand der klar im Kopf ist, wird in den Teich pinkeln, aus dem er sein Trinkwasser holt. Also, das ist völlig klar, wir sind sehr für Umweltschutz, wir sagen nur, Klimaschutz und Umweltschutz haben nichts miteinander zu tun.

Nehmen Sie dann doch mal an, was ist denn Klima? Klima ist nach Definition der Weltorganisation für Meteorologie die statistischen Wetterdaten von lokalem Wetter über mindestens 30 Jahre, besser 60 oder mehr Jahre. Lokales Wetter, Wetterdaten. Wer also das Klima schützen will, muß nach dieser Logik und dieser Definition mit dem Wetter anfangen. Auf diese dusselige Idee ist somit noch keiner gekommen, aber das ist die Konsequenz.

Also Klimaschutz ist eine absurde Idee, wir müssen uns vor dem Klima schützen, wenn wir das nicht täten, wenn wir uns nicht anpassen würden, würden wir in diesen Breiten gar nicht leben können. Auch das ist die Wahrheit. Also die Anpassung ist die richtige Antwort auf Klimawandel und nicht die Vermeidung von irgendwelchen vermeintlichen Substanzen, die wir in die Welt einbringen. Und zur Effizienz: Der Markt sorgt dafür, daß Effizienz geschieht. Also Effizienz ist eingebaut, wenn ich Konkurrenz habe.

Nehmen Sie die Stahlwerke, die haben eine bestimmte Menge an CO2 nötig, um eine Tonne Stahl zu erzeugen. Von sich aus, weil sie im Hochpreisland Deutschland produzieren wollen, müssen sie ihre Kosten so weit wie physikalisch-chemisch möglich senken. Und dazu gehört, daß sie diesen CO2-Einsatz zum Beispiel minimieren. Jetzt verlangt man von ihnen, daß sie noch weiter runtergehen, das geht physikalisch nicht. Also müssen sie aufgeben. Also die Effizienzsteigerung, die man als große neue Idee verkauft, ist in einen funktionierenden Markt eingebaut. Und das andere, was man hat, auch das folgt, wenn sie sehr effizient sind und damit einen Wettbewerbsvorteil haben, dann wird der Verbrauch trotzdem höher, weil immer mehr Leute sich dieses billigere Produkt leisten können.

Denken Sie an die Autos, die ersten Kfz konnte sich keiner leisten. Heute haben wir 40 Millionen in der Bundesrepublik, und die brauchen im Schnitt vielleicht acht bis neun Liter. Vorher haben die 20 Liter verbraucht, jetzt also das wird überspielt, eine zu hohe Effizienzsteigerung durch mehr Verbrauch, indem man einfach mehr und mehr von diesem Produkt kauft und einsetzt. Also das ist keine einfache Geschichte wie üblich, aber Effizienzsteigerungen sind nicht die Antwort auf die Klimafrage, mit Sicherheit nicht.

Reporterin: Sollte sich also Deutschland komplett von seiner Klimapolitik verabschieden?

Limburg: Ja, lieber heute als morgen. Eindeutig. Es ist ein Ritt ins Elend, und wenn wir dabei bleiben, und die Deutschen sind ja bekannt dafür, das hat schon Napoleon gewußt und Churchill, daß sie etwas bis zum bitteren Ende durchführen, wenn wir dabei bleiben, dann wird's uns fürchterlich schlecht gehen, was zur Zeit wo es uns gut geht, unglaublich klingt, aber das ist die Konsequenz:

Wir verlieren gegenüber allen Konkurrenten, die Chinesen lachen sich schief, daß wir ihnen auf den Leim gegangen sind und nicht nur Paris nicht nur unterschrieben haben, sondern auch noch ein Klimaschutzplan 2050 per Dekret verabschiedet haben, so wie Trump seine Dekrete verabschiedet, der vorsieht daß wir bis zum Jahr 2050 80 Prozent unserer CO2-Emissionen absenken auf das Niveau dessen, das wir heute allein für die Landwirtschaft aufwenden müssen.<<

09.12.2018

BRD: Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtet am 9. Dezember 2018 (x951/...):

>>**Gezielte Zersetzung**

Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen ... dienen der Herrschaftssicherung.

von *Rainer Mausfeld* ...

Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.

Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar ...

Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.

Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.

Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.

Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienten, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".

Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.

Da humanitäre Anliegen in der Öffentlichkeit eine beträchtliche Attraktivität entfalten können, lassen sich auf diese Weise berechnete humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.

Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durchsetzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.

Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.

Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.

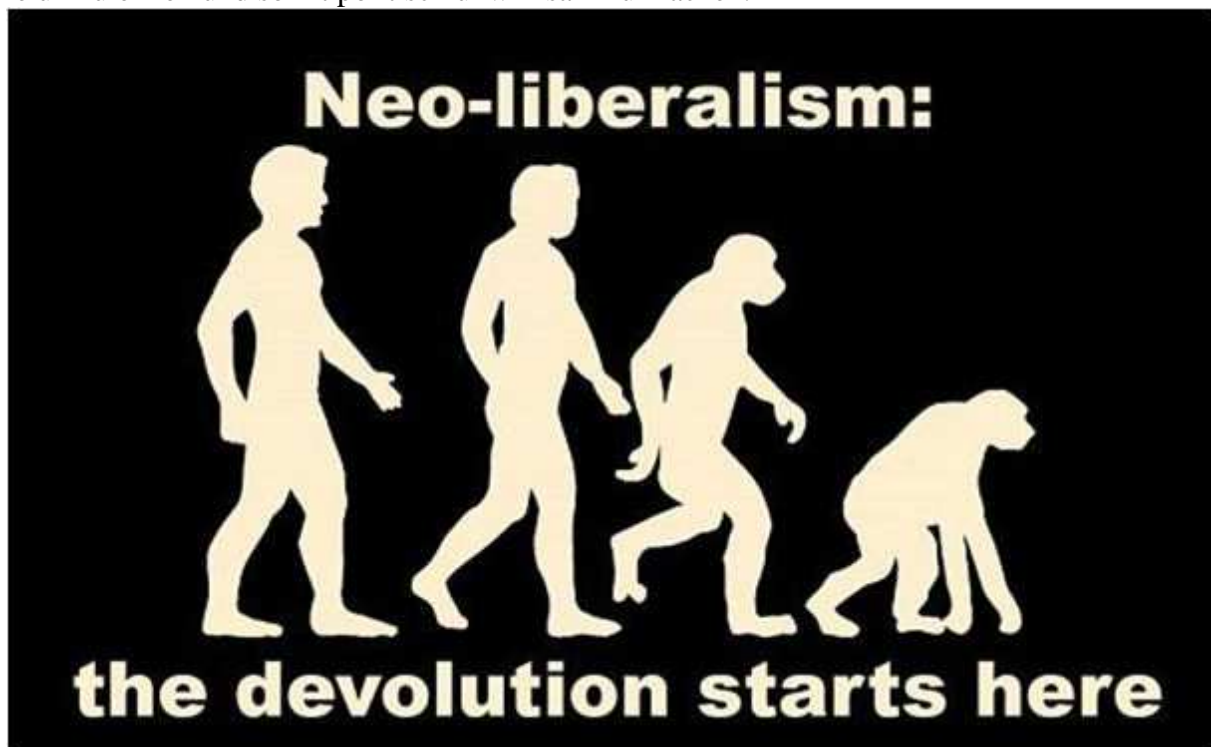
Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.

Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht unterliegen.

Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.

Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.

Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in

Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

14.12.2018

BRD: Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtet am 14. Dezember 2018

(x950/...): >>**Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert**

Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln.

von Marcus Klöckner im Interview mit *Prof. Dr. Rainer Mausfeld*

Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.

Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfindet. "Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind", so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.

Marcus Klöckner: Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch fällt auf, daß immer wieder die Begriffe "Herrschaft", "Herrschaftsstrukturen" oder "Macht" auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?

Rainer Mausfeld: Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem "Herrschaftssystem" einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.

Marcus Klöckner: Was bedeutet denn Macht?

Rainer Mausfeld: Macht heißt, daß jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.

Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, daß das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, daß eine Gesellschaft so organisiert ist, daß der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft?

Marcus Klöckner: Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.

Rainer Mausfeld: Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.

Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern - und zwar den Frieden innerhalb

der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.

Das Problem ist, daß diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.

Marcus Klöckner: Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht - zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.

Marcus Klöckner: Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.

Rainer Mausfeld: Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.

Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so daß man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie.

Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, daß es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, daß sie Macht und Herrschaft verschleiert und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.

Marcus Klöckner: Wie gestaltet sich nun die Realität?

Rainer Mausfeld: Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, daß die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft - insbesondere die *Princeton-Studie* der Politologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.

Sie hat zum Vorschein gebracht, daß das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es läßt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlußfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, daß die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.

Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, daß die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns läßt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Rußland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit?

In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluß, sie sind politisch entmachtet.

Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.

Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.

Marcus Klöckner: Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?

Rainer Mausfeld: Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.

Marcus Klöckner: Das ist eine ziemlich harte Aussage.

Rainer Mausfeld: Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den Machtstrukturen identifiziert, daß sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, daß Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit langem bekannt und empirisch gut belegt.

Marcus Klöckner: Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Mißstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.

Rainer Mausfeld: Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muß nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, daß es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdecken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen.

Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Rußland, um Syrien oder die NATO geht: das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht - also der Sicht der Herrschenden - abweicht, wird große Probleme bekommen.

Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Mißstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlaß.

Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, daß sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.

Marcus Klöckner: Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch - auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer "global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, daß man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen.

Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und "Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen läßt.

Marcus Klöckner: Wie meinen Sie das?

Rainer Mausfeld: Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, daß die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Ausnahmefällen nicht darauf schließen, daß die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlicher und bedauerlicher Einzelfälle stehe im Grund politisch alles bestens.

Marcus Klöckner: Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

Rainer Mausfeld: Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlußfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, daß ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alternative zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht - und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

Marcus Klöckner: Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

Rainer Mausfeld: Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muß von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Zugleich wächst das Gefühl, daß unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, daß uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, daß so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

Marcus Klöckner: Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist.

Warum dieses Bild?



Rainer Mausfeld: Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier, das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu.

Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins - Gefühle, die auch mir gegenüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden.

Viele Menschen haben das Gefühl, daß die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des 'flexiblen Menschen', der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die - wie vielfach aufgezeigt wurde - gezielt und systematisch erzeugt wurden.

Marcus Klöckner: Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.

Rainer Mausfeld: Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der

Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.

Marcus Klöckner: Sie meinen also, daß unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?

Rainer Mausfeld: Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie läßt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.

Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale 'Mitte' den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.

Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

Marcus Klöckner: Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?

Rainer Mausfeld: Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muß auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen.

Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, daß das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion.

Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage treten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrachtung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert.

Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur daß sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodaß die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.

Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehreren Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen. ...

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

15.12.2018

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Dezember 2018 ([x887/...](#)): >>**Jamaika jubelt**

Was mit AKK alles möglich wird, wo Kasse und Moral zusammenfinden, und wie wir die Osis integrieren

Der satirische Wochenrückblick mit *Hans Heckel*

Na also, läuft doch alles wie geschmiert. In der Dämmerung ihrer Regentschaft ordnet Angela Merkel unsere Welt nach ihrem Geschmack. Gerade hatten die CDU-Delegierten mit Annegret Kramp-Karrenbauer Merkels Ziehkind zur neuen Parteichefin gewählt, da war sie auch schon in Marrakesch, um den UN-Migrationspakt zu unterzeichnen.

Das Erbe ist geregelt. Mit AKK hat die CDU endlich jemanden, den die FDP zu schlucken bereit wäre, was den Weg zu Schwarz-Grün-Gelb freimacht. Und mit dem Pakt ist die Richtung festgetackert, in welche Deutschland, dieses "miese Stück Scheiße", dahinrotten soll.

FDP-Chef Christian Lindner hatte ja eigentlich gar nichts gegen "Jamaika", nur wollte er dieses Bündnis auf keinen Fall eingehen, wenn Merkel obendrauf sitzt. Nach der letzten Ehe mit ihr war seine FDP brutal skalpiert worden. Es hat Jahre gedauert, bis die rasierten Prozente wieder nachgewachsen waren. Nein, nein, das nicht noch einmal. Aber mit Kramp-Karrenbauer sieht die Sache nun ganz anders aus.

Seien wir ehrlich, Schwarz-Grün-Gelb ist doch wirklich eine Traumkonstellation. Denken Sie nur: 150 Jahre des verbissenen Kampfes zwischen "rechtem" Kapitalismus und "linker" Menschheitsbeglückung wären endlich überwunden! Mit "Jamaika" säßen die Lakaien des großen Geldes mit den moraldurchglühten Pastorentöchtern einträchtig am Tisch. Eine Eintracht, von der alle beide was haben.

Das große Geld könnte seiner Gier nach noch mehr billigen Arbeitskräften per Menschenimport vollends die Zügel schießen lassen. Dafür hat man den UN-Migrationspakt schließlich eronnen. Die Einheimischen, namentlich die Niedriglöhner unter ihnen, sollen sich mit den Neuankömmlingen um die Billigjobs balgen, die man dann vielleicht noch ein bißchen billiger gestalten könnte.

Diejenigen, die beim Kampf um die Hungerlöhne auf der Strecke bleiben, werden der Mittelschicht auf die Rechnung gesetzt. Denn die ist dazu verdonnert, mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt deren Sozialleistungen zu erwirtschaften.

Sobald jemand gegen diesen Dauerimport billiger Arbeitskräfte aufbegehrt, treten die Pastorentöchter auf den Plan und kreischen "Rassist", "Rechtspopulist", "Abschotter" oder Schlimmeres, womit der Aufbegehrer zweifelsfrei als Unhold entlarvt ist. Ist es nicht genial? Die Jamaika-Gesellschaft aus Moral und Kasse spaltet niemand mehr, die ist nach allen Seiten gepanzert.

Überdies hat sich diese fabelhafte Allianz von alters her bestens bewährt. Schon der Ablaßhandel des Johannes Tetzl war nichts anderes als die durchtriebene Verknüpfung von Moral und Kasse. Damals drohte jedem, der sich nicht hinters Licht führen lassen wollte, das Fegefeuer, heute lauert die Brandmarkung als "Rechtspopulist". Beides macht allen Leuten genug Angst, um artig mitzuspielen.

Allen Leuten? Nun ja, dem Tetzl kam jener berühmte Mönch Martin Luther in die Quere, der das wunderbare Macht- und Geschäftsmodell entzwei schlug. Dieser Kerl war, wir wissen es alle, nichts anderes als ein Ossi. Zufall? Mitnichten.

Vor 500 Jahren war es auch ein Ossi-Fürst, der seinem Ossi-Kumpanen Luther Unterschlupf gewährte und damit erst dafür sorgte, daß dessen gesellschaftsspaltende Ablaß-Kritik ins Kraut schießen konnte. Luther gebärdete sich als eingestandener Populist. Er wollte dem Volk

nicht nur "aufs Maul schauen", sondern erzählte auch fahrlässig überall herum, was aus ihm, dem Maul, so alles herauskam. Glücklicherweise haben wir später ein paar Sätze gefunden, in denen sich Luther unfreundlich über Juden geäußert hat, weshalb man ihn heute zum Antisemiten zurechtstutzen und aussondern darf.

Das hält seine Ossi-Nachfahrenbrut aber nicht davon ab, auf alten Pfaden zu wandeln und nichts dazuzulernen. Diese Leute da wählen falsch, gehen auf die falschen Demos und sagen Sachen, die ... ach, man mag es gar nicht in Worte fassen.

Markus Kerber, als Staatssekretär im Bundesinnenministerium für den Bereich "Heimat" zuständig, hat das Ausmaß des Unheils vermessen. Der CDU-Politiker will energisch gegensteuern, denn, so Kerber, "30 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir genauer untersuchen, wie es eigentlich um die Ostdeutschen steht, die im Moment anscheinend ganz anders über Fragen der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts denken".

Wenn die Ossis von "Zusammenhalt" reden, meinen die nämlich nicht den von Moral und Kasse, sondern denjenigen als "Volk", und zwar nicht als irgendein Volk, sondern als deutsches. Deutsches Volk? Zur Kennzeichnung dieser ekelhaften Mischpoke haben wir eigens das hübsch-häßliche Etikett "Zusammenrottung" wieder hervorgegraben aus den Ruinenfeldern des Realsozialismus. Da die Ossis den alten Bekannten aber sofort wiedererkannt haben, prallte die Zurechtweisung ziemlich spurlos an ihnen ab.

Heimatstaatssekretär Kerber will daher in die Offensive gehen: "Unsere Integrationspolitik ist also beileibe nicht nur auf Zuwanderer beschränkt. Wir wollen und müssen uns mit allen gesellschaftlichen Gruppen auseinandersetzen - vor allem mit wütenden und enttäuschten Bürgern, die sich abgehängt fühlen." Die Politik könne nicht darauf bauen, daß "jeder sich selbst entwickelt und alles von alleine zusammenwächst, was zusammengehört".

Das alles sagte er nicht im Geheimen, sondern in der "Bild-Zeitung", die gleich darunter einen Beitrag plazierte mit der Überschrift "Auszeichnung für engagierte Flüchtlinge". Und um die mehrheitlich westdeutschen Leser endgültig auf kerbersche Betriebstemperatur zu bringen, folgt dem "Flüchtlings-Text" ein Artikel unter der aufreizenden Überschrift "Rentenlücke im Osten kleiner als im Westen". Diese Schweine da drüben!

Wütend, enttäuscht, abgehängt: Der Staatssekretär hat gleich Attribute zusammengefeigt, die heute für "Igittigitt" stehen. Wichtiger aber ist der Hinweis darauf, daß sich nicht "jeder selbst entwickeln" kann. Das ist es nämlich, was den gemeinen Ossi so gefährlich macht: Wir Wessis haben gelernt, daß wir die Demokratie von den Amis serviert bekommen hätten und daher sozusagen nur auf Bewährung "frei" seien - eben nur solange, wie wir über die vorgeschriebenen Stöckchen springen. Sonst werden wir wieder "zur Gefahr für Europa und die Menschheit" und müssen gezüchtigt werden. Allein schon für unsere Undankbarkeit.

Die Ossis dagegen haben ihren Despoten selbst entthront und bilden sich daher ein, selbst entscheiden, sich selbst entwickeln zu dürfen, was und wohin sie wollen. Den Zahn muß man ihnen ziehen. Nur ein gehorsamer Demokrat ist ein guter Demokrat. nein, nur ein gehorsamer Demokrat ist überhaupt einer. Alle anderen sind Populisten und gehören nicht dazu.

Langfristig läßt sich das Ossi-Problem vermutlich nur durch Einwanderung von Leuten lösen, die aus Ländern kommen, wo strikter Gehorsam gegenüber der herrschenden Clique Gesetz ist und Demokratie bloß Kulisse.

Der Migrationspakt öffnet da gänzlich neue Horizonte, auch wenn das erst mal keiner erfahren sollte. Da das wahre Ziel des Pakts zuletzt aber ziemlich offensichtlich wurde, haben sich die Staatsmedien alle Mühe gegeben, die Wahrheit wieder in die Flasche zu bekommen.

So pochte die Sprecherin der "Tagesschau" eifrig darauf, daß der Pakt "rechtlich aber nicht bindend" sei, obschon er "Standards für die Aufnahme und Abschiebung von Migranten festlegen" solle. Die Wörter "und Abschiebung" hat die Sprecherin ganz besonders betont. Darüber aber hat sie ganz vergessen uns zu erklären, wie ein Pakt, der "nicht bindend" sein

soll, gleichzeitig etwas "festlegen" kann. Schade.<<

16.12.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 16. Dezember 2018 (x1.000/...): >>Die Rothschild-Kontrolle

500 Billionen Dollar Vermögen, Kontrolle über 164 Banken, Anstiftung von Kriegen, Herrschaft über Präsidenten und Staaten. Das und vieles mehr wird der Familie Rothschild zugeschrieben. ...

Eine immer größer werdende Zahl von Menschen beginnt zu begreifen, daß 99 % der Weltbevölkerung von einer Elite des übrigen Prozents kontrolliert werden - Wer aber kontrolliert diese 1 % Elite? Ist es eine bloße Verschwörungstheorie, die der Rothschild-Familie diesen Job unterschiebt? Denn die Rothschild-Familie soll buchstäblich alles beherrschen, sogar die Elite des 1 %. Betrachten wir diese Behauptung daher einmal im Lichte nachfolgender Liste - zumindest diese dürfte unwiderlegbar sein: Sie zeichnet nur Banken auf, die im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds sind.

Bitte anschnallen - und los geht's ... 164 Banken, im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds:

1. Ägypten: Central Bank of Egypt.
2. Albanien: Bank of Albania.
3. Algerien: Bank of Algeria.
4. Äquatorialguinea: Bank of Central African States.
5. Argentinien: Central Bank of Argentina.
6. Armenien: Central Bank of Armenia.
7. Aruba: Central Bank of Aruba.
8. Aserbaidschan: Central Bank of Azerbaijan Republic.
9. Äthiopien: National Bank of Ethiopia.
10. Australien: Reserve Bank of Australia.
11. Bahamas: Central Bank of The Bahamas.
12. Bahrain: Central Bank of Bahrain.
13. Bangladesch: Bangladesh Bank.
14. Barbados: Central Bank of Barbados.
15. Belgien: National Bank of Belgium.
16. Belize: Central Bank of Belize.
17. Benin: Central Bank of West African States (BCEAO).
18. Bermuda: Bermuda Monetary Authority.
19. Bhutan: Royal Monetary Authority of Bhutan.
20. Bolivien: Central Bank of Bolivia.
21. Bosnien: Central Bank of Bosnia and Herzegovina.
22. Botswana: Bank of Botswana.
23. Brasilien: Central Bank of Brazil.
24. Bulgarien: Bulgarian National Bank.
25. Burkina Faso: Central Bank of West African States (BCEAO).
26. Burundi: Bank of the Republic of Burundi.
27. Caymaninseln: Cayman Islands Monetary Authority.
28. Chile: Central Bank of Chile,
29. China: The People's Bank of China.
30. Costa Rica: Central Bank of Costa Rica.
31. Dänemark: National Bank of Denmark.
32. Deutschland: Deutsche Bundesbank.
33. Dominikanische Republik: Central Bank of the Dominican Republic.

34. Ecuador: Central Bank of Ecuador.
35. El Salvador: Central Reserve Bank of El Salvador.
36. Elfenbeinküste: Central Bank of West African States (BCEAO).
37. Estland: Bank of Estonia.
38. Europäische Union: European Central Bank.
39. Fidschi: Reserve Bank of Fiji.
40. Finnland: Bank of Finland.
41. Frankreich: Bank of France.
42. Gabun: Bank of Central African States.
43. Gambia: Central Bank of The Gambia.
44. Georgien: National Bank of Georgia.
45. Ghana: Bank of Ghana.
46. Griechenland: Bank of Greece.
47. Guatemala: Bank of Guatemala.
48. Guinea-Bissau: Central Bank of West African States (BCEAO).
49. Guyana: Bank of Guyana.
50. Haiti: Central Bank of Haiti.
51. Honduras: Central Bank of Honduras.
52. Hongkong: Hong Kong Monetary Authority.
53. Indien: Reserve Bank of India.
54. Indonesien: Bank Indonesia.
55. Irak: Central Bank of Iraq.
56. Iran: The Central Bank of the Islamic Republic of Iran.
57. Irland: Central Bank and Financial Services Authority of Ireland.
58. Island: Central Bank of Iceland.
59. Israel: Bank of Israel.
60. Italien: Bank of Italy.
61. Jamaika: Bank of Jamaica.
62. Japan: Bank of Japan.
63. Jemen: Central Bank of Yemen.
64. Jordanien: Central Bank of Jordan.
65. Kambodscha: National Bank of Cambodia.
66. Kamerun: Bank of Central African States.
67. Kanada: Bank of Canada - Banque du Canada.
68. Kasachstan: National Bank of Kazakhstan.
69. Katar: Qatar Central Bank.
70. Kenia: Central Bank of Kenya.
71. Kirgistan: National Bank of the Kyrgyz Republic.
72. Kolumbien: Bank of the Republic.
73. Komoren: Central Bank of Comoros.
74. Kongo: Bank of Central African States.
75. Korea: Bank of Korea.
76. Kroatien: Croatian National Bank.
77. Kuba: Central Bank of Cuba.
78. Kuwait: Central Bank of Kuwait.
79. Lesotho: Central Bank of Lesotho.
80. Lettland: Bank of Latvia.
81. Libanon: Central Bank of Lebanon.
82. Libyen: Central Bank of Libya (ihre neueste Eroberung).

83. Litauen: Bank of Lithuania.
84. Luxemburg: Central Bank of Luxembourg.
85. Macao: Monetary Authority of Macao.
86. Madagaskar: Central Bank of Madagascar.
87. Malawi: Reserve Bank of Malawi.
88. Malaysia: Central Bank of Malaysia.
89. Mali: Central Bank of West African States (BCEAO).
90. Malta: Central Bank of Malta.
91. Marokko: Bank of Morocco.
92. Mauritius: Bank of Mauritius.
93. Mazedonien: National Bank of the Republic of Macedonia.
94. Mexiko: Bank of Mexico.
95. Moldawien: National Bank of Moldova.
96. Mongolei: Bank of Mongolia.
97. Montenegro: Central Bank of Montenegro.
98. Mosambik: Bank of Mozambique.
99. Namibia: Bank of Namibia.
100. Nepal: Central Bank of Nepal.
101. Neuseeland: Reserve Bank of New Zealand.
102. Niederlande: Netherlands Bank.
103. Niederländische Antillen: Bank of the Netherlands Antilles.
104. Niger: Central Bank of West African States (BCEAO).
105. Nigeria: Central Bank of Nigeria.
106. Nicaragua: Central Bank of Nicaragua.
107. Norwegen: Central Bank of Norway.
108. Oman: Central Bank of Oman.
109. Österreich: Oesterreichische Nationalbank.
110. Östliche Karibik: Eastern Caribbean Central Bank.
111. Pakistan: State Bank of Pakistan.
112. Papua-Neuguinea: Bank of Papua New Guinea.
113. Paraguay: Central Bank of Paraguay.
114. Peru: Central Reserve Bank of Peru.
115. Philippinen: Bangko Sentral ng Pilipinas.
116. Polen: National Bank of Poland.
117. Portugal: Bank of Portugal.
118. Ruanda: National Bank of Rwanda.
119. Rumänien: National Bank of Romania.
120. Salomonen: Central Bank of Solomon Islands.
121. Sambia: Bank of Zambia.
122. Samoa: Central Bank of Samoa.
123. San Marino: Central Bank of the Republic of San Marino.
124. Saudi-Arabien: Saudi Arabian Monetary Agency.
125. Schweden: Sveriges Riksbank.
126. Schweiz: Schweizer National Bank.
127. Senegal: Central Bank of West African States (BCEAO).
128. Serbien: National Bank of Serbia.
129. Seychellen: Central Bank of Seychelles.
130. Sierra Leone: Bank of Sierra Leone.
131. Simbabwe: Reserve Bank of Zimbabwe.

132. Singapur: Monetary Authority of Singapore.
133. Slowakei: National Bank of Slovakia.
134. Slowenien: Bank of Slovenia.
135. Spanien: Bank of Spain.
136. Sri Lanka: Central Bank of Sri Lanka.
137. Südafrika: South African Reserve Bank.
138. Sudan: Bank of Sudan.
139. Surinam: Central Bank of Suriname.
140. Swasiland: The Central Bank of Swaziland.
141. Tadschikistan: National Bank of Tajikistan.
142. Tansania: Bank of Tanzania.
143. Thailand: Bank of Thailand.
144. Togo: Central Bank of West African States (BCEAO).
145. Tonga: National Reserve Bank of Tonga.
146. Trinidad und Tobago: Central Bank of Trinidad and Tobago.
147. Tschad: Bank of Central African States.
148. Tschechische Republik: Czech National Bank.
149. Tunesien: Central Bank of Tunisia.
150. Türkei: Central Bank of the Republic of Turkey.
151. Uganda: Bank of Uganda.
152. Ukraine: National Bank of Ukraine.
153. Ungarn: Magyar Nemzeti Bank.
154. Uruguay: Central Bank of Uruguay.
155. Vanuatu: Reserve Bank of Vanuatu.
156. Venezuela: Central Bank of Venezuela.
157. Vereinigte Arabische Emirate: Central Bank of United Arab Emirates.
158. Vereinigte Staaten: Federal Reserve, Federal Reserve Bank of New York.
159. Vereinigtes Königreich: Bank of England.
160. Vietnam: The State Bank of Vietnam.
161. Weißrussland: National Bank of the Republic of Belarus.
162. Zentralafrikanische Republik: Bank of Central African States.
163. Zypern: Central Bank of Cyprus.
164. Rußland: Die russische Zentralbank wurde 1917 nach der Revolution für 99 Jahre unter dem Handelsrecht durch Rothschild kontrolliert. Dieser Vertrag ist 2016 ausgelaufen, aber Rothschild kontrolliert die russische Zentralbank faktisch weiter.

Im Lichte dieser Fakten läßt sich zumindest schon einmal die Behauptung verstehen, die Rothschild-Dynastie sei hinter den Kulissen die zweifellos mächtigste Familie der Erde. Deren geschätzter Wohlstand belaufe sich auf 500 Billionen Dollar. Kein Mensch kann diese Zahl noch rational erfassen, denn 1 Billion sind 1 Million x 1 Million. 500 Billionen Dollar wären dann ja 500 Millionen x 1 Million \$... eine 5 mit 14 Nullen also ... Freilich ist es daher ein Ding der Unmöglichkeit, diese geschätzte Summe stichhaltig zu belegen. Es verhält sich mit Vermögenswerten dieser Größenordnung wie mit den Urtiefen des Ozeans. Sie steigen und sinken jeden Moment in unfaßbaren Mengen.

Die Rothschild-Kontrolle (Teil 2)

Die Federal Reserve Bank und der Internal Revenue Service (IRS)

Die Tatsache, daß die US-Federal Reserve Bank (FED) ein Unternehmen in Privatbesitz ist, ist der allgemeinen Öffentlichkeit praktisch unbekannt. Ebenso weiß die allgemeine Öffentlichkeit nichts davon, daß die FED sich auf ihrem eigenen Grundstück befindet und vor US-Gesetzen geschützt ist. Dieses Privatunternehmen druckt das Geld für die US-Regierung, die

ihm für diesen "Gefallen" Zinsen bezahlt. Kontrolliert wird die FED wiederum durch die Dynastien Rothschild, Rockefeller und Morgan. Die ... USA sind somit bei der FED verschuldet. Auch haben die meisten in den USA lebenden Leute keine Ahnung, daß der Internal Revenue Service (IRS) eine ausländische Behörde ist.

Um genauer zu sein, der IRS ist eine private ausländische Körperschaft des Internationalen Währungsfonds (IWF) und ist die "Privatarmee" der Federal Reserve Bank (FED). Sein Hauptziel ist, sicherzustellen, daß das amerikanische Volk seine Steuern bezahlt und alle gute kleine Sklaven sind. 1835 erklärte US-Präsident Andrew Jackson seine Verachtung für die internationalen Banker:

"Ihr seid eine Grube voll mit Schlangen und Dieben. Ich habe beschlossen euch auszurotten, bei Gott dem Allmächtigen, ich werde euch ausrotten. Wenn die Menschen nur das abscheuliche Unrecht unseres Geld- und Bankensystems verstünden, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh."

Es folgte ein (fehlgeschlagener) Attentatsversuch auf Präsident Jackson. Jackson hatte zu seinem Vizepräsidenten, Martin van Buuren, gesagt: "Die Bank, Mr. van Buuren, versucht mich umzubringen."

Dies war der Auftakt einer Reihe von Intrigen, die das Weiße Haus noch jahrzehntelang heimsuchen sollten. Sowohl US-Präsident Lincoln als auch John F. Kennedy wurden für den Versuch ermordet, das Land von den Bankstern zu befreien. Die Megabanken der Welt Es gibt zwei Megabanken, die allen Ländern auf der ganzen Welt Kredite anbieten, nämlich die Weltbank und der IWF.

Die erste befindet sich in gemeinsamem Besitz der Top-Bankiersfamilien der Welt, wobei sich die Rothschilds ganz an der Spitze befinden, während die zweite den Rothschilds ganz alleine gehört. Diese zwei Megabanken bieten "Entwicklungsländern" Kredite an und benutzen ihre fast unmöglich zurückzahlbaren Zinsen, um sich am realen Wohlstand zu vergreifen: Land und wertvollen Metallen.

Aber das ist noch nicht alles! Ein wichtiger Teil ihres Plans ist es auch, die natürlichen Ressourcen eines Landes (wie Petroleum oder Gas) mit Hilfe der Unternehmen auszubeuten, die ihnen im Verborgenen gehören, sie zu veredeln und demselben Land zurück zu verkaufen, wodurch riesige Profite erwirtschaftet werden.

Aber damit diese Unternehmen optimal arbeiten, brauchen sie eine solide Infrastruktur, die üblicherweise in den sogenannten "Entwicklungsländern" fehlt. Und so stellen die Bankster, die selbst die fast unmöglich zurückzahlbaren Kredite anbieten, noch vorher sicher, daß der Großteil des Geldes in - Sie haben es erraten - Infrastruktur investiert wird.

Diese "Verhandlungen" werden durchgeführt von sogenannten "Economic Hit Men", die dadurch erfolgreich sind, daß sie denjenigen, die in der Lage sind, ihr Land zu verkaufen, eine hübsche Belohnung (d.h. Bestechung) bezahlen, oder sie mit dem Tode bedrohen. Für weitere Informationen über das Thema empfiehlt sich das Buch: "Bekenntnisse eines Economic Hit Man" zu lesen.

Die eine Bank, die alles beherrscht, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist - offensichtlich - von den Rothschilds kontrolliert und ihr Spitzname ist der "Turm zu Basel". Die wahre Macht der Rothschilds geht VIEL weiter über das Bankenimperium hinaus. Wenn Sie noch nicht über die Macht der Rothschilds in Erstaunen versetzt wurden (wobei Sie es sicherlich sind), nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß sie auch hinter allen Kriegen seit Napoleon stehen.

Das ist der Fall, seitdem sie entdeckten, wie profitabel es ist, beide Seiten eines Krieges zu finanzieren und sie haben es seitdem die ganze Zeit über getan. 1849 sagte Gutle Schnapper, die Frau von Mayer Amschel Rothschild: "Wenn meine Söhne keine Kriege wollten, würde es keine geben."

Und so ist die Welt im Krieg, weil es für die Rothschilds und ihre parasitären Bankster-Verbündeten sehr, sehr profitabel ist. Und solange man weiterhin ihr Geld benutzt, wird die Welt niemals in Frieden leben. Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß es sich hier um einen sektenhaften Geheimbund und nicht um eine "jüdische Verschwörung" handelt, wie viele denken und sich zur Rassendiskriminierung hinreißen lassen. Selbst wenn diese Bankster sich Juden nennen würden, sind sie keine, denn dem echten Juden ist der Zinshandel gemäß 3. Mose 25, 37 strengstens untersagt: "Dein Geld sollst du ihm nicht gegen Zins geben, und deine Nahrungsmittel sollst du nicht gegen Aufschlag geben."

Es ist für viele schockierend, herauszufinden, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine Körperschaft sind, die vom Ausland beherrscht wird. Ihr ursprünglicher Name war Virginia Company und sie gehörte der britischen Krone. Die britische Krone darf allerdings nicht mit der Königin verwechselt werden, denn diese hat weitgehend nur zeremonielle Befugnisse. Die britische Krone überschrieb das Unternehmen dem Vatikan, der die Ausbeutungsrechte zurück an die Krone übergab.

Die US-Präsidenten werden zu Hauptgeschäftsführern ernannt und ihre Aufgabe besteht darin, Geld für die britische Krone und den Vatikan zu erwirtschaften, die jedes Jahr ihren Anteil an den Gewinnen einstreichen. Die britische Krone beherrscht im Geheimen die Welt von einem 677 Morgen großen, unabhängigen und souveränen Staat, der als "City of London" bekannt ist. Diese andere Krone besteht aus einem Komitee von zwölf Banken unter Führung der Bank of England.

Raten Sie mal, wer die Bank of England kontrolliert? Ja richtig, die Rothschilds! 1815 machte Nathan Mayer Rothschild die folgende Aussage: "Ich kümmere mich nicht darum, welche Marionette auf den Thron von England plaziert ist, dem Reich, in dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldmenge kontrolliert, kontrolliert das britische Imperium, und ich kontrolliere die britische Geldmenge."

Es ist somit nicht eine bloße Verschwörungstheorie, daß das Haus der Rothschilds tatsächlich an der Spitze der Machtpyramide steht. Forscht man gründlich nach, entdeckt man sie als Drahtzieher der Neuen Weltordnung und als komplette Dominanz einer weltweiten Agenda. Sie stecken hinter der Europäischen Union und dem Euro und sie stecken hinter der Idee der Nordamerikanischen Union und dem Amero. Sie kontrollieren alle Geheimdienste der Welt und ihre Privatarmee ist die NATO.<<

29.12.2018

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 29. Dezember 2018 (x1.000/...): >>Operationen unter falscher Flagge bestätigt!

... Unter dem Namen "False Flag Operations", also Operationen unter falscher Flagge, werden verdeckte Operationen bezeichnet, welche zum Ziel haben, dem Gegner Gewalttaten in die Schuhe zu schieben. Eine Regierung, Militär oder Geheimdienst verübt zum Beispiel ein Attentat auf die eigene oder fremde Bevölkerung und gibt dem unbeteiligten Gegner die Schuld. Das Ziel solcher Operationen unter falscher Flagge ist meist, eine aufgehetzte Stimmung unter der Bevölkerung zu schaffen, um eigene politische Entscheidungen durchzusetzen oder um einen Grund zum Kriegseintritt zu schaffen.

Dies bestätigte auch der verstorbene türkische General Sabri Yirmibesoglu: "Im verdeckten Krieg werden eigene Sabotageakte häufig dem Feind in die Schuhe geschoben, um den Zorn der Bevölkerung zu erregen." Derartige Aktionen werden in der Regel so angelegt, daß die betreffende Regierung oder die Leitung des jeweiligen Geheimdienstes glaubhaft abstreiten kann, etwas damit zu tun zu haben.

Heute jedoch sind einige verdeckte Operationen bestätigt. Verschiedene Regierungen, Geheimdienste, Armeechefs oder beteiligte Soldaten haben zugegeben, daß solche Operationen unter falscher Flagge stattgefunden haben. Meist wurden diese Operationen dann aber erst von

nachfolgenden Regierungsmitgliedern bestätigt. Die nachfolgende Auflistung zeigt nur einen kleinen Ausschnitt dutzender weiterer verdeckter Operationen, welche zu unfaßbarem Leid, Tränen und Blutvergießen führten.

Japan, 1931

Japanische Truppen lösten im Jahr 1931 eine kleine Explosion auf einer mandschurischen Bahnstrecke aus und schoben es auf China, um eine Invasion in der Mandschurei zu rechtfertigen. Dies ist bekannt als der "Mukden-Zwischenfall". Vor einem internationalen Gericht wurde festgestellt: Einige der Teilnehmer des Plans, einschließlich ein hochrangiger japanischer Offizier namens Hashimoto, erklärten bei verschiedenen Anlässen ihre Rolle und bestätigten, daß das Ziel die Invasion gewesen sei.

Quellen: https://en.wikipedia.org/wiki/Mukden_Incident

<https://de.wikipedia.org/wiki/Mukden-Zwischenfall>

Sowjetunion, 1940

Das russische Parlament räumte ein, daß der sowjetische Führer von 1927-1953 Josef Stalin seiner Geheimpolizei den Befehl erteilte, 22.000 polnische Offiziere und Zivilisten im Jahr 1940 zu ermorden und es auf die Deutschen zu schieben. Putin wie auch der ehemalige sowjetische Staatschef Gorbatschow bestätigten beide, daß die Sowjets für das Massaker von Katyn verantwortlich waren.

Quellen: <https://www.theguardian.com/world/2010/nov/26/russian-parliament-guilt-katyn-massacre>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-04/katyn-massaker-putin>

USA, 1950er

Sowohl die CIA als auch Ex-Präsident Barack Obama gaben 2013 bzw. 2009 zu, daß CIA und MI6 (amerikanischer und britischer Ausland-Geheimdienst) in den 1950ern am Umsturz im Iran beteiligt waren. Angeworbene Iraner gaben sich als Kommunisten aus und verübten Bombenanschläge auf Ziele im Iran. Das Ziel war die Bevölkerung gegen den amtierenden iranischen Präsidenten Mohammad Mossadegh aufzuhetzen. 1953 wurde Mossadegh dann auch gestürzt.

Quellen: <https://www.nytimes.com/library/world/mideast/041600iran-cia-index.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Ajax

USA, 1950er

Der ehemalige italienische Ministerpräsident, Richter und ehemaliger Leiter der italienischen Spionageabwehr Giulio Andreotti enttarnte am 3. August 1990 die unter dem Namen "Gladio" bekannte italienische Geheimarmee. Er gestand, daß die NATO mit Hilfe des Pentagon und der CIA Terroranschläge in Italien und anderen europäischen Ländern in den 1950er Jahren verübte und die Schuld den Kommunisten gab. Man wollte eine antikommunistische Stimmung in Europa schaffen und die Menschen dazu "zwingen", sich an den Staat zu wenden, damit dieser für mehr Sicherheit sorgt.

Quelle: <https://www.siper.ch/de/geschichte/operation-gladio.html>

USA, 1964

Die NSA (Nationale Sicherheitsbehörde) gab zu, daß der Tonkin-Zwischenfall im Jahr 1964 eine Lüge war. Bei dem Zwischenfall, der jedoch nie stattfand, sollen zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals von nordvietnamesischen Schnellbooten beschossen worden sein. Damit begründete die US-Regierung unter Präsident Lyndon B. Johnson das Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg.

Quellen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Tonkin-Zwischenfall>

<https://web.archive.org/web/20080203204207/>

https://rawstory.com/news/afp/Report_reveals_Vietnam_War_hoaxes_f_01082008.html

<https://de.wikipedia.org/wiki/Pentagon-Papiere>

USA, 1950er bis 1970er

Der von Senator Frank Church geleitete Untersuchungsausschuß "Church Committee" des US-Kongresses untersuchte ab 1975 illegale Aktivitäten von US-Geheimdiensten und FBI. Der US-Kongreß gab an, daß das FBI im Rahmen der Kampagne "Cointelpro" in den 1950er bis 1970er Jahren Gewalttaten durch Provokateure verüben ließ und diese auf politische Aktivistinnen schob, um sie politisch zu "eliminieren".

Quellen: <https://www.intelligence.senate.gov/resources/intelligence-related-commissions>

<https://de.wikipedia.org/wiki/COINTELPRO>

<https://web.archive.org/web/20130113222024/>

<https://www.icdc.com/~paulwolf/cointelpro/cointelsources.htm>

USA, 2001

Das FBI gab zu, daß im Auftrag der US-Regierung ein oder mehrere Militärforscher die "Anthrax-Anschläge" im Jahr 2001 durchführten. Briefe mit Milzbrandsporen wurden an mehrere amerikanische Nachrichtensender und Senatoren verschickt. Dabei starben fünf Menschen. Ein leitender FBI-Mitarbeiter sagte, daß das FBI tatsächlich durch die US-Regierung selbst damit beauftragt wurde, um die Anschläge islamistischen Terroristen anzulasten.

Ein Nachspiel dieser und der 9/11-Anschläge war der Erlass des Antiterrorgesetzes "USA PATRIOT Act". Das FBI darf dadurch z.B. ohne richterliche Anordnung Telefongespräche abhören und Einsicht in die finanziellen Daten von Bankkunden nehmen. Über Terrorverdächtige, die nicht die US-Staatsbürgerschaft besitzen, kann eine unbeschränkte Haft ausgesprochen werden.

Quellen: <https://www.nydailynews.com/news/world/fbi-told-blame-anthrax-scare-al-qaeda-white-house-officials-article-1.312733>

<https://www.nytimes.com/2001/12/22/us/nation-challenged-anthrax-trail-us-inquiry-tried-but-failed-link-iraq-anthrax.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act

USA, 2003

Die USA beschuldigten den Irak für seine Rolle bei den Anschlägen des 11. September 2001. Selbst als durch eine 9/11-Kommission bestätigt wurde, daß es keine Verbindung zwischen Al-Qaida und Saddam Hussein gab, sagte Dick Cheney, Vizepräsident unter George W. Bush, daß die Beweise "überwältigend" seien. Einige amerikanische Politiker und ranghohe Offiziere, darunter der Verteidigungsminister Chuck Hagel sowie der ehemalige General der US-Army von 2003-2007 John Abizaid gaben zu, daß der Irakkrieg 2003 nicht wegen 9/11 oder Massenvernichtungswaffen geführt wurde, sondern aufgrund der Ölvorkommen.

Quellen: <https://www.washingtonsblog.com/2013/03/top-republican-leaders-say-iraq-war-was-really-for-oil.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/Begr%C3%BCndung_des_Irakkriegs

In einem Fernsehinterview im September 2005 bedauerte der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, daß er den UN-Sicherheitsrat mit Behauptungen zur Notwendigkeit des Irakkrieges zu überzeugen suchte. Er sagte, dies sei ein Schandfleck in seiner Karriere. Obwohl er und viele andere die Invasion im Irak - die übrigens erst 2011 mit dem Abzug der letzten US-Kampftruppen endete - als Fehler betrachten, wurde nie eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet. Statt dessen dreht sich das Rad immer weiter.

Fazit: Eine Rückschau in die Vergangenheit zeigt, daß False-Flag-Aktionen keine Erfindung von Verschwörungstheoretikern sind. Rücksichtslos wurde die Bevölkerung z.B. im Iran, in Vietnam, Japan, im Irak etc. für die Pläne der Globalstrategen geopfert. Und dies ohne jegliche strafrechtliche Konsequenzen. Auch in der heutigen Zeit gibt es unzählige Indizien für weitere False-Flag-Aktionen. Wenn solche Aktionen schon in der Vergangenheit verübt wur-

den, warum sollte sich dies in der heutigen Zeit geändert haben? Um dieses Rad zu durchbrechen, braucht es flächendeckende Aufklärung. ...<<

30.12.2018

BRD: Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtet am 30. Dezember 2018 auf ihrer Webseite "www.stmichael-online.de" über einen Staat ohne Religion (x1.011/...): >>Nicht Religion, sondern Atheismus ist Opium für das Volk****

Überlegungen zur Notwendigkeit transzendenter Bindung des Staates

Von *Walter Rominger*

I.

Als vor inzwischen gut zehn Jahren die Mauer verschwand und zumindest in einem Teil der sozialistischen Staaten Lockerungen eintraten, da wurde, vielleicht etwas vorschnell, von einem Niedergang des Sozialismus gesprochen. Jedenfalls scheinen seine tragenden Gedanken nicht mehr staatstragend gewesen zu sein und hat sich das Volk in der weit überwiegenden Mehrheit, falls es den sozialistischen Ideen überhaupt jemals zuneigte, davon entfernt.

Diese Ideen erwiesen sich auf Dauer demnach nicht als tragfähig. Die Entwicklung strafte die grundlegende Doktrin des Sozialismus lügen: Religion ist Opium für das Volk. Um der Wirklichkeit zu entsprechen, müßte formuliert werden: Sozialismus ist Opium für das Volk, und ein Staat auf Dauer nicht ohne Religion (über)lebensfähig. Das bedarf einer näheren Begründung.

II.

Ein Staat kann nicht über längere Zeit ohne transzendente Bindung bestehen. Erkennt ein Staat nichts über sich an und ist die ihn tragende Staatsideologie rein immanent ausgerichtet, so wird er nicht unbeschadet eine längere Zeit überstehen. Der nationalsozialistische Staat wäre deshalb auch bei für ihn siegreichem Kriege kein tausendjähriges Reich geworden, als was er in der Staatspropaganda ausgegeben wurde. Ihm wäre es ähnlich ergangen wie dem Sozialismus, von dem er ja, wie schon der Name sagt, lediglich eine Spielart ist, eins jedenfalls darin, atheistisch und damit antitheistisch zu sein. Man mag durchaus den verlorenen Krieg als Bestätigung dessen ansehen.

Nicht das sog. "Dritte Reich" erwies sich als tausendjähriges Reich, sondern viel eher das erste deutsche Reich, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. In all seiner Unvollkommenheit und trotz aller nötigen Kritik an ihm verstand es sich, wie der Name schon sagt, als von Gott - und dies konnte nur der dreieinige sein - abhängig und ihm gegenüber verantwortlich und zum Gehorsam verpflichtet. Es wurde bewußt als christlicher Staat empfunden.

Der Ausdruck christliches Abendland kommt nicht von ungefähr. Es war demnach bewußt, daß der Staat einer metaphysischen Begründung bedarf. Man war bestrebt, dieses Reich nach christlich vertretbaren Grundsätzen zu führen. Daß es dabei zu Fehlentwicklungen kam, soll überhaupt nicht bestritten werden. Doch hebt der falsche Gebrauch den rechten nicht auf.

Die Empirie bestätigt, daß ein Staat, der rein immanent ausgerichtet ist, keine Zukunft hat. In negativer Hinsicht wurde dies am Sozialismus gezeigt und von diesem unter Verweis auf den Zweiten Weltkrieg auf den Nationalsozialismus geschlossen. Man könnte in positiver Hinsicht beispielhaft darauf verweisen, daß im (antiken) Römischen Reich alle möglichen Religionen geduldet waren. Christen gerieten deshalb in Konflikt mit dem Staat, weil sie den Kaiserkult ablehnten, der für alle Bewohner des Römischen Reiches als *conditio sine qua non* galt. Jedenfalls scheint das Bewußtsein geherrscht zu haben, daß ein Staat nur existieren kann, wenn er nicht atheistisch ist.

Im antiken Athen wurde Sokrates im Grunde genommen wegen des Vorwurfs, er vertrete Atheismus, hingerichtet. Man mag das, daß nach einer transzendenten Begründung gesucht wird, mit der *revelatio generalis* bzw. *universalis* in Verbindung bringen, welche das Neue Testament ja durchaus kennt (vgl. z.B.: Johannes 1, 9; Apostelgeschichte 14, 15-17; 17, 24-

28; Römer 1, 19-21, 28). Dazu gehören auch die ethischen Inhalte der Zehn Gebote (vgl. Römer 2, 14 ff.).

Daß dies keine Heilsoffenbarung ist, sei ausdrücklich erwähnt. Von unserem christlichen Verständnis aus betrachtet handelt es sich um falsche Religion. Die Absolutheit des Christentums bzw. seinen Absolutheitsanspruch dürfen wir nicht aufgeben, und wir haben begründet zu bezeugen, daß wir in Christus die Wahrheit haben und damit unverrückbar das Wort Jesu gilt: "Ich (Jesus) bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich" (Johannes 14, 6). Trotz der Gültigkeit und Unverrückbarkeit dessen muß auch die Richtigkeit dessen festgehalten werden, was Luther im Großen Katechismus zum Ausdruck bringt, wonach noch nie ein Volk so gottlos gewesen sei, daß es nicht eine Religion gehabt habe.

III.

Atheismus, ob nun als philosophischer oder vor allem als praktischer, scheint im großen und ganzen ein neuzeitliches Phänomen zu sein. Dennoch kennt das Neue Testament die gottlosen Epikuräer, die eine atheistische Philosophie vertraten ("Laßt uns essen und trinken; denn morgen sind wir tot!" 1. Korinther 15, 32), aber staatstragende Idee scheint der Atheismus in der Antike nie gewesen zu sein, und als dann das Christentum im Römischen Reich Staatsreligion wurde, konnte dies sowieso nicht mehr sein, und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation verstand sich als christlicher Staat.

Dieser Zusammenhang von Staat und Religion (Christentum in Europa) war bewußt. In der nachreformatorischen Zeit, als die (sichtbare) Einheitlichkeit der Konfession nicht mehr gegeben war, ging dies soweit, daß in einem bestimmten Herrschaftsgebiet eine bestimmte Konfession galt, die sich nach der des Herrscherhauses richtete. Dies sollte das Herrschaftsgebiet leichter regierbar machen und zum Erhalt des Friedens dienen.

Europaweit sind wir, trotz des Abbröckelns des europäisch-asiatischen kommunistischen Herrschaftsblocks in einer gänzlich anderen Situation. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als weltanschaulich neutraler, säkularer Staat. In der Tendenz gilt dies für andere europäische Staaten genauso. Zwar wird in der Präambel des Grundgesetzes (GG) noch ein Gottesbezug festgehalten und ebenso - aber nicht obligatorisch - ein solcher in der Vereidigungsformel für Präsident, Kanzler und Minister. Vor noch nicht allzulanger Zeit erlebten wir es erstmalig, daß die Hälfte der Bundeskabinettsmitglieder (einschließlich Kanzler) auf diesen Gottesbezug bei ihrer Vereidigung verzichtete.

Sie sind darauf also nicht behaftbar. Sie wollen ganz bewußt Politik ohne Gott machen. Es ist dann auch nicht verwunderlich, wenn die Präambel des Grundgesetzes mit ihrem Gottesbezug noch mehr zur Leerformel wird, auch wenn das zum unveränderbaren Bestandteil des Grundgesetzes gehört. Erlebten wir bereits durch die Studentenrevolte (1968 ff.) und die Wiedervereinigung (1989/90) einen Atheisierungsschub, so wurde im Herbst 1998 ein weiterer kräftiger Atheisierungsschub angestoßen, mit von solchen, die vor dreißig Jahren bei den revoltierenden Studenten waren. Die Gesetzgebung deutet dies an (z.B. "Homoehe").

Allem Anschein nach ist eine nachchristliche Prägung verhängnisvoller als eine vorchristliche. Zu beachten ist auch, daß der Islam als nachchristliche Religion als solche schon antichristlich und unentschuldigbar ist. Dasselbe gilt für andere nachchristliche Religionen auch (vgl. Apostelgeschichte 17, 30 ff.; Römer 1 + 2).

Bewußter Atheismus, das wurde doch bereits bei den Überlegungen zum Sozialismus und Nationalsozialismus deutlich, führt einen Staat in seinen Ruin. Wohl haben wir keinen aggressiven und militanten, aber einen schleichenden Atheismus. Er leitet sich aus keiner totalitären Ideologie her, viel eher aus Liberalismus und Libertinismus. Das Ergebnis dürfte dasselbe sein. Denn der Transzendenzbezug fällt weg.

Die Ethik wird systematisch untergraben, und eine natürliche Ethik, wozu die Zehn Gebote in

ihren ethischen Aussagen zählen, wird immer mehr zurückgedrängt zu Gunsten einer von Jürgen Habermas u.a. geforderten und geförderten "Diskursethik", die sich nicht an feststehenden Normen orientiert, sondern an der herrschenden oder auch nur vorgeblichen Meinung der Gesellschaft, die sich dann an rasch wechselnden Mehrheitsmeinungen ausrichtet. Ganz unschuldig daran sind die Theologen Karl Barth, der jede natürliche Ethik bestritt, und Rudolf Bultmann und Helmut Thielicke, die nur eine Situationsethik kannten, nicht.

Eine solche nimmt freilich die natürliche Befindlichkeit des Menschen nicht ernst, da sie unter Verkennung, daß der Mensch Sünder ist, davon ausgeht, der Mensch würde von selbst richtig handeln. Das jedoch trifft nicht einmal für Christen zu. In Theologie und Kirche haben Barth und Bultmann zum Atheismus beigetragen. Freilich wird man nicht einfach eine theologische und kirchliche Entwicklung auf die gesellschaftliche und staatliche übertragen können, aber unbeeinflusst lassen sie diese selbst in einer Zeit, in der ihr Ansehen und ihr Einfluß und mit aufgrund ihrer atheistischen Tendenz abnehmen, nicht.

Jedenfalls wird ein Volk, das aus jüdisch-christlicher Tradition herkommt, mehr schuldig als eines, dem dieses hohe Gut nie anvertraut war. Wir sind dabei, unsere abendländische Tradition, die eine christliche ist, zu verlieren. Europa ist unter dem Kreuz geworden, also unter transzendtem Bezug. Wenn sich die Staaten Europas im großen und ganzen lediglich als säkulare Staaten verstehen, die über sich keine transzendente Größe anerkennen, dann gehen sie den Weg der sozialistischen Staaten, da sie, diesen gleich, atheistisch ausgerichtet werden, selbst wenn der Atheismus nicht vorgeschriebene Staatsdoktrin wird.

So kann ein Staat nicht überleben, sondern wird über kurz oder lang ins Chaos stürzen. Der Einzelne wird sowieso nur noch zum Rädchen im Getriebe; aber dahin geht die Tendenz. Europa, das das, was es geworden ist, unter dem Kreuz geworden ist, kann nicht unter vollständiger Absehung davon auf einer wackligen Monopolywährung, die ein Großteil überhaupt nicht will, und welche keinen transzendenten Bezug hat und auch keinen haben will, weitergebaut werden. Staatstragend können Güter dieser Welt nicht sein.

IV.

Entscheidende Aufgabe der Kirche(n) ist (Innere) Mission, damit Menschen zum Heil gelangen. Aber damit fällt gewissermaßen ein wichtiges Nebenprodukt ab. Der Atheismus wird durchstoßen. Mit Atheisten läßt sich nämlich kein Staat machen und es stellt sich die Frage, wie lange noch die zehn Gerechten (vgl. 1. Mose 18, 32) da sind, die das Verderben aufhalten. Um des eigenen Bestandes willen kann ein Staat nicht auf religiösen Bezug verzichten. Zum Abbau dieses transzendenten Bezuges hat bereits die Aufklärung beigetragen, wobei dieser Abbau durch Romantik, Restauration und Neuluthertum (z.B. durch Friedrich Julius Stahl in Preußen) zumindest vorübergehend aufgefangen werden konnte.

Zum Glauben Erweckte sind letztlich auch für den Staat von Nutzen. Schließlich ist es ja auch ein beachtlicher Unterschied, wer Politik macht. Aber allem Anschein nach ist unsere Kirche / sind unsere Kirchen (das gilt für alle Konfessionen Europas) damit überfordert. Sie ist / sind diesseitsbezogen.

Damit wird/werden sie nicht allein am Heil des einzelnen, sondern auch mit am Erhalt des Staates schuldig, der auf transzendente Bindung angewiesen bleibt, auch wenn dies die meisten nicht mehr zu wissen scheinen und nicht wollen. Doch mit ihrem jetzigen Gebaren wird/werden sie in trauter Zusammenarbeit mit gottlosen Politikern zu Totengräbern nicht allein der Kirche(n), sondern auch des Staates/der Staaten, weil beide für sich selbst den transzendenten Bezug in Wort und Tat leugnen.<<

Dezember 2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtet im Dezember

2018: >>Die Geheimbünde der globalen Eliten

_von Jürgen Elsässer

Wer steckt hinter der Überflutung Europas durch Massenmigration und allen anderen Welt-übeln? Wer diesen Fragen nachgeht, wird schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Nun hat der britische Historiker Niall Ferguson den Weg für eine differenzierte Debatte eröffnet.

... 2016 hat er den ersten Band seiner Kissinger-Biographie (*Der Idealist*) vorgelegt, und im Mai 2018 ist im renommierten Propyläen-Verlag sein neuestes Werk *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um die globale Macht* erschienen. "In diesem Buch versuche ich, einen Mittelweg zwischen der Hauptströmung der Historiographie, welche die Rolle von Netzwerken tendenziell unterschätzt hat, und den Verschwörungstheoretikern zu finden, die ihre Rolle gewöhnlich überschätzen."

Die Metapher im Titel weist auf eine Konstellation hin, die systemkonforme Spötter wie Eco nicht begreifen: Spätestens seit dem Mittelalter stehen sich vertikale Hierarchien - damals die dynastischen Staaten, die ihre Herrschaft mit Türmen sicherten - und horizontale Netzwerke - symbolisiert in den Plätzen, wo Händler und gemeines Volk in Kontakt kamen und eigene politische Ansprüche anmeldeten - gegenüber. Während der Adel seine Macht über die katholische Kirche legitimierte, stürmte die entstehende Bourgeoisie mit der Aufklärung gegen die klerikalen Dogmen.

Der neue Rationalismus fand als wichtigste Träger Geheimbünde wie die Illuminaten und die Freimaurer. Ferguson belegt, daß Letztere die Sezession Nordamerikas von der britischen Krone entscheidend vorangetrieben haben. Denselben Nachweis führte der langjährige FAZ-Redakteur Lorenz Jäger in seinem Buch *Hinter dem großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen* (2009) für den Sturz der Bourbonen in Frankreich 1789. Auch der italienische Aufstand unter Giuseppe Garibaldi, beweist Professor Aldo Mola, Dozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Mailand, war eine Operation der Freimaurer.

... Es gibt zwar mächtige Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart - aber diese konkurrieren miteinander und zerfallen auch immer wieder. So spalteten sich die Freimaurer schon im 18. Jahrhundert in eine anglophile und eine frankophile Richtung auf. Erstere bekämpfte Napoleon, Letztere unterstützte ihn. Daß der Korse 1798 eine Expedition nach Ägypten unternahm, war militärisch ohne Sinn, sollte ihm aber Legitimation gegen die anglophilen Freimaurer verschaffen: Während diese ihre Tradition auf das Alte Testament, also auf die Juden, zurückführten, suchten die Frankophilen ihre Wurzeln in den Mythen der Pharaonen.

Das Soros-Netzwerk

Dieser Kampf unterschiedlicher Netzwerke prägt auch die Gegenwart. Lorenz weist auf den freimaurerischen Einfluß auf den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2012) hin. Doch dieser Einfluß hat ihm wenig genützt: Er verlor sein Amt und war 2017 sogar wegen Korruptionsvorwürfen ("Gaddafi-Gate") in Untersuchungshaft.

Auch die Bilderberger-Gruppe ist nur ein Knoten im globalen Machtnetz, nicht dessen Zentrum. Der auf David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehende Elite-Club versammelt zwar seit 1954 jedes Jahr die einflußreichsten Politiker und Finanzmagnaten des Globus hinter verschlossenen Türen und hat 2005 die Ersetzung von Kanzler Gerhard Schröder durch Angela Merkel befördert.

Aber in den letzten Jahren setzte er bei seinem Politiker-Casting oft auf die Falschen: Der Sozialdemokrat Peer Steinbrück (2011 bei den Bilderbergern) und sein potentieller Koalitionspartner Jürgen Trittin (2012) konnten Merkel bei den Bundestagswahlen 2013 nicht besiegen und verschwanden anschließend in der Versenkung. Nicht besser scheint es Ursula von der Leyen zu ergehen: Obwohl dieses Jahr Gast auf der geheimen Jahreskonferenz, kommt sie aus den Negativschlagzeilen nicht heraus und spielt im Rennen um die Nachfolge der Rautenfrau keine Rolle. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtet im Dezember 2018:

>>**Der Pakt: "Nicht bindend"?**

_von *Karel Meissner*

Das von der UNO vermittelte Abkommen für globale Migration zerstört die Souveränität der Staaten - dabei war diese Souveränität das Fundament der Vereinten Nationen. Wie konnte der Gärtner zum Bock werden?

Wie kann eine Institution, die sich "Vereinte Nationen" nennt, zu einem Rammbock gegen die Nationen werden? Wie kann sie einen Pakt initiieren, der souveräne Nationen verpflichtet, Millionen Fremde aufzunehmen und ihnen dieselben Rechte, Jobs, Gesundheitsversorgung und Renten zu bieten wie den Einheimischen? Genau das ist der Inhalt des Global Compact for Migration, der auf einer UN-Konferenz am 10./11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll.

Man komme nicht mit dem Argument, die UNO sei als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus entstanden, und deswegen dürfe niemand "diskriminiert" werden, wenn er illegal Grenzen überschreite. Es stimmt zwar, daß die "Deklaration der Vereinten Nationen" auf die Atlantik-Charta zurückgeht, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen Hitler-Deutschland entwarfen. Aber deren Prinzip war ja gerade, die Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von halb Europa zerstört worden war, wiederherzustellen.

Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier: Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht was die grausame Judenverfolgung anging. Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eiserne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging. ...

Die Transformation der UNO

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger.

Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das *Vatican Magazin* untersucht: "Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nicht-staatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Vor diesem Hintergrund kann auch nicht beruhigen, wenn die Bundesregierung in Bezug auf den Migrationspakt hervorhebt, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast hundert Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik: Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse werden sich darauf berufen

und Druck machen.

Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften. Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses "Soft Law" dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration. Millionen von Afrikanern sehen dem Vertragsabschluß Mitte Dezember freudig entgegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtet im Dezember 2018:

>>**Ghostwriter Soros**

_von Daniell Pföhringer

... Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Humanität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staats- und Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration (GCM) bildete.

Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant

... Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.

"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."

Ziel des GCM

Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". ...

Freie Fahrt für NGOs

Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". ...

Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.

Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtet im Dezember 2018: >>>**Sie wollen eine Weltregierung**

_ Viktor Orban im Interview

Noch vor den Europawahlen im Mai sollen Fakten geschaffen werden - daher wird jetzt der UN-Migrationspakt durchgepeitscht. Das ist ein radikaler Bruch mit dem Völkerrecht.

Nächste Woche wird es einen EU-Gipfel geben. Ob die Frage des Grenzschutzes zur Sprache kommen wird, die neulich angeschnitten worden ist?

(Orban:) Wenn ich die europäische Situation jetzt in einem Satz als Antwort auf Ihre Frage zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Die Einsätze liegen auf dem Tisch, alle Masken sind gefallen. Im Mai 2019 wird es also die Wahlen zum Europäischen Parlament geben: Jene Dinge, die jetzt geschehen, kann man am ehesten als Teil eines Wahlkampfes deuten. Beziehungsweise:

Die Politiker, die in Brüssel an der Macht sind ... - denn in Brüssel gibt es heute eine die Einwanderung befürwortende Mehrheit -, wollen jetzt noch alles bis zu den Wahlen im Mai durchdrücken, denn ... es kann auch passieren - und das ist zugleich auch unsere Hoffnung -, daß es in Europa nach den Wahlen eine die Einwanderung zurückweisende Mehrheit geben und es eine entsprechende EU-Kommission sowie ein entsprechendes EU-Parlament geben wird. ...

Die Wahrheit ist, daß mit Volldampf Ansiedlungsprogramme fabriziert werden. Die Kommission hat ihr Programm öffentlich gemacht, in dem sie niedergeschrieben hat, was ihrer Ansicht nach jetzt alles schnellstens durchgeführt werden müßte. ... Darin stehen Dinge wie ein ständiges Umsiedlungsprogramm, die Öffnung legaler Migrationsrouten, gemeinsame ... Migrationsprogramme mit afrikanischen Ländern, die Einführung eines neuen, sogenannten humanitären Visums, die Einbeziehung der NGOs in die Prüfung von Visa - überhaupt: Rechte, Befugnisse an jene Organisationen abgeben, die im Übrigen von George Soros finanziert werden.

Das sind also die Vorschläge. Die Wegnahme des Grenzschutzes von den Mitgliedsstaaten und seine Übergabe in die Hände von Frontex, wo man gar nicht mehr von Grenzschutz spricht, sondern - die Wörter besitzen eine Bedeutung! - ... von "Grenzmanagement". Also das Wort "Grenzschutz" bedeutet, das man eine Grenze schützt, und "Grenzmanagement" bedeutet, daß es dort ein irgend etwas gibt, dessen Überquerung auf irgendeine Weise erledigt werden muß.

Kampf zweier Welten

In dieser Woche hat eine amerikanische Journalistin muslimischer Herkunft niedergeschrieben, daß es ein offenes Geheimnis ist ..., daß zum Beispiel in Amerika die Demonstrationen gegen den (von Trump unterstützten) Kandidaten (Brett Kavanaugh) zum Obersten Gerichtshof vor der Richterwahl von den von Soros unterstützten Organisationen organisiert, gesteuert, koordiniert wurden. Anscheinend funktioniert dies in Europa auf die gleiche Weise.

(Orban:) Auch das kann man langsam als ein offenes Geheimnis bezeichnen. ... Wir erinnern uns nicht mehr daran, weil so vieles geschieht, doch vor einigen Jahren wußten nur sehr wenige, was für ein starkes Netzwerk George Soros in Ungarn, in Mitteleuropa, in Brüssel und auch in Amerika mit vielen Millionen oder Milliarden Dollar betreibt. Das war damals ein verborgenes Netzwerk, das stärker unter dem Wasser wirkte - wie im Wasserball: oben lächeln wir, und unten treten wir uns. Das war auch ihre Taktik. ...

Gegen verborgene Netzwerke kann man nur sehr schwer kämpfen, jetzt befinden sie sich aber schon draußen im Sonnenlicht. ... Jedoch finde ich es am spannendsten, daß diese Schlacht auch in Amerika läuft. Denn es gibt den Kampf zwischen der Kraftgruppe des amerikanischen Präsidenten und der Soros'schen Seite auch in Amerika, was für uns Ungarn, die wir auf na-

tionaler Grundlage stehen, schwer zu verstehen ist.

Wenn wir hinter die Ereignisse blicken, dann können wir sehen, daß die eine Kraft, die sich um den amerikanischen Präsidenten konzentriert, deutlich erkennbar zu den Grundlagen der amerikanischen nationalen Interessen zurückkehren will und parallel dazu anerkennen möchte, daß auch andere Nationen das Recht besitzen, ihr Leben, so wie sie wollen, ihrem eigenen Geschmack entsprechend zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Ihnen gegenüber stehen in Amerika und überall die großen Soros'schen Netzwerke, die wir als Globalisten zu bezeichnen pflegen, und sie wollen anstatt der Vereinbarungen, der Verträge der Nationen, eine Weltregierung.

Wir glauben daran - wir stehen auf der nationalen Seite -, daß die Welt dann gut funktioniert, wenn sie unter Nationen aufgeteilt ist, wenn die Nationen gewählte Politiker besitzen und diese die Interessen ihrer eigenen Nation vertreten, miteinander Vereinbarungen treffen und die Dinge der Welt auf diese Weise erledigen. Die Globalisten glauben, daß es gut sei, wenn es eine Weltregierung, irgendwo ein Kraftzentrum, gibt, die von dort aus den Nationalstaaten obligatorisch vorschreibt, was gemacht werden muß. Das ist der Gedanke der Weltregierung.

...

Wühlarbeit der Soros-Netzwerke

Aber hier geht es doch nicht nur um ... von George Soros unterstützte Organisationen, sondern darum, daß wir sehen, wie diese unterstützten Leute auch in internationale Organisationen integriert werden. Zum Beispiel sehen wir, ... daß jetzt ein albanischer Rechtsanwalt Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geworden ist, der, obwohl er über keine Praxis als Richter verfügt, ausgewählt wurde - und es hat sich herausgestellt, daß er früher bei einer Stiftung von George Soros gearbeitet hat. Das Gleiche können wir in der UNO sehen, nicht wahr? Der Migrationspakt versucht, genau die gleiche globalistische Denkweise zu vertreten.

(Orban:) Diese Netzwerke, wie auch das von George Soros, besitzen einige Schwächen, doch sie verfügen auch über einige Wettbewerbsvorteile. Ihre Schwäche ist natürlich, daß, wenn man sie plötzlich benennt und man sich im Namen des Volkes gegen sie zu verteidigen beginnt - denn wir sind ja gewählte führende Politiker, es ist also unsere Aufgabe, die Interessen der Menschen zu vertreten -, dann stellt sich heraus, daß sie niemand ermächtigt hat, und in dieser Diskussion stehen sie auf verlorenem Posten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 über die äußerst erfolgreiche Rothschild-Dynastie (x335/15-17): >>Das

Haus zum Roten Schild

_von Daniell Pföhringer

Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen.

Der sagenhafte Aufstieg der Dynastie hatte seinen Ursprung in der Frankfurter Judengasse. Dort am Main wurde 1743 oder 1744 - eine Geburtsurkunde fehlt - Mayer Amschel Rothschild geboren. Der Name seiner Familie leitete sich von deren Stammhaus, dem Haus zum Roten Schild, ab. Der ehemalige stellvertretende Direktor des Jüdischen Museums in Frankfurt, Fritz Backhaus, beschreibt in seinem Buch *Mayer Amschel Rothschild. Ein biografisches Porträt* die damalige Situation im jüdischen Viertel anschaulich:

"Rabbiner und Gelehrte, Kaufleute und Hoffinanziers machten die Frankfurter Judengasse zu einer der wichtigsten jüdischen Gemeinden Europas und prägten das Ghetto des 17. und 18. Jahrhunderts sicher ebenso wie die vielen Hausierer, Bettler und Dienstboten, die das Straßenbild der Gasse dominierten. Insgesamt wohnten in dieser nur knapp 330 Meter langen Gasse ca. 3.000 Menschen, verteilt auf 195 Wohnhäuser.

Als eine der größten jüdischen Gemeinden in Deutschland war Frankfurt auch ein Anziehungspunkt für die vielen armen Juden, die vagabundierend über das Land zogen und nirgendwo ein festes Aufenthaltsrecht hatten."

Schon als Jugendlicher wurde Mayer Amschel von seinem Vater nach Hannover geschickt, um als Gehilfe im Bank- und Handelshaus Oppenheim zu arbeiten. Hier erwarb er die notwendigen Kenntnisse, um fortan selbst im Finanzbereich tätig zu sein.

Mit 20 Jahren kehrte er in seine Heimatstadt zurück und eröffnete mit seinem Bruder Kalman ein Handelsgeschäft für Antiquitäten und Münzen. 1770 heiratete er die damals 16-jährige Gutle Schnapper, die eine hohe Mitgift in die arrangierte Ehe einbrachte. Das Paar sollte 20 Kinder bekommen, von denen allerdings nur fünf Töchter und fünf Söhne überlebten, die zwischen 1771 und 1792 geboren wurden.

Nach und nach vergrößerte sich Mayer Amschels Vermögen - erst recht, nachdem er den Erbprinzen Wilhelm von Hessen-Kassel, den späteren Kurfürsten Wilhelm I., als Kunden gewinnen konnte.

... "Unruhige Zeiten, gute Geschäfte" - so beschreibt Rothschild-Biograph Backhaus die Jahre, die 1792 mit den Koalitionskriegen Österreichs, Preußens und Englands gegen Frankreich begannen: "Der Angriff auf das revolutionäre Frankreich löste einen Krieg aus, der Europa über 20 Jahre verwüsten und die territoriale Landkarte ebenso wie die politische Ordnung der Staaten gründlich verändern sollte. Für Mayer Amschel Rothschilds berufliche Entwicklung jedoch boten diese unruhigen Zeiten neue Chancen. Gleich zu Beginn des Krieges hatte er einen Lieferungsvertrag mit der gegen Frankreich kämpfenden kaiserlichen Armee abschließen können."

Als der Begründer der Finanzdynastie 1812 starb, hatte er weit in die Zukunft gedacht. In seinem Testament bestimmte er, daß alle Schlüsselpositionen des Hauses nur mit männlichen Familienmitgliedern zu besetzen sind und die weiblichen Mitglieder, ihre Ehemänner und die Kinder ihren Anteil aus dem Nachlaß nur unter der Bedingung erhalten, daß dessen Verwaltung bei den männlichen Mitgliedern bleibt.

Zudem sollten fortan nur Vettern und Cousinen ersten und zweiten Grades miteinander verheiratet werden, um den Besitz beisammenzuhalten. Vier der Söhne Mayer Amschel Rothschilds - Nathan, Salomon, Kalman und Jakob - zogen daraufhin an die wichtigsten Finanzplätze Europas, während einer - Amschel - in Frankfurt blieb, um das Stammhaus fortzuführen.

Der Waterloo-Coup

Unter Amschel oder Anselm, wie er sich auch nannte, wurde M. A. Rothschild & Söhne zur führenden Bank für Staatsanleihen im deutschen Raum. Nathan gründete 1808 in London das Bankhaus N. M. Rothschild & Sons, Salomon ging 1818 nach Wien, Kalman, der später als Carl Mayer von Rothschild geadelt wurde, zog nach Neapel, während Jakob, der sich fortan James nannte, nach Paris ging.

Während der Frankfurter Zweig kurz nach dem Tod des kinderlosen Anselm an Bedeutung verlor und die Bank liquidiert wurde, stieg Salomon in Wien zum führenden Staatsfinanzier Österreichs auf. Dabei kam ihm zugute, daß die Frankfurter Rothschild-Bank dem österreichischen Staatskanzler Fürst Metternich hohe Darlehen und Kredite für die Sanierung des Staatshaushaltes gegeben hatte, was eine lebenslange Partnerschaft zwischen den Rothschilds und dem bis 1848 überaus mächtigen Politiker begründete. ...

Der große Durchbruch gelang den Rothschilds allerdings in Frankreich und England. Von Paris und vor allem London aus errichteten sie ein weltumspannendes Finanzimperium mit einem ausgeklügelten Informationsnetz, das ihnen stets einen entscheidenden Vorsprung gegenüber ihren Mitbewerbern sichern sollte. James und Nathan betrieben während der britischen Kontinentalsperre ab 1806 Schmuggelgeschäfte,

1817 übernahm James die Forderungen der britischen Regierung an den wiedereingesetzten französischen König Ludwig XVIII., der sich im Exil 200.000 Pfund von Nathan geliehen hatte. Als führende Figur im Anleihegeschäft konnte er sich eine beispiellose Machtposition schaffen, insbesondere in der Zeit von 1830 bis 1848, als sein alter Freund und Kunde, der Herzog von Orléans, König von Frankreich wurde, und er damit unbeschränkten Zugang zum Hofe erhielt.

Nathans Aufstieg in London vollzog sich ähnlich rasant. Zunächst investierte er 300.000 Pfund, die Kurfürst Wilhelm I. seinem Vater anvertraut hatte, in britische Staatsanleihen und spekulierte damit auf Gold. Grundlage war ein System von Informanten und Helfern, das er mit seinem Bruder James zuvor für den Schmuggel geschaffen hatte und ihn nun mit Nachrichten versorgte.

Durch dieses nahezu perfekte Kurier- und Spionagenetz, das sich über ganz Europa erstreckte, erfuhr Nathan in London noch vor dem englischen Premierminister Robert Jenkinson von der vernichtenden Niederlage Napoleons gegen die Briten und Preußen am 18. Juni 1815 bei Waterloo. Er nutzte dieses exklusive Wissen für einen riesigen Spekulationscoup, obwohl er vorher auf einen Sieg des Korsen gesetzt hatte:

In Windeseile verkaufte er an der Londoner Börse den Großteil seiner Aktien, was ihm viele Anleger gleichtaten, da man davon ausging, daß er als stets gut informierter Finanzmann Nachrichten über eine englische Niederlage bekommen hätte. Als die Kurse infolge dieses Bluffs stark abgesunken waren, kaufte er die Papiere wieder auf und wurde über Nacht einer der reichsten Männer Großbritanniens. ...<<

Die Geheimgesellschaften rekrutierten in erster Linie einflußreiche Führungspersonlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Militär, um ihre politischen Ziele durch gezielte Einflußnahme und Unterwanderung zu realisieren.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/31-34): >>Das Bilderberg-Komplott

_von Daniell Pföhringer

Gibt es eine geheime Weltregierung, die jedes Jahr irgendwo in einem Nobelhotel tagt? Oder was verbirgt sich hinter dem berüchtigten Geheimniskrämer-Klub, der - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - den Geldadel mit der Politik zusammenbringt?

Oosterbeek, Ende Mai 1954: In dem kleinen holländischen Ort, etwa fünf Kilometer von Arnhem entfernt, trifft eine illustre Schar im noblen Hotel de Bilderberg ein. Trotz der Prominenz der Gäste - es handelt sich um Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien - gibt es keinen großen Bahnhof; man will kein Aufsehen erregen, ist bedacht auf Diskretion. Eingeladen hat Prinz Bernhard der Niederlande, erst Hitler-Verehrer, dann Verbindungsoffizier der Alliierten in London. Gemeinsam mit dem Polen Jozef Retinger hat der aus Jena stammende Vater der späteren Königin Beatrix die Konferenz vorbereitet.

Erschienen sind unter anderem der Hamburger Bürgermeister und Sozialdemokrat Max Brauer, Fiat-Chef Vittorio Valletta, der amerikanische Ketchup-König Jack Heinz, der Direktor von JP Morgan, Nelson Dean Jay, Unilever-Vorstand Paul Rijkens - und David Rockefeller, Manager der New Yorker Chase Manhattan Bank. Was auf dem Treffen besprochen wird, bleibt geheim. ...

Die Hand der CIA

Vieles spricht dafür, daß schon auf den ersten Konferenzen Schritte zur sogenannten europäischen Integration geplant wurden - so wie man auch später unterhalb des öffentlichen Radars politische und wirtschaftliche Weichenstellungen vorwegnahm. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Nottingham, schreibt in seinem Buch OSS, CIA and European Unity, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor

hatten."

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet. Wie der britische Telegraph im Jahr 2000 unter der Überschrift "Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert" berichtete, sponserte dieses Komitee die Europäische Bewegung Retingers. In dem Beitrag heißt es weiter: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich schreibt: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen." ...

Pyramide der Macht

Der Aufbau der Bilderberg-Gruppe gleicht einer Pyramide. An der Spitze steht ein innerer Kreis, der den Namen Advisory Group trägt und dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt werden. Diese Top-Insider treffen sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entscheiden darüber, wer auf die Gästeliste der Konferenzen gesetzt wird.

Der Advisory Group gehört beispielsweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger an. Bis zu seinem Tod war auch der Milliardär David Rockefeller dabei, der als Graue Eminenz der Bilderberger galt. Frühere Mitglieder der Spitzengruppe waren unter anderem der Brite Eric Roll of Ipsden, Mitglied des House of Lords und Chef der Warburg-Bank, Fiat-Chef Giovanni Agnelli oder der deutsche Industrielle Otto Wolff von Amerongen.

Die nächste Ebene bildet der Lenkungsausschuß, das sogenannte Steering Committee, dem neben dem Vorsitzenden der Bilderberg-Gruppe auch zwei Generalsekretäre - einer für Europa und Kanada und einer für die USA - sowie weitere ständige Mitglieder angehören.

Als Chef amtiert derzeit der frühere Vorstandsvorsitzende des französischen Versicherungskonzerns Axa, Henri de Castries, weitere Mitglieder sind der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Paul Achleitner, der Ökonom Victor Halberstadt, Professor an der Universität Leiden, Springer-Vorstand Matthias Döpfner, Bloomberg-Chefredakteur John Micklethwait oder Ryanair-Boß Michael O'Leary. Auf der dritten, der untersten Ebene befinden sich dann die jeweiligen Teilnehmer der jährlichen Konferenzen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

Doch wozu die Geheimniskrämerei? Arbeiten die Bilderberger insgeheim an einer Weltregierung? An entsprechenden Verschwörungstheorien haben manche ihrer führenden Protagonisten eifrig mitgebastelt - allen voran David Rockefeller, der 1991 herausposaunte:

"Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Medien dankbar, deren Direktoren unseren Treffen beiwohnten und sich an ihr Versprechen, Diskretion zu wahren, beinahe 40 Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden."

Und er meinte: "Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Bankiers der Welt ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

... Der britische Guardian zitierte den früheren Labour-Minister 2001 mit den Worten: "Zu

behaupten, wir strebten nach einer Eine-Welt-Regierung, ist übertrieben, aber nicht gänzlich unfair." Bilderberg sei "eine Möglichkeit, Politiker, Industrielle, Finanziers und Journalisten zusammenzubringen." Man sei vor allem "daran interessiert, jüngere Politiker, deren Stern im Steigen begriffen ist, einzubeziehen und sie mit Finanzleuten und Industriellen zusammenzubringen, die ihnen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln können. Dies erhöht die Chance, eine sensible globale Politik zu betreiben."

Genau dies kritisiert der Managementprofessor an der britischen Cranfield-Universität und Machtforscher Andrew Kakabadse, Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will", so Kakabadse. Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge", meint der Experte. "Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Sprungbrett für Schmidt und Kohl

Tatsächlich haben sich die jährlichen Konferenzen der Nadelstreifentruppe oft als Karrieresprungbrett erwiesen - auch für deutsche Politiker. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord bei den Geheimniskrämern zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte.

Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 von den Bilderbergern nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate später ins Kanzleramt einziehen. Bei Peer Steinbrück klappte es hingegen nicht: Er reiste 2011 zur Bilderberg-Konferenz ins schweizerische St. Moritz, wurde im Jahr darauf von der SPD zum Kanzlerkandidaten nominiert, scheiterte dann jedoch 2013 bei der Bundestagswahl.

Der eigentliche Skandal des Bilderberg-Systems liegt darin, daß gewählte Abgeordnete, Minister und mitunter auch Regierungschefs oder Spitzenvertreter internationaler Organisationen - unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne demokratische Legitimation und als privat deklariert - mit Vertretern der Finanzoligarchie und Industriekapitänen kungeln und womöglich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. ...

Endstation Globalismus?

Wie weit der Einfluß der Bilderberger wirklich geht, läßt sich an den auf den ersten Konferenzen getroffenen Vorbereitungen zur sogenannten europäischen Integration erahnen, an denen US-Geheimdienstkreise mitwirkten. Auch die Einführung des Euro soll nicht etwa in den dafür zuständigen politischen Gremien besprochen worden sein, sondern auf einer Konferenz der diskreten Gruppe.

Die Behauptung eines "privaten Charakters" der Treffen ist also eine glatte Lüge, wie auch der Soziologe Krysmanski feststellt, wenn er sagt: "Abgesehen mal von familiären Bezügen, aber alles, was mit politisch relevanten Inhalten und Diskussionen und Entscheidungen zu tun hat, ob das in vertraulichen Beratungen erfolgt oder im Parlament selber, kann niemals privat sein beziehungsweise ist immer irgendwie öffentlich."

Demokratie wird zur reinen Staffage, wenn einflußreiche Kreise Pläne im Geheimen schmieden, von denen die Bevölkerung keinen blassen Schimmer hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Welt - getreu der Bilderberg-Ideologie - nur noch als globaler Markt und geostrategisches Schachbrett zu betrachten ist, auf dem mächtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ihre Züge ohne Rücksicht auf die Belange der Völker und Staaten spielen können - oder ob die internationale Ordnung auf den Grundsätzen von Frieden, Freiheit und Souveränität aufgebaut sein sollte.

Am Ende seines Buches *Bilderberger - Das geheime Zentrum der Macht* gibt der Wissenschaftsjournalist Andreas von Rényi zu bedenken, daß "auch den Mächtigsten dieser Erde" irgendwann einleuchten müsse, "daß das glorreichste und schönste Ziel nichts nützt, wenn auf dem Weg dahin die gesamte Welt in Schutt und Asche gelegt wird". Letzten Endes gäbe es dann "für die machtgierigen Herrscher auch niemanden mehr, über den es sich zu herrschen lohnte". Spätestens dann hätten sich die Bilderberger "selbst ins absolute Aus manövriert". Ob sich die Teilnehmer der jährlichen Konferenzen darüber schon mal Gedanken gemacht haben?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/35-36): >>Das Netz der Spinne

_Daniell Pföhringer

David Rockefeller spielte nicht nur bei den Bilderbergern eine tragende Rolle, er zog auch bei anderen Organisationen der Globalisten die Strippen.

Am Rande der Konferenz von Versailles kam am 30. September 1919 im Pariser Hotel Majestic eine Gruppe von Männern aus Großbritannien und den USA zusammen, um die strategischen Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern auf ein neues Fundament zu stellen.

Zu den britischen Teilnehmern der Zusammenkunft zählten unter anderem Lionel Curtis und Philip Kerr, Initiatoren des Round Table, Lord Robert Cecil, der als Staatssekretär im Londoner Außenministerium den Entwurf für den späteren Völkerbund verfaßte, sowie Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Times. ...

Die amerikanische Seite setzte sich aus Angehörigen des Beraterkreises von US-Präsident Woodrow Wilson zusammen. Dazu zählten neben dem Journalisten Walter Lippmann der US-Bundesrichter Louis Brandeis, der Harvard-Professor Abbott Lawrence Lowell und der vormalige Stabschef der US-Armee General Tasker H. Bliss, der in Versailles als Wilsons Generalbevollmächtigter fungierte.

Die Geisteshaltung, die den in Frankreichs Hauptstadt versammelten Kreis prägte, dokumentierte Lippmann in seinem Buch *Public Opinion* mit den Worten: "Die gemeinsamen Interessen entziehen sich weitgehend der öffentlichen Meinung, sie zu verwalten obliegt einer besonderen Klasse, deren persönliche Interessen weit über lokale Belange hinausgehen."

Vision einer Grand Area

Dem informellen Treffen in Versailles folgte 1921 die offizielle Gründung einer neuen Denkfabrik in New York: des Council on Foreign Relations ("Rat für auswärtige Beziehungen"), kurz CFR. Neben Lippmann zählten dessen enger Freund Edward Mandell House, wichtigster außenpolitischer Berater Präsident Wilsons, der damalige Anwalt von Rockefellers Standard Oil und spätere Außenminister John Foster Dulles sowie die Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn zu den Gründungsmitgliedern. Finanziert wurden der CFR und dessen Projekte von der Standard-Oil-Gruppe, dem Geldhaus J. P. Morgan & Co. und anderen Wall-Street-Banken.

Zu den wichtigsten Vorhaben der neuen Organisation gehörte die Schaffung einer amerikanischen "Grand Area", um das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg als hegemoniale Supermacht abzulösen. In einem an den US-Präsidenten gerichteten Bericht formulierten die CFR-Strategen: "Wie deutlich wird, können sich die Vereinigten Staaten - vom wirtschaftlichen Standpunkt - am besten in einem Gebiet verteidigen, das den größten Teil der nichtdeutschen Welt umfaßt. Das nennen wir Grand Area.

Dazu gehören die westliche Hemisphäre, das Vereinigte Königreich, die verbliebenen Gebiete des britischen Commonwealth und Empires, Niederländisch-Ostindien, China und Japan." Erforderlich sei, so hieß es weiter, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser "Grand Area" zur "Integration des Gebietes" und zur Übertragung des ökonomischen Potentials der Region in militärische Macht.

In seinem Buch Die Denkfabriken schreibt F. William Engdahl über die bis heute maßgeblich von der Familie Rockefeller beeinflusste und finanzierte Organisation: "Der CFR wurde als Denkfabrik eines amerikanischen Empires gegründet. Jeder größere Militäreinsatz der USA, ob in Vietnam, Korea, Nahmittelost oder Lateinamerika, war das Resultat von Diskussionen innerhalb der politischen Kreise des CFR. In einem war er ungeheuer erfolgreich: Auch heute, fast 100 Jahre nach seiner Gründung, haben die meisten Amerikaner, geschweige denn die Menschen im Ausland, den Namen noch nie gehört." ...

Der CFR wurde schnell zum Personalreservoir der US-Politik, wie Engdahl belegt: "Auf der Liste der Positionen, die CFR-Mitglieder bekleideten, standen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Kriegs- oder Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren." Präsident des CFR ist seit 2003 der Diplomat Richard Nathan Haass, Vizepräsident der Investmentbanker Richard E. Salomon, der auch Mitglied im Stiftungsrat der New Yorker Rockefeller University ist.

Außerdem gehören dem Vorstand unter anderem der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, Laurence D. Fink, Direktor von BlackRock, sowie Stephen Friedman, ehemals Chef von Goldman Sachs, an. Zu den früheren Vorständen zählen der einstige CIA-Direktor Allen Dulles, der Gründer der Atlantik-Brücke und frühere Weltbank-Präsident John J. McCloy, das Hirn der US-Außenpolitik Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Megaspekulant George Soros - und natürlich David Rockefeller.

Sprung nach Asien

Rockefeller zog beim CFR genauso die Strippen wie bei den Bilderbergern ... Genau zwanzig Jahre nach deren Gründung beschloß er, mit einer neuen Organisation die Fühler in Richtung Asien auszustrecken. Hintergrund war der Ölpreisschock von 1973. Die darauf folgende Dollar-Knappheit bescherte den internationalen Banken an der Wall Street und in der City of London, die die Gelder der OPEC-Staaten verwalteten, Milliarden-Profite. Andererseits trübten die Entwicklungen die Aussichten für Investitionen der boomenden westlichen Industrieländer in den Schwellenländern. Ein Staat in Asien wurde der US-Ölindustrie und -Hochfinanz nun gefährlich.

Engdahl schreibt dazu: "Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht wie Japan jedoch, 1973 ein wahrer Exportgigant, konnte die gesamte atlantische Strategie der Bilderberger entgleisen lassen, wenn sie sich mit Schwellenländern in der Dritten Welt verbündete. Um dies zu verhindern, wurden Vertreter der japanischen Elite eingeladen, am Tisch der "großen Tiere" aus Europa und den USA Platz zu nehmen. Japan war das erste "nicht weiße" Land, dem diese Ehre zuteil wurde. Gemeinsam mit anderen einflußreichen Kreisen gründeten die Drahtzieher in David Rockefellers Bilderberg-Gruppe eine neue internationale Denkfabrik und gaben ihr den Namen Trilaterale Kommission."

Rockefeller hatte Brzezinski und sieben weitere Vertraute zuvor damit beauftragt, rund 300 einflußreiche Vertreter aus Nordeuropa, Europa und Japan zu nominieren. Zu den gewählten Gründungsmitgliedern der Trilateralen gehörten dann Leute wie der spätere Fed-Präsident Alan Greenspan, Coca-Cola-Boß J. Paul Austin, Shell-Vorstand John Loudon, der Londoner Bankier Edmond de Rothschild und Fiat-Chef Giovanni Agnelli.

Auf der Mitgliederliste stand auch der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Georgia: Jimmy Carter. Er sollte nur zwei Jahre später zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden und Brzezinski als Sicherheitsberater ins Weiße Haus holen. Carters Kabinett setzte sich fast ausschließlich aus Trilateralen zusammen, so daß man in Washington hinter vorgehaltener Hand von einer Rockefeller-Präsidentschaft sprach. Dieses Muster setzte sich unter den weiteren US-Präsidenten fort.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/40): >>Der Endkampf

"Die beunruhigendste Aussicht bei alledem ist, daß ein einziges globales Netzwerk den Homo sapiens letztlich überflüssig machen und dann auslöschen wird. In seinem Buch Homo Deus behauptet Yuval Harari, das Zeitalter großer, auf Schriftsprache, Geld, Kultur und Ideologie - Produkten von auf Kohlenstoff basierenden menschlichen neuronalen Netzwerken - gegründeter "Netzwerke der Massenkooperation" weiche einer neuen Ära von auf Silizium basierenden Computernetzwerken, die sich auf Algorithmen stützen. In diesem neuen Netzwerk werden wir sehr schnell eine ähnliche Bedeutung für die Algorithmen haben wie Tiere heute für uns." (Ferguson, Türme und Plätze, Seite 35).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/48-49): >>"Der Greenback und die Räuberbarone

_ Interview mit *Ellen Brown* und *F. William Engdahl*

Staat oder Privatbanken: Wer die Geldschöpfung kontrolliert, bestimmt die Geschicke eines Landes. In den Vereinigten Staaten dauerte der Kampf darum ein ganzes Jahrhundert.

... Kommen wir abschließend zu den Rockefellers, Carnegies, Vanderbilts und Morgans, deren Aufstieg im 19. Jahrhundert begann. Haben diese Familien heute immer noch Einfluß?

Brown: Sie sind immer noch da, und sie üben jetzt viel mehr Einfluß auf die Regierung aus. Die beiden führenden Räuberbarone des Gilded Age ("Vergoldetes Zeitalter"), wie die letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auch bezeichnet werden, waren John Pierpont Morgan und John D. Rockefeller. Ihre Banken sind jetzt vereint in den Bankengiganten JP Morgan und Citibank. Zusammen mit Goldman Sachs und verschiedenen anderen bestimmen diese Banken heute im US-Kongreß, wo es langgeht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/50): >>"**Rockefeller kann nie verlieren**"

_ O-Ton *Ron Paul*

Beherrschen Privatbanker die USA? Der damalige Kongreßabgeordnete und spätere Präsidentschaftskandidat Ron Paul gab darauf schon 1988 in einer Talkshow die Antwort.

Moderator: Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?

Ron Paul: Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Moderator: Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Ron Paul: Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal-Reserve-System. ...

Moderator: Thomas Jefferson hat uns gewarnt: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung herausgeben, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."

Ron Paul: Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Fi-

nanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ...

Moderator: Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Ron Paul: Die internationalen Bankiers sind Kumpane. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/55,57): >>**Brandstifter im europäischen Haus**

_ *Federico Bischoff*

Die sogenannte Euro-Rettung hat die Völker entzweit. Dabei war der entscheidende Faktor der Krise von Anfang an die US-amerikanische Finanzoligarchie. Sie hat auch heute ihre Statthalter in Europa.

... **Rom im Visier**

Mehr als augenfällig war auch die Koinzidenz der Machtübernahme von Mario Monti in Italien und der Bestellung von Draghi bei der EZB. Monti wurde am 13. November 2011 von Italiens damaligem Präsidenten Giorgio Napolitano mit der Regierungsbildung betraut und stellte drei Tage später sein Technokraten-Kabinett vor. Noch in den letzten Wochen der vorherigen Regierung unter Silvio Berlusconi hatte die EZB in großem Umfang italienische Bonds aufgekauft, um eine Staatspleite abzuwenden.

Doch das reichte Mario Draghi nicht aus: Er wollte Monti, der bis heute als Berater von Goldman Sachs tätig ist und damals European Chairman der Trilateralen Kommission war sowie im Lenkungsausschuß der Bilderberger saß, an der Spitze der Regierung in Rom sehen - und schaffte es letztlich auch, ihn dort zu plazieren. Die italienische Tageszeitung Il Giornale schrieb daraufhin treffend über das Goldman-Gespann: "Dies ist jene Bande von Kriminellen, die uns dieses finanzielle Desaster gebracht hat. Es ist, als würde man Brandstifter bitten, das Feuer zu löschen."

Zu Goldman Sachs & Co. schrieb der Ökonom und ehemalige Staatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium unter Ronald Reagan, Paul Craig Roberts: "Diese Banken wollen jegliche Verluste vermeiden, indem sie die griechische, italienische und spanische Regierung drängen, entweder für die Anleihen direkt aufzukommen, was notwendigerweise mit einer extremen Sparpolitik gegenüber ihren Bürgern einhergehen müsste, oder aber der Europäischen Zentralbank einzuräumen, praktisch unbegrenzte Liquidität bereitzustellen, mit der dann die von den Banken gehaltenen Staatsschulden aufgekauft werden."

Die Brandstifter sind immer noch am Werk, das Feuer ist längst nicht gelöscht, und in Italien droht 2019 nach den Haushaltplänen der Regierung Conte/Salvini der nächste Überfall der Goldmänner.

_ Federico Bischoff lebt im Tessin und befaßt sich seit Jahren mit den Machenschaften der US-Finanzindustrie in Europa.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/73,75): >>**Der Mega-Spekulant**

_ *von Raphael-Maria Grünwald*

George Soros hat auf der ganzen Welt Währungen in den Ruin und Staaten in die Revolution getrieben. In der Euro-Krise erklärte er Deutschland zum Hauptgegner.

Er sei ein "Staatsmann ohne Staat", befand die

Süddeutsche Zeitung. Gerne wird in diesem Zusammenhang die "halb im Scherz" geäußerte Einlassung von Strobe Talbott, Vize-Außenminister unter Präsident Bill Clinton, zitiert, die USA versuchten ihre Politik "mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und George Soros abzustimmen". Das hatte sich auch unter Barack Obama nicht geändert, galt der Multimilliardär doch als ein wichtiger Förderer des ersten schwarzen US-Präsidenten. Erst seit dem Amts-

antritt Donald Trumps hat der Gründer des Quantum-Fonds einen Gegenspieler im Weißen Haus. ...

Revolte mit Hintergedanken

Gemäß der in der Woche 1998 geäußerten Maxime "Die offene Weltwirtschaft ohne Weltgesellschaft funktioniert nicht: Wir brauchen internationale Zusammenarbeit" dreht sich sein Denken immer wieder um die Frage, wie in die Souveränität von Nationalstaaten eingegriffen werden kann.

"Bei Machtmißbrauch sind Interventionen von außen gerechtfertigt", konstatierte Soros in seinem Buch Die Vorherrschaft der USA - eine Seifenblase (2003), "wenn das Volk hier nicht korrigierend eingreifen kann".

In diesem Sinne finanziert Soros überall dort, wo seiner Meinung nach "offene Gesellschaften" noch nicht realisiert sind, umstürzlerische Aktivitäten: "Meine Stiftungen", so Soros in dem erwähnten Buch, "trugen zu den Regimewechseln in der Slowakei (1998), Kroatien (1999) und Jugoslawien (2000) bei und mobilisierten die Zivilgesellschaft, um Wladimir Meciar, Franjo Tudjman und Slobodan Milosevic aus ihren Ämtern zu vertreiben. ... Die Aufgabe meiner Stiftungen besteht darin, den Übergang von geschlossenen zu offenen Gesellschaften zu begleiten und zu fördern."

Damit ist die Liste der Regimewechsel, an denen Soros' Stiftungen beteiligt waren, keineswegs vollständig. Insbesondere wären hier noch die sogenannte Rosenrevolution in Georgien (2003) und die Orange Revolution in der Ukraine (2004) zu nennen. Daß sich dabei - wie auch bei seinem neuesten Steckenpferd, der Förderung von Migration aus aller Welt nach Europa - hinter aller humanitären Phrasendrescherei handfeste Kapitalinteressen verbergen, versteht sich von selbst.<<

2018

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad berichtet im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>... **Orient und Okzident**

Antithese mit Tradition

Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.

Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.

Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.

Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.

... In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wun-

de, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.

Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.

Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.

Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. ...

Anders als das Christentum ... war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.

Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.

Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.

Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fassung selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich

auch Gesetz.

Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen, sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. ...<<

>>... **Ein Blick in die Zukunft**

... Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.

Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.

Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr. Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen.

...<<

Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtet im Jahre 2018 in ihrem Vortrag "Eurabia, eine Kolonie des Islam" über die Islamisierung Europas (x1.005/...): >>**Betrachtungen zu einem neuen Kontinent**

von *Inge M. Thürkauf*

Wir stehen heute einer Entwicklung gegenüber, die wir bis vor wenigen Jahren lediglich in Nachrichten aus fernen Ländern wahrgenommen haben, denen wir jedoch nicht die Bedeutung gaben, die erforderlich gewesen wäre, um Zusammenhänge zu verstehen, die uns erst langsam deutlich werden. Viele wollen das, was täglich in unserem Land geschieht und uns mehr oder weniger offen berichtet wird, auch heute noch nicht wahrhaben und schotten sich ab. Daß es sich dabei um eine Umgestaltung oder zumindest um eine Veränderung Europas handeln

könnte, kommt nur allmählich ins Bewußtsein der Menschen.

Der Titel des Vortrags: "Eurabia, eine Kolonie des Islam - Betrachtungen zu einem neuen Kontinent", mag für manche provokant klingen, vielleicht sogar unreal. Wie viel Realität jedoch hinter dieser Formulierung steckt, wird uns bewußt, wenn wir das Zitat aus einer Rede des algerischen Staatspräsidenten (von 1965-1978) Houari Boumedienne aufmerksam lesen, die er 1974, also vor über 40 Jahren, vor der UNO-Generalversammlung gehalten hat:

Eines Tages werden Millionen von Menschen die südliche Halbkugel verlassen, um in die nördliche einzudringen. Sicherlich nicht als Freunde. Denn sie werden kommen, um sie zu erobern. Und sie werden sie erobern, indem sie die nördliche Halbkugel mit ihren Kindern bevölkern. Der Leib unserer Frauen wird uns den Sieg beschere. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese Worte auf dramatische Weise höchste Aktualität erhalten haben. Boumedienne war sich seiner Sache offensichtlich sicher. Warum sollte er auch nicht, kannte er doch die entsprechende Koransure, die da lautet:

Ihr (die Muslime) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist. Ihr gebietet, was recht ist, verbietet, was verwerflich ist, und glaubt an Gott.

Diese Sure 3, Vers 110 begründet den Führungsanspruch der Muslime bis in die heutige Zeit - seit 1.000 Jahren.

Als im Herbst 2015 die Migrationsinvasion über uns hereinbrach, wurde die Prophezeiung Boumediennes handgreiflich wahr. Genau wie beim Feminismus, der New-Age-Bewegung und Gender Mainstreaming können wir auch bei der massenhaften Flutung Europas mit Menschen einer uns fremden Welt und einer uns befremdenden Religion, ein planvolles Vorgehen sehen, in dem Sinn, wie Jean-Claude Juncker es bereits 1999 verkündet hat:

Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob etwas passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt, weil die meisten sowieso nicht wissen, was geschieht, dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.

Im Titel des Vortrags erscheint der Begriff Eurabia. Er wurde von der britischen Autorin Gisle Littmann, sie schreibt unter ihrem Pseudonym Bat Ye'or, geprägt. Mit diesem Begriff wollte sie eine Vision beschreiben, wonach Europa in nicht allzu ferner Zukunft unter muslimischer Fremdherrschaft stehen werde, und daß dies eine unausweichliche Folge der Einwanderung muslimischer Menschen in die europäischen Staaten sei.

Diese Überzeugung schöpfte sie aus ihrem Studium der Geschichte der Christen und Juden unter islamischer Herrschaft in der Zeit zwischen dem siebten und dem zwanzigsten Jahrhundert, die sie in ihrem Buch "Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam" veröffentlicht hat. Das Resultat ihrer Analyse läßt den Rückschluß zu, daß eines Tages auch von einem Niedergang des westlichen Christentums unter dem Islam geschrieben werden könnte.

Es ist sicher nicht richtig, alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen, aber es ist ebenso falsch, allen Muslimen Generalvertrauen entgegenzubringen, dies sollte gleich zu Beginn festgehalten werden.

Im ersten Teil meines Vortrags werde ich die Strategie des Westens beleuchten in Bezug auf die geplanten Umwälzungen in Europa, in einem zweiten Teil sollen die entsprechenden Pläne und Strategien der Muslime, bzw. der muslimischen Staaten behandelt werden.

Wir können uns fragen, wie es nach dem erfolgreichen Sieg gegen die Türken bei der Seeschlacht von Lepanto am 7. Oktober 1571 und der Schlacht am Kahlenberg, am 12. September 1683, zu einem solchen Desaster wie der Migranten-Tsunami im Jahre 2015 kommen konnte, welches sind die "Schritte", um mit Jean-Claude Juncker zu sprechen, die zur heutigen Situation geführt haben? Gehen wir in der Geschichte etwas zurück.

Noch vor der kommunistischen Machtergreifung im Jahre 1917 schrieb Lenin, daß das Ziel des Sozialismus nicht nur in der Abschaffung der gegenwärtigen Teilung der Menschheit in

kleine Staaten und nationale Isolation besteht, sondern auch darin, die Nationen einander näherzubringen und sie zu verschmelzen.

Wir werden sehen, daß dieses Näherbringen und dieses Verschmelzen uns "Schritt für Schritt" näher gebracht wurde.

Einen unzweideutigen Hinweis finden wir bei Richard Coudenhove-Kalergi, Initiator der 1922 gegründeten "Paneuropa-Union", der unter anderem Albert Einstein, Otto von Habsburg, Winston Churchill, Konrad Adenauer und Thomas Mann angehörten. Der Inhalt eines Programms sah eine nie dagewesene Einwanderung nach Europa vor, um, wie er sagte, Europa lenkbar zu machen.

In seinem Buch "Praktischer Idealismus", das 1925 erschien, veröffentlichte er den Plan für ein "Vereinigtes Europa" und für die kulturelle Eliminierung der Völker Europas durch die Förderung massenhafter, nicht weißer Zuwanderung, als Lösung des christlich-europäischen Problems! Er beschreibt darin mit großer Offenheit "den Menschen der fernen Zukunft".

Er wird ein Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.

Er nennt diesen neuen Menschen auch kurz den "planetaren Menschen", der mit gewissen Eigenschaften behaftet sei, welche ihn für die Zwecke des künftigen Europas besonders qualifizierten: Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit.

Es war klar, daß Coudenhove-Kalergi seine abwegigen Ideen nur mit Hilfe einflußreicher Freunde realisieren konnte. In seinen Lebenserinnerungen "Ein Leben für Europa" (1966) schreibt er:

Anfang 1924 erhielten wir einen Anruf von Baron Louis Rothschild: Einer seiner Freunde, Max Warburg aus Hamburg, hatte mein Buch gelesen und wollte uns kennenlernen. Zu meinem großen Erstaunen bot mir Warburg spontan sechzigtausend Goldmark an, zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre.

Durch seine Kontakte zur Hochfinanz konnte Kalergi bald Medien und Staatsmänner zu seinen Verbündeten zählen. Die New York Times und der Herald Tribune flankierten seine Ideen, Politiker wie Churchill und Truman unterstützten ihn. Unverhohlen gesteht Kalergi, daß damals die europäischen Parlamente "gezwungen" wurden, Paneuropa zu errichten.

Unter dem dreifachen Druck der europäischen Parlamente, der Vereinigten Staaten von Amerika und der öffentlichen Weltmeinung entschlossen sich noch im selben Jahr die Regierungen zum Handeln.

Beinahe einhundert Jahre später, im Januar 2015, prophezeite seine Nichte, Barbara Coudenhove-Kalergi, "die neue Völkerwanderung". Diese begann - wie wir als Zeitzeugen wissen - dann im September desselben Jahres mit dem Flüchtlings-Ansturm in Griechenland. Es war die Voraussage einer Invasion, die das Gesicht Europas für immer umformen wird.

Der Bevölkerungsaustausch in Europa sei "unumkehrbar", diktierte Barbara Coudenhove-Kalergi am 07. Januar 2015 dem "Standard": "Europa", so heißt es dort, bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen paßt oder nicht. Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen, und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.

Jakob Augstein doppelte am 5. Oktober desselben Jahres in seinem "Spiegel" nach:

Die Kräfte der Demographie sind so radikal wie die der Migration. Darum wird sich Deutschland verändern. Und niemand kann das aufhalten. Es gibt kein Bleiberecht in der Vergangenheit.

Kommen wir nochmals zurück ins 20. Jahrhundert. Zwischen **1940-1945** erschienen Schriften, die sich mit Vernichtungsplänen gegen das deutsche Volk befaßten, darunter wirtschaftli-

cher Ruin, Deportation und Sterilisation. Die eine Schrift erschien mit dem Titel "Germany must perish" von Theodor N. Kaufmann und die andere mit dem Titel "What to do with Germany" von Louis Nizer (im Internet kann der Text heruntergeladen werden).

Der Dritte in diesem unheiligen Bunde war Prof. Dr. Earnest A. Hooton. Dieser empfahl die Geburtenrate der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern zu fördern, vor allem aber rechtfertigte er die Ansiedlung von Millionen Ausländern, mit dem Ziel genetischer Vermischung durch negroide Umvolkung.

Hier eine Zwischenbemerkung von einem Blogger namens Daniel, der zum Thema: "Wie aus Männern Frauen gemacht werden - Keine Männer mehr in Deutschland -" folgendes sagt:

Es geht um die Verweiblichung, Feminisierung des Mannes, vornehmlich in Deutschland. Ist es schon jemand aufgefallen, daß immer mehr Familien Töchter haben in Deutschland? Viele Paare müssen oft lange warten, bis sich endlich eine Schwangerschaft einstellt. Manche warten vergeblich.

Ein Grund könnte sein: Von der Pille, die die meisten Frauen ja nehmen, kommen immer mehr Östrogene und Derivate davon ins Grundwasser und sind fast überall identifizierbar, dann: durch eine Vielzahl von Hormonen und anderen Stoffen in unserem Ernährungskreislauf wird der Testosteronwert des Mannes absichtlich gesenkt bis zum 0-Punkt. Daraus resultiert eine sehr geringe Fertilitätsrate und weniger männlichen Nachwuchs.

"Ganz nebenbei werden aus Männern Frauen gemacht, die ohne Mut und Ehre dahin vegetieren." Außerdem: In Baden-Württemberg wurde eine Kläranlage gebaut, dabei wurde darauf verzichtet, Östrogene aus dem Grundwasser herauszufiltern.

Dann gibt es noch das Problem von Ritalin, das ist ein Teil des Krieges gegen Buben, mit dem Ziel, sie in Mädchen zu verwandeln, im Rahmen der neusten Ideologie Gender Mainstreaming. Wenn eine öffentliche Institution, die Schule, nur dann funktioniert, wenn man der Hälfte der Betroffenen Drogen verabreicht, stimmt doch was nicht. Soweit Blogger Daniel.

Auch die Kirche glaubte ihre multikulturellen Wünsche anmelden zu müssen, was ja in keiner Weise ihre Aufgabe ist, doch **1995** plädierte Johannes Paul II. für eine multikulturelle Gesellschaft: "Seine Wunschvorstellung sei", so sagte er in seiner sonntäglichen Ansprache, die Integration der Völker, eine multikulturelle und multirassische Gesellschaft".

Dazu noch ein Zitat des gegenwärtigen Pontifex, der vom Islam eine besondere Kenntnis zu haben scheint. Er meint:

Der wahre Islam und eine angemessene Interpretation des Koran stehen jeder Gewalt entgegen. Kommen wir nun zum Jahr **2004**, da veröffentlichte der US-Militärstrategie im Pentagon, namens Thomas Barnett, zwei Bücher, in denen er die Pläne und Strategien der Globalisierer verrät und sie mit einer Deutlichkeit zur Sprache bringt, die keine Zweifel mehr zulassen.

Zu diesen Plänen gehört der Austausch, manche sprechen von Umvolkung, der Europäer, besonders der Deutschen. Barnett ist Analyst des Pentagon und daher bestens vernetzt und einflußreich. Gesponsert und beauftragt wurde Thomas Barnett seit dem Jahr 2000 vom Finanzdienstleistungskonzern "Cantor Fitzgerald", 2002 stellte er die geostrategischen Ergebnisse dem damaligen US-Verteidigungsminister Donalds Rumsfeld vor.

Seine Pläne und Analysen hat er in mehreren Büchern zusammengefaßt, die übrigens seit kurzem auch in Deutsch erschienen sind, obwohl Barnett verboten hat, Übersetzungen in irgendeiner Sprache herauszugeben. Die Herausgeber Michael Vogt und Monika Donner konnten Barnett offensichtlich zu einer Sinnesänderung bewegen, ihn sogar zu je einem Vorwort in beiden Büchern überreden.

Im Buch "The Pentagon's new map" (New York, 2004), auf Deutsch "Der Weg in die Welt-diktatur - Krieg & Frieden im 21. Jahrhundert - die Strategie des Pentagon", herausgekommen bei Jan Karl Fischer-Versandbuchhandlung und Verlag in 63571 Gelnhausen/Roth, Herzberg-

straße 5-7, erklärt Barnett, daß die Globalisierung "ein Zustand gegenseitig gesicherter Abhängigkeit" sei, wobei Globalismus bei Barnett Amerikanismus bedeutet.

Um seine Wirtschaft und Gesellschaft zu globalisieren, muß man in Kauf nehmen, daß fortan ... die eigenen Traditionen in Vergessenheit geraten. Man wird in Kauf nehmen müssen, daß importierte Waren und Erzeugnisse den Inlandsmarkt überfluten und die eigenen Erzeuger in diesem Konkurrenzkampf sich entweder durchsetzen oder verschwinden werden.

Im zweiten Buch, "Blueprint for action" (New York, 2005), auf Deutsch "Drehbuch für den 3. Weltkrieg - Die zukünftige Neue Weltordnung" träumt Barnett von der Wiederkunft einer biblischen Ideal-Rasse:

Wer sich gegen die Vermischung der Rassen sträubt, handelt unmoralisch und unzeitgemäß. Ich bin mir sicher, daß die ersten Menschen hellbrauner Farbe waren ... War dies nicht auch Jesus Christus, als er auf Erden wandelte?

Barnett hat sein Urteil über Europa längst gefällt:

Das Alte Europa ist - historisch gesehen - längst tot und kann nicht wiedererweckt werden, meint er. Zudem müsse Europa jährlich 1,5 Millionen Immigranten aufnehmen, damit sich Europa nie wieder aus der Umarmung der Globalisierung befreien ... könne. Wer dennoch das Wiedererwecken einer früheren Gemeinschaft und vergangener Wertvorstellungen" verfolge, sei in einem Atemzug zu nennen mit radikal fundamentalistischen Islamisten wie Osama Bin Laden.

All jene feindlichen Kräfte befürchten den Verlust ihrer Identitäten innerhalb einer gleichgeschalteten, urbanisierten, aufgespalteten Masse, in der jeder seine Einzelinteressen vertritt.

Für Barnett sind die Kritiker von Zuwanderung und Vermischung der Rassen und Kulturen Idioten, die sich der Erkenntnis verweigern, daß die ökonomische Logik immer als Sieger vom Platz gehen wird und nur sie die Menschen überzeugen kann.

Diese ökonomische Logik bedarf aber der multikulturellen und multiethnischen Globalisierung, die jedoch durch inneren Widerstand aufgehalten werden könnte. Um diesen Widerstand gegen die Globalisierung zu verhindern, fordert er wortwörtlich Kill them!

Im Mittelpunkt eines globalen Netzwerks, das sich der Förderung der Flüchtlingsströme widmet, steht der Multimilliardär George Soros. Er ist Teil der internationalen Eliten, die im Zuge einer neuen Weltordnung die totale Zerstörung der bisherigen Nationalstaaten, Völker und Gesellschaftsformen anstreben und dazu die völlige Durchmischung der Bevölkerung herbeiführen wollen. Auf einer seiner Interseiten stellte er am 29. September 2015 Forderungen an die EU, wie in Zukunft das Asyl-System zu funktionieren habe:

Als Erstes hat die EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsucher pro Jahr zu akzeptieren. Sie muß 15.000 Euro pro Asylsucher in jedem der beiden ersten Jahre bereitstellen, um die Kosten für Unterbringung, Gesundheit und Schule abzudecken.

Am Beispiel Syrien können wir sehen, daß es letztlich um eine Strategie der Destabilisierung sowohl der Aufnahmeländer wie der Entsenderländer geht, was früher oder später zum Kollaps Europas führen wird.

In dem erst jetzt bekannt gewordenen UN-Bericht "Replacement Migration" (ST/ESA/SER A./206) der Bevölkerungsabteilung der UN (UN Population Division) aus dem Jahr 2001 wird die Öffnung Deutschlands für 11,4 Millionen Migranten gefordert, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen ("rise to social tensions") führen werde. Es geht – wie die Vereinten Nationen aus der Abteilung Bevölkerungsfragen verlauten lassen - um eine Bestandserhaltungsmigration als Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen.

Diesen Punkt hat vor allem der UN-Sonderberichterstatte für Migranten, Peter Sutherland, betont:

Die niedrigste Geburtenrate der Welt hat Deutschland, daher braucht das Land 1,5 Millionen Einwanderer pro Jahr, um über die nächsten 30 Jahre das Verhältnis zwischen Rentnern und

arbeitender Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Hier wird so getan, als ob es sich bei den Einwanderern um qualifizierte Arbeitskräfte handeln würde. Die Realität zeigt, daß dies nur zu einem kleinen Prozentsatz der Fall ist. Die Mehrheit ist ungelernt und wie es sich schon herausgestellt hat, gar nicht lernwillig. - Über Jahrzehnte hinweg war man darauf bedacht, mit Hilfe von Verhütung und Abtreibung dafür zu sorgen, daß keine Europäer mehr geboren werden, jetzt soll die mangelnde Bevölkerung durch Migranten ersetzt werden.

Daß es bei dieser Vermischung der Bevölkerung zu Widerständen und Auseinandersetzungen kommen wird, ist voraussehbar. Doch diese Kämpfe seien erforderlich, um Wirtschaftswachstum zu erzielen. Das alles diene den Interessen der Industrie, in diesem Fall der Asylinindustrie.

Auch Jim Yong Kim, Präsident der zur UN gehörenden Weltbank, hat im Oktober 2015 verkündet, daß der "Bevölkerungsaustausch" in Europa ein "Motor des Wirtschaftswachstums" werde ("engine of economic growth"), um mit allen Mitteln im Sinne der Weltwirtschaft den demographischen Wandel zu bekämpfen.

Frans Timmermans, niederländischer Diplomat und seit 1. November 2014 Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", hat in einer Rede während des sogenannten "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur.

Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich, laut Timmermans, auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat", daher können sie die Zukunft nicht diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte (ähnlich der Gender Mainstreaming Ideologie, die Mann und Frau als soziales Konstrukt betrachtet) und jeder, der etwas anderes behauptet, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage. - Mit dieser Bemerkung droht er deutlich mit Krieg.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck, so Timmermans weiter. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben.

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich, ich würde sagen, in einer brutalen Weise, ausspricht. Was seine Aussagen implizieren, dürfte nach diesen Aussagen jedem klar sein: die Existenz aller europäischen Völker steht auf dem Spiel!

Daher folgt die sogenannte Flüchtlingskrise nicht aus einem Schwächeanfall der deutschen Politik, sondern zu einem guten Teil aus der Kriegserklärung der globalistischen Elite an die europäischen Nationalstaaten.

Einen weiteren deutlichen Hinweis auf den Wandel in Europa erfahren wir von Frau Barbara Lerner-Spectre, in den USA geboren, 1967 nach Israel ausgewandert und 1999 nach Schweden emigriert, wo ihr Mann Rabbi der Stockholmer Synagoge wurde. Im Jahr 2000 schrieb sie im Auftrag der schwedischen Regierung die Gründungssatzung für "The European Institut for

Jewish Studies in Sweden", das sie seitdem führt.

Bis 2011 bildete das Institut bereits über 200 Personen aus 35 Ländern in Führungspositionen aus für die Erneuerung der jüdischen Kultur in Europa. 2010 hat sie uns mit einer Offenheit auf die Strippenzieher im Hintergrund dieses Völkertauschs aufmerksam gemacht, die weltweit für Überraschung sorgte. Vor laufender Videokamera sprach sie von einem Wiederhochkommen des Antisemitismus, "weil" - und dies ihre Begründung - Europa ... noch nicht gelernt habe, multikulturell zu sein.

In Europa werden sich die monolithischen Gesellschaften des letzten Jahrhunderts nicht halten. Juden werden im Zentrum des Geschehens stehen. Es ist eine ungeheure Transformation, die Europa durchmachen muß. Sie (die Europäer) gehen jetzt in einen multikulturellen Zustand über, und man wird uns Juden unsere führende Rolle übelnehmen. Aber ohne diese führende Rolle und ohne diese Transformation wird Europa nicht überleben.

Die Frage ist nun, wie die Dame mit der Tatsache umgeht, daß Muslime, die ja den größten Teil der multikulturellen Transformation ausmachen, daß gerade Muslime nicht allzu gut auf Juden zu sprechen sind?

Die Auswirkungen dieser ungeheuren Transformation schildert die schwedische Dissidentin, Ingrid Carlquist:

- 1. Schweden registriert weltweit die höchste Zahl von polizeilich gemeldeten Vergewaltigungen pro Kopf der Bevölkerung außerhalb Schwarzafrikas.
- 2. In Schweden gibt es Hunderte von Zonen, in die sich kaum noch ein gebürtiger Schwede hineinwagt, und
- 3. auch in Schweden gibt es "Zeitungen die alle diese furchtbaren Tatsachen verschweigen.

Es versteht sich von selbst, daß in deutschen Medien nichts von all dem berichtet wurde. Ebensowenig wie wir etwas von den bürgerkriegsähnlichen Randalen in Frankreich im März 2017 hörten. Wir hören auch nichts davon, wie Schweden mit seiner Einwanderungspolitik umgeht. Um die hohen Kosten für die Immigrantenmassen aufzubringen, muß der schwedische Staat wohl oder übel an anderen Stellen sparen. Die Zeitung "Aftonbladet" meldet am 21. August 2014:

15.000 alte Menschen in den Altersheimen laufen Gefahr zu verhungern. Und dies ist nur eine zurückhaltende Schätzung ... Rund 15.000 Senioren in den Altersheimen leiden an so schwerer Unterernährung, daß sie Gefahr laufen, an Hunger sowie an durch Unterernährung bewirkten Krankheiten zu sterben.

Befinden wir uns schon in George Orwells 1984, in dem die Rationen im Überflußministerium gekürzt, die Angriffskriege im Friedensministerium geplant, und die politischen Gefangenen im Liebesministerium gefoltet werden? Auf jeden Fall ist das nun eingetroffen, auf das hin die Globalisierer über hundert Jahre gearbeitet haben.

Wir kommen zum Jahr **2015**: nach der Zerschlagung Libyens 2011 ergießt sich ein gewaltiger und stets anwachsender Strom Schwarzafrikaner über Europa. Die deutsche Bevölkerung wird berühmt mit ihrer Willkommenskultur. Auf die zum größten Teil muslimischen Einwanderer geben die für islamische Verhältnisse leichtbekleideten Frauen nur zu eindeutige Signale. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat nun im Rahmen seines inszenierten Rücktritts auch verraten, warum Frau Merkel im September 2015 die Grenzen geöffnet hat:

Wir hätten es - so vertraute er in einem Interview dem Wochenmagazin "Der Stern" an - wir hätten es ihrer Naivität und ihrem Übermut zu verdanken, daß wir nun in diese Sackgasse geraten seien. Es sind also nicht Zwänge, Feinde Europas und keine fremden Mächte, vor allem nicht die Finanzkartelle, die Deutschland in eine Situation des "Kontrollverlusts" (Thorsten Schulte) gebracht haben, sondern Übermut und Naivität unserer verehrten deutschen Regierungschefin.

Zu den Strategien der westlichen Welt wäre noch vieles zu sagen, aber kommen wir nun zur

arabischen Welt und ihren Missionsauftrag, die ganze Welt mit dem Djihaad zu überziehen, um das Haus des Islam einzurichten, das dann endlich in ein Haus des Friedens verwandelt werden wird.

Die Erfahrung aus zahlreichen Begegnungen und Gesprächen hat gezeigt, daß die meisten Zeitgenossen wenig bis gar keine Kenntnis haben vom Wesen des Islam. Dies ist keine Diskriminierung Andersdenkender, sondern die realistische Einschätzung einer Tatsache. Denken, Glauben und Handeln der Muslime sind Welten vom sowohl christlichen als auch humanistischen Denken, Glauben und Handeln entfernt. Vor allem muslimische Islamkritiker können dies bestätigen: z.B. der französisch-tunesische Schriftsteller und Islamkritiker Abdelwahab Meddeb, er schreibt:

Dem Islam ist die gewalttätige Überzeugung in die Wiege gelegt. Oder Zafer Senocak, ein in Deutschland lebender Schriftsteller türkischer Herkunft, kommt zum gleichen Ergebnis:

Der Terror kommt aus dem Herzen des Islams, er kommt direkt aus dem Koran.

Auch der im April 2008 von Papst Benedikt getaufte Chefredakteur des Corriere della Sera, Magdi Allam, bezeichnet den Islam als eine Religion, die von Haß und Intoleranz charakterisiert ist.

Ich bin von einer Ideologie befreit worden, die Lüge und Gewalt legitimiert, Mord und Selbstmord hervorruft, so wie in blinder Unterwerfung unter einer Tyrannei steht. Mit meiner Hinwendung zum Christentum habe ich die "authentische Religion der Wahrheit, des Lebens und der Freiheit" gefunden.

Auch der aus dem Islam konvertierte Mark Gabriel konnte schwer mit der Gewalt und dem Haß leben, die ihm aus dem Koran entgegneten. Im Christentum fand er die wahre Befreiung in der Liebe Jesu Christi.

Eine interessante Analyse liefert uns der dänische Psychologe der Kopenhagener Kommunalverwaltung, Nicolai Sennels, der einige Jahre in einem Gefängnis in Kopenhagen gearbeitet hat. In einem Interview berichtet er über seine Arbeit mit jugendlichen kriminellen Muslimen und Nicht-Muslimen.

Er machte dabei Erfahrungen, die für das Verständnis des Verhaltens von Muslimen wichtig sind. Seine Ergebnisse sind deshalb aufschlußreich, weil er nicht von einem christlichen, sondern von einem humanistischen Standpunkt aus argumentiert. Bei seiner Gefängnisarbeit mußte er erfahren, daß sieben von zehn Teenagern eines durchschnittlichen Gefängnisses einen muslimischen Hintergrund haben. Dabei unterschied er zwei Kategorien:

Muslimen, die stark vom Islam geprägt sind, haben eine andere Sichtweise auf Aggressionen, Wut und drohendes Verhalten als die meisten Menschen in der westlichen Welt. Für den Menschen des christlichen Kulturraumes ist es ein beschämendes Zeichen von Schwäche, wenn er wütend wird. Generell, wenn Menschen zornig werden, haben wir die Tendenz, den Respekt vor ihnen zu verlieren. Sie verscherzen sich zumindest die Sympathien.

Völlig anders verhält es sich im islamischen Kulturkreis. Sennels konstatiert: "Während die meisten Nicht-Muslimen beschämt über ihre Wutausbrüche reagieren und es ihnen hinterher leid tut, scheint keiner der muslimischen Patienten diese Haltung überhaupt nur verstehen zu können. Denn in der muslimischen Kultur erwartet man, daß man ein wütendes oder drohendes Verhalten zeigt, sofern man kritisiert oder auf einen Fehler aufmerksam gemacht wird. Wenn ein Muslim dabei nicht aggressiv reagiert, wird er von seiner Umgebung als schwach angesehen, und er verliert seinen sozialen Status." Es sei denn, er übt sich in Taqiyya, dann behält er äußerlich die Ruhe.

Kritik oder gar Witze über den Islam müssen mit Wut und Terrorandrohungen beantwortet werden. Wir erinnern uns an die dänischen Karikaturen, die Mohammed mit einer Bombe in seinem Turban darstellte, um die Tatsache zu illustrieren, daß Mohammed Dutzende von Massakern durchgeführt und zum globalen gewaltsamen Dschihad gegen Nicht-Muslimen aufgerufen

hat. Die Reaktion der muslimischen Führer und ihrer Anhänger war exakt das, was die Zeichnungen aussagten: Sie antworteten mit Dschihad, drohten mit Völkermord, Terror, einem Boykott, Prozessen, und - was nicht unbedeutend ist - sie gebrauchten unsere demokratischen Systeme, um unsere Gesetze über Rede- und Meinungsfreiheit in Frage zu stellen und anzugreifen, um sie letztlich auszuhebeln.

Für einen Muslim sind Wut und Aggression die eigentlichen Mittel, um seine Ehre zu verteidigen. Wenn ein praktizierender Christ an sich Probleme entdeckt, dann fragt er sich: was kann ich an meinem Leben ändern, damit es mir besser geht. Wenn er praktizierender Katholik ist, geht er zur Beichte und bemüht sich, sein Leben nach dem Evangelium zu richten, so gut es eben geht. Nicht so der Muslim. Wie kann es ihm besser gehen, wenn er Schwäche zeigt, etwas, von dem er schon seit seiner Kindheit gelernt hat, daß man es verbergen muß, um seine Ehre zu bewahren?

Der zweite Punkt, den ich hier erwähnen möchte ist die schon erwähnte Taqiyya. Taqiyya bedeutet Furcht, Vorsicht, Verschleierung und wird oft beschönigend "religiöse Verhüllung" genannt, letztlich ist sie jedoch einfach "muslimische Täuschung der Ungläubigen". Urheber des Konzeptes von Taqiyya ist Allah. In einem Gespräch mit Mohammed sagt Allah von sich selbst:

Du bist listig, aber ich bin der noch viel Listigere. Und ich führe irre, wen ich will. Im Koran wird Allah als der beste Listenschmied bezeichnet. Wenn also der islamische Gott schon Listen schmiedet, um wie viel legitimer ist es dann für die Gläubigen, dies zu tun. Ein Christ nimmt bei einem Gespräch an, die Aussage des Gesprächspartners sei so gemeint, wie er sie zum Ausdruck bringt, er sage die Wahrheit. Im arabisch-islamischen Raum ist dies nicht unbedingt so, denn es gibt keine Notwendigkeit für einen Muslim, einem Ungläubigen gegenüber wahrhaftig zu sein.

Wer immer zu gegebener Zeit und an beliebigem Ort das Böse der Ungläubigen fürchtet, darf sich durch äußere Verstellung schützen. Um diese Aussage zu untermauern, wird der enge Gefährte Mohammeds, Abu Darda, zitiert:

Laßt uns ins Gesicht mancher Nicht-Muslime lächeln, währenddessen unsere Herzen sie verfluchen." (Ibn Kathir).

Die Literatur über den Islam - die Scharia, die Hadithen und das Leben Mohammeds - hat in den letzten Jahren eine große Verbreitung gefunden. Sie gibt Antworten auf unsere Fragen nach diesem als Religion auftretendes politisches System. Wir sollten davon Gebrauch machen und uns informieren.

Eine Bewegung, die wir nur aus der Ferne beobachtet haben, war die "Black Muslims Movement" in den USA in den 1960er Jahren. Mit dem Slogan "Revival of Islam" ("Erneuerung des Islam") zogen islamische Studenten aus Afrika kommend und von den arabischen Ländern finanziert in die amerikanischen Universitäten.

Eine Bekehrungskampagne begann, viele Moscheen entstanden landesweit, nicht wenige Afroamerikaner wurden Jünger Mohammeds. Sie vertraten eine absolute Überlegenheit der schwarzen Rasse gegenüber den Weißen. Die Bekehrung zum Islam war das Ziel dieser Bewegung, denn nur wenn die Vereinigten Staaten befreit werden, d.h. befreit vom Christentum, wird auch Europa und damit der ganze Westen, befreit werden, so lauteten die Parolen, und die Begründung wurde auch gleich mitgeliefert: die Unterlegenheit der weißen Rasse sei durch die Tatsache bewiesen, daß alle Errungenschaften der Menschheit ein Verdienst des Islam seien, angefangen bei den wissenschaftlichen Entdeckungen.

Star der Bewegung war ein Boxer, geboren als Cassius Clay. Mit seinem Übertritt zum Islam wurde er zu Muhammad Ali. Kaum jemand hat ihn ernst genommen, was sollte man von einem Boxer schon erwarten. Doch wie man sich täuschen kann. In einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci wußte der muslimische Konvertit nicht nur, daß er

der Größte und der Schönste sei, sondern vor allem daß Allah ein älterer Gott sei als Jahwe und Jesus.

Ein weiteres Interview von Oriana Fallaci, diesmal in Beirut (1972) mit dem Chef der Volksfront zur Befreiung Palästinas, George Habash, bestätigen die großmäuligen Prahlereien des Boxers.

Unsere Revolution ist Teil der Weltrevolution. Sie beschränkt sich nicht auf die Wiedereroberung Palästinas. Man muß so ehrlich sein und zugeben, daß wir einen Krieg wie den in Vietnam anstreben. Daß wir noch ein Vietnam wollen. Und nicht nur im Namen Palästinas, sondern im Namen aller arabischen Länder. Die Palästinenser gehören zur arabischen Nation. Deshalb ist es unerlässlich, daß die gesamte arabische Nation in den Krieg gegen Amerika und gegen Europa eintritt und einen totalen Krieg gegen den Westen entfesselt. Und sie wird ihn entfesseln.

Amerika und Europa sollen wissen, daß dies erst der Anfang des Anfangs ist. Daß das Beste noch kommt. Von nun an werden sie nicht mehr in Frieden leben. ...

Schritt für Schritt vorrücken, Millimeter um Millimeter. Jahr für Jahr. Jahrzehnt um Jahrzehnt. Entschlossen, hartnäckig, geduldig. Das ist unsere Strategie. Eine Strategie allerdings, die wir ausweiten werden.

Damit meinte Habash nicht nur den Krieg mit Waffen, er meinte auch jene Variante des Krieges, die darin besteht, den Bewohnern das Land zu rauben, indem man sich als Opfer erklärt, politisches Asyl beantragt, mit schwangeren Frauen und Schlauchbooten auf den Weg macht, und die Forderungen immer höher schraubt: z.B. Halal geschlachtetes Fleisch, das verschleierte Gesicht auf dem Paßfoto, Forderung nach der islamischen Ehe, Kinderehe, Polygamie, Befreiung vom Schwimm- und Sexualunterricht etc.

Wer steckt hinter dieser Strategie? Es ist heute kein Geheimnis mehr und vor allem keine Verschwörungstheorie, daß es - wie Oriana Fallaci schreibt - das Europa der Banker ist, die die Farce der Europäischen Union erfunden haben, das Europa der Päpste, die das Märchen von der Ökumene erfunden haben, der gewalttätigen Menschen, die die Lüge vom Pazifismus erfunden haben, der Heuchler, die den Betrug mit dem Humanitarismus erfunden haben.

Das ist das Europa der ehr- und hirnlosen Staatschefs, der gewissenlosen Politiker ohne einen Funken Intelligenz, der würdelosen Intellektuellen ohne jeden Mut. Kurz und gut, das kranke Europa. Das Europa, das sich wie eine Dirne an die Sultane, Kalifen, Wesire und Landsknechte des neuen Osmanischen Reiches verkauft hat. Kurz und gut Eurabien.

Nun ist Eurabia auch der Name einer kleinen Zeitschrift, die 1975 von einem Komitee gegründet wurde, das sich aus verschiedenen Assoziationen in Frankreich, Deutschland und dem Mittleren Osten zusammensetzt. (Association France-Pays Arabes in Paris, der Middle East International Group in London, der Groupe d'Etudes sur le Moyen Orient in Genf und dem Europäischen Koordinierungskomitee der Freundschaftsgesellschaften mit der arabischen Welt.)

Auffallend an dieser Zeitschrift ist, daß in der ersten Nummer in allen Artikeln mit Sorgfalt die Wörter islamisch, muslimisch, Koran, Allah oder Mohammed vermieden wurde und an deren Stelle die Wörter arabisch, Araber und Arabien gesetzt wurden. Die zweite Nummer jedoch brachte einen neuen Ton. Jetzt wurde davon gesprochen, daß die EWG ein bestimmtes Abkommen mit Israel kündigen müsse, vor allem aber wurde darin der Anspruch auf den "tausendjährigen Beitrag erhoben, den die Araber zur universalen Kultur geleistet habe".

Außerdem wurde auf die Vorschläge aufmerksam gemacht, die der Belgier Tilj Declerq (Mitglied der Parlamentarischen Vereinigung für Europäisch-Arabische Zusammenarbeit) eingebracht hat, und der in den Beschluß der sogenannten "Straßburger Resolution" (1975) aufgenommen wurden. In diesem Beschluß geht es um nicht weniger als um die Immigranten, die zusammen mit dem Erdöl nach Europa geschickt werden sollen.

Eine mittel- bis langfristige Politik muß ab sofort durch den Tausch von europäischer Technologie gegen Rohöl und Reserven arabischer Arbeitskraft gekennzeichnet sein. Da ein solcher Tausch die Rückführung des Petrodollars zur Folge hat, wird in Europa und Arabien eine vollkommene wirtschaftliche Integration begünstigt".

Ferner ist in dieser "Straßburger Resolution" zu lesen:

"Die Parlamentarische Vereinigung für Europäisch-Arabische Zusammenarbeit fordert die europäischen Regierungen auf, spezielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Bewegungsfreiheit der arabischen Arbeitskräfte, die nach Europa immigrieren wollen, zu garantieren, sowie die Achtung ihrer Grundrechte. Diese Rechte müssen denen der Bürger des jeweiligen Landes entsprechen, also gleichwertig sein. Festgelegt werden muß darüber hinaus eine Gleichstellung in Sachen Beschäftigung, Unterkunft, Krankenversorgung, kostenfreiem Schulbesuch etc."

Die "Straßburger Resolution" spricht auch von den "Notwendigkeiten", die auf Europa zukommen werden, wenn die "menschliche Tauschware" eintrifft. Zuerst von der Notwendigkeit, die Immigranten und ihre Familien in die Lage zu versetzen, das religiöse und kulturelle Leben der Araber zu praktizieren. Dann die Notwendigkeit, von Seiten der Presse und der verschiedenen Informationsorgane ein für die Immigranten und ihre Familien günstiges Klima zu schaffen.

Schließlich noch die Notwendigkeit, in den Medien und in der akademischen Welt den Beitrag hervorzuheben, den die arabische Kultur zur Entwicklung Europas geleistet hat.

Eine Expertenkommission beschreibt dies folgendermaßen:

Neben dem unveräußerlichen Recht, ihre Religion auszuüben und enge Beziehungen zu ihren Herkunftsländern zu pflegen, werden die Immigranten das Recht haben, ihre Kultur nach Europa zu exportieren, beziehungsweise sie zu propagieren und zu verbreiten.

In Kairo wurde von einer gemischten Expertenkommission noch etwas anderes bestimmt: Die Zusammenarbeit mit Europa soll vom rein technologischen Bereich auf das Bankwesen, das Finanzwesen, den wissenschaftlichen, nuklearen, industriellen und kommerziellen Sektor ausgeweitet werden. Außerdem würden die arabischen Länder nicht nur Arbeitskräfte schicken, sondern sich außerdem verpflichten, "beträchtliche Waffermengen" in Europa zu erwerben (Seite 171).

Wir erinnern uns, daß gerade in den siebziger Jahren einige Skandale losbrachen wegen illegalem Waffenhandel, Frankreich begann einen Nuklearkomplex im Irak zu bauen. Damals hatte "Gaddafi zehn Prozent von Fiat gekauft, die Kaufhäuser von Harrods in London wechselten die Besitzer zum Ägypter Al Fayed, Schuhfabriken, große Hotels, Stahlwerke, alte Schlösser, Fluggesellschaften, Verlage und Filmgesellschaften, alteingesessene Geschäfte, Yachten." Alles fand das Interesse der arabischen Herrscher.

Langsam, Schritt für Schritt, wurde so aus Europa Eurabia, und es sind zwei der schon erwähnten Forderungen aus der "Straßburger Resolution", welche die Beschleunigung dieser Forderungen weitergetrieben haben: Die Forderung nach dem Recht der muslimischen Immigranten "ihre Kultur zu propagieren und zu verbreiten" und - dies ist wohl der Gipfel der Unverfrorenheit: Die Notwendigkeit, "den Beitrag zu betonen, den die arabische Kultur zur Entwicklung Europas geleistet hat".

Wie sehr diese Forderungen geflissentlich befolgt wurden, können wir an dem Maß an Unterwürfigkeit erkennen, die 1983 beim Hamburger Symposium zu Tage kam. Es wurde mit einer Rede des damaligen Außenministers Hans-Dieterich Genscher eröffnet, der ein Loblied auf die Größe, die Barmherzigkeit, die Güte, den unvergleichlichen wissenschaftlichen und humanistischen Reichtum der islamischen Zivilisation sang.

Genscher verglich diesen Reichtum der Zivilisation mit einem Leuchtturm. "Ein Licht, das Europa jahrhundertlang gelehrt hat, das Europa dabei geholfen hat, die Barbarei hinter

sich zu lassen". Danach baten fast alle respektvoll um Entschuldigung für den Kolonialismus, den die undankbaren Europäer über den Leuchtturm gebracht hatten. Baten um Entschuldigung für all jene, die Verachtung, Vorurteile oder Zurückhaltung dem Islam gegenüber zum Ausdruck gebracht hatten. (Seite 180).

Es ist nur zu verständlich, daß die arabischen Delegierten sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen, die islamischen Ursprünge des Judentums und des Christentums geltend zu machen. Abraham stellten sie als "Propheten Allahs" dar und nicht als Stammvater Israels, und Jesus Christus präsentierten sie als einen gescheiterten Vorgänger Mohammeds. Es ist nicht bekannt, daß sich irgend jemand gegen diese Zumutungen verwahrt hätte. Auf diesem "Hamburger Symposium" wurde auch eingehend das Thema Immigration behandelt.

Die Rechte der muslimischen Immigranten müßten denen der Bürger des Gastlandes entsprechen, d.h. gleichgestellt werden. Man sprach nicht mehr von Gleichwertigkeit, sondern von Gleichheit. Die zukünftigen Immigranten müßten die Möglichkeit erhalten, ihre Zeitungen auf Arabisch zu drucken, arabische Radio- und Fernsehstationen einzurichten. Es wurden Strategien erörtert, wie die Präsenz der Immigranten in der Gesellschaft des Gastlandes gefördert werden könnte, z.B. in den Gewerkschaften, Universitäten, Rathäusern (London hat seit kurzem einen muslimischen Bürgermeister), auch in Deutschland gehören muslimische Politiker zum Bild des Landes.

Der so dahin geworfene Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff: Der Islam gehört zu Deutschland, war nicht ein ungeschickter Ausrutscher. Er war Teil der Strategie, d.h. Teil der Verpflichtungen, die in den verschiedenen Konferenzen ausgehandelt wurden. Es ist sicher nicht müßig, diesen Teil des Wulffschen Dramas einmal von dieser Seite aus zu betrachten.

Die Teilnahme am politischen Leben, mit anderen Worten das Wahlrecht zu erhalten, wurde zu einer stets drängenderen Forderung. Nachfolgende Symposium oder Kongresse gestalteten sich dann auch immer stärker zu einer Abwertung oder gar Verurteilung der westlichen Zivilisation. Europa wurde in der Folge anhaltend mehr gezwungen, seine eigene Identität und Geschichte zu revidieren, um sie mit der islamischen Vision von Europa in Einklang zu bringen, so daß man sagen könnte, Europa hat sich sukzessiv in einen Prozeß der selbst zugefügten Islamisierung begeben.

Der politische Teil der Resolutionen zielte auf drei Bereiche:

- 1) die europäische Politik gegenüber Israel;
- 2) die Schaffung eines für die Araber günstigen Meinungsklimas und
- 3) der Empfang muslimischer Einwanderer in Europa.

1991 fand in Paris eine Tagung statt, die das Europaparlament mit dem Europarat, auf Anregung der Fundacion Occidental de la Cultura Islamica, Madrid, vorbereitet hat. Auch hier ging es um den "Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur". Delegierte von Spanien, Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, Skandinavien und der Schweiz nahmen daran teil. Grundlage der Vorträge und Diskussionen waren Gedanken von Sigrid Hunke, die 1935 mit knapp zweiundzwanzig Jahren eine Diplomarbeit vorlegte, in der sie die rassistische Säuberung als dringlichste Aufgabe forderte.

Sie schien das Dritte Reich und die Nachkriegszeit gut überstanden zu haben. 1960 schrieb sie ein Buch mit dem Titel "Allahs Sonne über dem Abendland", in dem sie unter dem Vorwand, Europa den jüdisch-christlichen Wurzeln zu entreißen, nationalsozialistische Argumente wiederholte. 1967 wurde sie von der deutschen Regierung unter Kurt Georg Kiesinger auf eine Kulturreise durch die arabischen Länder gesandt, auf der sie Vorträge in Aleppo, Algier, Tunis, Tripolis und Kairo hielt, wo das Höchste Gericht für Islamische Angelegenheit sie zum Ehrenmitglied erklärte.

Das verwundert nicht, stellt sie doch in ihrem Buch die Behauptung auf, daß der arabische

Einfluß auf das Abendland der erste Schritt gewesen sei, Europa vom Christentum zu befreien. Ihr zweites Buch, 1990 veröffentlicht, mit dem Titel "Allah ist ganz anders", war nun zusammen mit "Allahs Sonne über dem Abendland" Grundlage obengenannter Tagung in Paris. Darin werden die Muslime als herausragend, als gut, als genial bezeichnet, nicht nur in Literatur, sondern auch Architektur, Medizin, Musik, Rechtswissenschaft und Hydraulik. Es seien die Muslime der Kreuzzüge gewesen, die als Erste die Liebe und das höfische Leben und die Ritterlichkeit besungen hätten und "der Begründer der ökonomischen Lehre sei nicht Adam Smith gewesen, sondern Mohammed."

Professoren verschiedener westlicher Universitäten blasen eifrig in dasselbe Horn. Professor Reinhard Schulze vom Seminar für Orientalistik in Bonn sieht im Islam den Vater der Aufklärung. Nicht Menschen wie Voltaire, Rousseau, die Enzyklopädisten hätten wir die Aufklärung zu verdanken, es war ein Historiker aus Damaskus mit dem Namen Abdalghani Al-Nabulusi, der schon 1730 darüber schrieb, was Voltaire 43 Jahre später formuliert hat, nämlich die Notwendigkeit, die Rolle der Religion in der Gesellschaft neu zu definieren. Professor Schulze hat wohl vergessen, daß Diderot schrieb:

"Der Islam ist der Feind der Vernunft." (Seite 190). So ist es nicht weiter erstaunlich, daß an der Tagung in Straßburg gefordert wurde, all jene Schulbücher zurückzuziehen, in denen der Beitrag des Islam zur kulturellen Entwicklung Europas nicht hervorgehoben wird. Die Bewohner des Westens hingegen wurden als dumm, ungenügend und unterlegen bezeichnet. Wir müßten daher - so hieß es bei der Tagung - den Muslimen danken, die uns vorangegangen sind und uns erleuchtet und unterrichtet hätten (S. 184 ff.). Ahnen wir so langsam, was der muslimischen Jugend in den Moscheen gepredigt wird?

Für die meisten von Ihnen ist es sicher neu, daß wir irgendeinen Grund hätten, dem Islam unsere Kultur und wissenschaftlichen Errungenschaften zu verdanken. Bis vor etwa eineinhalb Jahren war auch ich dieser irrigen Meinung, bis ich in Österreich einen Vortrag hielt über "Kreuz und Halbmond". Bei der Diskussion meldete sich ein Votant, der des Lobes voll war für den geistigen Reichtum, den der Islam nach Europa gebracht hatte. Zunächst habe ich gedacht, ich hätte die ganze Sache nicht richtig verstanden, doch als der Herr Pfarrer in der ersten Reihe begeistert mit dem Kopf nickte und dem Votanten in allen Dingen recht gab, hatte ich wirklich den Eindruck, nicht ganz von dieser Welt zu sein.

Es wundert uns daher nicht, wenn Frau Aydan Özoguz, Integrationspolitische Sprecherin der Bundesregierung, den Deutschen eine eigene Kultur abspricht. Eine deutsche Kultur sei schlicht nicht "identifizierbar". Die Deutschen dürften deshalb von den Einwanderern auch keine Anpassung verlangen. Mit dieser Haltung steht sie nicht allein. Die Bundeskanzlerin spricht von den Deutschen auch nur noch als von denjenigen, die "schon länger hier leben". Der Innenminister Thomas de Maiziere hat vor kurzem Grundsätze für eine deutsche Leitkultur vorgelegt.

Zu dieser Leitkultur gehört jedoch auch die Festlegung von Deutsch als Staatssprache, ein demokratisches Nationalbewußtsein, die Achtung der gewachsenen deutschen Kultur und Kenntnis der Geschichte, das Bekenntnis zu Deutschland und seinen demokratischen Institutionen sowie die Orientierung an den Werten des christlichen Abendlandes. Parallel dazu tobt ein Streit um das Kreuz auf der Kuppel des wiederaufgebauten Stadtschlusses. Linke und Grüne argumentieren, daß das Kreuz der "Neutralität" schade. Während muslimische Lehrerinnen inzwischen in Deutschland mit Kopftuch Schüler unterrichten dürfen, soll das Kreuz aus der Öffentlichkeit verschwinden.

Im Landtag in Düsseldorf hat eine große Koalition aus CDU, SPD, Linke, Piraten und FDP die Eidesformel auf das "Deutsche Volk" abgeschafft. Statt dessen schwören die Politiker dort jetzt auf das "Land Nordrhein-Westfalen". Merkel erklärte, das deutsche Volk sei "jeder, der hier lebt." Also auch illegale Einwanderer, Flüchtlinge, Asylbewerber und in Deutschland ge-

borene Ausländer. Kein Zweifel: Ein Großteil der politischen Klasse möchte das deutsche Staatsvolk lieber heute als morgen abgeschafft wissen. (Bürgerrecht Direkte Demokratie, Berlin, Sven von Storch.)

Um den Islam nur rudimentär verstehen zu können, müssen wir die theologischen Unterschiede von Islam zu Christentum und Judentum kennen. Für die Muslime ist das Christentum eine Verfälschung des Islam, so die zu Beginn erwähnte britische Autorin Bat Ye'or in ihrer Forschungsarbeit über das zerstörte Christentum im Orient.

Biblische Namen wie Adam, Noah, Abraham, einige Könige Israels und Jesus bezeichnet der Koran als muslimische Propheten, die den Islam predigten. Der muslimische Jesus aus dem Koran, der mit Jesus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, in krassem Gegensatz steht, hat die Aufgabe, den Islam zu verkünden und das Christentum und alle anderen Religionen zu zerstören.

Für Muslime ist der Islam die Ur-Religion, die seit Beginn der Menschheit existiert, die "Buchreligionen" Judentum und Christentum haben die islamische Ur-Religion verfälscht und damit verraten. Daher die üblen Beschimpfungen von Juden und Christen im Koran als Affen und Schweine. Wenn man die Aussagen Mohammeds in den Hadithen (das ist die Bezeichnung für die Überlieferungen der Aussprüche und Handlungen des Propheten Mohammeds) zu jenen des Korans hinzufügt, wird an 200 Stellen die physische Vernichtung der Juden und Christen gefordert.

Der Islam behauptet, eine abrahamitische Religion zu sein, obwohl er erst 600 Jahre nach Christus in die Welt kam. Nach der Meinung der Muslime haben sie die Aufgabe, die "Leute des Buches" - Juden und Christen - zu ersetzen, da sie die Bibel bewußt verfälscht hätten. Daher besteht der Islam auch auf staatlicher Durchsetzung.

Die Kairoer Menschenrechtserklärung als Gegenstück zur "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", orientiert sich an der Scharia und beschloß 1990, daß Frauen und Nichtmuslime niemals rechtlich gleichwertig sein dürfen. Der 1. Artikel sagt zwar, daß alle Menschen Würde haben, daß jedoch der rechte Glaube, und das heißt der islamische Glaube, die Garantie für diese Menschenwürde sei, mit anderen Worten nur Muslime haben Menschenwürde, die alleinige Grundlage der Menschenrechte finden die Menschen der ganzen Welt nur unter der Scharia.

Aus islamischer Sicht hat das Christentum dieselbe Botschaft wie jene, die Mohammed erhalten hat. Das heißt, ein guter Christ ist ein Muslim. Das wahre Christentum ist demnach der Islam. Folglich ist die wahre Bibel der Koran. Das Alte wie das Neue Testament sind Fälschungen, und biblische Gestalten sind muslimische Propheten, die den Islam predigten. Diese für uns im Grunde paradoxe, völlig fremde und unbekannte Betrachtungsweise der Muslime in Bezug auf das Christentum und Judentum hat natürlich Konsequenzen.

1. Für die Muslime bezeichnen die biblischen Erzählungen aus dem Heiligen Land die muslimische Geschichte. Fazit: Juden und Christen haben dort keine Geschichte.

2. Nach muslimischer Überzeugung basiert der Krieg Palästinas gegen Israel auf der Lehre des Korans.

Der Druck durch den palästinensischen Terrorismus in den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts sowie der Ölboykott im Oktober 1973 verwickelte Europa in den Dihad Palästinas gegen Israel. Seit 1973 ist der palästinensische Dihad eine gemeinsame euroarabische politische und kulturpolitische Angelegenheit. Europa hat sich im Grunde in eine gefährliche Lage gebracht, als es den Dihad Palästinas gegen Israel gerechtfertigt hat.

Dieses Vorgehen legitimiert nach muslimischer Sicht die Zerstörung Europas und damit die Zerstörung des Christentums.

Über Jahrhunderte hinweg gingen die Christen- und Judenverfolgungen in den islamischen Ländern Hand in Hand. Der islamische theologische und rechtliche Kontext betreffend der

Juden und Christen wird Dhimmitum genannt. Es ist der Status der Nichtmuslime unter muslimischer Herrschaft. Er ist Ziel des Djihad und fester Bestandteil der Scharia. Gemäß der Djihad-Doktrin hat die nichtmuslimische Bevölkerung die Wahl entweder zum Islam zu konvertieren oder sich der muslimischen Oberherrschaft zu beugen und Schutzgeld, die Dschizya, zu zahlen. Sie wird dann ein beschütztes Volk - die Dhimmi.

Wenn beide abgelehnt werden, bedeutet dies für die nicht-muslimische Bevölkerung Krieg und damit einhergehend Versklavung und Tod. Dhimmi müssen die Scharia-Gesetze akzeptieren. Das muslimische Gesetz verbietet daher Nichtmuslimen, unter drakonischen Androhungen, den Islam und die Scharia zu kritisieren.

Aus Angst vor den Drohungen der Muslime hat die Europäische Union offensichtlich in diese Regel eingewilligt und ignoriert oder vertuscht gar die Diskriminierung und den Terror gegen die Christen in den muslimischen Ländern. In muslimischen Ländern findet eine Säuberung der Christen statt, die westlichen Regierungen scheinen sich nicht allzu sehr darum zu kümmern. (Sie fühlen sich offensichtlich mehr den Forderungen und Drohungen der Neuen Weltordnung verpflichtet, als ihrem deutlich nicht vorhandenen christlichen Bewußtsein.)

Die Muslime betrachten die jüdisch-christliche Zivilisation als nicht existent und werden - wie wir gehört haben - durch nicht wenige europäische Politiker, Kirchenmänner und Regierungen auch darin unterstützt. Dadurch wird jede Form von Kritik am Djihad unterdrückt. Da nach der Meinung der Muslime der Djihad immer gerecht ist, weil er die Gesetze Allahs umsetzt, müssen wir diese Ansicht respektieren, obwohl der Djihad die christliche Welt zerstört hat und weiter zerstören wird, mit anderen Worten "**wir sollen akzeptieren, was uns zerstören wird**".

Als Papst Benedikt XVI. bei seiner Ansprache in Regensburg einen byzantinischen Kaiser des 15. Jahrhunderts zitierte, indem er sagte, daß der Islam durch das Schwert verbreitet wurde, gab es weltweit Aufstände, und der Papst wurde der Islamophobie bezichtigt. Das zeigt eines deutlich, es ist uns auch verboten, über den Islam die Wahrheit zu sagen.

Für Muslime ist die Quelle des Bösen immer der Unglaube. Deshalb werden Europa, Amerika, Israel - also die Ungläubigen - für den Terrorismus und die von Muslimen begangenen Verbrechen verantwortlich gemacht. In einem Hadith steht: "Am Tag der Wiederauferstehung werden Menschen unter den Muslimen sein mit Sünden so schwer wie ein Berg und Allah wird ihnen vergeben und die Juden und Christen an ihre Stelle setzen." Es gibt viele Hadithen, die besagen, daß die Sünde von den Schultern der Muslime genommen und auf die Christen und Juden übertragen wird. Auch dies wird in den Moscheen gelehrt.

Im Grunde leben wir schon in einer Zeit des globalen Djihad, und es ist gut möglich, daß sich daraus ein nuklearer Djihad entwickeln kann. Da uns der historische Rahmen des Djihad und des Dhimmitum wenig bewußt ist, haben wir noch nicht bemerkt, daß wir jetzt schon latent in einer Zeit des Dhimmitum leben, und wir wissen nicht, wie wir uns gegen diesen ideologischen Krieg verteidigen können. Im Grunde haben wir uns - ohne uns dessen bewußt zu sein - schon dem Islam unterworfen:

Die Richter geben bei den Urteilen den sogenannten Islam-Bonus, d.h. es wird nicht nach deutschem Recht geurteilt, die Vergehen sind eben kulturbedingt. Frau Merkel hat uns ja davon unterrichtet, daß wir akzeptieren müssen, daß Migranten vermehrt kriminell werden. Kulturbedingt sind auch Kinderehen, diese werden still akzeptiert, ebenso die Polygamie. Die Männer kommen mit vier Frauen an, wobei sich drei davon als Alleinerziehende anmelden und Sozialbezüge erhalten. Die Liste der kulturbedingten Möglichkeiten kann beliebig weitergeführt werden.

Für den Islam ist der Schutz unter der Regierung von zentraler Bedeutung. Muslime müssen daher früher oder später unter einer islamischen Regierung leben, und sie werden alles tun, damit sie dies erreichen. Schritt für Schritt werden sie sich politische Positionen erkämpfen,

was ja zum Teil schon geschehen ist. Etwas ist sicher: Ein Kontinent, der sein Überleben an Unterwerfung und Selbstverleugnung koppelt, ist bereits ein toter Kontinent. Er wird zu dem, zu dem ihn die Feinde des Christentums bestimmt haben, er wird zu EURABIA.

Im Hinblick auf diese Betrachtungen müssen wir uns fragen, wie ein Passus in ein Dokument des II. Vatikanums kommen konnte, das die Muslime quasi auf die gleiche Stufe stellt, wie die Christen, wenn es dort heißt:

Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat.

Im Hinblick auf die Realität ist dies eine hochgefährliche und vor allem falsche Behauptung. Christen und Muslime beten nicht den denselben Gott an, die Muslime erkennen nicht den Dreifaltigen Gott, und Jesus ist für sie nicht die zweite Person des Dreifaltigen Gottes. Wie kann man sich mit einer Religion verbinden, die mehr Christen getötet hat und bis zum heutigen Tage immer noch tötet als jede andere Religion während der gesamten Geschichte des Christentums. Etwas dürfte doch klar geworden sein: Der Islam ist keine Religion im üblichen Sinne. Er ist eine politische Ideologie mit unbedingtem Weltherrschaftsanspruch und einer absoluten Nicht-Tolerierung aller anderen Religionen.

Derzeit verletzen mehrere Regierungen die Abkommen von Schengen und Dublin und die Bundesregierung handelt durch die Öffnung der Grenzen unmoralisch und verstößt wie Karl Albert Schachtschneider, Rupert Scholz, Udo di Fabio und andere aufgezeigt haben gegen das geltende Recht und gegen das Grundgesetz. Die BRD befindet sich rechtlich und moralisch in der schlimmsten Krise seit ihrer Gründung, und angesichts der Haltung der Regierung und der mit der Regierung kooperierenden Medien ist es wahrscheinlich, daß bald noch schlimmere Krisen kommen werden.

Kritische Auseinandersetzung mit den zahlreichen Fehlern oder gar die Aufarbeitung der von Frau Merkel begangenen Gesetzesbrüche gehören zu den Tabu-Themen der Mainstream Medien. Wer informiert werden will, muß sich der ausländischen Presse bedienen, also wie im II. Weltkrieg oder in der DDR-Zeit "Feindsender" hören. Der britische "Express" titelte Ende März 2017:

Haben die denn gar nichts gelernt? Merkel-Regierung hofft, weitere zwölf Millionen Migranten ins Land holen zu können.

Die offizielle, politisch korrekte Begründung für diesen Schritt lautet, daß es eines steten Zustroms an Migranten bedarf, um den Schrumpfungsprozeß der Bevölkerung entgegen steuern zu können. Statt also eine kinder- und familienfreundliche Politik anzustreben, um "denjenigen, die schon länger hier leben" bessere Perspektiven aufzuzeigen und möglicherweise auf diesem Weg dem Rückgang der hier im Land lebenden Menschen Einhalt gebieten zu können, bevorzugt Frau Merkel und ihre Vertrauensleute eine andere Lösung: zwölf Millionen Migranten sollen nach den Plänen der Regierung offiziell ins Land geholt werden, getreu den Vorgaben der Wall Street und der City of London.

Daß diese Nachricht kein Echo in den deutschen Medien findet, ist verständlich: Derartige Ideen müssen in einem Wahljahr vor dem Wähler verborgen bleiben. Es könnte sonst sein, daß denjenigen, die schon (zu) lange hier regieren, die Gefolgschaft verweigert wird.

Die bisher geschilderte Situation, obwohl völlig unvollständig, zeigt eines klar: es geht um die völlige Auslöschung des Christentums, des christlichen Europas, der christlichen Kultur, und die Bedrohung kommt von zwei Seiten, von West und Ost: von der Neuen Weltordnung a la USA und vom Islam.

Die Frage stellt sich ganz von selbst: Was sollen wir tun?

Die Nichte der französischen Parteivorsitzenden des "Front National" Marine Le Pen, die junge Marion Marechal Le Pen, hat recht treffende Worte gefunden, was von menschlicher Seite

her zu tun sei. In einer TV-Ansprache im Zusammenhang mit dem tödlichen Anschlag in Nizza, sagte sie:

Wenn Euch ein Feind den Krieg erklärt, dann könnt Ihr unmöglich neutral bleiben. Diejenigen, die sich für den Status quo, für das Nichtstun oder fürs Schweigen entscheiden, werden somit Komplizen unserer Feinde. Es gibt jedoch noch eine andere Antwort auf diese Frage: Dostojewskij (1821-1881) hat uns vor über 150 Jahren einen Hinweis gegeben. Damals notierte er in sein Tagebuch:

Europa hat Christus verlassen, und daher stirbt Europa, ganz allein deshalb.

Diese visionäre Schau sollten wir ernstnehmen. Papst Leo XIII. hat die endzeitliche Lage Europas - und das, was uns bedrängt, ist apokalyptisch - in einer Vision erkannt und die Gläubigen weltweit davor gewarnt.

Es war der 13. Oktober 1884 (33 Jahre später, am 13. Oktober 1917, fand in Fatima die letzte Erscheinung der Gottesmutter Maria statt). Papst Leo XIII. hatte gerade die Zelebration der Heiligen Messe beendet. Unerwartet blieb er zehn Minuten regungslos in der Kapelle des Vatikans vor dem Tabernakel stehen. Plötzlich eilte der Papst ohne irgendwelche Erklärungen direkt in sein Büro.

Am Schreibtisch brachte er ein Gebet an den Erzengel Michael zu Papier und erteilte Weisung, es am Ende einer jeden Heiligen Messe zu beten. Erst später gab er Zeugnis vom Erlebten. Er hatte in der Nähe des Tabernakels die Stimmen Satans und Jesus gehört und eine erschütternde Schau der Hölle erlebt, bei der die Dämonen die Welt beherrschten und die Kirche Gottes in ärgste Bedrängnis brachten:

Ich hab die Erde gesehen, eingehüllt in Finsternis und umgeben von einem Abgrund. Ich habe Legionen von Dämonen daraus hervorkommen sehen, die sich über die ganze Erde verteilten, um die Werke der Kirche zu zerstören und die Kirche selbst anzugreifen, die ich dem Ende nahe sah. Da erschien der heilige Michael und stürzte die bösen Geister in den Abgrund zurück. Ich sah den heiligen Erzengel Michael eingreifen, nicht in jenem Augenblick, sondern viel später, sobald die Menschen ihre eifrigen Gebete zum Erzengel verstärkten.

Ab 1886 wurde das Gebet, auf Anweisung des Papstes, am Ende aller Heiligen Messen als "Gebet in besonderen Anliegen" in der Landessprache angefügt. Doch als eine der ersten Änderungen im Verlauf der Liturgiereform beim II. Vaticanum wurde dieses Gebet zusammen mit der Stillen Messe 1964 ersatzlos gestrichen. Die Frage nach dem Warum dieser Eliminierung darf sicher gestellt werden.

Heute leben wir in der Zeit jener Bedrängnis, von der der Prophet Daniel gesprochen hat. Darum ist es auch nicht verwunderlich, daß in dieser Endzeit alles daran gesetzt wird, den Erzengel Michael aus dem Bewußtsein der hilfeschreitenden Menschen zu drängen und sein Wirken in und für Welt und Kirche zu unterbinden. Trotzdem steht es uns frei, der Anordnung von Leo XIII. zu folgen und den heiligen Erzengel um seine mächtige Hilfe zu bitten. Dadurch werden wir auch erkennen, wie wir handeln sollen, um nicht "Komplizen unserer Feinde" (Marion Marechal Le Pen) zu werden.

Heiliger Erzengel Michael, verteidige uns im Kampf, gegen die Bosheit und die Nachstellungen des Teufels sei du unser Schutz. Gott gebiete ihm, so bitten wir flehentlich: Du aber Fürst der himmlischen Heerscharen, stürze den Satan und die anderen bösen Geister, die zum Verderben der Seelen in der Welt umherziehen, in der Kraft Gottes hinab in den Abgrund der Hölle. Amen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x287/79) = Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985, Seite 79.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x339	Abdel-Samad, Hamed: <u>Integration</u> . Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde</u> . Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Spezial Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x355	Barnettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x950	https://kritisches-netzwerk.de/forum/das-modell-elitendemokratie-ist-historisch-verheerend-gescheitert - November 2019
x951	https://kritisches-netzwerk.de/forum/rainer-mausfeld-gezielte-zersetzung - November 2019
x954	https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-scheindemokratie-warum-schweigen-die-laemmer - November 2019
x955	https://horst-koch.de/vatikanmigranten/ - November 2019
x963	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/ - November 2019
x974	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.005	https://www.stmichael-online.de/eurabia.htm - April 2021
x1.011	https://www.stmichael-online.de/opium.htm - April 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.085	https://www.kla.tv - März 2022
x1.086	https://ereignishorizont-digitalisierung.de/gesellschaftspolitik/homo-deus/ - März 2022
x1.111	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/01/verfassungsklage-gegen-regieren-nach-art-einer-raeuberbande/ - April 2022
x1.147	https://www.pravda-tv.com/2018/02/neue-weltordnung-deutschland-hat-noch-immer-keinen-friedensvertrag-und-finanziert-us-truppen-im-eigenen-land/ - Juni 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014